



ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2009

Osteuropa heute

Band 11

**OSTEUROPA IN TRADITION
UND WANDEL
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

OSTEUROPA HEUTE

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2010

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.
herausgegeben von
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Volker Hölzer

Band 11

Für finanzielle Unterstützung
danken wir der
Deutsch-Russischen Gesellschaft zu Leipzig e. V.


Deutsch-Russische Gesellschaft zu Leipzig e.V.
Германо-Российское Общество Лейпциг

ISBN 978-3-89819-322-1

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2010
Harkortstr. 10
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Editorial	9
I Aufsätze und Studien	11
Sarkis Latchinian: Die Welt heute – aus der Sicht Rußlands ..	13
Manfred Schünemann: Europäische Orientierung und traditionelle Bindungen – Zur Außenpolitik der Ukraine	47
Wolfgang Grabowski: Der Kaukasus – Paradies und Zankapfel	79
Jürgen van Zwoll: Zur aktuellen Situation in Polen	97
Eckart Mehls: Über den Umgang der gegenwärtigen tschechischen Gesellschaft mit dem »Prager Frühling«	107
Jörg Roesler: Die tschechoslowakische Reform als Bestandteil der Wirtschaftsreformen in Osteuropa während der sechziger Jahre	131
Ernstgert Kalbe: Vom Ende der osteuropäischen Vielvölkerstaaten. Europäische (EU-) Integration und südosteuropäische Desintegration (besonders am jugoslawischen Beispiel)	163
Anton Latzo: Rumänien im Jahre 2009. Ergebnisse und Probleme der bisherigen Entwicklung	187
Wolfgang Geier: Hinter dem Horizont – Transnistrien	203

6 Inhalt

Dietmar Endler: Literaturverhältnisse und Literatur im aktuellen gesellschaftlichen Umfeld Bulgariens – einige Anmerkungen	217
II Dokumentationen	243
Wolfgang Grabowski: Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit	245
Eckart Mehls: Gesellschaftliche Krisen der ČSR/ČSSR (1948 und 1968) im geschichtspolitischen Wirken der KPTsch/KPMB (einführende Bemerkungen)	261
1. An die Bürger der ČSSR	279
2. Das Exekutivkomitee des ZK der KPTsch zum Februar 1948	281
3. Das Exekutivkomitee des ZK der KPMB zum 50. Jahrestag des Februar 1948	283
4. Thesen zum 60. Jahrestag des Februarrevolution 1948 ..	285
5. Zur Einschätzung des Jahres 1968	292
6. Die KPMB zum Jahrestag des 21. August 1968	296
7. Thesen (der Theoretisch-analytischen Arbeitsstelle beim ZK der KPMB) zum 40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR im Jahre 1968	298
Vorbemerkung zur Kosovo Declaration of Independence. 17. Februar 2008, Priština	305
– Council of the European Union. Council Conclusions on Kosovo	307
– Kosovo Declaration of Independence. 17. Februar 2008, Priština	309
III Kritik und Information	313
Richard Albrecht: [Rezension] Armin Heinen: Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt. München 2007	315

Ernstgert Kalbe: [Rezension] Jens Becker und Achim Engelberg (Hrsg.): Serbien nach den Kriegen. Frankfurt am Main 2008	323
Holger Politt: Thesen zur aktuellen politischen Situation in Polen	331
Holger Politt: Wer hat das Land entzweit? Anmerkungen zum estnisch-russischen Verhältnis in Estland	335
Krystof Pilawski/Holger Politt: Die Kette von Tallin über Riga nach Vilnius ist gerissen. Mit Geschichtspolitik lassen sich die Probleme der baltischen Staaten nicht beherrschen [Nachdruck aus »Neues Deutschland«. Berlin vom 24. August 2009]	339
Sonja Striegnitz: [Rezension] Vasilij E. Skorobogatov: General Berzarin. Dojti do Berlina (Wassili Skorobogatow: General Bersarin. Berlin erreichen). Moskau 2007	345
Sonja Striegnitz: [Rezension] »Mehr als ein Studium ...«. Gründung und Wirken der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion / Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft / Ostdeutsche Freundschaftsgesellschaften. Was war – was bleibt – wie weiter? Beiträge und Materialien zum 60. Jahrestag der Gründung der »Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion« am 30. Juni 1947 in Berlin. Berlin 2008	349
Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen	353
Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen	365
Zu den Autoren dieses Bandes	371

Editorial

Der vorliegende Band 11(2009) unseres Jahrbuchs unter dem Titel »Osteuropa heute«, der auf einer Arbeitstagung des Osteuropa-Arbeitskreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im Oktober 2008 fußt, ist aktuellen Entwicklungen in der osteuropäischen Region nach dem dortigen Systemumbruch und partiell seinen Hintergründen gewidmet. Diese schließen per se politische Veränderungen zwischen Erarbeitung der Manuskripte und der Auslieferung des Bandes ein. Um einige Unwägbarkeiten zu kompensieren und zeitnah zu bleiben, wurden im September einige Beiträge mit geringfügigen, aber notwendigen ergänzenden Fußnoten aktualisiert.

Tragende Beiträge behandeln die aktuelle Situation und Politik von Staaten der ehemaligen Sowjetunion – so die Rolle Rußlands in der heutigen Weltpolitik (Sarkis Latchinian), die außenpolitische Orientierung der Ukraine zwischen traditioneller Ost- und heutiger Westanbindung (Manfred Schünemann) und aktuelle Auseinandersetzungen in und um den Kaukasus (Wolfgang Grabowski). Daran schließen Aufsätze zur heutigen Situation in Polen (Jürgen van Zwoll), zu den tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre (Jörg Roesler) und zur gegenwärtigen Bewertung des »Prager Frühlings« (Eckart Mehls) an. Weitere Beiträge beleuchten die aktuellen Entwicklungen im europäischen Südosten, so zu politischen Konstellationen vorrangig in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens (Ernstgert Kalbe), die aktuelle Lage in Rumänien (Anton Latzo), Anmerkungen zur Situation in Transnistrien (Wolfgang Geier) und eine profunde Analyse zur Literaturentwicklung im Umfeld der heutigen bulgarischen Gesellschaft (Dietmar Endler).

Im II. Dokumentationsteil des Bandes werden eine aufschlußreiche Information über die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit angeboten (Wolfgang Grabowski), mit ausführlichem Kommentar eingeleitete Dokumente der KPTsch/ KSCM zur tschechoslowakischen Krise und Reform 1968 vorgestellt (Eckart Mehls) und die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo vom 17. Februar 2008 samt zugehöriger Erklärung des Europa-Rats vom 18. Februar 2008 veröffentlicht.

Der III. Teil mit Informationen und Kritik umfaßt eine Studie zur antijüdischen Gewaltlogik im profaschistischen Rumänien (Richard Albrecht), eine Rezension zur Arbeit von J. Becker und A. Engelberg über »Serbien nach den Kriegen« (Ernstgert Kalbe), ein Abdruck eines »ND«-Artikels und zwei Thesenpapiere zur Parteien-Situation in Polen und zum ethnischen Konflikt in Estland (Holger Politt) sowie zwei Besprechungen zu Publikationen über General Bersarin und zu dem von Horst Schützler besorgten Heft »mehr als ein Studium« – zum Wirken des Vorläufers der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft (beide Sonja Striegnitz).

Möge der Band zum Verständnis der aktuellen Prozesse wie ihrer politischen Hintergründe in der osteuropäischen Region beitragen.

Die Redaktion

Aufsätze und Studien

SARKIS LATCHINIAN

Die Welt heute – aus der Sicht Rußlands

Mit dem Ende des Kalten Krieges und des bipolaren Weltsystems war das alte Gleichgewicht der Kräfte in Frage gestellt und zwar weit über das Territorium der ehemaligen Sowjetunion hinaus.

Als einzig übrig gebliebene Supermacht mischten sich die USA fortan immer offener und immer öfter in die Einfluszbereiche anderer Länder ein. Oft verdeckten die hehren Worte über freiheitliche Prinzipien und demokratische Werte, die es zu fördern gelte, nur notdürftig handfeste wirtschaftliche und sonstige Interessen – vor allem in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mitsamt Peripherie, des Nahen Ostens und des frankophonen Afrikas.

Die Schwächung und der anschließende Zusammenbruch der UdSSR brachten in Europa eine politische Umwälzung mit sich, die zur Osterweiterung von NATO und EU führte.

Auf die hegemonialen Aktivitäten der USA reagierte man in Moskau wie in Peking und Paris sowie selbst in gewissen britischen und deutschen Kreisen mit wachsenden Irritationen. Auch die Kritik an den inneren Widersprüchen der US-amerikanischen Politik wurde hörbarer, selbst in den USA.

Rußland mußte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen äußerst schwierigen Weg bewältigen, um politisch und wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen. Seine Unentschlossenheit, die es während der 1990er Jahre in den widersprüchlichen politischen Positionen eingenommen hatte, konnte es unter der Präsidentschaft Wladimir Putins weitgehend überwinden.

Rußland schwankt nicht mehr, ob es das Erbe der im Kalten Krieg untergegangenen Großmacht Sowjetunion antreten und seine Sicht auf die Welt seinen stark verringerten Einflußmöglichkeiten anpassen soll. Es ist indessen – vielen in der restlichen Welt zum Trotz – auf die Weltbühne zurückgekehrt.

Erst dadurch gewann Rußland die Voraussetzungen für eine neue Sicht auf die heutige Welt. Diese Sicht stellt den Gegenstand unserer Studie dar.

1. RUSSLANDS RINGEN MIT DEN MISSSTÄNDEN DER JELZIN-ÄRA

Rußlands Führung hat das Ausmaß des geopolitischen Wandels nach dem Kalten Krieg erst spät begriffen. Und dies betrifft auch die Entschlossenheit der USA, das Schwinden des russischen Einflusses zu nutzen, um sich strategische Schlüsselpositionen zu sichern - sowohl im Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer als auch an der Südflanke Rußlands, vom Kaukasus bis Zentralasien.

Diese Schwächung russischer Positionen wurde vollends deutlich, als nach der Integration der baltischen Staaten in die Europäische Union und die NATO in mehreren der GUS-Staaten Präsidenten bzw. Regierungskoalitionen an die Macht gelangten, die sich offen gegen die Abhängigkeit von Rußland wandten. Die aktivste Kraft, die sich die Neugestaltung des postsowjetischen Raumes zunutze machte, waren zweifellos die USA, wobei sie auf ein ganzes Spektrum von Interventionsmethoden setzten. So erhöhten sie den Druck auf das geschwächte Rußland, indem sie nach dem 11. September 2001 Militärstützpunkte in Usbekistan, Kirgisien und Tadshikistan errichteten und zuverlässige Verbündete in Georgien und Aserbaidshan fanden. Dabei agierten sie *zunächst* unter dem Vorwand, den Zugang zu den Ölvorkommen im Kaspischen Meer sichern zu wollen und später dann im Zuge der »Antiterroroperationen« in Afghanistan und im Irak. Diese Strategie, die das Ziel verfolgte, Rußland innerhalb seiner traditionellen Einflußsphäre dauerhaft zu schwächen, wurde ergänzt durch die Unterstützung der politischen »Revolutionen« in Georgien 2003 und in der Ukraine 2004, in geringerem Umfang auch in Moldawien und Kirgisien. Das amerikanische Vorgehen gegen Rußland reichte von der Tätigkeit US-amerikanischer NGOs und Religionsgemeinschaften, die den amerikanischen »way of life« verbreiteten oder die entstandenen neuen Eliten in diesen Ländern zu gewinnen versuchten, bis zu offiziellen politischen Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen. Ins Visier des Interesses gerieten dabei vor allem größere Erdöl- und Erdgasvorkommen, strategische Rohstoffe wie Diamanten und Edelmetalle sowie die Kontrolle über die

Wege zu solchen Ressourcen, seien es wichtige Häfen, Eisenbahnstrecken oder Pipelines.

Mit dem unfreiwilligen Segen des geschwächten Rußlands installierten die USA nach dem 11. September 2001 Militärbasen in den postsojwjetischen Territorialgrenzen mit der Zusicherung, man werde wieder abziehen, sobald das »islamistische Krebsgeschwür« beseitigt sei.

Wladimir Putin beschreibt diese Schwächephase Rußlands so: »Die Armee war desorientiert und nicht kampfbereit [...] Die Technik war überaltert. Der militärische Verteidigungskomplex erstickte in Schulden, man verlor Kader und die industrielle Basis. Rußland selbst war in Teile zerfallen und stand wie ein Land von ›Bettlern‹ da [...] Ein bedeutender Teil der Wirtschaft wurde von Oligarchen oder offen kriminellen Strukturen kontrolliert [...] Die Finanzen des Landes lagen danieder, der Staat hing praktisch vollständig von ausländischen Kreditgebern ab. Und das hatte in letzter Konsequenz zur Zahlungsunfähigkeit im Jahre 1998 geführt, was die Schließung vieler Fabriken, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut nach sich zog.«¹

Unter Jelzins Präsidentschaft verlor Rußland zunehmend auch an politischem und ökonomischem Einfluß in seinem früheren Hinterhof. Es verlor zugleich im Kampf um die Energiestrategie in der Region einen seiner solidesten Vorteile: seine Monopolstellung als alleiniger Herr sämtlicher Energie-Leitungen, durch die die GUS-Staaten ihr Erdöl und Erdgas durch Rußland transportierten. Hier wurden nämlich nach dem Zerfall der UdSSR ein halbes Dutzend Öl- und Gasleitungen gebaut, deren Kommandozentrale nicht mehr in Moskau ist und die nicht über das territoriale Gebiet der Russischen Föderation verlaufen. Dem US-Blatt »The Nation« ist nicht zu widersprechen, wonach Präsident Bush »die militärische Präsenz der USA in Zentralasien dazu genutzt (habe), den Sieg über Rußland im Kalten Krieg abzusichern, den Einfluß Chinas einzudämmen und den Iran umklammert zu halten«.²

1 Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Rußlands bis zum Jahre 2020. Rede des russischen Präsidenten auf der erweiterten Sitzung des Staatsrates am 8. Februar 2008. In: »Rossijskaja Gazeta«. Moskau vom 9. Februar 2008 (dokumentiert in »Junge Welt«. Berlin vom 5./6. April 2008. S. 11) (im weiteren Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Rußlands bis zum Jahre 2020 ...).

2 Oil and the New Great Game. In: »The Nation«. New York vom 16. Februar 2004.

Unter Jelzins Präsidentschaft schenkte Rußland den GUS-Staaten und damit auch Zentralasien wenig Beachtung. Die herrschenden Reformkräfte erachteten das »rückständige Zentralasien«, aus dem man weder politische, noch wirtschaftliche Impulse erwartete, eher als Last für den eigenen Transformationsprozeß.³

Einige Stimmen, darunter die des Schriftstellers Alexander Solshenizyn, forderten sogar die Abkoppelung Rußlands von seiner »fremdkulturellen Kolonialperipherie«.⁴

Moskau glaubte, sich diese Gleichgültigkeit leisten zu können, da die zentralasiatischen Republiken als Neulinge in der Weltpolitik ohnehin auf Rußland angewiesen sein würden.

Erst Mitte der 1990er Jahre wurde der Höhenflug der atlantischen Strömung in der russischen Außenpolitik beendet. Ausdruck dafür war auch die Ernennung Jewgeni Primakows, eines Verfechters russischer Großmachtambitionen, zum russischen Außenminister. Mit ihm begann sich die außenpolitische Denkschule des »Eurasismus« oder »liberalen Nationalismus« durchzusetzen, der seine eifrigsten Vertreter in den Reihen des Militärs, des Sicherheitsapparates und des militär-industriellen Komplexes hatte.⁵

Der postsowjetische Raum sollte fortan gegen externe Einflüsse – zumindest verbal – verteidigt und mit Hilfe verschiedener wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Kooperationsformen unter russischer Führung reintegriert werden. Die wirtschaftliche und militärische Schwäche Rußlands sowie Empfindlichkeiten der zentralasiatischen Republiken gegenüber dem Paternalismus des ehemaligen »großen Bruders« erwiesen sich jedoch als schwer überwindbare Hindernisse auf diesem Wege.

3 Siehe Wolfgang Wilhelmi: Die Politik der Rußländischen Föderation gegenüber dem »Nahen Ausland«. Unter besonderer Beachtung von Rolle und Einfluß des Militärs. Baden-Baden 2002. S. 48.

4 Uwe Halbach: Der »nicht mehr postsowjetische« Raum? Rußland in der Wahrnehmung kaukasischer und zentralasiatischer Staaten vor und nach dem 11. September. SWP-Studie. Berlin. Juli 2002. S. 17.

5 Siehe Alexander Dugin: Grundlagen der Geopolitik. Moskau 1997. – Charles Clover: Dreams of the Eurasian Heartland. The Reemergence of Geopolitics. In: Foreign Affairs. Washington. 78(1999)2. S. 9–13.

Der Eurasismus der Primakow-Ära erfuhr mit dem Aufstieg Wladimir Putins eine Relativierung. Präsident Putin erachtete die ökonomische Erneuerung Rußlands als unbestreitbare Bedingung für den Wirtschaftsaufstieg des Landes zur Großmacht und ersetzte Schutzbekundungen durch einen an der Modernisierung Rußlands orientierten Pragmatismus.

Nachdem Putin eine Zeit lang zwischen Ultraliberalismus und Etatismus geschwankt hatte, entschied er sich für den Mittelweg, der die neue Eigentümerklasse ebenso beruhigte wie den Westen: Putin restaurierte Staat wie Souveränität und brachte die Oligarchen auf Kurs. Aber die Marktwirtschaft tastete er nicht an. Er machte weder die von einigen als »kriminell« bezeichneten Privatisierungen der neunziger Jahre rückgängig, noch verstaatlichte er die Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft. Oligarchen mit »diebischen« Absichten hatten von ihm nichts zu befürchten, sofern sie keine politischen Ambitionen hegten.

Die im Jahr 2000 von Präsident Putin angekündigte »Liquidierung der Oligarchen als Klasse« wurde nicht verwirklicht. Wladislaw Surkow, Putins Chefideologe, übte heftigste Kritik an den im Ausland lebenden Oligarchen, der sogenannten »Offshore-Aristokratie«, die seiner Meinung nach eine »Fettabsaugung der Wirtschaft« organisiert habe: 800 bis 1.000 Milliarden Dollar seien klammheimlich auf Konten der rund 60.000 russischen Offshore-Unternehmen transferiert worden. Im Gegensatz zu den US-amerikanischen Eliten, so Surkow, fehle es den russischen an nationaler Gesinnung: »Sie leben im Ausland, wo ihre Kinder studieren, und verwalten ihre Domänen in Rußland wie Plantagen.«⁶

In strategisch wichtigen Wirtschaftsbranchen sind Bemühungen sichtbar geworden, die Kontrolle des Staates wieder auszubauen. Das betrifft vor allem die Förderung und den Transport von Erdöl und Erdgas, den Militär-Industrie-Komplex, die Atomwirtschaft, den Flugzeug- und Schiffbau.

Der Westen, der sich während der beiden Tschetschenienkriege diskret zurückgehalten hatte, meldete sich erst wieder zu Wort, als die private Ölgesellschaft Jukos in die Schußlinie des Kremls geriet. Laut einer in den Medien selten erwähnten Interpretation stand Jukos damals unmittelbar vor einer Fusion mit Sibneft und bereitete mit den Ölkonzernen Exxon Mobil und Chevron-Exxon umfangreiche US-Investitionen in die

6 Argumenty i fakty. Moskau (2006)33. – Moskovskie Novosti. Moskau (2005)2.

sibirische Erdölförderung vor – wohlgernekt am Vorabend des Irakkrieges.⁷

Der Schlag gegen Jukos war der erste Schritt Wladimir Putins auf dem Weg zur so genannten Wiederverstaatlichung des Energiesektors. Damit wandte sich Präsident Putin vom ultraliberalen Weg à la Chile ab, den sein Wirtschaftsberater Andrej Illarjonow befürwortet hatte. Dieser quittierte den Dienst 2005 mit den Worten: »Rußland hat sich verändert, es ist kein freies Land mehr.«⁸

Ein entscheidender Wendepunkt war das Jahr 2003, als Wladimir Putin zu Beginn seiner zweiten Amtszeit den strategisch wichtigen Erdöl- und Erdgassektor in die Hände von Staatsunternehmern seiner Wahl legte. Das Nachsehen hatten die Oligarchen, die den Sektor in der Jelzin-Ära zum Freundschaftspreis erworben hatten. Von »Wiederverstaatlichung« kann jedoch kaum die Rede sein. Der Staat erhöhte zwar zwischen 2003 und 2007 seine Beteiligung am Erdölsektor von zehn auf 30 Prozent, bei Gazprom von 48 auf 51 Prozent und bei der Pipeline-Gesellschaft Transneft auf 100 Prozent. Dieselbe Strategie verfolgte der Staat in Branchen, in denen Rußland technologisch mit der westlichen Konkurrenz mithalten kann – etwa im Atomsektor sowie in der Raumfahrt- und Rüstungsproduktion. Andere Wirtschaftssektoren, in denen Rußland im Rahmen der WTO sowieso nicht konkurrenzfähig ist – so der Telekommunikationssektor, der Automobilbau und die Agro-Industrie – wurden weit für ausländische Kapitalbeteiligungen geöffnet.

Zwar schließt der Schutz strategischer Güter durch den Staat nicht die Öffnung für ausländisches Kapital aus, doch die Offensive der Staatsmonopole Gazprom und Transneft ist deutlich Teil einer Strategie, die sich gegen die seit 1991 von den USA praktizierte Politik der »Verdrängung Rußlands« richtet. Rußland als Großmacht in die Schranken zu weisen, dies war und bleibt Sinn der NATO-Osterweiterung und Zweck der Energiekorridore, die von den USA alternativ zu den russischen im postsowjetischen Raum geplant wurden.

7 Siehe Gérard Chalian und Annie Jafalian: *La dépendance pétrolière. Mythes et réalités d'un enjeu stratégique*. Coll. Le Tour du sujet. Paris 2005.

8 www.orange.revolution.us/blog.

2. DIE STABILISIERUNG RUSSLANDS UND DIE WACHSENDEN SORGEN DES WESTENS

Unter Putins Präsidentschaft avancierte die ökonomische Erneuerung Rußlands zur *conditio sine qua non* für den Wiederaufstieg des Landes zur Großmacht durch einen an der Modernisierung Rußlands orientierten Pragmatismus. Rußlands außenpolitische Maxime lautete fortan schlicht: »An der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist Rußlands Aufgabe – Rußland und nicht die Welt.«⁹

Die Diplomatie der Bush-Administration hat der außenpolitischen Elite Rußlands eindrucksvoll vermittelt, daß eine Kooperation auf gleicher Augenhöhe bis auf weiteres ein Wunschtraum bleiben wird.¹⁰

Im Gegensatz zu den 1990er Jahren ist Rußland in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts wirtschaftlich erstarkt. Das Land ist nicht mehr auf westliche Finanzhilfe angewiesen, der Außenhandel boomt, die zunehmend hohen Ölpreise bescherten seit Jahren beträchtliche Haushaltsüberschüsse.¹¹

9 Dmitri Trenin: Rußland und die neue Weltordnung. Eine Moskauer Sicht. In: Internationale Politik. Berlin 57(2002)10. S. 13.

10 Siehe Alexander Rahn: Der kalte Frieden. Putins Rußland und der Westen. In: Internationale Politik. Berlin 59(2004)3. S. 2.

11 Siehe International Monetary Fund. Russian Federation: Statistical Appendix. IMF Country Report. 04/315. Washington 2004. – [Diese noch 2008 getroffene Aussage relativiert sich durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. So stellt die Internetzeitung »Rußland – Aktuell« vom 28. August 2009 immer noch einen Artikel vom 1. Juli 2009 ins Netz, der darauf hinweist, daß Rußlands Wirtschaft schrumpft und die Schulden wachsen. Es heißt darin: »Um 8,5 Prozent wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr sinken [...] Auch im nächsten Jahr ist kein Aufwärtstrend zu erwarten. Mit einem Wachstum von 0,1 Prozent«, so das Wirtschaftsministerium, »bleibt die Lage angespannt [...] Das hat auch Auswirkungen auf den Haushalt [...] Voraussichtlich liege das Minus zwischen sechs bis acht Prozent«, meint der stellvertretende Finanzminister, Dmitri Pankin. Und Medwedjews Wirtschaftsberater, Arkadi Dworkowitsch, ergänzt: »Wenn der Ölpreis nicht deutlich steigt, wird das Haushaltsdefizit im kommenden Jahr fünf Prozent übersteigen und wahrscheinlich sogar sechs [...] Grund für das Minus sind neben den fehlenden Einnahmen aus der Wirtschaft auch die steigenden Ausgaben. Besonders teuer sind dabei die Kapitalspritzen für das marode Bankensystem und die Sozialausgaben [...] Bislang gibt Rußland fleißig das im Reservefonds angelegte Geld aus, um die Haushaltslöcher zu stopfen«. Um die Ausgaben zu decken, muß Rußland Schulden machen. Und die Regierung will damit möglichst früh beginnen. »Zunächst sind an zehn Milliarden US-Dollar gedacht.« Das

Anfang 2007 erreichte das russische Bruttoinlandsprodukt wieder das Niveau der Sowjetzeit. Nach der Überwindung der Depression 1999 hat das Durchschnittswachstum seit 2000 sechs Jahre lang bis sechs Prozent gelegen. Abgesehen von der Erdölförderung wuchs die russische Wirtschaft auch in der Metall- und Aluminiumindustrie, im Rüstungssektor sowie in der Lebensmittelbranche. Die Privathaushalte konsumierten mehr. Die Ausgaben für Bildung verdoppelten sich innerhalb von fünf Jahren und die für Gesundheit verdreifachten sich.

Dennoch: Die Einkommensunterschiede sind größer als während der Sowjetära. Es bedarf größter Sorgfalt und umfangreicher Investitionen, damit nicht noch mehr Kapital und qualifizierte Arbeitskraft ins Ausland abwandern. Die überalterte Infrastruktur muß modernisiert und der gewachsene technologische Rückstand gegenüber anderen Industrieländern aufgeholt werden. Es muß unausweichlich etwas gegen die sinkende Lebenserwartung und den Bevölkerungsrückgang getan werden.

Ein düsteres Bild liefert der Entwicklungsstand der Löhne. Nach Berechnungen des Staatskomitees für Statistik der Russischen Föderation sind die Reallöhne im Durchschnitt von einem Stand von 80 US-Dollar im Jahr 2000 auf ca. 400 US-Dollar im Jahr 2006 gestiegen, d. h. sie haben sich verfünffacht. Auf den ersten Blick ist das ein beachtlicher Zuwachs. Trotzdem sind sie immer noch unter dem Niveau des letzten Jahres der Sowjetmacht geblieben. Nach offizieller russischer Statistik blieben im Jahr 2000 noch immer ca. 45 Millionen Menschen mit einem Einkommen unter dem Existenzminimum. Auch hier ist bis 2007 eine Halbierung der Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Menschen erreicht worden. Damit ist der Anteil der von bitterer Armut Betroffenen an der Gesamtbevölkerung von 30 auf 17 Prozent gesunken.

klingt viel, ist aber relativ wenig, wenn man bedenkt, daß die »Gold- und Devisenreserven allein in der Zeit vom 14. bis 21. August 2009 um 2,3 Milliarden US-Dollar bzw. 0,6 Prozent geschrumpft sind.«

Die Internetzeitung »russland.ru« meldet am 25. August 2009: »Rückgang des BIP in Rußland gestoppt.« Sie bezieht sich dabei auf eine Äußerung des stellvertretenden Ministers für Wirtschaftsentwicklung, Andrej Klepatsch, mit der er informierte, daß das »BIP im Juli des laufenden Jahres gegenüber Juni um 0,5 Prozent, im Juni 2009 gegenüber Mai um 0,4 Prozent gewachsen« sei. Er schätzte ein: »Im Juli können wir mit Zuversicht sagen, daß der Rückgang der russischen Wirtschaft zu Ende gegangen ist und sie in die Phase der Wiederbelebung übergeht.« – Die Redaktion].

Neben diesem nunmehr relativ günstigen Entwicklungstrend der Löhne darf man die Augen nicht davor verschließen, daß in der Hauptsache die sozialen Vergünstigungen der Sowjetzeit (wie fast kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, fast kostenloses Wohnen, billige Krankenversicherung) im neuen Rußland weitgehend weggefallen sind.

Ergebnis ist eine soziale Polarisierung der russischen Gesellschaft, die faktisch mit unaufhaltsamer Schnelligkeit voranschreitet. Die unter Präsident Putin fortgesetzte Wirtschaftspolitik der grenzenlosen Bereicherung der Oligarchen und Neu-Wohlhabenden führte zu einer Explosion der Einkommen der Reichen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Neben 50 Dollar-Milliardären zählt Rußland heute immerhin weit mehr als einhunderttausend Dollar-Millionäre.

Der hohe Anteil von 65 Prozent des Privatsektors am russischen BIP im Jahre 2007 spricht eine deutliche Sprache.

Diese voranschreitende Polarisierung der russischen Gesellschaft steht doch wohl in krassem Widerspruch zu der wohlgemeinten Zielsetzung Wladimir Putins, daß »Rußland das anziehendste Land auf der Erde werden« müsse. Er sei überzeugt, »daß wir das schaffen können, nicht indem wir das Heute für die sogenannte rosige Zukunft opfern, sondern im Gegenteil, indem wir Tag für Tag das Leben der Menschen verbessern«. ¹²

Angesichts unwiderlegbarer Wirtschaftserfolge Rußlands im neuen Jahrhundert mußte sogar US-Verteidigungsminister Robert Gates zugeben, Wladimir Putin versuche, »Rußland wieder zur Großmacht auszubauen« und »Nationalstolz wieder zu beleben«. ¹³

US-Senator Richard Lugar forderte Ende November 2006 auf einer Konferenz des German Marshall Funds am Rande des NATO-Gipfels in Riga, die NATO müsse ihre Beistandsverpflichtungen auf den Fall einer Gefährdung der Energiesicherheit ausweiten. Er bezeichnete Rußland explizit als erhebliche Gefahr, weil es als Energielieferant ganze Wirtschaften lahm legen könne, »ohne einen einzigen Schuß abzufeuern«. ¹⁴

12 Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Rußlands bis zum Jahre 2020 ...

13 »Izvestija«. Moskau vom 15. Dezember 2006.

14 Eurasia Daily Monitor. 3. Band. Nr. 222. Washington vom 1. Dezember 2006. – [Daß diese »Erkenntnis« nicht unberechtigt ist, zeigte nicht zuletzt die Situation im Winter 2009, als auf Grund des Gasstreites zwischen Rußland und der Ukraine um Erdgaszahlungen und -durchleitung Regionen Europas nicht beliefert wurden bzw. beeinträchtigt waren. – Die Redaktion].

Die »Financial Times« berichtete am 14. Dezember 2006 über ein geheimes Papier, in dem Wirtschaftsexperten der NATO warnen, Rußland beabsichtige, analog zur OPEC ein Kartell der Erdgasproduzenten zu gründen. Diese Behauptung wurde Anfang November 2008 vom russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin höchstpersönlich dementiert.

Allem Anschein nach fällt es im Westen schwer zu verkraften, daß Rußland ein bedeutender und unentbehrlicher Partner im globale Energiegeschäft geworden ist, dem Energiesicherheit vor allem die Garantie von möglichst hohen Exportpreisen bedeutet.

Für Rußland ist der Energiesektor zu wichtig, als daß man ihn allein den Kräften des freien Marktes überlassen dürfte. Dies hat Putin besonders deutlich in dem seit Januar 2003 schwelenden Konflikt zwischen dem Kreml und dem Ölmagnaten Chodorkowski demonstriert. Der Ausgang dieses Konflikts hat darüber entschieden, wer Rußland im kommenden Jahrzehnt regieren wird. Wladimir Putin hat die Initiative ergriffen, denn zugleich stand die Privatisierung staatlicher Monopolunternehmen bevor – unter anderem und vor allem von Gazprom –, zum anderen liefen ausländische, vor allem US-amerikanische Großinvestitionen in strategischen Sektoren – vor allem im Energiesektor – an. Putin hat nicht zugelassen, daß die Oligarchen ihre ökonomischen Machtpositionen weiter ausbauen und allein entscheiden, zu welchen Bedingungen die multinationalen Konzerne in Rußland Fuß fassen. Der Energiegigant Gazprom – eine russische Kreation Putinscher Prägung – ist seitdem zur Inkarnation der global führenden Energiemacht Rußland geworden.

Gazprom ist das größte russische Unternehmen. Neben seinem Monopol in der Gasindustrie erstrecken sich seine Aktivitäten auf die Bereiche Chemie und Erdöl (Gesellschaft Sibur), Metallindustrie (Gesellschaft Gazmetall), Bankwesen (Gazprombank) und Medien (namentlich der Fernsehsender NTV). Der geschätzte Marktwert von Gazprom ist 300 Milliarden Dollar. Er besitzt ein Pipelinennetz allein in Rußland von 463.000 Kilometern Länge, Kraftwerke, Versicherungsgesellschaften, Fluglinien, bewaffnete Sicherheitsdienste u. v. a. m. Gazprom unterhält enge Beziehungen zur staatlichen russischen Ölgesellschaft Rosneft und zu deren Großgläubigern Meshprombank, die lange Zeit von Putins Freund Sergej Putatschow geleitet wurde. Obwohl Gazprom teilweise Eigenschaften eines Staatsbetriebes besitzt, folgt der Konzern einer Logik kurzfristigen Eigenprofits: Er führt wenig an den Staat ab und investiert kaum.

Gazprom kommt die Aufgabe zu, langfristig die russischen Energie-reserven zu sichern und sich zugleich möglichst an der gesamten Vermarktungskette zu beteiligen, also auch am internationalen – nicht zuletzt am europäischen – Verteilungsnetz, mit dem sich die höchsten Profite erzielen lassen. In den Führungsetagen von Gazprom ist man davon überzeugt, daß die GUS Staaten, je weiter sie in ihrer Entwicklung voranschreiten, desto weniger auf die Zusammenarbeit – vor allem im Energiesektor – mit Rußland verzichten können. Tatsächlich hat es Moskau gar nicht nötig, diese Staaten zur Wahl zwischen Rußland und dem Westen zu zwingen. Russische Energie ist doch bei vielen Abnehmern in der Welt heiß begehrt. Unter anderem bei einer Wirtschaftsmacht wie China, die gewillt ist, teures Geld zu bezahlen, um ihre Energieversorgung für die Zukunft zu sichern. Im übrigen gehen westliche Energieexperten davon aus, daß Rußland seinen Rückstand beim technischen Know-how schon bald aufgeholt haben wird. Dann wird es die europäischen und US-amerikanischen Firmen nur noch als Subunternehmen brauchen, und der gesamte Öl- und Gassektor kann in ausschließlich russischen Händen bleiben.

3. DIE RUSSISCHE FORMEL »PARTNER UND KONKURRENT« DES WESTENS

Heute versteht sich Rußland als Partner und zugleich als Konkurrent des Westens. Ermutigt durch das wirtschaftliche Wachstum und im Wissen um den noch vorhandenen Rückstand gegenüber der westlichen Welt reflektiert Rußland nicht mehr auf eine Integration in die westliche Gemeinschaft. Der Kern der Formel »Partner und Konkurrent« besteht einerseits in der Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme und andererseits in der Bekämpfung des westlichen Einflusses sowohl innerhalb Rußlands als auch in dem Raum, den Rußland als seine Einflußsphäre ansieht

Aus russischer Sicht gibt es *erstens* existentielle Gründe, die eine Anbindung des Landes als konsequenten Partner des Westens unmöglich machen. Einerseits ist die russische politische Klasse nicht bereit, die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika zu akzeptieren, die Rußland weiterhin nur die Rolle eines Juniorpartners überlassen wollen. Wladimir Putin unterstrich dies unmißverständlich auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007, indem er den Begriff »mo-

nopolare Welt« aus seiner Sicht erläuterte: »Wie dieser Begriff auch immer ausgeschmückt werden mag – im Endeffekt bedeutet er in der Praxis nur eines: Ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Kraft und ein Zentrum der Beschlußfassung. Das ist die Welt eines Herrschers, eines Souveräns [...] Ich glaube, daß das monopolare Modell für die heutige Welt nicht nur unannehmbar, sondern überhaupt unmöglich ist.«¹⁵

Rußland will *zweitens* auf dem postsowjetischen Territorium dominieren – und nach russischer Auffassung ist das nur natürlich – wenn man bedenkt, daß dieser Einfluß zu seinem Selbstverständnis gehört.

Rußland erlebt als Folge seines neuen Selbstverständnisses als führende globale Energiemacht eine Renaissance des Konzepts der Souveränität. In der Logik weiter Teile der russischen politische Klasse kann Rußland allein durch eine Abschirmung gegen störende Einflüsse von außen nach innen stabil und international konkurrenzfähig gemacht werden.

Dies steht in diametralem Widerspruch zur Strategie der EU. Diese vertraut ganz im Sinne ihrer funktionalistischen Tradition auf die normative Kraft und sozialisierende Wirkung der kleinen Verpflichtungs- und Harmonisierungsschritte, die nationalstaatliche Grenzen durchdringen und auf diese Weise Rußland stärker an die EU binden sollen. Die russische Elite sieht darin jedoch eher den Versuch, Rußlands Potential europäischer Kontrolle zu unterwerfen.¹⁶

Rußland betont *drittens* den Faktor des Territoriums, der Macht und der Souveränität, verwirft das europäische Integrationsprojekt und betrachtet die Bewegung einiger neuer unabhängiger Staaten in Richtung auf Europa und NATO als antirussische Herausforderung. Mit dem Verweis auf Rußlands Machtpotentiale – Raum, Ressourcen und Raketen – träumen manche in Rußland vom Wiederaufstehen des Imperiums, zumindest von einem engen Bündnis der GUS-Staaten unter russischer Vorherrschaft.

15 Zitiert nach dem von der russischen Agentur Novosti veröffentlichten vollständigen Wortlaut der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007.

16 Siehe Alexander Warketsch: Die Nachbarschaftspolitik der EU im postsowjetischen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Frankfurt am Main vom 22. Oktober 2007. S. 72.

Der vergleichsweise liberale innenpolitische Ansatz Jelzins und des »frühen« Putin hatte als außenpolitische Grundlinie die Annäherung an Europa und die zumindest teilweise Integration in dessen Strukturen erwarten lassen. So findet man in der Rede, die Putin – noch unter dem Einfluß des 11. September 2001 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hatte, den Wunsch nach »echter Partnerschaft« und sogar nach einem Aufgehen Rußlands in einem »Großeuropa« und der Vereinigung der Potenziale Deutschlands mit denen Rußlands. Von solchen beinahe schwärmerischen Vorstellungen, die an Gorbatschows Wunsch nach einem gemeinsamen Haus Europa erinnern, ist heute in Moskau nichts mehr zu hören.

Integration bedeutet heute für Moskau aktives und gleichberechtigtes Mitwirken in globalen Clubs wie den Vereinten Nationen, der G 8 oder Welthandelsorganisation, jedoch nicht das Abtreten nationaler Souveränität an internationale Institutionen. Wladimir Putin wird deutlicher: »Als legitim kann eine Gewaltanwendung nur gelten, wenn der Beschluß auf der Grundlage und im Rahmen der UNO gefaßt wurde. Die Organisation der Vereinten Nationen sollte nicht durch die NATO oder die Europäische Union ersetzt werden.«¹⁷

Rußlands Platz wird heute irgendwo zwischen Regionalmacht und Weltmacht verortet. Man spricht sich für eine multipolare Außenpolitik aus, die Rußlands Handlungsfähigkeit in allen Richtungen ermöglicht, lehnt jedoch ein Aufgehen in europäischen Strukturen ab.

Mir scheint sehr wesentlich zu sein, auf folgende Frage eine Antwort zu suchen, nämlich die Frage: Woraus schöpft Rußland die Kraft und sein Selbstverständnis, sich der weltweiten Globalisierung, so wie sie derzeit gestaltet wird, zu widersetzen?

Rußlandkennern dürfte eine außergewöhnliche Kombination in den Sinn kommen, die Kombination von enormem Naturreichtum, Größe, Weite, Vielfalt und extremen Härten: enormer Hitze und enormer Kälte, Weglosigkeit, Völkergemisch. Alles Bedingungen, die nur gemeinschaftlich zu bewältigen sind. Hier hat sich in Jahrhunderten eine Gemeinschaftskultur entwickelt, die sich von der westlichen Kultur unterscheidet, die sich auf der Grundlage der privaten Eigentumsordnung herausgebildet hat. Asiatische Produktionsweise oder auch agrarische Despotie nannten

17 Zitiert nach dem von der russischen Agentur Novosti veröffentlichten vollständigen Wortlaut der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007.

Marx und Engels diese Art einer gewissermaßen altruistischen (vor- und nichtkapitalistischen) Organisation des Lebens. Eine Eingliederung dieser Art der Organisation des Lebens in die vom Westen betriebene Globalisierung erscheint undenkbar. Im Gegenteil: Rußland fühlt sich dafür prädestiniert, eine Sonderrolle im Interesse aller der Länder übernehmen zu müssen, die ebenso wie Rußland aus der agrarischen Produktionsweise kommen: Eine Führungsrolle gegen den monopolaren Anspruch des Westens und für eine multipolar-kooperative Weltordnung.

Rußland kann sich diese Rolle leisten, solange es die Quellen seiner doppelten Autarkie – immense natürliche Ressourcen und die russische Fähigkeit zur Selbstversorgung – hütet und weiterentwickelt. »In diesem Kontext ist das gewachsene Interesse der Außenwelt an Rußland und Eurasien im Ganzen zu verstehen«, stellte Wladimir Putin fest. »Gott hat uns mit reichen Naturschätzen gesegnet. Das Resultat ist, daß wir immer öfter mit einer Politik der ›Eindämmung‹ konfrontiert werden. Und alles ist damit verbunden, uns eine unfaire Konkurrenz aufzuzwingen und sich selbst Zugang zu unseren Ressourcen zu verschaffen. Unter solchen Bedingungen ist es notwendig, Standhaftigkeit und Ausdauer zu bewahren und sich nicht in eine Konfrontation hineinziehen zu lassen, unter anderem in ein für unsere Wirtschaft zerstörerisches Wettüben, das der inneren Entwicklung Rußlands schadet.«¹⁸

Man sollte im Westen im Verhältnis zu Rußland mindestens zweierlei beachten: Erstens sollte man Rußland nicht im Zerrspiegel alter Ängste und Vorurteile sehen – nach dem Motto – Moskau zeige Muskeln, eine neue Eiszeit hätte mit Putin begonnen, ein neuer Kalter Krieg stehe bevor, ein russischer »Energiefanatismus« drohe, gar der »Dritte Weltkrieg«, wie Präsident Bush sich Ende 2007 nicht scheute zu warnen. Und zweitens sollte man sich bewußt werden, es mit einem Land zu tun zu haben, das sich jeglicher politisch-sozialen Einmischung widersetzt und das sich nur von *innen* heraus formieren will. Das können aber nur *russische* Politiker leisten, die zumindest zwei Bedingungen erfüllen: Sie dürfen nicht durch eine übermäßige Unterstützung »aus dem Ausland« diskreditiert sein und sie müssen ein eigenständiges nationales – russisches – Projekt verfolgen. Der überwältigende Sieg der Putin-Partei bei den letzten Duma-Wahlen ist dafür eine endgültige Bestätigung.

18 Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Rußlands bis zum Jahre 2020 ...

4. RUSSLANDS SUCHE NACH VERBÜNDETEN IN ZENTRALASIEN UND EUROPA

Erst unter der Präsidentschaft Wladimir Putins hat Rußland echte Bemühungen unternommen, die unter Präsident Jelzin gegenüber den GUS-Staaten betriebene Politik aus einem Gemisch von Drohung, Destabilisierung und Feindseligkeit einer radikalen Reform zu unterziehen. Berechtigte Hoffnungen weckte Präsident Putin bei seinen Nachbarn, indem er tatsächlich begann, viele Korrekturen in der unter Jelzin teils überheblichen und teils unberechenbaren Haltung Rußlands durchzusetzen. Fortan hieß die Maxime, »daß die ehemalige Sowjetrepubliken natürliche Verbündete im exsowjetischen Raum sind [...] Rußland muß mit diesen Staaten ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenarbeiten.«¹⁹

Mit diesem für damalige Zeiten couragierten sowie weisen Bekenntnis Putins hatte zugleich eine neue Zäsur in der Auseinandersetzung zwischen dem Westen – vor allem den USA – und Rußland um die Beherrschung des Kaspischen Raumes sowohl in strategischer als auch in ökonomisch-energetischer Hinsicht begonnen, die sich bis zum heutigen Tag fortsetzt. Wie hoch der Einsatz der Region im strategischen und sicherheitsrelevanten Zusammenprall der Kontrahenten Rußland/Westen wog, formulierte Ex-US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger: »Falls es Moskau gelingt, wäre ein solcher Sieg wichtiger, als die Erweiterung der NATO für den Westen.«²⁰

Nach Meinung des Nestors der US-Außenpolitik und neuerdings des außenpolitischen Beraters Barack Obamas, Zbigniew Brzezinski, ist Eurasien »das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.«²¹ Und weiter: »Dieses riesige, merkwürdig geformte eurasische Schachbrett – das sich von Lissabon bis Wladiwostok erstreckt – ist der Schauplatz des global play«, »eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent ist noch heute die Voraussetzung für globale Vormachtstellung«, und zwar einfache deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75 Prozent

19 Wladimir Putin im NTV vom 15. Dezember 1999 (SWB S4/5720 B/6 (16) vom 17. Dezember 1999) – russisches Fernsehen.

20 »International Herald Tribune«. Zürich vom 10./11. Mai 1997.

21 Zbigniew Brzezinski: Die Einzige Weltmacht. München 1998. S. 57.

der Weltbevölkerung leben und der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorkommen beherbergt.²²

Das erste Ziel US-amerikanischer Außenpolitik muß nach Brzezinski darin bestehen, »daß kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen«. Es gelte, »die Gefahr eines plötzlichen Aufstiegs einer neuen Macht erfolgreich hinauszuschieben«.²³

Mehr als zehn Jahre sind nach diesen Äußerungen Brzezinskis vergangen. In dieser Zeit hat sich die Kräftekonstellation in Eurasien anders entwickelt als von Brzezinski erwünscht, und zwar zu Ungunsten der USA. Der Irakkrieg droht mit einer Katastrophe für die USA zu Ende zu gehen. In Afghanistan läuft vieles anders als von den USA erhofft.²⁴ Es gelang Rußland nicht nur, viele der zu Jelzins Zeit verloren gegangenen Positionen wiederzuerobern, sondern vor allem in Zentralasien die Formierung eines Systems von strategischen Allianzen Rußlands mit wichtigen Staaten wie Kasachstan und Turkmenistan einzuleiten.

Es wäre jedoch unsinnig, die in den letzten zehn Jahren von den USA erreichte Präsenz in Zentralasien irgendwie in Frage zu stellen. Heute fließt doch aserisches Öl durch die 1.740 Kilometer lange Röhre der BTC (Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölpipeline), und kaspisches Gas gelangt durch die Gasleitung Baku-Tiflis-Erzerum (BTE) in die Türkei. Die Schlagader des westlichen Einflusses auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR hat – besonders durch das Zutun der USA – zu funktionieren begonnen, wenn auch der russischen Konkurrenz Gleichwertiges im westlichen Einflußgebiet gelungen ist. Und das hat Folgen: Durch die Inbetriebnahme der BTE-Gaspipeline ist seit 2007 der Westen nicht mehr *total* von russischen Gaslieferungen abhängig. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die westlichen Öl- und Gasleitungen aus dem Territorium der früheren UdSSR nach dem Westen den westlichen Öl- und Gaskonzernen die Möglichkeit eröffnen, mit weiteren Projekten ihre Energieversorgung zu

22 Siehe ebenda. S. 57, 54 und 64.

23 Ebenda. S. 283 und 304.

24 [Nicht umsonst hat der US-amerikanische Präsident Obama nach seinem Machtantritt sowohl für den Irak als auch für Afghanistan eine veränderte Strategie angekündigt. Diese läuft aber nicht darauf hinaus, das Streben der USA nach Vorherrschaft in Eurasien zu beenden. – Die Redaktion].

diversifizieren und einige GUS-Staaten in ihre politische Einflußsphäre einzubinden. Von vorrangiger Bedeutung, ist das westliche Kasachstan-Caspian-Transportation-System (KCTS), das die Ausbeutung der Ölfelder von Kashagan ermöglichen soll, des weltweit größten Vorkommens, das in den letzten 30 Jahren entdeckt wurde. Ab 2010 sollen die Aktionäre der Betreibergesellschaft – ein Konsortium aus großen westlichen Ölmultis – täglich 1,2 bis 1,5 Millionen Barrel über das Kaspische Meer transportieren. Die Anteilhaber sind neben Eni aus Italien (18,52%), Exxon Mobil aus den USA (18,52%), Shell, Total, Conoco Philips u. a. m. sowie Kashunay Gas (Kasachstan) mit 8,33%.

In der Konfrontation zwischen Rußland und dem Westen in Zentralasien spielt auch das europäische Nabucco-Projekt, das die EU mit kaspischem und iranischem Erdgas versorgen soll, eine kaum zu unterschätzende Rolle, zumal die Meinungen in Europa über die Gestaltung der Energiekooperation mit Rußland von Anfang an geteilt sind und nicht unwesentlich die Konkurrenz zwischen Rußland und den USA im postsowjetischen Raum tangieren. Denn Europa erlangt eine besondere Stellung in der neuesten geostrategischen Weltarchitektur, die in dem neuesten Buch »Second Chance« von Zbigniew Brzezinski aus dem Jahr 2007 dargestellt wird. Darin erkennt Obamas Berater Brzezinski Europa als die neue, »zweite Chance«, um eine dauerhafte amerikanische Vormachtstellung in der Welt zu erreichen, trotz und wegen der erlittenen Niederlagen der US-Außenpolitik in der letzten Dekade. Die Hauptthese Brzezinskis lautet nun: Ein transatlantisch orientiertes Europa habe für die USA die Funktion eines Brückenkopfes auf dem eurasischen Kontinent.²⁵

Nach Brzezinski würde eine Osterweiterung der EU zwangsläufig auch eine Osterweiterung der NATO nach sich ziehen. Diese wiederum – so die Idee – soll den US-amerikanischen Einfluß weit nach Zentralasien ausdehnen und einen Machtvorsprung gegenüber Konkurrenten sichern. »Amerikas zentrales geostrategisches Ziel in Europa läßt sich also ganz einfach zusammenfassen: Durch eine glaubwürdige transatlantische Partnerschaft muß der Brückenkopf der USA auf dem eurasischen Kontinent so gefestigt werden, daß ein wachsendes Europa ein besonderes Sprungbrett werden kann, von dem aus sich eine internationale Ordnung

25 Siehe Zbigniew Brzezinski: Second Chance. New York 2007. S. 91.

der Demokratie und Zusammenarbeit nach Eurasien hinein ausbreiten läßt.«²⁶

Unter diesem US-amerikanischen außenpolitischen Vorsatz erhält das russische Herangehen an die Gestaltung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa – und nicht zuletzt auf energiepolitischem Gebiet – eine außerordentliche Wichtigkeit.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Rußland hat bereits unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Jacques Chirac konkrete positive Konturen angenommen. Nicht nur Präsident Putin, auch Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac haben sich immer deutlicher von der US-amerikanischen Dominanz in der Weltwirtschaft und auch im Energiebereiche entfernt. Letzterer wurde zum Ausgangspunkt für intensivere Beziehungen zwischen Rußland und der EU. Mit importierter russischer Energie deckt Deutschland heute zu 45 Prozent, Frankreich zu 25 Prozent, Österreich zu 75 Prozent und Finnland zu 100 Prozent seinen Energiebedarf.

Aus dem Jahr 2006 stammt die eindeutige Position Gerhard Schröders als des damaligen Bundeskanzlers, »daß nur eine strategische Bindung zwischen dem Europa der Union und Rußland uns befähigt, ökonomisch, politisch, kulturell standzuhalten gegenüber konkurrierenden Mächten wie Amerika und gegenüber aufstehenden Mächten wie Indien und China«.²⁷

Die Zeiten haben sich inzwischen jedoch geändert. Heute bestimmen mit Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Nicolas Sarkozy zwei ausgewiesene Atlantiker die Richtung. Die Direktive Brzezinskis und der US-amerikanischen konservativen Denkfabrik Heritage Foundation wird zum Leitfaden in Brüssel, Berlin und Paris: Die *Verhinderung* einer dauerhaften französisch-deutsch-russischen Allianz, die als Gegengewicht gegen die USA geplant sei, müsse als ein vorrangig amerikanisches Sicherheitsinteresse angesehen werden. Unter diesen Rahmenbedingungen hat die Europäische Union und vor allem Kanzlerin Merkel die von Rußland angebotene Kooperation zwischen der EADS und der russischen Flugzeugindustrie abgelehnt wie auch einen gegen die US-amerikanische Monopolstellung gerichteten Vorschlag einer russisch-westeuropäischen Energieallianz.

26 Ebenda. S. 129.

27 Gerhard Schröder im Interview: Der deutsche Zeigefinger sollte nicht so groß sein. In: »Süddeutsche Zeitung«. München vom 27. Oktober 2006.

Allem Anschein nach wird die Welt von morgen von den USA und China dominiert werden. Wenn Europa in dieser Welt tatsächlich eine eigenständige Rolle spielen will, wird es sehr wahrscheinlich an einer Allianz mit Rußland und den GUS-Staaten nicht vorbeikommen. Doch derzeit gehen maßgebliche Europäer offenbar davon aus, daß alles, was Rußland an seiner Entfaltung hindert, für Europa gut ist und umgekehrt. Dabei wird oft außer Acht gelassen, daß die EU und die USA auf dem Gebiet der Energiepolitik durchaus miteinander konkurrieren, etwa in Bezug auf die ölreichen, aber autoritär regierten Länder im Kaukasus und in Zentralasien. Gerade bei der Energiepolitik lassen sich auch viele Widersprüche im Verhältnis zwischen der EU und Rußland aufzeigen. In diesem Sinne erscheint das Nabucco-Projekt der EU unter einem spezifisch politischen Blickwinkel suspekt: Die vorgesehene 3.700 Kilometer lange riesige Pipeline, die im Jahre 2025 zehn bis 15 Prozent des Gasbedarfs der EU decken soll, läuft letztlich auf eine Isolierung Rußlands hinaus und wird die Scharnierrolle Aserbaidshans, Georgiens und der Türkei bei der Versorgung des Westens mit kaspischer Energie verstärken. Ja, wenn Nabucco überhaupt auch wirklich realisiert wird. Der Baubeginn soll zwar 2009 starten. Bislang leidet Nabucco allerdings an ungenügender Liefergarantie der ins Auge gefaßten Exportländer, um die geplante Kapazität der zukünftigen Gasleitung von rund 30 Milliarden Kubikmetern pro Jahr auslasten zu können. Das einzige Land, das sich zur Lieferung bereit erklärt, ist ausgerechnet der Iran, was die Versuche besonders der USA erklärt, Nabucco zu Fall zu bringen. Schließlich könnte die von Rußland geplante South-Stream-Pipeline dem offiziell noch nicht aufgegebenen Nabucco-Projekt den Todesstoß versetzen. Die geplante russisch-italienische South-Stream-Pipeline, die das südliche Gegenstück zur von Berlin und Moskau geplanten Ostseepipeline bildet, soll zugleich die Ukraine als Transitland für russische Gaslieferungen ausschalten.

Aus russischer Sicht ist die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union nicht zufriedenstellend. Es gebe eine ganze Reihe von Motiven, die für eine Annäherung der Standpunkte sprächen:

Erstens würden vertiefte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und der EU Letztere in die Lage versetzen, ihre gegenwärtige transatlantische Orientierung durch eine kontinentale zu ergänzen. Dies würde einen erheblichen Unabhängigkeitsgewinn Europas gegenüber den USA bedeuten.

Zweitens würde für eine zunehmende Ostorientierung der EU auch sprechen, daß russische und europäische Interessen langfristig komplementär sind. Von russischer Seite bestehe eine große Nachfrage nach europäischer Technologie, während es Europa mittel- und langfristig schwer gelingen würde, seine Energieversorgung ohne russische Vorräte sicherzustellen.

Drittens unterscheidet sich Europas eigene Interessenlage in wichtigen Punkten von der US-amerikanischen. Seiner eigenen geopolitischen Lage nach kann Europa sowohl atlantische als auch eurasische Kooperationen eingehen. Seinen eigenen Interessen am nächsten käme eine Politik, die sich sowohl nach Westen als auch nach Osten orientiert. Eine derartige Ostorientierung der EU versuchen die USA nicht zuletzt auch durch einen neuen Kalten Krieg zu verhindern – unter Instrumentalisierung der osteuropäischen EU-Staaten.

Viertens verfügt nur die »alte Welt« als unabdingbarer Partner der USA über die Möglichkeit, den amerikanischen Plänen der Weltherrschaft die Unterstützung zu entziehen und diese zur Vernunft zu zwingen. Und Europa kann und sollte dies im Interesse der Zivilisation auch tun.

In Moskau ist man sich, dessen bewußt, daß bestehende Konfliktpunkte zwischen Rußland und der Europäischen Union einer Annäherung der Standpunkte bislang zuwiderlaufen. Hier die wichtigsten:

Erstens bleibt die Zukunft des Kosovo zwischen der EU und Rußland umstritten. Rußland lehnt die Umgestaltung der UN-Verwaltung für Kosovo (UNMIK) kategorisch ab. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat sich dafür ausgesprochen, die EU-Mission EULEX unter dem UNMIK-Schirm agieren zu lassen, was Moskau jedoch ablehnt.

Zweitens hatte Rußland im Dezember 2007 als Reaktion auf die US-Raketenabwehrpläne in Europa den Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Rüstung in Europa gekündigt. Moskau sieht seine Sicherheit durch das Vorhaben der USA bedroht. Auch eine mögliche NATO-Osterweiterung um die Ukraine und Georgien wird von Rußland strikt abgelehnt.

Drittens sollte nach erheblichen Verzögerungen ab 4. Juli 2008 zwischen der EU und Rußland über ein neues Partnerschaftsabkommen verhandelt werden. Litauen und Polen, die dies über Jahre blockiert hatten, gaben im Frühjahr 2008 den Weg für Gespräche frei. In der Europäischen Union sind die Meinungen geteilt, wie eng die Bindungen zu Mos-

kau geknüpft werden sollen. Insbesondere die osteuropäischen Staaten wollen Distanz halten.

Viertens wird russischen Energiekonzernen im Westen vorgehalten, immer wieder am Öl- oder Gashahn gedreht zu haben. Die EU-Europäer wollen daher im Partnerschaftsabkommen eine staatliche Lieferverpflichtung Rußlands fixieren. Rußland möchte hingegen Garantien für Investitionsfreiheit im Westen erreichen.

Die Lage ist so verfahren, daß eine Hoffnung auf eine baldige Regelung der strittigen Standpunkte fehl am Platze ist. Im Gegenteil: Diese blockieren vielmehr die Sicht beider Parteien für wichtige, beiderseits vorteilhafte und mögliche Regelungen.

5. DIE KONTINUITÄT DER RUSSISCHEN AUSSENPOLITIK UNTER DEM FÜHRUNGSTANDEM PUTIN/MEDWEDJEW

Symbolcharakter tragen die ersten Auslandsbesuche des neuen russischen Präsidenten Medwedjew nach Kasachstan und China. Sie signalisieren das Bestreben Rußlands zur Schaffung optimaler Voraussetzungen im außenpolitischen Umfeld für die Realisierung seiner neuen Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2020. Rußland unterstreicht damit das große Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien, zumal deren strategisch-geographische Lage sowie Öl- und Gasvorkommen starke US-amerikanische und europäische sowie chinesische Begehrlichkeiten geweckt haben. Zum anderen unterstreicht Rußland damit gegenüber den USA und der Europäischen Union, daß Rußland auch ein asiatisches Land ist und daß es der Entwicklung guter Beziehungen zu China große Bedeutung beimißt.

Die geopolitische Symbolik von Medwedjews ersten Auslandsbesuchen nach Kasachstan und China ist in Brüssel und Washington nicht unbeachtet geblieben, zumal westliche Rußlandkenner schon mit einer »stärkeren Westorientierung« des neuen russischen Präsidenten als bei dessen Vorgänger Putin geliebäugelt hatten. Die für Medwedjew in den ersten Monaten angesetzten Veranstaltungen von Bedeutung sind unübersehbar *asiatisch*. So im Juni 2008 der Rußland-EU-Gipfel jenseits des Urals in Chanty-Mansijsk. Im Juli 2008 tagte auf der japanischen Insel Hokkaido der G8-Gipfel. Darauf folgte das Shanghaier Gipfeltreffen in der tadshikischen Hauptstadt Duschanbe.

Das alles reflektiert die Realitäten der Lage Rußlands. Kasachstan ist – nebst Armenien – der wichtigste Verbündete Rußlands unter den ehemaligen Republiken der UdSSR. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war in Moskau erwartet worden, daß die Ukraine als am meisten entwickeltes Land nach Rußland in den GUS-Staaten die wichtigste Rolle spielen würde. Aber die Ukraine wählte für sich nach der »oranzen Revolution« einen anderen Weg. Mit Hilfe der Europäischen Union und der USA gelangte in Kiew eine antirussisch eingestellte Regierung ans Ruder. Im Ergebnis dessen verlor die Ukraine ihren Einfluß in der GUS-Zone: Um ihre wirtschaftlichen und sonstigen Aussichten steht es nicht gut. Kasachstan hingegen entwickelte sich unterdessen zu einem asiatischen Wirtschaftswunder. Es hat Rußland in Bezug auf den Lebensstandard und viele andere Pro-Kopf-Zahlen überholt. Und mit keinem anderen Land in der GUS hat Moskau gleich enge Verbindungen wie mit Kasachstan.

Auch zu China sind die Beziehungen Rußlands so eng wie nie zuvor nach dem Scheitern der Sowjetunion. In den letzten zehn Jahren stand China abwechselnd an zweiter und dritter Stelle unter Rußlands Wirtschaftspartnern – nach Deutschland und bisweilen Italien. Rußland und China finden bei globalen Problemen oft eine gemeinsame Sprache, oder sie stören sich nicht gegenseitig bei ihren Aktivitäten in Afrika und Lateinamerika. »Rußland wird die russisch-chinesische strategische Partnerschaft weiter allseitig entwickeln«, versicherte Präsident Medwedjew. »Diese gründet sich auf die Übereinstimmung des grundlegenden Heran-gehens an die Schlüsselfragen der Weltpolitik und ist ein wesentlicher Baustein der regionalen und globalen Stabilität. Die Hauptaufgabe bei der Entwicklung der zweiseitigen Beziehungen besteht darin, den Umfang und die Qualität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dem erreichten hohen Niveau der politischen Beziehungen anzugleichen.«²⁸

Dennoch gibt es auch in den Beziehungen Rußlands zu China Probleme: vor allem deshalb, weil China für Rußland in der Rangfolge der Prioritäten ganz vorne steht, nicht aber Rußland für China. Das kühl-wohlwollende Verhalten Chinas zu Rußland ist nicht zu übersehen und kündigt

28 Dmitri Medwedjew vor russischen Diplomaten am 15. Juli 2008 bei seinem Auftritt zur Erläuterung der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation, entnommen aus www.sicherheitspolitik-dss.de.

womöglich von künftigen Problemen zwischen beiden Nachbarn. In seiner Konkurrenz mit der EU um Rußlands Gas zeigt sich China bislang als zuverlässiger Partner. So wird der Bau der russischen »Ostsibirisch-Pazifischen Ölpipeline« die erste ihrer Art sein, die in Kooperation mit China entsteht und in Richtung Osten führt. Sie wird Rußlands Energieexporte diversifizieren – zusätzlich zu Europa – und China helfen, seinen Energiebedarf besser zu decken.

Die Annäherung Chinas und Rußlands verändert die Kräftebilanz in Zentralasien. Gerade unter Berücksichtigung dieser Annäherung kann man davon sprechen – so einer der führenden russischen Politologen Wjatscheslaw Tretjotkin –, daß die unipolare Pax Americana in die Vergangenheit rückt und die Konturen einer neuen, multipolaren Welt entstehen, die bei weitem natürlicher ist und den Bedürfnissen der ganzen Menschheit besser entspricht.²⁹

Nach dem Präsidenten des Russischen Gasverbandes, Waleri Jasew, wird Europa nicht länger der Exklusivmarkt für russische Energieträger sein. Er legte vor dem Eintreffen Medwedjews in Peking den Europäern nahe, von ihrem hohen Roß herabzusteigen und Rußland wie einen gleichberechtigten Partner zu behandeln. Die in Europa herrschende Meinung, Rußland könne keinen anderen Absatzmarkt für sein Gas finden, gelte nicht länger, denn in Asien zeichne sich die Entstehung eines gemeinsamen Energiemarktes ab, der China, Indien und Südkorea umfassen werde.³⁰

Wladimir Putin hat in seiner bemerkenswerten Tour d'horizon auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 seiner Fantasie freien Lauf gelassen und ein Stück Zukunftsvision umrissen: »So ist das Gesamt-BIP (Bruttoinlandsprodukt – S. L.) Indiens und Chinas, an der paritätischen Kaufkraft gemessen, bereits größer als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Das nach demselben Prinzip berechnete BIP der BRIC-Staaten Brasilien, Rußland, Indien und China ist größer als das Gesamt-BIP der Europäischen Union.« Laut Expertenmeinungen, so Putin weiter, »wird dieser Abstand in der absehbaren historischen Perspek-

29 Siehe Wjatscheslaw Tretjotkin in »Sovjetskaja Rossija«. Moskau vom 29. März 2007.

30 Siehe Rainer Rupp: China konkurriert mit EU um Rußlands Gas. In: »Junge Welt«. Berlin vom 24./25. Mai 2008. S. 3.

tive nur weiter wachsen«. Es bestehe kein Zweifel daran, daß »das Wirtschaftspotential der neuen globalen Wachstumszentren zwangsläufig in politischen Einfluß umgemünzt und die Multipolarität festigen wird«. ³¹

Rußlandexperten dürfte nicht entgangen sein, daß in den letzten Jahren das »Shanghai-Bündnis« eine immer stärker werdende Priorität in der russischen gegenwarts- und zukunftsgerichteten strategischen Rhetorik einnimmt. So schrieb bereits 2005 Professor Sergej Lusjarin vom Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen: »Es steht außer Zweifel, daß die SCO (Shanghai Cooperation Organisation – S. L.) heute zu einer großen regionalen Vereinigung in Zentralasien wird, die ihren Einfluß auf die benachbarten Regionen Mittelasiens (Afghanistan, Iran) und Südasien (Indien, Pakistan) ausübt. Für Rußland und China ist das nicht einfach eine regionale Organisation zum Kampf gegen die ›drei Übel‹ (Nationalismus, religiösen Extremismus und Separatismus), sondern auch ein wichtiges geopolitisches Instrument zur Verteidigung ihrer staatlichen Interessen in der Welt. Im breiteren Sinne ist die SCO eine für eine multipolare Welt bestimmte Organisation.« ³²

Zu den wichtigsten Potenzen der SCO gehört ihr wachsendes ökonomisches Gewicht. Die der SCO als Vollmitglieder oder Beobachter angehörenden RICK-Staaten (Rußland, Indien, China und Kasachstan), d. h. die BRIC-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China) ohne Brasilien und plus Kasachstan – stellen heute wohl die dynamischste Region der Welt dar. So ist die Wirtschaft Rußlands zwischen 2000 und 2005 jährlich (reales BIP in Prozent) um 6,7%, Indiens um 6,1%, Chinas um 9,2% und Kasachstans um 10,2% gewachsen. Die Prognosen für 2006 und 2007 lagen in etwa auf dem gleichen Niveau. ³³ Zwischen 1980 und 2006 hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (kaufkraftbereinigt) in China um den Faktor 16 vervielfacht, in Indien verfünffacht. Im gleichen Zeitraum ist ihr jeweiliger Anteil am Welt-BIP von 3,2 Prozent auf 13,9 Prozent bzw. von 3,3 Prozent auf 6,17 Prozent gestiegen. Der

31 Wladimir Putin, zitiert nach dem von der russischen Agentur Novosti veröffentlichten vollständigen Wortlaut der Rede des russischen Präsidenten auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007.

32 www.analitiba.org/article.php?story=200503290_5250084 (russ.).

33 Siehe OECD Economic Outlook. Weltbank und Nationale Statistiken. In: International Monetary Fund. Russian Federation. Statistical Appendix. IMF Country Report 04/315. Washington 2007.

Anteil Asiens insgesamt liegt heute bei 34 Prozent und wird für das Jahr 2020 auf etwa 45 Prozent geschätzt.³⁴

Ende 2007 haben die Dollarreserven Chinas die Billionenmarke überschritten. Wirtschaftsexperten gehen davon aus, daß China kurz davor steht, Deutschland als Exportweltmeister zu übertrumpfen.

Von kaum geringerer Bedeutung sind die gewaltigen Gas- und Ölreserven in Rußland und den anderen zentralasiatischen SCO-Staaten. Was die Gasreserven betrifft, so verfügt Rußland allein mit 27,5 Prozent über den bei weitem größten Anteil an den gesicherten Weltreserven, gefolgt von Iran mit 15,9 Prozent. Bei der Ölförderung belegte Rußland 2005 hinter Saudi-Arabien (13,5 Prozent) mit 12,1 Prozent den zweiten Platz in der Welt.³⁵

Ein Novum ohnegleichen in der neueren Weltpolitik der letzten Jahre stellt die historische Tatsache dar, daß die Teilnehmer an der Kaspischen Konferenz der Anrainerstaaten 2007 – Kasachstan, Tadschikistan, Iran, Aserbaidshan und Rußland – sich gegenseitig versicherten, keine unabgesprochene Gas- und Öllieferung durch das Kaspische Meer und keine Stationierung fremden Militärs auf ihrem Gebiet zuzulassen, die gegen eines der an der Konferenz beteiligten Länder – gemeint ist der Iran – gerichtet sein würde. Das Shanghaier Bündnis, das zeitgleich zur Konferenz der Anrainer des Kaspischen Meeres tagte, nahm den Iran demonstrativ als assoziiertes Mitglied in seine Runde auf. Für die politische Welt wurde das als eine rote Karte Rußlands der USA gegenüber bewertet. Präsident George W. Bushs Versuch, sich auf der NATO-Tagung in Bukarest Anfang April 2008 dafür mit der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO zu revanchieren, scheiterte; sage und schreibe auch am Widerstand Frankreichs, Deutschlands, Spaniens, Italiens und weiterer US-NATO-Partner.

Immer lauter wird auch der kategorische Protest Rußlands gegen NATO-Pläne, in Polen und Tschechien Stationen für ein europäisches Raketenabwehrsystem zu bauen. Nicht nur die Mehrheit der Ukrainer und Georgier ist gegen eine Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO.

34 Schätzungen anhand der Datenbank der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (siehe www.econstats.com).

35 Siehe Worldwide Look at Reserves and Production. World Energy Council. New York. December 2005.

Die Mehrheit der Tschechen und Polen möchte keine Raketen in ihrem Land, die Rußland kategorisch ablehnt.

6. RUSSLANDS RÜCKKEHR AUF DIE WELTBÜHNE

Dmitri Trenin, der stellvertretende Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums, stellte in einem bereits 2006 erschienenen Aufsatz fest, daß Rußland einen Prozeß durchmacht, »der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat tatsächlich angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Der äußerste Planet des westlichen Sonnensystems hat seine Umlaufbahn verlassen, um eine neue und unabhängige Flugbahn einzuschlagen.«³⁶

Auch der Leiter des Moskauer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, Thomas Kunze, betont in einem von dieser Institution am 5. März 2007 veröffentlichten Interview: »Präsident Putin hat deutlich gemacht, daß sein Land gewillt ist, die Position einer Weltmacht zurückzuerlangen. In den neunziger Jahren gab es eine Periode der Schwäche. Mittlerweile bemüht sich Rußland um eine neue Standortbestimmung in der globalen Welt. Die Beispiele dafür sind vielfältig: Im Atomstreit mit dem Iran sucht Rußland eine Vermittlerrolle. Wladimir Putin setzt neue Akzente in der Nahost-Politik, in Zentralasien wenden sich die 1991 unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken wieder Rußland als Schutzmacht zu und Putin hat die Kontakte zur islamischen Welt wieder neu fundiert. Rußland gestaltet die Beziehungen zu den USA und Europa mit einem neuen Selbstbewußtsein, das wir in den neunziger Jahren nicht gewöhnt waren.«³⁷

In Berlin, wohin seine allererste Reise als Staatschef – nach Kasachstan und China – führte, erklärte Medwedjew: Rußland kehre derzeit nach fast einem Jahrhundert der Isolation und Selbstisolation in die Weltpolitik und die Weltökonomie zurück. Es bemühe sich durchaus, als Staat »kompatibel« mit dem Rest Europas zu werden. Aber Europas gegenwärtige Architektur trage noch den Stempel einer Ideologie der Vergangenheit ... Man müsse die Politik der vollendeten Tatsachen stoppen und einfach eine »Atempause« einlegen, bevor man über so wichtige

36 Willi Gerns: Die Präsidentschaft Putins. Eine Bilanz. In: Marxistische Blätter. Essen (2008)2. S. 33.

37 Ebenda.

Angelegenheiten wie Kosovo, NATO-Erweiterung oder Raketenabwehr entscheide. Andernfalls werde »der Preis« hoch sein.³⁸

Urmittelbar vor seinem Reiseantritt nach Deutschland hatte Präsident Medwedjew auf einem internationalem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg mit einem Seitenblick auf Berlin erklärt: »... Das heutige System der Regulierungsinstitute – gemeint sind vor allem die Weltbank und der Internationale Währungsfonds – sei den Herausforderungen nicht gewachsen. Während sich andere Länder dem Biotreibstoff gewidmet hätten und damit die weltweite Währungskrise verschärften, liberalisiere Rußland seinen Gasmarkt und kurbele die Ölproduktion wieder an [...]«. Rußland trage »mit seinen Maßnahmen zu einer ›Stabilisierung der weltweiten Energiemärkte« bei.³⁹

Adressat dieser Zusicherung Medwedjews zur Bereitschaft Rußlands, für die Stabilisierung der weltweiten Energiemärkte – Europa eingeschlossen – Sorge zu tragen, sind all jene in der Welt und insbesondere in Europa, die Rußland anders lautende Absichten unterstellen. Dies ist auch eine Absage an all diejenigen, die den europäischen Flirt mit Zentralasien gegen Rußland betreiben, indem sie den Bau von Gasleitungen unter Umgehung Rußlands favorisieren und die EU in eine Sackgasse führen, denn damit allein wird die EU kein neues Gas bekommen.

Das Energieproblem zwischen Rußland und Europa hat vielerlei Facetten. Das Thema stand auch in Chanty-Mansijsk ganz oben auf der Tagesordnung der Verhandlungen zwischen Rußland und der EU im Juni 2008. Zankapfel sind vor allem die Zusatzprotokolle zu der – in der Schwächeperiode Rußlands – 1994 verabschiedeten Energie-Charta zwischen beiden Partnern, deren Ratifizierung Moskau ablehnt. Denn sie würden das russische Durchleitungsmonopol für Erdöl und Erdgas aus Zentralasien beenden, worauf die EU seit langem drängt. Eine Annäherung halten Experten für unwahrscheinlich: Rußland sei ein souveräner Staat und lasse sich weder Preise und Bedingungen für Öl- und Gaslieferungen noch »Lösungen« für innere russische Probleme vorschreiben. Auch stehe es jenen, – so die explizite russische Deutung – die selbst noch nicht recht zu einer gesamteuropäischen Identität gefunden hätten, nicht an, Rußland ständig auf seine »genetische Tauglichkeit« für Demo-

38 Siehe Detlef D. Pries: Medwedjew und der deutsche Zeigefinger. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 7./8. Juni 2008. S. 8.

39 Russische Nachrichtenagentur Novosti. Moskau vom 9. Juni 2008.

kratie zu testen. Während die Europäische Union nicht mal eine einheitliche, verpflichtende Energiekonzeption besitzt, hat Rußland nicht nur in der Energiebranche Europas Tatsachen geschaffen, die in der Amtszeit Wladimir Putins realisiert wurden.

Bekanntlich war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Einfluß Rußlands auf dem Balkan kaum noch meßbar gewesen. Unter Wladimir Putins Präsidentschaft wurde das anders. Putin begründete seine politische Offensive in diesem früheren Einflußbereich damit, daß der Balkan und die Schwarzmeerregion immer ein Gebiet von besonderem Interesse für Rußland gewesen ist, mit stets besonderen, guten Beziehungen. Rußland kehre mit seinen nun gewachsenen Möglichkeiten in die Region zurück, kündigte er Ende 2007 in Zagreb und in Istanbul an. Schließlich sei Rußland mit der Lieferung von 73 Milliarden Kubikmetern Gas im Jahre 2006 zum wichtigsten Energielieferanten Südosteuropas aufgestiegen. Das entspricht schon der Hälfte aller Gaslieferungen an die EU. Diese Vormachtstellung wird minutiös ausgebaut.⁴⁰

In Kroatien hat der russische Konzern Lukoil von der ungarischen MOL deren Anteil an dem staatlich beherrschten kroatischen Energiegiganten übernommen. Rußland hilft Kroatien bei der Errichtung eines unterirdischen Gasreservoirs für zwei Milliarden Kubikmeter.

In Bosnien-Herzegowina hat die russische Firma Neftgazinkor Anfang Februar 2007 im serbischen Landesteil die staatliche Ölindustrie übernommen.

In dem kleinen Adriastaat Montenegro haben russische Investoren bereits so weit Fuß gefaßt, daß westliche Länder vor einer »russischen Kolonie« warnen.

Vor allem das Balkan-Kernland Serbien soll für Rußland ein Dreh- und Angelpunkt werden. Bei der Privatisierung der maroden Fluggesellschaft JAT und dem staatlichen Energiemonopolisten NIS (Naftna industrija Srbije) sollen russische Firmen zum Zuge kommen. Schon bis 2007 hat Lukoil hier und im benachbarten Bulgarien 1,5 Milliarden Euro investiert.

In Serbien wird von der russischen Gazprom nicht nur ein riesiges Gaslager (in Bunatski Dvor) an der rumänischen Grenze geplant, son-

40 Russische Nachrichtenagentur Novosti, dokumentiert: Öl- und Gaslieferungen ins Ausland. Moskau vom August 2007.

dern auch eine Pipeline (»Blauer Bach«) als Teil der internationalen Verbindung zwischen der Türkei und Österreich mit Kosten von 1,2 Milliarden Dollar.

Sein neues Selbstbewußtsein hat Rußland mit seiner Haltung im Kaukasus-Krieg Jahrgang 2008 vor aller Welt unmißverständlich unter Beweis gestellt.

7. DER KAUKASUS-KRIEG JAHRGANG 2008 IM ZEICHEN GEWACHSENEN RUSSISCHEN SELBSTBEWUSSTSEINS

Der Kaukasus-Krieg vom August 2008 tangierte engstens den anormalen Umstand, daß die ethnischen Konflikte dieser Region bislang keine endgültige Lösung erfahren haben. Die von der politischen Konstellation des Kaukasus nicht wegzudenkenden Konflikte zwischen Georgiern und Abchasen, Georgiern und Osseten, Georgiern und Adsharen, Georgiern und Russen, Armeniern und Aserbaidshanern, Tschetschenen und Russen, Russen und Tscherkessen u. a. m. bergen die Gefahr in sich, jederzeit in offene militärische Auseinandersetzungen ausarten zu können. So geschehen im Kaukasus-Krieg, Jahrgang 2008, zwischen Georgiern, Südosseten, Abchasen und Rußland. Jenseits der ethnischen und sozialen Konflikte in diesem Raum sind es die reichen Energievorkommen des Kaspischen Meeres, die das internationale Augenmerk auf diese Region lenken. Rußland und die USA liefern sich hier seit dem Ende der Sowjetunion einen knallharten Verdrängungswettbewerb, der die Lösung der ethnischen Konflikte extrem erschwert. Jede Ethnie hat in dieser explosiven Kräftekonstellation den eigenen favorisierten Großpartner, die eine Rußland, die andere die USA usw.

Für die von dieser Region tausende Meilen entfernten USA ist der Kaukasus in mehrfacher Hinsicht von eminentem strategischen Interesse: Als Bastion gegen die wiedererstarkende russische Großmacht. Als Energieregion zur Sicherung des eigenen Bedarfs an Energie-Rohstoffen und als Basis für die US-Streitkräfte im Norden des sogenannten Größeren Mittleren Ostens unmittelbar an der Grenze Rußlands.

Dennoch ist der Auslöser der neuen militärischen Eskalation jüngsten Datums. Sowohl die Osseten als auch die Abchasen nahmen die seit Herbst 2007 absehbare Abspaltung des Kosovos von Serbien zum Anlaß, um auch für ihre Territorien auf die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit zu drängen. Georgiens Präsident Saakaschwili drohte, die »Separatisten«

notfalls mit militärischer Gewalt wieder in den Schoß der Mutter Georgien heimzuholen.

In der Nacht vom 7. zum 8. August hatten seine vor allem von den USA und Israel modern ausgerüsteten georgischen Militäreinheiten ohne Vorwarnung mit dem Beschuß Zchinwalis, der Hauptstadt der Region Südossetien, durch Raketenwerfer begonnen, dem sie einen Panzerangriff und schließlich ein militärisches Luftbombardement folgen ließen. Am nächsten Tag, dem 9. August, behauptete der georgische Präsident vor der Presse, sein Land sei Opfer einer groß angelegten militärischen Aggression seitens Rußlands geworden. Zu diesem Zeitpunkt hatte noch kein russischer Soldat georgisches Kernland betreten. Das sollte erst am Nachmittag des 9. August geschehen.

Was ein Blitzkrieg Saakaschwilis hatte werden sollen, endete für Georgien mit einer militärischen Niederlage. Der blutige Militärkonflikt führte zu einer humanitären Katastrophe mit vermutlich mehreren hundert Toten und Verletzten sowie zehntausenden Flüchtlingen. Russisches Militär hatte massiv eingegriffen, um den Überfall auf Südossetien zurückzuschlagen, und auch Orte im Kernland Georgiens bombardiert. Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte blockierten die abchasische Küste.

»Was immer das Pentagon behauptet«, so die Pariser »Le Monde diplomatique«, »die US-Regierung war mit Sicherheit über die Eimarschpläne Saakaschwilis informiert, hat diese aber nicht gebremst. Ohne die russische Verantwortung herunterzuspielen: Das Drama in Georgien ist ein Ergebnis der gescheiterten US-Strategie, einer Politik der Konfrontation, die Moskau herausgefordert und die Interessen Rußlands in dessen ›nahem Ausland‹ mißachtet hat.«⁴¹

In der NATO führte die militärische Niederlage ihres Beitrittsaspiranten Georgien zu teils wütenden Reaktionen. Kanzlerin Merkel befand die militärische Antwort Rußlands für »unverhältnismäßig«.

Rußland, das diverse NATO-Osterweiterungen als Neuauflage der alten Blockkonfrontation wahrnimmt, betrachtet die Kaukasus-Region als die Südflanke seines eigenen Einflußbereichs. Das neuerliche Morden im Kaukasus fand doch auf halber Strecke zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer statt, wo sich die NATO etabliert hat. Drei Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sind bereits NATO-Mitglied (Türkei,

41 Jean Radvanyi.: Das Spiel der Großen im Kaukasus. In: »Le Monde diplomatique«. Berlin vom September 2008. S. 11.

Bulgarien und Rumänien), zwei sitzen im Warteraum der NATO (Georgien und die Ukraine).

Rußland sieht sich dadurch einer offenen Bedrohung gegenüber, indem das Schwarze Meer zunehmend zu einer Art Binnengewässer des westlichen Militärpaktes wird, mit weiter zunehmender Einflußnahme des NATO-Staates Türkei. Vor allem jedoch provozieren die USA Rußland, letztlich aber auch den Iran und China mit der Frage, wie weit und wie tief sie den Zugriff der NATO auf Zentralasien, den Kaspischen Raum und den Kaukasus erlauben. Die neuerliche Haltung Rußlands im Kaukasus-Krieg hat der Hauptmacht der NATO auf diese Frage eine endgültige Antwort gegeben: Bis hierher und nicht weiter!

Dieser Krieg hat keines der real existierenden Probleme ethnischer und militärstrategischer Natur des Kaukasus abgeschwächt, geschweige denn gelöst. Im Gegenteil wurden jahrzehntelang verdrängte regionale Feindschaften und tabuisierte potenzielle Konfliktstoffe wiederbelebt und in den Vordergrund gerückt.

Eine empfindliche Abkühlung des Klimas zwischen der NATO-Allianz, der EU und Rußland war die Folge. Hilfreicher wäre hier gewesen, nach dem Zustandekommen des Sechs-Punkte-Rahmenplans zur Entschärfung des militärischen Konflikts im Kaukasus den Akzent stärker auf Schadensbegrenzung, auf eine offene Tür zum Dialog mit Rußland zu legen, auf einen strategischen Dialog mit Moskau, wofür sich u. a. Außenminister Steinmeier in Brüssel hartnäckig eingesetzt hat. Wie wahr ist doch seine Mahnung, eine Isolierung Rußlands wegen des Konflikts mit Georgien sei kein Rezept für die Zukunft.

Der neuerliche Kaukasus-Krieg hat der Weltgemeinschaft unmißverständlich vor Augen geführt, daß die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit im Kaukasus, in Zentralasien und Europa heute nur noch unter Mitwirkung Rußlands gelingen kann. Dabei kommt es aus russischer Sicht mindestens auf drei Erfordernisse an:

- Die NATO-Beitrittsperspektive für Georgien und die Ukraine auf Eis zu legen;
- die NATO-Expansion nach Osten zu beenden;
- Rußlands Rückkehr auf die Weltbühne zu respektieren und dem Versuch seiner Isolierung ein Ende zu setzen.

Befremden löst in Rußland aus, es weiter im Zerrspiegel alter Ängste und Vorurteile zu sehen – nach dem Motto: Moskau zeige Muskeln, eine neue Eiszeit habe mit dem Duo Putin/Medwedjew begonnen, ein neuer Krieg stehe bevor usw.

Rußland beharrt vielmehr darauf, vom Westen als ein Land verstanden zu werden, das sich jeglicher politisch-sozialen Einmischung widersetzt. Rußland erhebt den Anspruch auf eine Politik der gleichen Augenhöhe mit dem Westen. Die russische politische Klasse ist nicht bereit, die Hegemonie der USA zu akzeptieren, die Rußland weiterhin nur die Rolle des Juniorpartners überlassen möchten.

In seinem kategorischen NEIN zu den NATO-Plänen, in Polen und Tschechien ein Raketenabwehrsystem zu bauen, findet sich Rußland auch dadurch bestätigt, daß sich Polen und die USA im Schatten des georgischen Krieges gegen Südossetien so schnell einigten und den Beweis dafür lieferten, daß das System nicht, wie propagiert, gegen den Iran, sondern gegen Rußland gerichtet ist. Das US-Raketensystem kann nach russischer Deutung nur *einen* Sinn haben: Das zu neuer Stärke erwachsende Rußland an seinen Grenzen in Schach zu halten.⁴²

Rußland steht hiermit vor einem neuen Zugzwang seitens der westlichen Allianz. Es muß sich darauf einstellen, im nachhinein einen weiteren hohen Preis für seine Niederlage im Kalten Krieg zu bezahlen. Dies würde nicht zuletzt Abstriche an den großen, bis 2020 geplanten Aufwendungen für sein Modernisierungs- und Sozialprogramm bedeuten. »In ein Wettrüsten werden wir uns nicht treiben lassen. Aber wir können all das bei der Landesverteidigung auch nicht ignorieren«, sagte Präsident Medwedjew. »Wir haben keine Probleme mit dem amerikanischen Volk. Wir leiden auch nicht an angeborenem Antiamerikanismus [...] Die Welt läßt sich nicht von einer Hauptstadt aus regieren. Wer das nicht begreifen will, wird nur neue Probleme für sich und andere schaffen.«⁴³ Der Westen hat sich daran gewöhnt, das Zentrum der Welt zu sein. Er wird sich wohl oder übel umgewöhnen, sich auf eine neue Welt einstellen müssen, die künftig, auch Rußlands wegen, im Plural geschrieben

42 [Am Donnerstag, dem 27. August 2009, wies der US-amerikanische Außenamtssprecher Philip Crowley die Meldung einer angesehenen polnischen Zeitung zurück, daß die neue US-Administration davor steht, ihre Raketenpläne für Polen und Tschechien aufzugeben. In »Rußland – Aktuell« wird geschrieben: »Die US-Regierung hat den polnischen Zeitungsbericht umgehend zurückgewiesen. Diese Informationen seien unwahr [...] Washington sei noch dabei, die Raketenabwehrstrategie« – wie von Obama angekündigt – zu überprüfen.« – Die Redaktion].

43 Dmitri Medwedjew: Dokumentiert. Auszüge aus der Rede des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew zur Lage der Nation am 5. November 2008 in Moskau. In: »Junge Welt«. Berlin vom 12. November 2008. S. 10.

wird. Rußland sei in der Welt seit langem ein »globaler Spieler«, sagte Präsident Medwedjew und kündigte an: »Wir wollen nun die Spielregeln mitbestimmen.«⁴⁴

Die nach dem jüngsten Krieg im Kaukasus getroffene Entscheidung Rußlands, die Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens anzuerkennen, folgt dieser Logik neuer russischer Weltpolitik.

44 Russische Nachrichtenagentur Novosti. Moskau vom 9. Juni 2008.

MANFRED SCHÜNEMANN

Europäische Orientierung und traditionelle Bindungen – Zur Außenpolitik der Ukraine

Fast 50 Jahre spaltete Europa eine Trennlinie, die zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges in Jalta und Potsdam ausgehandelt worden war, und die für eine ganze Zeitepoche die Grundlage von Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent bildete. Im Laufe der Jahrzehnte hatten sich auf beiden Seiten der Trennlinie fest gefügte Gesellschafts- und Bündnisstrukturen herausgebildet, deren Kernstücke NATO und EU auf der einen und Warschauer Vertrag und RGW auf der anderen Seite waren. Zwischen beiden Blöcken herrschten zwar permanent Konfrontation und gegenseitige Bedrohung – der Kalte Krieg, jedoch aufgrund des realen Kräfteverhältnisses und einer immer umfassenderen vertraglichen Abgrenzung der Einflußsphären kam es aber nicht zur direkten militärischen Auseinandersetzung – zum »heißen« Krieg. Mit dem wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Niedergang und schließlichen Zusammenbruch des Staatssozialismus in der UdSSR und den ostmitteleuropäischen Ländern Ende der 1980er Jahre zerfiel das östliche Bündnisystem und verschwand die alte Konfrontationslinie zwischen den Blöcken. Im ostmitteleuropäischen Raum entstand zunächst ein sicherheitspolitisches Vakuum, das noch dadurch verstärkt wurde, daß auf dem Territorium der UdSSR und in der gesamten Region neue, selbstständige Staaten entstanden, deren Platz und Rolle im europäischen Sicherheitsgefüge nicht definiert waren. Vorstellbar und in gewisser Weise logische Konsequenz aus dem Ende der Blockkonfrontation wäre zweifellos die Errichtung eines gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sicherheitssystems auf Basis von EU und OSZE gewesen, wozu es aber aus objektiven und machtpolitischen Gründen nicht gekommen ist. Zum einen erforderten (und erfordern) wirtschaftliche Leistungskraft und politische Effizienz der EU ein zeitliches und inhaltliches Selektieren bei der Einbindung der ostmitteleuropäischen Staaten. Zum anderen – und das war entscheidend – hätte die Umwandlung der OSZE in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem die Einbindung der transatlantischen Militär-

allianz erfordert, wodurch vor allem die USA ihr Hauptinstrument zur politischen und militärischen Einflußnahme in Europa verloren hätten. Statt dessen erfolgte eine schrittweise Ausdehnung von EU und NATO nach Osten, durch die der (west-) europäische wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Integrationsraum zwar erweitert, jedoch gleichzeitig für einen längeren Zeitraum neue Ab- und Ausgrenzungen geschaffen wurden. Offen bleibt vor allem das Verhältnis zu Rußland und zu den anderen europäischen Staaten der postsowjetischen Region, mit Ausnahme der drei baltischen Staaten. Rußland hatte sich bereits in den 1990er Jahren grundsätzlich dazu entschieden, ein eigenständiger wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Faktor zu bleiben und möglichst ein eigenes Integrationszentrum zu bilden. Mit der zunehmenden Konsolidierung der russischen Gesellschaft und des russischen Staates seit 2000 sind die Realisierungschancen eines solchen Kurses ständig gewachsen. Selbstbewußt sprach der neue russische Präsident Dmitri Medwedjew bei seinem Antrittsbesuch in Berlin (Juni 2008) davon, daß sich »der Atlantismus als alleiniges Prinzip historisch überholt« habe und »es jetzt um die Einheit des gesamten euroatlantischen Raumes, von Vancouver bis Wladiwostok«, gehen müsse. Nach dem Ende des »Kalten Krieges« seien die Bedingungen entstanden, »eine wahrhaft gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Rußland, der Europäischen Union und Nordamerika, den drei Zweiglinien der europäischen Zivilisation, zu entwickeln«.¹ Allerdings scheiterten bisher alle Bemühungen Rußlands, zum Zentrum eines eigenen Integrationsraumes zu werden und effektive Integrationsstrukturen im postsowjetischen Raum zu schaffen an der überwiegend ablehnenden Haltung der Führungseliten in den UdSSR-Nachfolgestaaten, an der indirekten und direkten Einflußnahme der USA und Westeuropas auf deren Entwicklung zur Durchsetzung ihrer machstrategischen Interessen sowie an der Unzulänglichkeit der von Rußland initiierten Integrationsmodelle.

Realistisch betrachtet ist davon auszugehen, daß in der nächsten überschaubaren Zeitperiode EU und NATO die einzigen effektiven Integrationsstrukturen in Europa bleiben, deren Aktionsrahmen territorial noch ausgedehnt werden wird. Das betrifft in sicherheitspolitischer Hinsicht – also in Bezug auf die NATO – sowohl die unmittelbar angrenzen-

1 Rede des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew am 5. Juni 2008 in Berlin, entnommen aus www.kremlin.ru/text/appears/2008/06/202133.shtml (russ.).

den Länder Belarus, Ukraine und Moldova als auch die südkaukasischen Staaten Georgien und Armenien sowie Aserbaidshan und Kasachstan. Offen bleiben aber Zeitrahmen und Erweiterungsbedingungen. Sie werden wesentlich von der weiteren Entwicklung Rußlands, den Interessen der EU-Länder und geostrategischen Zielen der USA bestimmt werden. Eine besondere Bedeutung hatte und hat in diesen Prozessen die Ukraine. Eine Einbindung des zweitwichtigsten UdSSR-Nachfolgestaates in das transatlantische Bündnis oder die Beteiligung an von Rußland dominierten Integrationsstrukturen würden die Entwicklung in der gesamten postsowjetischen Region und das regionale Kräfteverhältnis entscheidend beeinflussen. Die USA auf der einen und Rußland auf der anderen Seite sind deshalb bemüht, ihre jeweiligen Positionen in Bezug auf die Ukraine innen- und außenpolitisch durchzusetzen. Daraus kann in den nächsten Jahren ein Interessenkonflikt zwischen beiden Ländern entstehen, was ernsthafte Gefahren für die Sicherheit in der Region und darüber hinaus mit sich bringen würde.

EIGENSTAATLICHKEIT DER UKRAINE

Mit dem Zerfall der UdSSR entstand 1991 der zweitgrößte Flächenstaat Europas – die Ukraine. Wie alle ehemaligen Unionsrepubliken wurde auch die Ukraine in den ersten Jahren nach der Staatsgründung im Westen fast ausschließlich über Rußland und z. T. mit dem Blickwinkel russischer Interessen definiert – hatte es doch über Jahrhunderte keine wirkliche ukrainische Staatlichkeit gegeben. Auch wenn die nationale Geschichtsschreibung der Ukraine gegenwärtig intensiv bemüht ist, die Ansätze zur Eigenstaatlichkeit im frühen Mittelalter und im 17./18. Jahrhundert als erste und zweite Staatsgründung zu werten, ist es geschichtliche Tatsache, daß es eine ukrainische Staatlichkeit in den heutigen Grenzen zu keinem Zeitpunkt gegeben hat. Bis zu seinem Zusammenbruch (1917) gehörten die östlichen, mittleren und südlichen Landesteile der Ukraine zum Russischen Zarenreich und die westlichen Gebiete mit Galizien, der Bukowina und Transkarpatien zu Polen/Litauen bzw. zum Habsburger Reich. Mit Ausnahme weniger Monate nach der Russischen Revolution (1917) blieb diese Teilung bis 1939 erhalten, wobei die nordwestlichen Gebiete mit Lviv (Lwow / Lemberg) nach dem Ende der Donaumonarchie zu Polen gehörten. Erst mit dem Hitler-Stalin-Pakt (August 1939) erfolgte die Angliederung der Westukraine an die Sowjet-

ukraine. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion war dann die gesamte Ukraine von 1941 bis 1944 okkupiert. Erst nach dem Sieg über Hitlerdeutschland wurde durch die Abkommen von Jalta und Potsdam die Ukraine in ihren jetzigen Grenzen als Teil der Sowjetunion wieder errichtet.

Die unterschiedlichen staatlichen Bindungen beeinflussten nicht nur ganz entscheidend die wirtschaftliche und politische Entwicklung und die Haltung der politischen Eliten, sondern auch das geistig-kulturelle Leben und die mentale Befindlichkeit der Bevölkerung. Betrachtet man die heutige Ukraine, so zeichnet sich eine deutliche ethnisch-kulturelle, mentale Zweiteilung des Landes ab. In den industriellen Ballungszentren der östlichen und zentralen Landesteile lebt vor allem die russischstämmige Bevölkerungsgruppe, die geistig-kulturell mit Rußland und der russisch-orthodoxen Glaubensrichtung verbunden ist. Mutter- und Verkehrssprache ist Russisch. Dagegen leben in den überwiegend landwirtschaftlich geprägten westlichen Gebieten fast ausschließlich Ukrainer, die durch jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Polen bzw. zu Österreich-Ungarn in den christlich-abendländischen Kulturkreis eingebunden sind. Muttersprache ist Ukrainisch, wenn auch durch die Russifizierungspolitik in den Zeiten des Zarenreiches und der Sowjetunion Russisch Kommunikationssprache ist. Die regionalen geistig-kulturellen Unterschiede widerspiegeln sich bis heute in der Haltung der Bevölkerung zu allen Grundfragen der ukrainischen Gesellschaft. Während in der Westukraine die Eigenstaatlichkeit stets als Abgrenzung von Rußland und »Hinwendung nach Europa« verstanden wird, betrachtet die russischsprachige Bevölkerung in den östlichen Landesteilen diesen Zusammenhang nicht als zwingend. Im Gegenteil, dort überwiegen die Vorbehalte gegen eine zu starke Abgrenzung von Rußland, weil man eine Trennung von traditionellen Bindungen und vom russisch-orthodoxen Osten befürchtet.

In der sowjetischen Zeit hatte die Ukraine als Unionsrepublik nur formal und in begrenztem Rahmen eigenständige Entscheidungsbefugnisse, wenn sie auch bei Unionsentscheidungen und bei der Verwirklichung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik einen größeren Einfluß hatte als z. B. die baltischen oder zentralasiatischen Unionsrepubliken. Obwohl Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, war auch die Ukraine nur bedingt Völkerrechtssubjekt und nahm außenpolitische Funktionen nur in Abstimmung mit bzw. durch Unionsorgane wahr. Die Interessenbestimmung und Zielsetzung auf außenpolitischem Gebiet sowie ihre institutionelle und personelle Umsetzung unterlagen fast aus-

schließlich dem zentralen Machtapparat der KPdSU. Deshalb war im außenpolitischen Bereich die Konzentration der Entscheidungsfindung auf den russisch dominierten zentralen Parteiapparat und die Ausgrenzung der nationalen Entscheidungsträger (einschließlich der nationalen Parteigliederungen) besonders spürbar. Sie führte zu einer weitgehenden Negierung nationaler außenpolitischer Interessen der nichtrussischen UdSSR-Republiken, die nur insoweit Beachtung fanden, wie sie ideologisch und konzeptionell mit den Zielvorstellungen der russisch dominierten Moskauer Führung übereinstimmten bzw. für die Umsetzung der außenpolitischen Linie nutzbar waren. »Insgesamt«, so charakterisieren ukrainische Historiker die Situation, »handelte Moskau nach einer ganz einfachen Regel: Die Unionsrepubliken wurden dann ins Spiel gebracht, wenn es in der internationalen Arena für die Erlangung von Machtzielen nützlich schien oder man überließ einer Unionsrepublik die ›Schmutzarbeit‹, wenn es aus bestimmten Gründen für Moskau unvorteilhaft bzw. nachteilig war, selbst aktiv zu werden.«²

Die Zerfallsprozesse in der Sowjetunion wurden Ende der 1980er, zu Beginn der 1990er Jahre durch die Unabhängigkeitsbestrebungen nationaler Kräfte in den Unionsrepubliken wesentlich beschleunigt. In der Ukraine bildete sich die patriotische Volksbewegung RUCH, die rasch Masseneinfluß gewann und immer deutlicher die Unabhängigkeit der Ukraine forderte. Am 24. August 1991 erklärte dann der Oberste Sowjet der Ukraine die Unabhängigkeit, was in einem Referendum am 1. Dezember 1991 von über 90 Prozent der Wahlberechtigten bestätigt wurde.

Mit der Verwirklichung der Staatlichkeit verband sich für die Ukraine – wie für alle postsowjetischen Staaten – die Aufgabe, eine Interessensdefinition auch auf außenpolitischem Gebiet vorzunehmen, Platz und Rolle im internationalen Beziehungsgefüge zu bestimmen, die Einbindung in die internationale Staatengemeinschaft völkerrechtlich auszugestalten und die institutionellen und personellen Voraussetzungen zur Wahrnehmung der außenpolitischen Funktion des Staates zu schaffen.

Bei der Definition der grundsätzlichen Ziele und Hauptrichtungen der Außenpolitik mußte die Ukraine von Beginn an ihre geopolitische Zwischenlage – zwischen Rußland im Osten und dem transatlantischen Integrationsraum im Westen – in Rechnung stellen. In der Anfangsphase

2 L. F. Gaidjukow/W. J. Kruschinski: *Istorija Ukraini*. Kiew 1999. S. 208.

einer eigenständigen Außenpolitik (1991–1996) definierte man daraus *drei mögliche Optionen* für die Ukraine:

1. Eine schrittweise Einbindung in den westlichen Integrationsraum mit seinen Kernelementen NATO, EU und WTO. Man erhoffte sich davon vor allem starke Impulse für den Systemwandel, eine breite Teilhabe an der wirtschaftlichen Leistungskraft des Westens und eine dauerhafte Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit. Eine Realisierung dieser Option stieß aber von Anfang an auf einen breiten Widerstand in der Bevölkerung und hätte aus den schon skizzierten historischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturell-ethnischen Bindungen zwischen der Ukraine und Rußland innenpolitisch zur Zerreißprobe geführt. In sicherheitspolitischer Hinsicht hätte eine solche Entscheidung deshalb eher zur Destabilisierung der Lage beigetragen, da eine politische, wirtschaftliche und militärische Abgrenzung von Rußland die Folge gewesen wäre und das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen beiden Ländern weiter belastet würde.

2. Eine umfassende Einbindung in die von Rußland dominierten Integrationsstrukturen im postsowjetischen Raum, wie der GUS, der Taschkenter Sicherheitsorganisation und dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum. Die Umsetzung dieser Option hätte ebenfalls weitreichende innen- und außenpolitische Konsequenzen zur Folge. Die Gesellschaftsentwicklung in der Ukraine müßte erneut dem »russischen Vorbild« angepaßt werden, was letztendlich zur Aufgabe der Eigenständigkeit führen könnte. Nach Westen käme es zu einer erneuten Abgrenzung und einer daraus resultierenden Einschränkung der Möglichkeiten, die ukrainische Wirtschaft in den europäischen Markt zu integrieren. Eine solche Entwicklung war in der Ukraine zu keinem Zeitpunkt mehrheitsfähig und hätte eine grundlegende Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses zur Voraussetzung. Zwar gibt es linkskonservative Kräfte, die für eine Aufgabe der Eigenständigkeit plädieren, jedoch zeigt die innenpolitische Entwicklung seit Erlangung der Unabhängigkeit, insbesondere auch der Verlauf und die Ergebnisse der »Orangen Revolution«, daß eine Option in dieser Richtung nicht durchsetzbar ist.

3. Die Entwicklung eines ausgewogenen Beziehungsgeflechts zu Rußland und zum Westen, bei Verzicht auf einseitige sicherheitspolitische Bindungen. Eine Entscheidung in dieser Richtung wäre im Innern der Ukraine konsensfähig. Sie bedürfte aber der Akzeptanz und Zustimmung von Außen, d. h. Rußland und der Westen müßten auf Bemühungen verzichten, die Ukraine in die jeweiligen sicherheitspolitischen

Bündnisstrukturen zu integrieren. Aufgrund der geopolitischen Bedeutung der Ukraine ist damit aber kaum zu rechnen bzw. ist eine solche Haltung nur für einen gewissen Zeitrahmen vorstellbar.

Die Entscheidungen über den außenpolitischen Kurs waren (und sind) Gegenstand der öffentlichen Diskussion und scharfer Auseinandersetzungen zwischen den politischen Kräften. Bis heute sind keine endgültigen Richtungsentscheidungen gefallen, wenn auch mit dem politischen Machtwechsel 2005 innenpolitisch eine gewisse Zäsur in Richtung Westintegration erfolgte. Die Einordnung der Ukraine in das internationale Beziehungsgefüge war und ist zugleich untrennbar mit der inneren Systemtransformation zur Demokratisierung der Gesellschaft, zur Schaffung rechtsstaatlicher Grundlagen und zum Umbau der Wirtschaft nach marktwirtschaftlichen Prinzipien verbunden. In diesem langfristigen, widersprüchlichen Prozeß sind auf außenpolitischem Gebiet drei größere inhaltliche und zeitliche Etappen zu erkennen:

- In den ersten Jahren bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre ging es vor allem um die völkerrechtliche Anerkennung der Eigenstaatlichkeit, die vertragliche Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen, vor allem mit Rußland, im postsowjetischen Raum, mit den USA und den EU-Ländern sowie mit den ostmitteleuropäischen Nachbarländern.
- Von Mitte der 1990er Jahre bis zum politischen Machtwechsel 2004/2005 rückte neben der weiteren Ausgestaltung des bilateralen Beziehungsgefüges vor allem das Verhältnis zu Rußland und zum Westen und der damit verbundenen möglichen Einbindung in die jeweiligen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Integrationsstrukturen (GUS und GWZ bzw. WTO, Europäische Union und NATO) in den Vordergrund.
- Mit dem politischen Machtwechsel Anfang 2005 begann eine neue Etappe, die vor allem durch eine verstärkte Westorientierung zur möglichst raschen Einbindung in die NATO gekennzeichnet ist.
- Mit dem erneuten Machtwechsel von der Präsidentschaft Juschtschenko zu Janukowitsch Anfang 2010 eröffnet sich die Möglichkeit einer ukrainischen »Brückenrolle von Ost zu West« (Janukowitsch).

ZUR VÖLKERRECHTLICHEN EINORDNUNG

Die formale Einordnung der Ukraine in das internationale Beziehungsgefüge verlief sehr rasch und ohne größere Komplikationen. Die Vereinten Nationen, die OSZE und die meisten ihrer Mitgliedsländer erkannten un-

mittelbar nach dem Volksentscheid und den Präsidentenwahlen vom 1. Dezember 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine völkerrechtlich an. Symbolhafte Bedeutung kommt dabei der Tatsache zu, daß Polen als erster Staat der Welt diesen Schritt vollzog. Mit der Auflösung der UdSSR und der Bildung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Dezember 1991 erfolgte dann die gegenseitige diplomatische Anerkennung zwischen den Neustaaten, wobei von besonderer Bedeutung die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität war. Rußland verband die Anerkennung zudem mit der Erwartung, daß die »Zusammenarbeit zwischen Rußland und der Ukraine beispielhaft für die bilateralen Beziehungen zwischen den Republiken der früheren Union werden kann und muß«.³ Die USA und die westeuropäischen Länder betonten in ihren Anerkennungserklärungen insbesondere die Verantwortung der Ukraine für die Sicherheit der in der Ukraine verbliebenen sowjetischen Atomwaffen und forderten unverzügliche vertragliche Regelungen zur Kontrolle und schrittweisen Vernichtung dieser Bestände. Mit der Teilnahme von Präsident Leonid Krawtschuk an der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 1992 und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den meisten UNO-Mitgliedsländern war diese erste Phase der völkerrechtlichen Einordnung der Ukraine bereits ein Jahr nach Erlangung der Unabhängigkeit im Wesentlichen abgeschlossen. In der Folgezeit ging es vor allem um die inhaltliche Ausgestaltung der Beziehungen mit den GUS-Ländern, den ostmitteleuropäischen Nachbarländern und den wichtigsten westlichen Ländern.

ZUR ZUSAMMENARBEIT IM POSTSOWJETISCHEN RAUM (PSR)

Mit der Gründung der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)* im Dezember 1991 erfolgte die Auflösung der UdSSR und begann die Neuordnung des Beziehungsgefüges zwischen den früheren Unionsrepubliken. Hauptziel der dazu zwischen allen Unionsrepubliken – mit Ausnahme der baltischen Staaten – getroffenen Vereinbarungen war es, eine Erneuerung der Union zu verhindern, ihre geordnete Auflösung zu sichern, die natio-

3 Erklärung von Boris Jelzin zur Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine durch Rußland. In: »Izvestija«. Moskau vom 3. Dezember 1991 (russ.).

nenal Unabhängigkeitsbestrebungen mit den Machtambitionen der bisherigen Führungseliten zu verbinden und Konflikte mit der internationalen Staatengemeinschaft möglichst zu verhindern. Während Rußland die Verwirklichung dieser Zielsetzungen von Anfang an als ein wesentliches Element zur Sicherung russischer Interessen in der Region und auch als Schritt zur Re- bzw. Neuintegration der früheren Unionsrepubliken betrachtete, waren die meisten anderen GUS-Länder an einer solchen Entwicklung nicht interessiert. Hieraus resultieren im wesentlichen die Widersprüche und Gegensätze innerhalb der GUS, die eine weitergehende Entwicklung dieser Staatenorganisation verhinderten. Nach der Erfüllung ihrer Funktion als Instrument zur geordneten Auflösung der Union dient die GUS heute vor allem dem informellen Meinungs- und Erfahrungsaustausch und der Aufrechterhaltung von Kontakten zwischen den Staaten der postsowjetischen Region. Alle Bemühungen, innerhalb der GUS integrative Strukturen auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet zu schaffen, sind gescheitert. Statt dessen beteiligen sich immer mehr Mitgliedsländer nur noch selektiv an der Tätigkeit der Staatenorganisation.

Die Ukraine nahm von Anfang an eine widersprüchliche, ambivalente Haltung zur GUS ein. Obwohl Gründungsmitglied, beteiligte sich die Ukraine nur selektiv an der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS. Die grundsätzliche ukrainische Haltung zur GUS wurde in den Dokumenten zur Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem in der Militärdoktrin, der außenpolitischen Konzeption und den Beschlüssen des Nationalen Sicherheitsrates, verankert und mehrfach aktualisiert.

Seit dem politischen Machtwechsel 2005 sind vor allem drei Positionen bestimmend:

Erstens betrachtet die Ukraine die GUS als eines der »multilateralen Foren zur Realisierung von Projekten, an denen ein nationales Interesse« besteht.

Zweitens soll sich die Tätigkeit der GUS auf die »Lösung praktischer ökonomischer, sozialer und humanitärer Probleme konzentrieren, die mit den zwischenstaatlichen Beziehungen« verbunden sind.

Drittens darf eine Mitarbeit in der GUS »nicht im Widerspruch zum Kurs auf die europäische und transatlantische Integration der Ukraine« stehen.⁴

4 Siehe Einleitende Bemerkungen des Präsidenten der Ukraine auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 17. November 2006. In: Internet-Pressedienst des Präsidenten der Ukraine (www.president.gov.ua/russ).

Abgelehnt werden eine Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet sowie jegliche supranationale Kompetenzen der GUS-Organen. So beteiligte sich die Ukraine von Anfang an nicht an dem Taschkenter Vertrag für Sicherheit und militärische Zusammenarbeit und blockierte auch die Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftskomitees mit exekutiven Funktionen.

Unter massivem Druck von russischer Seite stimmte die Ukraine in der letzten Phase der Präsidentschaft von Leonid Kutschma 2003 der Gründung einer *Gemeinsamen Wirtschaftszone (GWZ)* mit Rußland, Kasachstan und Belarus zu. Die Unterzeichnung der Dokumente erfolgte aber unter dem Vorbehalt, »daß das Abkommen weder gegen ukrainische Gesetze und Interessen, noch gegen die Verfassung der Ukraine verstoße«. Hauptziel der GWZ sollte es aus ukrainischer Sicht sein, »effektive Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im postsowjetischen Raum zu schaffen« und dazu »eine umfassende Freihandelszone zwischen den beteiligten Staaten zu errichten«. Ausdrücklich betont wurde, daß die Bildung der GWZ »in keiner Weise einen Wechsel des strategischen Kurses der Ukraine auf die europäische und transatlantische Integration« bedeute.⁵ Nach dem politischen Machtwechsel in der Ukraine Anfang 2005 wurden die Abkommen zur GWZ von ukrainischer Seite zwar nicht gekündigt, die Mitarbeit erfolgte aber seither strikt auf der Grundlage oben genannter Positionen. Faktisch wurden dadurch eine weitere vertragliche Ausgestaltung der GWZ und die praktische Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen verhindert.

Mit der bereits 1998 beschlossenen strategischen Orientierung auf die europäische und transatlantische Integration verstärkte die Ukraine – gestützt auf die Positionen der USA und der EU – die Bemühungen zur Schaffung von Integrationsstrukturen im postsowjetischen Raum (PSR) ohne Beteiligung Rußlands. Mit aktiver Unterstützung der USA formierten Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldova sowie (zeitweilig) Usbekistan 1997 ein entsprechendes Staatenbündnis, die GUAM. Anfangs als regelmäßiges informelles Treffen der Staatsoberhäupter konzipiert, wurde die GUAM seit 2001 immer stärker zu einer Organisation mit festen Strukturen umgewandelt und hat inzwischen bei der UNO, der OSZE und anderen internationalen Gremien den offiziellen Status

5 Pressemitteilung der Botschaft der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin vom 24. September 2003 (Nr. 16).

einer Staatenorganisation. Das Koordinierungsbüro erhielt seinen Sitz in Kiew und leitet die Arbeit zwischen den regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs. Als Hauptzweck der GUAM zeichnet sich seit 2005 immer stärker die Schaffung einer strategischen Energiepartnerschaft der beteiligten Länder für den effektiven Transport von Erdgas und Erdöl aus Aserbaidschan und Zentralasien nach Westeuropa unter Umgehung Rußlands ab. Auf einem Energiegipfeltreffen der GUAM-Länder mit Polen, den baltischen Staaten und der EU in Kiew wurde dazu im Mai 2008 eine »Deklaration zur globalen Energiesicherheit« verabschiedet und die Schaffung eines »Euroasiatischen Erdöl-Transportkorridors« von Aserbaidschan zur Ostsee vereinbart. Allerdings ist die Realisierung dieser Zielsetzungen aufgrund unklarer Finanzierungen, fehlender Kapazitäten in den Förderstaaten und auch bestehender Widersprüche zwischen den beteiligten Ländern zurzeit keinesfalls gesichert. Gleiches trifft generell auch für die künftige Entwicklung der GUAM als Bündnis zu.

ZUR ENTWICKLUNG BILATERALER BEZIEHUNGEN

Ein Schwerpunkt der ukrainischen Außenpolitik nach Erlangung der Unabhängigkeit war die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Reformländern sowie zu wichtigen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Im Vordergrund standen dabei der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und die Gewinnung politischer Unterstützung für den »Kurs der europäischen Orientierung«, d. h. für eine Beitrittsperspektive zur WTO, EU und NATO. Bei den Beziehungen zu den Nachbarländern Polen, Slowakei, Ungarn und Rumänien ging es darüber hinaus um die völkerrechtliche Anerkennung der Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg, was durch entsprechende Verträge (zuletzt mit Rumänien 2003) inzwischen erfolgt ist.⁶

6 Der gesamte Verlauf der ukrainischen Grenze, mit Ausnahme der Seegrenze mit Rußland im Asowschen Meer und in der Meerenge von Kertsch, ist durch Verträge mit den Nachbarländern völkerrechtlich anerkannt.

Beziehungen Ukraine – Polen

Das ukrainisch-polnische Verhältnis und die Beziehungen zwischen den Nachbarländern sind ein Kernelement der strategischen Orientierungen der Ukraine auf außenpolitischem Gebiet, vor allem zur Realisierung des Kurses der europäischen Orientierung. Die Ukraine betrachtet Polen als wichtigen Garanten der ukrainischen Staatlichkeit, als Sachwalter und Fürsprecher in den westlichen Bündnisstrukturen und als wesentlichen Partner auf ökonomischem Gebiet, insbesondere bei der Sicherung der Versorgungswege mit Energieträgern. Polen wiederum sieht in der Eigenständigkeit der Ukraine ein Unterpfand für die Eingrenzung vermeintlicher imperialer Bestrebungen Rußlands, für die Wahrung polnischer Interessen im postsowjetischen Raum und als sicheren Absatzmarkt für polnische Produkte und Dienstleistungen. Für beide Länder ist auch die (legale und illegale) Beschäftigung ukrainischer Arbeitskräfte in Polen von gegenseitigem Vorteil.

Begünstigt wird die Interessenübereinstimmung noch durch eine große ethnisch-kulturelle Nähe großer Teile der Bevölkerung beider Länder. Zugleich resultieren daraus aber auch Widersprüche und gegenseitiges Mißtrauen, die das Verhältnis zwischen beiden Völkern und Staaten immer wieder belasten. Vor allem trifft das für die jüngste Vergangenheit, die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, den Kampf gegen die Okkupation durch Hitlerdeutschland und die Abtrennung ehemals polnischer Gebiete an die Sowjetunion zu. Verstärkt werden diese Befindlichkeiten in der Ukraine noch durch die ethno-kulturelle Differenziertheit der Bevölkerung. Während die ukrainische Bevölkerung in der Westukraine einerseits eine große geistig-kulturelle Nähe zu Polen und zum europäischen Westen hat, belasten andererseits negative Erfahrungen aus der Zeit der polnischen Gebietshoheit, die Auseinandersetzungen zwischen polnischen und ukrainischen Nationalisten im Zweiten Weltkrieg und die Furcht vor polnischen Eigentumsansprüchen das Verhältnis zum polnischen Nachbarn. In der überwiegend russischsprachigen Bevölkerung der Ostukraine bestehen solche Befindlichkeiten kaum. Hier überwiegt die Sorge um das Verhältnis zu Rußland, mit dem man sich historisch, politisch, wirtschaftlich und mental eng verbunden fühlt.

Auf der Grundlage der Nähe der Interessen entwickelte sich zwischen der Ukraine und Polen in den Jahren seit 1991 ein enges Beziehungsgeflecht. Bereits im Mai 1992 wurde zwischen beiden Ländern ein Vertrag über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und

Zusammenarbeit geschlossen. Seine Bedeutung lag vor allem in der gegenseitigen Anerkennung der gemeinsamen Nachkriegsgrenze, der Rechte der nationalen Minderheiten beider Länder und in der Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Absichten auf außenpolitischem Gebiet. Mit einer »Erklärung über Verständigung und Versöhnung« (Mai 1997) wurde begonnen, das komplizierte Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern am Ende des Ersten Weltkrieges und während des Zweiten Weltkrieges gemeinsam zu bewerten und negative Einflüsse aus der Vergangenheit möglichst auszuklammern. Dazu wurde u. a. eine ukrainisch-polnische Kommission zur Geschichtsdarstellung in Schulbüchern geschaffen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Wissenschaftseinrichtungen beider Länder und ein umfangreicher Jugend- und Studentenaustausch vereinbart. Trotzdem wird die Überwindung der bestehenden gegenseitigen Vorbehalte nur in einem längerfristigen Prozeß möglich sein. Davon zeugen nicht zuletzt die Protestaktionen und der Widerstand der örtlichen Bevölkerung in den westukrainischen Gebieten bei Gedenkveranstaltungen und beabsichtigten Würdigungen polnischer Militäroperationen in den Jahren 1918/1920 und von Widerstandsaktionen gegen die Naziokkupation bzw. gegen die Sowjetarmee in den Jahres des Zweiten Weltkrieges.

Nach dem politischen Machtwechsel in der Ukraine 2004/2005, der von Polen politisch, ideologisch und organisatorisch umfangreich unterstützt wurde, ist es zu einem weiteren Aufschwung der ukrainisch-polnischen Beziehungen gekommen. Das wird deutlich an der positiven Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, besonders im grenznahen Bereich. Zur Verstärkung der Zusammenarbeit wurden zwei Euro-Regionen (»Karpaten« und »Bug«) gegründet und weitere Grenzübergänge geschaffen. Zwischen den Regierungen, staatlichen Institutionen, Wissenschaftseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Strukturen hat sich ein enges Netz regelmäßiger Konsultationen herausgebildet. Weiter ausgeprägt hat sich die massive Unterstützung Polens in den EU- und NATO-Gremien für eine klare Beitrittsperspektive für die Ukraine.

Insgesamt konnte in den Jahren seit Erlangung der ukrainischen Staatlichkeit eine deutliche Annäherung im ukrainisch-polnischen Verhältnis erreicht werden, das gegenwärtig weitgehend von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägt ist. Dadurch konnten die weiter bestehenden Gegensätze in den Hintergrund gedrängt werden und belasten die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer weniger. Allerdings bleibt abzuwarten, wie nachhaltig diese Entwicklung ist und wie Polen auf nicht

auszuschließende innenpolitische Entscheidungen in der Ukraine gegen einen NATO-Beitritt und zur Abkehr von der einseitigen Westorientierung reagieren würde.

Deutsch-ukrainische Beziehungen

Von Anfang an waren für die Ukraine nach der Erlangung der Eigenstaatlichkeit die Beziehungen zu Deutschland von wesentlicher Bedeutung für ihre Einordnung in das internationale Beziehungsgefüge. Die Bundesregierung erkannte unmittelbar nach dem Referendum vom 1. Dezember 1991 die Unabhängigkeit der Ukraine an. Bereits im Januar 1992 wurde zwischen beiden Ländern die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart und das seit 1989 bestehende Generalkonsulat der BRD in Kiew in eine Botschaft umgewandelt. Im Juni 1993 wurden in einer »Gemeinsamen Erklärung« die Grundlagen der bilateralen Beziehungen definiert und eine breite Zusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen vereinbart. Die Bundesregierung unterstützte ausdrücklich die Einbeziehung der Ukraine in die internationale Staatengemeinschaft und sagte eine umfangreiche Förderung des gesellschaftlichen Wandels zu: insbesondere bei der Schaffung der staatsrechtlichen Grundlagen von Demokratie auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Ausgehend von dieser Gemeinsamen Erklärung entwickelt sich seither ein breites Netz politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Beziehungen, zu deren Koordinierung und weiteren Ausgestaltung seit 1998 jährlich Regierungskonsultationen stattfinden. Trotzdem ist das deutsch-ukrainische Verhältnis nicht frei von gewissen Schwankungen und zeitweiligen Belastungen. Auf deutscher Seite führen die innenpolitische Instabilität in der Ukraine, die Unbestimmtheit der weiteren politischen Entwicklung sowie Erscheinungen von Korruption und Vetternwirtschaft immer wieder zu Irritationen und zu einer gewissen Zurückhaltung bei der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen. Der anfänglichen kontinuierlichen Entwicklung der Beziehungen folgte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bis 2005 eine Phase relativer Stagnation. Nach der euphorischen Unterstützung der »Orangen Revolution«, die von illusionären Erwartungen und deklarativen Versprechungen geprägt war, überwiegen seit 2006 erneut Zweifel und Zurückhaltung. Daneben machen sich in der deutschen Haltung immer wieder zwei weitere Momente bemerkbar. Zum einen werden die deutsch-ukrainischen Beziehungen stets im Kontext mit dem Verhältnis

zu Rußland gesehen, um mögliche Belastungen im deutsch-russischen Beziehungsgefüge zu vermeiden. Diese Haltung machte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sehr deutlich als er erklärte: »Die historisch gewachsenen engen Beziehungen (der Ukraine) zu Rußland bereichern die europäische Zivilisation und Kultur. Sie sind von großer Bedeutung für die politische und sicherheitspolitische Architektur Europas. Deutschland, die EU, aber auch die Atlantische Allianz sind deshalb nicht nur an möglichst guten Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland interessiert, sondern werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch ihren Beitrag dazu leisten.«⁷ Zum anderen bestehen in der deutschen politischen Öffentlichkeit nach wie vor Defizite an tieferen Landeskennntnissen, insbesondere bezüglich der ethno-kulturellen Differenziertheit und der Geschichte der Ukraine sowie Unverständnis für die Komplexität und Zeitdauer des Gesellschaftswandels und der damit verbundenen innenpolitischen Prozesse.

Gewisse Belastungen im deutsch-ukrainischen Verhältnis resultieren auch heute noch aus dem barbarischen Unterdrückungsfeldzug Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion. Der Krieg war zweimal über das Land gegangen und beim Rückzug der deutschen Truppen wurde der »totale« Krieg in seiner ganzen »Totalität« geführt: Millionen Kriegstote, Zehntausende Ermordete, 2,5 Millionen zur Zwangsarbeit Verschleppte. Viele Städte und Dörfer waren verwüstet. Alle wichtigen Industrieanlagen vernichtet, die Landwirtschaft ruiniert. Internationalen Berechnungen zufolge trug die Ukraine 40 bis 45 Prozent der Gesamtschäden der Sowjetunion. Die Verwüstung des ganzen Landes hat sich tief in das Bewußtsein der Menschen eingepreßt und ist auch in der jungen Generation nicht vergessen. So sehr die (späten) Bemühungen zur Wiedergutmachung (Entschädigungszahlungen an Zwangsarbeiter) anerkannt werden, so rufen gleichzeitige Rentenzahlungen und Entschädigungen an Mitglieder der SS-Division »Galitschina« Zorn und Empörung beim größten Teil der ukrainischen Bevölkerung hervor. Die Anerkennung und Aufarbeitung der historischen Schuld Deutschlands gegenüber der Ukraine bleibt deshalb auch künftig eine besondere Aufgabe bei der weiteren Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Völkern.

7 Rede des Bundesaußenministers Dr. Frank-Walter Steinmeier am 28. Februar 2006 in Kiew. In: www.auswaertiges-amt.de/archiv_id-8139.

Kurzer Rückblick: DDR und Ukraine

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen begannen nicht erst mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahre 1991. Schon im frühen Mittelalter (Einführung des Magdeburger Rechts) und in den kurzen Perioden der gescheiterten Staatsgründungen nach der Russischen Revolution 1917 gab es Ansätze staatlicher Beziehungen (Deutsche Gesandtschaft in Kiew) und vielfältige wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen Deutschen und Ukrainern. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus waren die Beziehungen zwischen Deutschen und Ukrainern zunächst vorwiegend durch die Kriegsfolgen geprägt. Deutsche Kriegsgefangene waren bis Anfang der 1950er Jahre beim Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen, Städte und Dörfer eingesetzt, so z. B. auch beim Wiederaufbau der Kiewer Prachtstraße, des Kreschtschatik. Ein großer Teil der Reparationslieferungen aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR gingen in die Ukraine. Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Ukrainern in den ersten Nachkriegsjahren gehört auch, daß viele Kommandanten und Mitarbeiter in den örtlichen Militäradministrationen in der SBZ aus der Ukraine stammten. So kam der erste sowjetische Stadtkommandant in Leipzig, Generaloberst Trufanow, aus Charkiv. Mit der schrittweisen Ablösung des Besatzungsregimes und der Normalisierung der staatlichen Beziehungen zur UdSSR in der ersten Hälfte der 1950er Jahre entwickelten sich auch vielfältige Beziehungen zwischen der DDR und der Ukraine. Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß diese Teil der Beziehungen DDR – UdSSR waren und die Rahmenbedingungen für alle Bereiche in den Verträgen und Vereinbarungen zwischen der DDR und der UdSSR definiert sind. Nicht immer läßt sich deshalb klar abgrenzen, was für die Beziehungen zur Ukraine zutreffend war und was nicht. Hinzu kam, daß unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen die Entwicklung der Beziehungen mit dem Ausland, Kontakte zu anderen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen usw. dem Entscheidungsprimat der kommunistischen Parteien unterlagen. Dabei war der Spielraum der Partner in der Ukraine und in der DDR unterschiedlich groß und wurde auch in unterschiedlichem Maße genutzt. Seitens der DDR war die Kompetenz für die Ausgestaltung der Beziehungen zu sowjetischen Partnern im Rahmen einer einmal zentral getroffenen Entscheidung für die örtlichen Verwaltungen, Parteileitungen, gesellschaftliche Organisationen und Betriebe relativ groß. Einschränkungen gingen zumeist von der sowjetischen Seite aus. Dort gab

es viel restriktivere Regelungen für Kontakte mit dem Ausland, einschließlich mit den sogenannten Bruderländern. Nicht nur grundsätzliche, inhaltliche Fragen mußten und wurden in den zentralen sowjetischen Organen entschieden, sondern auch alle technisch-organisatorischen Probleme, bis hin zu Ablaufprogrammen, Teilnehmerkreis usw. Das erschwerte die Zusammenarbeit, weil z. B. in der DDR die örtlichen Partei- und Staatsorgane, aber auch die Betriebe, Organisationen usw. viel eigenständiger entscheiden konnten und mußten, während in der Ukraine nichts ohne »grünes Licht« aus Moskau ging. Es gab eine weitere »Einschränkung« für die Ukraine. Im Rahmen der »Arbeitsteilung« zwischen den Unionsrepubliken (die natürlich von Moskau festgelegt war), war die Ukraine für die Beziehungen zu Bulgarien, Ungarn und zur ČSSR »zuständig«. Um die DDR hatte sich Weißrußland zu kümmern. Von daher gab es z. B. viel häufiger Kontakte zwischen der weißrussischen Führung und der DDR, als zwischen Leitungsfunktionären der SED und der KPU.

Bereits im September 1954 wurde zwischen der DDR und der UdSSR das erste Konsularabkommen abgeschlossen, das u. a. die Umwandlung der örtlichen Militäradministrationen in der DDR in sowjetische Generalkonsulate vorsah. Eine gleichzeitige Einrichtung von DDR-Generalkonsulaten war aber in diesem Vertrag noch nicht vorgesehen. Das erfolgte erst nach dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion von 1964 als die Beziehungen zwischen beiden Ländern, darunter auch mit der Ukraine, eine neue Qualität erreichten. Das Generalkonsulat in Kiew nahm 1966 seine Arbeit auf und war bis zur Auflösung des diplomatischen Dienstes der DDR am 2. Oktober 1990 tätig.

Auf der Grundlage der zentralen Grundsatzvereinbarungen entwickelten sich in den Folgejahren vielfältige Direktbeziehungen, wurde der Kulturaustausch verstärkt und erfolgte ein ständig wachsender Urlauber- und Touristenaustausch. So entstanden offizielle Städtepartnerschaften zwischen Leipzig und Kiew sowie zwischen Magdeburg und Donezk. Vereinbarungen über die Zusammenarbeit wurden auch zwischen Karl-Marx-Stadt und Charkiv sowie zwischen Rostock und Odessa abgeschlossen.

Die Vereinbarungen über die Direktbeziehungen, einschließlich der Städtepartnerschaften, bildeten die Grundlage für eine wesentliche Intensivierung und Erweiterung der Beziehungen zwischen den Kommunen, den gesellschaftlichen Organisationen und Bürgern beider Länder.

Bereits Anfang der 1970er Jahre bestand ein dichtes Netz der Vereinbarungen und Verbindungen, das im Laufe der Jahre – bis 1990 – immer weiter verdichtet wurde. Träger und Hauptorganisator dieser Beziehungen zwischen DDR-Deutschen und Ukrainern waren die Freundschaftsgesellschaften – in der DDR die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und in der Ukraine die »Ukrainische Abteilung der Sowjetischen Gesellschaft für Freundschaft mit der DDR«. Sie hatte 1989 17 Gebiets-, Stadt- und Rayonabteilungen mit ca. 500 Kollektivmitgliedern (ca. 600.000 Mitglieder). Besonders aktive Stadtabteilungen arbeiteten in Charkiv, Saporoschje, Lwiv, Odessa, Jalta und Ivano-Frankivsk.

Die Breite und Vielfalt der Beziehungen zeigt sich sehr deutlich am Beispiel der Partnerschaft zwischen Leipzig und Kiew. Seit Mitte der 1960er Jahre bestanden zwischen den Stadtverwaltungen von Leipzig und Kiew Vereinbarungen über die Zusammenarbeit. 1963 wurde die erste Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Kiewer Taras-Schewtschenko-Universität und der Leipziger Universität unterzeichnet. Seit dieser Zeit gab es einen regelmäßigen Dozenten-austausch, gemeinsame wissenschaftliche Projekte und Publikationen. Seit Anfang der 1970er Jahre bestanden vertragliche Direktbeziehungen zwischen Betrieben in Leipzig und Kiew. 1989 waren auf beiden Seiten 20 Betriebe beteiligt. Inhalt dieser Zusammenarbeit waren regelmäßiger Erfahrungsaustausch auf den Leitungsebenen, Möglichkeiten der Produktionskooperation, Urlauberaustausch. Seit Ende der 1960er Jahre gab es regelmäßige Kulturtage der Partnerstädte (alle zwei Jahre im Wechsel), daran waren die Theater und Kultureinrichtungen beider Städte beteiligt. Seit Ende der 1960er Jahre reisten in jedem Jahr Hunderte Bürger beider Städte mit sogenannten Freundschaftszügen in die Partnerstädte und hatten dort Treffen, Besuche von Sehenswürdigkeiten, Kulturveranstaltungen usw. Auch der Individualtourismus nahm von Jahr zu Jahr zu. Urlaubsreisen nach Jalta und Schiffsreisen auf dem Dnjepr waren in der DDR sehr begehrt. Insgesamt weilten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre jährlich mehr als 100.000 DDR-Bürger zu Aufenthalten in der Ukraine.

In den 1980er Jahren wurde bei der Gestaltung der Partnerschaftsbeziehungen verstärkt auf inhaltliche Fragen orientiert. Weg vom bloßen »Tourismus«, hin zu konkreter Zusammenarbeit. So gab es gemeinsame Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Schweißtechnik, Produktionskooperation bei Landmaschinen. Insgesamt erreichte in dieser Zeit der Warenaustausch zwischen der DDR und der Ukraine (im Rahmen der

Abkommen mit der UdSSR) ein hohes Niveau. Die Ukraine war Hauptlieferant bei Rohstoffen z. B. Mischkoks = 100%, Schwarzeisen = 35%, Roheisen = 84%, Stahlrohre = 45%, Eisenerz = 48%. Weitere wichtige Exportgüter der Ukraine waren Bagger, Krane, Holzzeugnisse, Landwirtschaftsmaschinen, Lokomotiven. Auch die DDR-Exporte in die Ukraine waren anteilmäßig (am Gesamtexport in die Sowjetunion) sehr hoch, z. B. Maschinen und Ausrüstungen = 45%, Textilmaschinen = 10%, Holz- und Papierzeugnisse = 18%, Chemieerzeugnisse = 20%, Pharmazeutische Industrie = 15%. Hinzu kamen Konsumgüter. Eine besondere Bedeutung hatte die Errichtung der Erdgas-Trassen Sowjetunion – Westeuropa, deren Teilstücke in der Ukraine durch DDR-Betriebe errichtet wurden. An den wichtigsten Standorten arbeiteten zeitweise bis zu 2.000 Arbeiter und Ingenieure.

Ein weiteres Feld der Beziehungen war der Studentenaustausch zwischen der DDR und sowjetischen Hochschuleinrichtungen. In der Ukraine gab es in Kiew, Lwiv, Charkiv, Donezk, Odessa, Dnipropetrowsk eine große Anzahl von DDR-Studenten (1989 = 370 / Mitte der 1980er Jahre etwa 500). Insgesamt studierten bis 1990 an ukrainischen Universitäten und Hochschulen etwa 4.500 DDR-Bürger. So war zum Beispiel ein großer Teil der Piloten der DDR-Interflug am Kiewer Institut für Zivilluftfahrt ausgebildet und viele DDR-Zahnärzte studierten in Lwiv. Andererseits wurde noch in den 1980er Jahren auf Drängen von ukrainischer Seite an der Leipziger Universität ein Lehrstuhl für Ukrainistik eingerichtet, der dann allerdings nach 1990 – mit vielen anderen Hochschuleinrichtungen in den neuen Bundesländern – abgewickelt wurde.

Insgesamt hatte sich in den Jahren der DDR ein sehr dichtes Netz vielfältiger Beziehungen zwischen DDR-Deutschen und Ukrainern herausgebildet. In die Gestaltung der Beziehungen waren Tausende Bürger beider Länder einbezogen. Zweifellos unterlagen sie den ideologischen Zwängen und Zielsetzungen des Systems. Bestimmte Themen und Bereiche waren tabuisiert bzw. waren aus dem Beziehungsgeflecht ausgeklammert. Aber selbst, wenn mit den »Freundschaftszügen« ideologische und politische Zielsetzungen verfolgt wurden, die beteiligten Menschen – und das waren im Verlaufe der Jahrzehnte Hunderttausende – lernten durch diese Begegnungen Land und Leute, ihre Sorgen und Probleme kennen. Nicht zuletzt dadurch konnten die starken Belastungen und Vorbehalte, das gegenseitige Mißtrauen, die durch die schrecklichen Ereignisse im letzten Jahrhundert, vor allem durch den Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands, über lange Jahre das Zusammenleben der Völker er-

schwerte, weitgehend abgebaut werden. So brauchte das vereinigte Deutschland nach 1990 nicht bei Null anfangen, sondern konnte auf ein großes menschliches und ideelles Potential für die Entwicklung und Weiterführung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine unter den veränderten Bedingungen zurückgreifen. Leider wurde dieses Potential nur ungenügend genutzt.

ZUR AUSSENPOLITISCHEN »MNOGOVEKTORNOST«

In den 1990er Jahren waren die grundlegenden Dokumente zur Außenpolitik (Verfassung; »Hauptrichtungen der Außenpolitik«; Militärdoktrin; Nationale Sicherheitskonzeption)⁸ sehr stark darauf gerichtet, die Eigenstaatlichkeit zu sichern, die Souveränität und Unabhängigkeit zu stärken sowie eine Ausgewogenheit der Beziehungen nach Osten und Westen zu gewährleisten. Auf dieser Grundlage wurde in den Jahren des Kutschma-Regimes (1994–2004) eine Politik der »mnogovektornost« (»Multivektorialität«) verfolgt, d. h. einer Ausgewogenheit der Außenpolitik in den Hauptrichtungen. Diese Politik erwies sich insgesamt als erfolgreich. In den Jahren seit Erlangung der Unabhängigkeit wurde die Ukraine zu einem weltweit anerkannten Staat, der mit seinen Nachbarländern, wichtigen anderen Staaten und internationalen Organisationen durch ein umfassendes Vertragssystem verbunden ist. Wichtige Schritte auf diesem Weg waren:

– der Trilaterale Vertrag zwischen Rußland, den USA und der Ukraine vom Januar 1994 über den atomwaffenfreien Status der Ukraine und die Rückführung bzw. Vernichtung der auf dem Territorium der Ukraine gelagerten Atomwaffen und Trägersysteme aus sowjetischer Zeit;

8 Nach der Verfassung von 1996 (Art. 1) definiert sich die Ukraine als »souveräner, unabhängiger, demokratischer und sozialer Rechtsstaat«, dessen außenpolitische Tätigkeit (Art. 18) auf die »Sicherung seiner nationalen Interessen und die Gewährleistung seiner Sicherheit« gerichtet ist. 2003 beschloß die Werchowna Rada eine überarbeitete Fassung der Nationalen Sicherheitskonzeption und 2004 eine neue Militärdoktrin. Die darin enthaltenen Änderungen bekräftigen den außenpolitischen Kurs der europäischen Orientierung und die Anpassung der Gesetzgebung auf sicherheitspolitischem Gebiet an die Gesetzgebung in der EU sowie die Weiterführung der Militärreform zur Angleichung an NATO-Standards. Die im Entwurf noch enthaltene Zielstellung eines NATO- und EU-Beitritts wurde jedoch noch vor der Beschlussfassung gestrichen.

- das Partnerschaftsabkommen mit der NATO über die Einbeziehung der Ukraine in die »Partnerschaft für Frieden« (PfP) vom Februar 1994;
- das Abkommen zwischen der Ukraine und Rußland vom Juni 1995 über die Aufteilung der Sowjetischen Schwarzmeerflotte und den Verbleib der Russischen Flotteneinheiten in Sewastopol (Krim) bis 2017;
- der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und Rußland (»Großer Vertrag«) vom Mai 1997;
- die »Charta der besonderen Partnerschaft« zwischen der Ukraine und der NATO (Juli 1997).

Die rasche Einbindung der Ukraine in das internationale Beziehungsgefüge war aber nicht nur das Ergebnis außenpolitischer Aktivitäten der Ukraine, sondern auch Folge der geostrategischen Rahmenbedingungen nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem Zerfall der UdSSR. Sowohl Rußland als auch der Westen, insbesondere die USA, hatten (und haben) starke geostrategische und machtpolitische Interessen gegenüber der Ukraine.

DAS VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND UND ZUM WESTEN

Hauptaufgabe der Politik der »mnogovektornost« war die möglichst ausgewogene Entwicklung und Gestaltung der Beziehungen zu Rußland und zum Westen, wobei Aktivitäten in die eine Richtung oftmals Basis für Schritte in die andere Richtung waren. Aufgrund der engen Verflechtungen der Volkswirtschaften beider Länder und der kulturell-mentalenden Bindungen beider Völker ist und bleibt die Gestaltung der *Beziehungen zu Rußland* die Kernfrage jeder ukrainischen Außenpolitik. Zugleich hat Rußland starke Interessen an und in der Ukraine. Rußland ist vor allem an einer Entwicklung interessiert, die die Ukraine nicht zum außen- und innenpolitischen Konkurrenten bzw. gar zum »feindlichen« Kontrahenten macht. Nach Überwindung starker Vorbehalte bei den geistigen und politischen Eliten Rußlands gegenüber einer Eigenständigkeit der Ukraine war Rußland seit Ende der 1990er bemüht, die Ukraine in die von Rußland initiierten integrativen Strukturen im postsowjetischen Raum einzubinden. Das betraf insbesondere die GUS und das Taschkenter Abkommen sowie die Euro-Asiatische Gemeinschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (EAGWZ) und die Gemeinsame Wirtschaftszone mit Rußland, Kasachstan und Weißrußland (GWZ). Alle diese Bemühungen scheiterten aber an der ablehnenden bzw. destruktiven Haltung der Ukraine. Schon

frühzeitig stellte die Ukraine ihre Mitarbeit innerhalb des Taschkenter Sicherheitsvertrages ein und beteiligte sich nur noch selektiv an der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS. Auch die Schaffung eines Gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Rußland, Kasachstan und Weißrußland wurde bisher durch die Haltung der Ukraine blockiert. Trotzdem verfügt Rußland über ein großes Potential zur Einflußnahme auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen in der Ukraine. Neben den kulturell-mental Bindungen nutzt es dazu vor allem seine ökonomischen Mittel, die sich durch den russischen Kapitalfluß in den letzten Jahren verstärkt haben. Heute ist russisches Kapital in vielen Wirtschaftsbereichen, darunter in den strategischen Zweigen des Energiesektors, der Rüstungsindustrie, aber auch der Landwirtschaft, von existentieller Bedeutung für die ukrainische Wirtschaft. Rußland nutzt dieses Potential vor allem, um die Ukraine langfristig an Rußland zu binden und eine engere Einbindung in westliche Bündnisstrukturen möglichst zu verhindern bzw. zu verzögern. Durch entsprechende russische Aktivitäten kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu ernsthaften Belastungen im russisch-ukrainischen Verhältnis (z. B. »Gasstreit« 2006 bzw. 2009; Grenzstreit in der Bucht von Kertsch 2004; Status und Kommunalverträge für Sewastopol 2006), die von ukrainischer Seite zugleich genutzt wurden, um die Politik der Westbindung zu forcieren. Allerdings wird von den meisten politischen Kräften in der Ukraine – mit Ausnahme der nationalistischen Kreise – auch anerkannt, daß eine dauerhafte Verschlechterung des russisch-ukrainischen Verhältnisses unvorhersehbare Folgen für die ukrainische Wirtschaft und die Stabilität des Landes insgesamt hätte. Von daher wird zum Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen keine realistische Alternative gesehen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen aber, wie diese Erkenntnis in der praktischen Politik umgesetzt werden kann: Von einer »Position der Stärke« aus, d. h. durch möglichst rasche und vollständige Integration in westliche Bündnisstrukturen oder von der Position einer Partnerschaft mit Rußland. Eine endgültige Richtungsentscheidung – so es sie denn geben kann – steht noch aus und bleibt somit einer der Faktoren dauernder innenpolitischer Instabilität.

Das *Verhältnis zum Westen* hat sich im Laufe der Jahre stärker als Hauptrichtung der ukrainischen Außenpolitik ausgeprägt. Es zielt im Kern auf eine möglichst rasche Integration in die EU und NATO. Da eine Mitgliedschaft in der EU im überschaubaren Zeitraum kaum realistisch ist, konzentrieren sich die ukrainischen Bemühungen vorrangig auf eine NATO-Mitgliedschaft. Innenpolitisch war die Annäherung an das west-

liche Bündnissystem durch einen außenpolitischen Kurswechsel der Kutschma-Administration vollzogen worden. Im Mai 2002 faßte der Nationale Sicherheitsrat einen Beschluß über den »Beginn des Beitrittsprozesses zur NATO« und Präsident Kutschma erklärte in seiner Jahresbotschaft an die Werchowna Rada die Politik der »Europäischen Wahl« zur »strategischen« Linie der Außenpolitik. Dieser Kurswechsel führte bis zu den Präsidentenwahlen 2004 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern. KPU, SPU und Teile der damaligen »Parteien der Macht« (Demokratische Volkspartei, Vereinigte Sozialdemokraten u. a.) lehnten in Übereinstimmung mit der breiten Masse der Bevölkerung den Kurswechsel ab und verwiesen auf die negativen Folgen für das Verhältnis zu Rußland. Mit dem politischen Machtwechsel Anfang des Jahres 2005 wurde die Politik der Westorientierung weiter forciert. Das Juschtschenko/Timoschenko-Lager beendete die Politik der »Multivektorialität« zugunsten einer klaren euro-atlantischen Orientierung. So erklärte Viktor Juschtschenko nach der Amtsübernahme als Präsident: »Die Periode der sogenannten Multivektorialität gehört der Vergangenheit an. Von jetzt an bestimmt die Integration in die euroatlantischen Strukturen die Strategie und Taktik der ukrainischen Politik.«⁹

Die Westorientierung entspricht dem Hauptinteresse des Westens an einer stabilen, eigenständigen Ukraine, durch die das wiedererstarkende Potential Rußlands nicht noch vergrößert wird. Zbigniew Brzezinski schrieb bereits Anfang 1994: »Man kann es gar nicht genug betonen, daß Rußland ohne die Ukraine aufhört, ein Imperium zu sein, und mit einer untergeordneten und schließlich unterworfenen Ukraine aber automatisch ein Imperium wird.«¹⁰ In seinem Buch »The Grand Chessboard« (Deutsche Ausgabe 1997: »Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft«) hat er diese Zielsetzungen erneuert und seither in einer Vielzahl von Beiträgen nachdrücklich wiederholt. Zwar wird diese Linie von den Ländern des Westens mit unterschiedlicher Vehemenz und differenzierten Mitteln vertreten, aber doch sowohl von der EU insgesamt und insbesondere von den USA nachhaltig verfolgt. So wurde in

9 Pressekonferenz von Präsident Viktor Juschtschenko in Brüssel. In: Djen vom 23. Februar 2005 (Internetausgabe), entnommen aus www.day.kiev.ua (russ.).

10 Zbigniew Brzezinski: Die überleitete Partnerschaft. In: Europa-Archiv. Bonn (1994)5. S. 130.

einem Beitrag der »Washington Post« mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß »die Ereignisse in der Ukraine von großer Bedeutung für den Westen sind und entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung in der gesamten westlichen Region des postsowjetischen Raumes haben«. »Im Falle eines Scheiterns der ukrainischen Demokratie-Reform«, so heißt es weiter, »werde sich der Annäherungsprozeß der Ukraine, Georgiens und Moldovas an die euroatlantischen Strukturen bedeutend abschwächen, wenn nicht gar völlig aufhören.«¹¹

Zur möglichst weitgehenden Umsetzung seiner Zielstellungen gegenüber der Ukraine nutzt der Westen neben wirtschaftlichen Mitteln (Kreditvergabe; Investitionen; Handelsbedingungen) auch das bilaterale Beziehungsgeflecht (u. a. Regierungsberater). Darüber hinaus finanzieren insbesondere die USA mit erheblichen Mitteln ein ganzes Netz zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Ukraine. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine stellten die USA nach offiziellen Angaben für die »Entwicklung demokratischer Reformen« insgesamt etwa drei Milliarden Dollar aus dem Staatshaushalt zur Verfügung. Hinzu kommen Mittel aus privaten Stiftungen und Hilfsorganisationen.

Zu dem breit gefächerten Instrumentarium politischer Einflußnahme gehören weiterhin verschiedene europäische und internationale Institutionen und Gremien wie der Europarat oder die Kommission für Menschenrechte und Wahlen der OSZE. Alle diese Institutionen haben durch Vorgaben, Kontrollberichte und Resolutionen direkten und indirekten Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung und die entsprechenden Auseinandersetzungen in der Ukraine genommen. Allein die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat sich seit 1999 in zehn Resolutionen und Empfehlungen mit der verfassungsrechtlichen und politischen Entwicklung in der Ukraine beschäftigt und konkrete Auflagen erteilt. In der Resolution vom April 2007 wurde »Besorgnis« über die »andauernde politische Instabilität« geäußert und mit Bedauern festgestellt, daß die kritischen Hinweise bezüglich der Verfassungsreform von 2004 (ungenügende gesetzliche Ausgestaltung des Übergangs zur parlamentarisch-präsidentialen Regierungsform; unklare Abgrenzungen bei der Kompetenzverteilung zwischen Parlament – Präsident – Regierung; imperatives Mandat der Abgeordneten; Vollmachten der Staatsanwaltschaft), trotz »mehrfacher konkreter Aufforderungen, die Legitimität der Verfassungsänderungen

11 »Washington Post« vom 28. Juni 2007.

entsprechend europäischer Standards sicher zu stellen, von den staatlichen Organen der Ukraine ignoriert wurden«. ¹² Allerdings wird dabei gerne vergessen, daß es die sogenannte Venedig-Kommission des Europarates war, die in den Jahren der Kutschma-Administration nachdrücklich eine »Machtverschiebung vom Präsidenten zum Ministerkabinett« gefordert hatte (47. Sitzung vom Juli 2001). Die gleiche Kommission fordert jetzt aber eine Revision der inzwischen vollzogenen Verfassungsreform.

Besondere Bedeutung für die Politik des Westens gegenüber der Ukraine hat die immer engere Einbindung in die NATO-Strukturen. Wichtige Etappen auf diesem Weg waren die Einbindung in die »Partnerschaft für den Frieden« (1994) und die jährlichen NATO-Zielprogramme (seit 2003). Diese Zielprogramme enthalten nicht nur Auflagen zur Militärpolitik, zur Streitkräftereform und zu den militärischen Strukturen, sondern auch detaillierte Festlegungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur »Demokratie-Entwicklung«, zur Wirtschaftsstruktur (Förderung der Klein- und Mittelstandsunternehmen), zum »Meinungsppluralismus in der Gesellschaft« und zur Verwirklichung der Menschenrechte. Die Erfüllung der jährlichen Zielprogramme wird regelmäßig überprüft, um davon ausgehend neue Forderungen festzulegen. Die Zielprogramme sind Teil des Stufenplanes zur Vorbereitung auf den Beitritt der Ukraine zur NATO.

AUF DEM WEGE IN DIE NATO

Nach dem politischem Machtwechsel Anfang des Jahres 2005 wurde die Politik der Westorientierung weiter forciert, führte aber auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Parlament bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2007 nicht zum gewünschten Ergebnis, eine neue Phase im Beitrittsprozeß zur NATO einzuleiten. Erst das mühsam geschmiedete Regierungsbündnis zwischen dem Juschtschenko-Lager und dem Block Julia Timoschenko setzte sich Anfang 2008 über den Bevölkerungswillen hinweg und begann eine weitere Stufe des Beitrittsprozesses zur NATO einzuleiten. Präsident, Regierungschefin und Parla-

¹² Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 20. April 2007, entnommen aus www.unian.ua/rus/news/news-192661.html.

mentenvorsitzender erklärten in einem Schreiben an NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer offiziell das Interesse, möglichst schon bei der NATO-Ratstagung im April 2008 die Ukraine in den Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (Membership Action Plan, MAP) einzubeziehen und damit den offiziellen Beitrittsprozeß zu beginnen. So sollten rasch vollendete Tatsachen geschaffen werden, bevor die jetzige Koalition an inneren Widersprüchen wieder zerbrechen und das Vorhaben – wie schon im Frühsommer 2005 – erneut scheitern könnte. Bekanntlich hatte Präsident Juschtschenko den jetzigen Schritt bereits für den Frühsommer 2005 geplant. Das Vorhaben scheiterte aber an der ablehnenden Haltung des damaligen Parlamentspräsidenten Olexandr Moros, der an dieser Frage die schon vereinbarte Koalition mit dem Block Julia Timoschenko (BJUT) und der Juschtschenko-Partei »Unsere Ukraine« scheitern ließ. Statt dessen ging er eine Koalitionsvereinbarung mit der Partei der Regionen (PdR) und den Kommunisten ein und der damalige Ministerpräsident Viktor Janukowitsch stoppte dann im September 2005 bei seinem Besuch in Brüssel den schon vorbereiteten NATO-Ratsbeschluß.

Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hätte weitreichende geopolitische Folgen. Es käme zu einer grundlegenden Änderung des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses in der gesamten Region. Darauf hat das russische Außenministerium in einer Stellungnahme zu dem Brief der ukrainischen Führung an den NATO-Generalsekretär nachdrücklich hingewiesen und zugleich betont, daß eine »mögliche Integration der Ukraine in die NATO die vielseitigen russisch-ukrainischen Beziehungen ernsthaft belasten würde«. Rußland sähe sich gezwungen, »adäquate Maßnahmen«¹³ zu ergreifen. Nun kann Rußland selbstverständlich nicht die souveräne Entscheidung seines Nachbarlandes verhindern – auch über den Beitritt der Ukraine zur westlichen Militärallianz entscheiden ausschließlich das Beitrittsland und die Mitgliedsländer der NATO – jedoch ist es mehr als verständlich, daß Rußland bei einer solchen Entwicklung seine sicherheitspolitischen Interessen berührt sieht. Moskau wird kaum bereit sein, Vorzugspreise und -bedingungen für russische Energieträgerlieferungen zu vereinbaren, wenn gleichzeitig die NATO bis an das russische Kerngebiet vorrückt. Aber nicht nur die Ver-

13 Erklärung des Außenministeriums der Russischen Föderation vom 22. Januar 2008, entnommen aus www.mid.ru/brp_4.nsf.

sorgung mit Erdgas und Erdöl würde sich weiter verteuern und die ukrainische Wirtschaft erheblich belasten. Auch Landwirtschaft und Maschinenbau, die traditionellen Exportbranchen im Handel mit Rußland, müßten sich nach neuen Absatzmärkten umschauen. Völlig offen wäre zudem die Zukunft der ukrainischen Rüstungsindustrie, die weitgehend auf die Kooperation mit Rußland angewiesen ist und bisher (neben lukrativen Exporten) die ukrainische Armee mit Waffen und Militärtechnik versorgt. Mit Beginn des Beitrittsprozesses soll nunmehr eine forcierte Umrüstung auf NATO-Standards erfolgen, was vor allem der US-amerikanischen Rüstungsindustrie einen zusätzlichen Absatzmarkt schafft.

Die europäischen NATO-Staaten reagierten auf den von den USA inszenierten und protegierten offiziellen Beitrittswunsch der ukrainischen Führung differenziert, so daß auf der Bukarester NATO-Ratstagung (April 2008) kein formaler Beschluß über die Einbeziehung der Ukraine in das Aktionsprogramm für den NATO-Beitritt (MAP) gefaßt werden konnte. Während die »neuen« NATO-Länder Mittel/Osteuropas und Kanada die Position der USA unterstützten, lehnten acht westeuropäische Mitgliedsländer einen sofortigen Beitrittsstatus für die Ukraine und Georgien ab. Besonders Frankreich und Deutschland sprachen sich dafür aus, die Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. Übereinstimmend bezeichneten sowohl Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel den Wunsch der Ukraine (und Georgiens) Mitglied der NATO zu werden als »legitim«, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt für noch zu »früh«.¹⁴ Auf Drängen der USA wurde aber in der Bukarester Deklaration ausdrücklich die Übereinstimmung aller Mitgliedsländer verankert, daß »beide Länder NATO-Mitglieder werden« und ihre Einbeziehung in den MAP »der nächste Schritt auf dem direkten Wege zur Mitgliedschaft« sei. Die Entscheidung darüber wurde an die Außenminister delegiert, die bereits im Dezember 2008 einen ersten Zwischenbericht erörtern sollen.¹⁵ Mit diesen Entscheidungen ist für die Ukraine der Weg zur NATO-Mitgliedschaft geöffnet, lediglich der Zeitpunkt noch nicht definiert. Präsident Viktor Juschtschenko bezeichnete deshalb die Bukarester Beschlüsse auch als »historisch« und die »Erwartungen übertreffend«. Der weitere Weg zur NATO-Mitglied-

14 Djen vom 4. April 2008 (Internetausgabe), entnommen aus www.day.kiev.ua (russ.).

15 Siehe NATO Press Release (2008)049: Bucharest Summit Declaration – 3 April 2008, entnommen aus www.nato.int/doc/pr/2008/p08-049e.html.

schaft sei »in gewisser Weise eine politische Formalität«. ¹⁶ Trotzdem bleibt die weitere Entwicklung offen. Sie hängt – wie bisher – sowohl von der innenpolitischen Stabilität und dem politischen Kräfteverhältnis in der Ukraine ab, als auch von den internationalen Rahmenbedingungen und insbesondere vom Verhältnis zwischen Rußland und den USA. Der Vorschlag des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew, ein zeitliches Moratorium für Entscheidungen zu den wichtigsten internationalen Streitpunkten (Kosovo, NATO-Erweiterung, Raketenabwehr) zu vereinbaren, dürfte zumindest bis zur Formierung der neuen US-Administration nach den Präsidentenwahlen realistisch sein. In der Ukraine deutet sich inzwischen eine Fortsetzung der politischen Auseinandersetzungen an. Die bisherige Koalition zwischen Präsidentenlager und den Anhängern von Ministerpräsidentin Julia Timoschenko zerfällt immer mehr, so daß erneute Parlamentswahlen und vorgezogene Präsidentenwahlen nicht auszuschließen sind. ¹⁷ Entscheidungen über eine NATO-Mitgliedschaft dürften in dieser Zeit verfassungsrechtlich kaum möglich sein, zumal sich an der ablehnenden Grundhaltung der Mehrheit der Bevölkerung nichts geändert hat. Auch die Differenzen innerhalb NATO dürften auf Grund divergierender Interessen nicht geringer werden. Die meisten westeuropäischen Länder sind – nicht zuletzt zur Sicherung der Erdöl-, Erdgas-Importe – an guten Beziehungen zu Rußland interessiert. Die deutsche Position wird trotz gewisser Zugeständnisse an den Bündnispartner USA auch künftig davon getragen sein, keine zusätzlichen Belastungen im Verhältnis zu Rußland entstehen zu lassen. Das betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier als er zur möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erklärte: »Dieser Prozeß darf unsere Bemühungen um eine gesamteuropäische Friedensordnung nicht konterkarieren. [...] Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, die eine weitere Annäherung der Ukraine ermöglichen, ohne dadurch neue Konfliktlinien aufzureißen.« ¹⁸

16 Presseerklärung von Präsident Viktor Juschtschenko in Bukarest, 4. April 2008, entnommen aus www.ictv.ua (russ.).

17 [Inzwischen haben die Präsidentenwahlen vom Februar 2010 den Sieg von Wiktor Janukowitsch erbracht, dessen Partei der Regionen eine engere Bindung an Rußland verfolgt und eine »Brücke von Ost zu West« bauen will – Die Redaktion].

18 Rede von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier anlässlich einer Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung am 4.3. 2008, www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden. – [Auch nach der Dezembertagung (3. Dezember

FAZIT

Seit Erlangung der Unabhängigkeit (1991) hat sich die Ukraine zu einem gefestigten Staat in der postsowjetischen Region entwickelt. Erstmals in der über 1000jährigen Geschichte des ukrainischen Volkes scheint die Eigenstaatlichkeit dauerhaft gesichert zu sein. Der komplizierte Gesellschafts- und Systemwandel nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus konnte im wesentlichen abgeschlossen werden.

2008) der NATO-Außenminister war für die Ukraine eine schnelle Aufnahme in die NATO nicht in Sicht. Vielmehr einigten sich die Minister einstimmig darauf, »die Abstimmung über den gängigen Membership Action Plan (MAP; Aktionsplan für eine Mitgliedschaft) für Georgien und die Ukraine auszusetzen [...] Statt dessen wird die NATO die Aktivität der beiden bereits bestehenden Gremien – der NATO-Georgien-Kommission und der NATO-Ukraine-Kommission – ausweiten, um im Wesentlichen dieselben Reformen zu beaufsichtigen, die sonst Teil des Aktionsplanes gewesen wären. Auch einigten sich die NATO-Minister in ihrem Kommuniqué darauf, die Verbindungen zu Rußland ›bedingt und abgestuft‹ neu zu beleben.« (Williams Engdahl in <http://info.kopp-verlag.de/news/nato-beitritt-georgiens-und-der-ukraine-auf-unbestimmte-zeit-vom-tisch.html>). – Trotzdem versucht die Ukraine 2009, ihre Westintegration zu beschleunigen. So hat am 21. Juli 2009 »der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko bei einem Besuch von US-Vizepräsident Joe Biden die Westbindung der ehemaligen Sowjetrepublik bekräftigt. ›Wir gehen weiter voran, wir haben uns für einen europäischen Weg entschieden.‹ Es sind ›dabei noch viele Hausaufgaben zu erledigen.‹« (<http://www.epochtimes.de/articles/2009/07/21/470158.html>). – Von dem Voranschreiten zeugen die am 21. August 2009 im NATO-Hauptquartier unterzeichnete Ergänzungserklärung zur Charta vom 9. Juli 1997 sowie »die von der EU bereitgestellten Finanzmittel in Milliardenhöhe, die der Ukraine helfen sollen, ihr Gasnetz zu reformieren und sich aus der russischen Abhängigkeit zu lösen.« (»Die Zeit«, Hamburg vom 1. August 2009). – Diese Aktivitäten riefen wiederum Rußland auf den Plan. »Der russische Präsident Dmitri Medwedjew sprach sich erneut klar gegen einen NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine aus. Die ehemaligen Sowjetrepubliken sollten nicht gegen den Willen der Bevölkerung in das Verteidigungsbündnis ›gezerrt‹ werden [...] Die Ukraine – wo die Bürger einem NATO-Beitritt überwiegend ablehnend gegenüberstehen – sollen mit einer Volksabstimmung eine gesetzliche Grundlage für einen solchen Schritt schaffen.« (<http://www.epochtimes.de/articles/2009/07/26/471807.html>). – Und am 25. August 2009 meldete sich der russische NATO-Botschafter zu Wort und äußerte: »Jetzt, wo Juschtschenko und seine Umgebung offenbar begreifen, daß die ›Orange-Zeit‹ in der Politik der Ukraine zu Ende geht, sind sie bemüht, ihren Staat im Eiltempo in die NATO hineinzubringen. In Zukunft werden sie dabei aber die Öffentlichkeit meiden und dies als ›gewisse Fortschritte‹ bei der Umsetzung dieses oder jenes Punktes der Charta über die besondere Partnerschaft der Ukraine und der NATO präsentieren.« (<http://de.rian.ru/safety/20090825/122829629.html>) – Die Redaktion].

Herausgebildet hat sich eine pluralistische Gesellschaft auf marktwirtschaftlicher Grundlage mit einer parlamentarisch-präsidentialen Regierungsform. Sie ist mit z. T. erheblichen Mängeln und Unzulänglichkeiten sowie Deformationen behaftet. Kennzeichen dafür sind tief greifende soziale Differenzierungen, Clanstrukturen in der Wirtschaft, korruptive Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft, ein schwach entwickeltes Parteiensystem und schwache zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen.

Die mental-kulturellen und sozial-ökonomischen Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen blieben weitgehend erhalten. Daraus resultierende unterschiedliche Positionen zu Grundfragen der Gesellschaftsentwicklung und zur Einordnung der Ukraine in die internationale Staatengemeinschaft bestimmen sowohl die Zielsetzungen und Positionen der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen als auch die Haltung der Bevölkerung in den beiden Landesteilen. Sie widerspiegeln sich in den scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen und sind die innere Hauptursache einer latenten Instabilität.

Die äußeren Bedingungsfaktoren haben sich seit Erlangung der Unabhängigkeit nicht grundsätzlich verändert, wenn auch durch die Ausdehnung von EU und NATO bis an die Grenzen der Ukraine auf der einen und die wiedergewonnene Stärke Rußlands auf der anderen Seite eine Modifizierung der Rahmenbedingungen erfolgte. Die Ukraine bleibt für einen längeren Zeitraum wirtschaftlich und politisch in ihrer Zwischenlage zwischen Rußland und dem Westen. Im überschaubaren Zeitraum gibt es für die Ukraine weder eine realistische Beitrittsperspektive zur EU, noch kann die bisherige Erweiterungspolitik der EU in Bezug auf die Ukraine einfach fortgeschrieben werden. Die EU und die Ukraine können deshalb die bevorstehende längere Zeitperiode einer Nachbarschaft nutzen, um neue Integrationsmodelle zu entwickeln. Erste Überlegungen gehen davon aus, für die Ukraine einen Weg zu entwickeln, der nicht Vollintegration in die EU und Abgrenzung von Integrationsstrukturen im postsowjetischen Raum zum Ziel hat, sondern eine bi-integrative Bindung ermöglicht. Einen gewissen Rahmen für solche Entwicklungen bietet das Partnerschaftskonzept der EU. Es ermöglicht auf wirtschaftlichem Gebiet die Schaffung einer Freihandelszone im erweiterten europäischen Raum und eröffnet auch Möglichkeiten für eine Teilnahme an Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Das Partnerschaftskonzept bietet darüber hinaus die Chance, das außerordentlich sensible Verhältnis Ukraine – Rußland – EU auf eine neue Grundlage zu stellen.

So könnte die Partnerschaftsgruppe Rußland, Belarus, die Ukraine und Moldova einen organisatorischen Rahmen für das Zusammenwirken mit der EU und für das gemeinsame Agieren innerhalb der EU-Gremien bilden. Zugleich stärkt das EU-Partnerschaftskonzept die Positionen der beteiligten Länder in ihrem Verhältnis zu Rußland. Für die Ukraine könnte eine solche Entwicklung zugleich die Auflösung des Grundwiderspruches – Westorientierung oder Ostbindung – bedeuten. Denn objektiv kann es für die Ukraine nicht um eine Entscheidung entweder Integration in die westlichen/europäischen Bündnisstrukturen oder Bindung an Rußland gehen, sondern stets nur um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beiden Politikrichtungen. Jede einseitige Orientierung entspricht nicht den ökonomischen, sicherheitspolitischen und geistig-kulturellen Rahmenbedingungen und widerspricht sowohl den nationalen Interessen als auch der Stabilität und Sicherheit in der Region. Die Beachtung dieser Grundmaxime durch alle Machtgruppierungen im Innern und durch das Ausland würde viel zur inneren und äußeren Stabilität der ukrainischen Staatlichkeit beitragen und somit im ukrainischen und europäischen Interesse liegen.

Der politische Machtwechsel 2005 hat hinsichtlich einer raschen Integration der Ukraine in die EU wenig bewirkt. Geostrategisch zeichnen sich jedoch Veränderungen ab, die die künftige Entwicklung der Ukraine und im gesamten postsowjetischen Raum gravierend beeinflussen werden. Das betrifft vor allem folgende Aspekte:

Erstens ist das politische Selbstbewußtsein der Ukraine im Verhältnis zu Rußland gewachsen und die Verhandlungspositionen im komplizierten Beziehungsgeflecht mit Rußland konnten gestärkt werden. Geblieben ist allerdings die starke Abhängigkeit von den russischen Energieträgerlieferungen, wodurch auch politische Einflußmöglichkeiten für Rußland erhalten bleiben.

Zweitens wird intensiv an der Schaffung der materiell-technischen Voraussetzungen für einen raschen NATO-Beitritt (Militärreform; Einführung NATO-Standards; technische Umrüstung) gearbeitet. Eine Vollmitgliedschaft in der NATO ist nur noch eine Frage der Zeit und könnte nach 2010 realisiert werden. Die endgültige Entscheidung wird aber sowohl von der innenpolitischen Situation in der Ukraine als auch von den politisch-strategischen Erwägungen in den USA und dem Verhältnis zu Rußland abhängen.

Drittens werden die Bemühungen zur Formierung regionaler Bündnisstrukturen unter ukrainischer Führung bzw. mit vorrangiger Beteili-

gung der Ukraine forciert. Zwar sind die Widersprüche innerhalb der GUAM mit dem Ausscheiden Usbekistans nicht überwunden, aber das starke Interesse der USA und der verbliebenen GUAM-Länder an einem funktionsfähigen Bündnis gegen russisches Vormachtstreben können zu einer Revitalisierung des Bündnisses führen. Auch die Herausbildung anderer Strukturen – im Schwarzmeerraum mit der Türkei, Rumänien und Bulgarien, oder in Zentraleuropa mit Polen und Litauen – sind im Bereich der Realität.

Viertens wurde mit dem Machtwechsel zu Juschtschenko/Timoschenko ein Richtungswechsel in der ukrainischen Außenpolitik vollzogen, der mit der Wahl Janukowitschs bedingt relativiert wird. Jedenfalls bleibt auch künftig die Gestaltung der Beziehungen zu Rußland von existentieller Bedeutung für jede ukrainische Führung. Allerdings fehlt (wie auch auf russischer Seite) ein klares Konzept für die Entwicklung der Beziehungen zu Rußland und zu den von Rußland dominierten Bündnisstrukturen im postsowjetischen Raum. Klarheit besteht nur darüber, daß die Ukraine zu keinerlei bi- oder multilateraler Zusammenarbeit bereit ist, durch die die Souveränität eingeschränkt und die Dominanz Rußlands im postsowjetischen Raum gestärkt würde.

Die Ukraine benötigt nach der Verwirklichung der Eigenstaatlichkeit und den Jahren eines grundlegenden Gesellschaftswandels einen noch längeren Zeitraum, um die komplizierten inneren Probleme zu lösen, dauerhafte Stabilität zu finden und ihren Platz in der europäischen Staatengemeinschaft zu definieren. Übereilte Entscheidungen im Innern und einseitige Einflußnahmen von Außen sind in diesem Prozeß nicht förderlich, sondern begünstigen Instabilität und innere Krisen bis hin zur Gefährdung der ukrainischen Staatlichkeit.

WOLFGANG GRABOWSKI

Der Kaukasus – Paradies und Zankapfel

ERINNERUNG

Wer den Kaukasus in Friedenszeiten bereist hat, wird ihn nicht vergessen.

Seine Schönheit ist paradiesisch. Er ist ein grünes Gebirge. Hohe Wälder, lichte und dichtdunkle Nadel-, Laub- und Mischwälder steigen die Berghänge bis fast in eine Höhe von 3.000 Metern hinauf, wo in den Alpen schon längst nur karge Felslandschaft den Wanderer und Bergsteiger umgibt. Man könnte meinen, daß der russische Maler Schischkin für sein berühmtes Waldgemälde, dessen Miniaturdruck die weltbekannten Mischki-Konfekts schmückt, hier Anregung gefunden hat.

Eine frühe Naturschutzregelung in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte dafür Sorge getragen, daß der Wald, z. B. in der mittelkaukasischen Karatschajew-Tscherkessischen Autonomen Sowjetrepublik um rund 500 Meter den Berg wieder hochgewachsen war. Die Gesetzgebung war streng. Eine Überforderung der Umwelt durch Tourismus wurde nicht zugelassen, Hotelbauten waren begrenzt. Touristen durften die Pfade der vorgeschriebenen Wanderruten nicht verlassen. Um die Tierwelt in den Hochgebirgsgegenden nicht übermäßig zu beunruhigen, war es nur in Ausnahmefällen gestattet, über die Gebirgspässe in andere Täler zu gelangen. Diese wurden gemacht, als die befreundeten Staatsmänner Kossygin und Kekkonen über den Gluchorpaß, in dessen Umgebung die Rote Armee in harten Kämpfen die Gebirgsjäger der Nazi-Wehrmacht bezwungen hatte, zum 80 Kilometer entfernten abchasischen Suchumi an der Schwarzmeerküste gewandert waren.

Es war nicht gestattet, in den wunderschönen, glasklaren Gebirgsseen zu baden, selbst Pilze mußten stehen bleiben. Zuwiderhandlungen wurden mit »Standpauken« der jungen attraktiven Bergführerinnen geahndet.

Im Dombaier Revier fanden sich Almwiesen in fast 2.000 Meter Höhe mit schulterhohen Glockenblumen, Primeln und vielen anderen Gewächsen, nach denen man sich in unseren Breitengraden bücken muß. Die milden und feuchten Winde vom Schwarzen Meer her, die vielen Sonnentage im Jahr sorgen für diese Pracht mit ihrem betörenden Duft.

Nicht weit davon in den Hochtälern weiß-grüne Gletscher, die nun allerdings auch beginnen abzutauen.

Im Südosten Georgiens befindet sich die traumhaft schöne Kolchis, das Land, in dem durch die sowjetische Entsumpfung die Zitronen blühen, in der Antike Medea gelebt und die Argonauten das Goldene Vlies erbeutet haben sollen.

Aber all diese Superlative übertrifft noch die Gastfreundschaft der Kaukasier. Herrliche Weine und Weinbrände, die in der Regel von den Gastgebern nicht bis zum Umfallen mißbraucht werden, beflügeln sie noch. Wohl einmalig die gesellige Tischkultur, die neben hervorragender Küche und den bereits gelobten Getränken den Wettstreit der Trinksprüche parat hat, bei dem man sich um Humor und anspruchsvollen Inhalt bemüht. Man genießt am Tisch die Nähe der Verwandten und Freunde, das Anderssein des Gastes aus der Ferne. Der Gast ist König, dem man würdevoll und auf gleicher Augenhöhe begegnet.

Wie hart und grausam der Kontrast zu den Kriegsbildern, die uns von eifernden Medien frontberichtsmäßig via TV in die gute Stube transportiert werden.

VON DER REGION, IHREN BEWOHNERN UND ETWAS GESCHICHTE

Der große Kaukasus ist über 1.100 Kilometer lang und 180 km breit, etwa vergleichbar mit den Alpen. Im vergletscherten Hochgebirgskaukasus befinden sich die höchsten Berge Europas, u. a. der Schchara, Kasbek und Elbrus (5.642 m).

Rund 100 Kilometer südlich erstreckt sich der Kleine Kaukasus.

Mit fast 400.000 Quadratkilometer Fläche ist die Kaukasus-Region größer als Deutschland. Zu den kaukasischen Länder gehören: Rußland mit den autonomen Republiken Adygea, Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Nordossetien-Alania und

Tschetschenien nördlich des Kaukasuskamms, von ihm südlich Armenien, Aserbaidshan, Georgien und die Türkei mit ihrem nordöstlichen Teil.

Der Kaukasus ist wie die Alpen im Tertiär aufgefaltet worden. Er hat beachtliche Erdöl- und Erdgaslagerstätten, vor allem zum Kaspischen Meer hin und in Tschetschenien. Man schätzt die Erdölreserven auf rund 200 Mrd. Barrel (für Saudi Arabien – das Land mit den größten Erdölvorkommen werden 260 Mrd. Barrel veranschlagt).

Als Teil des Kollisionsgürtels der Kontinentalplatten von den Alpen bis zum Himalaja ist der Kaukasus von der arabisch-afrikanischen Platte bedrängt, die sich jährlich mehrere Zentimeter voranschiebt, von Erdbeben gefährdet. Noch in Erinnerung ist das Erdbeben von Spitak in Armenien am 7. Dezember 1988, dem 25.000 Menschen zum Opfer fielen, 515.000 verloren ihr Dach über dem Kopf.

Der Kaukasus war seit Menschengedenken Anziehungspunkt. Sein Ruhm hatte sich weit verbreitet und zog Abenteurer und Beutemacher, aber auch viele Hungerleider auf der Flucht fürs Brot zum Überleben, Menschen verschiedenster Glaubensbekenntnisse, Sprache und Kultur an.

Heute leben hier etwa 50 Völker und Völkerschaften. Man nennt sie Kaukasusvölker. Sie Reden mit kaukasischen, indogermanischen und altaischen Sprachen, fast ein biblisches Sprachengewirr. Der Kaukasus zählt zu den sprachwissenschaftlich und ethnographisch interessantesten Regionen der Welt.

Die Siedlungsgebiete waren und sind häufig nicht scharf voneinander getrennt, was zu allen Zeiten zu Spannungen und willkürlichen Grenzziehungen, selbst in der Sowjetunion, führte. Die Zuführung Süd-ossetiens und Abchasiens unter Stalin zu seinem georgischen Geburtsland gegen den Willen der Urbewohner sind trauriger Beleg, daß Kriege bis in unsere »zivilisierte« Zeit auf diesem Hintergrund geführt werden können.

Die am meisten verbreiteten Religionen sind der Islam verschiedener Ausprägung und das Christentum (russisch-, georgisch- und armenisch-orthodox). Die armenische Kirche und die georgische Kirche gehören zu den ältesten christlichen Kirchen der Welt, die in langen Zeiten der Fremdherrschaft türkischer, persischer, russischer) in entscheidendem Maße Träger und Bewahrer ethnisch-nationaler Identität waren.

Der Kaukasus wurde frühzeitig zum Spielball von Großmachtinteressen.

In der Antike diente er als Sperre des oströmischen Reiches und Persiens gegen die Hunnen.

Am Ende des 7. Jahrhunderts eroberten Araber südliche Gebiete des Kaukasus. Anfang des 16. Jahrhunderts unterjochten die Osmanen den Kaukasus, mußten dann aber im 18. und 19. Jahrhundert Rußland weichen.

Im Ergebnis des 5. Russisch-türkischen Krieges und durch den Frieden von Kütschük-Kainardshi (21. Juli 1774) kam Rußland in den Besitz kaukasischer Gebiete entlang der Flüsse Kuban-Terek. Die russische Statthalterschaft mit den Gebieten Jekaterinograd, Mosdok, Alexandrow und Stawropol entstand 1785. Die Städte Derbent, Kuba und Baku kamen 1796 dazu.

1801 wurde Georgien unter seinem Fürsten Georg III. ein russisches Gouvernement. Gegen 1810 war fast das ganze Transkaukasien in russische Hand gefallen. Nicht unterworfen waren die Bergvölker, die Gorzen, vor deren Widerstandskraft man Respekt in Petersburg hatte. Einige der Bergvölker, so die christlichen Ossetinen, schlossen sich Rußland an und stehen auch heute für einen starken russischen Staat.

Über 60 Jahre dauerte der Kaukasische Krieg Rußlands gegen die widerständigen Gorzen, deren awarisch-islamischer Anführer Imam Schamil trotz der Niederlage am Ende zur Legende wurde, was auch in den Nachwende-Kriegen in Tschetschenien von Bedeutung war.

Übrigens, auch die deutschen Eliten waren in den Kaukasischen Krieg verstrickt. Der junge Moltke zog die Fäden Preußens zu Schamil. Im Heimatkundemuseum von Maikop, der Hauptstadt von Adygeja, kann man riesige Ölgemälde mit den Porträts deutscher Generäle »bewundern«, die Kampftrupps der Gorzen gegen russische Streitkräfte anführten.

DER SOWJETISCHE KAUKASUS

Nach dem Zusammenbruch des russischen Zarenreichs in der Folge des Ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution kam es auch im Kaukasus zu grundlegenden Veränderungen. Schon im November 1917 wurde die Bakuer Kommune gebildet. Sie entwickelte sich zum Bollwerk der revolutionären Kräfte im Kaukasus. In Georgien und Armenien gelang es den Bolschewiki nicht, die Macht zu erobern. Hier setzten sich zunächst

Menschewiki und Daschnaken durch, unterstützt durch britische, deutsche und türkische Besatzungstruppen. Die Briten wollten sich schon damals vor allem an den Erdölquellen von Aserbaidshan einnisten und gingen brutal gegen die einheimische revolutionäre Bewegung vor – die Bakuer Kommissare wurden hingerichtet. Aber es dauerte nicht lange und die britischen Eindringlinge wurden durch die Rote Armee vertrieben. Am 28. April 1918 wurde die Aserbaidshanische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen.

Auch in Armenien und Georgien konnten sich die ausländischen Interventionen nicht lange halten und wurden von der Roten Armee 1920 bzw. 1921 vertrieben. Am 29. November 1920 wurde die Armenische SSR und am 25. Februar 1921 die Georgische SSR errichtet. Die drei Republiken bildeten 1922 die Transkaukasische SFSR, wurden 1936 dann eigenständige Unionsrepubliken der UdSSR. Auch im russischen Nordkaukasus setzte sich die neue Ordnung durch. Die kaukasischen Republiken, insbesondere die georgische, genossen besondere Unterstützung. Der Kaukasus blühte auf. Bildung kam ins Volk, eine eigene nationale Intelligenz entwickelte sich, wie auch die nationale Kultur insgesamt. Industrie kam auf. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Kaukasus fanden in vielen Gebieten der UdSSR lebhaften Zuspruch. Ein georgischer Kaukasier wurde Staatschef des Riesenreichs.

Und endlich zog Frieden in den kriegs- und konfliktmüden Kaukasus ein.

Aber er währte nicht lange. Der »Sozialismus stalinscher Prägung« konnte keine nachhaltige Gerechtigkeit und Entwicklung bringen. Mehr noch, auch der Kaukasus wurde in den Strudel Machiavellischen Machtgehabes, repressiver Gewalt und massenhafter Deportationen von Tschetschenen, Tscherkessen und anderen kaukasischen Völkerschaften unter der Begründung der Kollaboration mit den faschistischen Feinden getrieben.

Und die Georgier wurden privilegiert behandelt, was böses Blut gab, auch in Georgien selbst. Besonders ungut wirkte sich die »Georgisierung« in Abchasien aus. Aber auch in Südossetien und Adsharien traten die althergebrachten Aversionen gegen die Georgier wieder stärker hervor, die man schon glaubte vergessen zu können.

Dennoch kämpften auch die Kaukasier mutig gegen die Naziokkupanten, verteidigten aufopferungsvoll ihr großes sowjetisches Land. Die Erwartung der faschistischen Führung, daß der Kaukasus überlaufen würde, war eine tödliche Illusion.

Die »goldenen fünfziger und sechziger Jahre«, die neben der Verbesserung des materiellen Lebensstandards ja auch politisches Tauwetter gebracht hatten, gaben auch dem Kaukasus Raum zur Entfaltung, was aber nicht von Dauer sein sollte. Wie Mehltau legte sich in den achtziger Jahren die Unfähigkeit zu nachhaltiger Erneuerung über die Region.

Die Perestroika brachte keine Erleichterung. Eine Auflösung der Starre, in die das Land geraten war, kam nicht zustande. Chinesische Erfahrungen wurden zerredet, das Land torkelte in den Abgrund. Es gab kein Halten mehr.

DIE WENDE ODER ROLLE RÜCKWÄRTS

Politische Hasardeure zerstörten Ende 1991 in der Beloweschkaja Puschtscha die Sowjetunion gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch des Kaukasus. Den traf der Zerfall des Landes besonders hart, fielen doch von Heute auf Morgen die Vorzüge der Integration im großen, arbeitsteiligen Verbund fort, was besonders die kleineren Unionsrepubliken, zu denen die kaukasischen ja zählten, zu spüren bekamen.

Allein Aserbaidshan konnte sich dank seiner Erdöl- und Erdgasvorkommen einigermaßen über Wasser halten und in den letzten Jahren durch die gestiegenen Preise der Energierohstoffe auf dem Weltmarkt auch größeren Teilen der Bevölkerung einen gewissen Wohlstand gewährleisten.

In Georgien ist die soziale Lage besonders prekär, das Durchschnittseinkommen gehört zu den niedrigsten im postsowjetischen Raum – trotz beträchtlicher Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgastransfer und US-amerikanischer Zahlungen für geostrategische Hilfeleistungen, seitdem Saakaschwili zum Präsidenten gemacht worden war.

Überall ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch, was nicht wenige junge Leute in die Fänge mafioser und terroristischer Strukturen treibt.

Die oft kritisierte Gleichmacherei der Sowjetzeit wich einer kaum vorstellbaren Schere zwischen arm und reich. Die neuen Eliten sahen und sehen ihr Heil nicht selten in gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Und dennoch, die Wende konnte nicht alles verschütten, was mit der Sowjetunion zu tun hatte. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung führte gemein-

sam mit jungen Wissenschaftlern aus Moskau und dem Kaukasus ein umfangreiches, repräsentatives soziologisches Projekt in fast allen Teilen des Kaukasus durch. Im Verlaufe eines ganzen Jahres wurden junge Leute zwischen 18 und 30 Jahren befragt und bei Team-Diskussionen unter anderem auch nach ihren Meinungen über die Sowjetunion. Die Ergebnisse, die in einem speziellen Abschnitt der Projektpublikation durch den jungen Moskauer Wissenschaftler Dr. Alexander Nikulin analysiert wurden, kamen überraschend.

Die Frage nach Positivem am Sowjetsystem bejahte eine große Mehrheit eindeutig. Als Beleg wurden vor allem genannt: soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, qualifiziertes Bildungssystem und gleiche Bildungschancen, kulturelle Errungenschaften, Existenzsicherheit und Förderung der Jugend, internationalistische Erziehung und kollektivistische Geselligkeit, Gleichheit der verschiedenen Völkernationen und nationaler Frieden, Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Als hauptsächlich negative Seiten wurden gleichzeitig angeführt: Gleichmacherei, mangelnde politische Freiheit und Förderung individueller, auch unternehmerischer Initiative, lebensfremde Agitation und Propaganda, die Repressalien des Systems.

Die häufig eher negativ empfundenen Nachwendeerfahrungen – genannt wurden vor allem die große Arbeitslosigkeit, die gewaltige Differenz zwischen arm und reich, die Kriege, die Existenzangst – haben das positive Umfrageergebnis sicher beeinflusst. Aber dennoch bleibt ein ziemlich verfestigtes und verankertes Erinnerungsbild, das möglicherweise für die Zukunft noch von Bedeutung sein kann. Den jungen Leuten Nostalgie vorzuwerfen, wäre sicher unredlich.

DIE NEUEN KRIEGE IM KAVKASUS

Sechs Kriege wurden nach der Wende im Kaukasus geführt., zwei davon in *Tschetschenien*.

Der erste von Jelzin befohlene Krieg begann, als der ehemalige General der Sowjetarmee und gewählte Präsident von Tschetschenien, Dudajew, sich Jelzins Worte, man nehme sich so viel Freiheit, wie man verdauen könne, zu sehr zu Herzen genommen hatte. Er begann, die nordkaukasische autonome Republik, sicher nicht ohne Rückenwind aus dem Ausland, aus dem Verbund der Russischen Föderation herauszumöblieren und die Einnahmen aus dem wohlfeilen tschetschenischen Erd-

öl in die Taschen des eigenen Clans zu wirtschaften. So war das dann in Moskau doch nicht gemeint. Der Krieg, der zu großen Zerstörungen und unermeßlichem Leid unter der zivilen Bevölkerung geführt hatte, endete für Moskau mit einem militärischen Fiasko.

Tschetschenien versank in Mord und Totschlag zwischen rivalisierenden Clans, Entführungen und Überfälle gehörten zum Alltag, die Republik wurde zum Eldorado marodierender terroristischer Banden, die sich, als religiöse Krieger verkleidet, vom Ausland aushalten ließen. Sie wurde unregierbar. Die Banden begannen, die Gewalt über die Grenzen Tschetscheniens in andere nordkaukasische Regionen, gar bis nach Zentralrußland zu tragen; die Losung von der Schaffung eines nordkaukasischen islamistischen Gottesstaates geisterte durch die Webseiten der Extremisten. Die rote Linie war für Moskau überschritten, als sie im Sommer 1999 das relativ ruhige Dagestan überfielen und die gerade fertiggestellte russische Bypaß-Pipeline bedrohten, die den Transport der Energierohstoffe aus der Kaspj-Region gewährleisten sollte, nachdem dieser durch die alte Pipeline über Tschetschenien nicht mehr sicher war.

Der zweite russische Krieg nahm seinen Lauf. Er wurde unter Führung des neuen russischen Premiers Putin mit aller Härte zu Ende gebracht. Diesmal konnte der Kreml sich auf eine breite Zustimmung in Rußland stützen. Aber erneut waren viele Todesopfer und Zerstörungen zu beklagen.

Die Banden sind vertrieben, die Lage hat sich dank der bereitgestellten zentralen Mittel, die auch im Wesentlichen ihre Zweckbestimmung erreichen, verbessert. Wohnungsbau, der Unterricht in den Schulen und Hochschulen, der Aufbau des Gesundheitswesens können sich sehen lassen, die Arbeit der Regierenden findet Zuspruch.

Schlechter ist die Sicherheitslage in den benachbarten Inguschetien und Dagestan.

Drei Kriege in Georgien haben die Führungen des Landes vom Zaune gebrochen. Eigentlich vier, wenn man die Vertreibung des gewählten Präsidenten von Adsharien und die Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen in der autonomen Republik im Südosten Georgiens, dort, wo die Kolchis liegt, mit Waffengewalt dazu zählt.

Zweimal wurde *Südossetien* militärisch überfallen.

Zwischen 1989 und 1992, also auch noch zu sowjetischer Zeit, versuchten die in Tbilissi Regierenden die unbotmäßige, faktisch seit 1990 unabhängige Republik Südossetien mit militärischer Gewalt wieder unter Kontrolle zu bekommen, was fehlschlug.

Südossetien, wie auch Abchasien, hatte sich geweigert, gemeinsam mit Georgien aus der UdSSR auszutreten. Beide Gebiete lehnten den ihnen aufgezwungenen postsowjetischen Status einer Autonomie innerhalb Georgiens ab, wie sie auch schon zu sowjetischer Zeit die Eingliederung in die Georgische SSR nicht wollten.

Südossetien möchte sich am liebsten Nordossetien, also der Russischen Föderation anschließen. Über 90% der etwa 100.000 Einwohner (1/5 des ossetischen/alanischen Ethnos) haben sich einen russischen Paß besorgt, wie das auch in Abchasien geschah.

Mit der Unterzeichnung der Verträge von Dagomys durch Schewardnadse und Jelzin wurden die Kampfhandlungen 1992 eingestellt und eine Gemeinsame Kontrollkommission gebildet, der Vertreter Georgiens, Südossetiens, Rußlands und mit Sonderstatus Nordossetiens angehören. Im Sommer 1992 wurde eine »Blauhelm«-Friedenstruppe mit Mandat der GUS und der UNO gebildet, bestehend aus je einem georgischen, ossetischen und russischen Bataillon.

Den zweiten Krieg führte Georgien gegen *Abchasien*.

Es liegt herrlich an der südöstlichen Schwarzmeerküste im westlichen Teil Transkaukasiens an der Grenze zu Rußland. Sotschi, der russische Austragungsort der Olympischen Winterspiele von 2014, ist davon nur 30 Kilometer entfernt.

Abchasien gehörte in der vorrevolutionären Zeit immer zu russischen administrativen Strukturen. Mit dem Zusammenbruch des Zarenreichs wurde es dem entstandenen georgischen Staat gegen den Willen der Einwohner angegliedert. Georgische Truppen wurden stationiert und der abchasische Volksrat aufgelöst. Im März 1921 wurde die Sowjetische Sozialistische Republik Abchasien ausgerufen. Im Dezember 1921 wurde sie Teil des bereits bestehenden sowjetischen Georgiens. 1931 entstand die Abchasische Autonome Sowjetrepublik innerhalb der Georgischen SSR mit verfassungsmäßig garantiertem Recht auf Austritt.

Unter Stalin betrieb die georgische Führung eine Politik der Diskriminierung und Georgisierung. Grundlage des abchasischen Alphabets wurde die georgische Schrift, der Unterricht in den Schulen erfolgte in georgischer Sprache. Systematisch wurde die Zuführung georgischer

Arbeitskräfte betrieben, so daß Anfang 1990 die Hälfte der Bevölkerung aus Georgiern bestand. In dieser Zeit regte sich unter der nationalen abchasischen Intelligenz Widerstand. An die Führung der UdSSR wurde ein Appell gerichtet, in dem der Austritt aus der Georgischen SSR, der Beitritt zur RSFSR oder die Gründung einer selbstständigen Republik gefordert wurde.

Während der Perestroika spitzte sich die Lage zu, und einige Monate nach der Zerschlagung der Proteste in Tbilissi im Juli 1989 kam es in Suchumi zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Georgiern und Abchasen. Im Sommer 1992 kehrte der Oberste Sowjet Abchasiens zum Verfassungsprojekt von 1921 zurück. Tbilissi antwortete mit der Entsendung georgischer Truppenteile. Der Krieg dauerte 14 Monate und wurde von beiden Seiten verbissen und mit aller Härte geführt. Er forderte je 4.000 Tote, 1.000 Georgier bleiben vermißt, 250.000 Georgier, was damals rund die Hälfte der Bevölkerung in Abchasien ausmachte, mußten das Gebiet verlassen. Von 50.000, die von 1994–1997 zurückgekehrt waren, flohen 30.000 wieder ins georgische Kernland, als sich die Spannungen 1998 erneut aufheizten.

Seit April 1994 ist in Abchasien eine GUS-Friedenstruppe mit Mandat der UNO stationiert.

Um *Nagorny Karabach*, zu Sowjetzeiten der Aserbaidshanischen SSR als Autonomes Gebiet zugeordnet, wurde von 1992 bis 1994 zwischen Armenien und Aserbaidshan Krieg geführt, nachdem die Karabach-Armenier am 2. September 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nagorny Karabach ist eine Enklave in Aserbaidshan von 4.400 Quadratkilometern Fläche und überwiegend von christlichen Armeniern bewohnt.

Unterstützt von Armenien und einem russischen Regiment trieben die Karabach-Truppen die aserbaidshanischen hinter eine Linie auf aserbaidshanischem Gebiet zurück, die beim Waffenstillstand 1994 zur auch heute noch geltenden Demarkationslinie erklärt wurde. Der Großteil der ehemaligen Enklave und sieben aserbaidshanische Bezirke blieben unter der Kontrolle der Karabach-Armee. Nagorny Karabach grenzt nun auch an Armenien und Iran. Dem Krieg fielen auf beiden Seiten über 40.000 Menschen zum Opfer. Hunderttausende Aserbaidshaner und Armenier wurden in die Flucht getrieben, auch aus den beiden Kernländern.

Der Waffenstillstand wurden über die OSZE vermittelt, die eine »Minsker Gruppe« zur Überwachung einsetzte. Ihr gehören neben den Konfliktbeteiligten auch die USA und Frankreich an.

In der international nicht anerkannten »Republik Nagorny Karabach« leben heute etwa 150.000 Menschen.

Wegen des »eingefrorenen« Konflikts bestehen bis heute zwischen Aserbaidshan und Armenien keine diplomatischen Beziehungen. Beide befinden sich im Spannungsfeld zwischen Rußland und den USA, was einer Lösungsfindung bisher nicht besonders zuträglich war.

Von Putin und jetzt auch Medwedjew werden große Anstrengungen unternommen, die Beziehungen zu beiden transkaukasischen Staaten zu vertiefen, was auf positives Echo stößt.

Mit dem Besuch von Präsident Medwedjew vor einigen Monaten in Baku erreichte die russisch-aserbaidshanische Annäherung einen Höhepunkt. Moskau möchte nach Möglichkeit den Bau weiterer Erdöl- und Erdgasleitungen an Rußland vorbei verhindern und ist zu lukrativen Wirtschaftsangeboten bereit. Und es möchte das Vordringen der NATO in den Südkaukasus erschweren. Präsident Ilham Alijew steht dem durchaus aufgeschlossen gegenüber, zumal die häufigen westlichen arroganten Vorhaltungen und Einmischungsversuche wegen autokratischer Regierungspraktiken ihm auf die Nerven gehen. Wahrscheinlich steckte das auch dahinter, als in Baku die Stützpunkte von Radio Liberty und »Freies Europa« aufgefordert wurden, ihre Pforten zu schließen.

Alijew erwartet natürlich russisches Entgegenkommen bei der Lösung des Karabach-Konflikts.

Eine weitere Annäherung besäße durchaus Unterstützung in der Zivilgesellschaft. In beiden Ländern sind zweifelsohne gegenseitige Sympathien vorhanden, die ihre Quelle auch darin haben mögen, daß die gemeinsame sowjetische Vergangenheit in beiden Ländern nicht mehr verteufelt, sondern ausgewogen betrachtet wird. Vielleicht spielt hier auch eine Rolle, daß der aserbaidshanische Präsident als Sohn des ehemaligen KPdSU-Politbüromitglieds und Nachwendepäsidenten von Aserbaidshan, Hejdar Alijew, als Student und danach als Wissenschaftler 25 Jahre am Moskauer Instituts für Internationale Verbindungen verbracht hat. Er war der Stargast, als das Institut sein 60. Jubiläum feierte.

In Baku weiß man natürlich auch, daß die USA Aserbaidshan einen besonderen geostrategischen Stellenwert beimessen. Nach dem Desaster von Saakaschwili im jüngsten Kaukasuskrieg vielleicht gar mehr als Georgien. Schließlich hat Aserbaidshan das Erdöl und Erdgas und liegt Zentralasien und Iran an. Lieber heute als morgen möchte man sich direkt am Kaspischen Meer festsetzen und würde sich das auch einiges kosten

lassen. Argwöhnisch beobachtet man in Baku zugleich, daß trotz aller US-amerikanischen Beteuerungen zur Unterstützung der territorialen Integrität Aserbaidshans, Armenien pro Kopf der Bevölkerung mehr US-amerikanische Entwicklungshilfe bekommt als Israel.

Präsident Medwedjew einigte sich bei einem Staatsbesuch in Armenien nach Beendigung des jüngsten Kaukasus-Kriegs mit seinem armenischen Kollegen, eine weitere Vertiefung der guten Zusammenarbeit voranzubringen und die Bemühungen für eine Lösung des Konflikts um Berg Karabach wieder aufzunehmen. Der aserbaidshanische Präsident kam dem entgegen und auf Einladung des russischen Präsidenten zu einem Dreiertreffen nach Moskau. Es wurde vereinbart, die gemeinsame Arbeit an einer Lösung des Konflikts zu intensivieren.

DER KAUKASISCHE FÜNF-TAGE-KRIEG

Mit dem vom georgischen Präsidenten Saakaschwili ausgelösten Überfall auf Südossetien und die dort mit GUS- und UNO-Mandat stationierten russischen Streitkräfte ist eine neue Dimension der Kriege im Kaukasus, der geostrategischen Auseinandersetzung, des Widerstreits zwischen den USA und Rußland provoziert worden.

Es ist schwer vorstellbar, daß die US-Administration von dem Vorhaben nichts gewußt haben soll. Egon Bahr formulierte listig und zutreffend in einer Talkshow: Wenn die US-Administration von dem Überfall überrascht worden ist, sei das schlimm. Wenn sie davon gewußt hat, wäre es noch schlimmer.

Die USA haben Georgien mit modernen Waffen (das 30fache als in internationalen Normativen für Zwecke der Selbstverteidigung vorgesehen) und mit dem Einsatz einer Vielzahl von Militärberatern hochgerüstet. Bush bedrängt die NATO-Mitglieder, der Aufnahme Georgiens in das westliche Militärbündnis zuzustimmen und die NATO-Osterweiterung unmittelbar an die Grenze Rußlands in einer hochbrisanten Region voranzutreiben, die schließlich einmal Teil der Sowjetunion war und in der Rußland beträchtliche strategische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen hat.

Leitlinien des Vorgehens der USA hatte Zbigniew Brzezinski, die graue Eminenz der USA-Außenpolitik seit 1977, der als Obama-Berater auch

heute noch im politischen Geschäft ist, nach der Auflösung der Sowjetunion in seinem Buch »Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie« beschrieben: Eurasien – Kaukasus, Zentralasien, Türkei, Iran, Afghanistan – seien das Schachbrett, auf dem sich der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielt. Für die USA hänge alles davon ab, »ob sie dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern könne«. Das ist der springende Punkt in der aktuellen Auseinandersetzung im Kaukasus.

Und Rußland ist nach Jelzin konsolidiert worden und hat sich auf den Weg zu neuer Macht in der Welt begeben. Es ist entschlossen, seine Interessen zu schützen und durchzusetzen und will - was der Westen, auch Deutschland und die EU bisher verweigert haben - nun endgültig als gleichberechtigt, auf gleicher Augenhöhe behandelt werden. Der Kampf im Kaukasus hat das unter Beweis gestellt. Der Westen wird sich darauf einstellen müssen.

Rußland hat sich in der Schanghaier Organisation und bilateral mit den aufstrebenden Schwergewichten des Ostens, China und Indien, vernetzt. Es sucht Anschluß an den ehemaligen Hinterhof der USA in Lateinamerika, das sich dank seiner Wirtschaftsergebnisse, Energierohstoffe sowie der nachhaltigen sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen gegenüber dem krisengeschüttelten nördlichen Koloss Luft verschafft. In Rußland rechnet man mit der BRIC und deren geostrategischem Aufschwung.

Rußland hat gegen Georgiern (um Südossetien) erstmalig entschlossen militärisch zurückgeschlagen und, ohne daß die USA etwas tun konnten, Tatsachen zur Stärkung der Position Rußlands im Kaukasus und in Zentralasien geschaffen. Neben den Sicherheits- und wirtschaftlichen Interessen in der Region hatte die russische Führung der Stimmung in der eigenen Bevölkerung Folge geleistet.

Selbst die KPRF hatte sich an die Seite des Kreml gestellt, was eigentlich sonst nicht vorkommt. Auch die Vertreter der rechtskonservativen, westlich orientierten Kräfte zogen es vor, das Vorgehen nicht zu kritisieren, zumal man gerade dabei ist, nach den Wahlschlägen der letzten Jahre einen neuen Anlauf zu nehmen. (Ihre Vertreter sind nicht mehr in die Duma gewählt worden. Auch auf regionaler und kommunaler Ebene ist ihre Lage nicht viel besser.)

Im Kaukasus-Krieg ging es auch um Erdöl- und Erdgas, um sehr viel von dieser kostbaren Ressource. Auch Zbigniew Brzezinski geht in seinen strategischen Szenarien davon aus, daß im Zentrum Eurasiens 80% der bekannten und heiß umkämpften Weltenergievorkommen liegen.

Bis Ende der neunziger Jahre kontrollierte Rußland den Westtransport von Öl und Gas aus Baku über Dagestan und Tschetschenen nach dem Terminal im russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk. Dann aber eröffnete 1999 ein westliches Konsortium an Rußland vorbei eine Konkurrenzleitung mit vergleichbarer Durchlaßfähigkeit von Baku nach Supsa an der georgischen Schwarzmeerküste. Rußlands Lage wurde noch prekärer, als die Terroristen die Pipeline in Tschetschenien unterbrachen und auch die eilig gelegte Bypass-Leitung durch Dagestan im August 1999 bedrohten, was, wie gesagt, den zweiten Krieg in Tschetschenien auslöste.

2005 wurde unter dem Kommando von British Petroleum die nächste westliche Trasse eingeweiht. Sie führt von Baku über Tbilissi bis Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste. Diese so genannte BTC-Leitung hat die zehnfache Kapazität der russischen nach Noworossijsk. Ihr Problem ist jedoch die geringe Auslastung. Gazprom hatte es fertig gebracht, den kaspischen Förderern bessere Preise zu machen und auch bessere Sicherheiten zu bieten, zumal die Lage in Tschetschenien unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Außerdem arbeitet der Welt dritter Konzern, der faktisch ein Staatsunternehmen ist, also faktisch direkt im Auftrag des Kreml tätig ist, mit Hochdruck an einer weiteren Trasse, der South-Stream-Erdgaspipeline. Sie wird bei Dschubga an der russischen Schwarzmeerküste mit den bereits funktionierenden Festlandsleitungen verbunden und auf dem Meeresgrund nach Varna an der bulgarischen Schwarzmeerküste verlegt. Dort soll sie sich dann teilen: eine Route über Griechenland nach Italien, die andere über Serbien, Ungarn, Österreich nach Deutschland. Die letzten Verträge wurden 2008 unterschrieben. Dagegen kommt das schon vor langer Zeit geplante EU-Projekt »Nabucco« nicht so recht von der Stelle.

»Nabucco« steht bisher nur auf Entwurfspapier. Die Einigung mit den Transitländern läuft schwierig, die natürlich nicht übersehen haben, daß dieses Konkurrenzprojekt zur russischen Röhre und an Rußland vorbei aus der nicht ausgelasteten BTC-Leitung gespeist werden soll. Es scheint

sich nicht zu rechnen, was ein entscheidender Grund für ein Scheitern werden könnte, obwohl man liebend gern eine Diversifizierung zu den Energieimporten aus Rußland gehabt hätte.

Jene haben wohl nicht ganz Unrecht, die einen engen Zusammenhang zwischen der georgischen Aggression und dem starken Wunsch vermuten, Rußlands Energievormarsch zu stoppen, zumindest stark zu beeinträchtigen. Und, wen wundert es, daß auch die USA trotz der Rivalität mit der EU im Kaukasus »Nabucco« protegieren.

Eine baldige Wiederholung eines ähnlichen Abenteuers wie gegen Südossetien, dürfte für absehbare Zeit erst einmal verhindert sein, zumal zusätzliche Militäreinheiten Rußlands in Südossetien und Abchasien stationiert wurden und die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens erfolgte.

Eine Isolierung Rußlands hat trotz Trommelfeuer der westlichen Medien und der massiven rhetorischen Schelte von westlichen Politikern nicht stattgefunden. Sanktionen konnten die USA und ihre Parteigänger in der EU nicht durchsetzen.

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) hat in ihrer Deklaration über das Gipfeltreffen vom 29. August 2008 festgehalten, daß die Mitgliedsstaaten »die aktive Rolle Rußlands bei der Förderung von Frieden und Zusammenarbeit in der (Kaukasus)-Region unterstützen«. Ähnlich reagierte die Organisation des kollektiven Sicherheitsrates der GUS. Rußland hielt es nicht für möglich und sinnvoll, eine Anerkennungswelle für Südossetien/Abchasien zu betreiben.

Der Präsident Kasachstans, des hauptsächlichen Partnerlandes Rußlands in der Region, reagierte auf die Ausführungen des lettischen Präsidenten zum Konflikt mit der Frage, wer denn den Krieg begonnen habe. Im Gespräch mit dem russischen Präsidenten in Aktjubinsk bekräftigte er, daß Kasachstan sich in den Energiefragen auf Rußland orientiert.

Aufmerksamkeit verdienen auch die Aktivitäten der Türkei, die »Fußball-diplomatie« gegenüber Armenien, zur Entspannung im Kaukasus, was in Moskau eine positive Resonanz fand.

Es zeichnet sich ab, daß Rußland stärker auf den Iran zugeht. Indien sucht das Gasprojekt mit dem Iran zu beschleunigen, gegen den Widerstand der USA.

In der SOZ ist eine engere Zusammenarbeit der Gasexporteure und -importeure zu beobachten. Erneut wird von der Schaffung einer »Gas-OPEC« gesprochen.

In der Ukraine wurde der Streit über die Haltung zu Rußlands Vorgehen in Georgien zum Anlaß genommen, die Regierungskoalition auseinanderbrechen zu lassen. Präsident Juschtschenko, der für umfangreiche Waffenlieferungen an Georgien gesorgt hatte, beschuldigte die Premierministerin Timoschenko, daß sie Georgien nicht genügend unterstützt hätte.

Der Präsident von Moldowa erklärte am 1. Oktober im Rundfunksender »Echo Moskwy«, daß das Land beim verfassungsmäßigen Status der ständigen Neutralität bleibt und es keinen Beitritt zur NATO geben wird, wer auch immer im Land an der Macht ist. Mit dem russischen Präsidenten vereinbarte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Abkommen zu Transnistrien, das vor fünf Jahren unterschriftsreif nach Intervention der Botschafter der USA und Deutschlands am Vorabend der Unterzeichnung von Moldowa auf Eis gelegt worden war. Beschlossen wurde die Ausweitung der Handelsbeziehungen auf 1,4 Mrd. US-Dollar.

Es ist davon auszugehen, daß Rußland seine Entscheidung zur Anerkennung der Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien nicht rückgängig machen oder aufweichen lassen wird. In amerikanischen Medien werden Szenarien, die sich an das Modell Kosovo anlehnen, diskutiert und zur Behandlung in Genf empfohlen. Rußland wird darauf nicht eingehen.

Rußland geht davon aus, daß es keine andere Wahl hatte, als entschlossen auf die georgische Aggression zu reagieren, zumal weder UNO-Sicherheitsrat, OSZE oder EU einschreiten wollten. Georgien habe eindeutig das Völkerrecht verletzt. Südossetien und Abchasien sei in den Verfassungen der Transkaukasischen Sowjetrepublik und der Sowjetunion auf Grund ihrer Geschichte, ihres Ethnos und der Stimmung im Volk das Recht auf Austritt zuerkannt worden. Georgien hatte ihnen dieses Recht nach seinem Austritt aus der Sowjetunion verweigert und in zwei Kriegen versucht, den Anschluß durchzusetzen. Also schon damals habe Georgien das Völkerrecht grob mit Füßen getreten. Mit dem neuerlichen militärischen Überfall habe die georgische Führung nun endgültig jegli-

chen Anspruch auf Südossetien und Abchasien vertan und der territorialen Integrität Georgiens den Todesstoß versetzt.

Rußland hat begonnen, für die Stabilisierung, für den Wiederaufbau, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beider Republiken umfangreiche Mittel zur Verfügung zu stellen. 16 Mrd. Rubel, das sind fast 500 Mio. Euro, wurden für den Bau der Welt höchster Gasleitung (über 160 km lang) bereitgestellt. Sie soll in Rekordzeit fertiggestellt werden und schon im nächsten Winter russisches Gas liefern, und zwar für 40 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter und nicht 300 US-Dollar, die für das Gas aus Georgien zu bezahlen waren. Georgien hatte den Gashahn zuge dreht.

Informationen, daß man im Westen einen Führungswechsel in Georgien langsam favorisieren würde, mißt man in Moskau Bedeutung bei.

Die russische Seite bewertet die Aufnahme des Dialogs im Rahmen der Genfer Konferenz und die gleichberechtigte, eigenständige Teilnahme der Vertreter Südossetiens und Abchasiens als Erfolg. Sie wird die Gewährleistung der Sicherheit in der Region, die Verhinderung neuerlicher militärischer Provokationen sowie humanitäre und Wiederaufbauhilfe in den Mittelpunkt stellen.

Die Genfer Konferenz, der EU-Beschluß zur Aufnahme von Sachverhandlungen über ein neues Strategieabkommen zwischen der EU und Rußland, die Ablehnung des Vorstoßes der Bush-Administration, im Eilverfahren die NATO-Aufnahme von Georgien und der Ukraine durchzuführen, die aufgenommenen Gespräche über die sicherheitspolitischen Vorschläge für Europa und ein neues Verhältnis zwischen Rußland, EU und den USA auf diplomatischer Ebene sowie der Beschluß, die Vorschläge auf dem OSZE-Gipfel im Sommer 2009 auf die Agenda zu setzen, all das kann nach dem propagandistischen und politischen Trommelfeuer gegen Rußland, nach der Abwehr der georgischen Aggression im Sommer durchaus ermutigen.

Möge es auch dem Kaukasus Nutzen bringen!

JÜRGEN VAN ZWOLL

Zur aktuellen politischen Situation in Polen

Es macht mir Freude, etwas über Polen zu sagen, mit dem ich mich seit vielen Jahren eng verbunden fühle. Die vergangenen 20 Jahre sind für eine erhebliche Mehrheit der Polen eine Erfolgsgeschichte geworden. So werden sie gesehen und gefühlt. Tatsächlich hat Polen beachtliche politische, demokratische und wirtschaftliche Ergebnisse erreicht.

Vergleiche zwischen dem, was das tägliche Leben der Menschen 1988/1989 bestimmte und wie es sich heute gestaltet, fallen überwiegend zu Gunsten der eingetretenen Veränderungen aus. Eine sentimentale Rückbesinnung von Teilen der älteren Generation gilt manchmal den besten Jahren aus der Zeit Giereks oder aber der Hochzeit der Solidarnosc-Bewegung, kaum aber den letzten Jahren Volkspolens.

Die Eliten auf beiden Seiten einschließlich der katholischen Kirche haben 1988/1989 hohe politische Reife dabei bewiesen, den Macht- und Systemwechsel friedlich zu vollziehen. Später folgten harte Auseinandersetzungen verschiedener Gruppen der Eliten um politische und wirtschaftliche Macht und privates Vermögen, die auch Mißbrauch, Verleumdung und Grabenkämpfe gekannt haben. Sie müssen sich nun im rechtlichen und demokratischen Rahmen des neuen bürgerlichen Polens vollziehen und haben bisher diesen Rahmen nicht grundsätzlich verlassen.

Die Befindlichkeit der Polen ist gut und wird es wohl auch bleiben, solange insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung positiv fortgesetzt werden kann.

1.

Auf Landes- und lokaler Ebene ist ein System der bürgerlichen Demokratie entstanden. Das System funktioniert nach den Spielregeln der polnischen Verfassung von 1997 und hat – so in den Parlamentswahlen vor einem Jahr – bereits auch schwierige Bewährungsproben bestanden.

Starke Ausschläge des Pendels der Wählergunst zwischen Links und Rechts waren seit 1989 immer wieder an der Tagesordnung. Zeitweise konnten selbst radikale Ansichten einen erstaunlich großen Zulauf verzeichnen, doch es gelang auf längere Sicht, die sie tragenden Parteien in den demokratischen Rahmen einzubinden.

Eine stabile Parteienlandschaft hat sich noch nicht herausgebildet. Auf der rechten Seite befänden sich zwei starke Parteien, die ihre Wurzeln auf Solidarnosc zurückführen:

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) der Brüder Kaczynski setzt – bei genereller Befürwortung eines marktwirtschaftlichen Modells – auf mehr Staat, auch zum Schaden der Demokratie, und vor allem auf eine Fundamentalkritik der Entwicklung in der Nachwendezeit (unter der Losung der Schaffung einer »IV. Republik«) und damit auf den Versuch der Ausgrenzung von Teilen der Kräfte, die den historischen Kompromiß von 1989 getragen haben. Sie hat heute genügend Potential, um eine weitere Wahlperiode zu überstehen.

Die Partei Bürgerplattform (PO) von Donald Tusk will den Ausgleich, weniger staatliche Bevormundung und Kontrolle und mehr Vertrauen in den Bürger, will Krisenbewältigung durch Kooperation, setzt auf konsequentere Durchsetzung eines marktliberalen Kurses zusammen mit stärkerer Beachtung für die sozialen Fragen. Sie hat mit diesen Aussagen die Wahlen im Oktober 2007 gewonnen und steht weiterhin recht gut in der Gunst der Wähler.¹

Die linke Opposition ist nach ihrer Wahlniederlage von 2005 zersplittert. Selbst die größte Gruppierung ist über Anfänge einer personellen und programmatischen Konsolidierung nicht hinaus gekommen. Die polnische Sozialdemokratie hat über die letzten 20 Jahre einen neoliberalen

1 Die Bürgerplattform erlangte 42% der Wählerstimmen (2005: 25%) und damit 209 Sitze im Sejm, der unteren Kammer. PiS kam auf 32% (2005: 27%) und 166 Sitze (inzwischen ist die Fraktion auf unter 160 zusammengeschmolzen); sie hält 50 von 100 Sitzen im Senat. Für PiS stimmten zwei Millionen Wähler mehr als 2005 (von 3,2 auf 5,2 Mio.), für die PO aber fast vier Millionen mehr (von 2,8 auf 6,7 Mio.). Dies ist der hohen Wahlbeteiligung von 54% (2005: 41%) geschuldet. Das inzwischen wieder aufgelöste linke Wahlbündnis LiD erreichte über 13% und 53 Sejm-Abgeordnete und kam damit nicht über das katastrophale Ergebnis von 2005 hinaus. Die Bauernpartei PSL kam auf neun Prozent und 31 Sitze. Ein Mandat fiel an die deutsche Minderheit.

Kurs verfolgt, der sozialen Fragen, vor allem aber den Interessen der Transformationsverlierer ungenügend Aufmerksamkeit gegönnt hat.

Als einigermaßen stabil erweist sich die Bauernpartei, die zusammen mit der PO das Regierungsbündnis bildet.

Die radikalen Parteien Samoobrona und Liga Polnischer Familien sind wieder von der politischen Bühne abgetreten.

Heute kann noch keine verlässliche Antwort auf die Frage gegeben werden, ob in Zeiten wachsender sozialer Spannungen die Demokratie sich als ausreichend stabil erweist, um Polen vor einem Rückfall in diktatorische Formen der Machtausübung zu bewahren.

2.

Polen hat über den größeren Teil der 20 Jahre seit 1988/1989 eine über dem europäischen Durchschnitt liegende wirtschaftliche und soziale Entwicklung vollzogen.²

Der kapitalistische Transformationsprozeß des Wirtschaftssystems ist in seinen Grundzügen abgeschlossen, die in der polnischen Wirtschaft geltenden Regeln sind inzwischen »EU-konform«.

Ein großer Teil der Bevölkerung konnte in den letzten zwei Jahrzehnten Nutzen aus der Entwicklung ziehen: Spürbare positive Veränderungen zu 1988 und davor entstanden zunächst in der Versorgung, später auch im Einkommen vieler abhängig Beschäftigter, sogar der Rentner oder der Bauern. Eine beachtliche Mittelschicht ist im Entstehen. Die Einkommensschere klafft deutlicher auseinander, tritt aber weniger kraß zutage als in dem einen oder anderen Transformationsland. Große soziale Erschütterungen sind bisher trotz anfänglich verordneter »Schocktherapie« ausgeblieben.

Das rasche Entwicklungstempo hat den technologischen wie sozialen Rückstand zu anderen europäischen Ländern deutlich gemindert.³

2 2007: Steigerung des BIP bei 6,5% (für 2008 werden etwa fünf Prozent erwartet), Inflation bei vier Prozent, Anstieg der Löhne/Gehälter bei elf Prozent, höher als Zuwachs der Arbeitsproduktivität in der Industrie, Arbeitslosigkeit bei zwölf Prozent.

3 Die Kaufkraftparität in Polen erreicht gegenwärtig etwa 50% der durchschnittlichen Parität in der EU, sie lag 1995 bei 40%. Für den Erwerb eines Mittelklassewagens

Stärken der Transformation: Die Mehrzahl der unrentablen staatlichen großen und mittleren Betriebe wurde privatisiert bzw. umgestaltet; zusammen mit einer Erneuerung vieler Produkte wurden die Herstellungsprozesse effektiver organisiert. Erhebliche Investitionen ausländischer Unternehmen, vor allem aus den EU-Ländern, haben zu einem Innovations Schub geführt. Gemessen am Anteil des Imports und Exports am BIP zählt Polen zu den Aufsteigern in der internationalen Arbeitsteilung, wobei die Tiefe der Verarbeitung exportierter Erzeugnisse wächst. Die Entwicklung wird zu erheblichem Teil durch den inneren (allerdings kreditgestützten) Konsum getragen. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen.

Schwächen: Der Staat ist hoch verschuldet. Die sozialen Sicherungssysteme sind nicht ausreichend sicher finanziert und wahrscheinlich nicht in der Lage, in einer Krise erheblich wachsende Probleme ausreichend abfedern zu können. Reformprozesse wurden verspätet und ohne genügende gesellschaftliche Akzeptanz eingeleitet.

In den sozialen Systemen, im Arbeitsrecht u. a. sind auch weiterhin nicht wenige »sozialistische Überreste« vorhanden. Vielleicht können diese in Zeiten erhöhter sozialer Spannungen auch eine gesellschaftlich stabilisierende Wirkung zeigen.

Die staatliche Investitionstätigkeit insbesondere in Bildung und Forschung ist im internationalen Vergleich zu niedrig.

Die ausländischen Unternehmen könnten in Krisensituationen ihre Bezüge aus Polen vermindern, ihre Investitionen zurückfahren oder einstellen, sogar Kapital abziehen.

mußten 1995 26 Durchschnittsgehälter aufgewendet werden, 2007 waren es nur noch 8,5. – [Die polnische Wirtschaft zeigt eine relative Widerstandsfähigkeit. Eine Rezession konnte im zweiten Quartal 2009 vermieden werden. Die Industrieproduktion des Monats Juli 2009 stieg im Vergleich zum Vormonat um 6,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit blieb mit 10,7 Prozent relativ konstant. Der Einzelhandel übertraf den Vormonat Juni mit 2,2 Prozent, was im Vergleich zum Vorjahresmonat Juni ein Plus von 0,9 Prozent bedeutet. Das BIP-Wachstum 2009 wird mit minus 0,5 Prozent prognostiziert (siehe <http://at.e-fundresearch.com/tmp/CEE-Newsletter-August-2009.pdf>) – Die Redaktion].

Gesellschaftlichen Sprengstoff bergen die sogenannten Defizite der Transformation, wie reale Armut in Gebieten mit hoher Konzentration unrentabler oder geschlossener staatlicher Betriebe, in Gebieten mit wenig Ansiedlung neuer Industrien, in kleinen Städten und auf dem flachen Land, vorwiegend im Osten und Süden des Landes, deutlich hinter dem Durchschnitt zurückbleibende Einkommen bei den Beschäftigten des staatlichen Sektors, wie im Gesundheitswesen und der Volksbildung, und ein niedriges Niveau der Transferleistungen.

3.

Polen hat nach einer in Polen weit verbreiteten Meinung nach 1988/1989 seinen angestammten Platz in Europa wieder eingenommen. Verstanden wird dies vor allem als Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis und damit häufig als demonstrative Abgrenzung nach Osten.

Die Mitgliedschaft in der NATO und in der EU wurde und wird von allen wichtigen Parteien (auch von der PiS, ungeachtet sichtbarer euroskeptischer Tendenzen) und von einer starken Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen. Auch am Anfang des Transformationsprozesses haben weder bedeutende Kräfte von Links noch solche von Rechts ernsthaft Alternativen zur Einbindung Polens in die westlichen Bündnisse ausgearbeitet und verfolgt. Hier leben Erfahrungen vergangener und heutiger Generationen fort, ein geschärftes Geschichtsbewußtsein und daraus resultierende Ängste und Komplexe. Es kommen Überzeugungen zum Tragen, die in den verschiedensten Teilen der Gesellschaft vorhanden sind.

Die wichtigste davon ist: Das zwischen zwei übermächtigen Staaten, Rußland und Deutschland, eingezwängte Polen könne seine Sicherheit, ja seine Existenz nur gestützt auf breite stabile Bündnisse gewährleisten. Davon zeugt das Forcieren der Raketenstationierung nach dem vorjährigen Krieg im Kaukasus. Ansonsten laufe Polen Gefahr, daß seine Interessen im Zweifel von den Großmächten geopfert würden.

Der Sicherheitskomplex mag übertrieben erscheinen, ist aber real existent.

Zu den tragenden Überzeugungen gehört auch, Polen könne sich wirtschaftlich nur dann effizient und nachhaltig entwickeln, wenn dies im Verbund mit den erfolgreichen Staaten und Wirtschaftsbündnissen des Westens geschieht.

Rechte wie linke Eliten nach 1989 sahen die Hauptrichtung der Transformation darin, Polen so rasch wie möglich in »den Westen« einzupassen. In den Veränderungsprozessen, vor allem in der Phase der intensiven Implementierung des EU-Rechts vor dem Beitritt, sind nationale Erfahrungen und Besonderheiten nicht selten vernachlässigt worden. Das beeinflusst das Denken: Nicht beendet ist die Diskussion über Maß und Berechtigung der Verluste polnischer staatlicher Souveränität nach dem Beitritt zur EU.

Die bei uns auf viel Irritation gestoßenen außenpolitischen Positionen der Kaczynski-Regierung erklärten sich zunächst aus dem legitimen Anspruch, die Rolle Polens und die Möglichkeiten der Durchsetzung seiner Interessen neu zu durchdenken und seinen tatsächlichen Einfluß zu testen. Dabei wurden die Grundpfeiler der Außenpolitik der Vorgänger nicht in Frage gestellt. Aber aus dem unbegründeten Vorwurf, die Vorgängerregierungen hätten vor allem gegenüber Deutschland, aber oft auch in der EU eine Politik der Unterwürfigkeit geführt, entstanden politische Fehleinschätzungen, wurden bereits getroffene Zusagen zurückgenommen, fehlte es nicht selten an Professionalität und rechtzeitiger Kompromißbereitschaft, wurde manchmal nationalistisches Vokabular verwendet. Das hat Polen viel internationales Ansehen gekostet, den Vorwurf der Unberechenbarkeit eingebracht und sogar Momente der Isolierung entstehen lassen.

Diese Situation ist weitgehend überwunden, gelegentliche Störungen können jedoch aus dem schwierigen Zusammenspiel der Regierung Tusk mit Präsident Kaczynski immer wieder entstehen.

ZUM VERHÄLTNIS POLEN/DEUTSCHLAND

In der Regierungszeit der PiS bestimmten scharfe Kontroversen den Ton im gegenseitigen Verhältnis, es kam über längere Zeit zwischen Warschau und Berlin sogar zu einer Art Sprachlosigkeit. Diese beiden Jahre waren vielleicht der unergiebigste, bestimmt aber der unerfreulichste Zeitraum in den Beziehungen seit dem Abschluß des Grenzvertrages, mit dem die polnische Westgrenze nun von ganz Deutschland anerkannt ist, und des Vertrages über gute Nachbarschaft 1990/1991.

Günstig für beide Länder ist, daß die Wirtschaftsbeziehungen sich weiter normal entwickelten.⁴

Die gesellschaftlichen Beziehungen haben in dieser Zeit nur begrenzt Schaden genommen.

In den Jahren der Regierung Tusk ist wieder Normalität eingeekehrt.

Ich will behaupten, daß dieser Zeitraum auch sein Gutes hatte, sofern jede der Seiten bereit ist zu lernen. Polen ist ein gleichberechtigter Partner und will in jeder Situation auch als solcher behandelt werden. Daraus folgt, was offensichtlich aber nicht immer eingehalten wurde, daß Interessen klar formuliert werden, rechtzeitig und umfassend informiert wird und regelmäßige Gespräche geführt werden, die von der Suche nach Kompromissen getragen sind. Der Eindruck entsteht, daß von Seiten der deutschen Regierung verstärkt in dieser Richtung gearbeitet wird.

Probleme der bilateralen Beziehungen:

a) Ostseepipeline von Rußland nach Deutschland

Das Projekt ist zum schwierigsten Einzelthema für die bilateralen Beziehungen geworden, mit erheblicher Bedeutung für die Zusammenarbeit in der EU.

Was befürchten die Polen?

Bei Errichtung der North-Stream-Leitung würde der zweite Strang der sogenannten Jamal-Leitung nicht gebaut werden, was den Verlust dieses Baugeschäfts und den Verlust der Transitgebühren für Gas, das durch diese Leitung geflossen wäre, mit sich brächte.

Die wirtschaftlichen Überlegungen scheinen jedoch solchen sicherheitspolitischer Natur nachgeordnet zu sein.

4 Handelsvolumen 2007 54,5 Mrd. EUR. Deutschland ist für Polen erster Handelspartner (27% der polnischen Exporte), Polen ist für Deutschland auf Platz zwölf als Exporteur, auf Rang zehn als Importeur. Die Dynamik des polnischen Imports aus Deutschland liegt höher als des polnischen Exports. Deutsche kumulierte Kapitalinvestitionen betragen über 15 Mrd. EUR, zweiter Platz hinter den Niederlanden. Polnische Kapitalinvestitionen in Deutschland liegen bei 650 Mio. EUR.

Polen sitzt heute sozusagen am Ende der Leitung. Man fühlt sich deshalb besser gewappnet gegen befürchtete einseitige russische Schritte. Die Gaspreisaffären Rußland–Ukraine haben längst vorhandene Befürchtungen wesentlich verstärkt. In der North-Stream-Leitung wird eine Umgehung Polens gesehen; dieser Sichtweise liegt die Angst vor einer wachsenden Abhängigkeit von dem erstarkenden Rußland, vor einem Wiedererstehen russischer imperialer Politik zugrunde.

b) Sichtbares Zeichen

Die Diskussionen um das Zentrum gegen Vertreibungen des BdV entstanden mehrere Jahre vor dem Wahlsieg der PiS. Diese Diskussionen wurden, in weiter zugespitzter Form, Bestandteil der »Geschichts«- oder Erinnerungspolitik der Kaczynski-Regierung.

Das im Frühjahr 2008 beschlossene Konzept der Bundesregierung⁵ wird von Warschau nicht in Frage gestellt, die Teilnahme polnischer Wissenschaftler an der Ausarbeitung des Konzepts wird geduldet. Damit wurde dem Problem die Schärfe genommen. Nach einer Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion werde diese Frage nunmehr aufhören, »alle Aspekte des deutsch-polnischen Verhältnisses zu vergiften«.⁶

c) Kulturgüter

Die Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin waren in der Endphase des Zweiten Weltkrieges ausgelagert worden. Ein bedeutender Teil⁷ wurde im Kloster Grüssau in Niederschlesien aufbe-

5 Siehe Beschluß vom 19. März 2008: Vertreibungen sollen in einen historischen Kontext gestellt, Flucht und Vertreibung der Deutschen also nicht losgelöst von der Geschichte präsentiert werden. Die Eingliederung Geflüchteter und Vertriebener soll als Erfolg dargestellt werden. Das Sichtbare Zeichen wird in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft errichtet. Die Perspektiven der Nachbarländer werden einbezogen. Der Versöhnungsgedanke soll im Vordergrund stehen.

6 »Berliner Zeitung« vom 6. Februar 2008. – Siehe des weiteren Cichocki, Deutschlandberater von Kaczynski (Rz vom 25. März 2008 »Sichtbares Zeichen. Polnische Regierung erhebt keine Einwände«): Man kann davon ausgehen, daß der gesamte Bereich des rationellen historischen Diskurses über Prozesse, Ursachen und Folgen an den Rand gedrückt wird. Wenn die Ausstellung vor allem dem Schicksal der Deutschen gewidmet sein wird, so wird doch ihr individuelles Schicksal nach den Ansätzen der Ausstellung als universelle, europäische Erfahrung dargestellt werden.

7 Die Sammlung besteht aus 590 Musikhandschriften und Nachlaßteilen, unter anderem von Beethoven, Bach, Haydn, Brahms und Schubert sowie rund 210.000 Hand-

wahrt. Die Sammlungen befanden sich nach 1945 auf polnischem Gebiet. Sie wurden in die Krakauer Jagiellonen-Bibliothek verbracht.

Seit Anfang der neunziger Jahre verhandeln Berlin und Warschau, bisher ergebnislos, über die Rückgabe der Kulturgüter. Grundlage der Verhandlungen bildet Artikel 28 Absatz 3 des Nachbarschaftsvertrages: Beide Seiten sind im Geiste der Versöhnung bestrebt, »die Probleme im Zusammenhang mit Kulturgütern und Archivalien, beginnend mit Einzelfällen, zu lösen«.

Prof. W. Kowalski, polnischer Verhandlungsführer, im September 2007: »Das Hauptproblem ist die völlig gegensätzliche rechtliche Beurteilung der Situation: Die Deutschen sagen, daß sich die deutschen Kulturgüter unter Verletzung der Haager Konvention (1907) auf polnischem Boden befinden und also geraubt sind. Wir hingegen wiederholen, daß die deutschen Kulturgüter mit der Grenzverschiebung 1945 in unser Eigentum übergegangen sind und wir den Deutschen daher nichts gestohlen haben.«

Eine mögliche Lösung liegt vielleicht in einem überstaatlichen oder nebenstaatlichen Konzept.

ECKART MEHLS

Über den Umgang der gegenwärtigen tschechischen Gesellschaft mit dem »Prager Frühling«

Ein erster Blick auf das Jahr 2008 als das Jahr des großen Rückblicks auf die Vorgänge in West und Ost vor 40 Jahren vermittelt den Eindruck, als wäre man sich allerorten der herausragenden Bedeutung des damaligen Geschehens voll bewußt. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich allerdings der unangenehme Beigeschmack, daß mit der Hinwendung zu den Vorgängen dieses Jahres, neben vielen aner kennenswerten Beiträgen zur Erweiterung und Präzisierung vorliegender Einschätzungen, in nicht zu übersehender Weise Versuche unternommen werden, auch in diesem Falle Geschichte zu höchst aktuellen politischen Zwecken zu instrumentalisieren und zu mißbrauchen. Insofern ist der Einschätzung von Georg Seeblen über das Jahr 1968 als einer »Chiffre, die einem schön langsam gehörig auf die Nerven zu gehen beginnt (oder anders gesagt: Der 68-Diskurs des Jahres 2008 sagt sehr viel mehr über das Jahr 2008 als über 68)«, voll zuzustimmen.¹

Gewissermaßen als Vorbemerkung sei an dieser Stelle unter Bezug auf den aktuellen internationalen 68er-Diskurs der Einwand gestattet, daß der oft vermittelte Eindruck, als gäbe es »das Jahr 1968«, den Realitäten natürlich nicht gerecht wird. Die weltweite Bewegung der Proteste, scheinbarer oder auch wirklicher Aufbrüche zu neuen Ufern, offener Konfrontationen und kultureller sowie auch politischer Umbrüche mit nicht geringen Langzeitwirkungen, um nur einige Wesenszüge zu nennen, an denen gegenwärtig das Jahr 1968 festzumachen versucht wird, darf nicht übersehen lassen, daß sich in den Bewegungen des Jahres 1968 völlig verschiedene Entwicklungen trafen.

Und selbst eine auf den ersten Blick sich anbietende Differenzierung nach West und Ost wäre noch nicht voll zutreffend, da z. B. die Vorgänge in Polen und die Entwicklungen in der damaligen ČSSR sich, zieht

1 Siehe Georg Seeblen: 68:24. In: »Freitag«. Berlin (2008)25 (20. Juni 2008).

man Ursprünge, Ziele, Initiatoren und Träger sowie die gesamtgesellschaftlichen Dimensionen in die Betrachtung mit ein, doch sehr deutlich voneinander unterscheiden. Doch dies soll nicht Gegenstand der nachfolgenden Überlegungen sein, es wäre dies ein völlig anderer, den hier gegebenen Rahmen im Übrigen auch völlig sprengender Gegenstand.

Mir geht es vielmehr um die Frage, wie eigentlich in diesem Jahr 2008, in dem anscheinend überall mit großer Intensität Rückschau auf jenes ereignisreiche Jahr 1968 gehalten wurde, an einem der ganz zentralen Punkte des damaligen Geschehens, nämlich in Tschechien, mit jenen Vorgängen und Entwicklungen, die unter dem Namen »Prager Frühling« weltweit das bekannte alljährliche Musikfestival als eigentlichen Träger dieses Namens in den Hintergrund des öffentlichen Bewußtseins verdrängt haben, umgegangen wird.

Petr Uhl, engagierter Anhänger der tschechischen Reformbewegung der sechziger Jahre und später einer der ersten Unterzeichner der »Charta 77«, trifft mit seiner sehr zugespitzten Antwort in einem »Zeitzeugen-Interview« der Bundeszentrale für politische Bildung Anfang 2008 auf die Frage, welche Rolle heute 1968 in Tschechien spielt, ungeachtet der polemischen Undifferenziertheit schon im Wesentlichen den Kern der Dinge, wenn er schlicht sagt: »Keine, keine, man diskutiert nicht [...] Die Leute haben kein Interesse, etwas zu feiern oder zu erinnern.«² In einem Artikel für »Právo« führt er diese Einschätzung etwas weiter aus, indem er darauf hinweist, daß zwar in Polen, Deutschland, Luxemburg und anderswo sehr breit und ausgiebig das Jahr 1968 gewürdigt werde, in Tschechien selbst jedoch außer einigen wenigen Konferenzen, einer alles in allem noch sehr gut überschaubaren Anzahl von Presseartikeln und einem geplanten Treffen der Präsidenten Österreichs und Tschechiens zur Verurteilung des Einmarsches der Armeen von Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August in der Öffentlichkeit die Ereignisse von vor 40 Jahren eine untergeordnete Rolle spielen.³ In der Tat fällt auf, daß, während in den Nachbarstaaten Tschechiens auf Konferenzen und mit einer Vielzahl von Publikationen, sowohl gewichtigen Dokumentensammlungen und Büchern als auch einer Vielzahl von Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen, auf den »Prager Frühling« Bezug genommen wird, in Tsche-

2 http://www.bpb.de/themen/NWM39Y,0,Die_Stimmung_war_reformistisch.html.

3 Siehe Petr Uhl: Češi se k roku 1968 nehlásí? In: »Právo«, Prag vom 12. April 2008 (zit. nach <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2008041501>).

chien selbst eine vergleichbar starke seriöse Hinwendung zum Thema nicht festgestellt werden kann.⁴ Und wenn es schon nicht anging, an den Ereignissen in der damaligen ČSSR völlig sang- und klanglos vorbeizugehen, dann halten es die Vertreter der gegenwärtig dominierenden Meinung bestenfalls für angebracht, ihren Blick allein auf den 21. August, d. h. die militärische Intervention, auf eine Hypertrophierung der Opferproblematik oder auf belanglose Randerscheinungen im Stile der Boulevard-Presse zu richten, wie z. B. auf die angebliche Tatsache, daß Breshnew den sogenannten Einladungsbrief wohl auf einer Toilette in Čierna nad Tisou erhalten habe.⁵ Dies belegt sehr eindeutig, daß es in einem seit 1989 andauernden Prozeß gelungen ist, in der herrschenden öffentlichen Meinung die Meinung der gegenwärtig einflußreichsten politischen Kräfte aus dem rechten Spektrum zur bestimmenden werden zu lassen.

In einem überaus interessanten Vortrag über den Umgang der führenden tschechischen Zeitungen »Lidové noviny« und »Mladá Fronta Dnes« mit dem Thema »1968« auf einer im März 2008 am Prager Goethe-Institut durchgeführten Konferenz »Die Medien und die Gesellschaft der sechziger Jahre« hat Dr. Jan Křeček (Sozialwissenschaftliche Fakultät der Karls-Universität) die zwischen 2000 und 2007 in den genannten Zeitungen zu diesem Problemkreis erschienenen Artikel (insgesamt 485 an der Zahl) analysiert und den meinungsbildenden Einfluß dieser vehement antikommunistischen Presseorgane herausgearbeitet.⁶ Im Ergebnis dessen kann es nicht verwundern, daß es in der tschechischen Gesellschaft in der Gegenwart durchaus unterschiedliche Wertungen zum

4 Abgesehen von Artikeln im linken Spektrum der Presse sowie Beiträgen in einigen Internet-Portalen, z. B. »Britské listy« (www.blisty.cz) oder der Website der Partei des Demokratischen Sozialismus (www.sds.cz), ist die politische Absicht des Herunterspielens der eigentlichen Bedeutung des historischen Geschehens, das im Jahr 1968 seinen Höhepunkt erreichte, unverkennbar.

5 So berichtete »Právo« am 30. Juli 2008: »Bre•niv prý tzv. zvací dopis převzal v roce 1968 na WC.« (»Breshnew soll den sog. Einladungsbrief 1968 auf dem WC entgegengenommen haben.«).

6 Da der Vortrag (noch) nicht erschienen ist, bin ich Dr. Křeček für die freundliche Überlassung seiner Vortragsnotizen und der vollständigen Power-Point-Präsentation (insgesamt 25 Folien) zu ganz besonderem Dank verpflichtet (im weiteren Jan Křeček ...).

»Prager Frühling« gibt,⁷ wobei die von den politisch rechten Kräften, für die in der Öffentlichkeit nicht zuletzt der Präsident der Tschechischen Republik Václav Klaus steht, vertretene Position einer relativen Bedeutungslosigkeit der politischen Bewegung des Jahres 1968 für die gesamte Gesellschaft Tschechiens als bereits seit längerem dominierende zu werten ist. Schon eine im Jahr 2000 durchgeführte Umfrage brachte zu Tage, daß 43 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren sich unter dem Begriff »August 1968« nichts mehr vorstellen konnten.⁸ Eine im Jahr 2005 durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage bestätigte dies. Befragt nach für die tschechische Nation besonders bedeutsamen Ereignissen seit Ende des ersten Weltkrieges, sprachen sich lediglich 29 Prozent für den »Prager Frühling« und die Ereignisse der Jahre 1968/1969 aus.⁹ Und Jan Čulik, in Großbritannien wirkender tschechischer Literatur- und Medienwissenschaftler, seit 1996 Herausgeber der Internet-Zeitung »Britské listy«, stellt in einem Bericht über seine Gastlehrertätigkeit an tschechischen Universitäten im Frühjahr 2008 fest: »Die meisten der heutigen Universitätsstudenten scheinen sich des Ethos und der Ereignisse des Jahres 1968 weder bewußt noch an ihnen interessiert zu sein. Seine Protagonisten, die einst berühmten Schriftsteller und Filmemacher, sind für die heute 20- bis 25jährigen ein Haufen seniler verwirrter Versager. Es scheint, daß die Berichterstattung in den offiziellen Medien und das Bild des gegenwärtigen Establishments von den ›Helden‹ des Jahres 1968 junge Leute aktiv vom Studium des Ethos und der Ereignisse von 1968 oder der Literatur darüber abhalten.«¹⁰ Zu ähnlichen Aussagen kam eine im Juli 2008 im Auftrag der »Lidové noviny« durchgeführte Meinungsumfrage, der zufolge sich ca. 70 Prozent

7 Eine sehr kurze und die Realitäten im wesentlichen treffend charakterisierende Übersicht über die hauptsächlichen Wertungsmuster gibt Stanislav Holubec: 37 let od pražského jara. In: <http://www.sds.cz/view.php?cislocianku=2005071503> (im weiteren Stanislav Holubec ...).

8 »Lidové noviny«. Prag vom 23. August 2000 nach Jan Koeček ...

9 Davor rangierten mit 60% die »samtene Revolution« und der Fall des Kommunismus, mit 49% München, die deutsche Okkupation und die Befreiung 1945, und mit 32% die Entstehung des tschechoslowakischen Staates 1918 (siehe Osobnosti a události českých dějin očima veřejného mínění TISKOVÁ ZPRÁVA. Centrum pro výzkum veřejného mínění Sociologický ústav AV ČR, Jilská 1, Praha 1. In: http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100556s_ov60201.pdf).

10 Jan Čulik: The Prague Spring as reflected in Czech postcommunist cinema. In: <http://www.arts.gla.ac.uk/Slavonic/PragueSpring.htm>.

der befragten Jugendlichen auf die Frage nach wesentlichen Ergebnissen des »Prager Frühlings« für die Antwort »weiß nicht« entschieden.¹¹

Stanislav Holubec unterschied in einer Übersicht Mitte 2005 vier politische Richtungen, die sich in ihrer Sichtweise auf das Geschehen der sechziger Jahre in der damaligen ČSSR voneinander unterscheiden: die Rechte, die Mitte, die demokratischen Sozialisten und schließlich die Stalinisten.¹² Im Unterschied dazu geht Křeček von lediglich drei wesentlichen Strömungen in der Bewertung des historischen Geschehens in der ČSSR 1967/1968 aus, nämlich den politischen Richtungen Mitte-Rechts, Mitte-Links und der Position der KPBM.¹³ Der Vollständigkeit halber könnte mit dem Blick auf die gegenwärtige Bewertung des Jahres 1968 in der tschechischen Gesellschaft hinzugefügt werden, daß, ausgehend vor allem von Anstößen, die unmittelbar nach dem damaligen Geschehen von Milan Kundera und Václav Havel unter dem Stichwort »Český úděl« (Das tschechische Los) gegeben wurden, sich gegenwärtig erneut in intellektuellen Kreisen eine ähnliche Debatte, vornehmlich in der Zeitschrift »Literární noviny«, vollzieht – wobei aber zu bedenken ist, daß Diskussionen im intellektuellen Milieu in der Gegenwart Tschechiens in überhaupt keiner Weise mehr mit deren Rolle und Einfluß auf die Gesellschaft der ČSSR bis 1989 (und ganz besonders in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts) vergleichbar sind.

Die erste der genannten Richtungen, maßgeblich, wie bereits gesagt, beeinflußt durch Václav Klaus, unternahm nach der sogenannten samtenen Revolution des Jahres 1989 den schon sehr bald erfolgreichen Versuch, nicht nur die gesamte gesellschaftliche Bewegung, die schließlich im »Jahr 1968« kulminierte, auf das Datum des 21. August 1968, also die militärische Intervention von Staaten des Warschauer Paktes, zu reduzieren, sondern das Geschehen generell in einen Machtkampf zweier Fraktionen innerhalb der KPTsch ohne Bedeutung für die Gesamtgesellschaft umzudeuten. Man ging in diesem politischen Lager offenbar davon aus, daß eine Wertung der Reformbewegung der sechziger Jahre als eine ernst zu nehmende Suche nach Alternativen der gesellschaftlichen

11 Siehe Češi pochybují o roce 1968. In »Lidové noviny«. Prag vom 18. August 2008. In: http://www.lidovky.cz/cesi-pochybuj-i-o-roce-1968-0sw-/ln_domov.asp?c=A080818_080008_ln_domov_hel.

12 Siehe Stanislav Holubec ...

13 Siehe Jan Křeček ...

Entwicklung unter eindeutig nichtkapitalistischen Vorzeichen und damit das Wiederaufleben von politischen Konzepten, Hoffnungen und Visionen des Jahres 1968 für die unmittelbare Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse und des diesen entsprechenden Typus der »Demokratie« ein ernsthaftes Hindernis gewesen wäre. Mit der Abwendung der kurzzeitig sich als durchaus realisierbare Möglichkeit darstellende Rückkehr Alexander Dubčeks in ausschlaggebende politische Verantwortung war insofern eine erste wichtige Richtungsentscheidung gefallen.¹⁴ In zunehmendem Maße gelang es schließlich, dem Jahr 1968 bzw. dem »Prager Frühling« die gesamtgesellschaftliche Relevanz abzusprechen. Diese grundlegende Linie wird bis in die Gegenwart, besonders mittels der führenden Massenmedien, mit nicht geringem Erfolg fortgesetzt.

Grundmuster der Argumentation, wie sie nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Vorbereitungen und der schließlich am 9. Juli 1993 von der Tschechischen Nationalversammlung erfolgten Verabschiedung des Gesetzes über die Illegitimität der KPTsch¹⁵ entwickelt und verbreitet wurden, sind u. a. folgende:

– Kommunisten, egal welcher Spielart, sind, wie z. B. schließlich in dem genannten Gesetz festgeschrieben, grundsätzlich Träger eines verbrecherischen Systems, egal in welcher konkreten Ausgestaltung auch immer. Das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei war von Anfang (1948) bis Ende (1989) ein Regime ununterbrochenen Terrors, der »Prager Frühling« als innerparteilicher Kampf der Kommunisten also lediglich ein »Spiel in ihrem eigenen Sandkasten«.¹⁶

– Von den Trägern der Reformbewegung des »Prager Frühlings« entwickelte und propagierte Konzeptionen ökonomischer und politischer Umgestaltungen seien überhaupt nicht ernst zu nehmen, da in einem nicht veränderbaren System, nämlich dem Realsozialismus sowjetischer Provenienz, nicht realisierbar. Im Vorfeld des Jahrestages des 21. August 1968 veröffentlichte in diesem Zusammenhang »Lidové noviny« einen

14 Siehe dazu Janýr Přemysl: 1968. In: »Britské listy« vom 14. Juli 2003. In: <http://www.blisty.cz/2003/7/14/art14727.html>.

15 Siehe Zákon č. 198/1993 Sb. Ze dne 9. července 1993 o protiprávnosti komunistického režimu a o odporu proti ním (§ 2, Abs. des genannten Gesetzes erklärt die KPTsch zu einer verbrecherischen Organisation; § 1, Abs. 2 legt fest, daß alle, sei es als Funktionäre, Organisatoren oder Unterstützer, das kommunistische Regime durchzusetzen halfen, für die begangenen Verbrechen mitverantwortlich sind).

16 Detaillierte Ausführungen dazu bei Jan Křeček ...

von ČTK übernommenen Beitrag, in dem unter Bezugnahme auf einen bekannten Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik (Jiří Hoppe) die Meinung vertreten wird, daß auch ohne die Intervention der Truppen des Warschauer Vertrages »der Sozialismus mit menschlichem Antlitz wahrscheinlich zugrunde gegangen wäre«. Die ökonomischen Reformen hätten nicht funktioniert, die Parteiführung unter Dubček hätte selbst die Freiheit der Medien zu beschneiden und die Aktivitäten der oppositionellen Kräfte einzuschränken beabsichtigt.¹⁷ Diese Argumentationslinie wird auch von Křeček in seiner Untersuchung dokumentiert. Die Diffamierungen des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« als einer nichtssagenden Worthülse (auch Hitler, Mussolini, Mengele, Stalin, Gottwald und Osama bin Laden hätten ja auch als Menschen ein Antlitz gehabt!) oder aller Thesen von einem möglichen »dritten Weg« als Versuche der Kreuzung von Hund und Katze zu einem sogenannten »Katzenhund« (kočkopos) bzw. der Vereinigung von Feuer und Wasser oder einer Quadratur des Kreises finden sich wiederholt in den untersuchten Zeitungen.¹⁸

– Etwas weiter gespannt und von nicht geringer Relevanz als System stabilisierende Rechtfertigungsideologie ist die Konstruktion, die Zeitspanne der »totalitären Diktaturen« aus der eigentlichen Geschichte der unabhängigen Tschechoslowakei/Tschechiens zu eliminieren. In deutlicher Analogie zu (geschichts)politischen Entscheidungen, wie sie in Polen bereits 1989 mit dem Gesetz über die Gründung des »Instituts des nationalen Gedächtnisses« getroffen worden waren,¹⁹ wurde auch in der Tschechischen Republik nach einer langen antikommunistischen propagandistischen Vorbereitung vom tschechischen Parlament schließlich am 7. Juni 2007 per Gesetz das »Institut für das Studium der totalitären Regime und über das Archiv der Sicherheitsorgane ...« gegründet.²⁰ Die

17 Siehe Vedic: Socialismus s lidskou tváří by skončil i bez zásahu armád. In: »Lidové noviny«. Prag vom 3. August 2008. In: http://www.ceskenoviny.cz/domov/index_view.php?id=326215.

18 Siehe Jan Křeček ...

19 Ausführlicher dazu siehe Eckart Mehls: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 9. Leipzig 2007, S. 279–313.

20 Zákon ze dne 8. června 2007 o Ústavu pro studium totalitních režimů a o Archivu bezpečnostních složek a o zmíně některých zákonů. Sbírnka zákonů Prag (2007)181. S. 2362ff.

Präambel des Gesetzes stellt dem Institut die Aufgabe, »die Folgen des Wirkens der auf kommunistischer und nazistischer Ideologie beruhenden verbrecherischen Organisationen, die in den Jahren 1938–1945 und 1948–1989 die Unterdrückung der Menschenrechte durchsetzten und die Prinzipien des demokratischen Staates ablehnten, zu untersuchen und die Erinnerung an sie wach zu halten«. Hiermit sowie weiteren Präzisierungen im genannten Gesetz wurde faktisch die Zeitspanne der faschistischen Okkupation und Diktatur in Einheit mit der kommunistischen Diktatur bis 1989 aus der nationalen Geschichte ausgegliedert – und damit auch der »Prager Frühling« als Quelle alternativer Entwicklungen zur direkten Restauration der ökonomischen und politischen Grundstrukturen der Vorkriegszeit entsorgt.

– Am Rande – und nicht direkt zuzuordnen dem Konzept des ausgesprochen rechten Lagers des politischen Spektrums Tschechiens – ist auf eine jüngst in den öffentlichen Diskurs lancierte These hinzuweisen, der zufolge die Invasion der Armeen von Warschauer-Pakt-Staaten gar nichts oder doch nur sehr wenig mit den inneren Entwicklungen in der damaligen ČSSR zu tun gehabt hätte. Am 3. August 2008 verbreitete ČTK die unmittelbar von »Lidové noviny« und anderen Medien übernommene Meldung, daß Víněk Šilhán²¹ erklärt habe, die Invasion der Truppen 1968 sei nicht auf Erwägungen und Befürchtungen der sowjetischen Führung um Konterrevolution oder Sozialismus in der Tschechoslowakei zurückzuführen. Sie sei vielmehr Bestandteil der sowjetischen Politik zur Vorbereitung auf einen dritten Weltkrieg, mit dessen Ausbruch diese immer zu rechnen gehabt habe, gewesen. Ohne Angabe von Quellen erklärte Šilhán, daß der Beschluß zur Invasion der Truppen bereits am 12. Februar 1968 gefaßt worden sei, da die sowjetischen Marschälle um jeden Preis auf dem Territorium der ČSSR Atomwaffen zu stationieren entschlossen gewesen seien.²² Mit dieser These korrespondieren von Křeček in seiner Analyse der führenden rechten Medien angeführte Positionen, denen zufolge es als Grund für die Invasion der Truppen gar nicht besonderer Anlässe bedurft und es daher keinen Grund für einen angebli-

21 Víněk Šilhán stand 1968 nach dem XIV. Parteitag der KPTsch während der zeitweiligen Verbringung Dubčeks nach Moskau als dessen Stellvertreter an der Spitze der KPTsch.

22 Siehe Víněk Šilhán: Invaze do ČSSR v roce 1968 byla přípravou na válku. In: http://www.ceskenoviny.cz/domov/index_view.php?id=326217.

chen »Schock« oder »Verwunderung« gegeben hätte, da ja sowjetische Panzer prinzipiell immer zum Eingreifen in den Satellitenstaaten bereit gestanden hätten.²³

Gegen die hier kurz zusammengefaßten Positionen der die öffentliche Meinung in Tschechien gegenwärtig dominierenden politischen Kreise über die Belanglosigkeit des »Prager Frühlings« regte sich, wie bereits angedeutet, in verschiedenen Milieus der tschechischen Gesellschaft (vor allem in der von Křeček als »Mitte-Links« charakterisierten Strömung) und darüber hinaus auch im Ausland entschiedener Widerstand, allerdings ohne daß die in dieser Richtung vorgebrachten Argumente bisher wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung des öffentlichen Gedächtnisses in Tschechien zu nehmen in der Lage gewesen wären.²⁴

Bei aller Differenziertheit der Entgegnungen in Einzelnen richtet sich der Protest vor allem gegen die These, daß es sich bei dem »Prager Frühling« lediglich um einen für die Gesellschaft Tschechiens letztlich uninteressanten und belanglosen Machtkampf von Fraktionen innerhalb der KPTsch gehandelt habe. Bereits im Frühjahr 1993 trat Adam Michnik, der bekannte polnische Dissident und Herausgeber der »Gazeta Wyborcza«, einer der einflußreichsten polnischen Zeitungen, in seinem berühmt gewordenen Artikel »Ein unbequemer Jahrestag – Der Prager Frühling und die Krise des kommunistischen Systems«²⁵ allen Versuchen der Herabwürdigung des historisch bedeutsamen Geschehens des Jahres 1968 mit den Fragen entgegen: »Was war der Prager Frühling? Freiheitsaufbruch oder kommunistische Intrige? Eine Reform, die zerstören wollte, oder ein großes Schmierentheater zur Rettung der Diktatur? Wer waren die Männer und Frauen des Prager Frühlings: Strategen eines Aufstandes gegen die totalitäre Unterdrückung oder Wölfe im Schafspelz, die ihr Mäntelchen nach dem Winde hängten?«

Unter direkter Bezugnahme auf den Michnik-Artikel schrieb zur gleichen Zeit Jiří Pelikán in einem Artikel für »Rudé Právo« vom 21. August

23 Siehe Jan Křeček...

24 Siehe Dieter Segert: Der Riß durch die Partei. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (2008)20. S. 18.

25 Deutsche Fassung in Lettre international. Berlin (Frühjahr 1993)20. S. 4f. – Eine unveränderte polnische Fassung (»Niewygodna rocznica«) veröffentlichte die »Gazeta Wyborcza« erneut am 3. August 2008.

1993: »Dieser Jahrestag war unbequem für die herrschende Gruppe der gesamten 21 Jahre der Normalisierung und es hat den Anschein, daß er jetzt wieder unbequem ist für die neuen Herrschenden, worauf Adam Michnik in seinem hervorragenden Artikel hingewiesen hat. Es ist dies die begriffliche Haltung jener, die den Eindruck zu erwecken bemüht sind, daß es vor ihnen das ›große Nichts‹ gegeben habe und die deshalb am liebsten den Prager Frühling aus unserer neueren Geschichte tilgen möchten oder ihn mit dem neu beschlossenen Gesetz [über die Illegitimität des Kommunismus – E. M.] versenken möchten in der vierzigjährigen Lücke des ›verbrecherischen Regimes‹. Deshalb muß die Zeit des Prager Frühlings dargestellt werden als ein Kampf zweier Fraktionen der Kommunisten um die Macht, ohne daß dies die restlichen Bürger berührte, oder im besten Falle als ein naiver, gut gemeinter, aber eigentlich schädlicher Versuch einer kosmetischen Korrektur des Kommunismus.«²⁶

Auch die nachfolgenden »runden« Jahrestage (1998 und 2003) waren Anlaß für vielfältige publizistische (und politische) Rückblicke auf die Reformbewegung der sechziger Jahre und deren gewaltsame Beendigung im Jahre 1968.

Neben vielen anderen meldete sich Václav Bilohradský, der seit den siebziger Jahren in Italien lebende und lehrende bekannte Vertreter des tschechischen Geisteslebens, mit einem viel beachteten Artikel »Praha 1968: rozum a svědomí« (»Prag 1968: Vernunft und Gewissen«) zu Wort.²⁷ Darin ordnet er die tschechoslowakische Reformbewegung der sechziger Jahre in den sich über Jahrhunderte hinziehenden Kampf um die Durchsetzung der politischen und sozialen Menschenrechte ein, damit ungeachtet aller Fehlentwicklungen der kommunistischen Bewegung und der Probleme des Wirkens insbesondere der tschechischen Kommunisten den grundsätzlichen Ansatz der Reformbewegung als eine weit über die Tschechoslowakei hinaus historisch bedeutsame Entwicklung wertend, die man nicht einfach ignorieren könne. Die fehlgeschlagene Reform des Jahres 1968 bezeichnet er »als einen in der Reihe europäischer Versuche in diesem blutigen Jahrhundert, die Einheit von Vernunft und Gewissen zu erneuern«.

26 Zit. nach <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2008041401>.

27 Veröffentlicht in »Salon Práva« vom 20. August 1998 (http://www.sds.cz/docs/prec-tete/epubl/vb_p1968.htm).

Auch Čestmír Císař weist die These von einem Fraktionskampf innerhalb der KPTsch in einem 1998 erarbeiteten (und 2005 überarbeiteten) Thesenpapier vehement zurück.²⁸ Er vertritt den Standpunkt, daß es zum Jahreswechsel 1967/1968 in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit zu einem Umschwung gekommen sei, »als die reformerische Strömung die Sympathie der Mehrheit der öffentlichen Meinung erhält und zur bestimmenden Kraft der gesellschaftlichen Bewegung von der bloßen partiellen Liberalisierung hin zur grundlegenden Demokratisierung des gesamten politischen Systems und des Lebens überhaupt wurde«. Die von Císař vertretene Position, daß es sich 1968 um eine von der Mehrheit der Gesellschaft getragene Bewegung zur festen Verbindung von Sozialismus und Demokratie gehandelt habe und sich darin eine Neuformierung der Zivilgesellschaft manifestierte, die in zunehmendem Maße zur treibenden Kraft der Bewegung wurde (und auch die »führende Partei« vorantrieb), wird, mit gewissen Differenzierungen, auch von anderen einflußreichen Politikern und Publizisten bis hinein in das Jahr 2008 geteilt.

Petr Pithart formulierte dies in einem Vortrag an der Universität Kopenhagen Ende April 2008 wie folgt: »Als Machtinstitution wurde die Kommunistische Partei durch die öffentliche Meinung durch das Jahr 1968 getrieben, ihre Führung reagierte fortwährend nur noch auf die Ereignisse. Die Beschreibung des Jahres 1968 als ein Kampf zwischen zwei Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei ist ein Angriff auf das Volk der Tschechoslowakei.«²⁹

In gleicher Weise entschieden lehnt schließlich auch Jiří Dienstbier die These vom Fraktionskampf innerhalb der KPTsch als des eigentlichen Wesens des »Prager Frühlings« ab. Bezug nehmend auf die Einschätzung Milan Kunderas, daß der Prager Frühling nicht nur eine nationale Bedeutung habe, sondern auch international als eines Präzedenzfalles und einer Herausforderung, schlußfolgert Dienstbier: »Den Kern der These Kunderas bestätigte die Invasion. Moskau, aber auch Gomułka in Polen und Ulbricht in der DDR, verstanden die Herausfor-

28 Siehe Čestmír Císař: Československé jaro 1968 (téze k diskusi, leden 2005, upravený materiál z března 1998). In: <http://www.sds.cz/view.php?cislocianku=2005011202>.

29 Petr Pithart: »Reflections on 68 – From Paris to Prague« at University of Copenhagen (29. April 2008). In: http://www.pithart.cz/archiv_textu_detail.pp?id=402.

derung als eine tödliche Gefahr für ihr System. Die Okkupation der Tschechoslowakei ist daher ein entscheidendes Argument gegen die heutige zielgerichtete Anzweiflung des Prager Frühlings als eines bedeutungslosen Machtkampfes der Apparatschiks.«³⁰

Unter einem ähnlichen Blickwinkel hält der Historiker Vilém Prečan von den Ereignissen des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei für die wichtigsten »das Erwachen und die Herausbildung einer Öffentlichkeit, von Keimzellen einer sich von neuem herausbildenden bürgerlichen Gesellschaft und deren stufenweise Befreiung von den Strukturen des kommunistischen Apparates, wie auch den Einfluß oder den Druck der Öffentlichkeit auf den Parteiapparat und die politische Führungsspitze«.³¹

Daß sich ansonsten in Wertungen der Vorgänge und deren gegenwärtiger Bedeutung bei den genannten Autoren deutliche Unterschiede feststellen lassen, sei ausdrücklich vermerkt, ohne daß hier darauf im einzelnen weiter eingegangen werden kann.

Von nicht geringem Interesse ist schließlich nicht zuletzt die heutige Sicht der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens³² auf die Geschichte der Tschechoslowakei Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Bereits unmittelbar nach dem Herbst 1989 wandte sich die damalige KPTsch dem Thema zu. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 wurde u. a. der Beschluß gefaßt, die vom Dezemberplenium des ZK der KPTsch 1970 beschlossenen »Poučení z krízového vývoje ve straně a společnosti po XIII. sjezdu KSČ« (»Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch«)³³ für ungültig zu erklären sowie eine Kommission zu bilden zur objektiven Einschätzung der Jahre 1968–1969 sowie der nachfolgenden Entwicklung in der ČSSR. Die von dieser Kommission erarbeitete Einschätzung wurde am 28. März 1990 in der

30 Jiří Dienstbier: Český úděl v zrcadle Pražského jara. In: »Literární noviny«. Prag (2008)12.

31 Vilém Prečan: O co šlo v roce 1968: Další dokumenty. In: »Britské listy« vom 18. Juni 2008.

32 Die KPBM ist die 1990 aus der ehemaligen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei hervorgegangene und damit legitime Nachfolgerin der KPTsch für die Tschechische Republik. Insofern werden im Rückblick auf die Entwicklung der Haltung der KPBM zu »1968« auch die hier relevanten Positionen der seinerzeitigen KPTsch einbezogen.

33 In deutscher Sprache erschienen in Der Weg aus der Krise. Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Berlin 1971.

Zeitung der KPTsch, »Rudé Právo«, veröffentlicht. Darin heißt es: »Die politischen Ereignisse, zu denen es im Jahr 1968 kam, waren in ihrem Wesen nicht ein Aufeinanderprallen von Revolution und Konterrevolution, Sozialismus und Kapitalismus, Marxismus und Revisionismus, wie es in den ›Lehren aus der krisenhaften Entwicklung‹ präsentiert worden ist. Es war dies der Versuch demokratischer Kräfte innerhalb der Partei zur Überwindung der stalinistischen Deformationen, zur Erneuerung des Sozialismus, zu seiner schöpferischen Weiterentwicklung in Übereinstimmung mit den Interessen des tschechoslowakischen Volkes. Es war dies ein Kampf zwischen überholtem sektiererisch-dogmatischem und schöpferischem Herangehen an den Marxismus und Sozialismus. Diese Auseinandersetzung durchzieht die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg.«³⁴ Sehr viel weitergehende und differenzierende Wertungen der Situation der Jahre 1967/1968 enthielt dieser Bericht der Kommission nicht, er legte das Schwergewicht auf die Abrechnung mit den konservativen Kräften in der KPTsch und deren Unterstützern aus einigen Ländern der Warschauer-Pakt-Organisation. Die gewaltsame Beendigung der Reformbemühungen und die erneute Wiederherstellung der Prinzipien des Stalinschen Sozialismusmodells hätten für die KPTsch, die ČSSR, das sozialistische Lager und die Linke im Weltmaßstab weitreichende negative Folgen gehabt, die gründliche Auseinandersetzung mit der historischen Wirklichkeit sei von grundlegender Bedeutung für den notwendigen tiefgreifenden Wandel der KPTsch zu einer modernen linken Partei, die bestrebt sei, ein positiver Bestandteil des neuen demokratischen politischen Systems der Tschechoslowakei zu sein. Am Rande sei vermerkt, daß mit dem Grundtenor dieses Berichtes der Kommission dem Bestreben der rechten politischen Kräfte, den »Prager Frühling« auf eine innerparteiliche Auseinandersetzung der KPTsch zu reduzieren, in nicht geringem Maße Vorschub geleistet wurde.

Knapp zehn Jahre später, anlässlich des 30. Jahrestages, faßte das Exekutivkomitee des ZK der KPBM einen Beschluß »Zum 21. August 1968«.³⁵ Das nur aus vier kurzen Absätzen bestehende Dokument wurde

34 Hodnocení roku 1968. [KSČ 1990]. In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2005112005>.

35 Siehe KSČM k výročí 21. srpna 1968. In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2008022301>.

allerdings erst vier Jahre später, am 21. August 2002, in der KPBM-Zeitung »Haló noviny« unter Weglassung des dritten Absatzes veröffentlicht.³⁶ In deutlichem Unterschied zu dem den Standpunkt der KPTsch im Jahre 1990 enthaltenden Kommissionsbericht ist in dem neueren Dokument von unterschiedlichen Gruppierungen oder Fraktionen der KPTsch nicht die Rede. Betont wurde hier die notwendige Einbettung des 21. August in die gesamte tschechoslowakische und auch europäische Geschichte. Man könne den 21. August nicht aus seinem Gesamtzusammenhang herausreißen, von nicht zu vernachlässigender Bedeutung sei insbesondere die Teilung Europas und der Welt in unterschiedliche Blöcke. Mit Blick auf die innere Lage der ČSSR wurde unterstrichen, daß die Bewegung der KPTsch hin zur Überwindung der Fehler und Unzulänglichkeiten der Vergangenheit und zu einem effektiveren Sozialismus von der Mehrheit der Gesellschaft unterstützt wurde, ohne dabei zu übersehen, daß es auch einige Gruppierungen gegeben habe, denen es nicht um eine Demokratisierung des Sozialismus, sondern um einen »Umsturz und Wandel des gesellschaftlichen Systems« ging. Diese hätten jedoch keine große Unterstützung der Bürger der ČSSR gehabt. In dem seinerzeit nicht veröffentlichten Absatz des Beschlusses stand die Wertung des militärischen Eingreifens von Warschauer-Pakt-Staaten im Mittelpunkt, das mit stillschweigender Duldung der USA stattgefunden habe. Weder die UdSSR noch die westliche Mächtegruppierung hätten ein Interesse an der Demokratisierung des Sozialismus in der ČSSR gehabt. Die Folgen des gewaltsamen Einmarsches der Truppen seien im nationalen und internationalen Maßstab in erster Linie negativ gewesen, Fortschritte in Richtung sozialer Gerechtigkeit und einer demokratischeren sozialistischen Gesellschaft blockiert worden, das Vertrauen in die Kommunistische Partei verloren gegangen. Ungeachtet der Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab habe die tschechoslowakische Gesellschaft den Gewaltakt nie akzeptiert, der im Übrigen die Entwicklung des Sozialismus in der ČSSR und die Lage der Linken in ganz Europa negativ beeinflusst habe, wie es im letzten Absatz des Beschlusses heißt. Mögliche Hintergründe der verspäteten Veröffentlichung dieses Beschlusses und des

36 Eine erneute vollständige Veröffentlichung erfolgte am 18. August 2008 unter dem Titel »Stanovisko Výkonného Výboru ÚV KSČM k výročí 21. srpna 1968 – srpn 1998«, ebenfalls in »Haló noviny« (siehe <http://www.halonoviny.cz/index.php?id=65132>).

Ausschlusses eines m. E. ziemlich wichtigen Absatzes hier zu erörtern, würde an dieser Stelle zu weit führen, zumal Spekulationen und das Abwägen von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten gegenüber eindeutig belegbaren Feststellungen im Vordergrund stünden. Ungeachtet dessen scheint mir dieser Beschluß aus dem Jahre 1998 ein wichtiger Schritt in Richtung einer ausgewogeneren und differenzierteren Einschätzung zu sein. Das Bemühen, dem Umfeld der Entwicklungen bei der Bewertung der Geschehnisse ein größeres Gewicht beizumessen ist nicht zu übersehen. Mit in Betracht gezogen werden muß sicher auch der Umstand, daß die Veröffentlichung des Beschlusses in der Atmosphäre einer Zuspitzung antikommunistischer Propaganda in Tschechien im Vorfeld des bereits weiter oben erwähnten Gesetzes über die Illegitimität der Kommunistischen Partei erfolgte.

Wie zu erwarten, wandte sich natürlich auch die KPBM anlässlich des 40. Jahrestages erneut dem Geschehen des Prager Frühlings zu. In deutlicher Abgrenzung von anderen politisch geprägten Positionsbestimmungen zu diesem Anlaß in der Tschechischen Republik konzentrierte sich die Führung der KPBM nicht auf den 21. August 1968, d. h. die Intervention von Warschauer Vertragsstaaten zur gewaltsamen Beendigung der politischen Entwicklungen in der ČSSR. Die von der Theoretisch-Analytischen Arbeitsstelle beim Zentralaussschuß der KPBM in Vorbereitung des VII. Parteitages der KPBM im Mai 2008 erarbeiteten und zur Diskussion gestellten umfangreichen Thesen bezogen sich auf den »40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR«. ³⁷ Die Thesen gehen davon aus, daß die Geschichte des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR 1968 als ein Bestandteil der tschechoslowakischen und europäischen Geschichte nicht aus dem bestehenden Gesamtzusammenhang herausgelöst betrachtet werden könne. Es sei unerlässlich, so wird betont, bei der Bewertung der Entwicklung in der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Faktoren, sowohl objektive als auch subjektive sowie innere und äußere, zu beachten. Die

37 Siehe Teze k 40. výročí pokusu o socialistickou reformu v ČSSR v roce 1968. <http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3806&category=&language=1&item=37284>. – Eine von Gerhard Fuchs übersetzte deutsche Fassung der »Thesen der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens zum 40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR« ist veröffentlicht in »Leipzigs Neue« vom 13. Juni 2008 (Nr. 12). S. 7 und im Dokumententeil dieses Bandes, S. 298 ff., enthalten.

Thesen gehen in ihren differenzierten Einschätzungen weit über die vorherigen Stellungnahmen von Gremien der KPBM hinaus, in besonderem Maße wird auf das Zusammenwirken von inneren und äußeren Faktoren Gewicht gelegt. Unterstrichen werden vorherige Einschätzungen hinsichtlich der weitgehenden Übereinstimmung der Politik der ehemaligen KPTsch und der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung der ČSSR in den Bemühungen zur Überwindung hinderlicher überkommener Strukturen der Leitungsapparate sowohl in der Wirtschaft als auch bei der Führung kultureller und politischer Entwicklungen. Sehr viel präziser und differenzierter wird nach meiner Einschätzung das Verhältnis von politischen Konzepten für die weitere Entwicklung und des Wirkens spontaner Faktoren eingeschätzt, die weit über anfängliche Intentionen der Reformer in der Partei hinausgegangen seien und den Verlauf der Ereignisse im Sinne des weiter oben bereits erwähnten Vorantreibens der Partei durch die Gesellschaft (so Pithart, Dienstbier und andere) nicht nur nachhaltig beeinflusst, sondern mehr und mehr geprägt und dadurch die Partei in eine komplizierte Lage gebracht hätten. »Die Reformgarnitur der Partei mit Alexander Dubček an der Spitze«, heißt es in den Thesen, »geriet so in eine ausweglose Position und hörte auf, die Situation zu beherrschen.« Eingegangen wird auch auf die Rolle und die Wirkung deutlich antisozialistischer Kräfte und deren Zusammenwirken mit äußeren Faktoren. Das Wirken unterschiedlicher Gruppierungen innerhalb der Führung der KPTsch wird in den Thesen zwar thematisiert, aber keineswegs in den Vordergrund gerückt. Gesprochen wird von unterschiedlichen Standpunkten und politischen Konzeptionen reformerischer und konservativer Kräfte in Führungskreisen der KPTsch, wobei auf das enge Zusammenwirken letzterer mit ähnliche Orientierungen vertretenden Führungskreisen in den anderen sozialistischen Staaten verwiesen wird. In der Einschätzung des Charakters des gewaltsamen Eingreifens anderer sozialistischer Staaten in den in Gang gekommenen Umbruch- und Erneuerungsprozeß in der ČSSR, die sich daraus ergebenden negativen Folgen für die Entwicklung in der Tschechoslowakei, für das tschechoslowakisch-sowjetische Verhältnis sowie für die nachfolgende Entwicklung der Position der linken Kräfte in Europa und der Welt bestätigen die Thesen im Wesentlichen die bereits in den vorherigen Stellungnahmen der KPBM entwickelten Standpunkte. Der durch die militärische Intervention und die nachfolgende Politik der sogenannten »Normalisierung« in der ČSSR selbst verursachte massive Vertrauensverlust der Kommunistischen Partei hätte ihre Möglichkeiten der Ein-

flußnahme auf den Gang der Entwicklungen bei der Restituierung des Kapitalismus in der Tschechoslowakei nach dem Herbst 1989 stark beeinträchtigt.

Zusammengefaßt kann, wie mir scheint, mit Fug und Recht festgestellt werden, daß mit diesen vorliegenden Thesen aus dem Jahr 2008, die allerdings noch nicht von einem kompetenten politischen Führungsorgan bestätigt bzw. als Standpunkt der KPBM beschlossen worden sind, eine ziemlich ausgewogene, um eine objektive Sichtweise auf die Ereignisse des Jahres 1968 und die Rolle der KPTsch bemühte Positionsbestimmung der KPBM vorliegt, die den Realitäten der Geschichte jener Zeit mehr gerecht wird, als man dies von den gegenwärtig die Meinungsbildung in Tschechien dominierenden Wertungen der politisch Ton angehenden Kräfte sagen kann. Unbeantwortet bleibt nach meiner Meinung die Frage nach den objektiv bestehenden Erfolgchancen des damaligen Versuchs der KPTsch und der sie unterstützenden breiten Kreise der Gesellschaft für eine sozialistische Reform in der ČSSR. Es geht dabei um die aus meiner Sicht ganz wesentliche Frage nach den realen Chancen eines Politikansatzes, in einem von einer anerkannten und diese auch objektiv ausübenden Führungsmacht dominierten und dieses wesentlich auch prägenden Bündnissystem in einem Alleingang, so richtig und historisch richtungweisend dessen Ausgangsüberlegungen und Zielstellungen auch sein mögen, im Wortsinne *radikale* Veränderungen einzuleiten und zu verfolgen, ohne sich im Verbund der Partner über die verfolgten Ziele und Wege zu deren Erreichung verständigt oder gar diese von der Unerläßlichkeit des eingeschlagenen Weges überzeugt zu haben. Ich bin mir dessen bewußt, daß damit eine überaus komplizierte, viele Bereiche der Geschichte (und der Politik in einer zunehmend interdependenten Welt) berührende Problematik angesprochen ist, auf die schnelle und einfache Antworten sicher nicht gegeben werden können. Dennoch ist es bedauerlich, daß dieses Problem, sieht man ab von den völlig richtigen Hinweisen in den Standpunkten der KPBM auf die wichtigen äußeren Faktoren, die es bei der Wertung des Jahres 1968 zu berücksichtigen gilt, eigentlich fast gänzlich ausgeklammert bleibt. Das trifft nach meiner Übersicht auch auf die Mehrheit anderer Stimmen zu, die sich bereits früher oder jüngst in verschiedensten Zusammenhängen zum »Prager Frühling« geäußert haben. Als eine Ausnahme davon sei hier lediglich auf eine neuere Publikation von Stefan Bollinger verwiesen. In seiner im Sommer 2008 erschienenen Arbeit über 1968 als »unverstandene Weichenstellung« spricht er von den »Fehlwahrnehmungen der

tschechoslowakischen Reformer und ihrer Sympathisanten, das sowjetische Modell eines repressiven Sozialismus von der Peripherie des Blocks her überwinden zu können.³⁸ Mir scheint, daß es durchaus lohnend ist, in weiterer Hinwendung zum »Prager Frühling 1968«, der auch in Zukunft nicht nur in Tschechien Gegenstand wissenschaftlicher Analyse und leider auch politischer Tageskämpfe bleiben wird, sich dieser Frage intensiver zuzuwenden.

Neben den bisher geschilderten Positionen wäre allerdings bei einer Betrachtung des Umgangs der tschechischen Gesellschaft der Gegenwart mit dem Problem des »Prager Frühlings 1968«, wie weiter oben bereits angedeutet, wenigstens in aller Kürze auf einen in intellektuellen Kreisen geführten Diskurs über 1968 und »Das tschechische Los« [český údil] hinzuweisen.

In der ersten Nummer der »Literární noviny« des Jahrgangs 2008 eröffnete deren Chefredakteur Jakub Patočka mit seinem Artikel »Rückkehr zu einer wichtigen Debatte«³⁹ sowie dem Wiederabdruck von Artikeln Milan Kunderas und Václav Havels aus den Jahren 1968/1969, mit denen seinerzeit eine, wie heute aus dem Abstand von 40 Jahren mit Fug und Recht festgestellt werden kann, nachhaltige Kontroverse über die Wertung der Entwicklungen in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre begann, eine erneute Diskussion.⁴⁰ Bereits über 50 inzwischen erschienene Beiträge belegen nicht nur das lebhafteste Interesse an dieser Debatte in intellektuellen Kreisen Tschechiens, sie spiegeln auch ein sehr breites Spektrum von Standpunkten wieder. Nicht wenige gehen dabei auf Probleme der aktuellen Politik ein und unterstreichen damit zusätzlich die Aktualität der vor vierzig Jahren in der Kontroverse Kundera – Havel aufgeworfenen Fragestellungen. Leider kann hier nur auf einige wenige Aspekte hingewiesen werden.

In dem vor nunmehr 40 Jahren im Heft 7–8 der »Listy« unter dem Titel »Český úděl« erschienenen Artikel warf Milan Kundera, noch ganz unter dem Eindruck der gewaltsamen Beendigung des »Prager Früh-

38 Stefan Bollinger: 1968 – die unverstandene Weichenstellung. Berlin 2008. S. 119.

39 Siehe Jakub Patočka: Návrat k důležitě rozpravě. In: <http://www.literarky.cz/index.php?p=clanek&id=4779>.

40 Siehe dazu auch Alena Wagnerová: Václav Havel versus Milan Kundera. Ein Streit aus dem »Herbst« des »Prager Frühlings«. In: http://www.projekt-zipp.de/de/1968_1989/6889/magazin/Havel+versus+Kundera+.

lings« durch die militärische Intervention des 21. August stehend, die Frage nach dem historischen Platz und der bleibenden Bedeutung der Geschehnisse in der ČSSR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auf. Eine seiner Grundthesen war die Aussage, daß ungeachtet des gewaltsamen Abbruchs der von der Masse der Bürger getragenen Bewegung hin zu einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Realität in der Tschechoslowakei es nicht gerechtfertigt wäre, lediglich der Bewegung eine Niederlage zu attestieren oder gar eine nationale Katastrophe zu konstatieren und damit gewissermaßen gleichzeitig von deren historischer Bedeutungslosigkeit zu sprechen. Unter Rückgriff auf Positionen, die er bereits in seiner bemerkenswerten Rede auf dem IV. Schriftstellerkongreß 1967 dargelegt hatte,⁴¹ verwies Kundera auf Besonderheiten der Geschichte der Tschechen. Bereits vor Jahrhunderten hätte die tschechische Nation Bedeutendes für die geistige Entwicklung Europas geleistet, wie etwa durch den Hussitismus, mit dem, ungeachtet seiner Niederlage, die tschechische Nation wichtige Elemente der europäischen Aufklärung vorweggenommen habe. In offenkundiger Nähe zu Pavel Stránský, František Palacký und Tomáš G. Masaryk, um nur einige zu nennen, bekennt sich Kundera zur Idee von der besonderen Rolle der kleinen Völker Europas: »Ich glaube an die große historische Berufung der kleinen Völker in der den Großmächten preisgegebenen Welt von heute, die sie nach ihrem Maße zu gestalten streben. Die kleinen Völker, indem sie unablässig ihren Charakter suchen und ausprägen und um ihre Eigenart ringen, bemühen sie sich gleichzeitig darum, daß diese Erde sich den schrecklichen Einflüssen der Uniformität widersetze, daß die Mannigfaltigkeit der Traditionen und Lebensweisen erblühe, daß auf ihr die menschliche Persönlichkeit, Wunderbarkeit und Eigenart eine Heimstatt haben könne.«⁴² Diesem seinen Bekenntnis zur besonderen Rolle und Berufung der kleinen Völker entsprang seine Position, der zufolge der gescheiterte »Prager Frühling« in erster Linie eine Suche nach neuen gangbaren Wegen für den gesellschaftlichen Fortschritt auch unter sozialistischen Bedingungen gewesen sei. »Der Versuch, endlich (und erstmals in seiner gesamten Geschichte) einen Sozialismus ohne die Allmacht der Geheimpolizei, mit der Freiheit des geschriebenen und gesprochenen

41 Dazu ausführlicher siehe Michal Kopeček: Spory o českou otázku v letech 1967–1969. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=5528>.

42 Milan Kundera: Český úděl. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=4780>.

Wortes, mit einer öffentlichen Meinung, auf die gehört wird und mit einer Politik, die sich darauf stützt, mit einer modernen und sich frei entfaltenden Kultur und mit Menschen, die die Furcht verloren haben, zu gestalten – das war ein Versuch, mit dem Tschechen und Slowaken erstmals seit dem Ende des Mittelalters erneut im Mittelpunkt der Weltgeschichte standen und ihre Aufforderung an die Welt richteten.«⁴³

Den nachfolgenden Streit zwischen Kundera und Havel im Einzelnen nachzuzeichnen, würde ein sehr detailliertes Eingehen auf die Positionen der Kontrahenten erfordern und damit den hier gegebenen Rahmen sprengen. Verwiesen werden kann nur darauf, daß Havel die Ansichten Kunderas ziemlich schroff ablehnte und als gewissermaßen romantische Illusionen zurückwies. Seiner Meinung nach, so könnte der Kern seiner Position etwas verkürzt zusammengefaßt werden, gehe es eher darum, die neu entstehende bzw. bereits entstandene Realität eines repressiven Regimes nüchtern zur Kenntnis zu nehmen und um die Durchsetzung von Verhältnissen zu ringen, wie sie sich in zivilisierten Staaten (des Westens) als Normalität darstellten.

Die nach 40 Jahren in der »Literární noviny« erneut geführte Diskussion ist als ein kleiner Ausschnitt der hier untersuchten Haltung der gegenwärtigen tschechischen Gesellschaft zum Jahr 1968 m. E. vor allem unter zwei Aspekten von Interesse.

Erstens bestätigt sie sehr nachdrücklich, daß die den Mainstream der öffentlichen Meinung in Tschechien bestimmende Ansicht, daß der »Prager Frühling 1968« in der gesamten Nachkriegsgeschichte der Tschechoslowakei relativ bedeutungslos sei, von den Autoren, die in der »Literární noviny« an der Diskussion teilnahmen, nicht geteilt wird. Dies scheint für ein bestimmtes intellektuelles Milieu der tschechischen Gesellschaft repräsentativ zu sein. Damit scheint aber auch zugleich der Eindruck eine beredete Bestätigung zu finden, daß der Einfluß der Intellektuellen auf die Bildung der öffentlichen Meinung in Tschechien im Vergleich zu den Realitäten der ČSSR erheblich geringer geworden ist. Der Frage nach den Ursachen dafür kann hier leider nicht weiter nachgegangen werden, obwohl es sehr aufschlußreich wäre.

Zweitens ist das weite Spektrum der Meinungen und Gesichtspunkte, die in die Debatte eingebracht werden, beeindruckend. Historisch-philosophische Fragestellungen nehmen ebenso wie konkret-historische

43 Ebenda.

Betrachtungen zur Vorgeschichte, zum Verlauf des Geschehens selbst und zu den Ursachen des Scheiterns des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR einen breiten Raum ein. Nicht wenige Autoren weisen zu Recht darauf hin, daß mit der politischen Bewegung Mitte bis Ende der sechziger Jahre in der Tschechoslowakei weit über den Rahmen des eigenen Landes hinaus Entwicklungen angestoßen wurden, die mehr oder weniger direkt zu den folgenschweren Veränderungen in Osteuropa und darüber hinaus führten. So verwies etwa Jiří Pelikán in seinem bereits zitierten Artikel aus dem Jahre 1993 darauf, daß der Prager Frühling in entscheidendem Maße den Prozeß der Differenzierung innerhalb der bis dahin einheitlichen internationalen kommunistischen Bewegung entschieden gefördert habe und im eigentlichen Sinne den Beginn ihres Zerfalls bedeutete. Dies habe seiner Meinung nach zwar wenig mit der, wie er sagt, naiven Vorstellung einiger der Teilnehmer der damaligen Ereignisse zu tun, daß »wir das Zentrum der Welt« gewesen seien, ungeachtet dessen sei jedoch der gewaltige Impuls für das Entstehen oppositioneller Bewegungen in Polen, Ungarn und auch der UdSSR nicht zu übersehen.⁴⁴

Diese Einschätzung bekräftigt Jiří Dienstbier sehr nachdrücklich in seinem am 24. März 2008 in »Literární noviny« erschienenen Artikel »Das tschechische Los im Spiegel des Prager Frühlings« durch die Wiedergabe einer Bemerkung Gorbatschows im Frühjahr 1991 in einem im Kreml geführten Gespräch: »Wir dachten, wir erdrosseln den Prager Frühling, aber wir haben uns selbst erdrosselt.«⁴⁵

Auffallend ist zudem die Vielzahl von Bezügen, die zu den Entwicklungen unmittelbar nach 1989 (also zu den immer wieder zitierten »neunziger Jahren« mit ihren folgenreichen Weichenstellungen für die Entwicklung Tschechiens, darunter auch zur Auflösung des gemeinsamen Staates der Tschechen und Slowaken) und zu sehr aktuellen Entwicklungen hergestellt werden. Ganz im Gegensatz zu der bereits mehrfach genannten Position, daß der »Prager Frühling 1968« eine (historisch gesehen) unbedeutende Episode gewesen sei, verweist z. B. der Philosoph Václav Nimec in seinem Beitrag »Klippen der Diskussion über das tschechische Los« darauf, daß Ursachen für die angesichts des er-

44 Siehe Jiří Pelikán o Jaru. In: <http://www.sds.cz/view.php?cislocianku=2008041401>.

45 Jiří Dienstbier: Český úděl v zrcadle Pražského jara. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=5107>.

reichten Entwicklungsstandes der liberalen Demokratie in Tschechien eigentlich nicht ganz verständlichen Frustration, Resignation und Unzufriedenheit eines erheblichen Teils der tschechischen Gesellschaft angesichts der gegenwärtigen politischen Realitäten wohl auch darin zu suchen seien, daß in dem gesellschaftlichen Aufbruch der sechziger Jahre geborene Ideale und Hoffnungen sich nicht erfüllten und seinerzeit von den Massen für erstrebenswert gehaltene gesellschaftliche Zustände nicht erreicht wurden.⁴⁶

Von nicht geringerem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Sichtweise von Jiří Dienstbier auf die mögliche Rolle der kleinen (Mitglieds-)Länder im Prozeß der Weiterentwicklung der Europäischen Union (vor dem Hintergrund der in der Europäischen Union geführten Debatten um den an die Stelle des gescheiterten Verfassungsprojekts getretenen Lissaboner Vertrages). Seine ausführlichen Erwägungen über das vereinte Europa als politischer Akteur einer neuen Weltordnung, die Rolle großer und kleiner Staaten darin und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Machtzentren münden am Ende seines Artikels in die Feststellung: »Wir müssen uns entscheiden, ob wir in der Europamannschaft zu den Stammspielern gehören, auf der Bank der Ersatzspieler sitzen oder nur zuschauen wollen, wie andere über uns entscheiden. Wenn wir im Prager Frühling unter Beweis gestellt haben, daß wir im Stande sind, unser Schicksal aktiv in die eigenen Hände zu nehmen, können wir dies auch heute tun.«⁴⁷

Besonders hinzuweisen ist aus meiner Sicht auf die Wortmeldung von Stanislav Holubec in der »Literární noviny« vom 2. November 2008,⁴⁸ mit der er entschieden vor einer verklärten, die realen Möglichkeiten und Grenzen des damaligen Geschehens außer Betrachtung lassenden Bewertung des »Prager Frühlings 1968« warnt. Er verweist auf die geopolitischen Bedingungen, unter denen sich der gesellschaftliche Aufbruchsprozeß in der ČSSR vollzog, angesichts derer sich die Vorstellungen über die Rolle der Tschechoslowakei und die daraus abgeleiteten Ziele der Bewegung als unrealistisch oder, wie er schreibt, *naiv messia-*

46 Siewhe Václav Nimec: Úskalí diskuse o »českém údělu«. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=5633>.

47 Jiří Dienstbier: Český úděl v zrcadle Pražského jara. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=5107>.

48 Siehe Stanislav Holubec: Pochopit Pražské jaro. In: <http://www.literarky.cz/?p=clanek&id=5956>.

nistisch herausstellten. Für die Tschechen als ein kleines, fast peripheres Volk Europas sei, realistisch betrachtet, die Rolle eines Erretters nur schwer vorstellbar. Seine Betrachtung beendet er mit fast sarkastischem Seitenblick auf einen von Jaroslav Hašek geprägten Begriff: »Gerade das Ignorieren der Geopolitik war der größte Fehler des Prager Frühlings. Es irrten sich jene, die annahmen, daß die Tschechoslowaken in der Tschechoslowakei über sich selbst bestimmen können. Es irrten sich jene, die nicht sahen, daß die Welt, die sie umgab, von imperialistischen Großmächten geschaffen worden war, unter denen es keine guten oder bösen gibt, sondern alle sind böse. Sie waren sich nicht dessen bewußt, daß das erreichbare Maximum ›der gemäßigte Fortschritt in den Grenzen des Gesetzes‹, erlassen vom großen Bruder, war.«

JÖRG ROESLER

Die tschechoslowakische Reform als Bestandteil der Wirtschaftsreformen in Osteuropa während der sechziger Jahre

1. EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Wenn die Historiker seit der Wende auf die Tschechoslowakei der sechziger Jahre zurückblicken, so steht ein kurzer Zeitabschnitt im Mittelpunkt ihres Interesses: Die acht Monate von Januar bis August 1968. Das gilt auch für Darstellungen, die die wirtschaftliche Entwicklung einschließen. Die britischen Historiker Geoffrey Swain und Nigel Swain zum Beispiel behandeln in ihrer 1998 herausgegebenen »Geschichte Osteuropas seit 1945« die Tschechoslowakei nicht wie die anderen Reformländer unter dem Abschnitt »Die Wirtschaftsreformen der 1960er« Jahre, sondern in einem gesonderte Abschnitt, betitelt »Der tschechoslowakische Frühling und die Invasion des Warschauer Paktes«.¹ Die bis heute wohl umfangreichste ostdeutsche Publikation zur Entwicklung der tschechoslowakischen Gesellschaft in den sechziger Jahren – Stephan Bollingers Beitrag in der Reihe »hefte zur ddr-geschichte« ist gleichfalls auf den »Prager Frühling« fokussiert.² Und natürlich reduzieren sich auch die beiden nach der Wende von der Reihe »Informationen zur politischen Bildung« in der Bundesrepublik herausgegebenen, der Tschechoslowakei bzw. Tschechien gewidmeten Hefte für die sechziger Jahre auf den »Prager Frühling«.³ Das hat seine Ursachen wohl darin, daß der »Prager

1 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe Since 1945. Houndmills 1998. S. 118–145.

2 Siehe Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling. Berlin 1993.

3 Siehe Heinz Blatt/Fritz Peter Habel: Der »Prager Frühling«. In: Informationen zur politischen Bildung Heft 132: Deutsche und Tschechen. Bonn 1993. S. 38–43. – Dieter Segert: Mitglied im kommunistischen Lager. In: Ebenda. Heft 276: Tschechien. Bonn 2002. S. 16–17.

Frühling« als einziger Abschnitt der tschechoslowakischen Geschichte der sechziger Jahre angesehen wird, über den zu reflektieren es sich heute noch lohnt.

Es soll hier dem nicht widersprochen werden, daß es sich bei den Monaten von Januar bis August 1968 um die wohl interessanteste Periode der tschechoslowakischen Gesellschaftsentwicklung in den sechziger Jahren handelt, wohl aber der Auffassung, daß sich die Beschäftigung mit der Tschechoslowakei während der gesamten sechziger Jahre einschließlich deren Einordnung in die Gesamtentwicklung der realsozialistischen Staaten, nicht lohnen würde.

Für den wirtschaftshistorischen Rückblick bedeutet dies, die Aufmerksamkeit auf das charakteristische Moment jener Jahre zu lenken – die ökonomischen Reformen.

Dabei soll es erstens in diesem Beitrag darum gehen, jene acht Reformmonate von 1968 in den gesamten tschechoslowakischen Reformzyklus einzubetten, der 1962 begann und 1970 endete. Zweitens soll daran erinnert werden, daß Wirtschaftsreformen (und politische Aufbruchstimmung) während der sechziger Jahre nicht auf die ČSSR oder die DDR beschränkt waren, sondern – unterschiedlich intensiv – in allen osteuropäischen Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stattfanden, von der UdSSR bis Bulgarien. (Die seit den sechziger Jahren oder bereits vorher politisch bzw. ökonomisch eine gesonderte Entwicklung nehmenden sozialistischen Länder Jugoslawien und Albanien, die weder dem Warschauer Pakt noch dem RGW angehörten, müssen aus Platzgründen aus der Betrachtung ausgeklammert bleiben).

Im folgenden wird von einem Wirtschaftsreformzyklus der sechziger Jahre gesprochen, der als *zweiter Reformzyklus* näher bestimmt wird.

Der Begriff (Wirtschafts-)Reformzyklus geht auf die bis heute noch umfangreichste Publikation, die den Wirtschaftsreformen in Planwirtschaften gewidmet war, auf den 1986 in Oxford erschienenen dritten Band der vom Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Oxford, Michael Kaser zwischen 1985 und 1987 herausgegebenen dreibändigen »Wirtschaftsgeschichte Osteuropas 1919–1975« zurück.⁴ In diesem Band werden die *Wirtschaftsreformen* der *Mitte der fünfziger Jah-*

4 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986.

re einem *ersten* und die *der sechziger* einem *zweiten Reformzyklus* zugeordnet.⁵ Ein *dritter Reformzyklus* setzt in den früheren achtziger Jahren in Polen und Ungarn ein,⁶ erreicht seinen Höhepunkt mit den Gorbatschowschen Reformen⁷ und endet Anfang der neunziger Jahre in der Transformation der realsozialistischen Planwirtschaften in kapitalistische Marktwirtschaften.⁸

2. DER BEGINN DER WIRTSCHAFTSREFORM IN DER ČSSR UND ANDERSWO IN OSTEUROPA: DAS ÜBERWIEGEN DER GEMEINSAMKEITEN

Hinsichtlich der Ursachen des Wiederauflebens der Ende der fünfziger Jahre versiegten Reformdiskussion in der Tschechoslowakei in der ersten Hälfte der sechziger Jahre sind sich die Wirtschaftshistoriker einig: Sie waren rein wirtschaftlicher Art. Die Fähigkeit des zentralistisch-administrativen Planungssystems, Wachstumspotentiale zu mobilisieren, war zu Beginn der sechziger Jahre in vielen osteuropäischen Ländern rückläufig. In der Tschechoslowakei sank der Zuwachs des Nationaleinkommens von durchschnittlich sieben Prozent in den Jahren 1956 bis 1960 auf 1,9% im Zeitraum 1961 bis 1965.⁹ 1963 schrumpfte das Nationaleinkommen sogar. Der Produktionsrückgang ließ sich zwar 1964 beheben, doch konnte von der Erreichung der Fünfjahrplanziele 1961 bis 1965 keine Rede mehr sein.¹⁰ Der Prager Wirtschaftshistoriker Václav

5 Ich selbst habe 1978 in einem ersten in der DDR den osteuropäischen Wirtschaftsreformen gewidmeten Beitrag zwischen Teilreformen (fünfziger) und komplexen Wirtschaftsreformen (sechziger Jahre) unterschieden (siehe Jörg Roesler: Lösungswege bei der Inangriffnahme der Wirtschaftsreform. In: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte Berlin 3(1978). S. 109–111).

6 Siehe Ivan T. Berend: Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert. Göttingen 2007. S. 155f.

7 Siehe Anders Aslund: Gorbachev's Struggle for Economic Reform. The Soviet Reform Process, 1985–1988. London 1989.

8 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe since 1945. Houndmills 1998. S. 202–224.

9 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): The Economic History of Eastern Europe. Bd. 3: Institutional Change within a Planned Economy. Oxford 1986. S. 95.

10 Siehe Ivan T. Berend, Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert. Göttingen 2007. S. 152.

Prucha bezeichnet die erste Hälfte der sechziger Jahre als Periode ökonomischer Stagnation,¹¹ die Osteuropaforscher Włodzimierz Brus¹² und Christoph Boyer sprechen sogar von einer Wirtschaftskrise 1961–1963.¹³ Die mit dem geringen Wirtschaftswachstum einhergehende Verschlechterung des Lebensstandards – 1963 sank erstmals seit zehn Jahren der Reallohn¹⁴ – nährte die in der Tschechoslowakei allgemein verbreitete Unzufriedenheit über das Ausbleiben eines gesellschaftlichen Aufschwungs nach der Annahme der Verfassung von 1960, in der verkündet worden war, daß die Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei bereits gelegt seien. Die »Tschechoslowakische Sozialistische Republik« (ČSSR) enttäuschte.¹⁵

In dieser Situation hielt es die Führung der Kommunistischen Partei der ČSSR (KPTsch) unter Antonín Novotný für geraten, angesichts der Erschöpfung der extensiven Faktoren Bedingungen für intensives Wirtschaftswachstum zu schaffen. Ein derartiger Strategiewechsel schloß ein, daß auch in der Leitung der Volkswirtschaft neue Wege eingeschlagen wurden. Die Führung der KPTsch berief zu diesem Zweck an der Tschechischen Akademie der Wissenschaften Expertenkommissionen und beauftragte sie mit der Ausarbeitung von Analysen. Neben dem unter der Leitung des Politologen Mlynar stehenden Institut für Staat und Recht und einem interdisziplinärem Team von Radovan Richta, das sich den Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution widmete, erhielt auch das Ökonomische Institut, dessen Direktor Ota Šik war, den Auftrag, Reformvorstellungen auszuarbeiten.¹⁶ Šik, der auch Mitglied des

11 Siehe Václav Prucha: *Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia, 1918–1991*. In: Alice Teichova (Hrsg.): *Central Europe in the Twentieth Century. An Economic History*. Aldershot, Brookfield 1997. S. 31.

12 Siehe Włodzimierz Brus: *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa*. Köln 1986. S. 354.

13 Siehe Christoph Boyer: *Die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformen und der tschechoslowakische Entwicklungspfad*. In: Christoph Boyer (Hrsg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*. Frankfurt am Main 2007. S. 81.

14 Siehe Jiří Pernes: *Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre*. In: Christoph Boyer (Hrsg.): *Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich*. Frankfurt am Main 2006. S. 410.

15 Siehe Jiří Pokorný: *Die böhmischen Länder 1918–1994*. Prag 1994. S. 33.

16 Siehe Jiří Kosta: *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977*. Frankfurt am Main 1978. S. 125–136.

Zentralkomitees der KPTsch war, wurde 1964 Leiter der staatlichen Wirtschaftsreformkommission und damit »Chefreformer«. Die Forscherteams formulierten als erstes Thesen, die in wissenschaftlichen Zeitschriften (»Politikà ekonomie«, »Nová mysl«) publiziert wurden und eine allgemeine (Wirtschafts-) Reformdiskussion auslösten.¹⁷

Ausgangsthese von Šiks Konzept war, daß unter den gegebenen Bedingungen die dominierende Rolle des Staates in der Wirtschaft als Hemmschuh einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden müsse. Die Entscheidungsfindung müsse dezentralisiert werden. Um zu verhindern, daß die aus der Kontrolle des administrativen Systems entlassenen Wirtschaftseinheiten ihre eigenen Interessen auf Kosten anderer gesellschaftlicher Subjekte durchzusetzen versuchten, sei ein Mechanismus zu schaffen, der die Betriebe zu Handlungsweisen zwingt, die sowohl ihren eigenen, als auch anderen gesellschaftlichen Interessen – etwa denen anderer Produzenten und denen der Konsumenten – entspreche. Einen solchen Mechanismus stellte für Šik der Markt dar. Der Leiter der Wirtschaftsreformkommission plädierte dafür, daß sich die Betriebe in ihren Produktionsentscheidungen nach Preisfreigabe im wesentlichen am Markt orientierten. Die Befugnisse der Staatlichen Plankommission und anderer zentraler wirtschaftsleitender Organe sollte die Ausarbeitung einer Rahmenplanung bleiben, deren Hauptaufgabe in der wissenschaftlichen Festlegung der möglichen Entwicklungsrichtungen bestimmter Produktionszweige oder Erzeugnisgruppen und deren investitionsseitige Absicherung sein sollte.¹⁸ Als eine »Symbiose von Plan und Markt« charakterisiert Prucha Šiks programmatische Vorstellungen mit wenigen Worten.¹⁹ Šiks Thesen wurden im Oktober 1964 vom Präsidium der KPTsch gebilligt.²⁰

17 Siehe Jiří Havel u. a.: *Economics and System Change in Czechoslovakia 1945-1992*. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe*. London, New York 1998. S. 221f.

18 Siehe Ota Šik: *Der dritte Weg*. Hamburg 1972. S. 206f. und 209.

19 Siehe Václav Prucha: *Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia, 1918-1991*. In: Alice Teichova (Hrsg.): *Central Europe in the Twentieth Century. An Economic History*, Aldershot/Brookfield 1997. S. 31

20 Siehe Jiří Havel u. a.: *Economics and System Change in Czechoslovakia 1945-1992*. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe*. London, New York 1998. S. 221–222.

Die Tschechoslowakei blieb Anfang der sechziger Jahre nicht das einzige Land, dessen Wirtschaft Wachstumseinbrüche verzeichnete. In der DDR sanken die Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes von 7,5% 1959 auf 1,5% 1961 und 1,9% 1963, die Zunahme der Industrieproduktion verringerte sich von neun Prozent 1959 auf 1,8% 1961 und 0,9% 1963.²¹ Der Einzelhandelsumsatz, der 1959 noch um 20 Mark pro Kopf und Monat gestiegen war, stagnierte Anfang der sechziger Jahre (1963 Zuwachs null Mark) oder ging sogar zurück (1962 – zwei Mark).²² Auch in bezug auf die DDR wird in der Fachliteratur in der ersten Hälfte der sechziger Jahre von Wirtschaftskrise gesprochen.²³ Wachstumseinbrüche verzeichneten Anfang der sechziger Jahre ebenfalls die Volkswirtschaften der UdSSR und Ungarns.²⁴ Auch in der Sowjetunion waren – ähnlich wie in der Tschechoslowakei – durch Versprechungen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, auf dem Ende 1961 der Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus beschlossen wurde,²⁵ Erwartungen geweckt worden, die nicht erfüllt werden konnten. In der DDR hatte Walter Ulbricht Ende der fünfziger Jahre die ökonomische Hauptaufgabe verkündet, nach der bis 1961 der westdeutsche Pro-Kopf-Verbrauch (von 1956/1957) erreicht werden sollte. Der Siebenjahrplan (1959–1965), dem die Hauptaufgabe zugrunde gelegt worden war, mußte jedoch bereits im Mai 1961 abgebrochen – offiziell »präzisiert« – werden.²⁶

Sich der enttäuschten Erwartungen wohl bewußt und wegen der geringen wirtschaftlichen Wachstumsraten besorgt, ermutigten die Füh-

21 Siehe Jaap Sleifer: *Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1956–2002*. Berlin 2006. S. 168–197.

22 Siehe Jörg Roesler: *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR*. Freiburg i. Br., Berlin 1990. S. 17.

23 André Steiner: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*. Berlin 1999. S. 44. – Jörg Roesler: *Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen*. In: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. Berlin 2007. S. 162–164.

24 *Statističeskij eegodnik stran-členov SEV 1970*. Moskau o. J. [1970]. S. 21 und 45.

25 Siehe F. R. Poljanskij/W. A. Shamin (Hrsg.): *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran*. Moskau 1971. S. 343.

26 Siehe Jörg Roesler: *Wende in der Wirtschaftsstrategie. Krisensituation und Krisenmanagement 1960–1962*. In: Jochen Cerny (Hrsg.): *Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte*. Leipzig, Jena, Berlin 1990. S. 175.

rungen der kommunistischen Parteien der UdSSR (KPdSU), der DDR (SED) und Ungarns (USAP) in der ersten Hälfte der sechziger Jahre die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion und machten deren Ergebnisse in der Fachpresse, teilweise sogar in der Tagespresse publik. Zum bekanntesten Reformexperten avancierte in der Sowjetunion 1962 der Ökonomiprofessor E. G. Liberman von der Universität Charkow durch seinen in der »Prawda« nachzulesenden, Aufsehen erregenden Artikel »Plan, Gewinn, Prämie. Einige Gedanken zur Verbesserung der Leitung und zur materiellen Interessiertheit in sozialistischen Industriebetrieben«. Der Beitrag enthielt eine das bisherige administrativ-zentrale Leitungssystem infrage stellende These: Das, was für die Volkswirtschaft nützlich sei, müsse auch dem Betrieb nützen und umgekehrt.²⁷

Libermans Thesen wurden seit September 1962 in der DDR verbreitet. Ab Mitte Oktober veröffentlichte die »Wirtschaft« wiederholt Artikel von DDR-Ökonomen, in denen die Libermanschen Anregungen grundsätzlich positiv verarbeitet wurden. Mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Konferenz Anfang Dezember 1962 wurde eine größere Anzahl von DDR-Wirtschaftswissenschaftlern in die Konzeptualisierung der Reformdiskussionen einbezogen.²⁸ Zum einflussreichsten Reformprotagonisten avancierte nach seiner Einsetzung als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission im Januar 1963 der Wirtschaftswissenschaftler Erich Apel, nach 1966 gefolgt von Günter Mittag, zunächst wie Apel Kandidat, ab 1966 Mitglied des Politbüros.²⁹ In Polen waren es vor allem Wirtschaftswissenschaftler, die bereits während des ersten Reformzyklus hervorgetreten waren, wie Michael Kalecki und Oskar Lange, aber auch jüngere wie Kazmierz Laski, die mit Buchpublikationen in den Jahren 1963, 1964 und 1965 an der dort wiederauflebenden Reformdiskussion beteiligt waren.³⁰ In Ungarn gab es im Unterschied zu den genannten Ländern wenig öffentliche Diskussionen der Ökonomen in Vorbereitung der Reform. Jedoch wurde dort bereits 1962 Rezső Nyers, Wirtschaftswissenschaft-

27 Auf Deutsch erschienen in »Die Wirtschaft«. Berlin vom 26. September 1962.

28 Siehe André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül. Berlin 1999. S. 52.

29 Siehe Claus Krömke: »Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag. Berlin 1996. S. 10–13.

30 Siehe Krzysztof Porwit: Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe, London, New York 1998. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998. S. 96f.

ler, Wirtschaftsfunktionär und Politbüromitglied, von der USAP-Führung unter Janos Kadar mit der Vorbereitung einer Wirtschaftsreform beauftragt.³¹ Im November 1965 konnten auf einer Tagung des ZK der USAP die »Richtlinien und Grundzüge der Wirtschaftsreform« verabschiedet werden. Im Juni 1967 konnte Reszö Nyers auf einer Tagung des Zentralkomitees der USAP bereits zu Einzelproblemen der Wirtschaftsreform Stellung nehmen. Sie wurde im Juli im ungarischen Parlament vorgestellt und diskutiert.³²

In der Tschechoslowakei war im Januar 1965 ein Wirtschaftsreformprogramm verabschiedet worden.³³ In der Sowjetunion billigte das ZK der KPdSU im September 1965 Kossygins Wirtschaftsreformprojekt.³⁴ In der DDR war das »Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« bereits Mitte 1963 auf einer gemeinsam vom ZK der SED und dem Ministerrats der DDR einberufenen Wirtschaftskonferenz vorgestellt worden und trat offiziell am 1. Januar 1964 in Kraft.³⁵

Im Unterschied zu den bisher genannten Staaten kam es in Bulgarien und Rumänien nicht zu vergleichbaren Reformdiskussionen. Diese Länder befanden sich – wie auch Polen – in einer anderen wirtschaftlichen Situation als die erstgenannten. Sie hatten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre keine Einbrüche im Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. 1961 bis 1965 wuchs das produzierte Nationaleinkommen (pro Kopf) dieser Ländern nicht langsamer, im Falle Rumäniens sogar rascher, als in dem Jahrfünft zuvor.³⁶ Das war ein Zeichen dafür, daß sich in Polen, Rumänien und Bulgarien die extensiven Wachstumsreserven – vor allem das Arbeitskräftepotential – noch nicht erschöpft hatten. Wenn sich die

31 Siehe Laszlo Csaba: Economics and Systemic Changes in Hungary 1945–1996. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998. S. 176.

32 Siehe The Hungarian Economic Reform as Reflected in the Parliamentary Debate (12–14. July 1968). In: Radio Free Europe. East Europe (Hungary) vom 31. August 1967. S. 1–16.

33 Siehe Włodzimierz Brus: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa. Köln 1986. S. 354.

34 Siehe F. R. Poljanskij/W. A. Shamin (Hrsg.): Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran. Moskau 1971. S. 347–352.

35 Siehe Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR. Freiburg i. Br., Berlin 1990. S. 30f.

36 Siehe Statističeskij e'egodnik stran-členov SEV 1970. Moskau o. J. [1970]. S. 45.

politische Führung dieser Länder ungeachtet dessen zur Durchführung von Wirtschaftsreformen entschloß – Bulgarien 1966³⁷ und Rumänien 1967,³⁸ dann mag das im Falle Bulgariens daran gelegen haben, daß die Bereitschaft, dem sowjetischen Beispiel zu folgen, groß war bzw. Wirtschaftsreformen sozusagen in Mode gekommen waren und als Zeichen moderner Führung galten – was als Motiv vor allem auf Ceausescu Rumänien zutreffen könnte.³⁹ Auf jeden Fall gingen die Reformen in diesen beiden Staaten, wie auch die sowjetische Wirtschaftsreform »mehr in die Breite als in die Tiefe«⁴⁰ und über Veränderungen in den Zuständigkeiten der Hierarchieebenen in Richtung Dezentralisierung nicht hinaus. Auf die Nutzung von Marktmechanismen wurde – anders als im Falle der Tschechoslowakei, Ungarns und der DDR – in den Reformkonzepten weitgehend verzichtet.

3. VON DER WIRTSCHAFTSREFORM IN DER ČSSR AUSGEHENDE IMPULSE

Die um die Mitte der sechziger Jahre real beginnenden Wirtschaftsreformen Osteuropas wurden grundsätzlich im nationalen Rahmen gedacht und betrieben. Im Rahmen des RGW war die Nutzung von Marktmechanismen kein Thema.⁴¹ Ungeachtet der Konzentration auf die nationale Wirtschaft gab es zwischen den Reformerprotagonisten einen über die Landesgrenzen hinausreichenden Gedankenaustausch. Positive, die Reformdiskussionen und -experimente in den Nachbarländern beeinflussende Impulse gingen vor allem von der ČSSR aus. Šik hat daran erinnert, daß die tschechoslowakischen Wirtschaftsreformer »einst, im Anfang der sechziger Jahre, mit den ungarischen Ökonomen sehr eng

37 Siehe Luben Berov: Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik Bulgarien. Berlin 1975. S. 16f.

38 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): The Economic History of Eastern Europe. Bd. 3: Institutional Change Within a Planned Economy. Oxford 1986. S. 223.

39 Siehe Thomas Kunze: Nicolae Ceausescu. Eine Biographie. Berlin 2000. S. 161f.

40 Hans-Hermann Höhmann: Der erstarrte Koloss. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der UdSSR in der Ära Breschnew. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1981)48. S. 31.

41 Siehe Margot Hegemann: Kurze Geschichte des RGW. Berlin 1980. S. 224–231.

zusammengearbeitet, ungefähr die gleichen Ziele, Vorstellungen gehabt haben«. ⁴² Anders als in Ungarn strebten die SED-Führung und die Mehrzahl der in Sachen Wirtschaftsreform beratenden Ökonomen in der DDR keinen Marktsozialismus an. ⁴³ Doch auch in der DDR wurden Šiks ökonomische Schriften nicht nur gelesen, sondern auch herausgegeben. Im Jahre 1965 erschien Ota Šik's Schrift »Zur Problematik sozialistischer Warenbeziehungen«, 1966 wurde in der DDR sein Buch »Ökonomie – Interessen – Politik« verlegt. Die DDR-Ausgabe erschien mit der Einführung eines der prominentesten ostdeutschen Wirtschaftsreformers, Otto Reinhold. ⁴⁴ Ähnlich enge Kontakte wie nach Ungarn gab es auch zwischen polnischen und tschechoslowakischen Reformökonomen. Eine einmalige Gelegenheit, als Impulsgeber für die Reformdiskussion in anderen osteuropäischen Länder zu wirken, erhielten die tschechoslowakischen Ökonomen im Dezember 1966 während einer Konferenz in Hrazany bei Prag, auf der Ota Šik und sein Kollektiv vor führenden polnischen, ungarischen, sowjetischen, bulgarischen und jugoslawischen Fachkollegen ihr Reformkonzept erläuterten. ⁴⁵

4. WIRTSCHAFTSREFORM UND GESELLSCHAFTLICHE AUFBRUCHSTIMMUNG IN OSTEUROPA: TSSCHECHOSLOWAKISCHE GEMEINSAMKEITEN UND BESONDERHEITEN

Als das Plenum des ZK der KPTsch im Januar 1965 die von Šik und seinem Expertenteam ausgearbeiteten Grundzüge eines Wirtschaftsreformprogramms bestätigte, war vorgesehen, das Programm bis Ende des Jahres zu konkretisieren, damit es 1966 in Kraft treten konnte. Der Sammlung von Erfahrungen diene eine Reihe ökonomischer Experimente,

42 Ota Šik: Grenzen und Möglichkeiten einer Reformpolitik in Ost- und Mitteleuropa. In: Politik und Kultur. Berlin 6(1981). S. 125.

43 Siehe Wolfgang Berger/Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems. Berlin 1966. S. 20–32.

44 Siehe Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 145.

45 Aus der DDR nahmen zwei führende Ökonomen, Werner Kalweit und Herbert Steeger, an der Veranstaltung teil (Siehe Jiří Havel u. a.: Economics and System Change in Czechoslovakia 1945–1992. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998. S. 231).

die ab April 1965 in breiterem Umfang als ursprünglich vorgesehen – in 440 statt 220 ausgewählten Betrieben – durchgeführt wurden.⁴⁶ Die Experimente zeigten Probleme bei der Verwirklichung der Reform auf, die vorher unterschätzt worden waren. Weitere unerwartete Probleme ergaben sich daraus, daß die Einführung einzelner Reformmaßnahmen schrittweise erfolgte. Alte und neue Regelungen standen so zeitweise nebeneinander. Die Wirtschaftsadministration und auch die Betriebsleitungen konnten dies nutzen, um ihren Interessen widersprechenden Reformregelungen auszuweichen. Im Resultat kam es zu unvorhergesehenen Verzögerungen bei der Einführung Wirtschaftsreform. Auf ihrem 13. Parteitag 1966 hatte die KPTsch sich damit auseinanderzusetzen. Die noch im gleichen Jahre veröffentlichten »Grundsätze der beschleunigten Verwirklichung des neuen Leitungssystems« wurden bald zur wichtigsten offiziellen Richtlinie der tschechoslowakischen Reform, die im Unterschied zum Anfang 1965 verabschiedeten Reformprogramm nicht nur Grundprinzipien, sondern auch eine Anzahl praktischer Konzepte und Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung enthielt.⁴⁷

Die öffentlich betriebene ökonomische Reformdiskussion stellte »eine kühne Kampfansage an alle dogmatisch und orthodox denkenden Kräfte« dar.⁴⁸ Es war also nicht verwunderlich, daß in der ČSSR mit Beginn der Wirtschaftsreformdebatte auch auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, etwa in der Kunst und Kultur, die Lust am Bruch mit dem ideologischen Erbe der fünfziger Jahre zunahm. In einem Klima des Aufbruchs zu neuen Ufern wurde die jahrelang verschobene Entstalinisierungsdebatte nachgeholt und 1963 die Urteile politischer Prozesse der Jahre 1949 bis 1954 revidiert, kam es im gleichen Jahr zur »Revolte der Intellektuellen« im Schriftstellerverband, wurde Franz Kafka rehabilitiert, erhielt das slowakische Nationalgefühl in Forderungen nach größerer Autonomie innerhalb der ČSSR eine Stimme.⁴⁹ Ähnliche Anzeichen politischer Liberalisierung waren in der ersten Hälfte der sechziger Jahre

46 Siehe Vaclav Prucha: Die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik. Berlin 1975. S. 29 und 52.

47 Siehe Włodzimierz Brus: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa. Köln 1986. S. 355.

48 Siehe Claus Krömke: »Das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« und die Wandlungen des Günter Mittag. Berlin 1996. S. 8.

49 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe since 1945. Houndmills 1998. S. 141.

auch in Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion zu beobachten.⁵⁰ In der DDR spielte vor allem das Jugendkommunique »Der Jugend Vertrauen und Verantwortung«, das wenige Monate nach dem Beschluß der SED-Führung, in der DDR ein »neues ökonomisches System« (NÖS) einzuführen, veröffentlicht wurde und u. a. den Satz enthielt: »Habt Mut zu eigenem Denken«, für die Herbeiführung einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung bzw. für die politische Mobilisierung eine wesentliche Rolle.⁵¹

Zu einem eine generelle Aufbruchstimmungen vermittelnden Zusammenspiel von ökonomischen und politischen Reformen kam es in Ungarn nicht. Vorstellungen des dortigen »Chef-Reformers«, des Wirtschaftsexperten und Politbüromitglieds Reszö Nyers, ein Zusammenspiel von ökonomischen Reformen und politischen Reformen zuzulassen, bremste der Parteichef der ungarischen KP, Janos Kádár, von vornherein ab. Kadar wollte erstens ein erneutes »1956« unter allen Umständen vermeiden. Es gelang ihm in dieser Hinsicht einen Konsens zwischen Parteiführung, Technokraten und Bevölkerung herbeizuführen und durchzuhalten.⁵² Die ungarische Reform blieb somit in jeder Phase eine auf das ökonomisch Machbare ausgerichtete technokratische Umgestaltung »von oben«, was allerdings der Tiefe der Reform – seit 1968 wurde auf bindende Pläne verzichtet⁵³ – keinen Abbruch tat.⁵⁴

50 Siehe ebenda. S. 135–140.

51 Siehe Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997. S. 132 bis 159.

52 Siehe Christoph Boyer (Hrsg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich. Frankfurt am Main 2007. S. XXXIII.

53 Siehe Michael Kaser (Hrsg./Włodzimierz Brus (Hauptautor): The Economic History of Eastern Europe. Bd. 3: Institutional Change Within a Planned Economy. Oxford 1986. S. 175.

54 Eine vierstufige Skala zur Messung der Intensität der Wirtschaftsreformen der osteuropäischen Wirtschaftsreformen haben die britischen Osteuropa-Historiker Geoffrey und Nigel Swain entwickelt: Stufe 1: Veränderte Prioritäten innerhalb der bestehenden Struktur. – Stufe 2: Veränderungen in den Zuständigkeiten der Hierarchieebenen. – Stufe 3: Der Markt wird genutzt, um Güter und Ressourcen für den gegenwärtigen Verbrauch zu regulieren. Entscheidungen über zukünftige Strukturen werden weiterhin geplant. – Stufe 4: Der Markt beeinflusst auch die Zukunftsinvestitionen (siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: Eastern Europe since 1945. Houndmills 1998. S. 119). – Danach sind die sowjetischen, polnischen und bulgarischen Reformmaßnahmen unter Stufe zwei, die tschechoslowakischen und ungarischen unter Stufe

Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung der ungarischen Parteiführung bei politischen Reformen lag darin, daß der »neue ökonomische Mechanismus« nicht schrittweise eingeführt werden sollte, wie die entsprechenden Wirtschaftsreformen in der DDR oder in der ČSSR, sondern – zur Vermeidung der in beiden Ländern durch das Nebeneinander alter und neuer Regelungen auftretenden Reibungsverluste – en bloc eingeführt werden sollte.⁵⁵ Selbst bei mehrjähriger Vorbereitungszeit – das 1965 beschlossene Programm sollte erst am 1. Januar 1968 praxiswirksam werden – waren bei der Inkraftsetzung eines Pakets von hunderten neuer ökonomischer Regelungen, die aufeinander abgestimmt sein mußten, trotz sorgfältigster Planung Pannen im Bereich der Ökonomie nicht von vornherein auszuschließen. Die Vermeidung von Irritationen, aufgeregten Diskussionen oder Streit in anderen gesellschaftlichen Bereichen galt unter diesen Umständen als unbedingte Voraussetzung für das Gelingen der Wirtschaftsreform.⁵⁶

Während die Parteiführung in Ungarn eine breite gesellschaftliche Diskussion von vornherein zu vermeiden trachtete, während sie statt auf den Schwung von gesellschaftlicher Aufbruchstimmung auf technokratische Exaktheit bei der Realisierung der Wirtschaftsreform setzte, setzte in den Parteiführungen der Nachbarländer bald eine Debatte über die Zweckmäßigkeit einer über den Bereich der Ökonomie hinausgehenden Öffnung ein.

Die zunehmenden Anzeichen eines politischen Aufbruchs waren für die von Anfang an vorhandenen Reformgegner in der jeweiligen Partei- und Staatsführung Anlaß, aktiv zu werden und die Reformprotagonisten unter Druck zu setzen. In der DDR gelang es den Reformgegnern unter Führung von Erich Honecker, im Dezember 1965 die Beschränkung der Reformen auf den Wirtschaftsbereich durchzusetzen. Die später als Kahlschlagplenum bezeichnete 5. Tagung des ZK der SED verurteilte

drei, die jugoslawische unter Stufe vier einzuordnen. Die Wirtschaftsreform in der DDR ist zwischen Stufe zwei und drei zu fixieren.

55 Siehe *The Hungarian Economic Reform as Reflected in the Parliamentary Debate* (12–14. July 1968). In: *Radio Free Europe. East Europe (Hungary)* vom 31. August 1967. S. 13.

56 Im November 1967 führte Kádár dazu vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Ungarns (USAP) aus: »Wir haben die Wirtschaftsreform mit allen Garantien versehen, zu denen wir verpflichtet sind und die möglich sind.« (Janos Kádár. *Für ein sozialistisches Ungarn*. Budapest 1976. S. 183).

»Auswüchse« auf dem Gebiet von Kunst, Kultur und Jugendpolitik.⁵⁷ Aus heutiger Sicht muß man das Plenum wohl als Kompromiß zwischen zwei Fraktionen der SED-Parteiführung sehen, wobei die einen – unter Führung Honeckers – das, was in ihren Augen politische Aufweichung war, unterbanden, während die anderen – unter Leitung Ulbrichts – »ihre« Wirtschaftsreform ungehindert fortführen konnten – einschließlich der Fortsetzung der freien Diskussion unter Fachwissenschaftlern über die nächsten Schritte zur Verwirklichung der in der »NÖS-Richtlinie« von 1963 noch relativ allgemein formulierten Zielstellungen der Wirtschaftsreform.⁵⁸

Auch in der ČSSR wurde immer deutlicher, daß ein einflußreicher Teil der politischen Klasse nicht hinter den Reformen stand, vielmehr die Auffassung vertrat, daß sie potentielle »Konterrevolutionäre« ermuntern könnte, Demokratie und (kapitalistische) Marktwirtschaft, d. h. ein Abgehen vom sozialistischen Weg zu fordern. Šiks einflußreichster Gegner im Bereich der Wirtschaft war der Chef der tschechoslowakischen Plankommission Rožpal.⁵⁹ Als immer problematischer einzuschätzen war unter dem Druck der Reformgegner auch die Haltung von Novotny zu Šik. Während sich der ungarische »Vater der Wirtschaftsreform« Nyers in der Zeit der Vorbereitung und Einführung der Wirtschaftsreform immer auf Parteichef Kádár verlassen konnte und Erich Apel bzw. Günter Mittag bei der Durchsetzung des NÖS der Unterstützung Ulbrichts gewiß waren, schwankte Novotny zwischen den Positionen der tschechoslowakischen Reformbefürworter und der Reformgegner. Auf der 13. Sitzung des ZK der KPTsch im Frühjahr 1966 hatte sich Šik nur mit Mühe gegen Novotnys Bremsversuche durchsetzen können.⁶⁰ Novotnys Unentschiedenheit war offensichtlich. Auch Ulbricht gewann die Einsicht, der tschechoslowakische Parteichef sei, wie er intern feststellte,

57 Siehe Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997. S. 200 bis 231.

58 Siehe Jörg Roesler: Aufeinander zu reformiert? Zur Charakteristik der Wirtschaftsreformen in der DDR und der BRD und die Entscheidungen des Jahres 1966. Berlin 2006. S. 17f.

59 Siehe Jiří Havel u. a.: Economics and System Change in Czechoslovakia 1945–1992. In: Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Economic Thought in Communist and Post-Communist Europe. London, New York 1998. S. 229.

60 Siehe ebenda.

»nicht zu Veränderungen fähig«, von »ihm wären keine wirklichen Reformen zu erwarten«.⁶¹

In den Jahren 1966 und stärker noch 1967 fand in Auswertung der Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreform bei den tschechoslowakischen Reformprotagonisten ein Wandel der Auffassungen zugunsten einer stärkeren marktwirtschaftlicher Regulierung statt. Darüber hinaus wurde im Laufe des Jahres 1967 für den »Chefarchitekten« der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform, Ota Šik, erkennbar, daß bei einem etwa gleichen Kräfteverhältnis zwischen Reformbefürwortern und Reformskeptikern in den höchsten Parteigremien sowie mit einem schwankende und zögernden Parteiführer – Antonin Novotny⁶² – die Wirtschaftsreform nur zum Ziel zu bringen war, wenn die reformfreundliche Öffentlichkeit Druck in Richtung Vollendung der Reform ausübte. Die würde dazu erst bereit sein, wenn die KPTsch die Forderungen der Bevölkerung nach weitergehenden, d. h. nach Gesellschaftsreformen akzeptierte. Den von den Reformprotagonisten gewünschten Druck herzustellen, verlangte, die Barrieren zwischen ökonomischer und politischer Reform einzureißen. Mit dem von den Reformprotagonisten erzwungenen Abtreten Novotnys und der Wahl Alexander Dubčeks zum ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPTsch im Januar 1968 waren dafür die Voraussetzungen gegeben.⁶³ Eine vergleichbare Entwicklung zur direkten Verknüpfung von ökonomischer Reform und politischen Reformmaßnahmen wie in der ČSSR hat es in keinem der osteuropäischen Länder, die im RGW bzw. Warschauer Pakt zusammengeschlossen waren, gegeben.

61 Monika Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997. S. 288.

62 Gegen die Einstufung Novotnys als »kommunistischer Fundamentalist« hat sich der tschechische Historiker Barta gewandt. Die tschechoslowakischen Konservativen »fühlten sich von dem Regime Notvotnys, der zögernd und folgewardig die stalinistische Praxis verließ zurückgesetzt. Sie brandmarkten Novotny als einen Liberalen [...]« (Milos Barta: Der Prager Frühling und die gesellschaftlichen Kräfte in seinem Hintergrund. Abstract des Referats. Prag 1998. S. 2).

63 Siehe Michael Kaser (Hrsg./Włodzimierz Brus (Hauptautor): The Economic History of Eastern Europe. Bd. 3: Institutional Change Within a Planned Economy. Oxford 1986. S. 211.

5. DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE GESELLSCHAFTSREFORM (JANUAR BIS AUGUST 1968): REAKTIONEN DER FÜHRUNGEN IN DEN REALSOZIALISTISCHEN NACHBARSTAATEN

Obwohl die von der KPTsch unter Dubček erwarteten politischen Reformen ursprünglich vor allem dazu dienen sollten, die die Durchführung der Wirtschaftsreformmaßnahmen zu beschleunigen, entwickelten jene rasch ein ausgeprägtes Eigenleben. Für Dubčeks »neuen Kurs« setzten sich nach Aufhebung der Zensur bald auch Presse, Funk und Fernsehen ein, denen letztlich zu verdanken ist, daß der im Landes selbst als »Wiedergeburtssprozeß« bezeichnete »Prager Frühling« zum Moment einer öffentlichen, d. h. nicht mehr hinter verschlossenen Türen betriebenen Politik wurde. Das verlieh dem Reformprozeß eine ungewohnte Dynamik und vereitelte zugleich jegliches Taktieren. Ende März 1968 mußte Novotny auch als Präsident zurücktreten. Unmittelbar darauf wurden zahlreiche hohe und höchste Partei- und Staatsfunktionäre abgelöst. Neue politische Organisationen entstanden, vom »KAN« (Klub engagierter Parteiloser K 231, d. h. der Vereinigung der aufgrund von §231 abgeurteilten politischen Häftlinge) und dem »Verband der Verfolgten des ehemaligen Regimes« (gemeint war die Zeit von Gottwald und Novotny) bis hin zu einer sozialdemokratischen Partei. Das Organisationsmonopol der KPTsch wurde so aufgebrochen. Im April 1968 beschloß das ZK der KPTsch auf einem Plenum ein »Aktionsprogramm«, an dem seit Januar gearbeitet worden war. In ihm sollten die Grenzen der begonnenen Demokratisierung abgesteckt werden. Die Lösung lautete, daß die Partei ihre Beschlüsse nicht länger auf dem Verwaltungs- und Machtweg durchsetzen, sondern die Bevölkerung von deren Richtigkeit überzeugen sollte. Eine größere Rolle sollte auch gesellschaftlichen Organisationen zukommen, denen ein Recht auf eine gewisse Opposition zugestanden wurde.⁶⁴

Die weitere Ausgestaltung der *Wirtschaftsreform* erfolgte während des »Prager Frühlings« nur in einem Bereich – dem der Wirtschaftsdemokratie. Die Partizipation der Arbeiter und Angestellten der Betriebe hatte bis dahin in der tschechoslowakischen Wirtschaftsreformdiskussion nur eine geringe Rolle gespielt.⁶⁵ Die Forderung der Arbeiter, die Ge-

64 Siehe Jiří Pokorný. Die böhmischen Länder 1918–1994. Prag 1994. S. 35f.

65 Siehe Jiří Pernes: Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre. In: Christoph Boyer (Hrsg.): Sozialistische Wirtschaftsre-

schicke der Betriebe mitzubestimmen und die spontane Herausbildung von Arbeiterräten seit dem April 1968 gipfelten in dem Ruf nach der Aufhebung des Machtmonopols der Partei über die Gewerkschaften, des Verbots von Interventionen der Gewerkschaftsführung in die Gewerkschaftsorganisationen der Betriebe sowie in der Forderung nach Beschneidung der Kompetenzen der Betriebsleitungen durch das Verbot von Maßnahmen, die sich gegen die Interessen der Belegschaft richten konnten.⁶⁶ Realisiert werden sollten die meisten wirtschaftsdemokratischen und die schon seit einigen Jahren konzeptionalisierten wirtschaftsreformerischen Forderungen mit dem Planjahr 1969. Entsprechende Beschlüsse faßte die KPTsch im August 1968, unmittelbar vor dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten.⁶⁷

Am Einmarsch beteiligten sich unmittelbar militärisch oder logistisch unter Führung der UdSSR sämtliche osteuropäischen Länder mit Ausnahme Rumäniens und Jugoslawiens. Im Januar 1968 war die Haltung zu den tschechoslowakischen Reformen in der »sozialistischen Staatengemeinschaft« noch deutlich differenzierter gewesen: Ebenso wie Kádár hegte Ulbricht für Dubček, dem es gelungen war, Novotny von den Hebeln der Macht zu verdrängen und der von einer konsequenten Fortführung der in Angriff genommenen, noch unzulänglichen Reformen sprach, Sympathien.⁶⁸

Die Sympathien Ulbrichts und Kádárs für die tschechoslowakische Wirtschaftsreform sind nachvollziehbar. In beiden Ländern gingen die bereits laufenden bzw. beschlossenen Wirtschaftsreformen, bezogen auf den Grad der Dezentralisierung und Nutzung von Marktmechanismen weiter als die sowjetischen, polnischen oder bulgarischen.

Es begünstigte die Reformprotagonisten der DDR und Ungarns, wenn ein drittes Land von Gewicht innerhalb der »sozialistischen Staa-

formen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich. Frankfurt am Main 2006. S. 404 bis 407.

66 Siehe Peter Heumos: Zur Frage informeller Machtverhältnis im Staatsozialismus. Das Beispiel der tschechoslowakischen Industriebetriebe. In: *Acta Oeconomica Pragensia*. Prag (2007)7. S. 173.

67 Siehe Drahomír Jancík/Eduard Kubu: Zwischen Planbefehl und Markt. Der Diskurs der zweiten tschechoslowakischen Wirtschaftsreform. In: Christoph Boyer (Hrsg.): *Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich*. Frankfurt am Main 2006. S. 104–108.

68 Siehe ebenda.

tengemeinschaft«, wie es die ČSSR war, ihre Reformziele teilte. In diesem Sinne gingen von dem tschechoslowakischen Schritt zur Beschleunigung der Reform positive Impulse aus. Die Absetzung Novotnys und die Entscheidung für Dubček stärkte Ulbrichts und Kádárs Positionen nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern vor allem gegenüber den Reformskeptikern und -gegnern unter den Führungskräften im eigenen Lande.⁶⁹

Polens Reformschritte waren dagegen hinter denen der DDR und Ungarns zurückgeblieben. Schon aus diesem Grunde konnte es seitens Wladislaw Gomułkas keine besonderen Sympathien für Dubček geben. Ähnliches traf auch auf die sowjetische und die bulgarische Seite zu.

Die Zustimmung Ulbrichts und Kádárs für Dubčeks Reformen ließ in dem Moment nach, als das politische Profil des »Prager Frühlings« erkennbar wurde. Das bekam Dubček zu spüren, als sich Ende März 1968 auf sowjetisches Drängen die KPTsch-Führung in Dresden mit den sogenannten »Fünf« – Sowjetunion, DDR, Polen Ungarn und Bulgarien – traf. Neben dem bulgarischen KP-Chef Todor Shiwkow war bei diesem Zusammentreffen der erste Sekretär der PVAP, Wladislaw Gomułka schärfster Kritiker Dubčeks. Er warf der KPTsch-Führung »entfesselten Nationalismus« vor und warnte vor dem Bestreben, »die ganze bürgerliche Demokratie übernehmen« zu wollen.⁷⁰ Gomułkas Haltung dürfte in erster Linie von den Protesten polnischer Studenten und Intellektueller geprägt worden sein, die zu unterdrücken die polnische KP-Führung gerade bestrebt war.⁷¹

Während Gomułka bereits von einer »marschierenden Konterrevolution« in der ČSSR sprach, meinte Kádár, für die USAP sprechend, vorsichtiger und auf 1956 anspielend, die Entwicklung in der Tschechoslowakei sei »äußerst ähnlich dem Prolog der ungarischen Konterrevolution zu der Zeit, als die noch keine Konterrevolution war«.⁷² Verglichen mit Gomułkas Angriffen war auch Ulbrichts Urteil über die tschechoslowakische Entwicklung auf der Konferenz in Dresden gemäßigt. An Dubček

69 Siehe Wolfgang Berger: Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR. In: Weißenseer Blätter. Berlin 1998. S. 34.

70 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im weiteren SAPMO-BArch). Zentrales Parteiarchiv (ZPA). DY 30/:J IV 2/201/777. unpag.

71 Siehe Manfred Alexander: Kleine Geschichte Polens. Bonn 2005. S. 344f.

72 SAPMO-BArch. ZPA. DY 30. J IV 2/201/777. unpag.

gewandt erklärte er: »Die Umwandlungen« – ein im damaligen Sprachgebrauch häufig als Synonym für Reform benutztes Wort – »bei euch [...] waren meiner Meinung nach unvermeidlich«. Allerdings fügte der Erste Sekretär des ZK der SED hinzu: »Aber nicht in dieser Weise, wie das jetzt geschehen ist.«⁷³ Ulbricht hatte sich intern bereits seit Januar mit einer Fraktion im Politbüro auseinanderzusetzen, die die Entwicklungen in der Tschechoslowakei mit dem Begriff Konterrevolution charakterisierte und Ulbrichts verständnisvolle Haltung gegenüber der neuen KPTsch-Führung unter Dubček vehement kritisierte.⁷⁴

Kritisiert wurde nicht nur die Verletzung des »Grundprinzips« des demokratischen Zentralismus durch die KPTsch-Führung, sondern auch aus der Befürchtung heraus, daß ähnliche Demokratisierungsvorstellungen in der DDR (und anderen RGW-Ländern) in der Bevölkerung populär werden könnten. Die Wirksamkeit der vom »Prager Frühling« in dieser Hinsicht ausgehenden Impulse in der DDR ist nach 1990 von Historikern aufgearbeitet worden.⁷⁵

Den endgültigen Bruch mit dem »Prager Frühling« hat Ulbricht erst Monate später vollzogen, als er auf dem 7. Plenum des ZK der SED Anfang August 1968 zwar einerseits konzedierte: »Das ökonomische System des Sozialismus sieht in der DDR anders aus als in Ungarn, Polen oder Bulgarien und wird sich anders entwickeln«, andererseits aber darauf bestand: »Die marxistisch-leninistischen Grundprinzipien gelten für alle.«⁷⁶ Wirtschaftsreformen: Ja, politische Reformen: Nein. Damit hatte sich auch Ulbricht endgültig auf die Mehrheitsposition im »sozialistischen Lager« begeben.

Somit waren bald nach dem Beginn des »Prager Frühlings« all jene Impulse, die von der Tschechoslowakei durch die Verknüpfung der Wirtschaftsreform mit politischen Reformen ausgingen, von außen abgeblockt worden. Versuche Dubčeks, sich daraufhin mit den beiden hinsichtlich ihrer Haltung zu Reformen sehr unterschiedlich positionierten – »übrigen« osteuropäischen sozialistischen Länder zu verbinden –

73 Ebenda.

74 Siehe SAPMO-BArch. ZPA. DY30/J IV 2/1/212.

75 Generell dazu siehe Bernd Florath: Opposition und Widerstand. In: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Berlin 2006. S. 392.

76 SAPMO-BArch, ZPA, DY30/J IV 2/1/217.

mit Titos Jugoslawien und Ceausescus Rumänien, konnten den Einmarsch der »Fünf« nicht mehr verhindern.⁷⁷

Die sowjetischen Truppen, gegenüber denen die tschechoslowakische Bevölkerung passiven Widerstand leistete, waren zunächst nicht in der Lage, die Kontrolle über das Leben im besetzten Land zu gewinnen. Die Führung der UdSSR sah sich gezwungen, mit der Spitze der tschechoslowakischen Partei- und Staatsführung, die sie eigentlich stürzen wollte, zu verhandeln. Herausgekommen sind die sogenannten Moskauer Protokolle, die den Aufenthalt der Warschauer Pakt-Truppen in der ČSSR legalisierten.⁷⁸ Dubček mußte die politischen Reformen, soweit sie auf Parteien- und Organisationspluralismus hinausliefen, zurücknehmen und die Zensur wieder einführen. Die kurz zuvor für das Planjahr 1969 beschlossenen Wirtschaftsreformschritte wurden jedoch »im Großen und Ganzen«⁷⁹ beibehalten. Das entsprach einem Vorsatz, den die »Fünf« im Juli in einem Brief an die tschechoslowakische Führung verkündet hatten und in dem sie versicherten, sich »nicht in die Methoden der Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft der Tschechoslowakei« einmischen zu wollen.⁸⁰ Dieses Versprechen entsprach auch der prinzipiellen sowjetischen Haltung gegenüber den *Wirtschaftsreformen* in den anderen Ländern der »sozialistischen Staatengemeinschaft«. Auch Ulbricht hatte von Breschnew 1966 eine entsprechende Zusicherung erhalten.⁸¹ Das sowjetische Reformmuster wurde von Breshnew bzw. Kossygin für die »sozialistische Staatengemeinschaft« nicht als Maßstab vorgegeben.

77 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: *Eastern Europe since 1945*. Houndmills 1998. S. 143f.

78 Siehe Jiří Pokorný: *Die böhmischen Länder 1918–1994*. Prag 1994. S. 36.

79 Włodzimierz Brus: *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa*. Köln 1986. S. 365.

80 Siehe Gemeinsamer Brief der Zentralkomitees der Kommunistischen und Arbeiterparteien Bulgariens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, Polens und der Sowjetunion an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*. Bd. 12. Berlin 1972. S. 86.

81 Zitiert in André Steiner: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*. Berlin 1999. S. 108.

6. DIE TSCHECHOSLOWAKEI ALS VORREITER BEI DER BEENDIGUNG DES ZWEITEN OSTEUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSREFORMZYKLUS

Mußten auch mit der erzwungenen Rücknahme der Ansätze eines pluralistischen politischen Systems nicht nur in der ČSSR, sondern in allen osteuropäischen RGW-Ländern die Hoffnungen auf eine alle Bereiche der Gesellschaft umfassende Reform zu Grabe getragen werden – oder anders ausgedrückt – gingen seit Ende August 1968 von Prag bezüglich der Reformierung der Gesellschaft nur noch negative Impulse aus – so sah es doch auch nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt-Truppen noch so aus, als würden die Wirtschaftsreformen in den Nachbarländern der Tschechoslowakei vom Ende des »Prager Frühlings« unberührt bleiben bzw. von der konsequenten Weiterführung der Wirtschaftsreform, insbesondere ihres jüngsten, wirtschaftsdemokratischen Teils in der ČSSR sogar positive Impulse für die benachbarten Staaten ausgehen können. Doch diese Annahme, so gut begründet sie auch schien, sollte sich als Irrtum erweisen.

Bald war nicht mehr zu übersehen, daß die Reformbefürworter in den Parteiführungen der osteuropäischen Länder durch den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die Tschechoslowakei deutlich geschwächt worden waren. Die Reformgegner fühlten sich durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei in ihrer Auffassung bestätigt, daß *jede* Wirtschaftsreform den Keim politischer Instabilität in sich trage. Angesichts der durch einseitige Interpretation des »Prager Frühlings« als Konterrevolution von den Reformgegnern konstruierten scheinbar erdrückenden Beweislast ging in diesen Staaten ein Teil der Reformskeptiker ins Lager der Reformgegner über. Die Reformbefürworter innerhalb der Parteiführungen der realsozialistischen Länder befanden sich seit dem August 1968 in der Defensive, sie hatten die Beibehaltung bzw. Fortführung der Wirtschaftsreformen öffentlich und intern zu rechtfertigen und mindestens nachzuweisen, daß »ihre« Reformen keinesfalls »konterrevolutionäre Entwicklungen« begünstigen.

Innerhalb der »sozialistischen Staatengemeinschaft« unter größtem Druck stand auf den ersten Blick die ungarische Parteiführung unter Kádár, zumal sich die von ihr initiierte Wirtschaftsreform zum Zeitpunkt des Einmarsches der Warschauer Truppen noch in der – für die Jahre 1968 und 1969 geplanten – Einführungsphase befand. Die ungarischen Reformbefürworter waren in einer intensiven Kampagne bemüht, nach-

zuweisen, daß mit dem »Neuen Ökonomischen Mechanismus« (NÖM) von vornherein und ausschließlich Verbesserungen im ökonomischen Bereich angestrebt worden waren. Dabei kam den ungarischen Reformprotagonisten zugute, daß Arbeiterräte, die den Belegschaften ein deutliches Mitspracherecht in den Betrieben gestattet hätten und die in der letzten Phase der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform eine wesentliche Rolle spielten, im ungarischen Reformprogramm keinen Platz gefunden hatten.⁸² Die Position der ungarischen Reformierer erwies sich als stark genug, die Verwirklichung des einmal beschlossenen »Neuen ökonomischen Mechanismus« nach dem August 1968 ohne Abstriche fortzusetzen; sie mußten auf eine unter Führung des »Chefarchitekten« der ungarischen Wirtschaftsreform Reszö Nyers bereits konzipierte »zweite Stufe« der Wirtschaftsreform, die u. a. die Einführung einer Art Kapitalmarkt vorsah, jedoch verzichten.⁸³

Die Wirtschaftsreform fortzuführen, versuchte auch Walter Ulbricht in der DDR. Hier besaßen die Reformgegner und -skeptiker, auf deren Seite Honecker, der zweite Mann in der Parteiführung und designierte Nachfolger Ulbrichts, stand, allerdings bedeutend stärkere Positionen. Ulbricht, durch seine anfangs geäußerten Sympathien für Dubček in den Augen der Reformgegner belastet, konnte sich nicht darauf beschränken, den rein wirtschaftlichen Charakter seines inzwischen vom »Neuen ökonomischen System« zum »ökonomischen Systems des Sozialismus« mutierten Reformprogramms zu betonen. Die offene und öffentlich in der Fachpresse geführten Diskussionen der Wirtschaftswissenschaftler über das Verhältnis Plan und Markt wurde ab 1968 seitens der SED-Führung nicht länger geduldet. Prominente Wirtschaftswissenschaftler wie Gunther Kohlmey und Fritz Behrens, die in ihren wirtschaftstheoretischen Überlegungen dem Markt mehr Verantwortung bei der Entwicklung der Volkswirtschaft einräumten, als dies in den staatlichen Reformprogrammen bisher vorgesehen war, wurden scharf gerügt. Nur

82 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986. S. 175. – Lediglich die Rechte der Gewerkschaften waren gestärkt worden (siehe *The Hungarian Economic Reform as Reflected in the Parliamentary Debate* (12–14. July 1968). In: *Radio Free Europe. East Europe (Hungary)* vom 31. August 1967. S. 11).

83 Siehe Nigel Swain: *The Vysegrad Countries of Eastern Europe*. In: Bernard J. Foley (Hrsg.): *European Economies Since the Second World War*. New York 1998. S. 188.

noch jene Wirtschaftswissenschaftler, die die »gegen den Sozialismus gerichtete sogenannte ›marktwirtschaftliche Konzeption« verwarfen, erhielten ab 1969 in den Printmedien Gelegenheit, ihre Auffassungen vorzustellen.⁸⁴

Am unmittelbarsten reagierte die bulgarische Parteiführung unter Todor Shiwkow auf den »Prager Frühling«. Entsprechend einem bereits im Juli 1968 gefaßten Beschluß des Zentralkomitees wurde das Reformprogramm durch das Dekret Nr. 50 des Ministerrats, betitelt »Die schrittweise Einführung und weitere Entwicklung des Neuen Systems der Ökonomischen Leitung«, in drei wesentlichen Punkten verändert. Erstens wurde die Planung »von oben« durch veränderte Interpretation dessen, welche Ziele unbedingt zentral festgelegt werden müßten, gestärkt. Zweitens beschnitt das Dekret Nr. 50 die Rechte der Betriebe, eigenverantwortlich über den Umfang und die Verwendung ihres Lohnfonds zu bestimmen. Drittens wurde die Kategorie »freie Preise«, deren Höhe durch die Betriebe selbst festgelegt werden konnte, aus dem Reformprogramm eliminiert. Parallel dazu schränkte Shiwkow die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung ein. Die 1963 geschaffenen »Produktionskomitees« wurden 1969 dem Werkdirektor unterstellt und verloren damit die ihnen anfangs zugesprochene bescheidende Autonomie.⁸⁵

Die Reaktionen auf den »Prager Frühling« in Bulgarien ließen sich nicht allein aus dem Druck der internen Reformgegner oder der in der kommunistischen Führung Bulgariens besonders ausgeprägten Orientierung am sowjetischen Beispiel erklären. Bulgarien hatte, als es den Weg der Wirtschaftsreformen beschritt, weit weniger unter dem Druck unzureichender wirtschaftlicher Wachstumsraten gestanden als etwa die Tschechoslowakei, die DDR oder Ungarn. Obwohl die Wachstumsraten des bulgarischen Nationaleinkommens in der ersten Hälfte der sechziger Jahre deutlich niedriger waren als im Jahrfünft zuvor, waren sie noch hoch und besorgniserregende Rückgänge wie in der Tschechoslowakei oder der DDR hatte es Anfang der sechziger Jahre nicht gegeben. Bulgarien

84 Siehe Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*. Marburg 1998. S. 169.

85 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986. S. 220.

verfügte auch in den sechziger Jahren noch über beträchtliche Arbeitskräftereserven.⁸⁶ Auch war die bulgarische Volkswirtschaft durchaus noch in der Lage, mit extensiven Wachstumsmethoden hohe Zuwachsraten zu erzielen. Anders als z. B. in der DDR oder Ungarn, war nach der Rücknahme von Reformmaßnahmen nicht mit einem erneuten Absinken der wirtschaftlichen Wachstumsraten zu rechnen. Unter diesen Umständen blieb es für Shiwkow verhältnismäßig risikolos, durch die Teildemontage der Wirtschaftsreform die Reformgegner in der Führung der BKP zu beschwichtigen.

Ähnlich wie in Bulgarien war in den sechziger Jahren die ökonomische Situation in Rumänien. Das Land konnte auf der Basis extensiver Wachstumsfaktoren in der Industrie noch Wachstumsraten erzielen, die mehr als doppelt so hoch waren, wie in der DDR bzw. der Tschechoslowakei oder Ungarn.⁸⁷ Zu Reformmaßnahmen entschloß sich Nicolae Ceausescu, der 1965 Parteichef geworden war, erst im Oktober 1967. Die rumänische Wirtschaftsreform stand selbst hinter der sowjetischen noch zurück. Eine unmittelbare Reaktion auf den »Prager Frühling« gab es in Rumänien aus politischen Gründen – Ceausescus latenten Antisowjetismus⁸⁸ – nicht. Die Umgestaltungen in der Wirtschaftslenkung wurden im Oktober 1969 mit einer Verwaltungsreform einen Schritt weitergeführt, ohne daß sie dadurch an Tiefe gewonnen hätten.⁸⁹

Auch in der Sowjetunion blieb der »Prager Frühling« nicht ohne Einfluß auf den weiteren Verlauf der Wirtschaftsreform. Die seit Januar 1966 betriebene sukzessive Einführung des neuen Leitungs- und Planungssystems in verschiedenen Wirtschaftszweigen kam 1969 zum Stillstand. Der Übergang aller Wirtschaftseinheiten auf die Bedingungen der Wirtschaftsreform wurde auf den nächsten Fünfjahrplanzeitraum (1971 bis 1975) verschoben.⁹⁰

In der Tschechoslowakei teilten die seit dem Spätsommer 1968 an Einfluß gewinnenden Konservativen um Vasil Bilak, Loubomir Strougal

86 Siehe *Statističeskij e•egodnik stran-členov SEV 1970*. Moskau o. J. [1970]. S. 21.

87 Siehe *Statističeskij e•egodnik stran-členov SEV 1971*. Moskau 1971. S. 59.

88 Siehe Thomas Kunze: Nicolae Ceausescu. Eine Biographie. Berlin 2000. S. 158.

89 Siehe Michael Kaser (Hrsg./)Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: Institutional Change Within a Planned Economy. Oxford 1986. S. 222–224.

90 Siehe Jörg Roesler: Wirtschaftsreformen und Wirtschaftswachstum in den europäischen Mitgliedsländern des RGW. In: *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas*. Bd. 30. Berlin 1986. S. 31.

und Alois Indra die Auffassung der Orthodoxen in anderen realsozialistischen Ländern Osteuropas, daß die Fortführung der Wirtschaftsreformen den Keim erneuter politischer Instabilitäten in sich trüge. Spontane Demonstrationen, wie die nach einem Eishockeysieg der ČSSR-Nationalmannschaft über das sowjetische Team,⁹¹ aber auch zunehmende Inflation und der Verfall der Arbeits- und Produktionsdisziplin in der Industrie,⁹² trugen Mitte April 1969 zur Rechtfertigung der Ablösung der bisherigen Partei- und Staatsführung unter Dubček durch Gustav Husak und zur Rücknahme der Kernbestimmungen der Wirtschaftsreform bei. Symptomatisch war, daß im Focus der Reformdemontage die Institution der Arbeiterräte stand, die allein von der Demokratisierungsphase zwischen Januar und August 1968 übrig geblieben war. Ab Mai 1969 war die Neubildung von Arbeiterräten verboten; die bestehenden Arbeiterräte wurden später im Jahr beseitigt.⁹³ Die ersten Schritte zur Wiederherstellung der Planung auf der Grundlage verbindlicher Kennziffern wurden im zweiten Halbjahr 1969 unternommen.⁹⁴

Die von der Niederschlagung des »Prager Frühlings« ausgehenden negativen Impulse auf den Wirtschaftsreformzyklus der osteuropäischen realsozialistischen Länder hatten dort 1968/1969 zum Abstoppen weitergehender Reformdiskussionen über die zukünftige Gestaltung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, zum Verzicht auf wirtschaftsdemokratische Elemente in der Reform, zu Verzögerungen bei der schrittweisen Einführung der in den Programmen bereits fixierten Reformmaßnahmen geführt, die Wirtschaftsreformen als Gesamtkonzept jedoch noch nicht in Frage gestellt. Das geschah erst ab 1970/1971 und hierbei erwies sich die Tschechoslowakei als Vorreiter. Die neue tschechoslowakische Führung unter Gustav Husak fixierte als erstes die ab dem zweiten Halbjahr 1969 unternommenen Maßnahmen zur Abkehr von Marktregulierung, Steuerung über ökonomische Anreize, Dezentralisierung mit der Regierungsverfügung 204/1971 unter dem Titel »Prinzipien zur planvollen

91 Siehe Jiří Pokorný. Die böhmischen Länder 1918–1994. Prag 1994. S. 37.

92 Siehe Włodzimierz Brus: Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa. Köln 1986. S. 366.

93 Siehe Jiří Pernes: Gewerkschaften und Arbeiterselbstverwaltung in der Tschechoslowakei der sechziger Jahre. In: Christoph Boyer (Hrsg.): Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich. Frankfurt am Main 2006. S. 432f.

94 Siehe ebenda. S. 366f.

Führung der Wirtschaft, gültig ab 1972« gesetzlich.⁹⁵ Dadurch erhielt die von Husak verfolgte Politik der »Normalisierung« auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsverfassung ihr Programm.⁹⁶

In der DDR vollzog sich die Demontage der Wirtschaftsreform nach dem Sturz Ulbrichts, beginnend mit dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 unter Honecker eher schleichend.⁹⁷ Ein neues Leitungs- und Planungssystem entstand bis Ende 1971 »ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept mit einer Reihe von Einzelbeschlüssen zum Lenkungs- und Koordinationsmechanismus, der güterwirtschaftlich und zentral orientiert war«,⁹⁸ auch wenn Günter Mittag noch im Juni 1972 verkündete, daß es in der Wirtschaft darum gehe, »das ökonomische System des Sozialismus auszugestalten«.⁹⁹

Wie in der ČSSR und auch in der DDR erwiesen sich die Positionen der Reformbefürworter in den Parteiführungen der anderen europäischen RGW-Länder durch die Folgen des »Prager Frühlings« deutlich geschwächt, die der Reformskeptiker bzw. -gegner dagegen gestärkt. Die Reformgegner erreichten in der ersten Hälfte der siebziger Jahre unter Hinweis auf die mit der schrittweisen Einführung der Reformen und dem dadurch verursachten Nebeneinanderbestehen von alten und neuen Wirtschaftslenkungsmaßnahmen resultierenden Reibungsverluste¹⁰⁰ sowie unter Ausnutzung der zunehmenden Enttäuschung der Arbeiterschaft über die Reformergebnisse, daß die Wirtschaftsreformen immer mehr an Schwung verloren und Maßnahme für Maßnahme zurückgenommen wurden.

In Bulgarien schuf man 1973 neue Industrieministerien, die den Entscheidungsspielraum der Betriebsvereinigungen beschränkten,¹⁰¹ In Rumä-

95 Siehe ebenda. S. 367.

96 Siehe Václav Prucha: *Continuity and Discontinuity in the Economic Development of Czechoslovakia, 1918-1991*. In: Alice Teichova (Hrsg.): *Central Europe in the Twentieth Century. An Economic History*, Aldershot, Brookfield 1997. S. 32.

97 Siehe Jörg Roesler: *Honeckers Schachzug. Warum das Ende des NÖS in der DDR keine Proteste hervorrief*. In: *Deutschland Archiv. Opladen* (2003)3. S. 448–454.

98 André Steiner: *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*. Berlin 1999. S. 58.

99 Günter Mittag: *Konsequent auf dem Kurs der Hauptaufgabe. Ausgewählte Reden und Aufsätze*. Berlin 1986. S. 48.

100 Siehe Barry Eichengreen: *The European Economy since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond*. Princeton/Oxford 2007. S. 147.

101 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: *Eastern Europe since 1945*. Houndmills 1998. S. 150.

nien wurden 1974 den Produktionsvereinigungen (»centrale«), Herzstück der Wirtschaftsreform, die Rechte weitgehend wieder abgesprochen. Die Neuinvestitionen blieben gänzlich unter der Kontrolle der zentralen wirtschaftsleitenden Organe.¹⁰²

In der Sowjetunion ersetzte Breschnew auf dem XIV. Parteikongreß der KPdSU 1971 den Begriff Wirtschaftsreform durch die Formulierung »Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus«.¹⁰³ Von einer Weiterführung der 1966 eingeleiteten Reform war nach dem Parteitag in der UdSSR nicht mehr die Rede. 1973 scheiterte Kossygin's letzter Reformversuch.¹⁰⁴

Selbst in Ungarn mußten die Reformprotagonisten im Ergebnis der Niederschlagung des »Prager Frühlings« gewisse Abstriche an der Wirtschaftsreform hinnehmen.¹⁰⁵ Die Reformgegner konnten auf einem Plenum des ZK der USAP ihre Auffassung durchsetzen, »daß auf bestimmten Gebieten die Reform nicht in die gewünschte Richtung lief«. Folgerichtig wurden 1973 »privilegierte Unternehmen« geschaffen, für die die weitgehende Orientierung am Markt nicht länger galt. Auf diese Betriebe entfielen in der Industrie immerhin fast zwei Drittel der Kapitalfonds, die Hälfte der Produktion und 60 Prozent des Exports.¹⁰⁶ Ein Jahr später mußte auch Reszö Nyers, der »Chefarchitekt« der ungarischen Wirtschaftsreform, seine vor mehr als einem Jahrzehnt übernommene einflußreiche Stellung aufgeben.¹⁰⁷

102 Siehe Michael Kaser (Hrsg./Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986. S. 224.

103 Hans-Hermann Höhmann: *Der erstarrte Koloss. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik der UdSSR in der Ära Breschnew*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Bonn (1981)48. S. 31.

104 Siehe Stefan Plaggenborg: *Reformen in der Sowjetunion 1963–1991*. In: Christoph Boyer (Hrsg.): *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei*, Frankfurt am Main 2007. S. 34–36.

105 Siehe Ivan T. Berend: *Plan and Market in the Hungarian Model of 1960–1980*. In: Erik Aerts/Alan S. Milward (Hrsg.): *Economic Planning in the Post-1945-Period*. Leuven 1990. S. 13.

106 Siehe Michael Kaser (Hrsg./Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986. S. 183–185.

107 Siehe Geoffrey Swain/Nigel Swain: *Eastern Europe Since 1945*. Houndmills 1998. S. 162.

Polen machte zunächst eine Ausnahme. In diesem Land, daß hinsichtlich seines ökonomischen Entwicklungsstandes zwischen Rumänien und Bulgarien einerseits sowie der DDR und der Tschechoslowakei andererseits lag, zeigte sich Gomułka Anfang 1969 entschlossen, die Mitte der sechziger Jahre eingeleiteten Reformschritte weiterzuführen. Auf einem Parteitag im Jahre 1968 wurde ein neues »Programm der selektiven Entwicklung« verabschiedet, das intensives Wachstum sogar um den Preis zeitweiliger sozialer Beschränkungen zu forcieren gedachte. Die Bekanntgabe von Preiserhöhungen für Lebensmittel um fast 40 Prozent im Dezember 1970 führte zu Streiks und Arbeiterunruhen, in deren Gefolge der erste Sekretär der PVAP zurücktreten mußte.¹⁰⁸ Mit Gomułkas Nachfolger Edward Gierek behielten in Polen zwar die Reformbefürworter die Oberhand. Sie hatten zwar auf die Preiserhöhungen für Konsumgüter zu verzichten, nahmen aber die Arbeit an den wirtschaftlichen Reformprogrammen wieder auf. Im April 1972 wurde die polnische Wirtschaftsreform mit einem Beschluß zur »Verbesserung des Systems von Planung und Leitung« fortgesetzt.¹⁰⁹ Doch auch in Polen kam es im Verlaufe der nächsten Jahre zu Abstrichen am 1972 beschlossenen Reformprogramm. So konnten die neu geschaffenen Betriebsvereinigungen entgegen dem Programm nur über Ersatzinvestitionen eigenverantwortlich verfügen. Die noch bestehenden Arbeiterräte – immerhin 6.000 – lösten sich, da die Giereksche Wirtschaftsreform ihnen keine echten Mitentscheidungsrechte einräumte, fast sämtlich auf.¹¹⁰

7. ZUSAMMENFASSENDE BEMERKUNGEN

Wenn auch in keinem der realsozialistischen Länder, die in den sechziger Jahren Wirtschaftsreformen begonnen hatten, ein Rückzug auf das gleiche zentralistisch-administrative Wirtschaftssystem, das Anfang der sechziger Jahre für die realsozialistischen Länder Osteuropas charakteri-

108 Siehe Michael Kaser (Hrsg.)/Włodzimierz Brus (Hauptautor): *The Economic History of Eastern Europe*. Bd. 3: *Institutional Change Within a Planned Economy*. Oxford 1986. S. 195.

109 Siehe ebenda. S. 197f.

110 Siehe Helga Schultz: *Das sozialistische Projekt und die Arbeiter*. In: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): *Die DDR im Rückblick*. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Berlin 2007.

stisch war, vollzogen wurde,¹¹¹ so verloren doch bis 1974/1975 die Marktmechanismen in Osteuropa für die Steuerung der Wirtschaft generell an Bedeutung, reduzierte sich der Entscheidungsspielraum der Betriebe bzw. von Betriebszusammenschlüssen (in der DDR: VVB und Kombinate), wurden in größerem Ausmaß wieder materielle Plankennziffern verbindlich.

Die Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei war Bestandteil dieses Reformzyklus. Sie unterschied sich hinsichtlich der in der ersten Hälfte der sechziger Jahre einsetzenden Reformdiskussionen, bezüglich der Art und Weise, wie die zu Beschlüssen von Partei und Regierung erhobenen Wirtschaftsreformprogramme zustande kamen, nur unwesentlich von ihren osteuropäischen Nachbarn. Die tschechoslowakische Reformeinführung entsprach – bis hin zur Durchführung von Reformexperimenten in ausgewählten Wirtschaftszweigen und -betrieben – dem Muster der anderen realsozialistischen Staaten Osteuropas. Als Impulsgeber für andere wirkte in vielfältiger Hinsicht die tschechoslowakische Reformdiskussion, deren Ergebnisse vor allem in Ungarn, Polen und der DDR Anerkennung fanden.

Die anvisierte Tiefe der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform war mit der des »Neuen ökonomischen Mechanismus« in Ungarn vergleichbar und differierte nicht allzu sehr von der des NÖS in der DDR. Ungarische und tschechoslowakische Reformer waren sich bis zum Januar 1968 darüber einig, daß zwar die Betriebe größere Entscheidungsbefugnisse, die Betriebsbelegschaften aber kaum größere Partizipationsmöglichkeiten erhalten sollten. Der Unterschied zwischen der tschechoslowakischen und der ungarischen Wirtschaftsreform bestand bis zum Januar 1968 vor allem darin, daß die Reformprotagonisten in der ČSSR sich für eine schrittweise Einführung eines noch relativ allgemein formulierten Reformprogramms entschlossen hatten, das »nach vorn« noch offen war. Die ungarischen Reformer entschieden sich dagegen für eine detaillierte Ausarbeitung von Reformmaßnahmen und ihre Einführung en bloc zu einem festgesetzten Termin. Deutlich unterscheidbar von denen der Nachbarstaaten wurde der Reformzyklus in der ČSSR erst, als die Reformprotagonisten des Landes ab Januar 1968 die Kombi-

111 Siehe Christoph Boyer (Hrsg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt am Main 2007. S. XX.

nation von wirtschaftlicher und politischer Reform durchsetzten. Schon vorher hatte man sich in der Tschechoslowakei nicht von der in anderen Reformländern nach dem Ende der ersten Aufschwungphase vorgenommenen strikten Konzentration auf die wirtschaftliche Seite der Reform leiten lassen. Die Impulse, die zwischen Januar und August 1968 von der tschechoslowakischen Reform ausgingen, bezogen sich fast allein auf das politische Programm eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«; diese wurden von den Partei- und Staatsführungen der Nachbarländer zunehmend abgeblockt bzw. deren Anhänger im eigenen Land unterdrückt.

Seit dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR gingen von der Entwicklung in der Tschechoslowakei nur noch negative Impulse aus. Die Reformgegner in den Partei- und Staatsführungen konnten erstarken. Die Interpretation der »Prager Frühlings« als Konterrevolution erlaubte es ihnen, gegen die laufenden Wirtschaftsreformen mobil zu machen und die Reformskeptiker – in der Regel wohl die Mehrheit der politischen Klasse in den realsozialistischen Ländern Osteuropas – auf ihre Seite zu ziehen. In der letzten Phase des Reformzyklus – der ersten Hälfte der siebziger Jahre – übernahm die ČSSR die Rolle eines Vorreiters beim Abbau der Wirtschaftsreformen. Das bedeutete allerdings nicht, daß die wirtschaftliche »Normalisierung« in der ČSSR zum gültigen Muster für die anderen RGW-Länder wurde. In Ungarn behielt die dort 1968/1969 eingeführte Wirtschaftsreform weiterhin Gültigkeit, und in Polen konnte die Wiedereingangssetzung und Fortführung der Wirtschaftsreform 1972 beschlossen werden.

Hält sich der Historiker an die Wirtschaft, dann ordnen sich die Reformmaßnahmen der ČSSR in den zweiten Reformzyklus der realsozialistischen Staaten Osteuropas ein, wobei die tschechoslowakische Reform positiver Impulsgeber in der Aufstiegsphase der Reformen (1963–1967) und negativer Impulsgeber in der Abstiegsphase der Reformen (ab der zweiten Hälfte des Jahres 1968 bis etwa Mitte der siebziger Jahre) war. In den ersten acht Monaten des Jahres 1968 gingen noch positive Impulse von der tschechoslowakischen Reform aus, die aber selbst von den Reformprotagonisten in Partei und Regierung der realsozialistischen Länder zunehmend abgeblockt wurden. Im Falle Bulgariens waren bereits seit Juli 1968 eindeutig negative Folgen des »Prager Frühlings« für die dortige Wirtschaftsreform zu erkennen. Waren im Bereich der Wirtschaftsreform die positiven Impulse bis Ende 1967 vergleichsweise bescheiden und betrafen sie vorrangig die Diskussionen über die Tiefe der

Wirtschaftsreform in der DDR und in Ungarn, so waren die negativen Impulse seit Herbst 1968 vergleichsweise stark und betrafen – in unterschiedlicher Stärke – alle osteuropäischen Staaten mit Ausnahme von Jugoslawien und Albanien.

Während der Wirtschaftsreformzyklus in der DDR – wenn man einmal davon absieht, daß mit der Realisierung der Reformmaßnahmen deutlich früher als in der ČSSR begonnen wurde – hinsichtlich der Reformintensität bis Anfang 1968 in vielem dem der Tschechoslowakei ähnelte, stellte die ungarische Wirtschaftsreform ungeachtet einer vergleichbaren Reformintensität in vieler Hinsicht das Gegenstück zur tschechoslowakischen Reform dar – sowohl hinsichtlich der Art der Einführung – nicht schrittweise, sondern en bloc – als auch hinsichtlich des Verhältnisses von wirtschaftlicher und politischer Reform – hier eine Parallelentwicklung bis Ende 1967 und dann schließlich in Kombination beider, dort strikte Trennung und eine Politik der Beschränkung der Reformen auf die Wirtschaft von Anfang an. Die Gegensätzlichkeit bezieht sich auch auf den Ausgang der Reform: In der Tschechoslowakei kam es zur weitgehenden Demontage, für Ungarn galt die relativ späte und nur teilweise beeinträchtigte Weiterführung des »Neuen ökonomischen Mechanismus« ebenso wie seine volle Wiederherstellung schon 1978.¹¹²

112 Siehe Nigel Swain: *The Vysegrad Countries of Eastern Europe*. In: Bernard J. Foley (Hrsg.): *European Economies Since the Second World War*. New York 1998. S. 188.

ERNSTGERT KALBE

**Vom Ende der osteuropäischen Vielvölkerstaaten.
Europäische (EU-) Integration und (ost-) südosteuropäische
Desintegration (besonders am jugoslawischen Beispiel)**

Vorab eine Bemerkung zum Zusammenhang von europäischer Integration und osteuropäischer Desintegration. Der Untergang des Realsozialismus, dessen Ursachen hier nicht detailliert zu erörtern sind, hat einerseits den kapitalistischen EU-Integrationsprozeß beschleunigt und andererseits den Prozeß sowohl des Zerfalls multinationaler Vielvölkerstaaten als auch die Formierung nationaler Staatlichkeit in Osteuropa forciert, darunter einige kaum lebensfähige ethnische Kleinstaaten. Während die EU noch 1995 insgesamt 15 Staaten umfaßte, ist sie seither auf 27 angewachsen, darunter 2004 um Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechien und Zypern sowie 2007 um Bulgarien und Rumänien. Kroatien, Mazedonien und die Türkei erlangten 2005 den Status von Kandidatenländern, während Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo vorerst potentielle Beitrittsanwärter bleiben.

Sichtbar stellen kapitalistische Integration bürgerlicher Nationalstaaten – trotz mancher Widerstände – in supranationale internationale Vereinigungen, z. B. die Europäische Union (EU), sowie gleichzeitig die konfliktreiche postsozialistische Desintegration ehemals osteuropäischer Vielvölkerstaaten auf dem Wege in die westlich-kapitalistische »Moderne« zwei Seiten einer Medaille dar.

Dabei spielt offenbar das historische Paradoxon eine Rolle, wonach vormals rückständige Länder Osteuropas durch eine sozialistische Modernisierung und soziale Differenzierung – entgegen optimistischen Erwartungen auf postulierte internationalistische Annäherung – den Weg nachholender und zugleich auch divergierender nationaler Formierung beschritten – mitsamt einer dem gemäßen und häufig gegeneinander gerichteten Ideologie des Nationalismus.

Schon die faktische Auflösung der UdSSR durch den illegitimen Dreiergipfel der Präsidenten Rußlands (Jelzin), Belorußlands (Schuschkewitsch) und der Ukraine (Krawtschuk) von Beloweshsk bzw. das Minsker Abkommen vom Dezember 1991 markierten den Beginn des politischen Zerfallsprozesses Osteuropas, weit über die Grenzen des ehemaligen sowjetischen Unionsstaates und über den labilen Rahmen der GUS-Gründung hinaus: das betrifft die baltischen, die mittelasiatischen und kaukasischen Republiken, aber auch die Ukraine.

Dieser Prozeß erfaßte auch Ostmitteleuropa (Tschechien, Slowakei) und Südosteuropa, *besonders Jugoslawien*, das sowohl Bindeglied als auch Trennlinie des Balkans in den Nachkriegsordnungen bereits von Versailles 1919 wie später von Jalta und Potsdam 1945 darstellte.

Gerade die Zersplitterung des ehemaligen Jugoslawien macht deutlich, daß die heutige (süd-)osteuropäische »Neuordnung« noch nicht abgeschlossen ist.

Das betrifft offenkundig das quasi »selbständige« Kosovo und die zunehmend »zentrifugale« Vojvodina, aber auch die in sich regional differenzierten und multi-ethnisch gespaltenen Republiken Mazedonien und Bosnien-Herzegowina, die gewiß vor neuen Erschütterungen stehen.

Während etwa in Slowenien und Kroatien inzwischen ethnisch weitgehend »reine« Republiken entstanden sind, bilden sich in anderen Republiken, so durch gewaltsame Vertreibung, durch Aus- und Umsiedlungen, ethnisch nunmehr »entmischte« Gebiete, etwa in Bosnien-Herzegowina die sogenannten »Entitäten« der südslawischen Muslime, der herzegowinischen Kroaten und bosnischen Serben, oder schließlich in Mazedonien Regionen, die entweder von Südslawen oder Albanern dominiert werden.

Das Aufleben »national« motivierter Bewegungen ist *einerseits* der Ausdruck für eine verspätete Nationwerdung ehemals unterdrückter Völker in den vormals multi-ethnischen bzw. multi-nationalen Großreichen des Ostens – und insoweit objektiv bedingt; *andererseits* aber verkörpern solche Bewegungen zugleich die von intervenierenden westlichen Großmächten instrumentalisierten Triebkräfte für eine ethnisch-nationale Parzellierung osteuropäischer Länder. Das bildet den brisanten Hintergrund für die aktuelle geopolitische Herrschaft über die Kleinstaaten Osteuropas und deren Integration in politische und wirtschaftliche Strukturen des Westens – wie EU und NATO.

Zu große Brocken aber – wie Rußland, auch die Ukraine – bleiben vor der Tür, wengleich auch hier sezessionistische Bewegungen stimu-

liert wurden/werden, die im russischen Falle – in der Folge des Abkommens von Beloweshsk – den Staat schrittweise in etwa auf die Größe des Vor- bzw. Petrinischen Rußlands zurückstutzten, während in der Westukraine ehemals polnisch-katholische Traditionen wiederbelebt werden.

Der Untergang des osteuropäischen Realsozialismus, dessen Bewertung zur Zeit von nostalgischer Verklärung bis zu kategorischer Verteufelung schwankt, verbaut häufig den kritischen Blick auf die aktuelle Situation in dieser Region, die durch einen Crashkurs auf den Übergang in ein globales kapitalistisches System getrimmt wurde: *wirtschaftlich* als ausgebeutetes Marktanhängsel, als Rohstoffbasis, als verlängerte Werkbank internationaler Unternehmen, als profitables Areal für billige zweigstrukturelle Niederlassungen von weltweiten Konzernen; *politisch* als Glacis für globale Expansion und militärische Aktionsbasis, evtl. auch als Manövrierfeld interimperialistischer Konkurrenz.

I. ZU DEN POLITISCHEN KONSTELLATIONEN:

Die Länder Ost- und Südosteuropas unterliegen einem gravierenden sozial-politischen *Strukturwandel*, der zu einer starken sozialen Differenzierung der Bevölkerung in arm und reich, zur Aufwertung *nationaler Identitäten* wie ethnischer Unterschiede sowie zu variablen und instabilen *Kräfteverhältnissen* zwischen den politischen Akteuren führt, was die Möglichkeit politischer Konflikte, sozialer Eruptionen und nationaler Konfrontationen einschließt.

Insgesamt ist ein noch immer in Veränderung begriffenes Vielparteiensystem entstanden, das die im Umbruch befindliche Sozialstruktur reflektiert und auch äußeren Einflüssen unterliegt. Das erklärt den nur bedingten Rückgriff auf das tradierte Parteiengefüge der Zwischenkriegsperiode, das dem sozial-politischen Strukturwandel der postsozialistischen Periode nicht entspreche.

Das aktuelle politische Parteiensystem in ost-(südost-)europäischen Ländern wird zugleich vielfältig von nationalen Strukturen und Ansprüchen geprägt, die dem sozialen Anliegen ihrer Mitglieder häufig nicht gerecht werden.

– Während traditionelle linke Kräfte und Parteien generell zurückgedrängt wurden, sind rechte und nationalistische Gruppierungen im Vormarsch; die vormals kommunistischen Parteien haben sich stark differenziert; sie

sind entweder geschwächt oder haben sich sozialdemokratisch gewendet; sie sind einem Mitgliederschwund sowie sozialer Umschichtung unterworfen, wobei die Intelligenz deutlich eine zunehmende Rolle spielt.

– Oftmals existiert ein veränderliches Patt zwischen bürgerlich-konservativen und sozial-reformerischen Kräften in vielen der neu-demokratischen Länder, was gesellschaftliche Krisen wie politischen Wechsel in sich einschließt. Das äußert sich in der häufigen Abfolge von rechtskonservativen und sozialdemokratischen Regierungen und vice versa in der Region.

Für Serbien z. B. gilt ein annäherndes Gleichgewicht zwischen: einerseits Demokratischer Partei (DS; Boris Tadić) und der Radikalen Partei (SRS; Vojislav Šešelj, Tomislav Nikolić) sowie zwischen Demokratischer Partei Serbiens (DSS; Vojislav Koštunica) und Sozialistischer Partei (SPS; Ivica Dačić) andererseits, die – nach dem Druck der EU auf den besiegten Feindstaat Serbien – inzwischen politisch alle auf einen pro-europäischen Kurs eingeschwenkt sind, was selbst die ehemalige Milošević-Partei SPS betrifft.

In Montenegro, dessen antiserbischer Kurs von der EU – trotz mafioser Strukturen und Geschäfte – honoriert wird, besteht innenpolitisch ein ähnlich gleiches Kräfteverhältnis zwischen: Demokratischer Partei der Sozialisten (DPS; Filip Vujanović) und der Serbischer Liste (Andrija Mandić), deren Zentrum die Sozialistische Volkspartei (SNP; Milutinović/Srdjan Milić) ist.

In Slowenien sehen sich die Sozialdemokraten (SD; Borut Pahor) mit der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS; Joze Tanko) konfrontiert, wobei sich hier innenpolitische Konflikte angesichts positiver wirtschaftlicher Entwicklung in Grenzen halten, während außenpolitische Gegensätze mit Kroatien jüngst wegen begrenzter Zugänge zur Adria eskalierten.

In Kroatien konkurrieren die rechtsgerichtete, seinerzeit von Franjo Tuđman gegründete Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ; Vors. Stjepan (Stipe) Mesić, Ivo Sanader) und die Sozialdemokratische Partei (SDP), nicht zuletzt um die Haltung zur serbischen Frage, die im Gefolge des Krieges von 1995 – nach der Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus der »Krajina«, der ehemaligen Habsburger Militärgrenze – weiterhin latent wirksam ist.

In Mazedonien, das historisch wiederholt von kontroversen Ambitionen seiner konkurrierenden vier Nachbarn (Albanien, Bulgarien, Griechen-

land, Serbien) eingekreist ist, stehen das eher konservative slawische Wahlbündnis »Für ein besseres Mazedonien« unter Regie der »Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation« (VMRO-DPMNE) und das Wahlbündnis Sonne/Sozialdemokratische Union (SDSM) gegen die beiden – ebenfalls konkurrierenden – ethnischen Albanerparteien »Demokratische Union für Integration« (DUI) und »Demokratische Partei der Albaner« (DPA), die – nach dem oktroyierten Abkommen von 2001 in Ohrid/Ochrida – nunmehr in drei von acht Regionen die ethnische Mehrheit bilden und Macht ausüben.

In Bosnien-Herzegowina besteht – seit dem Abkommen von Dayton (Ende 1995) – ebenfalls eine ethnisch-politische Parteienstruktur in drei nationalen »Entitäten«: die bosnisch-islamische Partei der Demokratischen Aktion (SDA; Tihić, davor Alija Izetbegović), die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ-BiH; Čović bzw. Ljubić), die Serbische Demokratische Partei (SDS; Bošić, davor Karadžić), die in ihren jeweiligen Landesteilen das Sagen haben, während gesamtstaatliche Parteien wie die »Partei für Bosnien-Herzegowina« (SBiH; Haris Silajđić) oder die Sozialdemokratische Partei für Bosnien und Herzegowina (SDP; Lagumdžija) bzw. die »Unabhängigen Sozialdemokraten« (SNSD; Milorad Dodik), gleichviel ob an der Regierung oder in der Opposition, sich vergeblich um gesamtstaatliche Politik mühen.

Der aktuelle Vorsitzende des Staatspräsidiums von Bosnien-Herzegowina, Silajđić, hat mit seiner SBiH (Gemeinschaft BiH) schlechte Karten, weshalb er selbst eine mögliche Aufkündigung des Dayton-Abkommens vor der UNO-Tribüne beschwor.

Die Aufspaltung von Bosnien-Herzegowina als staatsrechtliche Föderation stellt unverändert eine reale Gefahr dar, was Anhänger in allen ethnischen »Entitäten« hat: der serbischen um Banja Luka, der muslimischen um Sarajevo, der kroatischen um Mostar. Selbst der Hohe Repräsentant der EU in Bosnien-Herzegowina, der Slowake Miroslav Lajčák, befürchtet die Spaltung des Landes, trotz eines EU-Abkommens über Assoziierung und Stabilisierung mit Bosnien-Herzegowina, woran die EU – im Unterschied zu anderen multiethnischen Ländern – aus schwer nachvollziehbaren Gründen – unverändert festhält.

Aus vorgenannter Auflistung geht hervor, daß vor allem in multi-ethnischen Staaten – wie Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien – ethnisch-nationale Parteien die politischen Strukturen prägen, was nur schwerlich in ein Rechts-Links-Schema einzuordnen ist.

Nochmals zurück zu *Mazedonien*: hier konkurrieren – wie bereits erwähnt – die eher rechts-nationale slawische Partei VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Nationalen Einheit) um Branko Crvenkovski, Boris Trajkov und Nikola Gruevski als Kern der Koalition »für ein besseres Mazedonien« mit dem sozialdemokratischen Wahlbündnis »Sonne« um die Macht, während die mazedonischen Albanerparteien DUI (Demokratische Union für Integration) und DPA (Demokratische Partei der Albaner) mit zeitlich wechselnden Optionen in Regierungsbeteiligung (DUI) oder Opposition (DPA) wohl an politischem Einfluß gewinnen, durch ihre interne Konkurrenz bislang die Gefahr der territorialen Spaltung bannen, zumal sich alle politischen und ethnischen Parteien der griechischen Intervention selbst gegen den Landesnamen erwehren müssen, was die UNO zum Formelkompromiß vom FYROM-Staat Frühere Jugoslawische Republik Mazedonien zwang.

Im Staat *Albanien* selbst, der albanische Minderheiten bei den Nachbarn Mazedonien, Montenegro, Serbien und Griechenland instrumentalisieren und dabei auch großalbanische Träume nähren kann, stehen sich die konservative Demokratische Partei (DP; Sali Berisha) im islamischen Norden und die Sozialistische Partei (SP; Edi Rama, früher Fatos Nano) im christlichen Süden des Landes gegenüber.

Während man aktuell (aber nicht unveränderlich) von einem Übergewicht rechtsorientierter bürgerlicher Parteien in Kroatien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und auch Albanien ausgehen kann, lagen bisher in Bulgarien, Ungarn und Slowenien linksorientierte Parteien vorn – soweit man dieses Einordnungsschema überhaupt anwenden kann. In Bulgarien wird sich die Situation nach dem Wahlsieg der neuen Mitte-Rechts-Partei GERB (Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens) des Sofioter Oberbürgermeisters Bojko Borisov im Juli 2009 gewiß ändern.

In *Rumänien* regierte seit 2004 eine eher *rechte Minderheitsregierung* der Nationalliberalen Partei (PNL) unter Calin Popescu Tariceanu mit Unterstützung des Demokratischen Verbands der Ungarn in Rumänien (UDMR), seit Dezember 2008 eine Mitte-Rechts-Regierung der Liberaldemokraten (PDL) und Sozialdemokraten (PSD) unter Emil Boc, die im Oktober 2009 einem Mißtrauensvotum unterlag und abtreten muß. Damit verschärft sich kurz vor der Präsidentschaftswahl die innenpolitische Krise im Lande, wobei Nationalliberale (PNL), Liberaldemokraten (PDL) und Sozialdemokraten (PSD) – wie im bürgerlichen Rumänien

der Zwischenkriegszeit – um Macht und Einfluß konkurrieren.

In *Ungarn* dagegen amtierte von 1998 bis Mai 2002 eine rechtsbürgerliche Koalition von FIDESZ, Partei der Kleinen Landwirte und Demokratischem Forum (MDF), abgelöst von einer Sozialliberalen Koalition zwischen 2002 und 2009 unter Ferenc Gyurcsany, die im April 2009 wegen des Austritts der Liberalen (SZDSZ) zunächst durch eine eher *linke Minderheitsregierung* der Sozialistischen Partei (MSZP) unter Gordon Bajnai ersetzt wurde und der kein langes Leben prophezeit wird.

Das *bulgarische Beispiel* ist für die Region insofern exemplarisch, als es für wiederholten politischen Wechsel – zwischen mitunter schier unvereinbaren Partnern – steht: hier regierten über mehrere Jahre nacheinander erst die gewendeten Sozialisten (Stanišev), danach die eindeutig rechte »Union Demokratischer Kräfte« (UDK), dann die promonarchistische »Nationale Bewegung Simeon II.« (NDS) und schließlich eine »Koalition für Bulgarien« unter Dominanz der Sozialisten (SPS), die ein seltsames Bündnis mit der NDS-Bewegung des heimgekehrten Zarensohnes Simeon sowie mit der Partei der türkischen Minderheit »Bewegung für Rechte und Freiheiten« (DPS) eingegangen ist. Daneben agiert seit Beginn des neuen Jahrhunderts eine Bewegung »Ataka«, die zur Reserve für rechte nationalistische Kräfte geworden ist. Bei jüngsten Wahlen im Juli 2009 hat überraschend die neue Rechtsbewegung des Sofioter Oberbürgermeisters, Bojko Borisov, GERB (Bürger für Europäische Entwicklung Bulgariens) 40 Prozent der Parlamentsmandate gewonnen und wird mit ihrem Co-Vorsitzenden Cvetan Cvetanov wohl den Regierungschef stellen, während die Zarenpartei Simeons (NDS) unter die Vier-Prozent-Hürde abgestürzt ist. Die Sozialisten (SPS) sind auf knapp 18 Prozent und die Türkenpartei auf gut 14 Prozent zurückgefallen.

Übrigens gilt auch für Tschechien, das uns hier nicht weiter beschäftigen soll, der unstete Wechsel zwischen der rechten ODS (der Bürgerpartei von Vaclav Klaus und Jiří Topolanek) und der CSSD (Sozialdemokratie von Jiří Paroubek), zuletzt – nach regionalen Wahlen – mit umgekehrten Mehrheiten/Vorzeichen in oberen und unteren Machttagen.

Daraus läßt sich nur folgern, daß in vielen Ländern weitere Verschiebungen der Machtverhältnisse aus einem noch immer unausgegorenen politischen und sozialen Strukturwandel zu erwarten sind.

Im Hintergrund häufiger Regierungswechsel von Rechts-Mitte-Koalitionen zu Mitte-Links-Bündnissen stehen die unerfüllten Hoffnungen zahlreicher Wechselwähler, die immer wieder neue Erwartungen in stets uneingelöste Versprechungen ausländischer Investoren und der jeweiligen inneren Opposition setzen.

Hinzu tritt die diffizile nationale Problematik in einer Region multiethnischer Siedlungsgebiete, die national einheitliche Staaten ausschließt, es sei denn per Aus- und Umsiedlung von Minderheiten wie in Kroatien oder dem Kosovo, was wiederum Konflikte schürt.

II. ZUR NATIONALEN PROBLEMATIK:

Mir geht es sehr darum zu verdeutlichen, daß die politischen Strukturen, Parteien und Regierungskoalitionen sehr von nationalen Programmen und Ambitionen geprägt werden, häufig stärker als von sozialen Interessen und Zielen, was diese Länder freilich anfällig für nationale Konflikte im Inneren und lenkbar für äußere Mächte und Konstellationen – wie der USA und EU – macht. Die territoriale Aufspaltung und innenpolitische Zersplitterung vieler osteuropäischer Länder erleichtert den westlichen Großmächten die politische Instrumentalisierung der zahlreichen politischen Gruppierungen im Interesse ihrer internationalen Strategie kapitalistischer Globalisierung.

So verfolgen die USA sichtbar die Bildung einer West-Ost-Achse auf dem Balkan, quasi entlang der altrömischen Via Egnatia, wofür Albanien und Griechenland, das Kosovo und Mazedonien, schließlich Bulgarien und die Türkei eine zentrale Rolle spielen, um Kontrolle über/im islamischen Nahen und Mittleren Osten zu sichern. Dagegen setzt die EU stärker auf eine Nord-Süd-Verbindung entlang der Donau und über das Schwarze Meer, wofür Ungarn, die Vojvodina, Serbien, Rumänien und Bulgarien von besonderem Gewicht sind, um Einfluß auf die Türkei und im Nahen Osten zu bewahren.

Mit realen nationalen Interessen in Südosteuropa oder mit inter-ethnischer Integration, mit wirklicher politischer Demokratisierung in der gesamten osteuropäischen Region hat das alles wenig zu tun.

Vielmehr findet vielerorts ein Prozeß *nationaler Entmischung* und *ethnischer Säuberung* statt, klar in Slowenien und Kroatien, die ethnisch weitgehend einheitlich geworden sind, tendenziell auch in Serbien durch Vertreibungen von Serben aus den kroatisch-bosnischen Grenzregionen

(dazu später), bzw. in anderer Form als ethnische *Kantonisierung* in Bosnien-Herzegowina, oder als ethnische *Regionalisierung* auch in Mazedonien.

Mit der *bosnisch-kroatischen Föderation* entstanden gemäß Abkommen von Dayton (November 1995) in Bosnien-Herzegowina zehn Kantone (davon fünf bosniakisch-muslimische, zwei kroatische, drei gemischte) – und daneben eine *Serbische Republik* als eigener konstitutiver Landesteil der *Republik Bosnien und Herzegowina*.

In *Mazedonien* wurden staatsrechtliche Reformen zugunsten des albanischen Bevölkerungsanteils durchgeführt, der etwa 30 Prozent gegenüber 65 Prozent slowakischer Mazedonier beträgt. Das Abkommen von Ohrid (13. August 2001) und die Verwaltungsreform (11. August 2004) fixierten erweiterte Rechte der Albaner, die nun in drei von acht Regionen im Lande die Mehrheit darstellen, nämlich in den westlichen Regionen um Tetovo, Gostivar und Kičevo.

In diesem Zusammenhang wenige Worte zu zwei gravierenden Sonderfällen, die Serbien belasten, nämlich die politische Aufspaltung der multi-ethnischen Vojvodina und die Abspaltung des Kosovo:

In der serbischen *Vojvodina* mit einem ungarischen Bevölkerungsanteil von nur etwa 25 Prozent, aber mit fortwirkenden sozio-kulturellen Traditionen des k.u.k. Österreich-Ungarns hat sich eine vielfältig differenzierte Parteienlandschaft herausgebildet, was zugleich separatistische Tendenzen befördert. Dabei sind neben politischen vor allem ethnische Unterschiede bedeutsam; neben serbischen Parteien spielen besonders ungarisch profilierte Parteien eine Rolle. Es soll hier bei einer Aufzählung der politischen Subjekte in der Parteienlandschaft bleiben:

- Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina – (Nenad Čanak)
- Sozialdemokratische Union – (•arko Korać, Ungar)
- Bund der Ungarn in der Vojvodina – (Josef Kasza, Ungar)
- Reformistische Demokratische Partei der Vojvodina – (Miodrag Isakov)
- Koalition der Vojvodina – (Dragan Veselinov)
- ein sogenannter »Dreibund für Autonomie, abgegrenzt von Serbien, mit: Demokratischer Alternative (DAN) – (Nebojsa Čović); Neuer Demokratie – (Dušan Mihajlović); Demokratisches Zentrum (DC) – (Dragoljub Mićunović)

Im *Kosovo*, das nach dem serbisch-albanischen Bürgerkrieg und der NATO-Intervention von 1999 gemäß der UN-Resolution 12.44 unter UNO-Kontrolle gestellt wurde, konnten sich letztlich die Verfechter einer

formalen, aber real international kontrollierten kosovarischen Selbständigkeit durchsetzen.¹

Am 17. Februar 2008 haben albanische Politiker in Priština im Angesicht der UNMIK-Verwaltung die Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit verkündet, die inzwischen von weit über 50 Staaten anerkannt wurde, was den – freilich vergeblichen – Protest Serbiens hervorrief und den Antrag an die UNO zur Überprüfung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag auslöste.

Der ausgehandelte Ahtisaari-Plan einer »überwachten Unabhängigkeit« des Kosovo durch UNMIK und EU sowie militärisch realiter durch ein großes und fest etabliertes US-amerikanisches Militärcamp »Bondsteel« gesichert, kann nur notdürftig die Rückkehr zu einem neokolonialistischen Regime im Kosovo, wie auf dem Balkan überhaupt verdecken.

Die Anerkennung des *Kosovo* hebt das Nachkriegs-Völkerrecht von Jalta, Potsdam und Helsinki (1975) aus den Angeln, das die Unverletzlichkeit von Grenzen festschrieb, und löst Grenzrevisionismus auch in anderen Regionen der Welt aus, indem z. B. aktuell ein Junktim zwischen dem Status des Kosovo und Georgiens (Lösung Abchasiens, Süd-Ossetiens) hergestellt wird.

Die *Kosovo Declaration of Independence* vom 17. Februar 2008, die sich – politisch pervers – ebenfalls auf die UNO-Resolution 12.44 bezieht, verkündet:

»We, the democratically-elected leaders of our people, hereby declare Kosovo to be an independent and sovereign state. This declaration reflects the will of our people and it is in full accordance with the recommendations of UN Special Envoy Martti Ahtisaari and his Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement.« (Artikel 1) ... »We shall adopt as soon as possible a Constitution that inshrines our commitment to respect the human rights and fundamental freedoms of all our citizens, particularly as defined by the European Convention on Human Rights. The Constitution shall incorporate all relevant principles of the Ahtisaari Plan and be adopted through a democratic and deliberative process.« (Artikel 4).

Diese Verfassung wurde schon am 15. Juni 2008 implementiert. In den Artikeln 10 und 11 der vorgenannten »Declaration« versichern die

1 Die Kosovo-Problematik ist jüngst zutreffend in Hannes Hofbauer: *Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus*. Wien 2008, beschrieben.

Autoren ihre Zustimmung zu Frieden und Stabilität in der südosteuropäischen Region nach der Auflösung Jugoslawiens sowie ihre Entschlossenheit, »to establish good relations with all our neighbours, including the Republic of Serbia with whom we have deep historical, commercial and social ties that we seek to develop further in the near future«.²

Der ausdrückliche Verweis auf die Notwendigkeit gutnachbarlicher und kooperativer Beziehungen mit der Republik Serbien ergibt sich nicht zuletzt aus der historischen Vergangenheit des Kosovo als Wiege des serbischen Staates und als ein Zentrum der serbischen Kultur, was z. B. augenfällig von den orthodoxen Klöstern von Peć (Patriarchats-Sitz), Dečani und Gračanica, vom Kloster St. Uroš in Uroševac, dem Kloster Zočiste in Oharovac, dem Erzengelkloster Prizren und vom Banjska-Kloster in Zvečan bezeugt wird.

Weder die partielle Vertreibung albanischer Kosovaren im Bürgerkrieg von 1999 durch Milošević-Serbien, noch nachfolgende albanische Gewaltakte und die Zerstörung von 76 orthodoxen Kirchen durch UÇK-Freischärler zeugen von ethnischem oder demokratischem Kooperationswillen.

Jüngst haben sich im Norden Kosovos – im ethnisch geteilten Kosovska Mitrovica – nach der vorherigen Annahme einer kosovarischen Verfassung am 15. Juni 2008 in Priština – eine serbische Bewegung für die Abspaltung des nördlich vom Ibar gelegenen Landesteils etabliert, gestützt von Belgrad, aber vorerst mit politischem »open end«.

Zweifelloos vollzieht sich in Südosteuropa ein historisch quasi nachholender Prozeß nationaler Konstituierung und Konsolidierung, der freilich mit vielen Gefahren ethnischer und nationaler Konflikte sowie eines ausufernden Nationalismus konfrontiert ist, erst recht, wenn er von imperialen Mächten geschürt wird.

Häufig stehen strategische oder ökonomische Interessen der imperialistischen Mächte im Hintergrund, die durch »internationale Missionen« wie UNMIK und EULEX, KFOR und EUFOR, durch hohe Repräsentanten oder Hohe Kommissare (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) wahrgenommen werden.

2 Press.office@consilium.europa.eu, Brussels, 18. February 2008.

III. EU-OSTERWEITERUNG, ÖKONOMISCHE PERIPHERISIERUNG UND MILITÄRISCHE NATO-KONSEQUENZEN

Tatsache ist, das NATO und EU die Region politisch und militärisch unter feste Kontrolle nehmen und als militärische Aufmarschbasis ausbauen – gegen Rußland und Belorußland einerseits sowie für ihre Vorherrschaft im Nahen Osten und nach Mittelasien andererseits.

Erstens drängen die Länder Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas in Erwartung politischer und wirtschaftlicher Hilfe selbst in die NATO und EU, wobei der Aufnahmeprozeß von Washington und Brüssel an Auflagen gebunden ist und differenziert behandelt wird.

Die Aufnahme in die NATO, zumindest in die »NATO-Partnerschaft für den Frieden«, wozu inzwischen alle Länder der Region (noch außer der Ukraine) gehören, erfolgte schneller, hat aber militärische Auflagen und die Errichtung von Stützpunkten sowie die Dislozierung von NATO-Stäben, Spezialeinheiten und Flugzeugen zur Folge, was sich vorrangig gegen Rußland richtet.

Schließlich wurden mit Tschechien und Polen Abkommen über den Aufbau von Raketenabwehrbasen getroffen, angeblich gegen Gefahren, die vom Iran ausgehen würden, offensichtlich jedoch vorrangig gegen Rußland zielen, das sich folgerichtig deren Stationierung widersetzt. Der neue USA-Präsident Barack Obama hat entsprechende Pläne vorerst storniert.

Zweitens drängen alle Länder der osteuropäischen Region in die EU, deren Mitgliedschaft dagegen sparsamer gewährt wird und zudem an die vorherige Erfüllung von umfassenden Voraussetzungen gebunden ist. Zuletzt wurden in die EU Rumänien und Bulgarien (1. Januar 2007) aufgenommen, während sich Kroatien noch im Wartestand, aber mit positiven Perspektiven befindet. Dagegen stehen Albanien und Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien wohl noch länger vor verschlossenen Türen.

Sogenannte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU als Vorstufe einer EU-Mitgliedschaft für Kandidatenländer wurden zuletzt mit Mazedonien (2005) und Serbien (2008) abgeschlossen.

Diese Abkommen sind an die Erfüllung der *Aquis communitaires* der Amsterdamer und Kopenhagener EU-Ratsbeschlüsse gebunden, also nicht verhandelbar, sondern verlangen den Nachweis der Erfüllung der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien. Sie konstituieren somit einen halbkolonialen Status der Abhängigkeit, namentlich

wirtschaftlich schwacher Länder, von den ökonomischen Zentrums-
mächten, der Weltbank und dem Weltwährungsfonds.

Das Resultat der ökonomischen Anbindung und Unterordnung der ost- und südosteuropäischen Region an die kapitalistische Weltwirtschaft besteht in ihrer wirtschaftlichen Peripherisierung und sozialen Devastierung. Daran ändert auch der kurzzeitige Anstieg der Wachstums-kennziffern wenig, der – nach einem beispiellosen Absturz der Produktionsindikatoren in den neunziger und frühen 2000er Jahren – zeitweilig begonnen hatte und allein die inzwischen erfolgte Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft nach Erfordernissen der »global player« bezeugt, keineswegs die Bedürfnisse oder Strukturen der Ostländer reflektiert – eher den halbkolonialen Status eines abhängigen Kapitalismus, zumal die Entwicklung seit Ende des Jahrzehnts wieder stagniert.

Den Sachverhalt politischer Abhängigkeit, ökonomischer Peripherisierung und sozialer Devastierung der Region hat Hannes Hofbauer in seinen Analysen über Osteuropa treffend als »Durchsetzung der Weltmarktlogik auf dem Balkan« beschrieben: »Zehn Jahre nach dem Scheitern der kommunistischen Modernisierungsprojekte drängen EU und USA mit aller Macht in Richtung Osten. Ökonomisch bedeutet die Erweiterung: Kontrolle der nationalen Finanz- und Währungspolitiken mittels Geldverknappung und Herstellung einer Konvertibilität, Ausdünnung der budgetären Möglichkeiten für die staatliche Politik durch radikale Sparprogramme, Schließung bzw. Zerstörung von Industriekombinaten aus budgetären Erwägungen bzw. aus Konkurrenzgründen, Zurichtung der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der Zentrums-mächte, Privatisierung der wirtschaftlichen Filetstücke und vor allem Öffnung der Märkte für Westwaren. Auf einen Nenner gebracht: Weltmarktlogik. Weltbank und Währungsfonds (IWF) üben die Aufsicht über das Projekt ›Osterweiterung‹.«³

Nach nunmehr weiteren zehn Jahren Bindung des Ostens an den Westen ist offensichtlich, daß die »Zurichtung« der Region auf Bedürfnisse der kapitalistischen Zentrums-mächte, ihre soziale Devastierung und Deindustrialisierung, ihre Verwandlung in verlängerte Werkbänke und Zulieferer von Rohstoffen, Billigerzeugnissen und landwirtschaftlichen Pro-

3 Hannes Hofbauer: Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens. Wien 1999. S. 193f.

dukten für die »Zentrumsmächte« den halbkolonialen Status der Länder Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas kennzeichnen, wobei weitere negative Folgen der jüngsten Weltwirtschaftskrise noch gar nicht abzusehen sind.

Die soziale Devastierung offenbart sich besonders im Geburtenrückgang (überall) und Bevölkerungsabnahme, in Arbeitslosigkeit und Abwanderung von Intelligenz, in Pauperisierung und zunehmend sozialer Differenzierung der Gesellschaft.

Die Analyse wirtschaftlicher Aspekte der heutigen Entwicklung der Region bedürfte ausführlicher Behandlung, die Hannes Hofbauer in seinen Bänden »EU-Osterweiterung« vorgelegt hat, worauf wir uns ausdrücklich beziehen.⁴

Hier ist keine gründliche Beleuchtung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in der gesamten Transformationsperiode der Rückkehr zum Kapitalismus möglich, sondern lediglich ein grober Vergleich wesentlicher Indikatoren des Wirtschaftsniveaus, das zunächst – in den neunziger Jahren – durch einen dramatischen Absturz der realsozialistischen Wirtschaftskennziffern gekennzeichnet wurde, um nach der Jahrtausendwende durch einen allmählichen Anstieg des ökonomischen Wachstums charakterisiert zu werden, durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise aber erneut in einen Abwärtstrend gerät.

Das bedeutet folglich keine proportionale Wirtschaftsentwicklung der Länder, vielmehr die Entstehung einer deformierten Zweigstruktur nach auswärtigen Bedürfnissen, die generell dem kapitalistischen Wirtschaftszyklus folgen.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise klopft unvermeidlich auch an die Tür in den Transformationsländern, was »Minuswachstum« und Krisensymptome auslöst, die heute jedoch noch nicht exakt meßbar sind. Insofern reflektieren die nachfolgenden Kennziffern nur einen Zwischenstand.

Ein Vergleich des *Bruttosozialprodukts* (BSP) bzw. des *Bruttonationaleinkommens* (BNE) pro Kopf der Bevölkerung – als verlässlicher Indikator des Wirtschaftsniveaus – zeigt die sich immer weiter öffnende Schere zwischen kapitalistischen Industrieländern und Ländern der ost-

4 Siehe Hannes Hofbauer: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien 2003. – Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007.

europäischen Region.⁵ Nach Angaben für 1997 und 2006 betrug das BSP pro Kopf in US-Dollar in imperialistischen Hauptländern bzw. Ländern Ost- und Südosteuropas:

USA	29.080/44.710	Slowenien	9.840/18.660	Serbien	3.100/4.030
Großbrit.	20.870/40.560	Ungarn	4.510/9.310	Bulgarien	1.170/3.990
Frankr.	26.300/36.560	Kroatien	4.060/9.310	Bosnien-H.	0.786/3.230
BRD	28.280/36.810	Rußland	2.680/5.770	Mazedonien	1.100/3.070
Italien	20.170/31.990	Ukraine	1.040/1.940	Albanien	0.760/2.930
Japan	38.160/38.630	Rumänien	1.410/4.830	Montenegro	-/4.130

Aus dieser Tabelle geht nochmals das gewaltige Entwicklungsgefälle hervor, das einerseits zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern und selbst fortgeschrittenen osteuropäischen Ländern sowie andererseits wiederum zwischen diesen und den zurückgebliebenen Ländern Südosteuropas besteht.

Legt man den BSP-Durchschnitt 2006 pro Kopf in den 15 alten EU-Ländern mit 100 zugrunde, so ergibt sich für acht neue Mitgliedsländer ein Wert von 54, während er für Polen 39, für Lettland und Litauen 30, für Rumänien 27 und für Bulgarien 24 beträgt.⁶

Andere Indikatoren der Wirtschaftskraft eines Landes sind seine *Kaufkraftparität* (PPP) pro Kopf/Dollar und die *Auslandsverschuldung* 2006 (in Mio. D).⁷

USA	44.070/ –	Slowenien	23.970/ –	Serbien	9.320/13.831
Großbr.	33.650/ –	Ungarn	16.970/107.677	Bulgarien	10.270/20.925
Frankr.	32.249/ –	Kroatien	13.850/37.480	Bosnien-H.	6.780/5.669
BRD	32.680/ –	Rußland	12.740/251.067	Mazedonien	7.850/2.661
Italien	28.970/ –	Ukraine	6.110/49.887	Albanien	6.000/2.340
Japan	32.840/ –	Rumänien	10.150/55.114	Montenegro	8.930/0.924

5 Die Angaben zum BSP (resp. BNE) siehe in Der Fischer Weltalmanach 2000. Zahlen – Daten – Fakten. Frankfurt am Main 1999. S. 35ff. – Der Fischer Weltalmanach 2008. Zahlen – Daten – Fakten. Frankfurt am Main 2008. S. 536ff.

6 Siehe Hannes Hofbauer: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007. S. 275.

7 Siehe Der Fischer Weltalmanach 2008. Zahlen – Daten – Fakten. Frankfurt am Main 2008. S. 536ff.

Abschließend wenige Bemerkungen zu einigen Konsequenzen der NATO-Mitgliedschaft der südosteuropäischen Länder, die umgehend mit teuren Umrüstungen sowie mit der Errichtung von Militärbasen, zumeist der USA, einhergehen:

Die wichtigsten Basen (ohne die Standorte in Ost- und Ostmitteleuropa) sind:

- der USA-Stützpunkt in Shkodra (Albanien),
- die USA-Basen Burgas (Hafen) und Sarafowo (Flugplatz) in Bulgarien,
- die USA-Basis/ Flugplatz »Bondsteel« im Kosovo, als Ersatz für Frankfurt am Main,
- der USA-Flugplatz Mihail Kogalniceanu / Hafen Constanta (Rumänien),
- die USA-Flugbasis in Taszar (Ungarn).

Die BRD beteiligt sich zudem aktiv an NATO-Militär-Einsätzen in der Region. Offiziell waren maximal 10.024 (Juni 2002) Soldaten im Auslandseinsatz, während im September 2009 offiziell 8.049 Bundeswehrangehörige eingesetzt sind; diese Zahlen beziehen sich nicht nur auf Europa, sondern auf weltweite Einsätze der Bundeswehr (dabei sind bisher 76 deutsche Soldaten gefallen). Das betrifft:

- ISAF-Einsatz in Afghanistan und Usbekistan (3.340 Soldaten)
- IFOR/ SFOR/ EUFOR in Bosnien-Herzegowina (bis 2.400, z. Zt. 120)
- UNOMIG- Beobachter in Georgien (z. Zt. zwölf Soldaten)
- KFOR/ EUFOR im Kosovo (2.230 bis 8.500 Soldaten)
- ORF (Operative Reserve Force) (600 Soldaten)
- UNMO (UN Military Observer) (mehrere Dutzend Offiziere)

Die Flieger- und Marinekräfte in der Golf-Region (Mission Enduring Freedom) sind darin so wenig enthalten wie Militärberater, Instrukteure und Ausbilder.

Abschließend der Versuch eines Fazits zu Integration und Desintegration in der ost- und südosteuropäischen Region:

Im täglichen Leben der Völker dominiert Desintegration, ethnische Trennung:

so nationale Säuberung Kroatiens, drei ethnisch getrennte Regionen in Bosnien-Herzegowina, ethnische Entmischung in Mazedonien, ethnische Abspaltungen von Serbien; selbst die serbo-kroatische Sprache, von Vuk Karadžić einst als verbindendes Glied der Südslawen kodifiziert, hat sich in angeblich mehrere selbständige Sprachen aufgelöst – in ser-

bisch und montenegrinisch, in kroatisch und bosnisch, ganz abgesehen von eher spezifischen Sprachen wie slowenisch und mazedonisch.

Ist das der Weg zu »europäischer Integration« oder eher zur Beherrschung der europäischen Peripherie durch europäische Zentralmächte: EU-Integration per osteuropäischer Desintegration und Entfaltung des nationalen Haders – auch gestützt/genutzt auf sicher objektive Prozesse nachholender Nationwerdung und historisch später nationaler Konstituierung in der Region.

In der großen Politik vollzieht sich EU-Integration offenbar per Kontrolle der Peripherie durch das Zentrum. Ist das ein Umweg zu europäischer Annäherung und politischer Einheit auf höherer Ebene? Oder geht es um Entfaltung des Nationalismus als Instrument imperialistischer Politik des »teile und herrsche«? Kann indessen die Praxis der Entfesselung politischer und wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Konflikte damit verbundene zivilisatorische Verluste kompensieren? Oder wird aus der Not eine Tugend gemacht, da die EU zur Lösung anstehender Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung nicht in der Lage ist? Bleibt demnach die Frage: Ist nationalistische Konfrontation gezielte Absicht oder Unfähigkeit der Politik?

Gerhard Simon hat bereits 1995 mit Blick auf die Entwicklung der Sowjetunion über den politischen Nationalismus, gültig auch für andere Regionen, gefolgert: »Die Nationen waren die zunächst einzige denkbare und erreichbare Alternative nach dem Zusammenbruch der alten politischen Macht. Nur sie konnten in das Machtvakuum eintreten und es mehr oder weniger angemessen füllen. [...] Die Ideen von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein waren als Alternative nicht ausreichend. Ohne die Schubkraft der Nationalbewegung hätte das alte Regime nicht leicht und rasch beseitigt werden können.«⁸

Aber auch knapp 20 Jahre später ist dem kapitalistischen System nichts Neues/ Anderes zur Bewältigung des historischen Erbes des »Real«-Sozialismus wie der alt-neuen gesellschaftlichen Probleme des Kapitalismus eingefallen.

8 Gerhard Simon: Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen. In: Boris Meißner/Alfred Einfeld: Die GUS-Staaten in Europa und Asien. Baden-Baden 1995. S. 11.

Unverändert dominieren die sozialen Konflikte und systemischen Widersprüche der kapitalistischen Klassengesellschaft. Dagegen hilft auch der alle Ursachen vernebelnde Slogan vom »wilden Osten« nicht.⁹

ANLAGE ZUR POLITISCHEN PARTEIEN-STRUKTUR IN SÜDOST-EUROPA (STAND: HERBST 2008/SOMMER 2009):

Albanien (Okt. 2008):

Regierungskoalition 81 Abgeordnete, Opposition 59 Abgeordnete

Staatsoberhaupt: Präsident Bamir Topi

Ministerpräsident: Sali Berisha (DP)

Regierungskoalition: Demokratische Partei (DP) – Sali Berisha
Republikanische Partei (RP)
Christlich-Demokratische Partei (DCP)
Demokratische Reformatoren – Demokratisches Zentrum

Opposition: Umwelt- und Agrarpartei
Sozialistische Partei (SP) – Edi Rama, Fatos Nano
Sozialistische Integration und Soziale Demokratie
Sozial-Demokratische Partei (SDP)
Liberal-Demokratisches Zentrum

Bulgarien (Dez. 2008):¹⁰

Regierungskoalition 81 Abgeordnete, Opposition 74 Abgeordnete

Staatsoberhaupt: Präsident Dr. Georgi Pärvanov

Ministerpräsident: Sergej Stanišev (BSP)

9 Siehe Albrecht Rothacher: Im wilden Osten. Hinter den Kulissen des Umbruchs in Osteuropa. Hamburg 2002.

10 Jüngste Wahlen vom 5. Juli 2009 brachten den Sieg der neu gegründeten GERB-Bewegung (Bürger für Europäische Entwicklung Bulgariens) des Sofioter Oberbürgermeisters Bojko Borisov mit 40 Prozent der Stimmen vor der linken »Koalition für Bulgarien« (18%), der türkisch-stämmigen »DPSG« (14,5%), der »Blauen Koalition« (7%), Ataka (9%), der Ordnungspartei (4,1%). Die NDSW Simeons fiel unter die Vier-Prozent-Hürde. Die Regierung wurde im Sommer 2009 vom Wahlsieger GERB mit Unterstützung der »Blauen Koalition« und der nationalistischen Partei »Artaka« gebildet.

Regierung: »Koalition für Bulgarien«, bestehend aus:

Bulgarische Sozialistische Partei (BSP),
Nationale Bewegung für Stabilität und Aufschwung
»Simeon II.« (NDS),
Bewegung für Rechte und Freiheiten
(DPS; türkisch)

Opposition: Koalition

Union der Demokratischen Kräfte (SDS/ODS)
Volksunion/Bauernbund (NS/ BZNS)
Demokratische Partei, Bewegung Gergjovden,
Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB)
Bewegung Ataka

Rumänien (Jan. 2009):¹¹

Regierungskoalition 229 Abgeordnete, Opposition 87 Abgeordnete (zu-
vor Minderheitsregierung: 78 Abgeordnete, in Opposition 218 Abgeord-
nete)

Staatsoberhaupt: Präsident Trajan Basescu

Ministerpräsident: Emil Boc (PDL)

Regierungskoalition: Demokratisch-Liberaler Partei (PDL),
Sozial-Demokratischer Partei (PSD)
Konservativer Partei (PC)

Opposition:

National-Liberale Partei (PNL)
Demokratischer Bund der Ungarn (UDMR)
Groß-Rumänien-Partei

Ungarn (Mai 2009):¹²

Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei (MSZP), 189 Abgeord-
nete,

Staatsoberhaupt: Präsident Prof. Laszlo Solyom

11 Am 13. Oktober 2009 –Sturz der Mitte-Rechts-Regierung von Emil Boc (PDL) nach Koalitionsbruch von PDL und Sozialdemokraten; Mißtrauensantrag von PNL und UDMR mit 254 zu 176 Abgeordnete.

12 1998 bis Mai 2002 – Koalition von rechtsbürgerlicher FIDESZ, Kleine Landwirte-Partei, Ungarisches Demokratisches Forum (MDF); Mai 2002 – April 2008 – Sozi-
alliberale Koalition von MSZP, Bund Freier Demokraten (Liberale); ab 14. April
2009 erneut Minderheitsregierung der Sozialist. Partei, nachdem die Liberalen die
Koalition schon April 2008 kündigten; jetzt nur Wechsel des Premiers von Ferenc
Gyuresany zu Gordon Bajnai.

Ministerpräsident: Ferenc Gyurcsany (MSZP): 9. Juni 2006 – April 2009; Gordon Bajnai (ptl.): seit 14. April 2009

Regierungspartei: Sozialistische Partei (MSZP)

Tolerierung durch »Bund Freier Demokraten« (SZDSZ) – Gabor Fodor

Opposition: Junge Demokraten/Ungarische Bürgerliche Partei (Fidesz/MPP)

Ungarisches Demokratisches Forum (MDF) – Victor Orban

Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP)

Slowenien (Febr. 2009):

Regierungskoalition: 50 Abgeordnete, Opposition 37 Abgeordnete

Staatsoberhaupt: Dr. Danilo Türk

Ministerpräsident: Borut Pahor (SD)

Mitte-Links-Regierung: Sozialdemokraten (SD) – Bojan Kontic/
Borut Pahor

Liberal-Demokratische Partei (LDS) – Josef Skolc

Demokratische Partei der Rentner (DeSUS)

Bund Zares

Opposition: Slowenische Demokratische Partei (SDS) – J. Tanko/Janes Jansa

Neues Slowenien (NSJ) – Horvat/ Bajuk,

Slowenische Volkspartei (SLS) –

Jakop Presečnik,

Slowenische Nationalpartei (SNS) –

Zmago Jelinčič Plemeniti

Kroatien (Okt. 2008):

Regierungskoalition: 83 Abgeordnete, Opposition 70 Abgeordnete

Staatsoberhaupt: Präsident Stjepan (Štipe) Mesić

Ministerpräsident: Dr. Ivo Sanader (HDZ)

Koalition: Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ) – Ivo Sanader

Kroatische Bauernpartei (HSS);

Kroatische Sozialliberale (HSLs)

Kroatische Rentnerpartei (HSU)

Minderheitsabgeordnete (acht,

darunter drei Serbische Partei)

Opposition: Sozialdemokratische Partei (SDP)
Volkspartei – Liberale Demokraten (HNS)
Partei des Rechts (HSP)
Regionalparteien (Istrische DS, HDSSB)

*Serbien (Dez. 2008):*¹³

Regierungskoalition bis Sommer 2008: 130 Abgeordnete, Opposition 112 Abgeordnete

Staatsoberhaupt: Präsident Boris Tadić

Ministerpräsident: Mirko Cvetković (ptl.)

Regierungskoalition: Demokratische Partei (DS) – Boris Tadić
Demokratische Partei Serbiens (DSS) –
V. Koštunica

G 17 plus – Mladan Dinkić

Opposition: Sozialistische Partei (SPS) – Ivica Dašić
(vormals Sl. Milošević)

Serbische Radikale Partei (SRS) – Vojislav Šešelj
Liberal-Demokratische Partei (LDS)

*Bosnien-Herzegowina (Juli 2008):*¹⁴

Rotierendes Staatspräsidium nach drei Volksgruppen,

Präsident: z. Zt. Haris Silajdić;

Ministerpräsident: Nikola Spirić

13 Wechsel nach Wahl vom 11. Mai 2008 am 7. Juli 2008: Neue Regierung: Europa-Block Tadić – DS (39%), SPS (8%) = 47%; Neue Opposition: Serbische Radikale (29%), DSS (12%) = 41%.

14 Die Föderation Bosnien-Herzegowina (Muslimische und Kroatische »Entitäten«) und die »Serbische Republik« verfügen neben der Zentralregierung der »Republik Bosnien und Herzegowina« auch über »eigene« territoriale Regierungen, d. h. faktisch existieren im Lande *drei* resp. *vier* Regierungen mit zentralen oder regionalen Vollmachten, aber unter internationaler Kontrolle eines faktisch »Hohen Kommissars«.

- Regierungsparteien: Partei der Demokratischen Aktion (SDA) –
Tihíć (Bosnien)
Kroatische Demokratische Gemeinschaft
(HDZ-BiH) – Čović (Kroatien)
Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990
(HDZ 1990 – Ljubić
Serbische Unabhängige Sozial-Demokratische Partei
(SNSD) – Dodik (Serbische Republik)
Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP) –
Ivanić
Partei für Bosnien-Herzegowina (SBiH) – Silajdić
- Oppositionsparteien: Sozialdemokratische Partei BiH (SDP) – Lagumdić
Serbische Demokratische Partei (SDS) – Bošić
Demokratische Volks-Gemeinschaft (DNZ) – Dolić
Demokratische Volkspartei (DNS) – Pavić
Bosnische Patriotische Partei (BPS) – Halilović

Montenegro (März 2009):

Regierungskoalition: 41 Sitze, Opposition 39 Sitze

Staatsoberhaupt: Präsident Filip Vujanović (DPS)

Ministerpräsident: Milo Đukanović (bis Oktober 2006), danach: Đelko Sturanović, DPS (Oktober 2006 bis Dezember 2007), danach erneut Milo Đukanović (seit Januar 2008)

Regierungskoalition: Demokratische Partei der Sozialisten (DPS)

Sozialdemokratische Partei (SDP)

Demokratische Union der Albaner (DUA)

Opposition:

Fraktion Serbische Liste (Andrija Mandić)

Sozialistische Volkspartei (SNP) – Srdjan Milić

Demokratische Partei der Serben (DSS)

Bewegung für Wandel (Nebosja Medojević)

Bosnjakische Partei – Kroatische Initiative –

Albanische Alternative

Mazedonien (Okt. 2008):¹⁵

Staatsoberhaupt: Präsident Branko Crvenkovski,

Ministerpräsident: Nikola Gruevski (VMRO-DPMNE)

Regierungskoalition: Bündnis für ein bessres Mazedonien (82 Mandate)

VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische

Revolutionäre Organisation – Demokratische

Partei der Mazedonischen Nationalen Einheit)

Demokratische Union für Integration (Partei

mazedonischer Albaner; DUI)

Partei für Europäische Zukunft (PEI)

Opposition: Wahlbündnis Sonne (38 Sitze)

Sozialdemokratische Union Mazedoniens

Demokratische Partei der Albaner (DPA)

Kosovo (Febr. 2008, Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008)

UNMIK-Präsenz wird in EULEX-Mission gewandelt.

Rücktritt des Österreichers Joachim Rückert (UNMIK); neuer Missions-
chef: Yves de Kermabon (Frankreich)

Präsident: Fatmir Sajdiu;

Ministerpräsident: Hashim Thaqi (Thaci) – UÇK

Parteien: Demokratische Liga des Kosovo (DL; begründet
von Ibrahim Rugova)

Volksbewegung des Kosovo (Adem Demaçi)

Sozialdemokratische Partei (Shkelzen Maliqi);

Christdemokratische Partei (Jakup Krasniqi)

Partei der Nationalen Einheit (Ismail Kadare,

Rexhep Qosja)

Nationale Befreiungsarmee (UÇK; F. Agani)

15 Die beiden Albaner-Parteien DUI und DPA dominieren nach der Verwaltungsreform vom 11. August 2004 in drei (Tetovo, Gostivar, Kičevo) von acht Landes-Regionen.

ANTON LATZO

Rumänien im Jahre 2009. Ergebnisse und Probleme der bisherigen Entwicklung

Die Zeit nach 1989 ist eine ganz besondere. Sie wird – so meine ich – durch einen zeitweiligen Sieg der Vergangenheit über die Zukunft der menschlichen Gesellschaft charakterisiert. Die Menschen und die Gesellschaft in den ehemals sozialistischen Staaten sind zu einem Rückzug in die Vergangenheit veranlaßt worden. Das wird ihnen als Verkörperung von Fortschritt, Freiheit, Wohlstand und individueller Entfaltung präsentiert. Begleitet wird dieser Prozeß von Begriffen wie »Transformation« und »Transition«, Reform und Demokratie.

Ende November 2008 fanden in Rumänien die Wahlen zum rumänischen Parlament, das aus Senat und Abgeordnetenversammlung besteht, statt. Gleichauf plazierten sich die Sozialdemokratische Partei (PSD) des ehemaligen Staatschefs Ion Iliescu und die Liberal-Demokratische Partei (PDL), die unter der Regie des jetzigen Staatspräsidenten Traian Basescu in der vergangenen Wahlperiode gegründet wurde. Drittstärkste Partei ist die National-Liberale Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Calin Popescu Tariceanu. Im Parlament vertreten ist noch der Demokratische Verband der Ungarn aus Rumänien (UdMR) und Einzelabgeordnete anderer nationaler Minderheiten. Die neue Regierung wird von einer Koalition zwischen der PSD und der PDL gestellt. Neuer Ministerpräsident ist Emil Boc, Vorsitzender der PDL.

Der rumänische Staatspräsident erklärte in Zusammenhang mit den Parlamentswahlen vom November 2008, daß das Land die Übergangsperiode (Transition) abgeschlossen habe. Der Beitritt zur Europäischen Union am 1. Januar 2007 kennzeichne den Eintritt Rumäniens in eine neue Etappe der Entwicklung und der Modernisierung. Die Bürger Rumäniens hätten Würde und Freiheit wieder erhalten.¹

1 Siehe »Curierul National«. Bukarest vom 23. Dezember 2008.

Davon ausgehend sollen zwei Fragen besonders in den Mittelpunkt gestellt werden.

1. Welche Ergebnisse hat die Entwicklung nach 1989 für die Bürger Rumäniens tatsächlich gebracht und
2. Was kennzeichnet den Beitritt Rumäniens zur EU?

1. BETRACHTUNGEN ZUR PARLAMENTSWAHL 2008

Manchmal verdeutlicht auch der Vergleich der Wahlbeteiligung über mehrere Wahlperioden bestimmte Entwicklungstendenzen. Die Ergebnisse der Parlamentswahl vom November 2008 sagen auf jeden Fall mehr aus, als es den Regierenden lieb sein kann.

Die Wahlbeteiligung von 1990 betrug, unter den Bedingungen der noch frischen verführerischen Versprechungen über Wohlstand, Freiheit und Demokratie, die man, »befreit vom Kommunismus«, erreichen könne, gut 86%. Sie sank dann auf 76% bei den Wahlen von 1992 und 1996. Im Jahre 2000 sind nur noch 65% der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen und 2004 waren es gar 58,5%. Den bisherigen Tiefpunkt erreichte man bei den Parlamentswahlen im November 2008. Nur noch 39,26% der Wahlberechtigten waren bereit, ihre Stimme abzugeben.

Zur Wahl für das EU-Parlament im Jahre 2007 – nach dem Beitritt des Landes zur EU am 1. Januar 2007 – haben gar nur 29% der Wahlberechtigten von ihrem Recht zu wählen, Gebrauch gemacht.

Diese Übersicht verdeutlicht, daß seit 1990 bei jeder Wahl zehn Prozent mehr Verweigerer zu verzeichnen waren. Im Vergleich zu 1990 hat sich 2008 die Zahl der Wahlverweigerer mehr als verdoppelt!

Dies macht sehr deutlich, daß das Vertrauen der Bevölkerung Rumäniens zu dem 1990 installierten politischen System des Landes in ständigem Sinken begriffen ist. Der »Graben« zwischen Politik und Bevölkerung wird immer tiefer. Die Bereitschaft zur Beteiligung an der Gestaltung dieser Gesellschaft, Ökonomie und Politik wird immer geringer.

Das widerspiegelt die sich vertiefende Kluft zwischen Bevölkerung und Politik. Das tägliche Erleben des Kapitalismus und seiner negativen Folgen bewirkt ein nur schwaches und in der Tendenz sinkendes politisches Engagement der Menschen. Die Distanz zwischen Bevölkerung und Politik wird kontinuierlich größer.

Der Bürger begnügt sich aber damit, seine ablehnende Haltung durch Fernbleiben, durch demonstratives Desinteresse zum Ausdruck zu bringen.

Das ist keine spezifisch rumänische Erscheinung. Sie widerspiegelt die politische Lage in den kapitalistischen Staaten generell, aber besonders die Entwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Es ist also eine strukturelle Frage der Gesellschaft in diesen Staaten und nicht die Besonderheit eines Landes.

Es fehlen in der Bevölkerung das Bewußtsein und der Wille zum aktiven Eingreifen im Sinne der Durchsetzung der eigenen Interessen und progressiver gesellschaftlicher Ziele. Die Gesellschaft stagniert und wird zunehmend morscher.

Dies schafft günstige objektive und subjektive Bedingungen für die Ausbreitung von extrem rechten Auffassungen, die in ganz Europa erneut virulente und extrem gefährliche Formen angenommen hat. Es äußert sich in aggressivem Nationalismus, aber auch in Tendenzen zur Wiederbelebung der extremen Rechten aus der Zwischenkriegszeit des zwanzigsten Jahrhunderts, einschließlich der faschistischen Ideologie und Politik.

Zugleich gelingt es den linken Kräften in Rumänien nicht, sich aus der Krise zu retten. Die Linke ist atomisiert, in voneinander isolierte Einzelteile zerstückelt und: sie ist gestaltlos. Es fehlt ihr an innerer Solidarität. Sie leidet an akuter fatalistischer Resignation. Und auch das ist nicht eine rumänische Besonderheit. Diese Lage ist gesamteuropäisch, was allerdings die Lösung der Probleme nicht einfacher macht!

Unter solchen Bedingungen ist die Meinung in der Bevölkerung verbreitet, daß es keinen Sinn habe, sich zu engagieren, weil die Vorgaben ja sowieso von außen kommen, z. B. von der Europäischen Union. Rumänien müsse das machen, was es gesagt bekommt. Die Hauptsache: »es wird besser«. Ein anderer Teil ist angesichts der erlebten Enttäuschungen bereit, verführerischen Gesängen zu folgen und den aggressiven reaktionären Kräften in der Gesellschaft Gefolgschaft zu leisten. Bisher ist unter solchen Umständen, wie wir sie in Rumänien und in ganz Osteuropa vorfinden, stets der Boden für die gesellschaftliche Etablierung der Reaktion günstiger geworden.

Es geht also in Rumänien und in Osteuropa der Gegenwart insgesamt um mehr als »nur« um die Gewährleistung einer sicheren ökonomischen Entwicklung, wenngleich sie eine tragende Säule der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

2. ERGEBNISSE DES ÜBERGANGS. POLITISCHE ASPEKTE

Zwei Jahrzehnte nach Beginn der Restauration des Kapitalismus in Rumänien ist es angebracht, eine Bilanz zu ziehen. Dies um so mehr, als die Regierenden das Ende des Übergangs (der Transition) und den Eintritt des Landes in die Phase des Kapitalismus verkünden.

In Rumänien wurde ein politisches System errichtet, das dem politischen System der kapitalistischen Großmächte entspricht, diesem nachgebildet wurde. Generell mußte es den Erfordernissen genügen, die sich daraus ergaben, die sozialistischen Verhältnisse zu beseitigen und kapitalistische Verhältnisse zu etablieren.

In Verwirklichung dieser Forderungen wurde Rumänien und den anderen ehemals sozialistischen Staaten Europas der so genannte *Washingtoner Consensus* auferlegt. Dieser ging – in Zeiten der monopolaren Weltordnung – von dem Grundsatz aus, daß US-amerikanisches Interesse, vorgeblich als Interesse der »westlichen Wertegemeinschaft«, über den historischen, kulturellen und institutionellen Besonderheiten der Länder stand auch über dem erreichten Status internationaler Verpflichtungen. Mit seiner Verwirklichung beauftragten die USA und die anderen kapitalistischen Großmächte den IWF, die Weltbank und andere internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen.

Anstelle von Garantien für Entwicklung und demokratischer Selbstbestimmung der Völker, der Garantie von kultureller Vielfalt und Pflege von historischen Traditionen, anstelle von Garantien selbst für die propagierten Menschenrechte ist die Beseitigung von Hemmnissen für Handel und Investitionen und die Sicherung von kapitalistischer Herrschaft und Profit getreten. Sogar der marktkonservative Ronald D. Coase hat dies u. a. in seinem Nobelpreis-Vortrag (1992) betont, indem er darauf verwies, daß bei der Erlangung ideologischer Hegemonie es offensichtlich nicht auf die Erfassung der Wirklichkeit ankomme. Erforderlich sei »die Kontrolle über die Promotionen, Dotationen, Belohnungen und Publikationswege«.² Auf dieser Grundlage wurde eine unanfechtbare moralische, theoretische und politische Hegemonie aufgebaut und entfaltet.

Dies fand seinen Niederschlag bei der Erarbeitung der neuen Verfassung, beim Neuaufbau der staatlichen Institutionen, bei der Gestaltung

2 Zitiert nach Egon Matzner: Monopolare Weltordnung. Marburg 2000. S. 191.

des Rechtssystems, bis zur Organisierung von Bildung und Gesundheit, von Armee und Außenpolitik.

Mit den *Kopenhagener Kriterien* von 1993 beschloß der Europäische Rat ein weiteres Druckmittel, das die ost- und mitteleuropäischen Staaten in der Spur halten und diesen Prozeß beschleunigen sollte.

Damit wurde abgesichert, daß der Transformationsprozeß auf der Grundlage einer eindeutig einseitigen »Westorientierung« erfolgte.

Die Kopenhagener Kriterien umfaßten konkrete Vorschriften, die sowohl die institutionelle Stabilität als Garantie für die auf diese Weise eingeführte »demokratische und rechtstaatliche Ordnung« als auch eine funktionierende und wettbewerbsfähige kapitalistische Marktwirtschaft vorsahen. Die ost- und mitteleuropäischen Staaten wurden verpflichtet, das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten *Acquis communautaire*) zu übernehmen.

Das waren noch nicht die Bedingungen für die Mitgliedschaft in der EU. Ihre Erfüllung war als *Voraussetzung* dafür gedacht, daß man über die Mitgliedschaft verhandeln könnte.

Damit wurde aber abgesichert, daß der Transformationsprozeß auf der Grundlage einer eindeutigen und einseitigen »Westorientierung« erfolgte.

Zwar vollzog sich der Übergang nicht in allen Ländern auf dieselbe Art und Weise, doch war überall der Schlachtruf »Zurück nach Europa« weit verbreitet und bestimmend, so auch in Rumänien. Der Prozeß der geforderten Modernisierung wurde mit der »Europäisierung« des Ostens gleichgesetzt.

Die Umgestaltungen in Rumänien und in den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten fanden unter Bedingungen des wachsenden Einflusses und der Wertvorstellungen der kapitalistischen Gesellschaft Westeuropas und unter Verdrängung eigener historischer Erfahrungen und verwurzelter Werte statt.

Die genannten Kriterien waren primär als Druckmittel gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Staaten gedacht. Sie hatten allerdings auch die Funktion, die Interessen der EU, vor allem ihrer Großmächte, gegenüber Ost- und Mitteleuropa abzusichern.

Damit wurden diese Staaten und ihre innenpolitischen Maßnahmen sowie ihre außenpolitische Neuausrichtung zum Objekt der Konkurrenz zwischen den USA und den anderen kapitalistischen Großmächten. Für die souveräne Wahrnehmung nationaler Interessen der einzelnen Staaten blieb da nur wenig Raum!

Das auf diese Weise errichtete politische System in Rumänien (und auch in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten) ist zwar insgesamt und formal nach demokratischen Regeln und Formen gestaltet. Demokratie wird aber allzuoft z. B. als eine Summe von Prozeduren verstanden und praktiziert.

Ihr Inhalt und ihr Funktionieren sind nicht auf die Realisierung und Absicherung der Interessen der werktätigen Menschen ausgerichtet. Sie werden von den Interessen des Kapitals und in bedeutendem Ausmaß von denen des ausländischen Kapitals bestimmt. Zwischen Bürger und Politik tritt eine zunehmende Entfremdung ein.

Die Parteien in Rumänien verstehen sich und handeln weitgehend als Patronage-Parteien und sind auf ständiger Suche nach Einfluß sichernder Klientel. Oft ist die Sicherung von Posten auf Regierungsebene wichtiger als eine Parteiideologie. Parteiprogramme bleiben farblos und unverbindlich und ihre Politik ist von Opportunismus geprägt. Der Gewinn von Wahlen ist das erstrebenswerte Ziel.

Das politische System wird somit vom Ringen der »neuen Eliten« um größtmöglichen Einfluß auf die ökonomischen und politischen Entscheidungen und Vorgänge geprägt. Das Recht hat die Rolle übernommen, die Handlungen der Regierenden und ihrer Auftraggeber zu legitimieren.

Als Beweis für den demokratischen Charakter und für die Stabilität des politischen Systems im Rumänien der Gegenwart wird die Monstranz der »Alternanz«, d. h. des problemlosen Wechsels der politischen Parteien an der Leitung der Regierungstätigkeit, wie sie seit 1996 alle vier Jahre erfolgt, vor sich her getragen. Die Tatsache, daß seit 1996 die Regierungsgeschäfte nach gewonnen bzw. verlorenen Wahlen vom Mitte-Links-Lager an das Mitte-Rechts-Lager (und zurück) »friedlich« erfolgte, sei Ausdruck einer unwiderruflichen Konsolidierung der rumänischen Demokratie und ein demokratisches Reifezeugnis, das den Politikern durch die Wähler ausgestellt worden sei.

Die sozialen Klassen und Schichten, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, werden als sekundäre politische Akteure angesehen und behandelt. Es ist ihnen noch nicht gelungen, den politischen Vorgängen ihre Identität, ihre Interessenlage aufzuerlegen.

Das gegenwärtige politische System in Rumänien wird von Bürgern des Landes teils deshalb akzeptiert, weil man hofft, daß es schließlich besser werden könnte. Diese Hoffnung wird bei jeder Wahl neu belebt. Es sind also vor allem Stimmungen und atmosphärische Faktoren, die für die Aufrechterhaltung bestimmter politischer Situationen ausgenutzt

werden. Daraus entstehen aber auch Probleme und sogar Gefahren, weil Stimmungen bekanntlich (in jeder Hinsicht) manipulierbar sind!

Hinzu kommt, daß der politische Diskurs im Rumänien der letzten Jahre von der ständigen Negation positiver Entwicklungen der Vergangenheit (Antikommunismus) bestimmt wird, ohne aber in der Lage zu sein, unter den gegebenen geistig-politischen Verhältnissen positive Visionen für die Zukunft zu entwickeln. In dieses Vakuum konnten bisher die Konzepte der internationalen Akteure wie IWF und vor allem EU stoßen und wirksam werden.

3. EINIGE ÖKONOMISCHE ERGEBNISSE

Inhalt und Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens waren zunehmend von der Politik des Neoliberalismus geprägt.

Zuerst galt für die Wirtschaftspolitik der Standpunkt, daß die Zerschlagung der sozialistischen Verhältnisse nur dann nachhaltige Wirkung zeigen kann, wenn auch das bis 1989 bestehende ökonomische System beseitigt wird. Das hatte auch in Rumänien die Fetischisierung des Privateigentums und die Durchsetzung einer Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Geld-, Kredit-, und Valutapolitik *ausländischer Inspiration* (siehe Washingtoner Consensus) zur Folge.

Im Verlaufe der Zeit machte sich dabei immer mehr negativ bemerkbar, daß Rumänien (wie auch andere mittel- und osteuropäische Staaten) in den 1990er Jahren darauf verzichtet haben, *eigenständige volkswirtschaftliche Konsolidierungskonzepte zu erarbeiten und zu verfolgen*.

Diese Staaten waren somit schutzlos ökonomisch dem ausländischen Kapital und politisch den kapitalistischen Großmächten ausgeliefert. Ausländische Investitionen sind schon ihrer Natur nach nicht darauf gerichtet, eine harmonische Entwicklung anderer Länder und die Befriedigung der Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Ihr Ziel ist der eigene Profit und zu diesem Zweck die Ausschaltung der nationalen und internationalen Konkurrenz.

In diesem Rahmen erfolgten auch in Rumänien die Schließung von Produktionsstätten und die Vernichtung ganzer Industriezweige. Die gesamte produktive Sphäre wurde dezimiert und als Wachstums- und Stabilitätsfaktor des Landes wirkungslos gemacht.

Die gesamte Industrieproduktion Rumäniens betrug im Jahre 1989 das 65fache des Jahres 1938 und die Energieproduktion das 75fache

von 1938. Nach den Zerstörungen von 1989/1990 und teilweisen Versuchen des Wiederaufbaus danach hatte man 15 Jahre später wieder ungefähr die Hälfte des 1989er Niveaus erreicht. Ganze Industriezweige, die bis 1989 den inneren Bedarf deckten und Exportmöglichkeiten boten (extraktive und verarbeitende Industrie, Metallurgie, Maschinenbau, chemische Industrie) bestehen nur noch in der Erinnerung der Beteiligten.

Ende 2006 wurden – verglichen mit dem Niveau des Jahres 1989 – nur noch 30% der Kohle gefördert, 43% Stahl produziert. Die Produktion von metallverarbeitenden Maschinen lag bei fünf Prozent, die Traktoren-Produktion bei 18% und die LKW-Herstellung bei drei Prozent, bei Getreideerntemaschinen wurden noch 19% hergestellt und bei synthetischen Fasern und Garnen betrug die Produktion nur noch 1,1% des Jahres 1989.

Rumänien und auch die anderen Staaten dieser Region wurden von der Produktion in den kapitalistischen Staaten, vor allem Westeuropas, und vom dortigen Markt abhängig gemacht. Damit entstand nicht nur ökonomischer Schaden, es wurden auch die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder arg beeinträchtigt.

Die Privatisierung erwies sich dabei als wichtiges Instrument zur Zerstörung gewaltiger materieller Werte, ganzer Volkswirtschaften. Gesellschaftliches Eigentum wurde zerschlagen. Volkseigentum wurde für ein Spottgeld an ausländische »Investoren« verschербelt. Diese legten zahlreiche Produktionsstandorte still und funktionierten andere zu verlängerten Werkbänken der westeuropäischen Kernunternehmen um.

Die früher auf Unabhängigkeit bedachte Volkswirtschaft Rumäniens wurde zum Anhängsel bzw. Zulieferer für westeuropäische Unternehmen gemacht!

Nach dem Tiefpunkt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begann mit dem Jahr 2000 auf veränderten Grundlagen eine Periode beachtlichen ökonomischen Wachstums von sechs und mehr Prozent jährlich.

Das heißt aber nicht, daß sich die gesamte Volkswirtschaft harmonisch unter Ausnutzung aller natürlichen nationalen Bedingungen entwickelt hätte. Positive Entwicklungen haben jene Bereiche zu verzeichnen, in die ausländisches Kapital geflossen ist. Das ökonomische Wachstum wurde von internationalen Kapitalzuflüssen abhängig gemacht.

Im Oktober 2008 war ausländisches Kapital laut Statistik des Rumänischen Handelsregisters mit insgesamt 21,9 Mrd. Euro an 158.323 Un-

ternehmen (Klein-, Mittel- und Großunternehmen) beteiligt.³ (Das Nationale Amt des Rumänischen Handelsregisters verfügt über die präzisesten Angaben zu ausländischen Investitionen, hat aber einen anderen Berechnungsmodus für ausländische Investitionen als die Rumänische Nationalbank. Während die Nationalbank auch Kredite zwischen ausländischen Muttergesellschaften und ihren Tochtergesellschaften in Rumänien sowie reinvestierte Gewinne zu den ausländischen Direktinvestitionen hinzurechnet, werden im Handelsregister nur das gezeichnete Kapital in Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung sowie Kapitalaufstockungen berücksichtigt).

Das ausländische Kapital teilt sich dabei wie folgt auf die einzelnen Bereiche der rumänischen Volkswirtschaft auf: Industrie 50%, Dienstleistungen 26%, Groß- und Einzelhandel 13%, Transport zwei Prozent, Baubereich zwei Prozent sowie Landwirtschaft ein Prozent.

Dabei sind Unternehmen aus Holland, Österreich und Deutschland an fast der Hälfte dieser Unternehmen (47,84 Prozent) in Rumänien beteiligt. Nach Holland und Österreich liegt Deutschland bei den ausländischen Investitionen in Rumänien an dritter Stelle.

In Rumänien sind Ende Oktober 2008 16.505 Unternehmen aus Deutschland eingetragen, das sind 10,42 Prozent aller Unternehmen mit ausländischem Kapital. Der Kapitalanteil liegt, ebenfalls mit Stand vom Oktober 2008, mit 2,59 Mrd. Euro bei 14,84%. Rumänien ist das Land mit den meisten deutschen Unternehmen. Dabei handelt es sich auch um Klein- und Kleinstunternehmen mit durchschnittlich zehn Beschäftigten. Österreich ist mit 5.320 Unternehmen (3,36%) mit 3,2 Mrd. Euro (14,40%) und Holland mit 3.413 Unternehmen (2,16%) mit 5,1 Mrd. Euro (23,02%) beteiligt.

Die Investitionen aus Deutschland kommen von EON und Ruhrgas im Bereich der Elektrizität und Gasverteilung, von Linde AG in der Petrochemie, in der Automobilzulieferindustrie von Continental, Lisa Dräxlmaier, Ina Schaeffler und Leoni, im Bauwesen von Heidelberg Zement. Im Bereich der Banken und Versicherungen sind die HVB, die Allianz AG, und die ProCredit Bank, im Handel PLUS, Kaufland, Metro und Selgros und in der Lebensmittelindustrie Dr. Oetker und Fuchs vertreten. Immer stärker tritt der Bereich der Softwareentwicklung genauso wie die Berei-

3 Siehe www.onrc.ro.

che Metallbearbeitung und Chipentwicklung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der deutschen Seite.

Rumänien hat auf Grund der Einwohnerzahl ein ansprechendes Marktpotenzial. Es ist aber auch aufgrund seiner geographischen Lage ein für Deutschland interessantes Gebiet: es bietet die Verbindung zur Türkei, zu Serbien und zum Osten des Balkans, nach Moldawien und zur Ostukraine und über das Schwarze Meer zur historischen Seidenstraße in die Weiten des Ostens.

Aus Österreich haben sich Firmen besonders im Bank-, Versicherungs- und Immobilienbereich erfolgreich etabliert. Im Dezember 2005 hat die Erste Bank für 3,75 Milliarden Euro die Mehrheit an der Banca Comerciala Romana übernommen. Dies war die größte Auslandsinvestition eines österreichischen Unternehmens und gleichzeitig die größte in Rumänien vom Ausland aus getätigte Investition. Gleichzeitig sind auch Raiffeisen, die BA-CA und die Volksbank in Rumänien sehr aktiv. Neben der UNIQA, die die Mehrheit bei der Versicherungsgesellschaft ASTRA erwarb, hat die Wiener Städtische mit der ASIROM eine der führenden Versicherungsgesellschaften übernommen und ist der führende Versicherungskonzern in Rumänien. Im Immobilienbereich ist IMMOEAST mit über zwei Milliarden Euro einer der größten Investoren.

Die OMV übernahm im Dezember 2004 mit 1,5 Mrd. Euro 51% des rumänischen Ölkonzerns PETROM und kontrolliert damit die Erdöl- und Erdgasförderung, Raffinerien, das Tankstellennetz und Teile der Petrochemie in Rumänien. Siemens Österreich modernisiert ein zentrales Krankenhaus in Bukarest und hat ein eigenes Werk in Sibiu eröffnet. Mit der Übernahme von zwei Standorten in Rumänien hat Leipnik-Ludenburg seine Position als Nummer Eins am europäischen Mühlenmarkt weiter ausgebaut. Ebenfalls mit zwei Standorten in Rumänien hat sich Wienerberger zur Nummer Eins auf dem rumänischen Ziegelmarkt etabliert.

Auf der Grundlage solcher Entwicklungen befindet sich die ökonomische Basis des kapitalistischen Systems in Rumänien in einem relativ fortgeschrittenen Stadium seiner Entstehung. Von einer Konsolidierung derselben kann man allerdings – auch wegen struktureller Disproportionen – noch nicht mit gleicher Eindeutigkeit sprechen.

Die Formung dieser ökonomischen Basis wird nicht von dem Ziel geprägt, die nationalen Bedingungen des Landes bestmöglich auszunutzen, und auch nicht vorrangig von den Interessen des autochthonen Kapitals, gar keine Rede von den Interessen der Mehrheit der Bevölke-

zung. Bestimmend sind die Interessen und Ziele des ausländischen Kapitals. Selbst die Privatisierungspolitik und die wirtschaftliche Umstrukturierung wurden einseitig von diesen Interessen und Zielen bestimmt.

Diese Tatsache hat nicht nur ökonomische Auswirkungen, sondern sie wirkt langfristig und nachhaltig in die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen, in die Bestimmung und Gestaltung der Innen- und Außenpolitik des Landes hinein. Die Schäden in ökonomischer, politischer, gesellschaftlicher und geistig-moralischer Hinsicht waren und sind nicht stabilisierend, sondern von langer destruktiver Wirkung auf dieses System. Die ehemaligen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen sowie kulturellen Identifizierungskriterien zerfallen. Neue Kriterien können zwar dekretiert werden, ihre Implementierung und ihre Verinnerlichung durch die Gesellschaft sind mit Widersprüchen verbunden und dürften – wenn überhaupt – noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Auch das Defizit in Technologie, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit unter Berücksichtigung der gesamten Breite ist im Vergleich zu den entwickelten kapitalistischen Staaten nicht geringer geworden. Zwischenzeitlich werden relativ hohe Wachstumskennziffern erreicht. Die innere Struktur der Wirtschaft und ihr Verhältnis zur Gesellschaft sowie zum internationalen Umfeld konnten nicht ins Positive gewendet werden.

Laut Eurostat bietet das BIP (berechnet auf der Grundlage EU 27 = 100) pro Einwohner auf der Grundlage der Kaufkraftparität folgendes Bild:

Land	2005	2006	2007	2008
Bulgarien	35,4	36,8	38,3	39,3
Tschechien	76,7	78,7	81,2	82,0
Polen	51,3	52,5	54,7	55,7
Rumänien	35,5	38,9	40,4	41,4
Ungarn	64,3	65,0	64,1	63,5

Dies ist eine nur schmale Grundlage, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, um Entwicklung im Sinne von Kulturentwicklung zu gewährleisten. Trotz positiver Wachstumswahlen hat sich die Lage der Volkswirtschaft nicht stabilisiert. Einmal geben diese Wachstumswahlen von sechs und mehr Prozent allein die Entwicklung von Jahr zu Jahr an und verdecken eher die Zerstörungen und deren Folgen, welche die tat-

sächliche Grundlage für die Probleme des Landes sind. Zweitens muß es schon Anlaß für Überlegungen sein, wenn bei so günstigen Wachstumswerten sich z. B. die Leistungsbilanz Rumäniens weiter verschärft. Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2006 10,4%, 2007 14% und 2008 15,5% des BIP, befindet sich also auch in den letzten Jahren in ständigem Anwachsen.⁴

Das Verhältnis zwischen Import und Export muß als einer der wichtigsten Faktoren identifiziert werden, die zu diesem Zustand geführt haben und noch führen. Das Außenhandelsdefizit betrug im Jahre 2005 rund acht Milliarden Euro. Bis 2008 ist es auf 16 Milliarden angewachsen, hat sich also verdoppelt. Negativ ist auch die Zahlungsbilanz (2008 = - 11,2% des BIP).

Die Auslandsverschuldung beträgt knapp 30% des BIP. Ende 2007 waren das (lang- und mittelfristig) 37,1 Milliarden Euro bei den durch den Staat garantierten Krediten. Hinzu kommen noch 24 Milliarden Euro, die nicht durch den Staat garantiert werden.

In allen Positionen, die mit den wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen Rumäniens zusammenhängen, bewegt man sich also im stark anwachsenden negativen Bereich.

Dies ist eine Folge der Exportschwäche des Landes, das auf der Grundlage einer Wirtschaftspolitik, die vorrangig auf die EU und auf ausländische Investitionen ausgerichtet war und ist, wichtige Exportlinien verfallen ließ bzw. sie absichtlich (aus politischen Erwägungen) abgebrochen hat. Dazu gehören nicht nur die Exporte in lateinamerikanische, asiatische und afrikanische Staaten, sondern auch nach Rußland. Von hier aus wird zwar ein Großteil der Energieversorgung und des Rohstoffbedarfs des Landes abgesichert. Die Exportfähigkeit in diese Region ist jedoch ständig vernachlässigt worden.

Diese Probleme sind vor allem eine Folge des Defizits in Technologie, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit des Landes, Bereiche, in denen der Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Staaten größer geworden ist. Die positiven Wachstumskennziffern haben diesen Grundmangel nicht beseitigt.

Ein gravierendes Problem der ökonomischen Entwicklung Rumäniens ist die Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft. Das

4 Siehe www.bankaustria.at.

Verhältnis hat sich nach 1990 verschärft und konnte seither nicht spürbar verbessert werden.

Durch die Zerschlagung der landwirtschaftlichen Großbetriebe wurden zwar wichtige rumänische Konkurrenten für die Produzenten in anderen Ländern beseitigt. Es wurde aber auch die Grundlage für eine breite Versorgung der eigenen Bevölkerung und der nationalen Nahrungsgüterindustrie mit einheimischen Rohstoffen faktisch liquidiert. Eine Landwirtschaft, die auf der Grundlage von Handtuchflächen betrieben wird, ist dazu nicht in der Lage. Deren Produkte werden durch die massenhafte Einfuhr hochsubventionierter Agrarprodukte aus Westeuropa zunehmend vom Markt gedrängt. Die Bauern sind gezwungen, ihr Dasein als Subsistenzbauern zu fristen. Das Problem wird noch dadurch verschärft, daß viele der ehemals in der Industrie Beschäftigten ihren Lebensunterhalt ebenfalls wieder auf dem Lande erarbeiten wollen. Die Landbevölkerung nimmt erneut zu.

4. FOLGEN IN DER GESELLSCHAFT

Trotz ausgewiesenen Wirtschaftswachstums sind bedeutende Bereiche der Entwicklung der Gesellschaft in Rumänien, vor allem die Lebensbedingungen der Menschen, weit hinter den Versprechungen der Politik und den Erwartungen der Bevölkerung zurückgeblieben.

In Rumänien betrug die Zahl der Beschäftigten zu Beginn des Jahres 2007 nur noch 65% im Vergleich zur Beschäftigtenzahl von 1989. Es waren sogar weniger (85%) als im Jahre 1950!⁵ Die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger Anfang 2007 erreichte etwa 58% der von 1989.

Der Mindestlohn in der Volkswirtschaft lag bei 114 Euro. Rumänien belegte damit den vorletzten Platz in der EU.

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten hatten 3,5 Mio. Lohn- und Gehaltsempfänger, das sind 84%, einen Bruttolohn von 2.000 Lei (das sind etwa 500 Euro) monatlich. Nur 650.000 Personen, das sind 16% der Empfänger, erhielten mehr als 2.000 Lei (500 Euro) pro Monat.

Die Zunahme von Armut führte zum Wachstum der Migration. Ständig sind über zwei Millionen Bürger Rumäniens, das sind zehn Prozent der Gesamtbevölkerung (21,5 Mio.) und 14% der Menschen im er-

5 Das Zahlenmaterial siehe www.psd.ro/ 4 ani pierduti.

werbsfähigen Alter im Ausland auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Das hat einerseits zur Folge, daß die rumänische Arbeitslosenziffer relativ gering ist (etwa vier Prozent). Es bringt für Rumänien auch den Vorteil, daß von diesen Menschen einige Milliarden Euro jährlich auf die Konten zu Hause überwiesen werden (für 2006 wird die Summe von 4,5 Milliarden Euro angegeben), Geld, das die rumänischen Finanzen entlastet. Es handelt sich aber andererseits um Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation, deren Leistungen und Fähigkeiten der rumänischen Volkswirtschaft verloren gehen. Dieser Umstand trägt in bedeutendem Maße zur Vertiefung der Probleme in der ökonomischen und sozialen Entwicklung des Landes bei. Er trägt z. B. auch zur Beibehaltung der Entwicklungsunterschiede zu den ökonomisch entwickelten Staaten bei.

Alle diese Entwicklungen verstärken die schon bestehenden Unterschiede in der Gesellschaft – und das nicht nur in Rumänien! Chancengleichheit hat jetzt schon aufgehört zu existieren. Sie führen zu Umgestaltungen der sozialen Strukturen, die von dramatischen Prozessen, Brüchen, Umschichtungen begleitet sind.

Die zwischenmenschlichen Beziehungen haben weitgehend neue Grundlagen erhalten und werden von qualitativ neuen, kapitalistisch geprägten Inhalten beherrscht.

Die Diversifizierung der ökonomischen Interessen und der sozialen Verhaltensweisen findet mit hoher Geschwindigkeit statt und erfaßt alle Klassen und Schichten. Dies erschwert die gemeinsame Artikulation der sozialen Gruppen und zerstört ihre Solidarisierung. Entsolidarisierung ist angesagt! Eine weitere günstige Bedingung für kapitalorientierte Politik! Das sind durchaus neue Bedingungen auch für die Kräfte, die auf gesellschaftlichen Fortschritt setzen.

Parallel dazu verläuft die soziale Polarisierung, die sich als tief wirkender Prozeß in der bisherigen Entwicklung erweist. Sie ist nur schwer abzufangen oder zu beherrschen und widerspricht auch den Erwartungen und Hoffnungen der Herrschenden.

Auch angesichts der völlig anders gearteten Erfahrungen von vor 1989 sind die Menschen mehr und mehr von einer sozialen Frustration erfaßt, die zumindest einen großen Teil von ihnen sehr anfällig für rechte und andere gefährliche politische Tendenzen macht.

Die mit den ehemals kollektiven Eigentumsformen verbundenen sozialen Klassen haben sich als gesellschaftliche Gruppen ebenfalls verändert. Die Arbeiterklasse, die stabil und vorwiegend in Großbetrieben organisiert ist, ist zahlenmäßig stark geschrumpft. Ein großer Teil der

Arbeitslosen und der im Ausland Tätigen kommt aus ihren Reihen, wird aus ihren Reihen aber »ausgesondert« und so nicht nur in die politische Passivität getrieben, sondern auch für Anarchismus, Nationalismus empfängsbereit gemacht.

Eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitern wurde durch die Entwicklung nach 1989 gezwungen, selbst Unternehmer zu werden. Ihre Lage bleibt aber unsicher. Viele verlieren nicht nur den gegründeten Betrieb, sondern auch den sozialen Boden unter den Füßen und werden noch mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Gleichzeitig ist die Mehrzahl der jetzt noch tätigen Arbeiter in Kleinbetrieben beschäftigt. Die Tätigkeit in Kleinbetrieben ist ein günstiger Boden, der ihr Verhältnis einerseits zum Betrieb und andererseits in der Gesellschaft verändern kann.

Außerdem zeigt die Praxis in allen ehemals sozialistischen Staaten Europas, daß es große Unterschiede zwischen den Beschäftigten der ausländischen Gesellschaften und denen autochthoner Betriebe gibt. Das betrifft Fragen des Einkommens aber auch z. B. Fragen der Arbeitsbedingungen, der Organisiertheit der Arbeiter usw., alles Faktoren, die eine Entsolidarisierung fördern und das Bewußtsein gemeinsamer Interessen verkümmern lassen. Die multinationalen Gesellschaften haben neue Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse geschaffen. Sie bringen Arbeiter hervor, denen es besser geht als dem Durchschnitt, und eine gut bezahlte Schicht von Managern, aber auch inländische Unternehmer, die mit ausländischen Firmen langfristig verbunden sind und kooperieren. Damit sehen sie sich als »Bessergestellte« an, ohne darüber nachzudenken, ob das lange so bleibt!

Auch die Bauernschaft ist dem Prozeß der Veränderung unterworfen. Nach der Zerschlagung der Genossenschaften ist ein großer Teil der Bauern in den Reihen der Langzeitarbeitslosen gelandet, ohne Aussicht auf Veränderung ihrer Lage. Verändert haben sich auch die Lebensumstände der landwirtschaftlichen Intelligenz, die zahlenmäßig nur noch minimal vertreten ist. Bestimmend für das soziale Gesicht des Dorfes ist der um seine Existenz kämpfende Kleinbauer geworden. Kultur auf dem Lande wird immer mehr zu einem Fremdwort.

Dafür bildet sich eine neue Schicht von Unternehmern heraus, die sich auf der Grundlage des Ruins der Kleinbauern ausbreitet. Hinzu kommt die Etablierung der ausländischen Grundbesitzer, die durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit und durch die Ausnutzung ihrer sozialen Stel-

lung die ökonomische und soziale Lage auf dem Lande weiter verschärfen.

Wir haben es also in Rumänien, aber auch in den anderen ost- und mitteleuropäischen Staaten, mit einem hohen Grad der Differenzierung der Interessen, der sozialen Zersplitterung zu tun. Das Problem wird dadurch verschärft, daß es – bis auf wenige Ausnahmen – keine einflußreiche politische Kraft gibt, die sowohl durch ihren Masseneinfluß als auch durch programmatische Klarheit und politische Eindeutigkeit in der Lage ist, einen gemeinsamen politischen Willen zu formen.

Die Restauration des Kapitalismus hat sich durchgesetzt. Gescheitert sind die reformistischen Konzepte, die die »Erneuerung der Gesellschaft« auch in Rumänien auf einem »dritten Weg« durchsetzen wollten. Sie strebten z. B. eine »gemischte Wirtschaft« an, die in der Lage wäre, die Voraussetzungen einer »postkapitalistischen sozialen Gerechtigkeit« zu bewahren, wie es hieß.

Durchgesetzt hat sich ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das zur Vernachlässigung und Verletzung der allgemeinen Interessen der Gesellschaft, zu Wohlfahrt nur für eine Minderheit und zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung führte, die vor allem die negativen Auswirkungen der Transformation zu tragen hat.

Die bisherigen Ergebnisse der Entwicklung zeigen, daß im Prozeß der Restauration des Kapitalismus erneut verschiedene Ziele, unterschiedliche ökonomische, politische und gesellschaftliche Konzepte und Ideologien sowie soziale Kräfte mit unterschiedlichen und sogar entgegengesetzten Interessen miteinander konfrontiert sind.

WOLFGANG GEIER

Hinter dem Horizont – Transnistrien

Östlich des Dnjestr erstreckt sich in der Richtung nordnordwest-süd-südost auf etwa 200 Kilometern Länge und einer Breite von zwischen einem und fünf Kilometern ein Gebiet, das seit 1990/1992 die Bezeichnung Transnistrien (jenseits des Dnjestr/Dnister) trägt. Nach der Sezession von der in dieser Zeit aus der früheren Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik mit dem Zerfall der UdSSR entstehenden Republik Moldova/Moldawien wird dort der Anspruch erhoben, ein selbständiger Staat (Präsidialrepublik) mit entsprechenden Institutionen, mit Flagge, Wappen und Hymne zu sein. Dieses Gebilde wird jedoch von keinem anderen Staat offiziell anerkannt, keiner unterhält mit ihm diplomatische Beziehungen. Die Selbstbezeichnung ist (russisch) Pridnestrowskaja Moldawschaja Respublika, (moldawisch/rumänisch) Republika Moldoveneasca Nistreena, (ukrainisch) Prydnistrowska Moldawska Respublika). Die Amtssprachen sind (formal) Moldawisch/Rumänisch, Russisch, Ukrainisch; gesprochen wird jedoch überwiegend Russisch.

Es gibt kaum ein Gebiet von dieser Größe (etwa 3.500 qkm) und mit dieser Einwohnerzahl (etwa 550.000) in Europa, das in den vergangenen Jahrhunderten öfter umverteilt, den Besitzer gewechselt hat, als dieses. Deshalb sollen wenigstens einige hierfür bezeichnende Daten, Fakten, Personen und Akte genannt werden.

WECHSELVOLLE GESCHICHTE

Das heutige Transnistrien war seit etwa einem Jahrtausend immer ein Teil oder teilweise Bestandteil größerer geographischer, territorialer, geopolitischer und quasi-staatlicher Gebilde im – kurz gesagt – bes(s)arabisch*-

* Die Bezeichnung dieser Landstriche geht auf einen durch die Völkerwanderungen dorthin gelangten Stamm der *Besser* (6./7. Jahrhundert) sowie auf das Fürstenge-

moldauisch-walachischen Raum. Es lag in Konfliktregionen zwischen zunächst Ungarn und Polen, dann dem habsburgischen und osmanischen Anspruchs- und Herrschaftsbereich, später zwischen den konkurrierenden Interessen Österreichs beziehungsweise Österreich-Ungarns, Rußlands und dem Osmanischen Reich. Im 20. Jahrhundert waren es Konfrontationen zwischen Ungarn, Polen, der Sowjetunion, Rumänien, während des Zweiten Weltkrieges zwischen den um diesen Raum kämpfenden Gegnern, den Achsenmächten und der Anti-Hitler-Koalition. Mit dem Zerfall der UdSSR und der Entstehung neuer Staatsgebilde, ihrer territorialen Ansprüche und Interessengegensätze ist nun schließlich dieses eigenartige Gebilde Transnistrien entstanden, für dessen Existenz und Status es im gegenwärtigen Europa nichts Vergleichbares gibt.

Die Landstriche zwischen dem Dnjepr, Dnjestr, Prut und dem transilvanischen Raum in östlich-westlicher Ausdehnung sowie zwischen der Bukowina im Norden, der Donau beziehungsweise der Dobrudscha im Süden waren, einmal abgesehen von ihrer Früh- und Vorgeschichte, bis zum Beginn der Völkerwanderungen provinzielle Bestandteile des Imperium Romanum.

Im 14. Jahrhundert entstehen dort um 1323 ein griechisch-orthodoxes Fürstentum Walachei unter Basarab I. sowie ein ebensolches Gebilde Moldawien unter Bogdan I. Im Jahre 1412 kommt es zu einer Teilung der Interessenlagen zwischen Polen, das die Bukowina und das östliche Moldawien, und Ungarn, welches das westliche und südliche Moldawien beansprucht. Wenig später erobern die Osmanen 1415 die Dobrudscha, das südliche Moldawien wird Bestandteil des Osmanischen Reiches, die Walachei und Moldawien werden ihm tributpflichtig und bleiben dies bis 1877.

Im 18. Jahrhundert verändern die Russisch-Türkischen Kriege 1711, 1736–1739, 1768–1774 die geopolitische Situation, künftige Zuordnungen zeichnen sich ab. Mit dem Frieden von Kütschük-Kainardschi 1774 wird der Dnjestr russischer Grenzfluß, die Zaren erhalten eine Art Patro-

schlecht *Basarab* (13./14. Jahrhundert) zurück. So müßte der Name eigentlich Bes- oder Basarab(ien) lauten; die Schreibweise mit dem doppelten -s- ist jedoch gebräuchlich geworden.

nat über die orthodoxen Kirchen und Gläubigen in der Walachei und Moldawien; diese Vereinbarungen werden in der Konvention von Ainali-Kowak 1779 erneuert.

Im Jahre 1775 besetzt Österreich die Bukowina, 1786 wird sie Galizien zugeordnet, seit 1782/1783 sind russische und österreichische Konsuln in der Walachei und Moldawien tätig.

Nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1787–1792 wird Moldawien russisch besetzt, im Frieden von Jassy erhält Rußland die Schwarzmeerküste bis zum Dnjepr. Nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1806–1812 besetzen die Russen die Walachei und Moldawien erneut und vollständig; im Vertrag von Tilsit 1807 erhält Rußland die Zustimmung Frankreichs zur Annexion dieser Gebiete, die bis 1810 vollzogen wird. Im Frieden von Bukarest 1812 wird Bessarabien von Moldawien getrennt und mit der Hauptstadt Bender/Tighina bis 1818 russische Provinz.

Zar Alexander I. erhebt Kischinew/Chişinău zur Hauptstadt des autonomen Gebietes. Mit dem nächsten Russisch-Türkischen Krieg 1828 bis 1829 wird Russisch Amtssprache, jedoch ziehen sich die Russen 1834 aus der Walachei und Moldawien zurück. 1849 wird der größte Teil der Bukowina eine selbständige österreichische Provinz.

Mit dem Russisch-Türkischen beziehungsweise dem Krim-Krieg 1853 bis 1856 entsteht wiederum eine neue Lage: Der russischen Besetzung der Walachei und Moldawiens (1853) folgt die österreichische (1854); die Fürsten beider Gebiete kehren aus ihrem Wiener Exil zurück. Zwischen dem Pariser Frieden von 1856 und der Pariser Konvention von 1859 entsteht nach weiteren wechselvollen Ereignissen schließlich das von den Großmächten akzeptierte *fait accompli*: Die »Große Vereinigung« von Alba Julia 1859 der beiden Fürstentümer Walachei und Moldawien wird anerkannt.

Am letzten Russisch-Türkischen Krieg 1877–1878 nimmt Rumänien bereits als quasi-selbständiges Staatswesen auf russischer Seite teil und wird dafür mit der Anerkennung seiner vollen Souveränität als nunmehrigem Königreich belohnt.

Mit der Berliner Kongreß 1878 und den dort beschlossenen Friedensregelungen werden das südliche Bessarabien und weitere Grenzgebiete russisch.

Im Jahre 1896 wird in einem geheimen österreichisch-russischen Abkommen von Budapest vereinbart, daß nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches dann Rußland neben den bereits in Besitz ge-

nommenen weitere Gebiete im Donaudelta und in der Dobrudscha sowie Österreich Bosnien und die Herzegowina erhalten sollen.

Am Beginn des Ersten Weltkrieges wird zwischen Rußland und Rumänien am 1. Oktober 1914 vereinbart, daß Rußland die (künftigen) Ansprüche Rumäniens auf die österreichisch-ungarischen Gebiete mit rumänischer Bevölkerung anerkennt. Am 14. August 1916 wird dies in einem Geheimvertrag zwischen der Entente und Rumänien bekräftigt; daraufhin erklärt dieses Land am 27. August Österreich-Ungarn den Krieg. Mit seinem Ende werden Bessarabien und die Bukowina von Rumänien beansprucht und besetzt, dies wird in einem Friedensvertrag mit Österreich (10. Dezember 1919) bestätigt. Mit dem Frieden von Trianon (4. Juni 1920) wird Rumänien zum eigentlichen Gewinner des Krieges in diesem Raum: Zu Lasten Ungarns und anderer Nachbarn werden sein Territorium und seine Bevölkerung wesentlich vergrößert und die Einverleibung Bessarabiens bestätigt.

Die Auseinandersetzungen zunächst mit Sowjetrußland, der Sowjetukraine und dann der UdSSR zwischen November 1917 und 1924 halten an: Der schließliche Versuch, Bessarabien in die Sowjetunion/Sowjetukraine einzugliedern, wird von Rumänien niedergeschlagen. Östlich des Dnjestr entsteht ein autonomes Gebiet der UdSSR. Im Jahre 1929 wird ein Nichtangriffspakt (9. Februar) zwischen der UdSSR, Rumänien, Polen, Lettland und Estland geschlossen, 1934 werden diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und Rumänien mit gegenseitigen Grenzgarantien aufgenommen. In den Abkommen zwischen Hitler und Stalin im August/September 1939 wird der UdSSR von Deutschland die Einverleibung Bessarabiens über die »Einfluß-Sphären-Festlegungen« zugestanden. Im Jahre 1940 fordert die UdSSR von Rumänien ultimatativ (26. Juni) die Abtretung größerer Teile der Bukowina, des Hertza-Gebietes und Bessarabiens, Rumänien nimmt auf Deutschlands Drängen an, im August 1940 wird die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik gebildet.

Als Verbündeter Hitlers tritt Antonescu 1941 in den Krieg gegen die UdSSR ein: Das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug wird bis 1943 Rumänisch-Transnistrien. Das Antonescu-Regime läßt dort Tausende rumänische Juden in eine Art Territorialghetto deportieren, viele kommen bereits

dort und fast alle später in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern ums Leben.

Bereits im Dezember 1943 beginnen Geheimverhandlungen zwischen der rumänischen und der sowjetischen Führung in Stockholm sowie im ersten Halbjahr 1944 mit den Westalliierten in Kairo, die im August 1944 den Frontwechsel Rumäniens bewirken. Einem Waffenstillstand mit den Alliierten im September 1944 folgen im August 1945 die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den UdSSR und Rumänien und 1947 der Frieden von Paris (10. Februar): Die Moldauische SSR wird erweitert wiederhergestellt, außerdem erhält die UdSSR die nördliche Bukowina, das Hertza-Gebiet und das südliche Bessarabien.

Zwischen 1948 und 1988 sind die Beziehungen zwischen den Partei- und Staatsführungen beider »Bruderländer« zunehmend widersprüchlich, konfliktgeladen und führen schließlich zu einem faktischen Bruch. Bereits in den 1970er Jahren erscheinen erste und dann verstärkt im Jahre 1988 secessionistische Bestrebungen sowohl zwischen der UdSSR und der Moldauischen SSR sowie auch in dieser zwischen »moldawischen/rumänischen« und »russischen« Aspirationen; sie führen mit dem Zerfall der UdSSR und dem Umsturz in Rumänien schließlich zur Ausrufung der Republik Moldova/Moldawien am 23. Mai sowie zur offiziellen Unabhängigkeitserklärung durch das neugewählte Parlament am 27. August 1991.

Vorausgegangen waren innere bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen um die Macht kämpfenden Gruppen und die daraus folgende Sezession des östlich des Dnjestr gelegenen Teiles als Dnjestr-Republik/Transnistrien mit der Hauptstadt Tiraspol bereits im September 1990. Einige Zeit besteht im Süden eine »Republik der Gagausen«, einer gemischt ethnisch-religiösen, vorwiegend türkisch-stämmigen Minderheit, mit dem Hauptort Comrat.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Moldawien, Transnistrien und zwischen beiden werden bis 1992 fortgesetzt; in Transnistrien herrscht militärisch die 14. Sowjetische, nun Russische Armee unter dem Befehl des berühmten Generals Lebed, der später als Präsidentschaftskandidat in der Rußländischen Föderation bei einem Unfall getötet wird – »nasse Sachen« (»mokrije djela«) vielleicht.

Seither gibt es keine erheblichen, mit Waffengewalt ausgetragene Vorfälle, jedoch bestehen nach wie vor latente ethnische Konflikte in

Transnistrien und territoriale in an die Ukraine grenzenden Gebieten; die Grenzen zwischen beiden sind im übrigen weder vertraglich eindeutig fixiert noch entsprechend markiert. Ob und wann sich die inneren und äußeren Konflikte verschärfen und – wie auch immer – offen ausgetragen werden, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden.

TRANSNISTRIEN VON 1992 BIS HEUTE

In der Republik Moldova entscheiden sich am 6. März 1994 rund 90% der Bevölkerung in einem Referendum für einen unabhängigen, einheitlichen und unteilbaren Staat. Die damals noch etwa 700.000 Bewohner »Transnistriens« boykottieren die Abstimmung, etwa 200.000 Gagausen beteiligen sich; allerdings war aus diesen Angaben nicht zu erkennen, wie viele dieser Einwohner überhaupt abstimmungsberechtigt waren. Die Republik Moldova und die Rußländische Föderation vereinbaren den Abzug der 14. Armee binnen drei Jahren; allerdings votieren am 26. März 1995 bereits 93% der Bevölkerung Transnistriens für den Verbleib dieser Truppen in diesem Gebiet, deren militärische, personelle und materielle Struktur dort bis heute so erhalten ist, daß sie das zivile Leben deutlich beeinflußt.

Die rußländische Duma verlangt am Beginn des Jahres 1995 in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution die Anerkennung der »Transnistrischen Moldawischen Republik« sowohl seitens der Republiken Moldova und Rumänien als auch »international«.

Im Jahre 1995 wird die Republik Moldova als 35. Mitglied in den Europa-Rat aufgenommen und erhält seither umfangreiche finanzielle Hilfen seitens internationaler Institutionen und Organisationen. Allerdings war und ist die wirtschaftliche und soziale Lage dieses Staates seither – selbst für südosteuropäische Verhältnisse – katastrophal, die innenpolitische Situation absurd bis explosiv.

Im gleichen Jahre wird in Transnistrien Igor Smirnow zum Präsidenten gewählt; er übt dieses Amt bis heute mit einem Familienclan und ihm verbündeten mafiokratischen Strukturen aus, deren Wirken noch behandelt wird.

Unter der Herrschaft Smirnows wird Transnistrien als »Präsidialrepublik« bezeichnet, die sich mit allen Insignien und Institutionen eines »souveränen Staates« schmückt. Allerdings liegt dieses Gebiet jenseits

des Wahrnehmungshorizontes der Staaten der Europäischen Union sowie auch seiner mittelbaren Nachbarn Rumänien und Bulgarien. Die unmittelbaren Nachbarn, die Republik Moldova und die Ukrainische Republik, benutzen Transnistrien entweder als Konfrontationsobjekt, um von eigenen inneren Konflikten und Katastrophen abzulenken oder als Mittel zum Zweck für einige ihrer profitablen »Erwerbszweige« wie Rauschgift-, Frauen- und Waffenhandel. Transnistrien ist eine Drehscheibe, ein Transitland für das entsprechende internationale Verbrechertum zwischen dem Nahen und Mittleren Osten und Europa.

Im übrigen sind die Nachbarn westlich und östlich des Dnjestr ebenso wie das Kosovo in kleineren, Bulgarien und Rumänien in größeren Dimensionen die Armenhäuser des südöstlichen Europa.

Die gegenwärtigen Einwohnerzahlen und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Transnistriens können nur mit Vorsicht und annähernd angegeben werden, gesicherte und zuverlässige Angaben liegen nicht vor. Die Schwierig- und Unwägbarkeiten beginnen bereits mit den Zahlen der letzten offiziellen veröffentlichten Volkszählung in der UdSSR aus dem Jahre 1989, welche die ganze Union nicht vollständig erfaßte sowie erhebliche organisatorische und methodisch-statistische Mängel aufwies.

Wenn man – andere Quellen gibt es nicht – von diesem Zahlenmaterial ausgeht und versucht, die entsprechenden Angaben für den Zeitraum der Bildung der Republik Moldova und der Sezession Transnistriens zwischen 1990 und 1992/1994 zu ermitteln, kann unter Berücksichtigung der entsprechenden Unschärfen angenommen werden, daß Transnistrien heute etwa 550.000 Einwohner hat, das wären in diesem Gebiet etwa 150.000 weniger als im oben genannten Zeitraum. Aber auch dies ist nur eine Vergleichszahl.

Von diesen leben etwa 189.000 in der Hauptstadt Tiraspol; insgesamt weniger als 50% in den wenigen Städten und mehr als 50% auf dem Lande.

Die ethnische Zusammensetzung kann nach Vergleichswerten zu 1989–1990/1994 und Schätzungen so angenommen werden: Etwa 63 bis 65% Moldawier, 13–15% Ukrainer, 10–13% Russen, 7–14% Gagausen, Zigeuner, andere ethnische Gruppen. In Transnistrien ist der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung verhältnismäßig höher als in der Republik Moldova, jedoch liegen auch hierzu keine genaueren Angaben vor.

Insgesamt kann man feststellen, daß für die Republik Moldova wie für Transnistrien seit 1989/1990 erhebliche Abwanderungen in Richtung Mittel-, West- und Südwesteuropa festzustellen sind. Inwieweit es sich um Personen handelt, die beide Gebiete für immer verlassen haben oder ob es lediglich wandernde Arbeits- und Armutsmigranten sind, kann ebenfalls nicht zuverlässig angegeben werden. Es gilt jedoch als sicher, daß erhebliche Bereiche und Gruppen der international, europaweit agierenden organisierten Kriminalität (Drogen-, Waffen-, Frauenhandel/Prostitution) inzwischen sowohl von ukrainischen, rumänischen, albanischen, bulgarischen als auch von moldavischen Gruppen beherrscht und betrieben werden.

Die soziale Lage des größten Teiles der Bevölkerung ist sichtbar katastrophal. Die übergroße Mehrheit lebt unterhalb der europäischen Richtwerte für Existenzminima, die Arbeitslosigkeit ist wahrscheinlich mit die höchste in Europa überhaupt. Um dies festzustellen, bedarf es jedoch zunächst nicht einmal zuverlässiger Untersuchungen, dies ist offensichtlich, hier genügen bereits teilnehmende Beobachtungen. Im krassen Gegensatz zu den »westlich« aufgeputzten Stadtzentren und kleinen, wenigen sich »westlich« gebenden Bevölkerungsgruppen beginnen bereits an den Stadträndern (»urban fringes«, also Slums) Armut, Elend, Verwahrlosung. Die Mehrheit der Landbevölkerung lebt sichtbar in ähnlichen Zuständen.

Die oben erwähnten Abwanderungen betreffen vor allem Personen zwischen etwa Anfang 20 und Mitte 40, auffällig ist der Anteil jüngerer Frauen, von denen mit Sicherheit ein erheblicher Teil als Prostituierte nach Südost-, Mittel- und Westeuropa gehen, organisiert und kontrolliert durch entsprechende kriminelle Organisationen.

Das Bruttoinlandsprodukt soll (nach offiziellen Angaben) im Jahre 2005 etwas über 500 Millionen US-Dollar betragen haben, für 2007 werden ähnliche Zahlen angegeben, deren Verifizierung jedoch kaum oder gar nicht möglich ist, weil sich die Wirtschaft weitgehend – wie noch zu zeigen ist – »in der Hand des Staates«, also der Präsidentenfamilie, in den Händen mafiokratischer Strukturen oder ausländischer Eigentümer beziehungsweise Betreiber befindet.

Die Auslandsverschuldung wird sowohl nach offiziellen Angaben als auch nach solcher der Gläubigerländer, -institutionen oder -organisationen für 2005 mit etwa 1,2 Milliarden US-Dollar beziffert; sie soll inzwi-

schen gestiegen sein und der größte Teil dieser Schulden bestünde, so heißt es, bei der Rußländischen Föderation. Allerdings kann nicht zuverlässig angegeben werden, wie diese Schuldenlast entstanden ist und wie sie sich zusammensetzt.

In Transnistrien befindet sich etwa ein Drittel der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion der Republik Moldova, bezogen auf die Lage vor der Sezession. Die Industriebetriebe wurden noch in der Moldauischen SSR vor 1991 errichtet: Metallguß, Stahl, Kabel, Elektromaschinen und -geräte, Pumpen, Zement, Baustoffe, Bekleidung und Schuhe, Lebensmittel (Gemüse, Geflügel, Wein) sowie Rüstungsproduktion. Im Jahre 2005 sollen die Exporte rund 578 Millionen Dollar, die Importe etwa 855 Millionen Dollar betragen haben, es besteht also ein schwerwiegendes Außenhandelsdefizit. Wichtigste Handelspartner sind die Ukraine und Rußland sowie einige EU-Länder. Es gibt seit Jahren Ein- und Ausfuhr- sowie Zahlungs- und Zollkonflikte mit Nachbarländern oder weiteren Handelspartnern. Die transnistrische »Wirtschaftsministerin« Elena Tschernenko versucht seit einiger Zeit, wenigstens mit der Republik Moldova diese Dinge zu regeln.

Die Kaufkraft, der reale Wert der Währung, des transnistrischen Rubel, ist kaum zuverlässig zu beurteilen und mit anderen Währungen nicht vergleichbar. Er wurde 1994 im Verhältnis 1.000.000 : 1 abgewertet, neue Banknoten und Münzen wurden eingeführt. Dieser Rubel ist außerhalb Transnistriens weder anerkannt noch anwendbar. Im übrigen zeigen sich hier, auch erzeugt durch die grenzüberschreitende Kriminalität, ähnliche Erscheinungen wie im Südosten Europas nach 1990/1991: Es kursieren ausländische, also »harte« Zahlungsmittel wie Dollar oder (in zunehmendem Maße auch gefälschte) Euro.

Im März 2008 wurden die bis dahin üblichen Einreiseprozeduren geändert: Gegenwärtig genügen für die Ein- und Ausreise »ausländischer« Personen ein gültiger europäischer oder überseeischer Paß; Einladungen aus Transnistrien müssen nicht mehr vorgelegt werden, dafür ist eine Registrierung bei der Meldebehörde OVIR vorgeschrieben. Es werden statt bisher »offizielle« Einreisegebühren nun »Einreisezahlungen« verlangt, deren Abwicklung von der jeweiligen mentalen, sozialen und finanziellen Verfassung der Grenzbeamten abhängt.

SMIRNOW UND DIE *SHERIFF CORPORATION*

Der »transnistrische Präsident« Igor Smirnow kam 1988 als Leiter eines Großbetriebes in die Moldauische SSR, seit 1990 übt er dort die Macht aus, wurde 1992 zum Präsidenten ernannt und 1995 »gewählt«. Mit seinen beiden Söhnen sowie mit Hilfe der Kader der 14. (ehemals Sowjetischen, nun) Russischen Armee, der Nachfolgeorganisationen des KGB und mafiokratischer Strukturen regiert er das Gebiet als »Präsidialrepublik«. Wladimir, einer seiner Söhne, ist der Chef der Zollbehörden dieses Gebildes und hat eine *Sheriff Corporation* gebildet, einen familieneigenen Konzern, der große Teile der transnistrischen Wirtschaft, die Inlandsproduktion sowie den Import und Export beherrscht.

Die *Sheriff Corporation* kontrolliert und regiert weiterhin den gesamten Bereich der Telekommunikation (Telefonnetz, Mobilfunk, Kabelfernsehen, Internet); ein staatlicher und ein privater Fernsehsender sind in ihrem Besitz, ebenso die staatliche Presseagentur Olvia-Press und Zeitungen. Ein Auslandssender von Radio PMR, der auf Kurzwelle in Englisch, Französisch und Deutsch sendet, wird ebenfalls von den Smirnow beherrscht. Außerdem besitzt der Familienkonzern Supermärkte, ein Fußballstadion und andere Unternehmen; einige werden von durch den Smirnow-Clan angestellten ehemaligen Offizieren der Sowjetarmee, des KGB und der Miliz geleitet.

Bemerkenswert sind die sprachlichen Regelungen der »nationalen Identität«:

Die ursprünglich übernommene rumänische Nationalhymne: »Erwache, Rumäne ...« wurde später durch eine »transnistrische« ersetzt.

Mit Präsidialdekreten vom 29. November 2000 und entsprechender Erlasse in den folgenden Jahren wurde untersagt, die Bezeichnung »Transnistrien« zu verwenden. Die Staatsbezeichnung und der Name der Zentralbank lauten seither in lateinischer Schrift: Pridnestrowskaja Moldawskaja Respublika (PMR) und Pridnestrowskii Respublikanskii Bank (PRB). Obwohl formal drei Sprachen: Russisch, Ukrainisch, Moldawisch/Rumänisch »verfassungsmäßig zugelassen« sind, wird überwiegend oder ausschließlich Russisch gesprochen oder jedenfalls gefordert. Zeitungen in moldawischer/rumänischer Sprache mit lateinischer Schrift sind nicht bekannt.

Die »präsidiale« Politik gegenüber »Nicht«-Moldawiern ist von Unwägbarkeiten abhängig, bestimmte religiöse Gemeinschaften sind nicht zugelassen. Die ethnischen Konflikte zwischen Moldawiern und »Nicht«-Moldawiern zeigen sich in der Schul-, Sozial- und Rechtspolitik, soweit man von solchen Formen oder Bereichen der Innenpolitik sprechen kann.

Transnistrien ist von der Republik Moldova über die am östlichen Dnjestr-Ufer gelegenen Städte – nach den »transnistrischen« Bezeichnungen von Norden nach Süden – Camenca, Ribnița, Dubașari, Grigoriopol, Bender (nahe Tiraspol) zu erreichen. Die Lage von und in Tighina/Bender verdeutlicht die hier entstandenen Absurditäten: Obwohl die Stadt am rechten Dnjestr-Ufer auf dem Territorium der Republik Moldova liegt, wird sie von dem Smirnow-Regime kontrolliert.

Man kann übrigens von Chișinău oder Bender mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Tiraspol fahren, wie lange diese Reise jedoch dauert, unter welchen Umständen sie verläuft und ob man ohne Schwierigkeiten hin und zurück kommt, hängt von eigentümlichen Umständen ab – unter anderem von der »Tagesform« der auf beiden Seiten des Dnjestr tätigen Grenzbeamten.

»Grenzübergänge« zur Ukrainischen Republik sind unter anderem Timkove Slobidka, Platonovo und Kurchurgan (nahe Tiraspol). An diesen befinden sich auch EU-Beobachter. Die EUBAM hat in den ukrainischen Städten Odessa und Reni am Schwarzen Meer ihre Zentrale.

Seit einigen Monaten wird berichtet, daß Gespräche zwischen Woronin, dem Präsidenten der Republik Moldova, und Medwedjew, dem Präsidenten der Rußländischen Föderation, sowie Smirnow, dem »Präsidenten Transnistriens«, zu »gemeinsam interessierenden Fragen« angestrebt würden. Ob und mit welchen Ergebnissen sie stattfinden, wird sich zeigen.

»Transnistrien« bleibt inzwischen als »stabilisiertes De-facto-Regime« – so im Sprachgebrauch der NATO wie der EU-Institutionen – tatsächlich »hinter den Wahrnehmungshorizonten« Europas.

BIBLIOGRAPHISCHE NOTIZEN

Seit dem 18. Jahrhundert gibt es mehr oder weniger umfangreiche geo- und topo-, ethno- und historiographische Beschreibungen (Reiseberichte) über die Landschaften zwischen der Bukowina im Norden und der Dobrudscha im Süden, dem Dnepr und Dnestr im Osten und dem Prut, dem östlichen Vorland des Karpatenbogens im Westen. Einige diese Berichte ähneln in manchem jenen großen, beispielhaften, wie denen von Felix Kanitz: *Donau-Bulgarien und der Balkan. Historisch-geographisch-ethnographische Reise Studien aus den Jahren 1860–1875*. 3 Bde. Leipzig 1882, und von Ami Boué: *La Turquie d'Europe*. 4 Bde. Paris 1840. – *Die Europäische Türkei*. 2 Bde. Wien 1889 (Nach-/Neudruck: 2 Bde. Hrsg. von Wolfgang Geier und J. M. Wagener. Melle 2008).

Für die an der Geschichte der Völker und Kulturen dieses Grenzraumes zwischen dem östlichen und südöstlichen Europa interessierten Leser werden einige der bemerkenswertesten Veröffentlichungen aus dreihundert Jahren hier genannt. Sie sind nicht eben leicht, jedoch in den großen österreichischen (Nationalbibliothek, Akademie der Wissenschaften, Universitäten, einschlägige außeruniversitäre Institute) Bibliotheken ebenso wie in den entsprechenden deutschen erreichbar:

- Bathiany, V.: *Reise durch einen Theil Ungarns, Siebenbürgens, der Moldau und Bukovina im Jahre 1805*. Pest 1811.
- Cantemir, D.: *Die historische und politische Beschreibung der Moldau*. Frankfurt am Main, Leipzig 1825/1851/1875.
- Derblich, M.: *Land und Leute der Moldau und Walachei*. Prag 1859.
- Engel, J. C.: *Geschichte der Moldau und Walachei*. Halle/Saale 1809.
- Franzos, K. E.: *Aus Halb-Asien. Kulturbilder aus Galizien, der Bukowina, Südrussland und Rumänien*. 2 Bde. Leipzig 1876.
- Karaczay, J. v.: *Beiträge zur europäischen Länderkunde. Die Moldau, Wallachei, Bessarabien und Bukowina*. Wien 1818.
- Mikoscha, J.: *Reise eines Polen durch die Moldau nach Turkey (a. d. Poln. v. M. Linde)*. Leipzig 1793.
- Schmidt, A.: *Reisehandbuch durch die Königreiche Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, die Bukowina und nach Jassy*. Wien 1836.
- Schulzer, F. J.: *Geschichte des transalpinischen Daciens, das ist: der Walachei, Moldau und Bessarabiens, im Zusammenhange mit der Geschichte des übrigen Daciens als ein Versuch einer allgemeinen daci-schen Geschichte*. Wien 1782.

- Taschen-Bibliothek der wichtigsten und interessantesten Reisen durch Siebenbürgen, Moldau, Walachei, Bessarabien, Bulgarien, Servien, Bosnien und Rumänien. Verfasst von mehreren Gelehrten und herausgegeben von Joachim Friedrich Jaeck. Mit Landkarten, Plänen, Portraits und anderen Abbildungen. Nuernberg 1829.
- Topographische Beschreibung der beyden Fürstenthümer Moldau und Wallachei. Wien 1810.
- Uhlig, C.: Die bessarabische Frage. Eine geopolitische Betrachtung. Breslau 1926.
- Wirth, A.: Der Balkan, seine Länder und Völker in Geschichte, Kultur, Politik, Volkswirtschaft und Weltverkehr. Berlin 1916.
- Wolf, A.: Beiträge zu einer statistisch-historischen Beschreibung des Fürstentums Moldau. Hermannstadt 1805.
- Zucker, I. H.: Bessarabien. Bemerkungen und Gedanken bei Gelegenheit eines mehrjährigen Aufenthaltes in diesem Lande. Frankfurt am Main 1834.

Aus den 1990er Jahren liegen informative, interessante und kompetente Reiseberichte von dem österreichischen Historiker, Publizisten und Verleger Dr. Hannes Hofbauer und dem rumänischen Historiker Prof. Dr. Viorel Roman vor (siehe Transsilvanien – Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche (= Edition Brennpunkt Osteuropa). Wien 1996. – Bukowina – Bessarabien – Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei (= Edition Brennpunkt Osteuropa). Wien 1997).

DIETMAR ENDLER

Literaturverhältnisse und Literatur im aktuellen gesellschaftlichen Umfeld Bulgariens – einige Anmerkungen

Welche Entwicklung nahm die Literatur in Bulgarien nach dem Ende des Staatssozialismus? Dieser Beitrag versucht, einige Aspekte der Literaturverhältnisse und der literarischen Produktion in jüngster Zeit zu skizzieren. Schwierigkeiten bei der Literaturbeschaffung gestatten freilich nicht, den Anspruch auf *systematische* Darstellung zu erheben.

Der bulgarische Buchmarkt wirbt heute mit einem bunten und vielfältigen Angebot. Mit der Rückkehr zu kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen nach 1990 wurde das bulgarische Verlagssystem zerlegt, renommierte staatliche Verlage, auch die Verlage der Verbände und Organisationen, zum Beispiel des Schriftstellerverbandes, wurden zumeist aufgelöst, manche wurden von ausländischen Unternehmen aufgekauft, es entstanden zahlreiche private Verlage, von denen mehrere – sachkundig geführt – an Profil gewannen und heute mit ihrem Publikationsprogramm eine wichtige Rolle im kulturellen Leben spielen. Andere Unternehmungen blieben Kleinverlage oder waren gar nur Eintagsfliegen. Doch Bücher wurden gedruckt. Und da auch das dichte Netz des staatlichen Buchhandels zerfiel, gingen private Händler in Sofia dazu über, Bücher auf dem zentral gelegenen Slavejkov-Platz anzubieten, der sich heute noch werktags in eine Art Wochenmarkt für Bücher verwandelt. So war es wohl mehr als eine symbolische Handlung, wenn im Jahre 1999 der damalige Staatspräsident Petăr Stojanov eine repräsentative Buchhandlung im Sofioter Kulturpalast einweihte. Inzwischen gibt es wieder gut sortierte und ansprechend gestaltete Buchhandlungen sowie moderne Vertriebssysteme, allerdings sind die Buchpreise für bulgarische Verhältnisse hoch. Auch national besuchte Buchmessen finden wieder statt. – Bei dem bunten Buchangebot handelt es sich in hohem Maße um Übersetzungen, besonders aus dem Englischen und dem amerikanischen Englisch. Das ist zum einen Ausdruck größerer Weltoffenheit, an der es dem Staatssozialismus – zu dessen eigenem Schaden – mangelte, wenngleich

sich während der siebziger Jahre in dieser Hinsicht vieles verbessert hatte, zum anderen handelt es sich oft um Trivilliteratur; entscheidend sind Marktinteressen. Auch bei guter Literatur verfiel die Qualität der Übersetzungen, erst in den letzten Jahren wird wieder mehr auf Qualität geachtet.

Bücher bulgarischer Autoren haben es – mit wenigen Ausnahmen – schwer; allein von literarischer Arbeit kann man kaum leben. Die einstige all zu großzügige staatliche Förderung ist passé, Literaturpreise von Kommunen, Verlagen, Stiftungen sowie Preise und Stipendien, auch im Rahmen der EU, sind hilfreich, private und öffentliche Fördermittel für größere Editionsprojekte sind unverzichtbar.

Der Umbruch in Bulgarien hatte seinen ersten und weithin sichtbaren Ausdruck im erzwungenen Rücktritt von Partei- und Staatschef Todor Shiwkow am 10. November 1989 gefunden. Damit wurde die *promjana*, die *Veränderung* eingeleitet. Vor dem 10. November war *Totalitarismus*, danach begannen der *prechod*, der *Übergang*, und die *Demokratie* – so der vorherrschende Sprachgebrauch. Nun wird kein objektiv denkender Mensch die beeindruckende Entwicklung negieren, die das einst agrarische Bulgarien nach 1945, d. h. zur Zeit des Staatssozialismus genommen hatte, wobei vor allem die siebziger Jahre erfolgreich waren. Und auch heute ist deutlich, daß der bescheidene, aber gesicherte Lebensstandard von damals derzeit für einen Großteil der Bevölkerung unerreichbar ist, während die soziale Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird. Doch dessen ungeachtet bleibt es eine Tatsache, daß sich – so wie in den anderen RGW-Ländern – auch in Bulgarien die ungelösten Entwicklungsprobleme einer zum Sozialismus strebenden Gesellschaft aufstauten, bedingt vor allem durch die Unfähigkeit, Bedingungen und Impulse für die freie individuelle, schöpferische Entfaltung des Menschen als der wichtigsten Produktivkraft zu schaffen. Das führte zur existentiellen Krise und zur Implosion des Staatssozialismus. Verschärft wurden die Widersprüche hier in den achtziger Jahren durch die »Bulgarisierung« der türkischen Minderheit mit Druck und Gewalt, was einen Massen-Exodus der bulgarischen Türken in die Türkei zur Folge hatte (auch wenn bald viele zurückkehrten), Zwietracht zwischen den Menschen säte und die wirtschaftliche Zerrüttung verstärkte. Da war es folgerichtig, daß die von Michail Gorbatschow verkündete Politik der Glasnost und Umgestaltung auch in Bulgarien Widerhall fand. Todor Shiwkow sprach viel von Umgestaltung, doch außer einigen Maßnah-

men in der Wirtschaft (z. B. Registrierung von Privatfirmen) tat sich nichts Substantielles. Daher gründeten Intellektuelle, Wissenschaftler und Kulturschaffende, zumeist Mitglieder der Bulgarischen Kommunistischen Partei, darunter einstige antifaschistische Widerstandskämpfer, im Herbst 1988 den *Klub zur Unterstützung der Glasnost und Umgestaltung in Bulgarien* (Klub za podkrepa na glasnostta i preustrojstvoto) mit anfangs 60, später über 200 Mitgliedern.¹ (Bei seinem Staatsbesuch in Bulgarien im Januar 1989 traf sich der französische Präsident François Mitterrand zu einem Frühstück mit prominenten Mitgliedern des Klubs und anderen Intellektuellen). Zu den Mitgliedern des Klubs und zu seinen Sympathisanten gehörten auffallend viele Schriftsteller und Literaturwissenschaftler, so Blaga Dimitrova, Christo Radevski, David Ovadija, Radoj Ralin, Valeri Petrov, Iskra Panova u. a. Es entstanden auch andere Vereinigungen, z. B. das Komitee zum ökologischen Schutz der Stadt Russe, die unter den Abgasen rumänischer Chemiebetriebe vom gegenüberliegenden Donau-Ufer litt; hier engagierten sich u. a. die Journalistin Sonja Bakiš, Ehefrau des Politbüromitglieds und Parlamentspräsidenten Stanko Todorov, und der Schriftsteller Georgi Mišev. Sich auf die Verfassung von 1971 berufend, wollte der Klub dafür wirken, daß Ernst gemacht wird mit der proklamierten Glasnost und Umgestaltung, d. h. mit Demokratisierung. Die Parteiführung reagierte mit Schikanen, Haus-suchungen, Vorladungen zur Miliz und Verhaftungen, Entlassungen, Parteistrafen bis zum Ausschluß. Es war anfangs nicht das Ziel des Klubs bzw. aller seiner Mitglieder, den Kapitalismus zu restaurieren, namhafte Mitglieder des Klubs wiesen ein solches Ansinnen ausdrücklich zurück. Dennoch gab es unterschiedliche Meinungen über Methoden des politischen Wirkens und schließlich auch in der Zielstellung.² Manche wollten auch nach dem 10. November den Klub als überparteiliches Diskussionsforum bewahren, doch dies gelang nicht. Es kam zu einer stärkeren Differenzierung, ein großer Teil der Mitglieder wurde zu Mitbegründern der *Union der demokratischen Kräfte* (Săjuz na demokratičnite sili), die

1 Eine chronologische Darstellung der Entwicklung des Klubs bis zum 10. November 1989 und danach findet man im Internet – Petko Simeonov: Klub za podkrepa na glasnostta i preustrojstvoto v Bălgarija; Klub za glasnost i demokracija; Federacija na klubovete za glasnost i demokracija; Federacija na klubovete za demokracija. Chronologičen razkaz. Klub.doc.

2 Siehe das Interview mit David Ovadija in der Zeitung »Duma«. Sofia vom 12. Mai 1990.

sich als rechte Partei profilierte, die Privatisierung vorantrieb, zwischen 1997 und 2001 den Ministerpräsidenten stellte, dann aber nach mehreren Abspaltungen an Einfluß verlor und neuen politischen Gruppierungen Platz machen mußte. Die linken Kräfte mußten sich den Realitäten stellen: Eine Erneuerung des Sozialismus war auf Grund der inneren und internationalen Gegebenheiten illusorisch, selbst wenn die Bulgarische Sozialistische Partei (diesen Namen nahm die einstige BKP im Jahre 1990 an) 1990 und dann 1995/1997 nach Wahlerfolgen kurzzeitig die Regierung stellte.

Die Schriftsteller reagierten sehr unterschiedlich auf den gesellschaftlichen Umbruch. In den Medien wurden öffentliche Auseinandersetzungen geführt, Vorwürfe und Schuldzuweisungen erhoben, es gab überraschende politische Metamorphosen. Die einen setzten ihre Suche nach künstlerischer Erkenntnis fort, andere resignierten und zogen sich zurück. Besonders tragisch war die Entscheidung des zudem schwer erkrankten Veselin Andreev. Der 1918 geborene Dichter hatte in der Illegalität und dann als Partisan am Widerstandskampf gegen das mit Hitlerdeutschland verbündete Regime in Bulgarien teilgenommen; daraus schöpften sowohl seine Gedichte wie seine Prosaarbeiten. Am 11. Februar 1991 nahm er sich das Leben. In einem Abschiedsbrief klagt er die zur Zeit des Staatssozialismus verübten Verbrechen an und verflucht Shiwkow und die Shiwkowisten.³

Konflikte brachen auch in dem bis dahin einflußreichen und in materiel-
ler Hinsicht potenten *Verband der bulgarischen Schriftsteller* (Săjuz na bälgarskite pisатели) auf. Schon der Schriftstellerkongreß vom April 1989 war keine Demonstration der oft beschworenen Einheit mit der Partei gewesen, der Einfluß des Klubs zur Unterstützung der Glasnost und Umgestaltung war offensichtlich: Die Diskussion nahm polemischen Charakter an, die turnusmäßige Wahl des Vorstandes verlief nicht nach ZK-Regie. Anders als sonst, hatte man folglich die Diskussionsreden in der Verbandszeitung »Literaturen front« nur knapp referiert, erst nach mehreren Wochen wurden Textfassungen abgedruckt, von denen manche später noch einmal erschienen, nun wohl in authentischer Fassung. Weitere Konflikte, Differenzierungen und Abspaltungen waren unver-

3 Siehe »Duma«. Sofia vom 12. Februar 1991. S. 1 und 4.

meidlich. Die im *Verband der bulgarischen Schriftsteller* verbliebenen Autoren verurteilten die undemokratischen Verhältnisse unter Shiwkow, sie waren jedoch für eine durchaus differenzierende Sicht auf die Zeit vor 1989, sie wollten die Lebensleistung und die nationalen Werte bewahrt wissen. Nikolaj Chajtov (1919–2002), ein angesehener Schriftsteller, der die urwüchsige Welt der Rhodopen in seine Werke hereingeholt hatte, war ein im wahrsten Wortsinn streitbarer, unangepaßter Zeitgenosse. Hoch angesehen schon vor 1989, wurde er 1998 Mitglied der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Er erwarb sich große Verdienste um das Überleben und die Neuprofilierung des Schriftstellerverbandes, dessen Vorsitzender er 1993 bis 1999 war. Man kann es als Ausdruck eines souveränen Umgangs mit Geschichte werten, wenn dieser Verband seit 2004 einen Georgi-D•agarov-Preis vergibt. Georgi D•agarov (1925–1995) war Lyriker und Dramatiker. Er hatte 1965 das aufsehenerregende Drama »Prokurořät« (»Der Staatsanwalt«) geschrieben, das sich mit stalinistischen Verbrechen in Bulgarien auseinandersetzt, wozu damals Mut gehörte. In den siebziger und achtziger Jahren war er Mitglied des ZK der BKP, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes, stellvertretender Staatsratsvorsitzender, dabei verlor er teilweise die Maßstäbe in der Selbsteinschätzung. Nach 1990 wurde er wegen seines politischen Engagements von rechts heftig attackiert, aber auch von linksorientierten Zeitgenossen wurde er nun angegriffen, denn er hatte sein Parteibuch hingeworfen. Seine Gedichte über Bulgarien indes werden mit zum Besten neuerer bulgarischer Dichtkunst gezählt, und dies war wohl für die Stiftung eines Preises auf seinen Namen ausschlaggebend.

Im Jahre 1994 wurde alternativ zum bestehenden Schriftstellerverband die *Vereinigung der bulgarischen Schriftsteller* (Sdru•enie na bälgarskite pisатели) gegründet, in der sich anfänglich vor allem die Anhänger der Union der demokratischen Kräfte fanden, ehemalige Dissidenten, auch viele jüngere und hochbegabte Autoren. Der erste Vorsitzende der Vereinigung war Ljuben Dilov (1927–2008), ein international bekannter Science-Fiction-Autor; ihm folgte 1998 in dieser Funktion der Lyriker und Dramatiker Ivan Teofilov (geb. 1931). Daneben gibt es einen *Verband der unabhängigen Schriftsteller*, einen *Verband der freien Schriftsteller* und weitere Vereinigungen. Die Vielfalt in der politischen Landschaft findet somit ihren Ausdruck auch in der Existenz mehrerer Schriftstellerorganisationen, wobei diese durchaus nicht parteipolitisch zugeordnet werden

können, selbst wenn es gewisse Affinitäten geben mag. Der Umgang zwischen Literaturschaffenden war lange Zeit von gegenseitigen politischen Angriffen in den Medien, von Schuldzuweisungen usw. geprägt, heute tendiert man zu einem sachlicheren Umgang.

Der Anteil der Literaturhistoriker und -kritiker am gesellschaftlichen und politischen Leben des *Übergangs* war erheblich, nicht wenige übernahmen politische Aufgaben, wirkten als Parlamentsabgeordnete, als Botschafter, Minister. Dichter und Schriftsteller waren da zurückhaltender. Die international bekannte Blaga Dimitrova (1922–2003) gehört zu den Großen in der bulgarischen Literatur. Neben ihrem lyrischen Werk veröffentlichte sie Romane und Bühnenwerke. Sie empfand immer schmerzlicher den Widerspruch zwischen sozialistischem Anspruch und staatssozialistischer Realität, zwischen dem Streben nach Persönlichkeitsentfaltung und den oft bornierten Grenzen, die dem entgegenstanden. Die Autorin, die mit Gedichten über Georgi Dimitrov debütiert hatte, wurde zur Kritikerin des Staatssozialismus und reflektierte dies in ihren Werken. Die offiziöse Literaturkritik hat zwei Bücher dieser unbequemen Autorin zu Eklats hochstilisiert. Das war zum einen die zweibändige Publikation »Mladostta na Bagrana« (»Die Jugend der Bagrjana«) und »Dni černi i beli« (»Schlechte und gute Tage«; 1975), über die Dichterin Elisaveta Bagrjana (1893–1991), wobei nicht das Sujet Anstoß erregte, denn die Bagrjana genoß höchstes Ansehen, sondern Blaga Dimitrovas eigenständige Sicht auf Geschichte und Literatur der zwanziger Jahre, die sich nicht in die offizielle Betrachtungsweise einfügte. Und zum anderen der Roman »Lice« (1987, »Das Gesicht«), der analysiert, wie das dogmatische Weltbild einer Marxismus-Dozentin ins Wanken gerät. Es erschienen Artikel mit Überschriften wie »Abkehr von parteilich-klassenmäßigen Positionen«, die letztlich ein Verdikt mit Konsequenzen für künftige Publikationen darstellten. Konsequenter engagierte sich Blaga Dimitrova im Klub für die Unterstützung der Glasnost und Umgestaltung. Im Jahr 1992 wurde sie zur Vizepräsidentin der Republik Bulgarien gewählt, doch bereits ein Jahr später legte sie, enttäuscht von der realen Politik, das Amt nieder. In ihrem Urteil über die Volksrepublik war sie bis zur Ungerechtigkeit radikal, was trotz hoher Wertschätzung für die Dichterin auch öffentlichen Widerspruch auslöste.⁴

4 Siehe Artikel von Prof. Georgi Barbukov in der Zeitung »Duma«. Sofia vom 25. Mai 1999.

Einer politischen Vereinnahmung entzog sich auch Jordan Radičkov (1926–2005). Dieser Erzähler und Dramatiker zeigt auf ungewohnt humoristisch-groteske Weise den Zusammenprall von überkommener patriarchalischer Lebensweise und moderner Welt. Manche Kritiker begegneten ihm mit Vorbehalten und Mißtrauen, doch von den Lesern wurde er begeistert aufgenommen. Radičkov setzte sich durch, wurde zu einem der wichtigsten bulgarischen Autoren der neueren Zeit. Im Jahre 1986 veröffentlichte er das Schauspiel »Образ i podobie« (»Das Ebenbild«), in dem ein bulgarisches Bäuerlein auf das Angebot von Shakespeares Richard III. (»Ein Pferd, ein Pferd! Mein Königreich für ein Pferd!«) eingeht und seinen Klepper gegen die Krone tauscht. Obwohl Radičkov hohes Ansehen genoß, durfte diese Satire auf Einfalt und Mißwirtschaft im Gemeinwesen nicht aufgeführt werden. Nach 1990 wurde Jordan Radičkov als Kandidat der Bulgarischen Sozialistischen Partei für die Parlamentswahlen nominiert, als jedoch sein Name als politisches Markenzeichen gehandelt wurde, zog er sich zurück. Er blieb ein unabhängig denkender, feinfühligere, unverwechselbar bulgarischer Autor, geachtet als einer der ganz Großen der bulgarischen Literatur aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Politische Wortmeldungen von Schriftstellern zu aktuellen Ereignissen sind dagegen nicht selten. Im April 1999 lenkte eine »*Deklaration von Vertretern der bulgarischen Kultur zum Krieg in Jugoslawien*« die Aufmerksamkeit auf sich. Zwar wird der Krieg als »Tragödie« bedauert, doch er sei »aufgezwungen«, und einen Aufruf von 1991 bekräftigend, wird gefordert, den »roten Faschismus« zu stoppen. Für mich war es schockierend, die Namen anerkannter Schriftsteller unter dieser Zustimmung zur NATO-Aggression zu lesen. Doch es gab auch bedeutende Autoren, deren Namen nicht unter diesem Papier standen – Jordan Radičkov, Nikolaj Chajtov, Anton Dončev, An•el Vagenštajn, Blaga Dimitrova u. a. – Und im Sommer 2008 verfaßten bulgarische Intellektuelle einen »*Offenen Brief*«, in dem sie gegen die eilfertige staatliche Anerkennung des Kosovo durch die derzeitige bulgarische Regierung heftig protestieren; sie sahen darin eine latente Gefahr für die nationale Sicherheit Bulgariens. Unterschrieben haben Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler, hohe Geistliche; die Motive dürften unterschiedlich sein und bis hin zu slawischer oder kirchlicher Verbundenheit mit Serbien reichen. Bemerkenswert für die politischen Veränderungen auch dies: Im Jahr 1999 protestierte noch die Bulgarische Sozialistische Partei, damals

in der Opposition, entschieden gegen den Überfall auf Jugoslawien, 2008 ist sie als Regierungspartei Adressat des Protestes.

Wie nach jedem tiefgreifenden Umbruch, so wurde auch nach 1990 viel über die Bewertung der Geschichte der bulgarischen Literatur und insbesondere über die Literatur während des Staatssozialismus diskutiert und publiziert. Es erschienen und erscheinen zahlreiche Artikel, Bücher, Interviews, Erinnerungen und Dokumente über die Literaturverhältnisse zwischen 1944 und 1989, über Verlagspolitik, Schicksale von Büchern und Manuskripten, Aufführungsverbote für Bühnenwerke, über politische Indoktrination und Manipulation, über Unterdrückung Andersdenkender usw. Selbst wenn da nicht selten politische Leidenschaften hineinspielen, ist es Aufgabe der Literaturgeschichtsschreibung, das alles sorgfältig zu sichten. Es gibt auch keinen Zweifel, daß die Geschichte der Literatur insgesamt neu durchdacht, neu geschrieben werden muß. Dafür gibt es auch Ansätze. Von sensiblem Verständnis für den literarischen Prozeß zeugt die »Istorija na bălgarskata literatura. 1878–1944« (»Geschichte der bulgarischen Literatur. 1878–1911«) von Svetlozar Igov (geb. 1945), die 1990 erschien und der bis in die Gegenwart weitere Ausgaben folgten. Valeri Stefanov (geb. 1958) versucht in »Bălgarska literatura. XX vek. Dvanadeset sju•eta« (»Bulgarische Literatur. XX. Jahrhundert. Zwölf Sujets«)⁵ anhand eines Spektrums von Sujets, z. B. Leiden, Tod, Individualismus und Kollektivismus usw., die in der bulgarischen Literatur behandelten soziokulturellen und anthropologischen Schlüsselprobleme zu erhellen. Ivan Sarandev (geb. 1934) entwirft in »Bălgarska literatura. 1918–1945«⁶ ein beeindruckendes Bild vielseitigen literarischen Lebens, wobei er, den Biographien mancher Autoren folgend, seine Darstellung partiell bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts führt. Freilich, eine eingehende, differenzierende Untersuchung der Literatur nach 1944 steht noch aus. Was aber keinen Bestand hat, sind Versuche, die Literatur aus der Zeit des Staatssozialismus zu verketzern oder als nicht relevant abzutun. An der Berliner Humboldt-Universität fand im Sommer 2008 eine Konferenz zum Thema »EU-Bulgaristik – Perspektiven und Potentiale« statt. Dort sagte Wolfgang Schmidt (Ber-

5 Siehe Valeri Stefanov: *Bălgarska literatura. XX vek. Dvanadeset sju•eta*. Sofia 2003.

6 Siehe Ivan Sarandev: *Bălgarska literatura. 1918–1945*. Bd. I. Plovdiv 2004. – Bd. II. Plovdiv 2005.

lin) in seinem mit »Staatsicherheit und Literatur im bulgarischen Sozialismus« betitelten Referat – ich berufe mich auf die mit der Konferenz-Einladung per Internet verschickten abstracts: »Am Ende steht eine (vorläufige) Bilanz der bulgarischen Literatur bis 1989, die trotz schwerwiegender und bis heute nachwirkender Deformationen durch den Repressionsapparat zu den produktivsten Phasen der bulgarischen Literatur gehört. Die Literatur des ›Totalitarismus‹ war als Ganzes keine ›totalitäre‹ Literatur.« In seinem Konferenzbericht formulierte dann Michael Hein: »Als zentrale Fragestellung zukünftiger Forschung stellte Schmidt das Paradoxon heraus, wie es trotz eines brutalen Repressionsapparates eine ausgesprochen lebendige und kreative Literaturentwicklung geben konnte, da die Zeit zwischen 1944 und 1989 unzweifelhaft zu den produktivsten Phasen der bulgarischen Literatur gehöre.«⁷ Möglicherweise wird man sich einer Erklärung dieses »Paradoxons« nähern, wenn man den inzwischen der Geschichte angehörenden Staatssozialismus in seiner ganzen Widersprüchlichkeit historisch analysiert, sowohl mit seinen – vereinfacht gesagt – emanzipatorischen Ansprüchen und Ansätzen wie auch mit seinen repressiven Doktrinen und Praktiken. Zwischen 1944 und 1989 wurden bleibende Werke der bulgarischen Literatur geschrieben, sowohl von Autoren, die sich von den Idealen des Sozialismus inspirieren ließen und die sich dabei nicht selten an der Realität rieben, als auch von Autoren, die dem Sozialismus, wie er sich ihnen bot, kritisch gegenüber standen bzw. zu einer ablehnenden Haltung gelangten.

X X X

In den Jahren nach 1990 erschien vor allem dokumentarische Prosa. Der tiefgreifende gesellschaftliche Umbruch und die ihm vorangegangenen Jahrzehnte drängten Kulturschaffende, Schriftsteller, Politiker, Militärs, Publizisten, ihre Erfahrungen aufzuschreiben. Die nun gewährleistete Freiheit des Wortes machte es möglich, unterschiedlichste Standpunkte, Erfahrungen und Überzeugungen in die dokumentarische Prosa einzubringen. Beim Leserpublikum erfreuten sich in der jäh veränderten Situa-

7 Tagungsbericht »EU-Bulgaristik: Perspektiven und Potenziale«, 16. Mai 2008 – 17. Mai 2008, Berlin. In: H-Soz-u-Kult, 4. Juni 2008 (<<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2123>>).

tion Memoiren, Autobiographien, dokumentarische Berichte größter Aufmerksamkeit.

Das erste Buch, das 1990, unmittelbar nach dem politischen Umbruch, zum literarischen wie gesellschaftspolitischen Ereignis wurde, war jedoch bereits in den siebziger Jahren entstanden – die »Zadočni reportaži za Bălgarija« (»Reportagen über Bulgarien aus der Ferne«) von Georgi Markov (1929–1978). Dieser hochbegabte Autor war mit dem Roman »Măze« (»Männer«, 1962, dt. unter dem Titel »Zeit im Gepäck«, 1965), mit Erzählungen, Theaterstücken und Drehbüchern für Film und Fernsehen bekannt geworden. Im Sommer 1969 kehrte er von einer Italienreise nicht nach Bulgarien zurück. Er schrieb »Reportagen«, d. h. Erlebnisberichte, Essays, Beobachtungen und Kommentare über Bulgarien für Radio Freies Europa und dann für die bulgarische Redaktion von BBC London. Markov fiel einem Mordanschlag zum Opfer, der weder 1978 in Großbritannien noch bei einer 1990 in Bulgarien eingeleiteten Untersuchung aufgeklärt werden konnte. Medienberichte machen den bulgarischen Geheimdienst und Shiwkow persönlich verantwortlich. Kürzlich wurde eine neue Untersuchung eingeleitet. – Die vor allem für Radio Freies Europa geschriebenen ca. 80 Reportagen, erstmals gesammelt und posthum 1980 in Zürich unter dem bekannten Titel gedruckt, berühren nahezu alle Aspekte bulgarischen Lebens zu jener Zeit – Politik, Kultur, Wirtschaft, internationale Beziehungen (etwa in Hinblick auf die Sowjetunion), Alltag und Familie, Moral, mentale Erscheinungen usw. Die Reportagen sind vorzüglich geschrieben. Und sie sind überaus detail- und faktenreich. Markov war in Sofia ein Insider gewesen, für seine literarische Arbeit erhielt er Zutritt zu Archiven, er hatte persönliche Kontakte nicht nur zu namhaften Schriftstellern und Kulturschaffenden, sondern auch zu maßgeblichen Politikern, wurde selbst vom Parteichef Shiwkow empfangen, um mit ihm über sein abgesetztes Theaterstück zu sprechen, was er ebenfalls beschreibt. Der Impetus der »Reportagen« rührt aus ihrer Genesis, sie schonen den bulgarischen Staatssozialismus und seine Verantwortungsträger nicht. Vieles läßt sich nachvollziehen, doch manche Beobachtung bzw. manche Interpretation, die der Autor der einen oder anderen Beobachtung zuteil werden läßt, dagegen nicht. Insgesamt jedoch verdeutlicht diese schmerzliche Lektüre heute ein übriges Mal, warum der Staatssozialismus scheitern mußte, der sich als unfähig erwies, mit Kritik umzugehen. Und wie jede gute Literatur, weisen auch diese »Reportagen« über ihre Zeit hinaus.

Groß ist die Zahl der Politiker-Memoiren. Sie sind selbstredend für den Historiker sehr wichtig, doch auch der »normale« Leser, zumal wenn er zeitgeschichtlich interessiert ist, greift zu diesen Büchern, und er ist oft auf Grund seiner Lebenserfahrung durchaus in der Lage, Wahrheitssuche und Bemühen um Aufrichtigkeit von Selbstdarstellung und Rechtfertigung zu unterscheiden. Memoiren sind auch Untersuchungsgegenstand der Literaturwissenschaft, um so mehr, wenn sie sich durch sprachliches Gestaltungsvermögen auszeichnen. Memoiren veröffentlichen Politiker unterschiedlichster Herkunft. Mit »Den pärvī – den posleden« (1996, »Der erste Tag – der Jüngste Tag«) betitelte der sozialdemokratische Politiker Petăr Dertliev (1916–2000) seine Memoiren. Er hatte die Jahre von 1946 bis 1956 in Lagerhaft und im Gefängnis verbringen müssen, hat dann bis zur Pensionierung als Arzt gearbeitet und 1989 die Bulgarische Sozialdemokratische Partei wieder begründet. – Ognjan Dojnov (1935–2000) schildert in »Spomeni« (2002, »Erinnerungen«) ruhig und zurückhaltend seine Arbeit auf hoher und höchster Ebene der Partei- und Wirtschaftsführung, gewährt Einblick in die Beziehungen zwischen den politischen Protagonisten, schaut auf seine nationalen und internationalen Bemühungen zurück, um die ökonomische Modernisierung seines Landes voranzutreiben. Er wurde 1988 von Shiwkov aus dem Politbüro entfernt und auf einen Botschafterposten abgeschoben. – Bemerkenswert und gut geschrieben sind die Memoiren »Pre•ivjanoto ne podle•i na ob•alvane« (1999, »Gegen das Erlebte ist Einspruch nicht möglich«) von Atanas Semerd•iev. Der Autor, geboren 1924, war Partisan, Militär, Chef des Generalstabs der Bulgarischen Volksarmee, wurde 1988 Innenminister, war auch Innenminister in der ersten, von den Sozialisten geführten Nachwenderegierung 1989/1990, danach wurde er nach Vereinbarung am Runden Tisch 1990/1992 Vizepräsident Bulgariens. Später wurde er vor Gericht gestellt, weil er als Innenminister einen Teil der Unterlagen der bulgarischen Staatssicherheitsorgane habe vernichten lassen, das Urteil wurde jedoch nicht rechtskräftig. Der Autor bekennt sich zu seinem Leben und zu seinen Idealen, davon ausgehend befragt er kritisch das Durchlebte und die eigene Teilhabe an der neueren Geschichte seines Landes und im Warschauer Bündnis. Einen Beitrag zur dokumentarischen Literatur leistete auch der namhafte Schriftsteller Bogomil Rajnov (1919–2007) mit seinem Buch Ljudmila (2003), das von Ljudmila Shiwkova (1942–1981), der Tochter des Staats- und Parteichefs Shiwkow handelt. Sie hatte in Moskau und Oxford studiert, wurde 1973 Kulturministerin, dann auch Politbüromitglied, sie förderte vielseitig die

bulgarische Kultur, öffnete sie auch gegenüber dem Westen, suchte Kulturaustausch statt Klassenkampf, initiierte auch die Feierlichkeiten »1300 Jahre Bulgarien« im Jahre 1981. Person und Wirken werden heute kontrovers bewertet. Aus persönlichen Kontakten und aus der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zeichnet Rajnov ein wohlthuend unaufgeregtes und bei aller Differenziertheit von Achtung geprägtes Bild der Kulturpolitikerin.

Auch Schriftsteller traten mit autobiographischen Büchern hervor. Positiv aufgenommen wurde das Buch »Kästa otväd sveta«⁸ (1997) von Georgi Danailov (geb. 1936), der bis dahin vor allem als Bühnen- und Drehbuchautor erfolgreich war. Das Buch, gern als Roman bezeichnet, ist im Grunde ein autobiographisch angelegter Bericht über Sofioter Intellektuelle, die während der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in dem abgelegenen Rhodopendorf Kovačevica verlassene Bauernhäuser kauften, um fern der Großstadt in einer Art Idylle zu leben und zu arbeiten. Nicht ohne Humor erzählt Danailov, wie einfallsreich und mühsam die teilweise schon verfallenen Häuser wieder hergerichtet wurden. Doch die ersehnte Idylle findet nicht statt, die Zeitverhältnisse und Eitelkeiten wie Rivalitäten holen die Hauptstädter auch hier ein. In diesem Buch beeindruckten die Beobachtungen über die Gebirgsbewohner, einfache, selbstbewußte Männer und Frauen – Bauern, Handwerker, der einstige Lehrer der Dorfschule, oft Originale, kauzig, derb und geradezu. Beeindruckend sind auch die Beobachtungen zu ihren Reaktionen auf den gesellschaftlichen Umbruch 1989/1990. Seit 2000 legte Georgi Danailov mehrere Bände seiner Memoiren »Dokolkoto si spomnam« (»Soweit ich mich erinnere«) vor, fakten-, aber auch wortreich und im Mainstream verhaftet.

Ljubomir Levčev (geb. 1935) hatte schon 1988 das autobiographische Buch »Ubij bălgarina!« vorgelegt, das Kindheit und Schulzeit umfaßt. 1998 erschien der zweite Teil unter dem Titel »Ti si sledvaštijat« (»Du bist der Nächste«). Es ist nicht nur eine Fortsetzung; zwischen beiden Büchern liegt ein Epochenumbruch, den es zu reflektieren galt. – Ljubomir Levčev war führender Vertreter jener Dichter-Generation, die nach

8 Siehe Gerogi Danailov: Ein Haus jenseits der Welt. Aus dem Bulgarischen von Ines Sebesta. Klagenfurt 2007.

dem Aprilplenium der BKP 1956 in die Literatur trat und wesentlich zu ihrer Erneuerung beitrug. Das Aprilplenium 1956 war die bulgarische Umsetzung des 20. Parteitages der KPdSU. Später verkam die Berufung auf dieses Plenum (dessen Materialien übrigens erstmals 2002 veröffentlicht wurden) zum propagandistischen Schlagwort, doch 1956 hatte es positive Veränderungen eingeleitet, wenngleich halbherzig und manche gleichsam auf Abruf. Das Plenum schuf Freiräume für Kunst und Literatur. Damals begeisterten Levčevs Gedichte mit ihrer kühnen Bildsprache und einem provokatorischen Lebensanspruch: »Die Sterne gehören mir« dichtete er. Zwar verbannte man ihn um 1963 erst einmal wegen politischer Aufsässigkeit in ein abgelegenes Dorf im Bezirk Plovdiv, doch bald gehörte er zu den wichtigsten Lyrikern des Landes, dem man die Respektierung nicht verweigern konnte. Man übertrug ihm Funktionen im Schriftstellerverband, dann wurde er stellvertretender Kulturminister, ZK-Mitglied und schließlich Vorsitzender des Schriftstellerverbandes, was freilich für die Ursprünglichkeit seines Dichtens nicht ohne Folgen blieb. Nach 1990 zog er sich längere Zeit zurück, er schrieb den »Roman aus Erinnerungen«, bringt viele unbekannte oder wenig bekannte Details aus dem bulgarischen Kulturleben jener Zeit, erzählt von literarischen Ambitionen und Auseinandersetzungen, von der politischen Karriere und von Begegnungen mit Staats- und Parteifunktionären, von Schriftstellerkollegen im Lande und von Begegnungen mit Schriftstellern aus aller Welt, reflektiert politische Ereignisse im Lande und weltweit. Die inzwischen gewonnenen schmerzlichen historischen Erfahrungen und Einsichten des Autors sind stets gegenwärtig, allerdings werden die Einsichten, die der Autor zum Zeitpunkt des erzählten Geschehens vertrat, nicht immer hinreichend deutlich. Obwohl kontrovers diskutiert, ist dies ein wichtiges und aufschlußreiches Buch, selbstkritisch, ehrlich und zugleich mit Selbstachtung geschrieben. Der Titel des Buches »Du bist der Nächste!« meint den Satz, den Danton auf dem Weg zur Guillotine Robespierre zugerufen haben soll. Und auf dem Bucheinband, gestaltet von der Tochter Marita Levčeva, ist ein Ausschnitt aus Pieter Breughels d. Ä. »Turmbau zu Babel« zu sehen.

Große Aufmerksamkeit fanden bei den Lesern die Tagebücher, die aus dem Nachlaß von Emilijan Stanev (1907–1979), Boris Delčev (1910 bis 1987) und Christo Radevski (1903–1995) veröffentlicht wurden. Boris Delčev war vor 1944 wegen kommunistischer Betätigung interniert worden, er nahm nach 1944 aktiv am kulturellen Aufbau teil. Als Literatur-

kritiker wurde er 1963 von Shiwkow aus ideologischen Motiven öffentlich angegriffen, so daß er sich schließlich in die literaturgeschichtliche Forschung zurückzog, wo er Bedeutendes leistete. Die Veröffentlichung seines »Dnevnik« (1995, »Tagebuch«), eine Auswahl aus hinterlassenen Aufzeichnungen, erregte großes Aufsehen und löste lebhaft Debatten aus. Unter dem 25. November 1960 hatte Delčev vermerkt, daß das sozialistische Ideal immer mehr simplifiziert werde und verkomme. Diese Befürchtung wurde dem Autor immer mehr zur schmerzlichen Gewißheit, und dies prägt dann auch seine Niederschriften, die, einer Chronik vergleichbar, breite Einblicke in den der Öffentlichkeit oft verborgenen literarischen und politischen Alltag vom Ausgang der vierziger Jahre (nur wenige Seiten sind aus der Zeit davor) bis 1987 bieten und von Begegnungen mit Schriftstellern, Künstlern, von ihren Beziehungen untereinander, von öffentlichen und weniger öffentlichen Ereignissen berichten. Auch wenn die Aufzeichnungen oft sehr subjektiv geprägt sind (schließlich ist es ein Tagebuch!), manches kleinlich anmutet und vor allem – manches apodiktische Urteil über zeitgenössische Kulturschaffende nicht haltbar ist, bietet das Tagebuch eine überaus materialreiche und anregende Lektüre.

Emilijan Stanevs »Dnevnici« (»Tagebücher«) wurden bereits 1990 von der Witwe des Autors Nadežda Staneva in der Zeitschrift »Septemvri« (Hefte 6, 7 und 8) und bald darauf in Buchform zusammen mit der Meisternovelle »Kradecät na praskovi« (»Der Pfirsichdieb«) herausgegeben, eine selbstständige und erweiterte Buchausgabe mit dem Titel »Dnevnici ot različni godini« (»Tagebücher aus verschiedenen Jahren«) erschien im Jahre 2003. Emilijan Stanev war einer der Großen in der bulgarischen Erzählkunst, sein geschichtsphilosophischer Roman »Antichrist« (1970, dt. 1975) machte ihn international bekannt. In seinen Tagebüchern hält er Überlegungen zur Geschichte seines Volkes, zur Mentalität der Bulgaren, zur Kultur- und Kunstentwicklung, über wichtige politische Vorgänge fest. Er offenbart seine wachsende Enttäuschung darüber, daß nachhaltige Veränderungen zum Positiven, wie er sie nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und dem Aprilplenium der BKP 1956 erhofft hatte, nicht eintraten, daß die globalen Gefahren für die Zivilisation – Kriegsgefahr, Umweltvernichtung, Verselbständigung der Wissenschaft – zunahmen. Und immer wieder denkt er über seine literarische Arbeit nach, über Figuren seiner Romane. Stanev notiert nur, was ihm wesentlich erscheint, was ihn zutiefst bewegt oder erregt, er schreibt

auch zornig, sarkastisch. Diese Tagebücher reflektieren wichtige Aspekte der Zeit, in der Stanev lebte, und sie sind zugleich von großer Bedeutung für das tiefere Verständnis seiner Bücher.

Beeindruckend ist das Tagebuch des Dichters Christo Radevski »Razgovor säs sebe si. Nepublikivan dnevnik« (2000. »Selbstgespräch. Unveröffentlichtes Tagebuch«). Wie wir in einer Vorbemerkung von Bojka Asiova lesen, führte Radevski Aufzeichnungen seit 1962, fand aber nicht die Kraft, sie zu Lebzeiten selbst herauszugeben, er überließ es seinen Angehörigen, nach seinem Tode nach Gutdünken damit zu verfahren. Christo Radevski hatte sich in den zwanziger Jahren der kommunistischen Bewegung angeschlossen und war ein führender Vertreter der mit ihr verbundenen Literatur. Ende der fünfziger ging er auf Distanz zu Parteichef Shiwkow und dessen Politik, kritisierte Machtstreben, Indoktrination, das Fehlen echter Demokratie, und zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Das Tagebuch bietet keine Chronik von Ereignissen, sondern beinhaltet knappe, meist nachdenkliche Notate, Sentenzen und Reflexionen vergleichbar, wobei nur manchmal auch von konkreten Ereignissen die Rede ist, die diese Überlegungen ausgelöst haben. So notiert er am 29. März 1968: »Es bedarf nur weniger Jahre, für die Geschichte sind das nur Augenblicke, bis sich selbst das revolutionärste Regime in ein reaktionäres Regime verwandelt, wenn es keine Meinungsfreiheit gibt.« Bitter konstatiert er am 20. September 1969: »Mit welcher großer Begeisterung hat das Volk vor 25 Jahren die revolutionären Veränderungen begrüßt und mit welcher stumpfer Hartnäckigkeit haben Machtgier, Spießertum und Karrierismus es geschafft, diese Begeisterung zu ersticken!« Scharf äußert er sich über Speichellecker vor 1989 und Wendehälse nach 1989. Dieses Tagebuch ist Kritik der politischen Moral zwischen 1962 und 1995, es ist zugleich das Credo eines Dichters, der seinen Idealen treu blieb, auch wenn er bereits 1969 bitter konstatierte: »Meine Zeit ist vergangen, meine Zeit ist nicht gekommen.« (»Moeto vreme mina, moeto vreme ne e došlo«).

X X X

Nach einem neuen Roman fragte man in den neunziger Jahren lange vergeblich, erst 1999 erschien mit »Petokni•ie Isaakovo« von An•el Vagenštajn (dt. »Angel Wagenstein. Pentateuch oder Die fünf Bücher

Isaaks« 1999) wieder ein aufsehenerregendes Buch. Der Autor, 1922 geboren, hatte am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen, war verhaftet und zum Tode verurteilt worden, doch die Wirren des nahenden Kriegsendes und der Vormarsch der Roten Armee retteten ihm das Leben. Vagenštajn war ein produktiver Drehbuchautor, der mit dem DEFA-Film »Sterne« (1959), den er gemeinsam mit dem Regisseur Konrad Wolf schuf, international bekannt wurde. »Pentateuch« ist der erste Roman Vagenštajns. Der Titel und in gewisser Hinsicht der Aufbau des Buches erinnern an die fünf Bücher Mose. Es sind die fünf Bücher des Ich-Erzählers Isaak Blumenfeld, der bei Begegnungen in Sofia und in Wien dem Autor gleichsam seinen Lebensweg erzählt: Isaak Blumenfeld kommt aus einem Shtetl in Galizien, das erst zu Österreich-Ungarn gehörte, dann polnisch und schließlich – nach dem Hitler-Stalin-Pakt – sowjetisch wurde. Die »Ereignisse« verschlugen ihn in ein Arbeitslager in den »Ostgebieten« des »Reiches«, in ein KZ in Deutschland, dann in ein USA-Lazarett, wo er genas, und schließlich in ein sowjetisches Straflager im Hohen Norden. Die Niederträchtigkeiten des 20. Jahrhunderts, die auf vielen Menschen lasteten, nahmen besonders barbarische Ausmaße gegenüber den Juden an, dennoch ist die Erzählung Isaaks voller Witz und Ironie. In einer Vorbemerkung dankt der Autor »allen bekannten und unbekanntem Verfassern, Sammlern und Herausgebern von jüdischen Witzen und Schnurren, durch die mein Volk das Lachen in den tragischen Augenblicken seines Daseins zu einem schützenden Harnisch, einer Quelle der Courage und des Selbstwertgefühls gemacht hat«. Viele Witze und Schnurren gehen in den Erzählfluß ein. Auch wenn Isaak Blumenfeld sich als »Mahlgut« unbarmherziger politischer Vorgänge fühlt, erwächst gerade aus dem Lachen in tragischen Augenblicken die ermutigende Ausstrahlung des Buches. Die räumlich und zeitlich weit gespannte Handlung des Buches vermittelt eine von menschlicher Leidensfähigkeit, von Würde und Weisheit geprägte Sicht auf die Geschichte – mit ihren Hoffnungen, Selbsttäuschungen, Irrungen und Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Der Mensch, so eine der Romanfiguren, ein Sucher nach Wahrheit und Gerechtigkeit, brauche nicht Götzenbilder, er brauche »Zweifel am Glauben und Glauben an den Zweifel«, damit er frei lebt. – Die deutsche Übersetzung von Barbara Müller, nach dem Manuskript angefertigt, erschien im Berliner Verlag Neues Leben fast gleichzeitig mit dem bulgarischen Original in Sofia. Es ist ein Buch, das bleiben wird.

Im Jahre 1999 fand in Leipzig die Premiere des nach einem Drehbuch von Vagenštajn mit dem MDR produzierten Filmes »Nach dem Ende der Welt« statt. Der Film erzählt vom Zusammenleben der Bulgaren, Juden und Türken in der Stadt Plovdiv, das nach hoffnungsvollem Neubeginn 1944/1945 durch stalinistisches Machtgebaren und Intoleranz schweren Schaden erleidet. Der Stoff, auf dem das Drehbuch beruht, wird auch in dem Roman »Daleče ot Toledo« (2002, »Fern von Toledo«) verarbeitet. Im Jahre 2004 erschien der Roman »Sbogom, Šanchaj!« (»Leb wohl, Schanghai«), der von jüdischen Emigranten handelt, die in Schanghai vor den Hitlerfaschisten Zuflucht gesucht hatten. Vagenštajn begreift diese drei Bücher als Triptychon. Die Romane erhielten verschiedene bulgarische und internationale Preise, für »Sbogom, Šanchaj!« wurde der Autor mit dem Europäischen Preis für Literatur *Jean Monnet* geehrt.

Auf die Geschichte Bulgariens und des Balkanraumes fokussiert ist der Roman »Văzrečeni ot Manastăr« (2001; »Heraufbeschworen aus Manastăr«) von Nikola Ind•ov (geb. 1935). Er erzählt vom Schicksal der Bulgaren, die einst in Westthrakien lebten, einer zur Ägäis hin sich erstreckenden Landschaft, die bis zu den Balkankriegen 1912/1913 Teil des Osmanischen Reiches war, dann größtenteils Bulgarien zugesprochen wurde und seit dem Ende des Ersten Weltkrieg zu Griechenland gehört. Der Autor wendet sich dem Dorf Manastir zu, im Roman Manastăr genannt, aus dem seine Vorfahren und seine Eltern stammen. Im Zuge eines bulgarisch-griechischen Abkommens über Bevölkerungsaustausch, abgeschlossen auf der Grundlage des Friedensvertrages von Neuilly, kamen die Bewohner dieses Dorfes 1924 nach Bulgarien, wo sie unweit der Stadt Jambol das Dorf Novi Manastir, im Buch Svetulka genannt, gründeten. Das Sujet des Buches wird von der Figur des Nestor Abrašev getragen: Zurückgekehrt nach Svetulka, sucht dieser Mann das Gespräch mit betagten Dorfbewohnern und vertieft sich in alte Aufzeichnungen, um die Vergangenheit seiner Landsleute und seiner eigenen Vorfahren zu begreifen. Da ist von Leid und Grausamkeit, von Zerstörung und Vertreibung die Rede, doch Ind•ov und seinen reflektierenden Romanfiguren geht es um Erinnern, nicht um Vergeltung. In den Kriegswirren waren Grausamkeiten gewiß auf allen Seiten zu verzeichnen, aber ebenso Mitmenschlichkeit. Das vermag der Verfasser eindrucksvoll darzustellen. Bemerkenswert sind die Überlegungen über die Stärke und Widerstandskraft eines Volkes, die der alte Korčan verschlüsselt dartut: »Weshalb Manastăr verödete, ich will es dir schließlich sagen: Weil wir

immer nur nach dem Löwen schauten, und nicht nach der Päonie (der Pfingstrose). Die Päonie ist unsere Blume, doch wir träumten immer nur von einer Fahne mit einem Löwen.«⁹ Hier wird auch ein bedenkenwerter Ansatz für ein kritisches Herangehen an die eigene Geschichte geboten.

In die zehn Kapitel des Romans werden *Seiten aus dem Reisetagebuch* eingefügt, die von einfachen Menschen in Nikaragua, Vietnam, Chile, Peru, Griechenland, Spanien und im Nahen Osten berichten und die offenkundig auf Eindrücke zurückgehen, die der Autor als Journalist und als Diplomat (1970–1982) gewonnen hatte. Der Autor stellt somit das Schicksal seiner Landsleute in einen weitgefaßten internationalen Kontext. Ebenso erfaßt er historische Zusammenhänge. Er kommt auf die Kreuzzüge zu sprechen, die Not und Gewalt auch nach Westthrakien gebracht hatten. Er vertritt die These, daß Patriarch Euthymios, der 1396 von den osmanischen Eroberern aus der Hauptstadt Tärnovo verbannt worden war, in einer Einsiedelei in der Nähe des späteren Manastir (manastir heißt Kloster) Zuflucht gefunden habe. Der Autor erinnert daran, daß während des Zweiten Weltkrieges die Juden aus Westthrakien in die Vernichtungslager der Hitlerfaschisten deportiert wurden. Die Handlungsfäden zur neueren Zeit nach 1945 veranschaulichen, wie hierarchische Strukturen im Staatssozialismus die sozialistische Programmatik verdarben. In diesem bild- und geschehnisreichen Roman geht es dem Autor darum, historische Erfahrungen des Volkes zu erkunden und keineswegs, Grenzen zu verändern. Heute sieht Nikola Ind•ov in dieser Region, in der lange Zeit Türken, Bulgaren, Griechen, Juden, Armenier und Albaner friedlich miteinander gelebt haben, neue Chancen für eine ökonomisch und kulturell geförderte Annäherung der Menschen im Rahmen der Europäischen Union.¹⁰

Ein interessanter Autor ist Vladimir Zarev (geb. 1947). Er hatte bereits in den siebziger und achtziger Jahren weit ausholende Romane vorgelegt; auch nach 1990 konnte er sich die gebührende Aufmerksamkeit verschaffen. Der Roman »Pop Bogomil i säväršenstvoto na stracha«

9 »Zašto zapustja Manastär li, da ti ka•a naj-posle. Zaštoto vse v läva ni bjacha očite, a ne v bo•ura. Bo•urät si e našeto cvete, no nie vse bälnuvachme za zname s läv.« (Nikola Ind•ov. *Vázrečeni ot Manastär*. Sofia 2001. S. 144).

10 Siehe Interview: Ako ne sa etničeski partii, šte •iveem mnogo po-spokojno. In: »Sega«. Sofia vom 8. November 2005.

(1998, »Der Pope Bogomil und die Vollkommenheit der Angst«) schöpft aus dem Bogomilentum. Dieser bulgarischen mittelalterlichen Häresie, der zu Recht von vielen Historikern auch ein emanzipatorischer Anspruch zugestanden wird, wandten sich wiederholt bulgarische Schriftsteller zu, denn sie bietet Stoffe für die Behandlung philosophischer und existentieller Fragen, aber auch für spannendes Erzählen. So erschien ebenfalls 1998 der Roman »Strannijat ricar na Sveštenata kniga« (»Der sonderbare Ritter des Heiligen Buches«) von Anton Dončev (geb. 1930), der von einem französischen Ritter berichtet, der das Heilige Buch der bulgarischen Bogomilen zu den Albigensern nach Südfrankreich bringt. Handelt er zu Beginn nur wegen der versprochenen Belohnung, wird er dann selbst Bogomile und stirbt auf dem Scheiterhaufen. Vladimir Zarevs Buch besteht aus vier Ich-Erzählungen, die vier verschiedene Sichten und Wertungen der Titelfigur bieten. Skeptisch durch die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts will Zarev zum Nachdenken über Wege und Irrwege, über Größe und Selbstzerstörung emanzipatorischer Bewegungen anregen. Daneben finden wir auch reizvolle Anspielungen auf Emilijan Stanev und auf Umberto Ecco und dessen Roman »Der Name der Rose«.

So wichtig dieser Roman um den Popen Bogomil für Vladimir Zarev gewesen sein mag, den großen Durchbruch erzielte er 2003 mit dem Roman »Razruha«.¹¹ Dieses Buch traf den Lebensnerv vieler Bulgaren, die nach 1990 von massenhafter Verarmung heimgesucht wurden, und erzielte bald sensationelle acht Auflagen! Es ist ein Buch über den Menschen im ungezügeltten Kapitalismus, wie er über die Bulgaren hereingebrochen ist. Der Roman besteht aus zwei Handlungssträngen. Da ist der Aufsteiger, der als kleiner Mitarbeiter der Staatsicherheit von »seinem General« 1989/1990 in die Geschäftswelt geschickt wird, um Positionen »für später« zu sichern. Anfänglich unselbstständig und unsicher, wird er bald zum durchtriebenen Geschäftsmann, der eigene Wege geht und mit Hilfe korrupter Politiker und mafioser Machenschaften, durch Spekulation und durch Aneignung staatlicher Betriebe und ihren gewinnträchtigen Ausverkauf zu gewaltigem Reichtum gelangt. Wenn der Autor diese Aufsteiger-Figur mit der »Nomenklatur« des Staatssozialismus verbindet, so ist dies kein Zugeständnis an den Mainstream, schließlich kon-

11 Siehe Vladimir Zarev: Verfall. Aus dem Bulgarischen von Thomas Frahm. Köln 2007.

statieren auch seriöse Publikationen, daß aus den höheren Funktionärskreisen große Teile der neuen Geschäfts- und Besitzerklasse hervorgegangen sind, wie sollte sonst auch Kapitalakkumulation erfolgen? Ganz in der Tradition sozialkritischer Literatur zeigt Zarev, wie sozialer Aufstieg mit Vereinsamung und sittlicher Verrohung, mit der »Zerstörung der Persönlichkeit« einhergeht. Die andere Handlungslinie im Roman ist die selbstironische Ich-Erzählung eines Schriftstellers, der, einst erfolgreich, nun nicht Fuß fassen kann, den Halt verliert, moralisch zu verkommen droht, bis er sich schließlich doch ermannt und – so die ironische Pointe – den Roman über den Aufsteiger schreibt. Die Erzählung um den Schriftsteller, in der der Autor vielleicht auch manches eigene Erleben mit verarbeitet, ist eine künstlerische Entdeckung, sie stellt etwas Neuartiges und Anregendes in der neueren bulgarischen Literatur dar. – Im Roman teilt Zarev die Neigung mancher zeitgenössischer und vor allem jüngerer Autoren, Elemente der Kolportageliteratur oder »niederer Genres« mit zu verarbeiten, doch wäre stellenweise maßvollere Umgang besser gewesen. – Die deutsche Ausgabe wurde vom Feuilleton als bulgarischer »Wende-Roman« gelobt,¹² manchmal vielleicht zu überschwenglich.

In den letzten Jahren machen auch mehrere jüngere Autoren von sich reden, die kritisch menschliche Schicksale unter veränderten bzw. sich verändernden Lebensverhältnissen erkunden, bohrende Fragen stellen. Theodora Dimova (geb. 1960), Tochter des bekannten bulgarischen Romanciers Dimităr Dimov, wendet sich vor allem moralischen Problemen zu. Sie brachte 2005 den Roman »Majkite« heraus.¹³ Ein tatsächlicher Vorfall, der die bulgarische Öffentlichkeit entsetzt und alarmiert hatte, gab den Anstoß – Schüler hatten ihre Lehrerin ermordet. Theodora Dimova verhält sich völlig frei zu dem konkreten Ereignis, sie schreibt ein Buch, das die Entfremdung zwischen den Generationen, zwischen Eltern und Kindern behandelt. Die Autorin erzählt von sieben 14- bis 15jährigen Schülerinnen und Schülern, zeigt deren zerrütteten familiären

12 Siehe Martin Halter. Diese Männer wissen, warum sie Bier trinken. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24. März 2007. S. Z 7. – Regina General. Happy-End als Beginn. In: »Freitag«. Berlin vom 23. März 2007 (Nr. 12). S. 22 u. a.

13 Siehe Theodora Dimova: Die Mütter. Aus dem Bulgarischen von Alexander Sitzmann. Klagenfurt 2007.

Hintergrund. Die Ursachen sind von Fall zu Fall verschieden, gehen sowohl auf frühere Jahrzehnte wie auf die gegenwärtige Lebenssituation zurück. Diese jungen Menschen finden Halt und Vertrauen allein bei ihrer charismatischen Lehrerin, als diese jedoch die Absicht äußert, von der Schule wegzugehen, fühlen sie sich verraten und töten sie. Es sei dahingestellt, ob dieser Ausgang im Buch überzeugt, doch die Darstellung des Alltags dieser jungen Menschen und ihres sozialen Umfeldes ist eine aufwühlende Lektüre, mit der die Autorin nach ihren eigenen Worten Verantwortung der Menschen füreinander und insbesondere Verantwortung der Mütter für ihre Kinder anmahnen will. Das Buch hat in Österreich einen Literaturpreis bekommen.

Bereits 1999 erschien der »Estestven roman«¹⁴ von Georgi Gospodinov (geboren 1968). In Gospodinovs Gedicht »Teorema« (»Theorem«, Gedichtband »Lapidarium«) heißt es: »Dokazano e / če vselenata se razširjava / sledovatelno / nie se otdalečavame / vzaimno«. (»Es ist bewiesen, daß das Weltall sich ausweitet, folglich entfernen wir uns voneinander«). Dieses Sich-Voneinander-Entfernen, Trennung, Zergliederung – das ist ein zentrales Motiv auch in diesem Roman. Ein Ehepaar läßt sich scheiden – damit beginnt der Roman, das ist der Rahmen der Handlung; Freundschaften gehen auseinander, das menschliche Miteinander, die Gesellschaft gerät aus den Fugen ... Sogar der Ich-Erzähler im Buch zergliedert sich in drei Personen. In einem Interview bemerkte der Autor, sein Roman sei eine Reaktion auf die Zerfallsprozesse in der bulgarischen Gesellschaft der neunziger Jahre, ein Vorgang, den die Menschen auch in sich ausgetragen haben, eine bewegte, und, wie der Autor unterstrich, eine interessante Zeit.¹⁵ Aber wie jedes gute Buch, so weist auch dieses über seine Zeit hinaus, es regt an, über Zustände schlechthin nachzudenken, in denen die *menschlichen* Bindungen gefährdet sind. Und zugleich ist Trennung, Zergliederung immer etwas Existentielles, im menschlichen Leben immer wieder Gegenwärtiges. So wie die Naturgeschichte das Sichtbare bezeichne, müsse auch der natürliche Roman das

14 Siehe Georgi Gospodinov: *Natürlicher Roman*. Aus dem Bulgarischen von Alexander Sitzmann. Graz, Wien 2007.

15 Siehe Von Facettenaugen, *Theater-Scratch und der Inventarisierung des Sozialismus*. Ein Interview mit Georgi Gospodinov, geführt von Irina Lazarova und Miranda Jakiša. In: http://www.novinki.de/html/zurueckgefragt/Interview_Gospodinov.html.

Sichtbare betrachten und Ähnlichkeiten entdecken, d. h. Assoziationen folgen, so der Autor. Was Wunder, daß da nachgedacht wird über das Facettenauge der Fliege, das die Lebensumwelt in viele kleine Bilder zerlegt, und daß der Roman selbst sich in drei, vier Dutzend Episoden und Bilder zergliedert, die selbst jenes Alltägliche nicht auslassen, das man sonst kaum in die Literatur hereinholt, etwa die »Naturgeschichte« der Fliege oder des Klosetts. Oder es wird nachgedacht über einen Roman, der nur aus Romananfängen besteht, oder nur aus Verben. Es werden Erinnerungen aus der Kindheit und aus der gescheiterten Ehe heraufgeholt. Das alles wird phantasievoll erzählt, bald mit Witz, bald mit Sarkasmus, bald mit melancholischer Ironie. Das Feuilleton in Österreich, Deutschland und in der Schweiz äußerte sich wiederholt anerkennend zu diesem Roman.

Alek Popov, geboren 1966, hat zwei überaus erfolgreiche satirische Romane vorgelegt: »Misija: London« (2001)¹⁶ und »Černata kutija« (2007, »Black Box«).¹⁷ Der erste führt an die bulgarische Botschaft in London, wo der neue Botschafter die Aufgabe hat, das angeschlagene Image des demokratischen Bulgariens aufzupolieren und wo sich groteske Dinge unter den intriganten, postengeilen und unfähigen Diplomaten abspielen. Am sympathischsten erscheint da noch der bauernschlaue Bürgermeister aus dem bulgarischen Provinzstädtchen Provadija, der in London auftaucht, um zu verkünden, daß das Wasserklosett nicht zuerst in England, sondern viel, viel früher im bulgarischen Provadija erfunden worden sei; er wird zurückgepfeifen, diese Entdeckung könnte die Briten verärgern, das könnte sich nachteilig auf die Verhandlungen über den EU-Beitritt Bulgariens auswirken. In »Die Hunde fliegen tief« wird von zwei Brüdern erzählt, die in den USA ihr Glück suchen, der eine hat Erfolg als Broker an der Wallstreet, der andere fristet sein Leben, indem er die Hunde reicher Leute Gassi führt; doch zum Schluß vertauschen sich Aufstieg und Abstieg. In beiden Romanen finden wir eine Fülle grotesker Bilder, viel bittere Ironie, auch schwarzen Humor, wobei der Roman »Die Hunde fliegen tief« noch etwas hintergründiger ist. Was sich

16 Siehe Alek Popov: Mission: London. Aus dem Bulgarischen von Alexander Sitzmann. Sankt Pölten 2006.

17 Siehe Alek Popov: Die Hunde fliegen tief. Aus dem Bulgarischen von Alexander Sitzmann. Sankt Pölten 2008.

da über die dereinst in Sofia eingetroffene Postsendung herausstellt, eine schwarze Schachtel mit der Asche des Vaters, der als Gastprofessor in den USA bei einem Brandunglück ums Leben gekommen war, das verschlägt dem Leser den Atem. Treibende Kraft seines Schreibens – so Popov – sei das Paradoxe, auf das er überall stößt. Sein Lachen verschont weder Bulgaren noch Westeuropäer und Amerikaner. Popov bemerkte kürzlich, es sei an der Zeit, daß die bulgarischen Schriftsteller den Westen von ihrem eigenen Standpunkt aus beschreiben, was umgekehrt ja die Regel ist; darin sehe er den Ausdruck wachsender Reife und die Überwindung von Minderwertigkeitskomplexen.¹⁸ Auf dem Balkan, so spottet Popov, gäbe es die Idee vom idealen Staat, der im Westen läge, je westlicher, um so besser. Wenn man aber konsequent sich in dieser Richtung bewege, komme man eines Tages wieder am Ausgangspunkt an ...¹⁹

Schließlich Dejan Enev (geb. 1960). Seine Erzählungen, so die Bände »Četivo za nošten vlak« (1987, »Lektüre für den Nachtzug«), »Konsko evangelie« (1992, »Gardinenpredigt«), »Lovec na chora« (1994, »Der Menschenfänger«), »Klaneto na petela« (1997, »Das Schlachten des Hahns«), »Ezi-tura« (2001, »Kopf oder Zahl«), »Gospodi pomiluj« (2004, »Herr, erbarme dich«), »Vsički na nosa na gemijata« (2005, »Alle am Bug des Kahns«) gehören zum Besten neuerer bulgarischer Prosa. Bei Dejan Enev treffen wir Menschen aller Altersgruppen, Sonderlinge, Kinder, Arme, Behinderte – Menschen am Rand der Gesellschaft, denen – wie er sagt – der Zugang zur »ersten Klasse« verwehrt wird und denen er in bester bulgarischer Erzähltradition mit tiefer Menschlichkeit zugetan ist. Der Autor hat Slawistik studiert, aber seine Universitäten waren nicht minder unterschiedlichste Lebensstationen – die Kaserne, Arbeit in der Psychiatrie oder in der Leichenkammer eines Krankenhauses usw. Dejan Enev schreibt lapidar, pointiert. Meist erzählt er auf eine überraschende Wendung hin, die manchmal positiv überrascht, zumeist aber erschüttert, desillusioniert. Was da an bulgarischem Leben beschrie-

18 Siehe Alek Popov im Gespräch mit Veneta Pavlova, gesendet im Bălgarsko nacionalno radio am 5. Dezember 2007. In: http://www.bnr.bg/radiobulgaria/emission_bulgarian/thema_kulturra/material/alek_popov.htm.

19 Neuer Roman von Alek Popov (Bericht über Buchvorstellung »Mission: London«) im OE1 Morgenjournal – Kristina Pfoser. Textfassung Joseph Schimmer. In: <http://oe1.orf.at/inforadio/87487.html>.

ben wird, birgt viel Allgemeingültiges für unsere Welt. Eine schöne deutschsprachige Auswahl erschien unter dem Titel »Zirkus Bulgarien«.²⁰

Diese Notizen zur neuesten bulgarischen Literatur gehen nicht auf die Lyrik ein, obgleich in Bulgarien sehr viel Lyrik gedruckt wird, was auch mit den Bedingungen für das Schreiben und das Drucken von Literatur zusammenhängt. Unberücksichtigt bleiben auch Autoren bulgarischer Herkunft, die in deutscher Sprache schreiben, wie etwa Rumjana Zacharieva und Dimitré Dinev, die mit ihren Romanen wichtige Einsichten in die bulgarische Gesellschaft vor und nach 1989 vermitteln, oder Ilja Trojanow, der Fragen der modernen Zivilisation aufwirft. Dieser Beitrag will lediglich einige Aspekte moderner bulgarische Literaturentwicklung im Hinblick auf das gesellschaftliche Umfeld skizzieren. Die Entwicklungsbedingungen des Landes waren im zurückliegenden Zeitraum von wechselnden Machtkonstellationen zwischen den Akteuren auf der politischen Bühne geprägt. Kein einziges Mal hat eine Regierung die Erwartungen der Wähler erfüllt - und wurde abgewählt. Die *Bulgarische Sozialistische Partei* stellte 1990 und 1995/1997 den Ministerpräsidenten, beide Maler wurde er von der unzufriedenen Straße aus der Regierung gedrängt. Bei den Wahlen 1997 war die *Union der demokratischen Kräfte* stärkste Partei, 2001 setzte sich die *Nationale Bewegung Simeon der Zweite*, d. h. die Partei von Simeon Saksoburggotski (von 1943 bis 1946 bulgarischer König bzw. Zar) durch. Seit 2005 regiert eine Koalition der *Bulgarischen Sozialistischen Partei*, der *Bewegung für Rechte und Freiheiten* (vor allem Partei der türkischen Minderheit) und der *Nationalen Bewegung Simeon der Zweite*. Nun schickt sich die konservative Partei *GERB* (Bürger für Europäische Entwicklung Bulgariens) an, die Wahlen 2009 zu gewinnen.²¹ Es fehlte bisher und fehlt wohl auch

20 Siehe Dejan Enev: *Zirkus Bulgarien*. Aus dem Bulgarischen von Karin Zemmrich und Norbert Randow. Wien 2008.

21 [Bei den Parlamentswahlen in Bulgarien am 5. Juli 2009 wurde die Partei GERB von Bojko Borissov mit 39,72% der abgegebenen Stimmen deutlicher Wahlsieger (Wahlbeteiligung: 60,2%). Von den 31 Abgeordneten, die nach dem Mehrheitswahlprinzip gewählt wurden, gingen ebenfalls 26 an GERB. Damit verfügt GERB über 116 von 240 Sitzen im bulgarischen Parlament und bildet die Regierung, die von der »Blauene Koalition« und der nationalistischen Partei »Ataka« unterstützt wird. Die Partei GERB ging aus der gleichnamigen Bürgerbewegung hervor, wurde Ende 2006 gegrün-

nach wie vor an ökonomischer und sozialer Stabilität im Lande, die auch stabilere politische Machtverhältnisse gewährleisten könnte. Überraschungen sind immer möglich. Aber schwierige Zeiten sind der Entstehung guter Literatur nicht hinderlich, im Gegenteil. Die neueste bulgarische Literatur knüpft an gute Traditionen an, bietet wieder anregende, streitbare, nachdenklich machende oder herausfordernde Texte! Und nachdem Anfang der neunziger Jahre hierzulande das Interesse für bulgarische Bücher auf einem Tiefpunkt war, hat sich erfreulicherweise die Übersetzungstätigkeit erneut belebt, es erscheinen interessante Bücher, was hauptsächlich österreichischen Verlagen zu verdanken ist. Die Vorbereitung Bulgariens auf den EU-Beitritt und die EU-Mitgliedschaft seit 1. Januar 2007 hat da wohl doch manchen Impuls vermittelt.

det und bald zu einer führenden politischen Kraft in Bulgarien. Seit 2007 ist sie Mitglied der Europäischen Volkspartei. Bojko Borissow war nach 1991 Personenschützer, u. a. von Todor Shiwkow und Simeon Sakschoburggotski, dann wurde er zum Hauptsekretär im Innenministerium ernannt. 2005 wurde er zum Bürgermeister von Sofia gewählt. – Dagegen scheiterte die Partei des Ex-Königs Simeon Sakschoburggotski an der Vier-Prozent-Klausel (siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/GERB\(Partei\)](http://de.wikipedia.org/wiki/GERB(Partei)), <http://de.wikipedia.org/wiki/Wahlen-in-bulgarien> – <http://rezultati.cik2009.bg/results/proportional/index.html> – die Redaktion].

Dokumentationen

WOLFGANG GRABOWSKI

Schanghai Organisation für Zusammenarbeit

ENTSTEHUNG UND STRUKTUR

Die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SchOS) ist eine internationale Organisation, deren Mitgliedsstaaten China, Kasachstan, Kirgistan, Rußland, Tadschikistan und Usbekistan sind. Ihr gingen erfolgreiche Anstrengungen der so genannten »Schanghai Fünf« voraus, in einem hartnäckigen, aber gleichberechtigten Dialog die Grenzfrage zu lösen, die in der Geschichte immer wieder zu Konflikten, zwischen der Sowjetunion und der VR China gar zu einem blutigen Krieg am Ussuri geführt hatte. In Umsetzung der Abkommen über Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet und gegenseitige Truppenreduzierung im Grenzgebiet, die von China, Kasachstan, Kirgistan, Rußland und Tadschikistan am 26. April 1996 bzw. 24. April 1997 abgeschlossen wurden, trat an einer 7000 km langen Grenze Frieden ein. Das ermutigte über eine nachhaltige und neuartige, tatsächlich partnerschaftlich Zusammenarbeit nachzudenken, in der die Beteiligten ihre Interessen umsetzen können. So wurde die Deklaration über die Gründung der SchOS ausgearbeitet und auf dem Gipfeltreffen der sechs Staaten (Usbekistan wurde als Mitglied aufgenommen) in Schanghai am 15. Juni 2001 unterzeichnet.

Über einen Beobachterstatus bei der SchOS wurde auf der Ratstagung der Staatschefs 2004 in Taschkent entschieden. Beobachter sind die Mongolei seit 2004, sowie Indien, Pakistan und Iran seit 2005. Iran ist um Mitgliedschaft bemüht (Moradi; Direktor des iranischen Forschungszentrums für Zentralasien und den Kaukasus auf dem Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau am 11. Dezember 2007).

Die Vertreter der Beobachterstaaten, oft die Staatsoberhäupter, können an allen Veranstaltungen, Maßnahmen und Projekten teilnehmen. Sie haben Rederecht. Gegenwärtig arbeitet eine Expertengruppe, um einen Vorschlag für Aufnahmekriterien vorzulegen. Aufsehen erregte die Gastteil-

nahme des afghanischen Präsidenten an den Gipfeltreffen in Taschkent und Bischkek, sowie des turkmenischen Präsidenten am letzten Gipfel.

Am 7. Juni 2002 wurde auf dem Gipfeltreffen in Petersburg die Charta der Organisation angenommen. Sie ist ihr Statut und fixiert die Ziele und Prinzipien der Organisation, ihre Struktur und hauptsächlichen Tätigkeitsfelder. Von besonderer Bedeutung ist, daß Entscheidungen im Konsensverfahren angenommen werden. Die Finanzierung des Budgets (gegenwärtig drei Mio. US-Dollar) erfolgt anteilmäßig.

Die Charta trat am 19. September 2003 in Kraft. Auf dem Gipfeltreffen am 15. Juni 2006 wurden Veränderungen angenommen: der Exekutivsekretär wurde Generalsekretär, die Sekretariatsvollmachten wurden erweitert.

Am 16. August 2007 wurde auf dem Gipfeltreffen in Bischkek ein Vertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet.

Das oberste Organ der SchOS ist der Rat der Staatsoberhäupter. Er bestimmt die Prioritäten und Hauptrichtungen der Tätigkeit, entscheidet hauptsächliche Fragen der inneren Struktur und Funktionsweise, des Zusammenwirkens mit anderen Staaten und internationalen Organisationen und erörtert aktuelle internationale Probleme.

Zur Erfüllung der in der Charta verankerten Ziele und Aufgaben arbeiten folgende Organe:

- Der Rat der Regierungschefs. Er beschließt das Budget, erörtert und entscheidet hauptsächliche konkrete Fragen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet der Zusammenarbeit.
- Der Rat der Außenminister.
- Beratungen der Minister für Außenwirtschaft, Transport, Bildung, Kultur, Verteidigung, u. a. Vorbereitet werden Mechanismen für die Zusammenarbeit von Umweltschutzstrukturen.
- Es finden regelmäßig Treffen der Leiter von Zollbehörden und Antirauschgiftdiensten, der Obersten und Arbitragegerichte, der Staatsanwaltschaften, der Parlamente statt. In Vorbereitung dieser Treffen arbeiten Kommissionen hochrangiger Behördenangestellter, sowie Expertengruppen.

- Dem Rat der nationalen Koordinatoren obliegt die Abstimmung der laufenden Tätigkeit der Organisation, sowie der Zusammenarbeit der Ministerien und Behörden der Teilnehmerstaaten. Er wird alle drei Monate einberufen.
- Regelmäßige Treffen der Ratsvorsitzenden für nationale Sicherheit dienen als Konsultations- und Koordinierungsinstrument, u. a. im Kampf mit neuen Sicherheits herausforderungen und Gefahren.

Seit Januar 2004 sind folgende ständig tätige Organe im Dienst:

- Sekretariat der SchOS mit Sitz in Peking. Es wird geleitet vom Generalsekretär, der vom Rat der Staatsoberhäupter auf Vorschlag des Rates der Außenminister für drei Jahre im Rotationsverfahren ernannt wird. Der erste Sekretariatschef, von 2004 bis 2006 war der chinesische Vertreter Tschan Deguan, gegenwärtig ist es B. K. Nurgalijev aus Kasachstan. Die Auswahl der Mitarbeiter erfolgt quotiert.
- Exekutivkomitee der Regionalen Antiterrorstruktur (RATS) in Taschkent. Der erste Direktor war ein Vertreter Usbekistans, W. T. Kasymov (2004 bis 2006), der zweite kommt aus Kirgistan, M. U. Subanov.
- Beim Sekretariat der SchOS, wie auch beim Exekutivkomitee der RATS bestehen Institute ständiger Vertreter der Mitgliederstaaten.

INTERNATIONALE BEDEUTUNG, PRINZIPIEN UND HAUPTFELDER DER TÄTIGKEIT

Auf dem Dezember-Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des russischen Partners ROPZ wurde herausgestellt, daß das Entstehen der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit Ausdruck gravierender geostrategischer Veränderungen ist, auch wenn vieles in ihrer Charta und den anderen Grundsatzdokumenten Konzipierte erst noch der Umsetzung harret. Sie ist noch jung und man dürfe keine unrealen Ansprüche stellen, so Leonid Iwaschov, Präsident der Akademie für geopolitische Probleme. Die Organisation, die – die Beobachterländer einbezogen – fast die Hälfte der Menschheit repräsentiert, hat sich auf den Weg gemacht. Im Unterschied zur GUS, die eher als Instrument zur einigermaßen »zivilisierten Scheidung« und zur Zerstörung einer ehemals hochintegrierten Struktur entstand, sind die Akteure der SchOS auf Zusammenarbeit aus, weil sie davon ausgehen, auf diese Weise ihre Interessen besser verwirklichen zu können. Das betrifft auch die kleineren Mit-

gliedsländer, die die Vorzüge der Kooperation innerhalb der SchOS auch für ihr vielseitiges internationales Agieren nutzen können, so T. K. Makejev, nationaler Koordinator Kirgistans.

Der historische Friedensschluß an der Grenze der Mitgliedsstaaten war eine wichtige Erfahrung, die nachwirkt.

Man weiß sich zugehörig zur dynamischsten Entwicklungszone der Welt. Hier sind die strategischen Ressourcen konzentriert, ist man um Ausgleich und Abstimmung bemüht.

Die erfolglose Kriegspolitik der Bush-Administration in unmittelbarer Nähe der Teilnehmerstaaten hat die Suche nach Alternativen nur verstärkt. Man lehnt die Anwendung und Androhung von Gewalt ab, allerdings, ohne sich auf Konfrontation einzulassen, oder die Zusammenarbeit mit den USA in Frage zu stellen.

Man setzt auf Blockfreiheit und Transparenz. Die Organisation soll offen sein, kein Blockbündnis, eine Beistandsklausel sind weder in der Charta, noch dem Freundschaftsvertrag formuliert. Man will Pluralismus in den internationalen Beziehungen, weil man überzeugt ist, daß sich die verändernde Welt objektiv multilateral gestaltet und hegemoniales Streben einer Supermacht Gefahr und Destabilisierung mit sich bringt, was für die Mitgliedsländer abträglich ist und den Konflikt der Zivilisationen provozieren kann. Die SchOS ist ein Entwurf, der dem entgegensteht. Die SchOS versteht sich als Alternative dazu (Leonid Iwaschov). Sie will eine andere Welt, sie will »zur Errichtung einer neuen demokratischen, gerechten und rationalen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung beitragen« (Charta). Dementsprechend wurden die Prinzipien formuliert, von den man sich leiten lassen will: »Gegenseitige Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität der Staaten und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen, Nichtangriff, Nichtanwendung oder Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen, Verzicht auf einseitige militärische Vormachtstellung in den Grenzgebieten« (Charta). Auf dem Seminar wurde dies auch als »Schanghaier Geist« bezeichnet, und man sprach von einem neuen Modell der internationalen Beziehungen (Jewsejew, IMEMO, Iwaschov), das auf die Erhaltung des Friedens, der Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens in der Region gerichtet ist und beginnt, sich wohltuend und ausgleichend in der Welt auszuwirken.

Die SchOS wendet sich gegen den Export gesellschaftlicher Modelle und eine Politik der zweierlei Maßstäbe. Einmischung in die inneren Angelegenheiten wird grundsätzlich abgelehnt, auch wenn diese unter dem

Vorwand einer »humanitären Intervention« oder »der Verteidigung von Menschenrechten« erfolgt.

Die Mitglieder der SchOS haben sich verpflichtet, an keinen Bündnissen und Vereinigungen teilzunehmen, die der Souveränität, Sicherheit und staatlichen Integrität ihrer Länder Schaden zufügen können. Sie gestatten nicht, daß ihr Territorium genutzt wird, um die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität der anderen Mitgliedländer zu beschädigen. Sie werden auf ihren Territorien die Tätigkeit von Organisationen oder Gruppierungen unterbinden, die den Interessen der Mitgliedländer schädlich ist.

Die SchOS setzt sich für die Stärkung der Rolle der UNO und des Völkerrechts ein. Ihre Mitglieder sind bestrebt, gemeinsame Standpunkte zu internationalen Fragen zu finden, darunter auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Foren. Sie fordert die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitskonzeption, die auf gegenseitigem Vertrauen, gegenseitigem Vorteil, Gleichberechtigung und Zusammenarbeit basiert.

Die Teilnehmerstaaten der SchOS unterstützen die Initiative Usbekistans zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentralasien.

Ein Hauptfeld der Zusammenarbeit ist der Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Diese »drei Grundübel« setzen allen Staaten in der Region zu und die SchOS ist um effektives Zusammenwirken bemüht. Es wird unterstrichen, daß die SchOS noch vor dem 11. September eine Definition des Terrorismus formuliert und auf dem Juni-Summit 2001 die Schaffung einer regionalen antiterroristischen Struktur beschlossen hat. Seit 2001 werden jährlich im Rahmen der Terrorismusbekämpfung gemeinsame Militärmanöver durchgeführt, die, so wurde auf dem Moskauer Seminar angemerkt, zugleich die Kampfkraft der beteiligten Verbände als flexible Eingreiftruppe belegt haben.

Eingesetzt wurde eine Afghanistan-Kontaktgruppe, und der afghanische Präsident nahm an den Gipfelberatungen in Taschkent und Bischkek teil. Putin schlug eine Afghanistan-Konferenz vor. Für und mit Afghanistan müsse ein umfassender Plan für die wirtschaftliche Rekonstruktion des Landes vorgelegt werden.

Auf dem Seminar wurde eingeschätzt, daß die Lage in Afghanistan äußerst angespannt bleibt, daß die USA sich offensichtlich übernommen haben, daß das militärische Vorgehen die Probleme nur verschärft und die Gewaltspirale befördert. Die politischen und wirtschaftlichen Anstren-

gungen seien völlig unzureichend. Rauschgiftproduktion und -schmuggel haben sich weiter ausgebreitet.

Die SchOS wird ihren Kampf dagegen verstärken.

In letzter Zeit hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit erhalten. Im Oktober 2005 wurde in Moskau eine Bankenvereinbarung abgeschlossen, auf dem Juni-Gipfel 2006 ein Unternehmerrat bei der SchOS aus der Taufe gehoben. Dennoch, so wurde auf dem Moskauer Seminar von einigen Teilnehmern festgestellt, sind die konkreten Ergebnisse eher bescheiden. Von den gegenwärtigen 120 Projekten können höchstens zwei bis drei – und das nur mit Mühe – als gemeinsame bezeichnet werden. Die anderen würden bilateral auch ohne die SchOS realisiert. Auch der unlängst geschaffene, viel zitierte Energieklub habe an konkreten Ergebnissen noch wenig vorzuweisen.

Das Organisationsbudget würde hauptsächlich für die Bezahlung der Mitarbeiter der Organisation draufgehen.

China hat auf dem Gipfeltreffen in Taschkent (17. Juni 2004) eine Milliarde US-Dollar für die Förderung des Handels zwischen den SchOS-Staaten bereitgestellt, was vom russischen Präsidenten als beispielhaft gewürdigt wurde. China hat zum Ausdruck gebracht, daß es begrüßen würde, wenn Rußland und die Staaten Zentralasiens sich an der Erschließung des Westens Chinas beteiligen würden.

Zu erwähnen ist die Absichtserklärung zum Bau einer Gaspipeline, die von den Präsidenten Rußlands, Kasachstans und Turkmenistans im Mai 2007 unterzeichnet wurde. Durch sie soll turkmenisches Gas über Kasachstan nach Rußland gepumpt werden. Ein weiteres wichtiges Projekt Rußlands und Kasachstans, das ebenfalls bereits vereinbart wurde, ist der Ausbau einer Pipeline, die kasachisches Erdöl zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossiysk transportieren soll.

Mit neuen spektakulären Projekten, die der kasachische Präsident auf dem GUS-Gipfeltreffen im September 2007 in Petersburg vorstellte, wartet Rußland auf. Da ist *erstens* der Vorschlag zum Bau eines Kaspikanals. Er soll das Kaspische Meer über das Asowsche Meer mit dem Schwarzen Meer verbinden. Die Staaten Zentralasiens würden Zugang zu den Weltmeeren erhalten, was für den Transport ihrer Energieresourcen von erheblicher Bedeutung wäre. Auch dieses Projekt, für das 15 Mrd. veranschlagt werden, ist so gut wie vereinbart.

Ein *zweites* Vorhaben hat für besonderes Aufsehen gesorgt. Die schon zu Sowjetzeiten viel diskutierte, dann aber verworfene Idee, Was-

ser der sibirischen Ströme nach Zentralasien umzuleiten, soll nun verwirklicht werden. Der Aral-See soll wieder aufgefüllt und die Wassernot in den zentralasiatischen Staaten überwunden werden.

Der russische Präsident unterstrich auf dem Summit 2006, daß die Ausmerzung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Verbesserung des Zugangs aller zu Bildung und Kultur eine zentrale aktuelle Aufgabe der SchOS ist, was auch für den Kampf gegen den Terrorismus von zentraler Bedeutung sei. Diese Position wird auch von den anderen Mitgliedern der SchOS getragen.

Gearbeitet wird an Plänen für die Entwicklung von Tourismus, Sport, Jugend- und Kulturaustausch. Die Aktivitäten der Organisation sollen zum Ausbau der kulturellen Vielfalt und dem Zurückdrängen billiger westlicher Massenkultur beitragen.

Putin regte auf dem letzten Gipfeltreffen die Schaffung einer Universität der SchOS an.

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN RUSSLAND UND CHINA, IHRE BEZIEHUNGEN ZU INDIEN – HAUPTFAKTOREN DER SCHOS.

Die Asien-Dimension russischer Außenpolitik hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Dabei ist man sich im Kreml sehr wohl der realen Kräfte- und Interessenlage sowie des gewaltigen Konfliktpotentials im asiatischen Raum bewußt, von dem heute keiner genau voraussagen kann, wie und wohin es sich entwickeln wird. Wird China den Riesenspagat zwischen Marktwirtschaft und sozialem/sozialistischem Anspruch auf Dauer aushalten? Wird die politische Demokratisierung Chinas unter Leitung und Kontrolle der KP nachhaltig gelingen? Wird China beim möglichen Aufstieg zur Supermacht (schon 2020 könnten die USA eingeholt sein, befürchten US-amerikanische Geheimdienste und Wissenschaftler) auch weiterhin den Ausgleich suchen, oder andere Töne als Reich der Mitte anschlagen? Werden Indien und China die Bevölkerungsexplosion in den Griff bekommen? Wird eine dauerhafte strategische Triangelbeziehung zwischen China, Indien und Rußland Realität werden können, von der Rajiv Gandhi in seinem letzten Jahr geträumt hatte, als schon klar wurde, daß die Sowjetunion sich nicht mehr halten würde? Wie kann die hochbrisante Lage in und um Zentralasien und

Afghanistan entschärft, tragfähige Konflikt- und Problemlösungen gefunden werden und somit dem internationalen Terrorismus der Nähr- und Wirkboden entzogen werden?

Sorge bereitet Moskau die Lage im asiatischen Teil Rußlands. Hier waren die katastrophalen Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion besonders drastisch spürbar, hier ist von der Stabilisierung und dem Aufschwung, die mit der Präsidentschaft Putins eingeleitet wurde, am wenigsten angekommen.

Der riesige asiatische Raum Rußlands ist äußerst dünn besiedelt. Im Fernen Osten leben lediglich vier Mio. Einwohner, im chinesischen Gegenüber 200 Mio. Der chinesische Markt dort boomt und platzt aus allen Nähten. Harte Winter haben den russischen Teil des Fernen Osten fast zum Kollabieren gebracht, alle Schwächen des Niedergangs in Wirtschaft und sozialer Lebenssphäre seit der Wende offenbart. Gedankenspiele, Rußland den Osten abzujagen, wie sie nicht nur von Brzesinski angestellt wurden, sind nicht ad acta gelegt.

Zwischen den Hauptakteuren in Asien hat sich ein gewaltiges Spannungsfeld von Rivalität und Zusammenarbeit entwickelt. Die Gefahr ist groß, dem nicht gewachsen zu sein. Aber es bietet Rußland trotz der Schwächen auch Raum zum Manövrieren. Der Kreml hat in den letzten Jahren viel Kraft darauf verwandt, den gegebenen Spielraum nüchtern auszuloten und auszuschöpfen.

Und Rußland hat dafür einiges Interessante zu bieten, vor allem die riesigen Energieressourcen und andere natürliche Reichtümer. Aber auch die Qualität der Rüstungsgüter und die in ihnen steckenden wissenschaftlich-technischen Hochleistungen, sowie der gewaltige, fast menschenleere potente Siedlungs- und Investitionsraum sind attraktiv.

Das kommt besonders in den Beziehungen mit *China* zur Geltung, denen in Moskau ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn auch vieles im Verhältnis für die Zukunft unbestimmt bleibt, so fällt doch die Zielstrebigkeit auf, mit der beide Seiten ihre Beziehungen konstruktiv ausgestalten wollen. In Moskau kann man sich darauf stützen, daß die Pekinger Führung ein stabiles Rußland an seiner Nordgrenze haben möchte. Mit dem Blick auf die Bewahrung der eigenen staatlichen Einheit und Stabilität verfolgte man die wachsenden Probleme Rußlands unter Jelzin mit großer Besorgnis. Die neue Qualität unter Putin besteht

darin, daß die chinesischen Pragmatiker einen ähnlich pragmatisch Gesinnten vorfinden, der ebenso wie sie berechenbar und konsequent die Interessen des eigenen Landes vertritt und wohlwollend die Beziehungen ausgestalten will, ohne Probleme unter den Teppich zu kehren. Peinlichkeiten, wie die plumpen und nichtssagenden Jelzinschen Kernwaffendrohungen an die Adresse der USA während eines chinesisch-russischen Gipfels werden sie nicht mehr ertragen müssen.

Die Übereinstimmung bzw. Parallelität der Interessen ist beeindruckend.

Das kommt in der gewachsenen Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck. Vor fünf Jahren wurden im Außenhandelsumsatz lediglich 6,3 Mrd. US-Dollar realisiert (China mit den USA 100 Mrd. US-Dollar, mit Japan 60 Mrd. US-Dollar und mit Deutschland 52 Mrd. US-Dollar). 2005 waren es bereits 29 Mrd. US-Dollar, 2007 40 Mrd., 2010 sollen es 60 Mrd. US-Dollar werden.

Mit dem Wirtschaftsboom ist für China ein Riesenproblem entstanden – die eigenen Energieressourcen reichen bei weitem nicht mehr, China ist in wachsendem Maße auf den Import von Energieträgern angewiesen. Was liegt da näher als der russische Osten mit seinen immensen Ressourcen. Im November 1997 wurde ein Zwölf-Milliarden-Dollar-Vertrag über eine Erdgasleitung in die Provinz Shandong, sowie ein Drei-Milliarden-Dollar-Vertrag über den Bau des Kernkraftwerkes Lianyungang unterzeichnet. Eine Erdölleitung aus Ostsibirien nach Nordostchina ist geplant, ebenso wie die russische Beteiligung am Drei-Schluchten-Staudamm.

Die Entwicklung der Wirtschaftszusammenarbeit beinhaltet die Gründung gemeinsamer Unternehmen, die Schaffung gemeinsamer Wirtschaftssondergebiete, Projekte in der Landwirtschaft und im Transportwesen, chinesische Handelshäuser in verschiedenen russischen Städten, sowie die Teilnahme an multilateralen Projekten in Ost- und Nordostasien. Der russische Beitritt zum Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) fand die Unterstützung Pekings.

Der »kleine Grenzhandel« hat ein beträchtliches Ausmaß angenommen. Erzeugnisse der chinesischen Leicht- und Lebensmittelindustrie spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen im Fernen Osten und in Rußland insgesamt. Der riesige chinesische Markt nimmt russische Waren auf, die auf anderen Märkten nur schwer Absatz finden, und das stabil in großen Mengen.

Von großer Bedeutung für beide Seiten ist die wachsende wissenschaftlich-technische Kooperation von Maschinenbau bis Raumfahrt.

Eine zentrale Frage in der Annäherung betrifft den militärischen Sektor – für Rußland eine wichtige Valutaquelle, für China sicherer Zugang zu moderner und wenig stör anfälliger Technik und zu wissenschaftlichem Know-how. China erhält moderne Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer; an eine Fabrik zur Montage russischer Kampfflugzeuge ist gedacht. Dies ist aber auch zweischneidig für Rußland. Zum einen sind bei den erreichten Ausmaßen Nachbarländer (u. a. Japan) beunruhigt, mit denen Rußland ebenfalls die Beziehungen dauerhaft ausbauen will. Zum anderen ist zu bedenken, daß angesichts der wissenschaftlich-technischen Potenzen Chinas, die rasch anwachsen, der russische Vorsprung und damit das chinesische Interesse nicht verloren gehen. Ähnliches gilt für die Raumfahrttechnik und andere Hightech-Bereiche, für die natürlich auch westliche Konkurrenten ebenso wie bei der Militärtechnik um den Zuschlag kämpfen. In Moskau betrachtet man dies unaufgeregt und investiert seit dem Präsidentenwechsel wieder stark in diesen Bereich.

Ein wichtiger Stabilisator ist die einvernehmliche Regelung des Grenzverlaufs und des Grenzregimes, was zu Sowjetzeiten nicht möglich war. Eine strategisch neue Lage ist entstanden. Die etwa 4.300 km lange Grenze bedeutete – als gute Nachbarschaft fehlte – einen immensen Aufwand für ein zuverlässiges Grenzregime, die Konzentration von Streitkräften. Der Wegfall dieser Belastungen hat für Rußland beträchtliche Erleichterungen gebracht.

In Moskau betrachtet man die Abwehr separatistischer Gefahren als erste Priorität. Rußland kommt dabei entgegen, daß China auch durch eigene separatistische Probleme in Tibet, im Nordosten und durch die Taiwan-Frage sicher für lange Zeit an der Kooperation mit Rußland interessiert ist und es auch künftig international unterstützen wird, z. B. beim Vorgehen in Tschetschenien. In Moskau weiß man zu schätzen, daß China die russischen Bemühungen, seine staatliche Einheit und territoriale Integrität zu sichern und den Staat zu stärken, begrüßt. In Peking würdigt man, daß Rußland mit Jelzin-Ukas von 1992 sich verpflichtet hat, keine offiziellen Beziehungen mit Taiwan herzustellen und China in der sogenannten Menschenrechtsfrage zur Seite steht.

Rußland und China treten nachdrücklich für eine multipolare Welt ein und fördern die Kooperation mit Indien. Sie weisen die hegemonialen Ansprüche der USA zurück. Sie wenden sich konsequent gegen die USA-Pläne zur Schaffung eines neuen Anti-Raketen-Systems. Die rus-

sische Verurteilung der NATO-Osterweiterung wird mitgetragen; gemeinsam engagierte man sich gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien und die Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Charta, gegen den Krieg der USA gegen den Irak. Gemeinsam will man die Stärkung der UNO und in jedem Fall die Beibehaltung des Veto-Rechts im Sicherheitsrat.

Das russische Streben nach Akzeptanz seines Status als einer Weltmacht seitens der westlichen Länder erfährt durch das chinesische Agieren Auftrieb. Die Partnerschaft erhöht das Gewicht Rußlands gegenüber Japan und den USA, aber auch in Europa.

Die heutige gegenseitige Interessenlage ist für den überschaubaren Zeitraum eine solide Grundlage, die eine weitere Ausgestaltung der Beziehungen möglich macht. Und beide Partner wollen das.

Aber es gibt auch eine andere Seite: teilweise gravierende Unterschiedlichkeiten und anders geartete Interessenlagen, wodurch Probleme, gar Konfliktsituationen gegeben sind oder entstehen können.

Allein ein Blick auf die geographische und demographische Situation vermittelt eine ungefähre Vorstellung davon. Auf der einen Seite rasanter Wirtschaftsaufschwung mit Zuwachsraten, die dem Westen Furcht einflößen, auf der anderen hat man gerade erst den freien Fall in Zerstörung und Chaos gestoppt und erste Anzeichen für eine Stabilisierung erreicht. Die Entwicklungsschere, selbst bei optimistischer Prognose, wird noch längere Zeit weiter auseinander gehen.

Wird es auch künftig gelingen, das gewaltige demographische Übergewicht Chinas in dieser Region unter Kontrolle zu behalten. Unter der russischen Bevölkerung gibt es im Prinzip Verständnis dafür, daß gute Beziehungen mit China für Rußland lebensnotwendig sind. Aber der Alltag ist komplizierter. Alte, tief sitzende Ressentiments kommen wieder zum Vorschein und vergällen die Atmosphäre. Regionalpolitiker, auch hohe Militärs waren und sind versucht, dies aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus zu instrumentalisieren. Das wird unter Putin schwieriger, aber das Problem bleibt ernst. Diese Stimmung klang auch in einigen russischen Beiträgen auf dem SchOS-Seminar an: man müsse bedenken, daß China die Organisation nur benutzen will, um in Zentralasien zu dominieren und Rußland herauszudrängen. China arbeite mit Dumping-Krediten (zwei Prozent), kauft turkmenisches Erdgas zu Dumpingpreisen (90 US-Dollar). China hat in Zentralasien mehr Projekte als Rußland. Dem wurde pragmatisch entgegnet, daß Peking das auch ohne

SchOS haben kann, und daß es allemal klüger wäre, innerhalb der Organisation zum Interessenausgleich zu kommen (Prof. Lukin vom IMO).

Chinas Interessen leiten sich vor allem aus asiatisch-pazifischen Gegebenheiten ab; Rußland ist auch ein asiatisches Land, aber auch stark in Europa verankert. Die konsequente Befolgung eines realpolitischen, pragmatischen Kurses zur EU und Deutschland wird deshalb auch künftig einen besonderen Stellenwert haben und nicht unerhebliche Potenzen von der asiatischen Dimension abziehen.

Und auch in Asien bestehen unterschiedliche Interessen.

Natürlich ist Peking nicht entgangen, daß Rußland gute Beziehungen zu Japan nicht nur zur Stärkung Rußlands, zum Ausbau des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentials, vor allem im Fernen Osten braucht, sondern auch zum Ausbalancieren des Schwergewichts China. Nicht entgangen ist natürlich ebenso das russische Dilemma in der Inselfrage, was es Rußland im überschaubaren Zeitraum nicht gestattet, mit Japan eine Lösung für die Kurilenfrage auszuhandeln. Aber das ist die Voraussetzung für den an und für sich von beiden Seiten angestrebten Durchbruch in den Beziehungen, der als Nebenprodukt Japan größeren Spielraum gegenüber den USA geben würde (was nun wiederum ebenso China entgegenkommen könnte).

China dürfte mit großer Wachsamkeiten verfolgen, daß Rußland auch in den Beziehungen mit *Indien, Vietnam, den beiden koreanischen Staaten und der Mongolei* sehr aktiv geworden ist, also in besonderen Interessensphären Chinas. Aber es zeichnet sich auch hier ab, daß beide Seiten eher die kooperativen Elemente gestalten und nicht die gegenläufigen.

Wichtig für Moskau ist, daß auch die chinesische Seite sich für Beruhigung und Ausgleich stark macht. Aber was passiert, wenn in Folge der umfangreichen Privatisierungsmaßnahmen in China die Zahl der Arbeitssuchenden drastisch wächst und die Gegenmaßnahmen nicht ausreichend greifen?

Wird die Interessenübereinstimmung auch künftig so stark sein, daß vielleicht sogar ein visionäres Jahrhundertprojekt einer gemeinsamen, friedlichen Nutzung des riesigen, jetzt fast menschenleeren ostsibirischen Raumes verwirklicht werden kann, die Ansiedlung einer großen Zahl chinesischer Bürger eingeschlossen?

Die Beziehungen Rußlands zu *Indien*, die sich in beiden Ländern auf traditionell freundschaftliches Wohlwollen stützen können, sind das zweite Standbein russischer Asienpolitik.

»Der Staatsbesuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 2. bis 5. Oktober 2000 in Indien könnte den bilateralen Beziehungen durch die vereinbarte strategische Partnerschaft zwischen Moskau und New Delhi eine qualitativ neue Dimension hinzufügen« (Dr. Voll, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Delhi, 9. Oktober 2000).

Indien, das einmal wichtigster Partner der Sowjetunion in Asien war, hatte nach deren Zerfall beträchtliche Mühe, die erforderliche Kurskorrektur zu vollziehen. Mit dem Rußland unter Jelzin kam es zu einem sehr ambivalenten, störungsanfälligen Verhältnis. Beide Seiten konzentrierten sich in den neunziger Jahren vor allem auf den Abbau der »Erblasten« und die strapaziöse Verrechnung von Verbindlichkeiten, die insbesondere Rußland geltend machte. Und das waren keine »peanuts«.

Putin hat eine neue Seite im russisch-indischen Verhältnis aufgeschlagen. Das Abkommen über strategische Partnerschaft reflektiert nationale Interessen als pragmatische Reaktion auf Globalisierung und wachsenden Wettbewerb in wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Sphären, aber auch im militärischen Bereich.

Das Abkommen ist auf gemeinsame Interessen in Zentralasien gerichtet. Putin sieht in Indien einen Mitstreiter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Fundamentalismus und betont die russische Anerkennung der Line of Control in Kaschmir. Die indische Seite unterstreicht, daß Rußlands Probleme in Tschetschenien und diejenigen Indiens in Kaschmir sich aus der gleichen Quelle speisen. Beide Seiten gehen davon aus, daß die Intensivierung der russisch-indischen Beziehungen weder die wachsende Annäherung zwischen Indien und den USA noch die Arbeitskontakte zwischen Moskau und Islamabad, die den Wandel der russischen Politik gegenüber Südasien insgesamt verdeutlichen, beeinträchtigen. Zugleich sind sich beide Länder einig gegen eine unilare, für eine multipolare Weltordnung. Übereinstimmung besteht in der Ablehnung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien und der Verletzung von Völkerrecht und UN-Charta. Rußland unterstützt Indiens Wunsch, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden.

Es sollen Gemeinschaftsunternehmen in den Bereichen Informatik, Mikroelektronik, Wasserkohlenstoff- und Erdölerkundung, Thermalenergie, Metallurgie, Pharmazie und Biotechnologie geschaffen und gefördert werden.

Der Besuch des russischen Präsidenten Ende 2004 in Indien verlieh den Beziehungen weitere Dynamik. In Indien spricht man von einer besonderen strategischen Partnerschaft mit Rußland, was natürlich nicht heißt, daß nicht alle Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen mit den USA genutzt werden (siehe Bush-Besuch). Im Gegenteil, gute Beziehungen mit Rußland und China ermöglichen, selbstbewußter gegenüber dem Westen aufzutreten und bessere Konditionen auszuhandeln.

Der damalige russische Premier Primakow hatte bereits im Dezember 1998 mit seinem Vorschlag zur Ausgestaltung eines strategischen *Triangels Rußland-Indien-China* für Schlagzeilen gesorgt. Viele hielten das damals für eine Illusion. Seine indischen Partner reagierten sehr zurückhaltend, obwohl eine solche Idee in Indien auch schon Befürworter gefunden hatte (Rajiv Gandhi 1990, beide KP Indiens u. a.).

Seitdem hat sich im gegenseitigen Verhältnis der drei Großmächte viel getan. Man kann durchaus von einer neuen Qualität sprechen.

Von historischer Bedeutung hierbei ist die Annäherung zwischen *Indien und China*. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich diese Entwicklung verstetigt und von beiden Seiten gewollt ist. Der rasante Wirtschaftsaufschwung der bevölkerungsreichsten Länder der Welt (In einer Studie des US – National Intelligence Council vom Januar 2005 wird eingeschätzt, daß China und Indien zum Jahr 2020 den USA die wirtschaftliche Überlegenheit streitig machen werden) soll nicht mehr Anlaß für Argwohn, sondern gemeinsame Plattform für die Bewältigung der globalen Herausforderungen sein. Die Zeit der gewaltgeladenen Rivalität soll der Vergangenheit angehören. Der Besuch des chinesischen Premierminister Wen Jiabao in Indien im März 2005 brachte all dies zum Ausdruck und setzte neue Akzente.

Die Flexibilität, die beide Verhandlungsdelegationen zur Lösung der Grenzstreitigkeiten an den Tag legten, ist ein signifikanter Schritt. 1962 waren diese Anlaß zu einem blutigen Krieg zwischen beiden Ländern, der für Indien mit einer schmachvollen Niederlage endete. Lange Jahre danach noch versuchten Politiker und Diplomaten beider Seiten, in der ganzen Welt die Schuld des anderen unter Beweis zu stellen. Die chinesische Unterstützung Islamabad im indisch-pakistanischen Krieg 1971 verschärfte die Spannungen, ebenso die Rolle, die China im pakistanischen Kernwaffenprogramm spielte. Andererseits hat die indische Unter-

stützung für die tibetanische separatistische Bewegung stets für Zündstoff gesorgt.

Den im März 2005 in New Delhi getroffenen Vereinbarungen kann entnommen werden, daß Indien nicht mehr gegen die Kontrolle Chinas über Tibet opponieren wird. Im Gegenzug wird China Indiens Anspruch auf Sikkim stillschweigend akzeptieren. Das bedeutet nicht, daß Differenzen hinsichtlich der Grenze nicht fortbestehen würden. Indien beansprucht nach wie vor den von China kontrollierten Teil im Norden von Kashmir, den Pakistan an China abgetreten hatte. Ebenso die Aksai Chin Region. China ficht das Recht Indiens auf Arunachal Pradesh an. Mit spektakulären Durchbrüchen wird nicht zu rechnen sein, eher mit steten Anstrengungen, um Schritt für Schritt pragmatische Lösungen zu finden. Es wurden einige vertrauensbildende Abkommen unterzeichnet, so zur Vermeidung größerer Militäroperationen in Grenznähe. Wenngleich China Pakistan auch weiterhin militärisch und politisch unterstützt, sind Veränderungen in der chinesischen Position zum Kashmir-Streit – eher eine neutrale Haltung – in New Delhi mit Wohlwollen aufgenommen worden. Genauso Chinas Unterstützung für Indiens Anspruch auf einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der UNO.

Für das neue Verhältnis sind kompatible Interessen in Wirtschaft und Wissenschaft entscheidend, obwohl der Außenhandel 2004 lediglich 13 Mrd. US-Dollar betrug, d. h. ein Prozent des chinesischen Welthandels und neun Prozent des indischen. Auch gegenseitige Investitionen sind noch marginal, China liegt lediglich auf dem 24. Platz. Aber Analysten schätzen das Potential für den künftigen Außenhandel zwischen beiden Ländern für gewaltig ein.

Trotzdem beide Länder sich gleichermaßen in aller Welt um Energiezulieferungen bemühen, haben sie sich auch auf diesem strategischen Gebiet im wesentlichen zur Zusammenarbeit verständigen können.

Die Kooperation im Hightech-Bereich soll zielstrebig ausgebaut werden.

Ein weiterer Schwerpunkt bei der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Rußland, China und Indien ist der militärische Faktor. Den groß angelegten russisch-chinesischen Militärmanövern »Friedensmission-2005« sind 2006 ähnliche gemeinsam mit Indien gefolgt.

Ende Dezember 2007 haben Indien und China nahe der Stadt Kunming ihre erste bilaterale Militärübung, ein fünftägiges Antiterror-Manö-

ver durchgeführt. »Xinhua« berichtet, daß China weitere Möglichkeiten zur militärischen Kooperation mit dem indischen Nachbarn sucht.¹

DEUTSCHLAND/EU UND DIE SCHOS

Welch große Bedeutung Deutschland der SchOS beimißt, kam auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit deren Generalsekretär Nurgalijew am 3. April 2007 zum Ausdruck. Auf ihr werteten der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, und der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, ganztägige Verhandlungen mit dem Gast aus. Sie unterstrichen den hohen Rang der SchOS und den Willen der Bundesrepublik und der EU zu enger Kooperation. Deutschland habe keine gleichwertige Alternative zu den Rohstoffen des Ostens und wolle vom Aufschwung der SchOS-Staaten profitieren. Man sei bereit, sich in Größenordnungen an deren Industrialisierung zu beteiligen. Moderator Alexander Rahr sprach gar davon, daß, wenn die USA im Irak und in Afghanistan scheitern, die SchOS zum zweiten Machtpol in der Welt wird.

Leonid Iwaschow unterstrich auf dem Moskauer Seminar, daß der europäische Faktor in der Arbeit der SchOS eine größere Rolle spielen müsse.

Der nationale Koordinator Kirgistans, T. Makejew, teilte mit, daß die EU im Juni 2007 auf Initiative der deutschen Seite ein Strategiepapier für Zentralasien beschlossen und ihren Vertreter für die SchOS benannt hat. Er begrüßte die Seminarinitiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wolle man in der SchOS künftig mehr Bedeutung beimessen.

1 Am 28. August 2008 fand das 8. Gipfeltreffen in Duschanbe, Tadschikistan, statt. An diesem nahm auch der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad teil; ebenso am Treffen 2009 in Jekaterinburg. Dieses Treffen war sein erster Auslandsbesuch nach seiner Wiederwahl (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Shanghaiorganisation_für_Zusammenarbeit).

ECKART MEHLS

Gesellschaftliche Krisen der ČSR/ČSSR (1948 und 1968) im geschichtspolitischen Wirken der KPTsch/KPBM

Die Auseinandersetzung mit herausragenden Entwicklungen der nationalen Geschichte sowie der Geschichte der eigenen Bewegung ist seit jeher Gegenstand des geschichtspolitischen Wirkens jeder Partei. Dieser Bestandteil der gesamten Politik der jeweiligen Partei/Bewegung hat in der jüngeren Vergangenheit stark an Bedeutung gewonnen.¹

Auch die KPTsch/KPBM sah sich nach den unter dem Begriff »samtene Revolution« allgemein bekannt gewordenen grundlegenden politischen Veränderungen des November 1989 mit der Notwendigkeit konfrontiert, ihre Position zu den gesellschaftlichen Krisen in der ČSR/ČSSR der Jahre 1948 und 1968 zu erarbeiten, da sich gerade um diese Entwicklungen scharfe Auseinandersetzungen in der Gesellschaft entwickelten, in denen die konträren politischen Grundpositionen der konkurrierenden politischen Lager zum Ausdruck kamen.

Zum tieferen Verständnis der zu betrachtenden Problematik erscheint es mir zweckmäßig, den Blick auf den Hintergrund, vor dem sich die aktuellen Entwicklungen vollziehen, in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Da wäre zunächst darauf zu verweisen, daß die Tschechoslowakei, im Unterschied zu anderen Ländern des mittelosteuropäischen Raumes, in dem es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem radikalen politischen

1 Es ist hier leider nicht möglich, ausführlicher auf die sich zunehmender Beachtung erfreuende Problematik der »Geschichtspolitik« einzugehen, wie es sich in einer Fülle von neueren Publikationen widerspiegelt. Verwiesen sei insbesondere auf Arbeiten von Edgar Wolfrum und die Tätigkeit des Arbeitskreises »Geschichte und Politik« in der DVPW (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaften) (siehe <http://www.unistuttgart.de/soz/avps/pug/content/us.html>). Siehe auch Eckart Mehls: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 9. Leipzig 2007. S. 279 bis 313.

Kurswechsel kam, das am stärksten entwickelte, fest in die Gesellschaft integrierte linke politische Lager aufwies. Bereits als Bestandteil der bis 1918 existierenden österreichisch-ungarischen Monarchie hatte sich in den böhmischen Kronlanden (Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien) eine entwickelte Industrie mit zahlenmäßig starken proletarischen Schichten herausgebildet, verbunden mit dem Entstehen einer auch im internationalen Vergleich bedeutsamen Arbeiterbewegung.

In der 1918 als selbständiger Staat entstandenen Tschechoslowakei entwickelte sich schließlich, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland, eine starke Kommunistische Partei, die über das proletarische Milieu hinaus nicht zuletzt in Kreisen der Intelligenz großen Einfluß und eine feste Verankerung gewann. Erheblichen Zuwachs an gesellschaftlicher Autorität erzielte die tschechoslowakische kommunistische Bewegung durch ihre Haltung in der sogenannten Münchener Krise 1938. Die in der Stunde der aktuellen Gefährdung der staatlichen Existenz der selbständigen Tschechoslowakei von der Kommunistischen Partei vertretene und von der bürgerlichen Führung des Staates ausgeschlagene Orientierung auf eine enge Zusammenarbeit mit der UdSSR (auf der Grundlage des bestehenden Beistandsvertrages) erwies sich in dieser Richtung als ein wichtiger Faktor. Und nicht zuletzt unterstrich die Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstand deren Bedeutung als wichtige nationale Kraft.

In dem nach der Befreiung von den deutsch-faschistischen Okkupanten wiedererstandenen tschechoslowakischen Staat spielte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei eine herausragende Rolle als Politik bestimmende Kraft. Der politische Kurs der Nachkriegsentwicklung wurde von Anfang an im wesentlichen von ihr bestimmt, nicht zufällig hatte das bürgerliche Lager in Person des im Londoner Exil amtierenden Präsidenten Edvard Beneš mit dem Vorsitzenden der KPTsch, Klement Gottwald, in Moskau die Grundlagen der gemeinsamen Nachkriegspolitik, wie sie schließlich im Košicer Regierungsprogramm der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken fixiert worden war, vereinbart. Die KPTsch war in der beginnenden Nachkriegsentwicklung der Tschechoslowakei, ohne daß eine Besatzungsmacht für das innenpolitische Kräfteverhältnis eine Rolle spielte, eindeutig stärkste politische Kraft. Unter Bedingungen freier Konkurrenz der politischen Parteien erlangte sie in den ersten Parlamentswahlen nach dem Kriege (1946) ca. 40% der Stimmen und stellte den Ministerpräsidenten.

Allerdings wurde das politische Kapital der KPTsch, nämlich das in sie gesetzte Vertrauen und die Hoffnungen des Volkes, das eine bessere, sozial gerechtere Republik als die der Zwischenkriegszeit wünschte, durch sie selber² in eigentlich zwei großen Wellen gründlich verspielt – im Zuge der Übernahme des sowjetischen Sozialismusmodells in den frühen fünfziger Jahren, begleitet von einer schlechten, opferreichen und selbst im Vergleich innerhalb der Volksdemokratien jener Zeit besonders makabren Kopie des Stalinschen Terrors der dreißiger Jahre, und schließlich nicht weniger gründlich in der Zeit der sogenannten Normalisierung der siebziger/achtziger Jahre.

Unter den seit dem November 1989 grundlegend veränderten gesellschaftlichen Strukturen besteht für die KPTsch/KPBM ein völlig neues Umfeld für ihr politisches Wirken. Die die politische Szene bestimmenden neuen herrschenden Kräfte, entschiedene Gegner der sozialistisch geprägten Linken, drängen, bei aller Differenzierung, auf Marginalisierung der KP als potentieller Träger und Bewahrer sozialistischen Gedankengutes oder gar nur von Positionen, denen zufolge es ungeachtet der konkreten negativen Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« alternative Entwicklungswege der Gesellschaft gibt. Es geht dabei um die Konsolidierung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse (Besitzverhältnisse und Machtstrukturen), auch über die totale Negierung der überwundenen gesellschaftlichen Ordnung, für die die »Kommunisten« Verantwortung tragen.

In dieser fundamentalen politischen Auseinandersetzung werden Positionsbestimmungen zur Vergangenheit, wie in allen postsozialistischen Gesellschaften Ost- und Mitteleuropas, auch in der Tschechoslowakei zu einem ganz wesentlichen Kampfplatz des politischen Ringens um Macht und dominierenden Einfluß auf das Denken und Fühlen der Menschen im Land. »Geschichte dient« auch hier, wie es Beatrix Bouvier und Michael Schneider in den »Einleitenden Überlegungen« zu den von ihnen herausgegebenen Konferenzbeiträgen zu »Geschichtspolitik und demokratische Kultur« formulierten, »als Waffe im politischen Tageskampf; das historische Argument wird genutzt zur Legitimation der eige-

2 Auf die sich nach 1947/1948 gründlich verändernden internationalen Bedingungen und deren Wirkungen auf die innenpolitischen Verwerfungen wird im folgenden näher einzugehen sein.

nen Politik und zur Desavouierung von politischen Gegnern«.³ Es geht den neuen Machthabern dabei um die sehr zielgerichtete, bewußte und in der Wahl der Mittel bedenkenlose »Verordnung« von neuen, die neuen Machtverhältnisse und Gesellschaftsstrukturen stabilisierenden Denkmustern, auch gegen die eigenen Erfahrungen der Betroffenen. Resultate dieser Bemühungen sind die aufwendige, nicht nur Akzente verschiebende, undifferenzierte Zuspitzung und Vereinseitigung des Geschichtsbildes.

Vor diesem Hintergrund sieht sich die KPTsch/KPBM seit Ende 1989 einem starken politischen Druck ausgesetzt, der auch die eigenen Bemühungen um Positionsbestimmungen zur Vergangenheit nachhaltig beeinflußt. Die direkte Konfrontation mit einem sehr virulenten Antikommunismus ist daher bei der Betrachtung von Entwicklungen der Haltung der KP zu ihrer eigenen Vergangenheit und der jüngsten Geschichte der Tschechoslowakei/Tschechiens immer mit zu denken.

Ein erster Höhepunkt und Sieg der Gruppe der besonders militanten Antikommunisten war das bereits 1993 vom Parlament der tschechischen Republik beschlossene Gesetz 198/1993 »Über die Illegitimität des und den Widerstand gegen das kommunistische Regime« vom 9. Juli 1993. In dessen Präambel heißt es:

»Im Bewußtsein der Pflicht des frei gewählten Parlaments zur Bewältigung des kommunistischen Regimes stellt das Parlament fest, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, ihre Führung und Mitglieder verantwortlich sind für die Art und Weise der Machtausübung in unserem Land in den Jahren von 1948 bis 1989, und insbesondere für die programmatische Zerstörung der traditionellen Werte der europäischen Zivilisation, für die bewußte Verletzung der Rechte und Freiheiten der Menschen, für den von Justizfreveln und Terror gegenüber Andersdenkenden begleiteten moralischen und wirtschaftlichen Verfall, für die Ersetzung der funktionierenden Marktwirtschaft durch dirigistische Leitung, die Auflösung der traditionellen Prinzipien des Eigentumsrechts, den Mißbrauch von Erziehung, Bildung, Wissen-

3 Beatrix Bouvier/Michael Schneider (Hrsg.): *Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven.* (Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte. Bd. 78). Bonn 2008. S. 9.

schaft und Kultur für politische und ideologische Zwecke, die beispiellose Zerstörung der Natur, und erklärt, daß es sich in seiner weiteren Tätigkeit von diesem Gesetz leiten lassen wird.«⁴

Auf die hiermit im Zusammenhang stehende »Lustrationspolitik« in ihrer spezifisch tschechischen Ausprägung kann hier nur am Rande hingewiesen werden, da eine ausführliche Analyse den hier gegebenen Rahmen sprengen würde.⁵

Hingegen nicht übergangen werden kann eine gerade gegenwärtig laufende Unterschriftensammlung im Internet, die von einem Kreis besonders streitbarer Antikommunisten um den Senator Jaromír Štítina initiiert wurde. Gesammelt werden Unterschriften für eine Petition unter dem Titel »Zrušme komunisty« [»Liquidieren wir die Kommunisten«]. Seit Februar 2005 sind inzwischen (Stand Anfang 2009) knapp 87.000 Unterschriften zusammengekommen. Der Text der Petition lautet:

»Wir, die unten unterzeichneten Bürger der Tschechischen Republik, erklären: Die Kommunisten in unserem Land sind eine ständige Bedrohung der Demokratie, wie es seinerzeit die Nazis waren. 15 Jahre nach dem November 1989 streben sie nach Erlangung der Macht, ohne daß sie wenigstens durch die geringste Erklärung von Bedauern oder Entschuldigung dazu beigetragen hätten, daß sich unser Volk von seiner kommunistischen Vergangenheit löste. Sie haben weder die Symbole noch den Namen aufgegeben, die für Tausende Bürger den Tod und für Hunderttausende die Vertreibung, den Verlust der Freiheit, des Vermögens, des Bodens, der Anstellung oder das Verbot des Studiums bedeuteten. Die KPBM hält fest an der Bezeichnung »kommunistisch«, sie halten damit fest am Klassenkampf, an der Diktatur des Proletariats und der Begrenzung der Eigentumsrechte der Bürger als einer Ideologie, die in der Praxis verwirklicht werden

4 Zákon č. 198/1993 Sb. ze dne 9. července 1993 o protiprávnosti komunistického režimu a o odporu proti němu. In: http://www.czechoffice.org/zakony/198_1993.htm.

5 Einen Überblick, insbesondere durch die im Anhang zusammengestellten einschlägigen Rechtsvorschriften (»Lustrationsgesetze«), gibt der 1999 von Dagmar Unverhau unter Mitarbeit von Roland Lucht herausgegebene Tagungsbericht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn: Referate der Tagung des BStU und der Akademie für Politische Bildung Tutzing vom 26. bis 28. Oktober 1998. Münster 1999.

soll. Deshalb ist es notwendig, ihren Ausschluß aus dem demokratischen Wettbewerb der politischen Parteien zu fordern. Aus Respekt vor dem Gedenken an das zugrunde gerichtete Land und die Hunderttausende vernichtete Leben unserer Mitbürger fordern wir die Abgeordneten und Senatoren auf, rechtliche Normen zu erlassen, die die Propagierung von Nazismus, Kommunismus und Faschismus in Namen und Programmen politischer Parteien verbieten. Wir rufen Sie auf, im Namen der Zukunft, verbieten Sie die Symbole der Diktatur!«⁶

Ein weiterer Meilenstein auf dem Wege der versuchten Ausgrenzung der Kommunisten aus dem politischen Leben Tschechiens war schließlich die Gründung eines »Instituts zur Erforschung der totalitären Regime« im Juni 2007. Die Parallelen zu einer entsprechenden Initiative in der Republik Polen, wo unter Federführung der Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) der Brüder Jarosław und Lech Kaczyński das bekannte »Institut des nationalen Gedenkens« gegründet wurde,⁷ sind nicht zu übersehen. Die Ziel- und Aufgabenstellung des tschechischen Instituts ist in dem entsprechenden Gesetz vom 8. Juni 2007 wie folgt beschrieben und beschlossen worden:

»Das Parlament der Tschechischen Republik, im Bewußtsein seiner Pflicht zur Bewältigung der Folgen der totalitären und autoritativen Regime des 20. Jahrhunderts, gibt seinem Willen Ausdruck, die Resultate des Wirkens der auf der kommunistischen und nazistischen Ideologie beruhenden verbrecherischen Organisationen, die in den Jahren 1938–1945 und 1948–1989 für die

6 <http://www.zrusmekomunisty.cz/index.php>.

7 Rolle und Aufgabenstellung des Instituts, das in der in Polen intensiv geführten Diskussion mit Bezeichnungen wie »Geschichtspolizei«, »Orwellisches Wahrheitsministerium« und »Institut der nationalen Jagd« belegt wurde, charakterisierte im Jahre 2007 der Vorsitzende der SLD-Fraktion im Sejm der Republik Polen, Jerzy Smajdzński, kurz und treffend mit den Worten: »Das ist wahr, das *IPN* entstand mit dem Ziel der Diskreditierung Volkspolens und des Prozesses des »Runden Tisches.« (Odpowiedziem w sposób zrozumiały dla Kaczyńskich. In: Tygodnik Przegląd. Warszawa (2007)11, entnommen aus <http://www.przegląd-tygodnik.pl/index.php?site=artykul&id=12152>). Siehe dazu auch Eckart Mehls: Zur internationalen Dimension neokonservativer Geschichtsklitterung – Das Beispiel Polen. In: *Priester der Klio? Neokonservativer Geschichtsklitterung Paroli bieten*. Hrsg. von Dieter Becker und Siegfried Mechler. Berlin 2007. S. 83–109.

Unterdrückung der Menschenrechte und Negierung der Prinzipien des demokratischen Staates Verantwortung tragen, zu erfordern und an diese zu erinnern.

Die Kenntnis der historischen Wurzeln und weiterer Zeugnisse der genannten Regime und der zu ihnen hinführenden Geschehnisse ermöglicht es, die Auswirkungen der systematischen Zerstörung der traditionellen Werte der europäischen Zivilisation, der bewußten Verletzung der Rechte und Freiheiten der Menschen, des von Justizfreveln und Terror gegenüber Andersdenkenden begleiteten moralischen und wirtschaftlichen Verfalls, der Ersetzung der funktionierenden Marktwirtschaft durch dirigistische Leitung, der Auflösung der traditionellen Prinzipien des Eigentumsrechts, des Mißbrauchs von Erziehung, Bildung, Wissenschaft und Kultur für politische und ideologische Zwecke und der beispiellosen Zerstörung der Natur besser zu verstehen. Die Ausstattung der Bürger mit dem Wissen über diese Themen fördert und festigt die demokratischen Traditionen und die Entwicklung der Zivilgesellschaft und befördert zugleich die Festigung des Rechtsbewußtseins, die Kenntlichmachung der Verbrechen und die Benennung ihrer Organisatoren und Vollstrecker.«⁸

Diesem Komplex »äußerer« Bedingungen steht gegenüber, daß die KPBM selbst, ganz wesentlich hinsichtlich der Wertungen der jüngeren Geschichte der Tschechoslowakei (darin eingeschlossen natürlich auch die Parteigeschichte als solche), tief gespalten ist. Die Charakterisierung der verschiedenen Flügel und der Meinungsverschiedenheiten im einzelnen würde hier viel zu weit führen. Nur soviel sei gesagt, daß eine nicht ganz kleine Minderheit (insbesondere in der Prager Parteiorganisation) sowohl hinsichtlich der Wertungen der ČSSR als auch der programmatischen Orientierungen der gegenwärtigen KPBM einen deutlich anderen Standpunkt als die Mehrheit der Parteiführung vertritt und dies auch in öffentlich geführten Debatten kundtut.

Soweit, gewissermaßen im Sinne einer Vorbemerkung, einige Hinweise auf Rahmenbedingungen, unter denen sich Positionsbestimmungen der KPTsch/KPBM zu ihrer eigenen Geschichte und zur Geschichte

8 Zákon ze dne 8. Června 2007 o Ústavu pro studium totalitních re•imů a o Archivu bezpečnostních slo•ek a o změně některých zákonů. Sbírka zákonů č. 181/2007, Částka 59. S. 2362.

der Tschechoslowakei entwickelt haben und deren Kenntnis auch für bestimmte Akzentsetzungen (und deren Veränderungen) in der Interpretation des historischen Geschehens eine gewisse Bedeutung haben.

Ausgangspunkt für das geschichtspolitische Wirken der KPTsch nach ihrem Machtverlust im November 1989 war der außerordentliche Parteitag der KPTsch im Dezember 1989, der unter Anderem einen Aufruf an die Bürger der Tschechoslowakei (Dok. Nr. 1 der Zusammenstellung von geschichtspolitisch relevanten Dokumenten der KPTsch/KPBM im Anhang) beschloß. Mit diesem Aufruf distanzierte sich der Außerordentliche Parteitag öffentlich mit aller Entschiedenheit von der seiner Einschätzung nach fehlerhaften Politik der vorherigen Parteiführung, von dem Unrecht, das von jener vielen Bürgern zugefügt worden war, von den Deformationen der Demokratie und der Prinzipien der Menschlichkeit und verband dies mit einer aufrechten Bitte um Entschuldigung seitens der Bürger des Landes. Zugleich warben die Delegierten des Parteitages für eine gerechte und differenzierte Bewertung des Wirkens all jener verdienstvollen Mitglieder der KPTsch, die bewußt und uneigennützig zum Nutzen der Gesellschaft ihre politischen und Arbeitspflichten erfüllt hatten. Dieses gewiß nicht einfache öffentliche Schuldeingeständnis und die Versicherung, bereit zu sein, aus den schweren Fehlern, die unter Mißbrauch des Vertrauens des Volkes begangen worden waren, Lehren ziehen zu wollen, ist allerdings in der Folgezeit von den politischen Gegnern vollständig ignoriert worden. Statt dessen wird unablässig bis in die Gegenwart hinein versucht, den Eindruck völliger »Unbußfähigkeit« der Kommunisten zu erwecken.

POSITIONEN DER KPTSCH/KPBM ZUM »FEBRUAR 1948«

Unmittelbar nach dem außerordentlichen Parteitag der KPTsch im Dezember 1989 bezog die neue Parteiführung auch erstmals Stellung zu einem der ganz einschneidenden Ereignisse der tschechoslowakischen Nachkriegsgeschichte, der sogenannten Februarkrise 1948. In gewissem Maße charakteristisch ist an der am 2. Februar 1990 in der Parteizeitung »Rudé právo« veröffentlichten Erklärung des Exekutivkomitees des ZK der KPTsch (Dok. Nr. 2) die Tatsache, daß die Parteiführung sehr zurückhaltend auf die historischen Ereignisse selbst und die Hauptthesen der politischen Gegner, daß es sich um einen verfassungswidrigen Putsch der Kommunisten gehandelt habe, eingeht. Statt dessen steht

im Vordergrund der Hinweis auf das internationale Umfeld der damaligen Geschehnisse und den äußeren Druck zur Übernahme des undemokratischen stalinistischen Sozialismusmodells, gepaart mit der Wiederholung der Kernthesen des Dezemberaufrufs der Partei an die Bürger der Tschechoslowakei. Es wird, ausgehend von den bitteren Lehren der Vergangenheit, der Wunsch formuliert, »an der Schaffung einer wirklich demokratisch-pluralistischen, sozial gerechten Gesellschaft in unserem Lande« teilzunehmen.

Acht Jahre später, anlässlich des 50. Jahrestages der Februarkrise 1948, veröffentlichte das Exekutivkomitee des ZK der KPBM erneut in der neuen Zeitung der Partei »Haló noviny« vom 25. Februar 1998 eine entsprechende Erklärung (Dok. Nr. 3). Diese unterscheidet sich erheblich von der acht Jahre zuvor aus ähnlichem Anlaß erfolgten Positionsbestimmung. Die Erfahrungen der harten politischen Auseinandersetzungen und des konzentrierten Kampfes der herrschenden Kräfte im Staat gegen die Kommunisten sind dabei unübersehbar. Legte die vorherige Erklärung stärkeres Gewicht auf im äußeren Umfeld wirkende Faktoren, standen Ende der neunziger Jahre Wertungen zu inneren Entwicklungsprozessen stärker im Vordergrund. Betont wurde die weitgehende Übereinstimmung der Politik der KP mit den Bestrebungen breiter Schichten der Bevölkerung, darunter auch nichtproletarischer, mit der ersten Republik zu brechen und eine andere Gesellschaft zu errichten. Insofern sei der Februar 1948 nicht nur ein Parteiengerangel um die Macht gewesen, sondern, wie es in der Erklärung heißt, »ein politischer Kampf zweier Konzeptionen für die Entwicklung des Landes«, für deren eine die KP stand und sich breiter Übereinstimmung mit der Mehrheit erfreute. Nicht zu übersehen ist auch die Tatsache, daß die KPBM die Gelegenheit wahrnahm, sich, nicht zuletzt nach dem Gesetz über die Illegitimität der KPTsch, offensiv mit dem negativ pauschalisierenden Antikommunismus der herrschenden politischen Kräfte auseinanderzusetzen. Die Erklärung enthält die sachliche Feststellung: »Es wurde viel erreicht, vor Allem wurde ein sozialer Staat geschaffen, der allen Bürgern einen soliden Lebensstandard sicherte, der stets die Mittel für eine kostenlose gesundheitliche Betreuung und Bildung, für den Wohnungsbau und die Unterstützung junger Familien hatte.« Dabei umgeht die Erklärung keineswegs die bereits in der vorherigen Stellungnahme selbstkritische Sicht auf Deformationen und die tiefe Widersprüchlichkeit der Gesellschaft, wie sie in der Tschechoslowakei nach der »entsprechend dem Geist und Buchstaben der Verfassung« erfolgten Lösung der Februarkri-

se geschaffen worden war. Ein neuer Akzent wurde mit der Einschätzung gesetzt, daß die Fehler des Regimes des realen Sozialismus nach 1989 die Restauration des kapitalistischen Systems in der Tschechoslowakei begünstigten, daß aber nach kurzer Euphorie die Bürger in ihrer überwiegenden Mehrheit zu spüren bekamen, »was Kapitalismus in der Realität bedeutet«.

Anfang 2008 schließlich wurden auf dem Server der Parteiführung der KPBM ohne Angabe eines Datums und ohne Verfasserangabe »Thesen zum 60. Jahrestag der Februarrevolution 1948« (Dok. Nr. 4) veröffentlicht. Es fehlt ebenfalls eine Angabe, ob bzw. von welchem Gremium der Partei diese Thesen im Sinne eines authentischen Standpunktes der KPBM beschlossen wurden. Über Gründe dafür könnten nur Mutmaßungen angestellt werden. Was die Autorenschaft betrifft, ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die Thesen von der Analytisch-Theoretischen Arbeitsstelle bei der Parteiführung der KPBM erarbeitet worden sind. Was den fehlenden Beschlußcharakter betrifft, könnte dies damit zusammenhängen, daß es gerade zur Zeit des Erscheinens der Thesen innerhalb der KPBM erhebliche Meinungsunterschiede und Diskussionen über das politische und theoretische Selbstverständnis und die politische Rolle der Partei, einschließlich der Wertungen ihrer eigenen Geschichte, gab.⁹ Bemerkenswert ist im übrigen bereits der Titel der veröffentlichten Thesen, in dem m. E. erstmals für die Februarkrise 1948 der Begriff »Februarrevolution« gebraucht wird. Unterstrichen wird dies nochmals im Schlußsatz der Thesen, in dem vom »60. Jahrestag des Sieges der sozialistischen Revolution im Jahre 1948« die Rede ist.

Bemerkenswert an dem gegenüber den vorherigen diesem Anlaß gewidmeten Stellungnahmen der KPTsch/KPBM erheblich erweiterten Text ist neben der ausgewogeneren Argumentation das geringere Gewicht der die früheren Texte sehr stark prägenden Defensivposition. Die Einschätzungen zu den negativen Entwicklungen in der Tschechoslowakei nach 1948 sind deutlich weniger plakativ. In der Wertung der Februarereignisse setzen sich die Thesen gründlich und ausgewogen mit der rechten Propagandathese des »kommunistischen Putsches« auseinander. Betont

9 Siehe Leopold Vejr: O současné politice komunistické strany. In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2008032502>.

wird die starke Verbindung der KPTsch mit den Massen, wodurch es möglich wurde, die Versuche der Reaktion, das weitere Beschreiten des eingeschlagenen Weges durch politische Tricks zu verhindern, durch die verfassungsgemäße Politik der von Klement Gottwald geführten KPTsch zum Scheitern zu bringen. Abgesehen von in der Tat stattgefundenen Überspitzungen und Exzessen sei die auf die Straßen und Plätze getragene Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung keineswegs illegitim. In diesem Zusammenhang sei an dieser Stelle auf ein in »Haló noviny« am 3. März 2008 erschienenes Interview mit dem früheren Vorsitzenden der KPBM Miroslav Grebeniček verwiesen, in dem dieser zu Recht darauf verweist, daß von den Vertretern der Putschthese, die sich nicht zuletzt auf die Begründung stützt, daß von der KP seinerzeit der »Demonstrationsdruck der Massen auf den Straßen und Plätzen« organisiert worden sei, geflissentlich übergangen wird, daß die Massendemonstrationen des November 1989 nie in ihrer Legitimität als Ausdruck der Stimmungen und Forderungen der Massen hinterfragt oder gar bezweifelt werden.¹⁰

POSITIONEN DER KPTSCH/KPBM ZUM »PRAGER FRÜHLING 1968«¹¹

Bereits unmittelbar nach dem Herbst 1989 stellte sich die damalige KPTsch der Aufgabe, unter den völlig neuen Bedingungen auch ihre Position zu der tiefen gesellschaftlichen Krise gegen Ende der sechziger Jahre und deren weitreichenden Folgen nicht nur für die Partei, sondern für die tschechoslowakische Gesellschaft insgesamt zu bestimmen.

Als einen ersten Schritt in dieser Richtung faßte der bereits genannte außerordentliche Parteitag der KPTsch im Dezember 1989 den Beschluß, die vom Dezemberplenium des ZK der KPTsch 1970 beschlossenen

10 Únor 1948 je součástí národních dějin jako výsledek historického vývoje předválečného i poválečného Československa. In: <http://www.halonoviny.cz/index.php?id=56615>.

11 Der folgende Abschnitt ist in wesentlichen Teilen identisch mit einem Teil eines Vortrages »Über den Umgang der gegenwärtigen tschechischen Gesellschaft mit dem »Prager Frühling«, gehalten auf einer Arbeitstagung des Arbeitskreises Osteuropaforschung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. und der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. am 30. Oktober 2008 zum Thema »Osteuropa aktuell – Innere und internationale Aspekte« in Leipzig.

»Poučení z krízového vývoje ve straně a společnosti po XIII. sjezdu KSČ« (»Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch«)¹² für ungültig zu erklären und eine Kommission zur objektiven Einschätzung der Jahre 1968 bis 1969 sowie der nachfolgenden Entwicklung in der ČSSR zu bilden. Die von dieser Kommission erarbeitete Einschätzung wurde am 28. März 1990 in der Zeitung der KPTsch, »Rudé Právo«, veröffentlicht (Dok. Nr. 5). Darin heißt es: »Die politischen Ereignisse, zu denen es im Jahr 1968 kam, waren in ihrem Wesen nicht ein Aufeinanderprallen von Revolution und Konterrevolution, Sozialismus und Kapitalismus, Marxismus und Revisionismus, wie es in den Lehren aus der krisenhaften Entwicklung präsentiert worden ist. Es war dies der Versuch demokratischer Kräfte innerhalb der Partei zur Überwindung der stalinistischen Deformationen, zur Erneuerung des Sozialismus, zu seiner schöpferischen Weiterentwicklung in Übereinstimmung mit den Interessen des tschechoslowakischen Volkes. Es war dies ein Kampf zwischen überholtem sektiererisch-dogmatischem und schöpferischem Herangehen an den Marxismus und Sozialismus. Diese Auseinandersetzung durchzieht die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg.«¹³ Sehr viel weitergehende und differenzierende Wertungen der Situation der Jahre 1967/1968 enthielt dieser Bericht der Kommission nicht. Das Schwergewicht legte er auf die Abrechnung mit den »konservativen Kräften« in der KPTsch und deren Unterstützer aus einigen Ländern der Warschauer-Pakt-Organisation. Die gewaltsame Beendigung der Reformbemühungen und die erneute Wiederherstellung der Prinzipien des Stalinschen Sozialismus-Modells hätten für die KPTsch, die ČSSR, das sozialistische Lager und die Linke im Weltmaßstab weitreichende negative Folgen gehabt. Angesichts der grundlegend veränderten Situation in der Tschechoslowakei, so wird in dem Kommissionsbericht betont, stehe die KPTsch vor der Aufgabe, sich gründlich mit der historischen Wirklichkeit auseinander zu setzen. Dies sei von grundlegender Bedeutung für den notwendigen tiefgreifenden Wandel der KPTsch zu einer modernen linken Partei, deren Ziel es

12 In deutscher Sprache siehe *Der Weg aus der Krise. Materialien der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei*. Berlin 1971.

13 *Hodnocení roku 1968*. [KSČ 1990]. In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2005112005>.

sein müsse, ein positiver Bestandteil des neuen demokratischen politischen Systems der Tschechoslowakei zu werden.

Am Rande sei vermerkt, daß mit dem Grundtenor dieses Berichtes der Kommission dem Bestreben der rechten politischen Kräfte, den »Prager Frühling« auf eine innerparteiliche Auseinandersetzung der KPTsch zu reduzieren, in nicht geringem Maße Vorschub geleistet wurde.

Knapp zehn Jahre später, anläßlich des 30. Jahrestages, faßte das Exekutivkomitee des ZK der KPBM einen Beschluß »Zum 21. August 1968«¹⁴ (Dok. Nr. 6). Das nur aus vier kurzen Absätzen bestehende Dokument wurde allerdings erst vier Jahre später, am 21. August 2002, in der KPBM-Zeitung »Haló noviny« unter Weglassung des dritten Absatzes veröffentlicht.¹⁵ In deutlichem Unterschied zu dem den Standpunkt der KPTsch im Jahre 1990 enthaltenden Kommissionsbericht ist in dem neueren Dokument von unterschiedlichen Gruppierungen oder Fraktionen der KPTsch nicht die Rede. Betont wurde hier die notwendige Einbettung des 21. August in die gesamte tschechoslowakische und auch europäische Geschichte. Man könne den 21. August nicht aus seinem Gesamtzusammenhang herausreißen, von nicht zu vernachlässigender Bedeutung sei insbesondere die Teilung Europas und der Welt in unterschiedliche Blöcke. Mit Blick auf die innere Lage der ČSSR wurde unterstrichen, daß die Bewegung der KPTsch hin zur Überwindung der Fehler und Unzulänglichkeiten der Vergangenheit und zu einem effektiveren Sozialismus von der Mehrheit der Gesellschaft unterstützt wurde, ohne dabei zu übersehen, daß es auch einige Gruppierungen gegeben habe, denen es nicht um eine Demokratisierung des Sozialismus, sondern um einen »Umsturz und Wandel des gesellschaftlichen Systems« ging. Diese hätten jedoch keine große Unterstützung der Bürger der ČSSR gehabt. In dem seinerzeit nicht veröffentlichten Absatz des Beschlusses stand die Wertung des militärischen Eingreifens von Warschauer-Pakt-Staaten im Mittelpunkt, das mit stillschweigender Duldung der USA stattgefunden habe. Weder die UdSSR noch die westliche Mächtegruppierung hätten ein Interesse an der Demokratisierung des

14 KSČM k výročí 21. srpna 1968. In: <http://www.sds.cz/view.php?cislocianku=2008022301>.

15 Eine erneute vollständige Veröffentlichung erfolgte am 18. August 2008 unter dem Titel »Stanovisko Výkonného Výboru ÚV KSČM k výročí 21. srpna 1968 – srpn 1998«, ebenfalls in »Haló noviny«. Siehe <http://www.halonoviny.cz/index.php?id=65132>.

Sozialismus in der ČSSR gehabt. Die Folgen des gewaltsamen Einmarsches der Truppen seien im nationalen und internationalen Maßstab in erster Linie negativ gewesen, Fortschritte in Richtung sozialer Gerechtigkeit und einer demokratischeren sozialistischen Gesellschaft seien blockiert worden, das Vertrauen in die Kommunistische Partei verloren gegangen. Ungeachtet der Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses im internationalen Maßstab habe die tschechoslowakische Gesellschaft den Gewaltakt nie akzeptiert, der im übrigen die Entwicklung des Sozialismus in der ČSSR und die Lage der Linken in ganz Europa negativ beeinflusst habe, wie es im letzten Absatz des Beschlusses heißt.

Mögliche Hintergründe der verspäteten Veröffentlichung dieses Beschlusses und des Ausschlusses eines m. E. ziemlich wichtigen Absatzes hier zu erörtern, würde an dieser Stelle zu weit führen, zumal Spekulationen und das Abwägen von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten gegenüber eindeutig belegbaren Feststellungen im Vordergrund stünden. Ungeachtet dessen scheint mir dieser Beschluß aus dem Jahre 1998 ein wichtiger Schritt in Richtung einer ausgewogeneren und differenzierteren Einschätzung zu sein. Das Bemühen, dem Umfeld der Entwicklungen bei der Bewertung der Geschehnisse ein größeres Gewicht beizumessen ist nicht zu übersehen.

Wie zu erwarten, wandte sich die KPBM natürlich auch anlässlich des 40. Jahrestages erneut dem Geschehen des »Prager Frühlings« zu. In deutlicher Abgrenzung von politisch anders geprägten Positionsbestimmungen zu diesem Anlaß in der Tschechischen Republik konzentrierte sich die Führung der KPBM nicht auf den 21. August 1968, d. h. die Intervention von Warschauer Vertragsstaaten zur gewaltsamen Beendigung der politischen Entwicklungen in der ČSSR. Die von der Theoretisch-Analytischen Arbeitsstelle beim Zentralauschuß der KPBM in Vorbereitung des VII. Parteitages der KPBM im Mai 2008 erarbeiteten und zur Diskussion gestellten umfangreichen Thesen bezogen sich auf den »40. Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR«¹⁶ (Dok. Nr. 7). Die Thesen gehen davon aus, daß die Geschichte

16 Teze k 40. výročí pokusu o socialistickou reformu v ČSSR v roce 1968. In: <http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3806&category=&language=1&item=37284>. Eine von Gerhard Fuchs übersetzte deutsche Fassung der »Thesen der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens zum 40. Jahrestag der Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR« ist veröffentlicht in »Leipzigs Neue« vom 13. Juni 2008 (Nr. 12). S. 7.

des Versuchs einer sozialistischen Reform in der ČSSR 1968 als ein Bestandteil der tschechoslowakischen und europäischen Geschichte nicht aus dem bestehenden Gesamtzusammenhang herausgelöst betrachtet werden könne. Es sei unerlässlich, so wird betont, bei der Bewertung der Entwicklung in der Tschechoslowakei eine ganze Reihe von Faktoren, sowohl objektive als auch subjektive sowie innere und äußere, zu beachten. Die Thesen gehen in ihren differenzierten Einschätzungen weit über die vorherigen Stellungnahmen von Gremien der KPBM hinaus; in besonderem Maße wird auf das Zusammenwirken von inneren und äußeren Faktoren Gewicht gelegt. Unterstrichen werden vorherige Einschätzungen hinsichtlich der weitgehenden Übereinstimmung der Politik der ehemaligen KPTsch und der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung der ČSSR in den Bemühungen zur Überwindung hinderlicher überkommener Strukturen der Leitungsapparate sowohl in der Wirtschaft als auch bei der Führung kultureller und politischer Entwicklungen. Sehr viel präziser und differenzierter wird nach meiner Einschätzung das Verhältnis von politischen Konzepten für die weitere Entwicklung und des Wirkens spontaner Faktoren eingeschätzt, die weit über anfängliche Intentionen der Reformen in der Partei hinausgegangen seien. Die im einzelnen nicht näher charakterisierten »spontanen Faktoren« hätten einen zunehmend stärkeren Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse gewonnen und den ursprünglich unter Führung der KPTsch begonnenen Reformprozeß mehr und mehr geprägt und dadurch die Partei in eine komplizierte Lage gebracht.¹⁷ »Die Reformgarnitur der Partei mit Alexander Dubček an der Spitze«, heißt es dazu in den Thesen, »geriet so in eine ausweglose Position und hörte auf, die Situation zu beherrschen.«

17 In der in der tschechischen Gesellschaft anlässlich des 40. Jahrestages des »Prager Frühlings« kontrovers geführten Diskussion zur Einschätzung dieses einschneidenden Abschnittes der Geschichte der ČSSR wurde von nicht wenigen Autoren die These vertreten, daß die Ereignisse des Jahres 1968 keineswegs nur auf einen Kampf unterschiedlicher Fraktionen innerhalb der Führung der KPTsch zu reduzieren seien. Es habe sich um eine gesamtgesellschaftliche Bewegung gehandelt, in deren Verlauf die Partei zunehmend mehr durch die gesellschaftlichen Kräfte gewissermaßen »vorangetrieben« worden sei. Siehe dazu insbesondere Čestmír Císař: Československé jaro 1968 (téze k diskusi, leden 2005, upravený materiál z března 1998). In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2005011202>. – Petr Pithart: »Reflections on 68 – From Paris to Prague« at University of Copenhagen (29. April 2008). In: http://www.pithart.cz/archiv_textu_detail.pp?id=402. – Jiří Dienstbier: Český úděl v zrcadle Pražského jara. In: Literární noviny. Prag (2008)12.

Eingegangen wird auch auf die Rolle und die Wirkung deutlich anti-sozialistischer Kräfte und deren Zusammenwirken mit äußeren Faktoren. Das Wirken unterschiedlicher Gruppierungen innerhalb der Führung der KPTsch wird in den Thesen zwar thematisiert, aber keineswegs in den Vordergrund gerückt. Gesprochen wird von unterschiedlichen Standpunkten und politischen Konzeptionen reformerischer und konservativer Kräfte in Führungskreisen der KPTsch, wobei auf das enge Zusammenwirken letzterer mit ähnliche Orientierungen vertretenden Führungskreisen in den anderen sozialistischen Staaten verwiesen wird. In der Einschätzung des Charakters des gewaltsamen Eingreifens anderer sozialistischer Staaten in den in Gang gekommenen Umbruch- und Erneuerungsprozeß in der ČSSR, die sich daraus ergebenden negativen Folgen für die Entwicklung in der Tschechoslowakei, für das tschechoslowakisch-sowjetische Verhältnis sowie für die nachfolgende Entwicklung der Position der linken Kräfte in Europa und der Welt bestätigen die Thesen im wesentlichen die bereits in den vorherigen Stellungnahmen der KPBM entwickelten Standpunkte. Der durch die militärische Intervention und die nachfolgende Politik der sogenannten »Normalisierung« in der ČSSR selbst verursachte massive Vertrauensverlust der Kommunistischen Partei hätte ihre Möglichkeiten der Einflußnahme auf den Gang der Entwicklungen bei der Restituierung des Kapitalismus in der Tschechoslowakei nach dem Herbst 1989 stark beeinträchtigt.

Zusammengefaßt kann, wie mir scheint, mit Fug und Recht festgestellt werden, daß mit diesen vorliegenden Thesen aus dem Jahr 2008, die allerdings noch nicht von einem kompetenten politischen Führungsorgan bestätigt bzw. als Standpunkt der KPBM beschlossen worden sind, eine ziemlich ausgewogene, um eine objektive Sichtweise auf die Ereignisse des Jahres 1968 und die Rolle der KPTsch bemühte Positionsbestimmung der KPBM vorliegt, die den Realitäten der Geschichte jener Zeit mehr gerecht wird, als man dies von den gegenwärtig die Meinungsbildung in Tschechien dominierenden Wertungen der politisch tonangebenden Kräfte sagen kann.

Unbeantwortet bleibt nach meiner Meinung die Frage nach den objektiv bestehenden Erfolgchancen des damaligen Versuchs der KPTsch und der sie unterstützenden breiten Kreise der Gesellschaft für eine sozialistische Reform in der ČSSR. Es geht dabei um die aus meiner Sicht ganz wesentliche Frage nach den realen Chancen eines Politikansatzes, in einem von einer anerkannten und diese auch objektiv ausübenden Führungsmacht dominierten und dieses wesentlich auch prägenden Bünd-

nissystem in einem Alleingang, so richtig und historisch richtungweisend dessen Ausgangsüberlegungen und Zielstellungen auch sein mögen, im Wortsinne *radikale* Veränderungen einzuleiten und zu verfolgen, ohne sich im Verbund der Partner über die verfolgten Ziele und Wege zu deren Erreichung verständigt oder gar diese von der Unerläßlichkeit des eingeschlagenen Weges überzeugt zu haben. Ich bin mir dessen bewußt, daß damit eine überaus komplizierte, viele Bereiche der Geschichte (und der Politik in einer zunehmend interdependenten Welt) berührende Problematik angesprochen ist, auf die schnelle und einfache Antworten sicher nicht gegeben werden können. Dennoch ist es bedauerlich, daß dieses Problem, sieht man ab von den völlig richtigen Hinweisen in den Standpunkten der KPBM auf die wichtigen äußeren Faktoren, die es bei der Wertung des Jahres 1968 zu berücksichtigen gilt, eigentlich fast gänzlich ausgeklammert bleibt. Das trifft nach meiner Übersicht auch auf die Mehrheit anderer Stimmen zu, die sich in verschiedensten Zusammenhängen zum »Prager Frühling« geäußert haben. Als eine Ausnahme davon sei hier lediglich auf eine neuere Publikation von Stefan Bollinger verwiesen. In seiner im Sommer 2008 erschienenen Arbeit über 1968 als »unverstandene Weichenstellung« spricht er von den »Fehlwahrnehmungen der tschechoslowakischen Reformer und ihrer Sympathisanten, das sowjetische Modell eines repressiven Sozialismus von der Peripherie des Blocks her überwinden zu können«.¹⁸

Mir scheint, daß es durchaus lohnend ist, in weiterer Hinwendung zum »Prager Frühling 1968«, der auch in Zukunft nicht nur in Tschechien Gegenstand wissenschaftlicher Analyse und leider auch politischer Tageskämpfe bleiben wird, sich dieser Frage intensiver zuzuwenden.

18 Stefan Bollinger: 1968 – die unverstandene Weichenstellung. Berlin 2008. S. 119.

Dokumente der KPTsch/KPBM zur Einschätzung der Ereignisse in der ČSR/ČSSR 1948 und 1968

1. AN DIE BÜRGER DER ČSSR*

Die Delegierten des außerordentlichen Parteitages der KPTsch, der am 20. und 21. Dezember 1989 in Prag stattfand, beschlossen die folgende Erklärung an die Bürger der ČSSR

Sehr geehrte Mitbürger,

in diesem schicksalhaften und hoffnungsvollen Moment unserer Nation, unseres ganzen Vaterlandes, wendet sich der außerordentliche Parteitag der KPTsch an Sie. Unser Wort ist zugleich ein Bekenntnis. Die teuer erkaufte Erkenntnis, dass jegliche politischen und wirtschaftlichen Erfolge vergänglich sind, weil nur der Mensch und seine moralischen Werte dauerhaft sind, sein Schicksal, seine Freuden und Sorgen, Hoffnungen und Enttäuschungen, sein Glaube und seine Zweifel – kurz alles, was das Wesen seines Lebens zum Ausdruck bringt.

So verstehen wir die öffentliche Lektion, die uns, den Kommunisten, in den letzten Wochen erteilt wurde. *Das Eingeständnis aller unserer Fehler, Irrtümer, aller Deformationen gegenüber der Menschlichkeit und Demokratie sind nicht nur leere Gesten.*

Nachdem unsere ehemalige Führung bisher nicht soviel Ehre und Mut gefunden hat, sich öffentlich zu entschuldigen, tun dies die Delegierten des außerordentlichen Parteitages der KPTsch. Wir entschuldigen uns bei unserer Jugend und allen Bürgern, die von ungerechtfertigten Repressionen betroffen wurden, wir entschuldigen uns bei den Kindern der Eltern, die Pressionen noch in weiteren Generationen erlitten. Wir entschuldigen uns für jegliche Kränkungen auch bei den Mitgliedern der Partei, die für ihre reformerischen Standpunkte und für ihre Ablehnung des ungesetzlichen Einmarsches der Truppen von fünf verbündeten Län-

* Quelle: <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=4028&item=40623>. Übersetzung: Eckart Mehls.

dem im Jahre 1968 die KPTsch verlassen mussten und ihren Status als gleichberechtigte Bürger verloren.

Zugleich fühlen wir uns verpflichtet, unser Bedauern dafür auszusprechen, wie die ehemalige Parteiführung in den vergangenen Jahren grob und unrechtmäßig das Recht auf Meinungsäußerung unabhängiger Bürgerinitiativen, einschließlich der Charta 77, missachtet hat. Wir sind uns auch der Verantwortung der gesamten Mitgliederbasis bewusst, nicht vermocht zu haben, dies zu verhindern.

Deshalb distanziert sich die Partei entschieden von allen, die bewusst Willkür zugelassen haben, die Macht missbrauchten, sich korrumpieren ließen und andere korrumpierten, von allen, die die Lüge als Wahrheit ausgaben, die Entwertung der Ideale des Sozialismus, der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, der Bedeutung der Arbeit und ihrer moralischen Werte, des Glaubens an die Heimat und den Patriotismus, der Einheit von Wort und Tat sich zu Schulden kommen ließen und den Missbrauch der Ordnungskräfte gegen die Bürger zuließen. Wir stimmen mit den Einschätzungen aller überein, die ohne Voreingenommenheit das Maß der Verantwortung von Personen und Staats- und Parteiinstitutionen in den vergangenen vierzig Jahren bewerten, unter voller Berücksichtigung alles Unzweifelhaften und Beständigen, das im Verlauf der nationalen und demokratischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus in unserem Vaterland erreicht worden ist. Dabei werden wir immer sorgsam die Regel beachten, sich der Geschichte gegenüber achtsam zu verhalten, da es andernfalls zu weiteren Fehlern käme, gegenüber den eigenen Müttern und Vätern, und sich selbst gegenüber. Deshalb werden wir auch nicht eine Herabwürdigung der Verdienste der Mitglieder der Partei, die Jahrzehnte lang bewusst und uneigennützig ihre politischen und Arbeitspflichten zum Nutzen unserer Gesellschaft erfüllt haben, zulassen.

Das Leid, das unverantwortliche Staats- und Parteifunktionäre der Jugend am 17. November dieses Jahres zugefügt haben, darf sich niemals wiederholen.

2. DAS EXEKUTIVKOMITEE DES ZK DER KPTSCH ZUM FEBRUAR 1948*

Der Februarereignisse des Jahres 1948 gedenkt die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in diesem Jahre unter völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen, wie sie durch die revolutionäre Bewegung der breiten Massen unseres Volkes entstanden sind.

Im Namen Hunderttausender ehrlicher Kommunisten hat die KPTsch bereits das ehemalige undemokratische System der Macht einer Partei, das in seiner Folge zu einem Machtmonopol einer kleinen Gruppierung von Partei- und Staatsbürokraten, zur Manipulierung der Menschen, zu Funktionsmissbrauch und Korruption führte, verurteilt.

Für die Zukunft ein zuverlässig funktionierendes politisches System zu schaffen, das alle Rechte der Persönlichkeit, Meinungsfreiheit und politische Pluralität sichert, wird weder für uns noch für unsere Partner leicht sein.

Bei der Suche nach einer neuen eigenen Identität muss unsere Partei abgehen von einer ganzen Reihe nicht lebensfähiger Schemata und Ansichten. Aufs Neue werden wir auch über die eigene Geschichte nachdenken müssen. Allein aus ihrer wahrhaften Darstellung und entsprechendem Verständnis werden wir wirkliche Lehren für unsere gegenwärtige und künftige Politik ziehen können.

Gerade in diesem Zusammenhang möchten wir unterstreichen, dass die Februarereignisse in der Tschechoslowakei vor 42 Jahren ein untrennbarer Bestandteil der komplizierten Nachkriegsentwicklung in Europa waren. Nach kurzer Zeit der Zusammenarbeit der Siegermächte der Anti-Hitler-Koalition, in der die wiedererstandene Tschechoslowakei eine echte Brücke zwischen Ost und West hätte sein können, setzte sich in den internationalen Beziehungen ein harter Konfrontationskurs durch.

In einzelnen Ländern Osteuropas wurden mit direkter Unterstützung der Sowjetunion volksdemokratische Revolutionen durchgeführt und an die Macht kamen revolutionär-radikale Parteien. Nur in der Nachkriegs-tschechoslowakei gelang es der KPTsch, in freien und demokratischen Wahlen im Jahre 1946 nahezu 40 Prozent der Stimmen zu erlangen und ihr Vorsitzender Klement Gottwald wurde Ministerpräsident. Eben von

* Quelle: »Rudé právo«. Prag vom 2. Februar 1990 (zit. nach <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2005112004>). Übersetzung: Eckart Mehls.

dieser Realität ging die gesamte Strategie und Taktik der KPTsch aus, die unter den international geprägten Bedingungen den revolutionären Prozess vor Allem mit politischen Mitteln entfaltete.

Unter den konkreten tschechoslowakischen Bedingungen unternahm die Kommunistische Partei bekanntlich den Versuch eines eigenen nationalen Herangehens an die sozialistische Revolution, dessen zeitgemäß bedingter Inhalt die Erringung der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats war.

Es ging selbstverständlich um das politisch motivierte Ringen um die Macht, das im Laufe des Jahres 1947 fortgesetzt wurde, als sich die internationale Situation grundlegend verschlechterte und jegliche Abweichungen von dem einheitlichen sowjetischen Modell der sozialistischen Revolution faktisch unmöglich waren. Dies führte in der Konsequenz zur Verstärkung der stalinistischen Sozialismusauffassung, was auch in der Gründung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien im Herbst 1947 und seiner gesamten weiteren Politik seinen Ausdruck fand.

Vor dem Hintergrund aller dieser ideologischen Probleme und der international bestimmten politischen Bedingungen gestaltete sich der tschechoslowakische Februar im Jahr 1948 als Höhepunkt des politischen Kampfes um die Macht. Der damaligen Führung der KPTsch gelang es, die große Mehrheit der Werktätigen, der Arbeiter, der Bauern, der kleinen Unternehmer, der Künstler, der Lehrer, weiterer Angehöriger der Intelligenz und der jungen Leute auf ihre Seite zu ziehen. Wir sind überzeugt, dass es ihnen allen, bis auf Ausnahmen, um gesellschaftlichen Fortschritt und das aufrichtigste Bestreben ging, in der Tschechoslowakei den Sozialismus als die historisch gerechteste und freieste Gesellschaft aufzubauen, anders als die, in der sie bislang lebten.

Gerade in diesem Zusammenhang möchten wir uns jedoch in aller Entschiedenheit distanzieren von der undemokratischen Verfestigung des stalinistischen Sozialismusmodells nach dem Februar 1948 und allen späteren durch das Machtmonopol einer Partei hervorgerufenen Deformationen.

Auf der Grundlage der bitteren Lehren der Vergangenheit möchten wir entsprechend dem Wunsch der Mehrheit der Parteimitglieder, die den Februar 1948 selbst nicht erlebt haben, teilnehmen an der Schaffung einer wirklich demokratisch-pluralistischen, sozial gerechten Gesellschaft in unserem Lande. Zu diesem Schluss kam auch der außerordentliche Parteitag der KPTsch am Ende des vorigen Jahres.

3. DAS EXEKUTIVKOMITEE DES ZK DER KPBM ZUM 50. JAHRESTAG DES FEBRUAR 1948*

Im Februar 1948 vollendete sich in der Tschechoslowakei eine Entwicklung, deren Ursprung verbunden ist mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der ersten Republik und dem Versagen der zivilisatorischen Funktionen des Staates in der Zeit der großen Wirtschaftskrise. Auch die weiteren Entwicklungen – München und die folgende Vertreibung der tschechischen Bürger aus den Sudeten, die Okkupation der Tschechoslowakei durch das faschistische Deutschland – verstärkten in der Gesellschaft das Streben nach einem Wandel. Diesen Wandel verstanden breite Schichten als eine wirkliche Abrechnung mit den Kollaborateuren und Verrätern einschließlich der Konfiskation ihres Eigentums und damit der Überwindung ihres Einflusses auf die Politik und das wirtschaftliche Leben.

Ausdrückliche Unterstützung erhielten auch Gedanken der Verstaatlichung der Schlüssel- und schrittweise aller wichtigeren Unternehmen sowie einer radikalen Bodenreform, die den Boden jenen übergeben würde, die ihn bearbeiten. Alle diese Forderungen fanden Eingang in das Košicer Regierungsprogramm aus dem Jahre 1945 und in die reale Politik der Regierung.

Die historischen Erfahrungen der Wähler spiegelten sich in den Wahlergebnissen von 1946 wider, als die KPTsch 40% der Stimmen gewann. In der Folgezeit kam es zu erheblicher Stärkung der sozialen Sicherheit der Arbeiter und Angestellten, es verstärkte sich bedeutend die Position der Gewerkschaften als Verteidiger der Interessen der Werktätigen, das durch den Krieg zerstörte Land wurde schnell wieder aufgebaut. Diese positive Entwicklung ließ den politischen Zusammenstoß näher rücken, auf dessen einer Seite die KPTsch als Repräsentant des Sozialstaates stand, auf der anderen Seite die bürgerlichen Parteien, die bemüht waren, den bisherigen Einfluss der besitzenden Schichten auf die Politik des Landes zu erhalten.

Der Februar 1948 war somit ein politischer Kampf zweier Konzeptionen für die Entwicklung des Landes. Die von den bürgerlichen Parteien ausgelöste politische Krise wurde ganz entsprechend dem Geist und

* Quelle: »Haló noviny«. Prag vom 25. Februar 1998. In: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2008022501>. Übersetzung: Eckart Mehls.

Buchstaben der Verfassung gelöst. In ihrem Verlauf taten die Bürger ebenfalls durch Massendemonstrationen ihre Meinung kund. Sie trugen den politischen Streit der Kabinette auf die Plätze und entschieden ihn in erheblichem Umfang.

Es folgten 40 Jahre des Kampfes für den Sozialismus. Der Versuch zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaft vollzog sich in der gesamten Zeit vor dem Hintergrund des kalten Krieges, eines scharfen ideologischen und ökonomischen Kampfes zweier Systeme. Ungeachtet dessen wurde viel erreicht, vor allem wurde ein sozialer Staat geschaffen, der allen Bürgern einen soliden Lebensstandard sicherte, der stets die Mittel für eine kostenlose gesundheitliche Betreuung und Bildung, für den Wohnungsbau und die Unterstützung junger Familien hatte.

Zugleich wurden viele Erwartungen jedoch nicht erfüllt, auch kam es zum Machtmissbrauch. Das ab 1948 bestehende System war voller innerer Widersprüche. Auf der einen Seite bedeutete es einen Fortschritt in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht, auf der anderen Seite nahm es dem ursprünglichen Sozialismusverständnis die Dimension der politischen Rechte und schließlich verankerte es verfassungsmäßig die führende Position einer Partei. Obwohl es sich in der Verfassung zu den Prinzipien der Selbstverwaltung bekannte, hat es sie in der Praxis nicht verwirklicht. Im Laufe der Jahre trat immer deutlicher das Fehlen der Lösung herangereifter Probleme zu Tage.

Ende 1989 begünstigten diese Fehler die Restauration des kapitalistischen Systems in der CSSR. Nach kurzer Euphorie bekam jedoch die erdrückende Mehrheit der Bürger des Landes zu spüren, was Kapitalismus in der Realität bedeutet. Die rechten Regierungen führten das Land in eine ökonomische, gesellschaftliche und politische Krise. Die Ideen sozialer Gerechtigkeit wurden erneut zu einer aktuellen Forderung der Bürger.

Die gegenwärtigen Bürger der Tschechischen Republik machten die gleiche Erfahrung wie ihre Vorfahren: der Kapitalismus ist seinem Wesen nach eine ungerechte Gesellschaft, die abgrundtiefen sozialen Unterschiede zwischen den Menschen sind nicht nur eine zufällige Erscheinung, sondern ein dauerhafter grundsätzlicher Wesenszug der bürgerlichen Gesellschaft. Der Kapitalismus ist nun einmal nicht in der Lage, eine dauerhaft tragfähige Entwicklung der Gesellschaft zu sichern. Dies kann nur der Sozialismus als eine ökonomisch gedeihliche, sozial gerechtere und demokratische Gesellschaft, die aber insbesondere entwickelte Formen der direkten und indirekten Demokratie beinhalten muss.

4. THESEN ZUM 60. JAHRESTAG DER FEBRUARREVOLUTION 1948*

Nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete sich für die Tschechoslowakei ein neuer Weg der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Niederlage des Faschismus und die bedeutende Rolle, die die Sowjetunion dabei spielte, rückte die demokratischen und linken Kräfte im Weltmaßstab in den Vordergrund. Es entstanden neue weltumfassende Organisationen, zu deren Entstehen die militärische Zusammenarbeit der Mächte, die gegen den Faschismus gekämpft haben, beitrug. In einzelnen europäischen Ländern verstärkten sich linke Tendenzen. Es kam zur Nationalisierung einiger Wirtschaftszweige, verschiedene staatliche Planungsorgane setzten ihre Tätigkeit auch nach dem Krieg fort und es entstanden neue; die staatliche Sozialpolitik gewann an Stärke. Die Positionen sozialistischer und kommunistischer Parteien in einigen Ländern Westeuropas (Frankreich, Italien, Belgien, Großbritannien) erfuhren eine solche Stärkung, dass in den drei erstgenannten Ländern Vertreter der kommunistischen Parteien schließlich Mitglieder der Regierungen ihrer Länder wurden.

Die europäische Bewegung nach links war deutlicher und konzeptionell klarer begründet in den Ländern, die durch die Rote Armee befreit worden waren und sich in der Interessensphäre der Sowjetunion befanden. Die Tschechoslowakei, die nicht zu diesen Ländern gehörte, verfügte für die sozialistische Ausrichtung über außergewöhnlich günstige Bedingungen: eine zahlreiche und reife Arbeiterklasse, eine erfahrene kommunistische Partei, die sich durch ihren Anteil am antifaschistischen Widerstandskampf großes gesellschaftliches Ansehen erworben hatte, eine lebendige Erinnerung der Bürger an die ungelösten sozialen Probleme der ersten Republik und an das Münchener Versagen der früheren westlichen Verbündeten, eine tiefe Dankbarkeit gegenüber der sowjetischen Armee für die Befreiung des Landes. Schließlich forderten auch nichtkommunistische Gruppierungen des einheimischen Widerstandes, dass die nationale Befreiung mit der sozialen Befreiung einhergehen solle. Dem sollte eine teilweise Nationalisierung, eine Planung der Wirtschaft und eine Erhöhung der konsumtiven Einkünfte breiter Schichten die-

* Quelle: <http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3805&category=&language=1&item=37283> (o. D., ohne Verfasserangabe). Übersetzung: Eckart Mehls.

nen. Die Positionen des kommunistischen Widerstandes waren noch radikaler, die Resolution des IV. provisorischen ZK der KPTsch forderte direkt die Verstaatlichung der gesamten Schwerindustrie und der Banken sowie die Übergabe des Großgrundbesitzerlandes an die Bauern. Die Notwendigkeit grundlegender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen nach der Niederlage des Faschismus musste auch die Londoner Exilregierung akzeptieren. In gemeinsamen Beratungen der Vertreter der Londoner Regierung, der Moskauer Führung der KPTsch und des Slowakischen Nationalrates (Ende März 1945 in Moskau) kam es auch zur konkreten Übereinkunft über ein Programm der künftigen Regierung in der Nachkriegs-tschechoslowakei. Dies wurde im befreiten Košice am 5. April 1945 als Programm der nationalen und demokratischen Revolution verkündet. Es forderte noch nicht den Sozialismus, öffnete ihm aber angelweit die Türen. Die KPTsch strebte danach, die Unterstützung der Bevölkerung dafür zu gewinnen, dass die nationale und demokratische Revolution schrittweise in die sozialistische Revolution hinüberwächst.

Die einer Linkswendung Europas förderlichen Bedingungen hielten nicht lange an. Das militärische Bündnis der Siegermächte, dessen Fundament nur der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus gewesen war, endete und die grundlegenden ideellen und politischen Gegensätze zwischen der Sowjetunion auf der einen und den westlichen Großmächten mit den USA an der Spitze auf der anderen Seite traten wieder in den Vordergrund. Schon im März 1946 senkte Churchill in seiner berühmten Fulton-Rede zwischen den kapitalistischen Ländern und dem entstehenden sozialistischen Lager den imaginären Eisernen Vorhang herab. Ein Jahr später formulierte der amerikanische Präsident Truman offiziell die Doktrin des Kampfes gegen den Kommunismus, dessen Begrenzung und Zurückdrängung zu einem der Grundsteine der langfristigen amerikanischen Außen- und Innenpolitik wurde. Es begann der Kalte Krieg, der während der gesamten Zeit des Nebeneinanderbestehens des kapitalistischen und sozialistischen Systems andauerte. Zeitweilig verschärfte er sich (Berlinkrise 1948–1949, Karibikkrise 1962), zu anderen Zeiten schwächte er sich ab (Abrüstungsvereinbarungen der siebziger und achtziger Jahre), zeitweilig wandelte er sich in den heißen Krieg (Griechenland 1946–1949, Koreakrieg 1950–1953, Vietnam 1964–1973, Afghanistan 1979–1989). Der Kalte Krieg mit all seinen sichtbaren und unsichtbaren Erscheinungen und Folgen (vom kostspieligen Wettrüsten über das Embargo für den Handel mit strategischen Gütern, Diversions- und Spionageaktionen bis hin zum langfristigen und raffinierten Propa-

gandasystem) begleitete die gesamte Zeit des Aufbaus des Sozialismus auch bei uns und hatte auf seinen Verlauf einen erheblichen Einfluss.

In ihren strategischen Überlegungen war sich die KPTsch der spezifischen historischen Bedingungen, unter denen sich die sozialistische Revolution in der Tschechoslowakei entwickeln wird, sehr wohl bewusst. Sie entwickelte den Gedanken eines eigenen tschechoslowakischen, von der russischen proletarischen Revolution unterschiedenen Weges zum Sozialismus. Nach der Befreiung nahm sie seine praktische Verwirklichung in Angriff, anfänglich mit eindeutigen Sympathien von sowjetischer Seite (letztlich mit der persönlichen Unterstützung Stalins). Ausgangspunkt war die Regierung der Nationalen Front und die Entstehung von Nationalräten, gebildet auf der Grundlage ihres dauerhaften politischen und demokratischen Prinzips – »vom Volk gewählt, unter ständiger Kontrolle des Volkes und auch weiterhin vom Volke abberufbar«.

Die Konfiskation des Eigentums der einheimischen, durch die Zusammenarbeit mit den Okkupanten kompromittierten Großbourgeoisie, zusammen mit dem Eigentum der Deutschen und Ungarn, der Vertreter der Okkupationsmächte, sollte der Einstieg für weitere umfassende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse sein, was allgemein als Akt der historischen Gerechtigkeit akzeptiert wurde.

Unterstützung des Volkes fand auch die von den Siegermächten unterstützte Aussiedlung der Sudetendeutschen, die eine Konsequenz des Engagements der Sudetendeutschen auf der Seite des Nazismus und ihres Kampfes gegen den tschechoslowakischen Staat, das tschechische Volk und die Demokratie war.

In der Landwirtschaft stand eine Bodenreform auf der Tagesordnung. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei festigte in den ersten Nachkriegswahlen im Jahre 1946 ihre Position als führende Kraft der Nationalen Front (sie erreichte 38% der Stimmen – in den tschechischen Gebieten 40%), sie konnte die Regierung bilden und erlangte auch den entscheidenden Einfluss in den Nationalräten. Damit entstand erstmalig die Möglichkeit, die sozialistische Revolution auf friedlichem, parlamentarischem Wege zu entwickeln, die Mehrheit der Nation, die nach den Ruinen des Krieges ein neues, besseres Leben erstrebte, davon zu überzeugen, dass der Sozialismus dahin führe. »Für die Mehrheit der Nation« war damals die politische Hauptlosung der KPTsch.

Das Prinzip der Nationalen Front, seinerzeit konzipiert als »Nationale Front der Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibenden, der werktätigen Intelli-

genz und von Teilen der tschechischen und slowakischen Bourgeoisie«, durchdrang die gesamte staatliche Verwaltung, von der Regierung bis zu den Nationalräten, die als Organe mit großer eigenständiger Entscheidungsbefugnis ins Leben gerufen worden waren. In der Wirtschaft begann ein starker staatlicher Sektor zu wirken (geschaffen aus dem überwiegenden Teil der konfiszierten Betriebe sowie jener Betriebe, die unter die Nationalisierungsdekrete des Jahres 1945 fielen). Die staatlichen Betriebe funktionierten »nach den Prinzipien kommerzieller Unternehmen«, hatten die Position eigenständiger juristischer Personen und der Staat mischte sich nicht in ihre Obliegenheiten ein. An ihn führten sie lediglich ihre Überschüsse ab. In ihrer internen Leitung setzte sich schrittweise ein System durch, später sozialistische Unternehmensführung genannt, das sich aus den ihres antisozialen Charakters entledigten rationalen Elementen der Bat'a-Produktionsorganisation entwickelt hatte. In allen Betrieben wurden aus Beschäftigten bestehende Betriebsräte gebildet, die über ein großes, durch ein gesondertes Dekret garantiertes Mitbestimmungsrecht verfügten. Die Betriebsleiter wurden nach vorheriger Zustimmung des Zentralrates der Gewerkschaften ernannt, ein Drittel der Mitglieder der Vertretungen der Nationalbetriebe wählten die Beschäftigten aus ihren eigenen Reihen. Der Wirtschaftsplan, als Selbstverständlichkeit betrachtet, sollte kein von der gesetzgebenden Körperschaft und auf den einzelnen Betrieb aufgeschlüsseltes Gesetz sein, sondern ein Anhalt für die strategische Führung des Betriebes. Neben den staatlichen Betrieben verblieb ein erheblicher Teil der Sphäre der Unternehmen, einschließlich Handel und Dienstleistungen, in privater Hand. Über einige konfiszierte Betriebe, die unter staatlicher Verwaltung arbeiteten, sollte noch entschieden werden. In der Tschechoslowakei entwickelte sich so eine spezifische gemischte Wirtschaft, in der der verstaatlichte Sektor das entscheidende Gewicht hatte.

Der revolutionäre Prozess, der sich in der ČSR seit Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte, hatte ursprünglich den Charakter einer nationalen und demokratischen Revolution. Die günstigen Bedingungen des Verlaufs dieser Revolution, die es ermöglichten, dass es in der Tschechoslowakei nicht zu so scharfen innenpolitischen Auseinandersetzungen wie in anderen Ländern (z. B. Polen oder Jugoslawien) kam, erweckten Hoffnungen auf ihren weiteren friedlichen Verlauf. Dieser wurde jedoch durch äußere Einflüsse beeinträchtigt. Der Kalte Krieg verschärfte sich und die UdSSR entschloss sich, ihre internationalen Interessen entschlossener zu verteidigen. Im Herbst 1947 wurde zur Koordinierung

des Wirkens kommunistischer Parteien das Informbüro gebildet. Bereits auf dessen erster Sitzung kritisierte A. A. Shdanow die französischen und italienischen Kommunisten wegen ihrer Teilnahme an bürgerlichen Regierungen und mittelbar auch die tschechischen Kommunisten wegen ihrer »Illusion über einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus«. Der Marshall-Plan der Hilfe für die Nachkriegserneuerung der Wirtschaft europäischer Länder (1947) wurde von der Sowjetunion wegen der politischen Ziele, die er verfolgte, abgelehnt und ihrem Beispiel folgte – entgegen ihrer ursprünglichen Entscheidung – auch die ČSR. Die Sowjetunion drängte stark auf die Beschleunigung der sozialistischen Umwandlungen in allen volksdemokratischen Staaten. Dieser Wandel der Haltung der UdSSR hatte nachhaltigen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Revolution in der ČSR und verstärkte dessen Konfliktrichtigkeit.

Auch ohne äußere Einflüsse verschärfte sich die Situation in der ČSR. Mitte 1947 zeigten sich ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten, die auch die werktätigen Schichten betrafen und die unter anderem auch mit dem Ausbleiben amerikanischer Hilfe zusammenhingen. Die wirtschaftliche Situation wurde verschärft durch eine außerordentliche Dürre, deren Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu lindern durch die große Hilfsbereitschaft der UdSSR ermöglicht wurde. Die Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Nachkriegswiederaufbaus hatten auch weitere Disproportionen auf dem Markt zur Folge, von denen der Schwarzmarkt und Neureiche sowie Spekulanten Nutzen zu ziehen begannen. Diese Schichten von Neureichen verfügten über erhebliche Mittel für die Korruption und erzielten bedeutenden Einfluss in nichtkommunistischen Parteien. Die KPTsch war bemüht, über die Forderungen einer weiteren Bodenreform, weiterer Nationalisierungen und den Vorschlag zur Einführung einer Millionärssteuer unter der Losung »die Reichen sollen zahlen« sowie weitere Maßnahmen die Situation im Interesse des werktätigen Volkes in Stadt und Land zu lösen. Die nationale und demokratische Revolution begann in eine soziale Revolution mit dem Ziel des Entstehens der ersten historischen Form des Sozialismus hinüberzuwachsen.

In den politischen Parteien begannen rechte Kräfte, eine feindselige Politik gegenüber der Nationalen Front und der Zusammenarbeit mit der KPTsch zu aktivieren. Die nichtkommunistischen Parteien behinderten die Bemühungen der KPTsch zur Stärkung der Rolle der gesellschaftlichen Organisationen und der Gewerkschaften. In der Slowakei hatten rechte Kräfte in Gestalt der Demokratischen Partei, in der viele ehemalige Anhänger der Volkspartei Unterschlupf fanden, die Mehrheit. Es kam zu

einer politischen Krise, in der sich Gewerkschafter und die Organisation der Bauern aktiv gegen die Politik der Demokratischen Partei wandten. Zum Konflikt kam es auch um die Positionen in den Sicherheitsorganen, die zu erheblichem Teil von der KPTsch beherrscht wurden.

Gipfelpunkt der Entwicklung war der Versuch der drei rechten Parteien, die Entwicklung durch die Demission ihrer Minister, die zum Zerfall der Regierung und zur Bildung einer Beamtenregierung führen sollte, umzukehren. In dieser Auseinandersetzung zeigte sich, dass auf der Seite der KPTsch breite Schichten des Volkes und wichtige gesellschaftliche Organisationen auftraten, während die bürgerlichen Parteien sich nur auf Manöver hinter den Kulissen und politische Spielchen verließen. Ungeachtet der starken Position der KPTsch in den Machtorganen und der Schaffung der Volksmilizen als der bewaffneten Organisation der Arbeiter und Angestellten, waren dies nicht die den Machtkampf entscheidenden Elemente. Der Februar 1948 war kein gewaltsamer bewaffneter Putsch, wie die Nach-November-Sieger behaupten, sondern ein tiefgehender und demokratischer revolutionärer Prozess, der die Interessen der deutlichen Mehrheit der Gesellschaft zum Ausdruck brachte und sich mit ihrer aktiven Zustimmung vollzog.

An dieser Realität ändern auch gewisse Momente utilitaristischen Gebrauchs des Machtapparates seitens der KPTsch nichts, eingeschlossen auch einige Exzesse, noch der äußere Druck der Stalinschen Führung der UdSSR, der zum Verlassen der Konzeption eines spezifischen tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus und zur Übernahme des sowjetischen Modells anstatt der lahmgelegten Demokratie und deren in letzter Instanz negativen Auswirkungen auf die tschechoslowakischen Verhältnisse geführt hatte. Nichts ändert daran auch die ernste Deformation der ersten Form des Sozialismus, insbesondere die konstruierten politischen Prozesse und die inhumanen Formen des gewaltsamen Druckes gegen Gegner, aber auch gegen viele unschuldige Menschen, einschließlich von Anhängern des Sozialismus.

Die ausländischen und einheimischen Gegner des Sozialismus und durch sie desorientierte Menschen anerkannten natürlich nicht die demokratisch vorgenommene Lösung der Februarkrise und die Legitimität der sozialistischen Führung und entfalteten im Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit aktiven Widerstand, zu dessen verschiedenen Formen, eingeschlossen Terror und Vernichtung von Gemeineigentum, sie sich heute stolz bekennen und die Forderung erheben, dass ihre Aktivitäten anerkannt werden als »der dritte Widerstand«. Auch tragen sie keine

geringe Verantwortung für die Atmosphäre und die Opfer der fünfziger Jahre. Zusammen mit ihren vielen November- und Nach-November-Nachfolgern tragen sie auch Verantwortung dafür, dass es unmöglich wurde, den Weg zu sozialer Gerechtigkeit fortzusetzen, und dass die erneuerte Elite und ihre rechten politischen Vertretungen heute eine herzlose Offensive gegen den Lebensstandard und die soziale Sicherheit der Mehrheit der Bürger führen.

Die KPBM hat aus den Fehlern des sowjetischen Modells der ersten historischen Form des Sozialismus Lehren gezogen, insbesondere aus dem Abbau der für den Zeitraum von 1945–1948 charakteristischen Demokratie und Selbstverwaltung. Die Hauptlehre aus dieser Zeit und dem Februar 1948 selbst sieht sie darin, dass die neue Form des Sozialismus auf humane Art und Weise und demokratisch entstehen, demokratischen und selbstverwaltenden Charakter haben und sich auf die aktive Unterstützung und das Vertrauen der Öffentlichkeit stützen muss. Gerade an diese Lehren wird man sich im Gedenken an den 60. Jahrestag des Sieges der sozialistischen Revolution im Jahre 1948 erinnern.

5. ZUR EINSCHÄTZUNG DES JAHRES 1968*

Auf dem vorjährigen, außerordentlichen Parteitag kam die KPTsch zu der Schlussfolgerung, die »Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und der Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch« außer Kraft zu setzen. Der Beschluss beauftragte das Zentralkomitee, eine Kommission zur objektiven Einschätzung der Jahre 1968–1969 und die nachfolgende Entwicklung in der ČSSR zu bilden. Dies war eine Aufgabe bis zum ordentlichen XVIII. Parteitag. Die Kommission arbeitete unter Heranziehung von Expertengruppen. Hiermit legt sie die grundlegenden Ergebnisse der Einschätzung vor:

Die Notwendigkeit einer erneuten Beurteilung der Entwicklung, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in ihrer beinahe siebenzigjährigen Geschichte, insbesondere jedoch nach 1968, durchlaufen hat, ergibt sich nicht nur aus dem Bestreben, die historische Wahrheit zum Ausdruck zu bringen und an die positiven Werte anzuknüpfen, die die Kommunisten in die neueste Geschichte unserer Nation eingebracht haben, sondern ist auch durch die Forderung begründet, *jene politischen Konzeptionen und deren Träger, die im Leben unseres Vaterlandes weitreichenden Schaden verursacht* und die Ideale des Sozialismus in der tschechoslowakischen Gesellschaft zutiefst diskreditiert haben, *aufzudecken und zurückzuweisen*.

Die politischen Ereignisse, zu denen es im Jahr 1968 kam, waren in ihrem Wesen nicht ein Aufeinanderprallen von Revolution und Konterrevolution, Sozialismus und Kapitalismus, Marxismus und Revisionismus, wie es in den »Lehren aus der krisenhaften Entwicklung« präsentiert worden ist. *Es war dies der Versuch demokratischer Kräfte innerhalb der Partei zur Überwindung der stalinistischen Deformationen, zur Erneuerung des Sozialismus, zu seiner schöpferischen Weiterentwicklung in Übereinstimmung mit den Interessen des tschechoslowakischen Volkes*. Es war dies ein Kampf zwischen überholtem sektiererisch-dogmatischem und schöpferischem Herangehen an den Marxismus und Sozialismus. Diese Auseinandersetzung durchzieht die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg.

* Quelle: <http://www.sds.cz/view.php?cisloclanku=2005112005>. Kursive Hervorhebungen nach der Veröffentlichung in »Rudé právo«. Prag vom 28. März 1990. Übersetzung: Eckart Mehls.

Inspirierende Quelle der Reformbewegung in der KPTsch, die sich in den sechziger Jahren um die Erneuerung des Sozialismus bemühte, waren die in den ersten Nachkriegsjahren gewonnenen Erfahrungen des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus, die Impulse des XX. Parteitag der KPdSU und einige neue theoretische Positionen der kommunistischen und sozialistischen Bewegung im Westen. Die Dringlichkeit der Reformen ergab sich aus strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft, die die Tschechoslowakei infolge des verknöcherten Stalinschen politischen Systems aufzunehmen und sich ihnen anzupassen nicht in der Lage war. Die Bemühungen um eine Wirtschaftsreform wurden dadurch geschwächt und entwertet, dass sie nicht von entsprechenden politischen Veränderungen begleitet wurden.

Das Januarplenum des ZK der KPTsch 1968 eröffnete mit der Wahl A. Dubčeks zum Ersten Sekretär den Raum für die nachfolgende Reformbewegung mit dem Ziel der Liquidierung des Stalinschen Sozialismusmodells und der Schaffung einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus. *Eine zielstrebige Richtlinie für die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus war das Aktionsprogramm der KPTsch*, das vom Aprilplenum des ZK der KPTsch beschlossen worden war.

Die Reformpolitik der neuen Führung der KPTsch hatte die Unterstützung der Mehrheit der Bürger und vieler kommunistischer Parteien der Welt. Immer nachdrücklicher begannen jedoch die Vertreter der Kommunistischen und Arbeiterparteien der UdSSR, der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens mit ihrer Kritik aufzutreten. *In Übereinstimmung mit ihnen agierte eine sektiererisch-dogmatische Gruppe im Zentralkomitee der KPTsch, die mit der Möglichkeit eines militärischen Eingreifens dieser Staaten in der Tschechoslowakei rechnete und sich auf diese vorbereitete.*

In der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 vollzogen die Truppen von fünf Staaten des Warschauer Vertrages die militärische Intervention. Diese veränderte mit ihren Folgen entscheidend das Kräfteverhältnis zugunsten derer, die die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ablehnten. Im April 1969 wurde G. Husák zum Ersten Sekretär des ZK der KPTsch gewählt, unter dessen Führung die sog. Konsolidierung und Normalisierung begann. Ungeachtet dessen, dass die Bestrebungen der äußerst konservativen Kräfte zur Durchführung politischer Prozesse abgelehnt wurden, *begannen die Prinzipien des Stalinschen Sozialismusmodells erneut in Kraft zu treten*, ausgegeben als Ausdruck allgemein gültiger und anwendbarer Gesetzmäßigkeiten. Die Parteiführung führte

die umfassendste Säuberung der Reihen der Partei in ihrer gesamten Geschichte durch. *Die Partei brachte sich um den Grundbestand ihres intellektuellen Potentials und Hunderttausender ehrlicher und hingebungsvoller Menschen. Betroffen war auch eine Reihe parteiloser Menschen.* Die massenhafte Unterstützung eines großen Teils der tschechoslowakischen Bürger, die die Partei im Jahre 1968 für ihre Reformpolitik hatte, ging durch den Konsolidierungsprozess verloren.

Die auf dem Sieg der sektiererisch-dogmatischen Linie beruhende und vollständig vom Breshnewschen Hegemonismus abhängige Politik führte in den siebziger und vor allem achtziger Jahren zu einem tiefen Widerspruch zu den Bedürfnissen der Gesellschaft und den Trends der europäischen und weltweiten Entwicklung. Resultat war ein Anwachsen von Stagnationserscheinungen in der Wirtschaft, was die Unzufriedenheit der Bürger, einschließlich eines großen Teils der Mitglieder der Partei, und die Verbreitung oppositioneller Bewegungen und Stimmungen, vor allem in der Intelligenz und der jungen Generation, anwachsen ließ.

Große Hoffnungen erweckte in der Kommunistischen Partei und im ganzen Lande die Inangriffnahme der Perestroika in der UdSSR. Weder der XVII. Parteitag der KPTsch, noch das 7. Plenum des ZK der KPTsch 1987, auf dem es zu Veränderungen in der Parteiführung kam, führten zu einer grundlegenden Änderung in der Politik der KPTsch. *Die Parteiführung, deren Kern sich nach dem April 1969 konstituierte, empfand die sowjetische Politik der Perestroika und Erneuerung des Sozialismus als bedrohlich.* Im Bestreben der Begründung ihrer Legitimität verteidigte sie die Umwertung des August 1968. Das jahrelange Beharren auf »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus« begann sich zu einem tschechoslowakischen Spezifikum zu entwickeln. Die verbalen Bekenntnisse zur Perestroika, zur Verkündung ökonomischer Reformen und zur Demokratisierung des politischen Systems sollten vor allem die Monopolstellung der KPTsch und die absolute Macht eines kleinen Gruppe ihrer führenden Funktionäre verlängern.

Diese Politik stand im Widerspruch zu dringenden Erfordernissen der weiteren Entwicklung der Tschechoslowakei. Sie trieb mit ihren Folgen die Mehrheit der Gesellschaft, die ihr eigenes Schicksal mitgestalten wollte, in die Opposition gegen die Partei und den Sozialismus. Im Gefolge dieser Fehler wurde nicht die KPTsch, sondern Bürgerinitiativen zur Hauptkraft der durch die Perestroika, durch die Politik M. Gorbatschows und Veränderungen in einer Reihe von Nachbarländern inspi-

rierten Bewegung, die im November 1989 eine neue Etappe in der Geschichte unseres Landes eröffneten.

Die KPTsch unterliegt gegenwärtig fundamentalen Veränderungen, schrittweise bildet sie sich in eine moderne linke Partei um, die gewillt ist, ein *positiver Bestandteil unseres neuen, demokratischen politischen Systems* zu sein. Dieser Prozess kommt nicht daran vorbei, aus den historischen Erfahrungen zu lernen, deren Bestandteil auch die wahrheitsgetreue Bewertung der Jahre 1968-1969 und der nachfolgenden Zeit ist.

Kommission des ZK der KPTsch zur objektiven Bewertung der Jahre 1968–1969 und der nachfolgenden Entwicklung der ČSSR.

6. DIE KPBM ZUM JAHRESTAG DES 21. AUGUST 1968*

Das Datum des 21. August 1968 ist Bestandteil der tschechoslowakischen, aber auch der europäischen Geschichte, den man nicht aus dem Gesamtzusammenhang herauslösen kann. Die verhängnisvollen Ereignisse des August 1968 waren verbunden mit der Wirkung einer ganzen Reihe von Kräften.

Sie waren in erster Linie bestimmt durch die seinerzeitige Teilung Europas und der Welt in Blöcke. Ein bedeutender Teil der Mitglieder und Vertreter der KPtsch hatten sich mit Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft in der vorangegangenen Zeit dafür eingesetzt, die gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten und Fehler der Vergangenheit zu überwinden, eine neue wirtschaftliche Entwicklung und eine breite Demokratisierung der Gesellschaft in Gang zu setzen. Die Mehrheit der Gesellschaft wünschte sich einen besseren, effektiveren Sozialismus. Die Kommunistische Partei hatte damals in der ČSSR das Vertrauen der Mehrheit der Bürger, gestützt vor allem auf das relativ stabilste soziale und wirtschaftliche Niveau des Landes im Vergleich mit anderen Staaten des Warschauer Vertrages. Einige Gruppierungen in der ČSSR bemühten sich zwar seinerzeit de facto um einen Umsturz und die Veränderung des gesellschaftlichen Systems, und keineswegs um die Demokratisierung des Sozialismus, sie hatten aber keine breite Unterstützung der Bürger der ČSSR.

Im Kontext der Blockteilung Europas sollte der gewaltsame Eingriff der Truppen des Warschauer Vertrages, letztlich mit stillschweigender Zustimmung der USA durchgeführt, seinen Initiatoren den Verbleib unseres Staates im Rahmen des sog. Sowjetblocks sichern. Am Erfolg einer stärkeren Demokratisierung des Sozialismus in der damaligen ČSSR hatten weder die Führung der UdSSR noch die westlichen Mächtegruppen ein Interesse. Dieser undemokratische Schritt schockierte buchstäblich die Mehrheit der Bürger der Tschechischen Republik, einschließlich vieler damaliger Mitglieder der KPtsch. Der gewaltsame Einmarsch der

* Quelle: <http://www.sds.cz/view.php?cislociklanku=2008022301>. [Kommentar zur Veröffentlichung des Materials auf der Web-Site der SDS unter dem Datum des 23. Februar 2008: Das vom Exekutivkomitee des ZK der KPBM im August 1998 zum 30. Jahrestag wurde mit vierjähriger Verspätung am 21. August 2002 unter dem Titel »Zum 21. August 1968« in »Haló noviny« veröffentlicht. Die kursiv wiedergegebene Passage ist in »HaNo« nicht veröffentlicht worden.]. Übersetzung: Eckart Mehls.

Truppen diente eher dem Vorteil der Länder mit kapitalistischer Orientierung. Er blockierte die Perspektive des weiteren Voranschreitens in Richtung einer sozial gerechteren, demokratischeren sozialistischen Gesellschaft. Er trug zum Verlust des Vertrauens in die Kommunistische Partei bei, und zusammen mit den Überprüfungen in der Zeit der sog. Normalisierung stellte er auch viele ihrer Mitglieder, die sich ansonsten insbesondere mit ihrem sozialen Programm vollständig identifizierten, gegen die KPTsch (eine Reihe von ihnen trat der Kommunistischen Partei nach 1989 erneut bei).

Ungeachtet der zeitweiligen Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses und des Gleichgewichtes im internationalen Maßstab, was auch die NATO-Mächte respektierten, hat die tschechische Gesellschaft die August-Intervention nicht akzeptiert und sich mit ihr als Ganzes nicht identifiziert. Das gewaltsame Eingreifen hat die Möglichkeiten der Entwicklung bei uns in der Folge überschattet und die Lage der Linken in ganz Europa negativ beeinflusst.

7. THESEN [DER THEORETISCH-ANALYTISCHEN ARBEITSSTELLE BEIM ZK DER KPBM] ZUM 40. JAHRESTAG DES VERSUCHS EINER SOZIALISTISCHEN REFORM IN DER ČSSR IM JAHRE 1968⁷

Die Geschichte des Versuchs einer sozialistischen Reform in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) im Jahre 1968 ist ein Bestandteil der tschechoslowakischen, aber auch der europäischen Geschichte, den man nicht aus dem Gesamtzusammenhang lösen darf. Bei der Bewertung der Entwicklung in der Tschechoslowakei ist eine ganze Reihe von objektiven und subjektiven, inneren und äußeren Faktoren in Betracht zu ziehen. Der äußere Rahmen der in der Tschechoslowakei verlaufenden Prozesse war zweifellos durch die Entwicklung des Wettbewerbs der beiden die bipolare Welt darstellenden Systeme und durch das Streben der herrschenden Strukturen des kapitalistischen Systems gegeben, die sich verlangsamende Entwicklungsdynamik der Länder der ersten historischen Form des Sozialismus, insbesondere der UdSSR, und die fortschreitende Verlagerung des Schwerpunktes des Machtgleichgewichts zugunsten des Westens auszunutzen. Hier zeigte sich die neue Strategie, die der Westen nach den Erfahrungen aus dem Scheitern der offenen Versuche, die sozialistische Orientierung der DDR, Ungarns und Polens zu ändern, sowie nach der Analyse der nach dem 20. Parteitag der KPdSU eingetretenen neuen Situation entwickelt hatte, welche durch die Betonung der friedlichen Koexistenz und gewisse ideologische und politische Lockerungen in den sozialistischen Ländern gekennzeichnet war. Diese Strategie orientierte auf die allmähliche Erosion des Sozialismus mit dem Ziel, einzelne Länder vom sozialistischen System loszureißen, und das vorwiegend mittels des ökonomischen Wettbewerbs sowie des ideologischen und des psychologischen Krieges. Hierbei waren auch militärtechnische Prozesse wirksam, die mit der Entwicklung neuer Waffensysteme das bestehende militärstrategische Gleichgewicht zu beseitigen drohten. Diese Situation beunruhigte natürlich die in der UdSSR regierende Garnitur, vor allem die Vertreter des Militärs, und erhöhte ihre Empfindlichkeit hinsichtlich der politischen Entwicklungsprozesse, wie

7 Quelle: <http://www.kscm.cz/index.asp?managepreview=ok&thema=3806&>. [Übersetzung aus dem Tschechischen von Gerhard Fuchs, Leipzig, veröffentlicht in Deutsch-Tschechische Nachrichten, DOSSIER. München (August 2008)9].

sie in den einzelnen Ländern der auf der Grundlage der Vereinbarungen von Jalta entstandenen sowjetischen Einflussphäre verliefen.

Das bestimmende Element der gesellschaftlichen Krise in der Tschechoslowakei bildeten jedoch nicht diese äußeren Faktoren, sondern vor allem die anwachsende innere Krise, in der die ernststen Systemmängel jenes Sozialismusmodells zur Wirkung kamen, das die Tschechoslowakei unter dem Druck der UdSSR in der komplizierten Situation der fünfziger Jahre zu übernehmen gezwungen war. Das Hauptproblem war die Ökonomie, deren Fähigkeit zu einer erfolgreichen Gestaltung sich an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren erschöpfte, und zwar proportional zur anwachsenden Notwendigkeit, von der extensiven zur intensiven Entwicklung überzugehen, der Wissenschaft zu entsprechen und Aktivität wie Initiative des Volkes zu nutzen. Das gesamte Leitungssystem war stark durch Bürokratismus, Zentralismus und undemokratisches Agieren belastet und Versuche, es schrittweise zu reformieren, misslangen. Eine in dieser Hinsicht besonders ungünstige Situation entstand Anfang der sechziger Jahre, als neben anderen ernste Versorgungsschwierigkeiten auftraten. Dennoch war die ökonomische Situation im Jahre 1968, nachdem das Scheitern des 3. Fünfjahrplanes überwunden war, keineswegs kritisch. Investitionen in die Landwirtschaft zeigten Wirkung, positiv schlugen sich – wenn auch zahme und inkonsequente – Versuche nieder, das Leitungssystem zu reformieren; in die Betriebe gelangten qualifizierte Kräfte, das Konsumgüterangebot verbesserte sich. Der Schwerpunkt der Probleme lag in der Sphäre der Politik und Kultur: die Unzufriedenheit mit dem starren, die Probleme verdeckenden Leitungssystem, der Widerspruch zwischen den sozialistischen Idealen und der Praxis und insbesondere die starre, zur Nutzung der schöpferischen und konstruktiven Energie der Menschen unfähige Politik. Diese Energie wuchs zudem proportional zur Entfaltung positiver Seiten des Sozialismus, wie die Überwindung der alten Klassenspaltung, die Verbesserung der sozialen Situation zahlreicher Schichten, die Zunahme von Kultur und Bildung in der Gesellschaft und auch die Herausbildung einer neuen sozialistischen Intelligenz. Im Unterschied zu anderen sozialistischen Ländern wandte sich die kritische Aktivität der immer besser gebildeten und selbstbewussten Bürger keineswegs zurück in die kapitalistische Vergangenheit, sondern vorwärts, einer besseren sozialistischen Zukunft zu. In der zeitgenössischen Redewendung »mehr Demokratie, mehr Sozialismus« kam die Forderung der Mehrheit der Gesellschaft zum Ausdruck, zu einer tatsächlichen Politik der Volks-

herrschaft, zu einer sozialistischen Demokratie, zu einem neuen Niveau gesellschaftlicher Gleichheit, zu einer wahrhaften und vollkommenen Informiertheit überzugehen. Das grundlegendste Moment dieser Situation war, dass die absolute Mehrheit der ČSSR-Bürger das Vertrauen zur kommunistischen Partei nicht verlor, ihre Aufgabe in der Gesellschaft nicht bezweifelte, sondern vielmehr erwartete, dass die Partei an der Spitze des Verbesserungs- und Reformprozesses stehen werde.

Von diesem Standpunkt aus wurden in der Gesellschaft die Informationen über Veränderungen in der Parteiführung, über die Entfernung der konservativen und starren Führung Antonín Novotnýs und die Wahl neuer Persönlichkeiten, von denen man positive Impulse erwartete, sehr positiv aufgenommen. Versuche, diese Veränderungen zu verheimlichen oder zu bagatellisieren, blieben ohne Erfolg, und bald begann sich eine breite, in bedeutendem Maße allerdings spontane Aktivität zu entfalten, die neuen Gedanken und Herangehensweisen sowie Persönlichkeiten den Weg bahnte. Hegemon dieses Prozesses waren zahlreiche, sich überwiegend aus Kommunisten zusammensetzende Gruppen des Leitungsapparates und der Intelligenz, die mit den alten Methoden nicht weiterarbeiten konnten und wollten. Das Grundproblem dieses Prozesses allerdings bestand darin, dass er durch den erreichten zeitgenössischen Erkenntnisstand begrenzt war, der in bedeutendem Maße durch die Übernahme problematischer Gesellschaftskonzeptionen aus westlichen Quellen beeinflusst wurde. Es fehlte eine tiefe marxistische Kenntnis der Mechanismen und der Logik des Funktionierens des ganzen Systems, und vor allem fehlte eine Gesellschaftsklasse, die fähig gewesen wäre, konkreter Träger der Prozesse einer neuen und lebensfähigen, gleichzeitig sozialistischen und hinsichtlich des Kapitalismus konkurrenzfähigen Ökonomie zu sein, die ein unbürokratisches gesellschaftliches Eigentum einschloss. Auch die Vertreter der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) konnten in diesem Sinne nicht aus dem Schatten der Zeit treten, waren vom Aktivitätsstrom mitgerissen und vermochten es nicht, ihn wirksam zu beeinflussen und zu lenken. Zudem komplizierte deren Lage der halsstarrige Widerstand konservativer Gruppen in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens, vor allem in den Parteistrukturen, die absolut unfähig waren, Wege einer sozialistischen Reform zu suchen, und deren einziges Interesse in der Verteidigung ihrer eigenen Machtpositionen mit dem Ziel bestand, zum zentralistisch-bürokratischen Modell zurückzukehren. Diese konservativen Kräfte bezeichneten alle Äußerungen kritischer und schöpferischer Aktivität verschiedener gesellschaftlicher

Schichten a priori als antisozialistisch. Diese Gruppen sandten aufrüttelnde Signale nach außen zu den Führungsgarnituren der UdSSR und weiterer sozialistischer Länder, die ihnen nach dem politischen und sozialen Charakter sehr ähnlich waren, erhöhten deren Beunruhigtsein hinsichtlich der Entwicklung in der ČSSR und trugen zur Destabilisierung der Situation bei.

Es darf selbstverständlich nicht übersehen werden, dass die Reform nur alte Strukturen zur Disposition stellte und nicht schnell genug funktionierende sozialistische neue bildete; dies begannen ausgesprochen antisozialistische Kräfte und solche, die von westlicher Ideologie und Propaganda beeinflusst beziehungsweise direkt durch nachrichtendienstliche Strukturen und Mechanismen manipuliert waren, auszunutzen. Diese Kräfte machten sich die Spontaneität des Gesamtprozesses und seinen Mangel an stabilisierenden Mechanismen zunutze, trieben die Forderungen nach Veränderungen und Reformen ins Extrem und überschritten dabei sowohl in der Ökonomie als auch in der Politik und in der Geistesphäre immer mehr den sozialistischen Rahmen. Auf der praktischen Ebene waren bei der gegebenen inneren, besonders aber internationalen Situation jene Forderungen am gefährlichsten, die darauf abzielten, die führende Rolle der Partei zu beseitigen, das gesellschaftliche Eigentum wie auch die grundlegenden ideellen, mit dem Marxismus verbundenen Werte in Zweifel zu ziehen und insbesondere die außenpolitische Orientierung, anfangs in Form der Neutralität, zu ändern. Diese Kräfte missbrauchten die gegebene Pluralität, die Uninformiertheit und Unerfahrenheit einer Reihe von Bürgern und einen gewissen Freiheitsrausch, drangen in die Massenmedien ein, entfachten Emotionen in Form des Drucks auf die Reformführung der Partei, aber auch in Form der Skandalisierung und Verfolgung ehrlicher Kommunisten und der Anstiftung zu verschiedenen Exzessen. Indem sie strittige Themen insbesondere auf dem Gebiet der außenpolitischen Orientierung aufwarfen, provozierten sie die konservativen Kräfte sowie die Führungen der UdSSR und der sozialistischen Länder und halfen eine endlose Spirale gegenseitigen Provozierens zu drehen: Extreme Auftritte im Lande einerseits hatten Ermahnungen vom Ausland her andererseits zur Folge, die im Inland wieder nur zu weiteren extremen Auftritten führten. Die Reformgarnitur der Partei mit Alexander Dubček an der Spitze geriet so in eine ausweglose Position und hörte auf, die Situation zu beherrschen.

Die Wirkungskraft der tatsächlich antisozialistischen und rechten Kräfte sollte jedoch nicht überschätzt werden, weil ihr Handeln für die

Gesamtentwicklung nicht grundlegend war und weil sie keine bedeutenderen sozialen Subjekte hinter sich hatten. Zudem war die reale Möglichkeit gegeben, durch grundsätzliche personelle Veränderungen auf dem vorbereiteten XIV. Parteitag eine Stabilisierung und eine Paralisierung des rechten Extrems zu erreichen. Ein grundlegender Faktor waren die regierenden Gruppen in den sozialistischen Ländern, besonders in der sowjetischen Führung, die einerseits die Übertragung der für ihr Machtmonopol gefährlichen Prozesse in ihre eigenen Länder fürchteten, andererseits mit Sorge die Entwicklung des militärstrategischen Gleichgewichts in der Welt verfolgten und die Situation zur Stärkung ihrer Großmachtpositionen nutzen wollten. Eben in jenen Kreisen wurde unter gewisser Mitwirkung kleiner einheimischer konservativer Gruppen die Entscheidung geboren, den gefährlichen und risikoreichen Prozess zu beenden. In Anbetracht dessen, dass es ihnen nicht gelang, den reformerischen Hauptstrom in der Parteiführung zu beeinflussen, und ihn dafür zu gewinnen, den Prozess selbst zu beenden und zum alten Modell zurückzukehren, kam es am 21. August zur gewaltsamen militärischen Intervention von fünf Staaten des Warschauer Vertrages. Die USA und die anderen Nato-Mächte, die den Gesellschaftsprozess in der ČSSR übrigens ebenfalls für sehr gefährlich hielten (siehe die Ereignisse in Frankreich) und mit der inneren Diskreditierung des Sozialismus sowie der internationalen Diskreditierung des sozialistischen Lagers wie auch der kommunistischen Bewegung rechneten, nahmen dies mit schweigender Zustimmung hin.

Die weitere Entwicklung in der Welt und in der ČSSR hat gezeigt, dass die gewählte gewaltsame und undemokratische Beendigung des Reformprozesses unabsehbare negative Auswirkungen hatte. Dieser Schritt schockierte im wahrsten Wortsinn die Mehrzahl der Bürger der ČSSR, viele damalige Mitglieder der KPTsch eingeschlossen, und beeinträchtigte zutiefst die traditionell guten tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Er blockierte die Perspektive des weiteren Fortschreitens zu einer wirkungsvolleren, lebensfähigeren, sozial gerechteren und demokratischeren sozialistischen Gesellschaft. Er trug zum Vertrauensverlust gegenüber der kommunistischen Partei bei, und zusammen mit den Überprüfungen in der Zeit der sogenannten Normalisierung stellten sich viele ihrer Mitglieder, die sich ansonsten insbesondere mit deren sozialem Programm voll identifizierten, gegen die KPTsch (eine Reihe von ihnen trat nach dem Jahr 1989 erneut in die kommunistische Partei ein). Trotz der zeitweiligen Aufrechterhaltung des Kräfteverhältnisses und des

Gleichgewichts im internationalen Maßstab hat die tschechoslowakische Gesellschaft die Militäraktion vom August 1968 nicht akzeptiert und sich als Ganzes nicht mit ihr identifiziert. Der Schatten des machtmäßigen Eingriffs hat danach die Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus bei uns und auch die Lage der Linken in ganz Europa sehr negativ beeinflusst. Denen, die unter dem Einfluss der Entwicklung im November 1989 und danach an einige Exzesse in der Zeit vor dem August 1968 erinnern und betonen, dass der Abbruch des Reformprozesses den erneuten Sieg des Kapitalismus bei uns um 21 Jahre hinausgeschoben habe, sei gesagt, dass der erfolgreiche Verlauf dieses Prozesses und seine Übertragung in die Verhältnisse der anderen sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR selbst, diesen Sieg hätte völlig abwenden können.

DIE REDAKTION

Vorbemerkung zur Kosovo Declaration of Independence, Pristina vom 17. Februar 2008

Nachfolgend drucken wir die Erklärung des Rates der Europäischen Union, Brüssel, 18. Februar 2008, sowie die Kosovo Declaration of Independence, Pristina, 17. Februar 2008, über die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien ab. Nach dem Stand vom 11. Juli 2009 haben bisher 62 Staaten diese angebliche Unabhängigkeit anerkannt, die jedoch von einer internationalen EULEX-Mission – anstelle der bisherigen UNMIK-Verwaltung – überwacht wird. Die neuen Machtorgane des Kosovo (Präsident Fatmir Sediju, Regierungschef Hashim Thaci, Parlamentspräsident Jakup Krasniqi) kritisieren die Fortdauer einer nur »kontrollierten Selbständigkeit« bei fortwährender internationaler Militärpräsenz, während viele UNO-Staaten, darunter so wichtige wie China, Indien und Rußland, die Unabhängigkeit des Kosovo generell nicht anerkennen. Belgrad bezeichnet die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – einmütig über alle politische Lager hinweg – als Völkerrechtsbruch entgegen der UNO-Resolution 1244 im Gefolge des Jugoslawienkrieges von 1999 und hat seine Botschafter aus allen Staaten abberufen, die die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt haben. Inzwischen sind serbische Bestrebungen im Gange, den nördlichen Teil des Kosovo, oberhalb der ethnisch geteilten Stadt Kosovska Mitrovica abzutrennen und Serbien zuzuschlagen.

Council Conclusions on Kosovo¹

2851st EXTERNAL RELATIONS Council meeting
Brussels, 18 February 2008

The Council adopted the following conclusions:

»On 17 February 2008 the Kosovo Assembly adopted a resolution which declares Kosovo to be independent. The Council takes note that the resolution commits Kosovo to the principles of democracy and equality of all its citizens, the protection of the Serb and other minorities, the protection of the cultural and religious heritage and international supervision. The Council welcomes the continued presence of the international community based on UN Security Council resolution 1244.

The Council notes that Member States will decide, in accordance with national practice and international law, on their relations with Kosovo.

The Council recalls the European Union's longstanding commitment to the stability of the Western Balkans region. The Council reiterates the European Union's readiness to play a leading role in strengthening stability in the region, and recalls the European Union's commitments contained in the conclusions of the European Council of 14 December 2007, as well as the agreement to Joint Actions establishing an ESDP Police and Rule of Law mission and appointing an EU Special Representative in Kosovo. The European Union will continue to cooperate with the UN,

¹ Entnommen aus http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/98818.pdf.

KFOR, OSCE and other international actors in order to preserve stability in the region.

The Council reaffirms its commitment to fully and effectively support the European perspective for the Western Balkans. It asks the Commission to use community instruments to promote economic and political development and to propose to the broader region concrete measures in order to advance in that direction.

The Council reiterates the EU's adherence to the principles of the UN Charter and the Helsinki Final Act, inter alia the principles of sovereignty and territorial integrity and all UN Security Council resolutions. It underlines its conviction that in view of the conflict of the 1990s and the extended period of international administration under SCR 1244, Kosovo constitutes a sui generis case which does not call into question these principles and resolutions.«

6496/08 (Presse 41)

Kosovo Declaration of Independence¹

Convened in an extraordinary meeting on February 17, 2008, in Pristina, the capital of Kosovo,

Answering the call of the people to build a society that honours human dignity and affirms the pride and purpose of its citizens,

Committed to confront the painful legacy of the recent past in a spirit of reconciliation and forgiveness,

Dedicated to protecting, promoting and honoring the diversity of our people,

Reaffirming our wish to become fully integrated into the Euro-Atlantic family of democracies,

Observing that Kosovo is a special case arising from Yugoslavia's nonconsensual breakup and is not a precedent for any other situation,

Recalling the years of strife and violence in Kosovo, that disturbed the conscience of all civilised people,

Grateful that in 1999 the world intervened, thereby removing Belgrade's governance over Kosovo and placing Kosovo under United Nations interim administration,

Proud that Kosovo has since developed functional, multi-ethnic institutions of democracy that express freely the will of our citizens,

Recalling the years of internationally-sponsored negotiations between Belgrade and Pristina over the question of our future political status,

Regretting that no mutually-acceptable status outcome was possible, in spite of the good-faith engagement of our leaders,

Confirming that the recommendations of UN Special Envoy Martti Ahtisaari provide Kosovo with a comprehensive framework for its future development and are in line with the highest European standards of human rights and good governance,

¹ Entnommen aus <http://kosova.org/docs/pdf-documents/declaration-of-Independence-English.pdf>.

Determined to see our status resolved in order to give our people clarity about their future, move beyond the conflicts of the past and realise the full democratic potential of our society,

Honouring all the men and women who made great sacrifices to build a better future for Kosovo,

1. We, the democratically-elected leaders of our people, hereby declare Kosovo to be an independent and sovereign state. This declaration reflects the will of our people and it is in full accordance with the recommendations of UN Special Envoy Martti Ahtisaari and his Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement.

2. We declare Kosovo to be a democratic, secular and multi-ethnic republic, guided by the principles of non-discrimination and equal protection under the law. We shall protect and promote the rights of all communities in Kosovo and create the conditions necessary for their effective participation in political and decision-making processes.

3. We accept fully the obligations for Kosovo contained in the Ahtisaari Plan, and welcome the framework it proposes to guide Kosovo in the years ahead. We shall implement in full those obligations including through priority adoption of the legislation included in its Annex XII, particularly those that protect and promote the rights of communities and their members.

4. We shall adopt as soon as possible a Constitution that enshrines our commitment to respect the human rights and fundamental freedoms of all our citizens, particularly as defined by the European Convention on Human Rights. The Constitution shall incorporate all relevant principles of the Ahtisaari Plan and be adopted through a democratic and deliberative process.

5. We welcome the international community's continued support of our democratic development through international presences established in Kosovo on the basis of UN Security Council resolution 1244 (1999). We invite and welcome an international civilian presence to supervise our implementation of the Ahtisaari Plan, and a European Union-led rule of law mission. We also invite and welcome the North Atlantic Treaty Or-

ganization to retain the leadership role of the international military presence in Kosovo and to implement responsibilities assigned to it under UN Security Council resolution 1244 (1999) and the Ahtisaari Plan, until such time as Kosovo institutions are capable of assuming these responsibilities. We shall cooperate fully with these presences to ensure Kosovo's future peace, prosperity and stability.

6. For reasons of culture, geography and history, we believe our future lies with the European family. We therefore declare our intention to take all steps necessary to facilitate full membership in the European Union as soon as feasible and implement the reforms required for European and Euro-Atlantic integration.

7. We express our deep gratitude to the United Nations for the work it has done to help us recover and rebuild from war and build institutions of democracy. We are committed to working constructively with the United Nations as it continues its work in the period ahead.

8. With independence comes the duty of responsible membership in the international community. We accept fully this duty and shall abide by the principles of the United Nations Charter, the Helsinki Final Act, other acts of the Organization on Security and Cooperation in Europe, and the international legal obligations and principles of international comity that mark the relations among states. Kosovo shall have its international borders as set forth in Annex VIII of the Ahtisaari Plan, and shall fully respect the sovereignty and territorial integrity of all our neighbors. Kosovo shall also refrain from the threat or use of force in any manner inconsistent with the purposes of the United Nations.

9. We hereby undertake the international obligations of Kosovo, including those concluded on our behalf by the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) and treaty and other obligations of the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia to which we are bound as a former constituent part, including the Vienna Conventions on diplomatic and consular relations. We shall cooperate fully with the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia. We intend to seek membership in international organisations, in which Kosovo shall seek to contribute to the pursuit of international peace and stability.

10. Kosovo declares its commitment to peace and stability in our region of southeast Europe. Our independence brings to an end the process of Yugoslavia's violent dissolution. While this process has been a painful one, we shall work tirelessly to contribute to a reconciliation that would allow southeast Europe to move beyond the conflicts of our past and forge new links of regional cooperation. We shall therefore work together with our neighbours to advance a common European future.

11. We express, in particular, our desire to establish good relations with all our neighbours, including the Republic of Serbia with whom we have deep historical, commercial and social ties that we seek to develop further in the near future. We shall continue our efforts to contribute to relations of friendship and cooperation with the Republic of Serbia, while promoting reconciliation among our people.

12. We hereby affirm, clearly, specifically, and irrevocably, that Kosovo shall be legally bound to comply with the provisions contained in this Declaration, including, especially, the obligations for it under the Ahtisaari Plan. In all of these matters, we shall act consistent with principles of international law and resolutions of the Security Council of the United Nations, including resolution 1244 (1999). We declare publicly that all states are entitled to rely upon this declaration, and appeal to them to extend to us their support and friendship.

Kritik und Information

RICHARD ALBRECHT

[Rezension zu] »Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt«. R. Oldenbourg: München 2007. 208 S.

Armin Heinens tätergesellschaftlich angelegte Studie¹ beschäftigt sich mit dem »vergessenen Genozid« (Edgar Hilsenrath) in und um Rumänien 1941–1944. Der Autor, Zeithistoriker und Lehrstuhlprofessor für Geschichte an der RWTH Aachen, rückbezieht sich sowohl vom historiographischen Sujet als auch vom Material her auf seine 1996 als Buch publizierte Dissertation zum Faschismus in Rumänien der Zwischenkriegsperiode, geht aber zugleich über Legion »Erzengel Michael« und deren »Eiserne Garde« als militant-terroristische und rabiat-judenfeindliche Gewaltorganisationen mit einer doppelten Perspektiverweiterung hinaus: einmal, historiographisch, im Sinne vergleichender Völkermordforschung, zum anderen, kulturwissenschaftlich, durch die systematische Strukturierung verschiedener Formen von kollektiver Gewalt(anwendung) und der ihr unterliegenden Handlungslogik.

Was das historiographische Feld betrifft, beschäftigt Heinen sich auch mit dem von Edgar Hilsenrath, der seine Überlebendenerinnerungen als autobiographischen Roman unter der Titelmetapher »Nacht« bereits 1978 veröffentlichte, erzählten »vergessenen Holocaust« während des Zweiten Weltkriegs: der »Judenverfolgung unter den rumänischen Faschisten« 1941/1944 mit »mehr als 200.000 von Rumänen oder unter rumänischer Besatzung ermordeten Juden« in der »Todeszone der Bukowiner«. Hilsenrath hat die sechs Jahrzehnte lang (bis zur Publikation des Endberichts der Elie-Wiesel-Kommission zum »*Holocaust in Rumänien*«

1 Siehe Armin Heinen, *Rumänien, der Holocaust und die Logik der Gewalt*. München 2007 (= Südosteuropäische Arbeiten 135). 208 pp. ISBN 978-3-486-58348-9. – Leider lag mir kein Rezensionsexemplar der für diese Studie – möglicherweise – einschlägigen deutschen Buchpublikation von Andrej Angrick: *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943*. Hamburg 2003 vor.

(2005) in der rumänischen Geschichtsschreibung »verdrängten« geschichtlichen Ereignisse 1995 so beschrieben:

»Die Bukowina war ein kleines Ländchen am äußersten Rand der Karpaten. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es von Rumänien annektiert. Rumänien annektierte auch Bessarabien, das den Russen gehörte. Es war also der große Gewinner des Ersten Weltkrieges, und so war es kein Wunder, daß man sich ›Großrumänien‹ nannte. 1940 wurde König Carol gestürzt, und die Faschisten unter General Antonescu kamen an die Macht. Mit der Machtübernahme durch die Faschisten gingen auch die ersten Maßnahmen gegen die Juden an. Im Januar 1941 wurden Juden in Bukarest auf offener Straße verhaftet, ins Schlachthaus getrieben und an Fleischerhaken aufgehängt mit einem Zettel um den Hals: ›koscheres Fleisch‹. Bald weitete sich der Terror aus. Juden hatten Berufsverbote, ihr Vermögen wurde beschlagnahmt, und sie wurden zur Zwangsarbeit herangezogen. Im Juni 1940 marschierten die Russen in Rumänien ein und besetzten Bessarabien und die Nordbukowina. Aber ein Jahr später holten sich die Rumänen die verlorenen Gebiete wieder zurück, denn Rumänien hatte sich mit Hitlerdeutschland verbündet. Am 22. Juni 1941 brach der Rußlandkrieg aus, und rumänische Truppen marschierten zusammen mit den Deutschen in der Nordbukowina ein, eroberten kurz darauf auch Bessarabien und stießen über den Dnjestr bis weit in die Ukraine hinein. Ich habe den Holocaust in Rumänien am eigenen Leibe erlebt. Am 14. Oktober kam der Deportationsbefehl. Es hieß, die gesamte jüdische Bevölkerung werde nach Transnistrien deportiert. Der Name Transnistrien steht auf keiner Landkarte. Bald kriegten wir heraus, daß Transnistrien die Bezeichnung für den rumänisch okkupierten Teil der Ukraine bedeutete, und zwar handelte es sich um einen schmalen Gebietsstreifen zwischen den Flüssen Dnjestr und Bug. Transnistrien war die Todeszone der Bukowiner und der bessarabischen Juden mit Hunderten von den Rumänen errichteten Ghettos und Lagern.«

Heinens so materialreich-didaktische wie systematisch-kritische Arbeit zur »Geschichte der Juden in Rumänien 1940–1944« als »Geschichte der Entrechtung, der Vertreibung und des Sterbens« nimmt Hinweise über die »unaussprechlichen Greuel gigantischen Ausmaßes« von »spontanen Pogromen« und »Deportationen im rumänischen Stil«, vor allem von Ende 1940 bis zum Sommer 1942, auf, stellt diese in einen okkupationshistorischen Zusammenhang und differenziert über den geschicht-

lich einzelnen »Fall« systematisch, so daß der Autor methodisch sowohl »klassische Fragen« wie die »nach dem Handeln von Politikern, der Bedeutung antisemitischer Ideologien, der Struktur von Entscheidungsprozessen, dem Einfluß des Nationalsozialismus auf das Geschehen und dem Agieren der lokalen Helfershelfer« aufnehmen als auch darüber hinaus soziokulturelle und -situative Aspekte grausamer, destruktiver und genozidaler Gewalthandlungen als »kulturelle Entäußerungen« dicht beschreiben und sinnhaft deuten kann.

Dem Zeitgeschichtler Heinen geht es vorrangig um die Beschreibung der »politischen, sozialen und kulturellen Bedingungsfakten des Holocausts in Rumänien, um die situative und kulturelle Logik von Gewalt und – um die Grenzen willkürlichen Terrors gegenüber den Juden«, schließlich in diesem Zusammenhang auch um genozidpräventiv und -comparativ relevante Fragen wie die, warum in Rumänien »die sozialen Schutzmechanismen 1940 zusammenbrachen« und warum sich, »verglichen mit dem deutschen Holocaust, die rumänische Variante der Entrechtung und Vernichtung der Juden komplexer, widersprüchlicher« darstellt. Als Sozialwissenschaftler, der sich mit destruktiver »physischer Gewalt« als Ausdruck der »bedrückenden Wissenschaft vom Staatsterror« (Irving Louis Horowitz) beschäftigt, akzentuiert Heinen die wissenssoziologisch-kulturwissenschaftlich zentrale Dimension destruktiver Gewalt so:

»Alle ›genozidalen‹ Gewalthandlungen sind real, konkret, physische Realisierungen eines breiten Möglichkeitsraumes [...] Sie sind performativ. Sie enthalten situative und individuelle Momente, die sich dem generalisierenden Zugriff des Historikers, dem Verweis auf gesellschaftliche Konstellationen entziehen [...] Dem Tötungsakt im ›Genoziden‹ [...] liegt ein partikulares Moralkonzept zugrunde, eine systematische Ausgrenzung und Entmenschlichung der Opfer. Doch diese ›Um-Schreibung‹ der menschlichen Erscheinung des Unterlegenen, ihre Repräsentation als ›Un-Menschen‹, bleibt immer prekär. Daher umfaßt jeder Tötungsakt mehr als den kalten, reinen Mord. Die Tötung ist in doppelter Weise ein kommunikativer Akt: Sie unterstreicht die Andersartigkeit der Opfer im Tötungsvollzug und sie legitimiert gleichzeitig den Mord gegenüber der Eigengruppe.«

Im Spektrum praktischer Gewaltanwendung(sform)en typologisiert Heinen zum rumänischen Holocaust der Regierung Ion Antonescu (Septem-

ber 1940 bis August 1944) (1.) »ethnische Säuberung« und »Erlösungsantisemitismus« mit Entrechtung, Deportationen und Mordbefehlen in der ersten, Deportationsverhinderungen und »Verkauf« der Juden ans Ausland als »humane Variante« ethnischer Säuberungen« in der zweiten Phase; (2.) »faschistische« Gewalt der »Legion« als radauantisemitischer Organisation; staatliche Gewaltanwendung durch (3.) Militärgewalt in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn von Juli bis Oktober 1941 mit Plünderung, Raub, Vergewaltigung als »Normalform des Krieges« rumänischer Soldaten und (4.) Polizeigewalt von September 1941 bis Ende 1942 in Bessarabien und der Bukowina als »Überforderung, absolute Macht« und »Grenzen des Terrors« gegen gewaltsam nach »Transnistrien« vertriebene Juden (und, damals rumänische »Zigeuner«, genannte Roma). So wenig Heinen in seiner Schilderung des Deportations- und Lagergrauens Zweifel an Massenmord und Sterbenlassen in Transnistrien bis Ende 1942 aufkommen läßt, so sehr betont er auch die *Widersprüchlichkeit der Gewaltaktionen* und die ihnen unterliegenden destruktivkulturellen Muster:

»Dreimal setzte die rumänische Administration an, die ethnische Säuberung mittels Vertreibung nach Osten zu realisieren. Dreimal scheiterte sie: im Sommer 1941, als die Juden von der Ukraine aus durch deutsche Kräfte nach Bessarabien zurückgetrieben wurden, im Winter 1941/1942, als nur eine Auflösung der Internierungslager in Bogdanovka und Domanevka das Überleben der Internierten hätte gewährleisten können, und im Frühjahr 1942, als die Deutschen eine Abschiebung der Juden über den Bug verweigerten. Der »bürokratische Massenmord« erfolgte auf deutscher und auf rumänischer Seite durch Erschießen. Aber während die Rumänen »ihre« Kadaver zur »Seuchenbekämpfung« auf Scheiterhaufen verbrannten, nutzten die Deutschen »ausgefeiltere Methoden« wie die »Entsorgung« mittels Kalköfen oder das Verbrennen mit Benzin. Selbst im Tötungsakt zelebrierten die Kriegspartner den symbolischen Kampf um den »zivilisatorischen Vorrang.««

Auch konstatiert Heinen mehrfach die herkömmlich-rumänische Judenfeindschaft als so grausam-zeitweiligen pogromischen »aggressiven Ablenkungsantisemitismus« mit blutrünstig-archaischen Zügen, der im Gegensatz zum nationalsozialistischen Rassismus der »Vernichtungspolitik gegen das europäische Judentum« keineswegs »die Verwirklichung des Rassestaates« anstrebte. Das von Heinen gezeichnete widersprüchli-

che Bild zur »Judenverfolgung in Rumänien 1940–1944« findet sich im Schlußkapitel seines Buchs auf verschiedenen Ebenen:

»Fragen wir nach den Motiven und ›Ursachen‹ der Gewalthandlungen, so erklären Unsicherheit und Wut zu Kriegsbeginn die kollektiven Ausbrüche entlang den Frontabschnitten im Juni bis Oktober 1941. Das Morden der Gendarmen im Herbst/Winter 1941 resultierte dagegen aus der Überforderung des Bewachungspersonals und der versachlichenden Entmenschlichung der jüdischen Opfer. Die Gewaltlogik der Eisernen Garde entsprach faschistischer Handlungspraxis. Und während Antonescu noch im Januar 1941 Ruhe und Ordnung als Maxime seines autoritären Regimes gepredigt hatte, entschied er sich in der Folgezeit bis 1942, dem faschistischen Modell rücksichtslosen Handelns zu folgen. Die Gardisten – um die Gewaltakte näher zu charakterisieren – töteten eigenhändig und bedienten sich dabei einer Sprache des Terrors, deren symbolische Aufladung tief in der rumänischen Kultur wurzelte. Ihre demonstrative Brutalität zielte auf Abschreckung und öffentlichkeitswirksame Reinigung und ließ gerade deshalb den Überlebenden noch die Chance zur Flucht. Dasselbe gilt für die Pogrome im Sommer 1941 und sogar für den Befehl Antonescus zur ›Bestrafung der Juden‹ Odessas. Die unterschiedslose Hinnahme des Sterbens war die Folge einer rücksichtslosen, staatlich organisierten Deportationspolitik, die jegliche Verantwortung für die Betroffenen zurückwies. Der Massenmord wurde durch die bürokratische Umdeutung der ›Juden‹ zum ›Seuchenträger‹ eingeleitet. Er wurde vollendet durch die brutale, wiewohl emotionslose, arbeitsteilig organisierte Vollstreckung des Tötungsaktes.«

Der »Tatbeitrag« des rumänischen Conducators, General Ion Antonescu (1882–1946), bestand sowohl in Mord- und Deportationsbefehlen zur »Hinrichtung von Tausenden Juden in Odessa« und Vertreibung »der Juden aus der Bukowina, Bessarabien und Südtransnistrien« als auch »nicht zuletzt darin, die Juden und Roma als ›parasitäre gesellschaftliche Elemente‹ auszugrenzen und zu entmenschlichen und sie als Judobolschewisten der Globalfeindschaft anheim zu geben«. Dies war wie das »verbreitete Machvakuum« eine notwendige Voraussetzung der militärischen »Gewaltakte« gegen die jüdische Bevölkerung nach Kriegseintritt Rumäniens gegen die Sowjetunion im Sommer/Herbst 1941: »Opfer wurde die jüdische Bevölkerung, weil sie von der Regierung und den Medien für die unerträglichen Verwerfungen verantwortlich gemacht und

ihr jeglicher Schutz und jede Hilfe verweigert wurde.« Die »spontanen« Pogrome mit Judenmorden als »öffentlichem Schlachtfest« endeten jedoch »spätestens im Oktober 1941«. Nicht nur (aber auch), weil der rumänische Staat »mit dem Judenproblem überfordert« war, distanzierte sich Antonescu vom »faschistischen Vorbild« und »brachte seine Diktatur« in ein »konservativ-autoritäres Fahrwasser. Im Herbst 1942 griffen jene Strukturen wieder, die bereits vor dem Krieg eine beliebige Verschärfung der antisemitischen Politik verhindert hatten.«

Heinen beschreibt das eruptive Aufkommen massenhaften Gewalthandelns vor allem durch den Zusammenbruch gesellschaftlich wirksamer institutioneller Protektionsmechanismen infolge eines durch die geschichtliche Lage zu Kriegsbeginn entstandenen »Machtvakuum«, betont also historisch Besonderes. Hier möchte ich im Sinne möglicher Verallgemeinerung(en) mit Blick auf ein sozialwissenschaftliches Modell genozidalen Vernichtungshandelns drei weiterführende »theoretische« Aspekte ansprechen: erstens auf einen allgemeinen Zusammenhang verweisen, der seit Émile Durkheim Suizidstudie (1897) soziologietheoretisch *Anomie* [anomia; anomy] genannt wird und gesellschaftliche Situationen ungenügender institutioneller Regelungsdichten meint, also einen fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalt benennt. Zweitens könnte über die Bedeutung der Kategorie des Raumes als relevante zusätzliche Dimension eine von Heinen thematisierte Besonderheit genozidaler Handlungen durch Anwendung der Denkmethode von *definitio per genus proximum et differentiam specificam* beim Vergleich verschiedener »Faschismen« (Ernst Nolte) herausgearbeitet werden. Diese verweist auf die Zentralität von *Raum* in der politischen Destruktionsideologie und ideologisch bestimmten Destruktionspraxis des faschistischen Nationalsozialismus: Der damalige stellvertretende Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich (1904–1942), beispielsweise, drückte in seiner Rede auf der Prager Burg am 2. Oktober 1941 im Zusammenhang mit der politischen Ideologie und Vernichtungspraxis des Nationalsozialismus die *Bedeutung der Kategorie des Raumes* so aus: Das Handeln der Verwaltung des Reichsprotektorats müsse darauf gerichtet sein, »diesen Raum endgültig zu beherrschen und zu führen« entsprechend der politischen »Grundlinie«: »daß dieser Raum einmal deutsch werden muß und daß der Tscheche in diesem Raum letzten Endes nichts mehr verloren hat«. Mein dritter kritischer Hinweis bezieht sich auf das *Genozidkonzept*, das Heinen, ohne Diskussion weiterer, aus einem juristischen

(und ins Völker[straf]recht eingegangenen) Definitionsversuch mit drei Merkmalsbestandteilen herleitet – den »umfassenden Vernichtungswillen«. Dieses *sine-qua-non*-Kriterium sieht Heinen deshalb nicht erfüllt, weil »die rumänische Staatsspitze nie offen eine Massentötung der Juden und Roma propagiert hat. Das Sterben und Morden war nicht das eigentliche Ziel des Handelns, sondern resultierte aus einer gescheiterten Vertreibung und aus den Unsicherheiten und Wirren des Kriegsbeginns.« Hierzu sei kritisch angemerkt, daß die »offene« Propagierung von Genozidaktionen während beider Weltkriege weder beim Holocaust noch beim Armenozid, welche beide Völkermorde sind, was bis in die benützten staatsbürokratischen Sprachhülsen hinein nachweisbar ist, auch durch das klandestin-konspirative Handeln ihrer Haupttätergruppen als »Geheimgesellschaft« (Georg Simmel) auszeichneten, gegeben war, und was, wenn überhaupt, am ehesten noch im (Serbozid genannten) genozidalen Geschehen im damaligen Ustascha-Staat (1941/1945) propagandistisch aufscheint.

Abgesehen von diesen Kritikaspekten bewerte ich Armin Heiners Ansatz so positiv wie anregend: erstens, weil der Autor am Begriff Völkermord (synonym Genozid) als auch völker- und strafrechtlich im Zusammenhang mit Menschheitsverbrechen durchgesetztem übergreifend-allgemeinen sozialwissenschaftlichen Leitkonzept festhält und dessen besondere Gewalt(logik) eben nicht – wie aktuell vom Hamburger Reemtsma-»Institut für Sozialforschung« propagiert – auflöst in bloße »Massaker« (Jacques Sémelin) oder/und »ethnic cleansing« (Michael Mann) als sogenannte »ethnische Flurbereinigung« (Götz Aly) und/oder »ethnisch« motiviertes Massenmorden zur »völkischen Flurbereinigung« (Michael Wildt); zweitens wegen des geschichtswissenschaftlich fundierten kultural(istisch)en Zugriffs auf multiple Gewaltlogiken und differente Motivationslagen mit Absage an Gewalt, Massen- und Völkermord »an sich«; drittens wegen der damit eröffneten Zuwendung zu konkreten Gewaltaktionen und deren sprachlichen Ausdrücken und kulturellen Codices »grausamen Handelns, deren Opfer Juden, Roma, Slawen und Behinderte wurden«, als kundigen und anregenden *Beitrag zur historisch vergleichenden Völkermordforschung*. Hier könnte im Sinne weiterer Forschungsarbeiten im Bereich »comparative genocide research« unter Berücksichtigung der doppelten historischen Besonderheit – (Zweiter) Weltkrieg und militärische (Über-) Macht des Deutschen Reichs als (erneut) gegebener politikgeschichtlicher Rahmen – mit speziell die Juden

in Rumänen (bzw. Transnistrien) und Bulgarien sowie zusätzlich die im damaligen kroatischen Staat lebenden Serben betreffenden Ausgangslagen und Entwicklungen (1941–1943; 1944; 1945) kontrastiert werden, wobei sich in Anwendung eines an Max Weber angelehnten und auf Genozid bzw. Holocaust bzw. Serbozid bezogenen Handlungskonzepts, das Unterlassungshandeln als nichtgenozidalen Faktor einbezieht, zeigen lassen könnte, daß im Vergleich zum »kroatischen Fall« nachhaltiger Genozidalität und der (Teil-)Rettung bulgarischer Juden der »rumänische« Fall *zwischen* diesen beiden Handlungsformen oszilliert und sich damit *kontrastiv zu beiden* Ablaufsformen verhält.

ERNSTGERT KALBE

[Rezension zu] »Serbien nach den Kriegen«.
Hrsg. von Jens Becker und Achim Engelberg.
Edition Suhrkamp: Frankfurt am Main 2008. 350 S.

Der Band vereint eine einführende Betrachtung der Herausgeber zur Situation Serbiens seit dem Zerfall Jugoslawiens und nach den Balkankriegen der neunziger Jahre – zusammen mit elf weiteren Beiträgen bekannter südslawischer und deutscher Autoren, die als Politiker und Literaten (Aleksa Djilas, Dragan Velikić), Historiker (Latinka Perović, Jens Reuter, Nenad Stefanov, Holm Sundhaussen) und Juristen (Judith Knieper und Thomas Meyer), Journalisten (Andrej Ivanij, Norbert Mappes-Niediek) und Philosophen (Sonja Biserko, Boris Buden) allesamt unterschiedliche Fragen stellen und oft kontroverse Antworten geben nach Serbiens Weg »woher und wohin?« Anstatt einer Erklärung dafür bedient sich Boris Buden einer Metapher des ermordeten serbischen Premiers Zoran Djindjić, wonach die »kommunistische Ordnung in Jugoslawien [...] eine Antwort« war, »doch was war die Frage?« Diese alte, aber unbeantwortet gebliebene Frage laute: »Was ist die Alternative der liberalkapitalistischen und nationalstaatlichen Demokratie?« (S. 331). Das charakterisiert treffend die recht perspektivlose und pessimistische Sicht des vorwiegend essayistischen, aber zugleich sehr informativen Bandes über die sogenannte »serbische Frage«, deren Inhalt den Herausgebern zufolge ein »quasi-imperiales Programm des ›Sammelns‹ derjenigen Territorien« darstelle, »die in der Sicht des serbischen Nationalismus entweder mit historischen oder mit demographisch-ethnischen Begründungen als serbisch zu klassifizieren sind«. (S. 17, gestützt auf Stefan Troebst im Südosteuropa-Handbuch. München 1999. S. 93 ff.).

Die beiden Herausgeber, der Frankfurter Sozialwissenschaftler Jens Becker und der Berliner Publizist Achim Engelberg, stellen in ihrer Einführung »Der nahe Spiegel – Serbien in Europa« (S. 7–27) offensichtlich fehlende Leitlinien der europäischen Politik in der Balkanregion fest. »Wer aber hat gewonnen? Die oftmals viel zu monolithisch gesehene

internationale Gemeinschaft siegte zwar im Krieg, blieb jedoch im Frieden konfus und konzeptionslos.« (S. 8)

Angesichts der Zerschlagung Jugoslawiens (wie anderer osteuropäischer Staaten) stellt sich die berechtigte Frage, ob die Desintegration Osteuropas die gewollte Bedingung der EU-Integration Europas darstellt.

Die beiden Herausgeber stellen das Nord-Süd-Gefälle Serbiens vom partiell katholischen Norden (in der Vojvodina) über das orthodoxe serbische Kernland bis zum teilweise muslimisch geprägten Süden (Sandak, Kosovo) fest, das – ebenso wie das zerfallene Jugoslawien – das historisch-kulturelle Erbe der Habsburger Doppelmonarchie und des etatistisch-feudalen Osmanenreichs in sich vereint. Zutreffend fragen Becker und Engelberg: »Welche Position können neue, immer kleiner werdende Staaten einnehmen? Was heißt auf dem Westbalkan überhaupt selbständiger Staat, wenn die internationale Gemeinschaft Beschlüsse mit Gesetzeskraft für ihn treffen kann? Haben wir es hier nicht neben dem offiziellen Protektorat Kosovo mit abgestuften De-facto-Protektoraten zu tun?« (S. 9)

Zweifellos war das historisch und kulturell differenzierte und ethnisch durchmischte Jugoslawien, das nach den beiden Weltkriegen 1919 als serbisch-zentralistische Monarchie bzw. 1943/1946 als föderalistisch-sozialistische Republik auf der Basis eines Nationalitätenkompromisses entstand, zunehmend inneren Belastungen ausgesetzt, die im erstgenannten Falle unter äußerer Gewalt des deutsch-faschistischen Aggressionskrieges 1941 zur Zerstörung bzw. in letzterem Fall 1991/1992 unter dirigistischem Einfluß europäischer EU-Staaten auf separatistische Kräfte in mehreren südslawischen Teilrepubliken zum Zerfall Jugoslawiens führten. Man sollte aber nicht vergessen, daß in beiden Fällen Deutschland, in Letzterem auch Österreich, eine Vorreiterrolle im Prozeß der Zerstückelung Jugoslawiens spielten, wobei sich traditionell eine prokroatische mit einer antiserbischen Haltung verbindet und mit dem Schlachtruf von 1914 »Serbien muß sterben« als Konstante durch ihre expansive Balkanpolitik zieht. Insofern greift die Einschätzung wohl zu kurz, daß es »im Gefolge der langen Fremdbestimmung und der stark abweichenden Geschichte der einzelnen Regionen« auch im zweiten Jugoslawien mißlang, »einen tragfähigen Staat zu bilden« (S. 14). Für diese Sicht werden die zwischen Zentralismus und Föderalismus pendelnden Verfassungen von 1946, 1953, 1963 und 1974 bemüht, die eher von Anpassung an sich verändernde Bedingungen des jugoslawischen Modells gesellschaftlicher Selbstverwaltung zeugen. Unstreitig spielen bei

der Zerschlagung Jugoslawiens jedoch auch nationalistische innere Entwicklungen eine Rolle, die das umstrittene Belgrader Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften schon 1986 kritisch benennt: »Während in einer modernen zivilisierten Gesellschaft« – bei Gewährleistung der Bürgerrechte, Überwindung autoritärer Machtstrukturen und bei der Demokratisierung von Entscheidungen – »die integrativen Funktionen wachsen, erstarken in unserem politischen System die desintegrativen Kräfte, der lokale, regionale und nationale Egoismus und die autoritäre, willkürliche Macht, die in großem Ausmaß und auf allen Ebenen die allgemein anerkannten Menschenrechte verletzt«.¹

Insgesamt sind hier wohl – wie anderswo – das weltweit ungünstige Kräfteverhältnis, das Zusammenspiel von inneren Gebrechen mit äußerem Druck für die Implosion realsozialistischer Gesellschaften (durchaus verschiedener Machart) und nachfolgender nationalistischer Umverteilungskämpfe mitverantwortlich. Diese wesentliche Seite der Sache blenden freilich Herausgeber wie Autoren der Publikation – sehr zu Unrecht – weitgehend aus.

Die nachfolgenden elf Beiträge behandeln in teilweise konträrer Sicht einzelne Probleme und Sachverhalte der serbischen Entwicklung nach den südslawischen Sezessionskriegen der neunziger Jahre, die Lehren vermitteln könnten auch für das Verhältnis von Nationen und die Rolle einer Zentralmacht in einer föderierten Europäischen Union, wie die Herausgeber – zu Recht – anmerken. Der Hochmut des Westens hindere ihn indes daran, seine Lektion zu lernen. So gehe die Krise der EU »einher mit einer Pattsituation auf dem Balkan«; wenn aber »die Neuordnung des Balkans mißlingt, verliert Europa seinen Platz als Weltmacht« (S. 22).

Alle historischen Erfahrungen bezeugen, daß vorgebliche Sieger der Geschichte wenig lernfähig sind, eher schon lernunwillig. Das kann man auch den material-reichen Einzelstudien entnehmen:

Der erste Beitrag von Holm Sundhaussen (»Serbiens extremes Zeitalter«, S. 28ff.) beschreibt die innere Krise Serbiens und analysiert dessen nationalistische Kräfte linker und rechter Provenienz, die eine »Integration Serbiens in die europäischen Strukturen« durch Vorbehalte gegen manche EU-Vorgaben zu blockieren drohe.

1 Memorandum der SAW. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 2/7. Leipzig 2000. S. 244.

Das Essay von Norbert Mappes-Niediek (»Die Ethno-Falle«, S. 57ff.) stellt den Weg der EU nach Maastricht dem 1991 beginnenden Jugoslawien-Krieg gegenüber, konstatiert den Wettlauf der zerfallenden Vielvölkerstaaten Osteuropas nach dem Westen, wobei Jugoslawien gestern wie die EU heute vor der Frage stehen, wie eigentlich eine Föderation verschiedener Ethnien aussehen müsse.

Aleksa Djilas (»Von Opfern und Tätern«, S. 87ff.) beleuchtet die serbischen Erfahrungen mit Europa, geht auf die kulturelle Bedeutung des Kosovo für sein Land ein und kritisiert einschlägige Fehlurteile westlicher Beobachter. Dabei bewertet er das ambivalente Verhalten des Westens gegenüber den Dissidenten, deren zentrale Figur sein Vater Milovan Djilas war.

Die liberale Reformerin Latinka Perović (»Was hemmt die Modernisierung«, S. 120ff.) beleuchtet die historischen Entwicklungstendenzen des Landes, wobei sie die vorwiegend bäuerliche Gesellschaft Serbiens als Modernisierungshemmnis begreift, was einerseits die starke Stellung des Staates begründe und andererseits die Entfaltung einer Zivilgesellschaft erschwere.

Der progressive Journalist Andrej Ivanji (»Wie eine Parteienlandschaft entstand«, S. 141ff.) beschreibt das serbische Parteiensystem seit dem Aufstieg Slobodan Miloševićs und urteilt, daß man nicht zwischen demokratischen und undemokratischen Parteien unterscheiden sollte, sondern vielmehr zwischen proeuropäischen und nationalistischen Parteien. Serbien sei auch unter Milošević keine totalitäre Diktatur gewesen, eher eine Mischung aus Demokratie und Diktatur, wodurch die Eigenart seiner Machtepoche charakterisiert werde.

Der Schriftsteller Dragan Velikić (»Serbien – ›Vorher‹ und ›Nachher‹«, S. 180ff.) schildert das kulturelle Leben in Serbien, das auch während der Kriege stattfand, wobei durchaus reglementierte Freiräume genutzt werden konnten. »Ich glaube, daß das Phänomen der Selbstzensur die Entstehung und Aufrechterhaltung des Milošević-Regimes viel nachhaltiger beeinflusst hat als irgendwelche repressiven Maßnahmen [...] Ich erinnere mich nicht, daß irgend jemand (von den Literaten – E. K.) ins Gefängnis geworfen wurde, weil er gegen Milošević geschrieben hätte. Mit ihrem Leben bezahlt haben widerspenstige Mitarbeiter aus den Führungsstrukturen, die sich nicht an den Mafia-Kodex gehalten haben.«

Velikić weiß aus eigener Erfahrung, daß die manipulierte Dämonisierung des serbischen Volkes in den westlichen Medien – so erschien ein

guter Serbe in den neunziger Jahren quasi als »*contradictio in adiecto*« – das Milošević-Regime eher stärkten als schwächten.

Die Aktivistin der Antikriegsbewegung Sonja Biserko (»Macht und Ohnmacht der Zivilgesellschaft«, S. 204ff.), die sich in den Kriegsjahren für die Rückkehr serbischer Flüchtlinge in die Krajina engagierte und einen serbisch-albanischen Dialog in der Kosovo-Frage initiierte, forderte eine radikale »Entnazifizierung« der Gesellschaft und rief nach einem Marshall-Plan, um der serbischen Politik den Nationalismus auszutreiben, was vielen patriotischen Bürgern zu weit ging und ihre aktive Teilnahme am politischen Leben behinderte, zumindest jedoch angesichts eines atmosphärischen Geflecht von Haß, Lügen und Indifferenz nicht beförderte.

Der Historiker Nenad Stefanov (»Serbische Kontinuitäten«, S. 233ff.) analysiert den Einfluß der orthodoxen Kirche auf politische und gesellschaftliche Institutionen sowie ihre Rolle für das Erstarken des »Ethnonationalismus« in Serbien und stellt Analogien zwischen kommunistischem Autoritarismus und orthodoxem Fundamentalismus her, wobei letzterer heute das quasi-religiöse Werte-Vakuum in einer postkommunistischen Gesellschaft ausfüllen soll.

Die Rechtsexperten Judith Knieper und Thomas Meyer (»Der lange Weg zum Rechtsstaat«, S. 257ff.) verfolgen den Aufbau bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit, wobei sie der Verfassungsentwicklung und den serbischen Reformen im Staats-, Straf- und Zivilrecht nachgehen und eine insgesamt positive Prognose abgeben.

Der Zeithistoriker Jens Reuter (»Serbien auf dem Weg nach Europa«, S. 285ff.) untersucht die innen- und außenpolitischen Hauptlinien, die seit Kriegsende das qualvolle Verhältnis zwischen der EU und Serbien bestimmen: der Reformstau in Politik und Gesellschaft, der ungeklärte Status des Kosovo, die angespannte Lage in der zweiten autonomen serbischen Provinz Vojvodina, schließlich die nur zögerliche Zusammenarbeit mit dem UN-Tribunal in den Haag.

Ob die im Sommer 2006 vollzogene Lösung Montenegros aus der Föderation mit Serbien und die am 17. Februar 2008 erklärte, von vielen EU- und NATO-Staaten sofort anerkannte Unabhängigkeit Kosovos von Serbien – entgegen der UNO-Resolution 12.44 – zur Beseitigung von Hemmnissen im beiderseitigen Verhältnis zwischen Serbien und der Europäischen Union beiträgt, darf füglich bezweifelt werden. Nach Jens Reuter sind die Bedingungen für den EU-Beitritt Serbiens denkbar schlecht. Der im Oktober 2000 eingeleitete Systemwechsel sei auf hal-

bem Wege stecken geblieben. »Die Ursachen für die Stagnation der Reformen liegen auf der Hand: Serbien war zehn Jahre isoliert und büßte zwei Drittel seines Bruttoinlandsprodukts ein.« Zudem seien Serbiens Grenzen nicht definiert; neben dem politisch weiterhin schwelenden Kosovo-Problem gab es bis zur Unabhängigkeit Montenegros zwei Verfassungen, was die regulative Rolle der Rechtsordnung in Frage stellte (S. 288f.).

Schließlich vertritt der Philosoph, Essayist und Aktivist der jugoslawischen Friedensbewegung Boris Buden (»Mythos und Logos des serbischen Schicksals«, S. 308ff.) den Standpunkt, daß es keinen Weg Serbiens in das heutige Europa gebe, weil die Krise Serbiens nur die europäische Krise reflektiere. Beide stünden im Sturm einer entfesselten Globalisierung, weshalb die Vereinigung Europas durch den Anschluß der osteuropäischen Länder an den Westen scheitern müsse. Der postkommunistische Transformationsprozeß, der ständig als eine durch den Kommunismus verzögerte Modernisierung interpretiert werde, erscheint somit als historischer Nachholeprozeß, »der die Form einer ›Verwestlichung‹ zivilisatorisch zurückgebliebenen Völker annimmt«. (S. 311) Dabei bleibe in aller Regel ausgeblendet, »daß der postkommunistische Übergangprozeß gleichzeitig von einer seit den imperialistischen Zeiten nicht dagewesenen Expansion des westlichen Kapitals begleitet wird«, weshalb der ganze Komplex des offenkundigen Leidens (der Bevölkerung – E. K.), das dem untergegangenen Kommunismus als dessen zwangsläufige Folge zugewiesen wird, also »dem *Mythos* der Vergangenheit, nicht dem *logos* des aktuellen Kapitalismus« geschuldet sei. (S. 312) Gerade deshalb müsse eine Vereinigung Europas mittels des Anschlusses der osteuropäischen Staaten scheitern.

Wenn man ein abschließendes Resümee des materialreichen, an sich verdienstvollen, weil auf Aussagen und Wertungen renommierter Autoren beruhenden Studienbandes versucht, so fällt als hauptsächlicher Mangel seine schon im Titel vermerkte Beschränkung auf Serbien, seine Innen- und Außenpolitik ins Auge. Dadurch entsteht ein letztlich einseitiges Bild über den krisenhaften, konfliktreichen gesellschaftlichen Transformationsprozeß zum Kapitalismus in der südosteuropäischen Region, wie auch über seine nationalen und internationalen Triebkräfte und Hintermänner. Man gewinnt den hierzulande lange tradierten, aber fehlerhaften Eindruck, als ob in Serbien und seiner Politik – wieder einmal – die Ursachen allen Übels begründet sind. Dabei geht der rechte Maßstab für »Schuld und Sühne« bei der Beurteilung der Politik aller an den Balkan-

kriegen wie an den Nachkriegskonzepten beteiligten Akteure verloren, angefangen von den nationalistischen Aktionen aller südslawischen wie auch anderer Balkanstaaten selbst, fortgesetzt mit den expansiven Ambitionen tonangebender EU-Staaten und beendet mit den globalen Konzeptionen des USA-Imperialismus, der seine Militärbasen in Bondsteel, bei Burgas und Constanța errichtet hat.

Hier wäre der Weg zu verfolgen von der einseitigen Anerkennung der sich von Jugoslawien abspaltenden Länder 1991/1992, über das Abkommen von Dayton 1995 zum diktierten Statut über Bosnien-Herzegowina, das antiserbische Diktat von Rambouillet nach dem militärischen Kosovokonflikt 1999, das Schalten und Walten der Hohen Kommissare und Vertreter in Bosnien-Herzegowina bzw. der UNMIK-Verwalter oder Repräsentanten im Kosovo, bis hin zur Anerkennung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 – entgegen der UNO-Resolution 12.44, dem serbischen Protest und dem Widerstand selbst von Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat der UNO.

In Parenthese zum serbischen Nationalismus: Gab und gibt es den kroatischen Nationalismus nicht, beginnend mit Franjo Tudjmans Krieg in der Krajina, jenem vormals Habsburger Landstrich der serbischen Militärgrenze gegen die Türken von der Adria bis zum Karpatenbogen, aus dem die Serben mit den militärischen Operationen »Blitz« und »Sturm« 1995 gewaltsam vertrieben wurden? Oder gab es Alija Izetbegovićs islamistische Politik in Bosnien-Herzegowina nicht, mittels derer zunächst versucht wurde, im Verbunde mit arabischen Gotteskriegern und kroatischen Katholiken die Serben zu verdrängen, worauf sodann das unsägliche serbische Massaker von Srebrenica folgte? Oder gab es Ibrahim Rugovas (noch) moderaten Separatismus im Kosovo nicht, wo UÇK-Nationalisten um Hashim Thaçi großalbanische Träume zur Abspaltung von Serbien nährten und die albanische UCPMB eine Sezession auch des südserbischen Presovo-Tals betrieb? Oder gab es die mittels der im November 2000 eingeführten D-Mark offiziell gestützte separatistische Politik des Milo Djukanović in Montenegro nicht? Oder waren die in Südosteuropa – außer mit Serbien – geschlossenen »Assoziierungsabkommen« keine EU-Diktate, welche die nicht verhandelbaren späteren Beitrittsbedingungen fixierten?

Fazit: Die EU-Integration der Staaten Südosteuropas setzt deren Desintegration – gemäß dem imperialistischen Prinzip des »teile und herrsche« – voraus!

Im März 2008 fand die letzte Tagung des 1999 verkündeten »Stabilitätspaktes« in Sofia statt, an dessen Stelle ein »Rat für Regionale Kooperation« (RCC) gegründet wurde, der die »westliche Stabilisierungshilfe« in die Regie regionaler Kooperation und der Assoziierungsabkommen mit der EU überwies, gemäß dem Motto: Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott!

Die serbische Gesellschaft ist heute tief gespalten – in ein sogenanntes national-patriotisches Lager um den bisherigen Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica (DSS = Demokratische Partei Serbiens, SRS = Serbische Radikale Partei, SSS = Sozialistische Partei Serbiens) und ein proeuropäisches EU-Lager um den Präsidenten Boris Tadić (DS = Demokratische Partei, Liberaldemokraten, G 17).

Bei den letzten Präsidentenwahlen im März 2008 erlangte der EU-freundliche Boris Tadić (DS) 50,5% und der national-patriotische Tomislav Nikolić (SRS) 48% der Stimmen, während die zeitgleichen Parlamentswahlen für das »Demokratische Lager« – quasi umgekehrt – 98 Sitze (DS, G17, Liberale) und die »serbischen Patrioten« 144 Sitze (DSS, SRS, Serbische Sozialisten) ergaben.

Die jüngsten Parlamentswahlen vom 11. Mai 2008 erbrachten – bei veränderter Stimmgewichtung zwischen den Parteien – erneut eine definitive Pattsituation zwischen den beiden Gruppierungen: 123 Sitze für die proeuropäischen Parteien (44,1%) und 127 Sitze für die national-patriotischen Parteien (48,1%). Das heißt im einzelnen: Für die DS (Boris Tadić) 38,8% sowie die Liberaldemokraten von Čedomir Jovanović 5,3%; dagegen für die SRS (Tomislav Nikolić) 29,2%, die DSS (Vojislav Koštunica) 11,3% sowie die SSS von Ivica Dašić 7,6%. Die SSS ist unter Ivica Dašić inzwischen in das Pro-EU-Lager gewechselt.

Viele Fragen zur Entwicklung des Balkans und Serbiens bleiben also weiter offen; mit mancher Überraschung und neuen Konflikten muß weiter gerechnet werden. Schließen wir mit einer Einschätzung der Herausgeber Jens Becker und Achim Engelberg: »Die Frage nach dem Verhältnis der einzelnen Nationen, die Übertragung von Rechten an eine Zentralmacht waren und sind die Fragen Jugoslawiens, des Balkans und Europas. Die Krise der EU geht einher mit einer Pattsituation auf dem Balkan.« (S. 22)

HOLGER POLITT

Thesen zur aktuellen politischen Situation in Polen

1. Seit 2005 ist das politische Leben Polens durch die Vorherrschaft rechter Parteien geprägt. Während von 2005 bis 2007 die rechtskonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) regierte und versucht war, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen, regiert seit den letzten Parlamentswahlen die rechtsliberale PO (Bürgerplattform) zusammen mit einem kleineren Koalitionspartner. Die beiden rechten Gruppierungen PiS und PO sehen sich in der Tradition der »Solidarność« stehen. In aktuellen Umfragen kommt die PO auf Werte zwischen 45 und 50 Prozent, PiS hingegen oszilliert um die 25%. Während PiS das rechtskonservativ orientierte Wählerpotential ausgereizt hat, zieht die PO derzeit sehr viele Wählerstimmen an, die sich einfach gegen PiS und die Brüder Kaczyński positionieren. Ausdruck fand das im Oktober 2007 mit dem erdrutschartigen Sieg der PO.

2. Beide rechte Parteien zielen im Kern ihrer politischen Strategie mittelfristig auf eine Änderung der bestehenden Verfassung (aus dem Jahr 1997), vor allem aber auf den Übergang zum Mehrheitswahlrecht, also zur Regel, nach der das Parlament sich künftig überwiegend oder ausschließlich aus Abgeordneten zusammensetzt, die in ihrem Wahlkreis vorne lagen. Als Vorbild gelten hier die Verhältnisse in Großbritannien. Beide Parteien rechnen damit, daß sie den Großteil der Sitze erobern würden. Es würden sich folglich vor allem zwei Optionen gegenüberstehen: die auf konservative Werte orientierten »Traditionalisten« (im Kern PiS), die ihre Bastion auf dem flachen Land und in den heutigen Hochburgen der konservativ-katholischen Kräfte haben würden, und die vor allem wirtschaftsliberal orientierten »Liberalen« (im Kern PO), die ihre Bastion vor allem in den Großstädten finden sollte. Erstmals wurde diese Aufteilung der politischen Landschaft bei den Präsidentschaftswahlen 2005 praktiziert, als sich ein »solidarisches« und ein »liberales« Polen gegenüberstanden.

3. Allein die Tatsache, daß im Augenblick zwischen PO und PiS keinerlei konstruktive Zusammenarbeit möglich scheint, ist geschuldet, daß die politischen Absichten, die auf eine grundlegende Verfassungsänderung zielen, nicht umgesetzt werden können. Verfechter einer stärkeren Zusammenarbeit der beiden großen rechten Gruppierungen sind im Augenblick in ihren eigenen Reihen eher marginalisiert. Eine der Ursachen ist die 2010 bevorstehende Präsidentenwahl, zu der Ministerpräsident Donald Tusk (PO) und der amtierende Staatspräsident Lech Kaczyński antreten wollen.

4. Die wichtigste politische Kraft, die sich gegen die Verfassungspläne der rechten Gruppierungen positioniert, ist die parlamentarische Linke, die selbst aber zerstritten, organisatorisch geteilt ist, zudem recht unterschiedliche Optionen über zukünftige Wege vertritt. Augenblicklich gibt es im Parlament die Fraktion der sozialdemokratischen SLD (Demokratische Linksallianz), und die Gruppe »Neue Linke und Demokraten«, die sozialliberal ausgerichtet ist. In Umfragen erreicht die SLD derzeit zwischen sechs und zwölf Prozent, andere Gruppierungen oder Optionen liegen weit unter der erforderlichen 5%-Hürde.

5. Im Zusammenhang mit den 2009 bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es unter Polens Linken unterschiedliche Optionen. Am stärksten verfochten wird die Option, mit einer gemeinsamen Liste zu starten. Als einzige Bedingung setzt die SLD die Verpflichtung, daß alle potentiellen Kandidaten sich darauf einigen, in Brüssel in der Fraktion der Sozialisten/Sozialdemokraten zu sitzen. Gegen diese Option der Führungsspitze um Grzegorz Napieralski positionieren sich indes ehemalige prominente SLD-Akteure, wie z. B. der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski oder der ehemalige Ministerpräsident und Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz, die einen breiteren Ansatz vertreten, der sich generell in Opposition zu den beiden großen rechten Gruppierungen versteht. Darin eingebunden sollten auch freidemokratische und liberale Kräfte sein, unabhängig davon, in welche Fraktion sie später in Brüssel gehen.

6. Links von der SLD bestehen zahlreiche kleinere Gruppierungen, die sich allerdings schwer tun mit der Zusammenarbeit und alleine antretend keine Chancen auf nennenswerten politischen Erfolg haben. Die Versuche, diese Gruppierungen in einer linken Verständigung (KPL; Kongreß

der Linken Verständigung) zusammenzufassen, bedeuten einen wichtigen Schritt in eine vernünftige Richtung, werden für die politischen Entscheidungen im Jahre 2009 allerdings wohl ohne Auswirkungen bleiben.*

* [Zur Europawahl, die im Juni 2009 stattfand, erreichten die PO 44,43 Prozent, die PiS 27,4 Prozent, die SLD-UP (Unia Pracy – Partei der Arbeit) 12,34 Prozent und die PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Volks- oder Bauernpartei) 7,01 Prozent (siehe (http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/poland_de.html)). Alle anderen Parteien blieben unter fünf Prozent. – Die Redaktion].

HOLGER POLITT (TALLINN)

Wer hat das Land entzweit? Anmerkungen zum estnisch-russischen Verhältnis in Estland

Um es eingangs auf eine faßliche Formel zu bringen, könnte gesagt werden, das kleine Estland trage derzeit schwer an der jüngeren Geschichte. Immerhin zählt es zu den wenigen Ländern, in denen der vor nun bald fünf Jahren erfolgte Beitritt zur Europäischen Union in der offiziellen Sicht eher als ein Ereignis wahrgenommen wird, mit dem Geschichte korrigiert werde. Das Kapitel russisch-sowjetischer Herrschaft über Estland sei damit endgültig zugeschlagen, die Gefahr einer Wiederholung gebannt worden. Keine Frage, eine besondere Herausforderung für das Verhältnis zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen des Landes, den Esten und den Russen. Dieses war auch bereits im Jahre 2004 nicht besonders gut, doch überwogen die Hoffnungen, der Eintritt in die EU-Strukturen möge die Übernahme erprobter und erfolgreicher Verfahrensweisen erleichtern. Doch seitdem wurde von unterschiedlicher Seite viel öfter Öl ins Feuer gegossen, was die Lage immer verfahrenener werden ließ. Die unterschiedlichen Sichtweisen auf den jüngsten Kaukasus-Konflikt zwischen Rußland und Georgien gießen im übrigen weiters zu.

Im staatlichen Kunstmuseum zu Tallinn, ein ganz ohne Zweifel exzellentes Beispiel zeitgenössischer Museumsarchitektur, stößt der Besucher auf Spuren offizieller Lesart: Estland durchlebte im 20. Jahrhundert zwei sowjetische Okkupationen, die erste 1940, als im Vollzuge des Hitler-Stalin-Paktes die Unabhängigkeit der ersten Republik ohne Skrupel zunichte gemacht und das Land annektiert wurde, und die zweite 1944/1945, als die Rote Armee auf ihrem Weg nach Berlin die deutschen Truppen aus dem Baltikum vertrieb. Die Periode bis 1991 wird in der Dauerausstellung als »sowjetische Zeit« bezeichnet, doch offen bleibt, ob nach Lesart des Hauses damit nun glattweg Okkupation gemeint sein solle. Und die Lesart des Hauses dürfte zur offiziellen Position im Lande nicht groß in Opposition stehen. Folglich wäre einigen einflußreicheren Damen und Herren schon lieber, der Betrachter richtete die vorgestellte Kunst der Zeit nach diesem Raster unentwegter Okkupation aus. Das

Ankommen im Jahre 1991, dem Unabhängigkeitsjahr, ist insgeheim auf diese Weise unterstellt – als Erlösung. Ein Trost, daß die Bilder widersprechen, dokumentieren sie doch eher, daß die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für die übergroße Mehrheit der Menschen im Lande keine verlorenen Jahre gewesen sein konnten. Kritik am sowjetischen Sozialismus und Ablehnung desselben schließt diese Tatsache nicht aus.

Wie sonst ließe sich das Unabhängigkeitsreferendum erklären, welches Anfang 1991 nach Zahl der Teilnehmer und der gültigen Ja-Stimmen eine Zustimmungsquote erreichte, die entlang der Sprachlinie nicht zu erklären war. Ein Großteil der russischsprachigen Menschen stimmte damals für die Unabhängigkeit. Ein Faustpfand, der mittlerweile verspielt ist. In dem Maße, wie dem verfassungsmäßig gebotenen Schutz des Estentums der Mantel der jüngeren Geschichte umgehängt wurde, verkamen die russischsprachigen Mitbürger entgegen allen offiziellen Verlautbarungen in den Augen der Verfassungshüter zu potentiellen Helfershelfern und Nachkommen der Okkupanten, wenn sie nicht sogar selber welche gewesen waren. Die Regierenden suchten und fanden im eigenen Land schließlich Schuldige der Geschichte. Ein fataler Irrtum, wie die Entscheidung, den in Bronze gegossenen Rotarmisten aus dem belebten Zentrum Tallinns zu entfernen, nur zu gut zeigte.

Ein guter Freund, in seiner leicht selbststirnisch-distanzierten Wesensart ein Este wie er im Buche steht, im Grunde seines Herzens immer noch ein bißchen Sowjetbürger und mit einem untrüglichen Blick für die Herausforderung und die Möglichkeiten der europäischen Integration versehen, vergleicht die Rolle der Roten Armee 1944 mit einem Arzneimittel, mit bitterer Medizin also, die nicht schmecken will, sondern zu begrenztem Zweck und in der Not helfen soll. Manch unliebsame Nebenwirkungen müßten wie bekannt einkalkuliert werden. Ginge es nach ihm, stünde der Rotarmist noch an historischer Stelle.

Von Seiten vieler russischsprachiger Menschen wird nach dieser Entwicklung eine andere Rechnung bevorzugt, die nun, nach dem jüngsten Kaukasuskonflikt zwischen Rußland und Georgien entschiedener aufgemacht wird: Der Konflikt um Georgien habe nach 1991 mit der nationalistischen Losung »Georgien den Georgiern« begonnen. Die Uneinsichtigkeit der georgischen Seite habe den Einsatz russischer militärischer Mittel nötig gemacht, durch den die Welt am Rande des zweiten »geopolitischen kalten Krieges« stehe. In diesem neuen Kalten Krieg aber werde Rußland das Recht nicht mehr aus der Hand geben, die Interes-

sen und die Würde seiner Staatsbürger zu schützen, ganz gleich, in welchem Land sie lebten.

Keine Frage, daß die Herangehensweise der estnischen Regierungen an die Frage des gesellschaftlichen Miteinanders der beiden großen Bevölkerungsgruppen nach solchem Verständnis nur als Umsetzung des Konzepts »Estland den Esten« gesehen wird. Die Tatsache, daß derzeit mehrere zehntausend Menschen in Estland bereits Staatsbürger Rußlands sind, dürfte die entstandene verfahrenere Lage gut illustrieren.

KRZYSZTOF PILAWSKI UND HOLGER POLITT

Die Kette von Tallinn über Riga nach Vilnius ist gerissen Mit Geschichtspolitik lassen sich die Probleme der baltischen Staaten nicht beherrschen¹

Am 23. August 1989 bildeten über zwei Millionen Bewohner der damaligen baltischen Sowjetrepubliken eine Kette, die Tallinn mit Riga und Vilnius verband. Sie gedachten auf diese Weise des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Abkommens, forderten im Grunde aber die Lostrennung ihrer Republiken von der Sowjetunion und die staatliche Unabhängigkeit.

In der Menschenkette vereinten sich Esten, Letten, Litauer, Russen, Ukrainer, Belorussen, Polen und Kaukasier. Wenn viele Jahre später Rußlands Präsident Wladimir Putin vom Zerfall der Sowjetunion als der größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts sprach, dann hatte die Kette der über zwei Millionen Menschen ihren besonderen Platz in dieser Auslegung der Geschichte.

Heute sind Estland, Lettland und Litauen Mitglieder der Europäischen Union und der NATO. Glaubt man dem ersten Eindruck, den die Zentren der drei Hauptstädte auf die Besucher machen, dann erinnert fast nichts mehr an die Zeiten der Sowjetunion. Und das wenige ist aufgehoben an besonderen Orten, etwa in den »Okkupationsmuseen«, die den Folgen des erwähnten Pakts zwischen Hitler und Stalin gewidmet sind. In Tallinn und Riga versuchen diese Museen, gleich den ganzen Zeitraum von 1939 bis 1991 zu umfassen. Wer durch die Räume gegangen ist, wird aufmerksamer darauf schauen, was man symbolische Politik nennen könnte.

1 Nachdruck aus »Neues Deutschland« vom 24. August 2009. S. 3 mit freundlicher Genehmigung der Autoren. Krzysztof Pilawski lebt und arbeitet in Warschau und schreibt auch über die Situation in den baltischen Republiken. Holger Politt leitet das Warschauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

SYMBOLPOLITIK UND SPRACHGESETZE

Das fängt bei den Straßenschildern an, die jeweils nur estnisch, lettisch oder litauisch sind. So auch in Narva, der estnischen Grenzstadt zu Rußland, in der über 90 Prozent der Einwohner russisch sprechen. Da, wo für viele Russen die Europäische Union anfängt, werden Regeln verletzt, die anderswo bereits Selbstverständlichkeiten sind. Nur die Polen in Litauen haben sich diesbezüglich mehr Rechte erkämpfen können, auch, weil es umgekehrt eine litauische Minderheit in Polen gibt.

In allen drei Staaten wurden nach der Unabhängigkeitserklärung Sprachgesetze erlassen, die sich dem Schutz der jeweiligen Nationalkultur verschreiben, deren Herzstück eben die eigene Sprache sei. Tallinn und Riga haben inzwischen immerhin signalisiert, daß über eine Liberalisierung dieser Gesetze nachgedacht werde. Verletzt werden die Vorschriften übrigens massenhaft und alltäglich, in der Werbebranche nämlich, in der, so wie anderswo auch, zu gerne dem Englischen der Vorzug gegeben wird.

In Tallinn wird in Kürze ein Freiheitsdenkmal eingeweiht werden, mit dem an den Unabhängigkeitskrieg von 1918 bis 1920 erinnert werden soll. Es steht dann einen Steinwurf entfernt von jenem Ort, an dem bis zum April 2007 das Denkmal für den Rotarmisten stand, bevor es auf Regierungsbeschluß auf den Soldatenfriedhof umgesetzt wurde. Der bronzene Rotarmist symbolisierte die Befreiung vom Faschismus. Die Proteste, mit denen die Verlegung des Denkmals verhindert werden sollte, erschütterten das kleine Land und ließen die Weltöffentlichkeit für einen kurzen Augenblick nach Tallinn schauen.

Das Freiheitsdenkmal in Riga, das an die erste Unabhängigkeit des Landes erinnert, wurde bereits in Lettlands erster Republik aufgestellt und überdauerte sogar die Sowjetunion. Anders als in Tallinn läßt sich in Lettlands Hauptstadt aber das monumentale Denkmal für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg nicht verschieben. Es wird auch künftig am angestammten Platz von jenem Datum künden, das in allen drei baltischen Republiken zu den umstrittensten der jüngeren Geschichte gehört und wohl weiterhin gehören wird. Als am 9. Mai 2009 das weite Gelände am Siegesdenkmal in einem für das Auge des Betrachters unendlichen Blumenmeer versank, wurde sichtbar, welche gesellschaftliche und politische Kraft sich hinter dieser symbolischen Geste bereits aufgeladen hat.

ÜBERRASCHENDE WAHLERGEBNISSE

Organisator war das aus ganz unterschiedlichen politischen Richtungen zusammengeflossene »Harmoniezentrum«, das bei den Wahlen zum Europäischen Parlament knapp 20 Prozent der Stimmen bekam und mit zwei Abgeordneten nach Brüssel zieht. Einer von ihnen ist Alfred Rubiks, ehemals Mitglied des KPdSU-Politbüros. Rubiks war der letzte Erste Sekretär des ZK der Lettischen Kommunistischen Partei, unterstützte im August 1991 den Moskauer Putschversuch gegen Michail Gorbatschow und stand an der Spitze des Notstandskomitees in Lettland. Dafür wurde er später im unabhängigen Lettland zu mehrjähriger Haft verurteilt. Aus diesem Grund kann er nicht für das lettische Parlament kandidieren, wird Lettland künftig aber als Europaabgeordneter präsentieren. Bei seinem Auftritt am Siegesdenkmal in Riga am 9. Mai würdigte er ausdrücklich und als einziger Redner den Genossen Stalin.

Auch Estland hatte nach den Europawahlen ein überraschendes Ergebnis zu vermelden, das in anderer Hinsicht Einmaligkeitswert haben dürfte. Ein als Einzelkandidat antretender »schräger Vogel« brachte es auf fast die gleiche Stimmenzahl wie die stärkste der Parteien. Verglichen mit der Partei des Ministerpräsidenten bekam er sogar das Doppelte an Stimmen. Wäre es dem 45jährigen Indrek Tarand physisch möglich, könnte er den Stimmen nach sogar in zweifacher Ausführung nach Brüssel gehen, aus einem Land wohlgemerkt, das im Ganzen nur sechs Plätze zu vergeben hatte.

Tarands Programm bestand ausschließlich darin, die etablierten Parteien zu bezichtigen, Steuergelder zu verprassen und überhaupt überflüssig zu sein. Da der Demagoge und waschechte Populist den anderen Parteien die Suppe gründlich versalzen hat, beginnen führende Politiker nachzudenken. Bisher zeichnete sich Estland durch das EU-weit wohl rigideste Parteiengesetz aus, sind doch in dem kleinen Land mindestens 1.000 Mitglieder verlangt, damit eine Partei als solche gelten darf. Rechnete man dies im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auf Deutschland um, blieben nur Christ- und Sozialdemokraten übrig. Deshalb soll die Mindestanforderung künftig auf 200 gesenkt werden.

In Litauen geht es auch in dieser Hinsicht derzeit etwas beschaulicher zu. In Vilnius findet der Besucher kein Okkupationsmuseum, aber eines, das dem Treiben des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit (KGB) gewidmet ist. Und das Bemühen, ein Litauertum besonders herauszustreichen, reibt sich stets noch mit dem jahrhundertealten multikul-

turellen Zuschnitt der wunderschönen Stadt. Hier kreuzen sich auf engstem Raum polnische, jüdische, litauische und belorussische Einflüsse, dazu nicht zu übersehende russische und auch deutsche Einsprengsel. Ein Faustpfand, mit dem künftig sehr viel stärker zu wuchern wäre. Daraus könnte immerhin ein Modell für alle drei Staaten werden, künftig die Kraft zu finden, sich vom Konzept nur einer »richtigen« Nationalität zu emanzipieren. Es wäre ein Segen vor allem für die Litauer, Letten und Esten selbst, ein Segen mithin für die drei Länder, die in sich sehr viel mehr historischen und gesellschaftlichen Reichtum bergen, als sie derzeit zu zeigen bereit sind.

Die Angst, daß in den drei Staaten zusammengerechnet mehr Russen zu Hause sind als jeweils Esten, Letten oder Litauer, braucht nicht zu obsiegen. Mit einseitig ausgerichteter Geschichtspolitik, mit Geschichtspolitik überhaupt, läßt sich dieses Problem auf längere Sicht ohnehin nicht beherrschen.

ABERTAUSENDE IN DER SCHULDENFALLE

Während Lettland und Estland also gerade dabei sind, frische Hoffnungsträger nach Brüssel zu schicken, holte Litauen soeben einen erfahrenen nach Hause. Zur Staatspräsidentin wählten die Bürger Litauens kürzlich Dalia Grybauskaitė, die bis dahin EU-Kommissarin für Finanzplanung und Haushalt war. Die überzeugte Verfechterin drastischer Kürzungen und empfindlicher Einsparungen scheint einer Mehrheit in Litauen für die Krisenzeiten das richtige Konzept zu haben.

Auch hierbei gehen Lettland und Estland voran, stehen sie doch bei den negativen Zahlen betreffs des Rückgangs des Bruttoinlandprodukts mit über 15 Prozent an der EU-Spitze. Sie wollten moderne Dienstleistungsgesellschaften sein mit beispielhaft hohen Zuwachsraten. Jetzt erleben die Bürger beider Staaten den Zusammenbruch vieler Hoffnungen, die sich auf ungebremsten Konsum und hemmungslose Kreditfreudigkeit gründeten.

Im kleinen Lettland mit seinen knapp 2,3 Millionen Einwohnern wurden in den zurückliegenden Jahren 150.000 Hypothekenkredite aufgenommen. Lettlands Staat mußte bereits die Reißleine ziehen, um nicht im Bankrott zu enden. Alle öffentlichen Ausgaben, auch die für Staatsbedienstete, für Rentner und Kinder, wurden empfindlich gekürzt. Zu einer Bauruine verkommt das stolze Projekt einer neuen Nationalbibliothek,

mit der dem lettischen Schrifttum ein architektonisches Denkmal gesetzt werden sollte.

WER WAGT EINEN NEUEN VERSUCH?

Janis Birks, Rigas alter Oberbürgermeister, wollte in diesem Jahr die Feiern zum 9. Mai noch untersagen lassen, mit dem Argument, es träfen sich am Siegesdenkmal Kräfte, die Feinde der Republik Lettlands seien. Sein kürzlich ins Amt eingeführter Nachfolger, der 33jährige Nils Usakovs, ist der Mitbegründer des »Harmoniezentrams«, das die Veranstaltung am Denkmal organisatorisch getragen hatte. Ins Amt hob ihn nun eine Stimmung, in der es um wichtigere Dinge geht, als um ethnische Zugehörigkeit.

Käme jemand auf die Idee, es im August 2009 noch einmal mit einer Menschenkette von Tallinn über Riga bis Vilnius zu versuchen, bestünde Aussicht auf Erfolg nur, wenn er die Abertausenden Schuldner, die heuer um Haus und Dach zittern, auf diese Weise vereinte.

SONJA STRIEGNITZ

[Rezension zu] Vasilij E. Skorobogatov: General Berzarin. Dojti do Berlina [Wassili J. Skorobogatow: General Bersarin. Berlin erreichen]. Isadelstwo »Jauza«, Iszdatelstwo »Eksmo«: Moskau 2007. 382 S.

Die Person des ersten sowjetischen Nachkriegskommandanten von Berlin, Generaloberst Nikolai Erastowitsch Bersarin (1904–1945), rückte vor einigen Jahren für längere Zeit aus der »wendebedingt« gewollten Vergessenheit vor allem in Berlin in den Blickpunkt einer politisch und historisch interessierten Öffentlichkeit. Anlaß und äußere Umstände waren die Debatten um die Eliminierung Bersarins aus der Gesamtberliner Liste der Ehrenbürger der Stadt – ein Aspekt der beabsichtigten Delegitimierung der DDR und ihres historischen Erbes – und um die Aufhebung dieser Willkürentscheidung. 1992 hatte der CDU-dominierte Senat von Berlin die Bürger der Stadt mit der Mitteilung überrascht, daß es nunmehr eine Gesamtberliner Liste ihrer Ehrenbürger gebe, in der allerdings Nikolai Bersarin und andere Personen aus dem Kreis der Ostberliner Ehrenbürger keine Berücksichtigung mehr fanden. Zustande gekommen ohne das Zutun der demokratischen Gremien des Abgeordnetenhauses, waren dafür »Argumente« aus den finstersten Ecken des Arsenal des Kalten Krieges ins Feld geführt worden. Diesem ersten Schritt zur Tilgung des Namens Bersarin aus dem Gedächtnis der Berliner (wie Presseumfragen ergaben, war der Generaloberst auch bei Westberlinern eine Erinnerungsgröße) folgte alsbald die Rückbenennung der Bersarinstraße in Petersburger Straße und die Empfehlung einer »Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen«, auch den Bersarinplatz aus dem Register der hauptstädtischen Straßen und Plätze zu streichen. Einem breiten Protest der Einwohner des betreffenden Stadtbezirks vor allem sowie von dessen damaligem Bürgermeister (SPD) war zu danken, daß dies nicht gelang. Die Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern eines solchen Umgangs mit dem Andenken an eine historische Persönlichkeit mit unleugbaren Verdiensten vor den Bürgern der Stadt wurden bis 2003 mit wechselndem Engagement und zeitlich

unterschiedlicher Intensität weiter geführt, namentlich in den Gremien des Abgeordnetenhauses. In einem veränderten Bedingungsgefüge mit dem rot-roten Berliner Senat siegte schließlich politische Vernunft, wurde mit der Wiederaufnahme Nikolai Erastowitsch Bersarins in die Liste der Ehrenbürger Berlins die historische Wahrheit wiederhergestellt. Das Porträt des Generalobersten nach einem nachgelassenen Foto fand in der Galerie von Berliner Ehrenbürgern im Abgeordnetenhaus seinen Platz. Der ganze Vorgang, hier nur grob nachgezeichnet, wurde in Pressebeiträgen pro und kontra Leben und Wirken Bersarins sowie mit einer von Lutz Priß auf Initiative der PDS-Fraktion des Abgeordnetenhauses verfaßten informativen historisch-biographischen Veröffentlichung begleitet. Eine Ausstellung über den sowjetischen Stadtkommandanten, seinen militärischen Werdegang und seine Tätigkeit in den ersten Nachkriegswochen bis zu seinem tödlichen Unfall im Juni 1945 (Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst 1999) vermittelte erstmals umfassendes, sorgfältig recherchiertes, quellengestütztes Material, das zahlreiche Besucher interessiert zur Kenntnis nahmen, dem sich allerdings die CDU-Hardliner in Senat und Abgeordnetenhaus nicht aufzuschließen mochten.

Zeitgleich haben Bersarins Kampfgefährten (5. Stoßarmee) und Nachkommen in Rußland dafür gewirkt, daß der Name des Generalobersten auch in der dortigen Öffentlichkeit wieder (oder überhaupt) bekannt wurde. Etliche Zeitungen und Zeitschriften brachten diesbezügliche Beiträge, die auch den politischen Diskurs in der BRD reflektierten; die oben genannte Broschüre von Lutz Priß wurde dank dem Veteranenrat der 5. Stoßarmee ins Russische übersetzt und in Moskau herausgegeben. Größere Arbeiten fehlten indes. Das hat sich mit dem Erscheinen des Buches von Wassili J. Skorobogatow zum Positiven verändert. Der Schriftsteller und Journalist, Autor mehrerer Bücher über Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges, hat dem Leser einen Bericht, eine Erzählung (powest) über N. E. Bersarin vorgelegt. Keine Biographie, keine umfassende Darstellung über Leben und Tätigkeit seines Helden – dies sei Sache der Historiker, wie er schreibt. Er legt das Hauptaugenmerk seines Buches auf Selbsterlebtes und da wiederum auf die militärischen Aspekte im Leben Bersarins, die zweifellos bestimmend waren. Wie für Angehörige seiner Generation durchaus nicht ungewöhnlich, hat Skorobogatow seinen Weg als Autor in politisch-agitatorischer und journalistischer Arbeit in der und für die Rote Armee begonnen. Die Wirkungskraft bezieht seine Darstellung aus der Tatsache, daß der Autor, heute Veteran der Bersarinschen 5. Stoßarmee, sein Wissen und seine Beobachtungen

über den künftigen Generalobersten mal aus direkter Nähe, mal aus größerer räumlicher (oder armeegliederungsbedingter) Entfernung zu Bersarin gewonnen hat: im Dienst beispielsweise an der Fernöstlichen Front, in den Kämpfen am Chassan-See gegen die Japaner 1938, vor allem aber als Offizier in einer Division der von Bersarin befehligten Elitetruppe der 1. Belorussischen Front, die gegen die Armeen des faschistischen deutschen Aggressors kämpfend den opferreichen Weg bis in die Hauptstadt des »Dritten Reiches« zurücklegte und hier maßgeblich an den Endkämpfen beteiligt war. Ergänzt durch ein immenses Faktenmaterial über jene Lebensabschnitte und Wirkungsbereiche Bersarins, die jenseits eigenen Erlebens und Beobachtung liegen (z. B. der frühe Eintritt des verwaisten Burschen in die Rote Armee, seine Ausbildung an einer militärischen Lehreinrichtung in Smolensk, seine »Feuertaufe« bei der Niederwerfung des Kronstädter Aufstands, Fakten und Zusammenhänge über die stalinistischen »Säuberungen« in der Fernostarmee, denen Bersarin um Haaresbreite entgangen war), vermitteln die in acht Kapiteln auf knapp 400 Seiten unterbreiteten Erinnerungen und Reflexionen des Autors ein beeindruckendes Bild über den bedeutenden, von ihm hoch geschätzten sowjetischen Heerführer. Überzeugend seine Schlußfolgerung, daß es die bemerkenswerten menschlichen Qualitäten und reichen Erfahrungen in der Menschenführung waren, die den Generalobersten letztlich wie keinen anderen Militär dafür prädestinierten, die überaus schwierige Aufgabe zu übernehmen, die aus Tausenden Wunden blutende Metropole des besiegten faschistischen Deutschlands zum Leben wieder zu erwecken. Einzelheiten darüber werden im Schlußteil des Buches behandelt, mitunter nur knapp und punktuell; die militärischen Aspekte dominieren auch hier, wenn Skorobogatow beispielsweise die weitere Verwendung der Verbände der 5. Stoßarmee bis zu ihrem zeitweiligen Einsatz als Grenztruppen auf der Insel Usedom (nun schon ohne N. E. Bersarin) beschreibt. Schließlich reflektiert der Autor die Vorgänge um die Streichung und Wiederaufnahme Bersarins in die Liste der Berliner Ehrenbürger. Er findet anerkennende Worte dafür, daß sich in dem langjährigen Ringen um die Einschätzung des Wirkens des ersten Nachkriegskommandanten Berlins dank überzeugender Bemühungen der Berliner demokratischen Öffentlichkeit und von Einzelpersonen (Skorobogatow nennt hier namentlich das Engagement des pensionierten Ingenieurs für Versorgungstechnik aus Berlin-Steglitz, Gerd Porsche) Vernunft und historische Objektivität durchsetzten.

Im fortgeschrittenen Lebensalter befragt der Autor direkt und indirekt auch seinen eigenen Lebensweg danach, welche Bezüge, Einflüsse und Wirkungen seines Helden darin bedeutsam waren. Vor allem aber möchte er Erfahrenes und Beobachtetes über diesen für das Hier und Heute und für die Nachwelt erhalten. Daß die Sicht des Autors auf historische Fakten, Zusammenhänge und Personen mitunter recht subjektiv ausfällt und heutige Forschungsergebnisse kaum berücksichtigt, muß wohl seinem eigenen Metier zugeschrieben werden. Das Buch ist spannend und – bei allem Überwiegen des Militärischen – in einem anspruchsvollen Stil geschrieben und wurde mit zahlreichen, zum Teil wenig bekannten Fotos, nicht nur N. E. Bersarins, versehen.

SONJA STRIEGNITZ

**[Rezension zu] »Mehr als ein Studium ...«
Gründung und Wirken der Gesellschaft zum Studium der
Kultur der Sowjetunion / Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische
Freundschaft / Ostdeutsche Freundschaftsgesellschaften.
Was war – was bleibt – wie weiter? Beiträge und Materialien
zum 60. Jahrestag der Gründung der Gesellschaft zum
Studium der Kultur der Sowjetunion am 30. Juni 1947 in
Berlin. Berlin 2008. 174 S.¹**

Der rührige Berliner Verein der Freunde der Völker Rußlands e. V. hat in den mehr als fünfzehn Jahren seines Bestehens wiederholt mit bemerkenswerten Veranstaltungen über Geschichte und Gegenwart seines gesellschaftspolitischen Gegenstands auf sich aufmerksam gemacht. Eine Informationsbroschüre über »15 Jahre Verständigung, Freundschaft, Frieden« (Berlin 2007) bietet in einer lückenlosen Aufstellung einen Überblick über 127 Vortrags- und Diskussionsabende mit anspruchsvoller Thematik aus den Jahren 1993 bis 2006 und nennt auch die Zahl der Teilnehmer, die – gemessen an der Gesamtmitgliederzahl des Vereins – von einer erstaunlichen Intensität und Kontinuität des Interesses der Vereinsmitglieder und Gäste für historische und aktuelle Probleme der Sowjetunion/Rußlands zeugt. Mit dem 2007 anlässlich der 60. Wiederkehr der Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion durchgeführten Symposium, dessen Materialien nunmehr in gedruckter Form vorliegen, wird das Bemühen des Vereins um die Erschließung geschichtlicher Themen für das Verständnis heutiger Abläufe in den Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland und von deren traditionsreichen, durchaus auch widersprüchlichen Wurzeln erfolgreich fortgesetzt. Mehr noch: Dieses Symposium lenkte gezielt die Aufmerksamkeit

1 Das Buch kann für 7,00 EUR über den Verein Berliner Freunde der Völker Rußlands e. V., Friedrichstr. 176–179, 10117 Berlin, erworben werden.

auf ein geschichtsträchtiges Ereignis aus der Frühzeit ostdeutscher Nachkriegsentwicklung, das zugleich auch engste Bezüge zur Vereinsgeschichte hat, ja ein Teilstück davon ist, was der (sicher etwas sperrige) Titel der Publikation anzeigt. Durch die Einbeziehung von Akteuren aus Freundschaftsgesellschaften bzw. -vereinen aller fünf ostdeutschen Bundesländer in die inhaltliche Aufbereitung des Materials namentlich über die Vorgänge in der jüngsten Vergangenheit – die »Wendezeit« vor allem – wurde eine berlinzentrierte Sicht von vornherein vermieden und hatte die Veranstaltung, auch hinsichtlich ihrer Teilnehmer, eine erfreulich breite Resonanz. Freilich war diese ostdeutsch, sieht man einmal von den Grußworten der Vertreter der Stiftung West-Östliche Begegnungen und des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften ab.

Das ansehnliche, sorgfältig edierte Bändchen enthält achtzehn Beiträge, zwei Interviews (mit dem Moskauer Historiker Jakow S. Drabkin, seinerzeit Kulturoffizier der SMAD, und Franz von Hammerstein, Ehrenvorsitzender der Stiftung West-Östliche Begegnungen und des Berliner Freundesvereins) sowie einen Anhang mit Bildmaterial und Schrifttum, darunter einen Briefwechsel des Berliner Vereinsvorstands aus dem Jahre 1997 mit dem hochbetagten ersten Präsidenten der Studiengesellschaft Jürgen Kuczynski. Die Autoren – unter ihnen ausgewiesene Wissenschaftler – behandeln historische Aspekte von Entstehen und Tätigkeit der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands und des Bundes der Freunde der Sowjetunion in den Jahren der Weimarer Republik (Gerlinde Grahn), der Studiengesellschaft (Horst Schützler), des Wirkens zweier ihrer führenden Persönlichkeiten, Jürgen Kuczynski und Wolfgang Steinitz (Helmut Steiner) und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (Eugen Neuber). Den schwierigen und im Wortsinn verlustreichen Weg, den nach dem Untergang der DDR Menschen aus der sich auflösenden oder zerfallenden Massenorganisation DSF zu heutigen, nur wenige Hundert Mitglieder zählenden Zusammenschlüssen beschritten und die in ihnen unter grundlegend veränderten Bedingungen für ein freundschaftliches Miteinander der Völker Deutschlands und Rußlands wirken, zeichnen kenntnisreich, kritisch und zum Teil auch sehr emotional derzeitige Akteure von Freundschaftsgesellschaften bzw. -vereinen aus den ostdeutschen Ländern und Berlin nach (Horst Fliege, Klaus Meyer, Bernd Mock, Horst Schützler, Kerstin Voigt). Schließlich bietet eine dritte Gruppe von Beiträgen teilweise erstmals veröffentlichte Erinnerungen an langjähriges Tätigsein ihrer Verfasser für und im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bzw. mit

Rußland. Günter Ertel, Peter Hoffmann, Leonhard Kossuth, Fritz Kuske, Eva-Ursula Petereit und Günter Rosenfeld berichten über zutiefst persönliche Erlebnismomente, die dem völkerverbindenden Gedanken in ihrem beruflichen und/oder gesellschaftlichen Engagement einen unverrückbaren Platz gaben.

Es ist nur zu begrüßen, daß »Betroffene« von einst und jetzt selbst daran gegangen sind, Aspekte ihrer eigenen »Bewegung« in Vergangenheit und Gegenwart zu durchdenken und aufzuschreiben und somit konkretes Wissen darüber für heutige und künftige Mitstreiter für ein gedeihliches, freundschaftliches Zusammengehen von Deutschland und Rußland zum Wohle der Völker beider Länder zu bewahren und nutzbar zu machen. Die geschichtlichen Kenntnisse – auch darüber ist in dem Band nachzulesen – umfassen neben dem riesigen Fundus an positiven, bewahrenswerten, vorwärtsweisenden Erfahrungen und Erinnerungen auch Irrtümer, Fehlentscheidungen, Fehldeutungen, unbestritten Falsches. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: Fast alle Autoren tangieren bzw. stellen sich selbst die Frage oder behandeln sie explizit (Elke Scherstjanoi), wie das Tätigsein, das Engagement für die Freundschaft im organisatorischen (oder gar organisierten) Rahmen einer Millionengesellschaft in der DDR wie der DSF aus heutiger Sicht zu werten sei. War diese Freundschaft Herzensbedürfnis, erwachsen aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung, gewonnen aus politischer Einsicht und Überzeugung? Oder war sie »verordnet«, »fremdbestimmt«, ohne jedweden Bezug zum Alltagsleben in dem untergegangenen Land, wie heutzutage zuweilen suggeriert wird? Und was sind die Beweggründe für heutiges Handeln in diesem Sinne? Die Materialien des Bandes enthalten eine Fülle von Argumenten und Tatsachen für eine historisch-kritische (und auch optimistische!) Sicht auf einen facettenreichen und zweifellos auch ambivalenten Ausschnitt aus der vielgescholtenen Vergangenheit des kleineren deutschen Staates, der nun selbst Vergangenheit ist. Sie geben Kenntnis über eine nicht minder vielgestaltige Tätigkeit heutiger, zahlenmäßig freilich kleiner Organisationen und Vereine, die sich für Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland einsetzen.

Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

Osteuropa in Tradition und Wandel

Heft 1: Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S. [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286]. – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331 bis 336]. – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig – Sachsen – Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Radischtschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig — Gelehrter — Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347]. – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001. 379 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion — in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositelj Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den Mitteleuropa-Plä-

nen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markovs »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353]. – *Band 4: Leipzig 2002. 374 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. S. 9–54. – Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung. S. 55–61. – Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht. S. 63–83. – Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908). S. 85–94. – Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas. S. 95–127. – Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro. S. 129–136. – Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. S. 137–168. – Jens Becker: Der Balkan — eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa. S. 169–178. – Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation. S. 179–230. – Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens. S. 231–246. – Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen. S. 247–262. – Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimantvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus. S. 263–304. – Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. S. 305–351. – Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz (Bautzen, 7./8. Juni 2002). S. 353–357]. – *Band 5: Leipzig 2003. 297 S.* [Enthält u. a. Eckhart Mehls: Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. S. 11–41. – Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjuganows These vom »liberalen Faschismus«. S. 43–68. – Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration. S. 69–85. – Borisas Melnikas: Transformationen in den baltischen Ländern. Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung (mit einem statistischen Anhang von Bernd Reichelt). S. 88–125. – Holger Politt: Polens »Rückkehr nach Europa«. Ein Rückblick als Ausblick. S. 127–145. – Manfred Jähnichen: Die deutsche Spätromantik – ein Beispiel für die deutsch-serbischen Kulturbeziehungen auch in unserer Zeit. S. 147 bis 160. – Eckart Mehls: Einführung in die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung« vom 10. Januar 1944. S. 163–168. – Dokument: Aufzeichnung des Leiters der Kommission des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur »Wiedergutmachung der der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zugefügten Schäden« (in Originalsprache). S. 169–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. S. 203–229. – Achim Engelberg: Essayistische Impressionen vom Balkan. S. 231–254. – Ernstgert Kalbe: Internationale Konferenzen zur Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau. S. 257–270. – Julian Orwicz: In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum. S. 271–274. – Hannes Hofbauer: Rewriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe. S. 275–282]. – *Band 6 (Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen): Leipzig 2004. 339 S.* [Enthält u. a. Helmut Bock: Die

Russische Revolution: Epochenzäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte. S. 17–62. – Sonja Striegnitz: Ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus. Wiktor M. Tschernows Buch »Konstruktiver Sozialismus«. S. 63–75. – Uwe-Jens Heuer: Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur? Aktuelle Implikationen. S. 77 bis 104. – Horst Schützler: Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR. S. 105 bis 119. – Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell. S. 121–164. – Wolfgang Geier: Macht und Geist im Staatssozialismus. S. 165–190. – Eckart Mehls: Zu einigen spezifischen Aspekten des Verhältnisses der polnischen Intelligenz zur »Macht« in der Volksrepublik Polen. S. 191–196. – Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. S. 197–233. – Helga Watzin-Heerdegen: Die Wahlen in Rußland 2003/2004. S. 237–259. – Dokument: Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien (Einführung von Ernstgert Kalbe, übersetzt von Olaf Kirchner). S. 261–274. – »Zwecks materieller Unterstützung ausländischer Linksparteien ...«. Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit eines internationalen Fonds (übersetzt von Sonja Striegnitz). S. 275–283. – Wolfgang Grabowski: Rußland, die EU und der Kaukasus. S. 287–291. – Wolfgang Grabowski: Zur russischen Asienpolitik. S. 293–302. – Ernstgert Kalbe: Abgründe: Die Autobiographie Alexander Jakowlews. S. 303–311. – Ernstgert Kalbe: Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa. S. 313–324].

Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Volker Hölzer

*Band 7(1): Die Russische Revolution von 1905/07 – Generalprobe für 1917? Leipzig 2005. 283 S. [Enthält u. a. Sonja Striegnitz: War das die »Generalprobe« für 1917? Die Revolution von 1905/07 in Rußland: Aspekte, neue Sichten. S. 13–36. – Claus Remer: Zu sozialen und nationalen Auseinandersetzungen in der Ukraine vor und während der Revolution 1905/07. S. 37–45. – Sonja Striegnitz: Zur Herausbildung antisemitischer Positionen russischer »Rechter« (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917). S. 47–81. – Jörg Roesler: Das »Manchester des Ostens«. Aufstieg und Fall der Stadt Łódź zwischen industrieller Revolution und postsozialistischer Deindustrialisierung. S. 83–104. – Eckart Mehls: »... dass weder Böhmen vor den Deutschen, noch die Deutschen vor den Böhmen irgend einen Vorzug genießen sollen«. Zu František Palackýs Konzept der Gleichberechtigung der Nationalitäten im österreichischen Kaiserstaat. S. 107–120. – František Palacký: Ausgewählte Dokumente. S. 121–138. – Erwin Lewin: Zu historischen Aspekten der albanischen Nationwerdung im 20. Jahrhundert. S. 139–181. – Hilmar Walter: Gesellschaftlicher Wandel und Sprachentwicklung in Bulgarien (zu einigen soziolinguistischen Zusammenhängen). S. 183–206. – Sonja Striegnitz: Rezension zu Pervaja revoljucija v Rossii: Vzgljad čerez stoletie. S. 209–214. – Claus Remer: Die Sowjetunion aus der Sicht des Thüringer Demokraten Professor Dr. Hermann Anders Krüger. S. 215–224. – Olaf Kirchner: Die »Komintern« in den Sektionen Ungarn, Tschechoslowakei, Österreich und Deutschland – Versuch eines regionalen Profils. S. 225–268]. – *Band 7(2): Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. Völkerrecht und Historisches, Befreiung**

oder Vertreibung. Leipzig 2005. 285 S. [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Sowjetische und weitere regionale Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. S. 17–52. – Jörg Roesler: Die Lösung der Polnischen Frage als Prüfstein für die Realisierbarkeit alliierter Nachkriegskonzeptionen in Osteuropa. S. 53–80. – Eckart Mehls: »Bevölkerungstransfer« als Bestandteil der Nachkriegsregelungen für Osteuropa. Historische Hintergründe, Konzeptionsbildung, Ergebnisse. S. 81–117. – Wolfgang Geier: Ostmittel- und Südosteuropa in der Nachkriegspolitik der Westalliierten von 1943 bis 1948. S. 119–139. – Erwin Lewin: Zur internationalen Position Albaniens in der Nachkriegsordnung. S. 141 bis 150. – Dokumente zur demokratischen Nachkriegsordnung in Osteuropa. S. 151–247. – Jörg Kronauer: Ein Netzwerk gegen das Potsdamer Abkommen. S. 251–253. – Julian Bartosz: Polen und Jalta – verzerrte Geschichte. Superpatrioten empören sich über russischen Vorwurf der Unaufrichtigkeit. S. 255–256. – Matthias Eickhoff: Ungarn 1945: Befreiung oder Eroberung? S. 257–261. – 8. Mai 1945. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS zum 60. Jahrestag der Befreiung nach der Vorlage von Jürgen Hofmann. S. 263–268]. – *Band 8(1): Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR. Leipzig 2006. S. 1–376* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Slawen- und Ost-/Südosteuropakunde im 18. und 19. Jahrhundert. S. 19–46. – Volker Hölzer: Zur Entwicklung der historischen Osteuropawissenschaft an der Universität Leipzig Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1945. S. 47–68. – Ernstgert Kalbe: Zur historiographischen Osteuropadisziplin in Leipzig von 1945 bis zum Ende der DDR. S. 69–98. – Eckart Mehls/Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Seminar – Institut – Fachbereich. Die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin: Blick auf ein halbes Jahrhundert. S. 99–131. – Willi Beitz: Slawistische Literaturwissenschaft an der Leipziger Universität. S. 133–152. – Adelheid Latchinian: Armin T. Wegner – ein deutscher Dichter im »Zeitalter der Extreme«, totgesagt, totgeschwiegen, maßstabsetzend. S. 153–184. – Sarkis Latchinian: Der Völkermord an den Armeniern: Hintergründe für seine Leugnung durch die Türkei und für die Mitschuld Deutschlands. S. 185 bis 209. – Horst Richter: Persönliches zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Ökonomen der UdSSR. S. 213–223. – Jörg Roesler/Gerd Neumann: Wissenschaftliche Zusammenarbeit in der RGW-Forschung – Zwei Interviews. S. 225–246. – Eva Müller: Von der Mittelschule in Iwanowo, UdSSR (1936 bis 1946) zum Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig (1947 bis 1951). Erinnerungen. S. 247–288. – Olaf Kirchner: Historiographie im Wandel – Reflexionen der sowjetischen Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland. S. 289–309. – Erhard Hexelschneider: Als Michail Scholochow Ehrendoktor der Philologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig wurde. S. 311–335. – Erhard Hexelschneider: Migranten aus Rußland in heutigen Leipzig. Statistisches – Auswanderungsmotive – Situation – Probleme. S. 337–368. – Ernstgert Kalbe: Zum »Lexikon zur Geschichte Südosteuropas«. S. 369–376]. – *Band 8(2): Osteuropakunde an der Leipziger Universität und in der DDR. Leipzig 2006. S. 377–707* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe/Volker Hölzer: Auswahl von Dokumenten über historische und andere Disziplinen der Osteuropakunde an der Leipziger Universität. S. 387–462. – Lutz-Dieter Behrendt: Friedrich Braun und die osteuropäische Geschichte an der Leipziger Universität in den Jahren der Weimarer Republik. S. 463–491. – Bernd Koenitz: Persönlicher Rückblick auf die Bohemistik und Slowakistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig. S. 493–527. – Dietmar Endler: Persönliche Anmerkungen zur jüngeren Geschichte der Bulgaristik in Leipzig. S. 529–539. – Uwe Büttner: Zu den bulgaristischen Disziplinen an der Leipziger Universität. S. 541–578. – Erwin Lewin/Dieter Nehring:

Forschungen zur albanischen Sprache, Kultur und Geschichte, Neubeginn und Traditionen. S. 579–613. – Redaktionell: Günter Rosenfeld zum 80. Geburtstag. S. 615–617. – Günter Rosenfeld: Nachlese zu historischen und aktuellen Entwicklungen in der UdSSR. Artikel aus dem »Neuen Deutschland« zwischen 1994 und 2005. S. 619–683]. – *Band 9: Die Russische Revolution 1917 in der aktuellen Debatte. Zum 90. Jahrestag der Russischen Revolution. Leipzig 2007. 337 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Zur Permanenz der Russischen Revolution 1917. Revolutionstheoretische Sichten von zeitgenössischen Akteuren.. S. 13–55. – Horst Schützler: Die Russische Revolution von 1917 in der russischen Historiographie heute. S. 57–103. – Sonja Striegnitz: Staatsduma und Konstituierende Versammlung: Parlamentarismus und Demokratie im Revolutionsgeschehen 1917/1918 in Rußland. S. 105–140. – Wolfgang Geier: Terror und Tugend – Jakobinismus und Bolschewismus. S. 141–166. – Eckart Mehls: Die russischen Revolutionen 1917 und die russisch-polnischen Beziehungen 1917–1920. S. 167–193. – Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Einführung von Karl Radek (Zürich 1920). S. 197–224. – Das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Angenommen auf dem VIII. Parteikongreß (8. bis 23. März 1919). S. 225–252. – Wolfgang Grabowski: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten – Realität und Fiktion. S. 255 bis 277. – Eckart Mehls: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der »IV. Republik« in Polen. S. 279–313. – Sonja Striegnitz: [Rezension zu] Helga Köpstein: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Berlin 2006. S. 315–318]. – *Band 10: Nachlese zur Osteuropakunde. Zum Leipziger Universitätsjubiläum. Leipzig 2008. 282 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Zur Wissenschaftskooperation mit Kollegen aus Osteuropa. S. 17–47. – Volker Hölzer: Ost- und Südosteuropa-Historiographie an der Leipziger Universität 1933 bis 1936/1938. Die Jahre der Entscheidung. S. 49–66. – Wolfgang Geier: Zur Entstehung der (West-)Südslawen- und Sorbenkunde (Sorabistik) an der Leipziger Universität und in Sachsen vom letzten Drittel des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. S. 67 bis 81. – Hans-Christian Trepte: Zur Polonistik an der Leipziger Universität von 1945 bis zum Ende der DDR. S. 83–123. – Erwin Lewin: Nachtrag zum Beitrag über albanologische Forschungen. S. 125–129. – Willi Beitz: Nochmals zur slawistischen Literaturwissenschaft. S. 131–135. – Nyota Thun: Der Neuanfang der Slawistik nach 1945 aus der Sicht einer Studentin. Erinnerungen an Frau Prof. Swinzow. S. 137–142. – Erhard Hexelschneider: Über einige »weiße Flecken« in der Leipziger Universitätsgeschichte in den Bereichen Slawistik und Osteuropaforschung. S. 143–148. – Sonja Striegnitz: Eine »Sonderstruktur«. Über das Ende meines Arbeitslebens an der Humboldt-Universität zu Berlin. S. 149–162. – Gerd Neumann: Zur Osteuropaforschung aus wirtschaftshistorischer Sicht. S. 163–171. – Dokumente der SMAD zum Hoch- und Fachschulwesen 1945–1949. S. 179–231. – Richard Albrecht: »Die türkische Gleichung«. Wissenschaftsgeschichtliche Erinnerung an politische Perspektiven der deutschen Südosteuropakunde während des Zweiten Weltkrieges (Bericht). S. 235–243. – Dietmar Endler: [Rezension] Schriftenreihe »Europäer in Leipzig – damals und heute«. S. 245–253. – Volker Hölzer: [Rezension] Universität Leipzig. Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Leipzig 2002ff. S. 255–259].

Texte zur politischen Bildung

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht — eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche — eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S. – *Heft 29:* Sarkis Latchinian: Brennpunkt Nahost. Palästinenser und Israel — ein Jahrhundertkonflikt und wie weiter? Leipzig 2002. 87 S. ISBN 3-89819-106-0.

Diskurs

Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus

Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. – *Heft 12:* Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S. – *Heft 24:* Erwin Lewin: Antifaschistischer Widerstand in Albanien (1942–1943/44). Neue Quellen zu Akteuren und Zielen. Leipzig 2007. 195 S. – *Heft 28:* Manfred Schünemann: Quo vadis Ukraina? Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2008. 68 S. ISBN 978-3-89819-292-7. – *Heft 33:* Sarkis Latchinian: Öl und Macht. Der globale Kampf um die verbliebenen fossilen Energieträger. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2009. ISBN 978-3-89819-328-3. 124 S. – *Heft 34:* Horst Richter: Musste die Perestroika scheitern? Analysen und Dokumente. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2009. 129 S. ISBN 978-3-89819-329-0.

Texte zur Literatur

Heft 4: »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

Texte zur Philosophie

Heft 3: Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

Monographien

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretzschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Ist sozialistische Marktwirtschaft möglich? Pro und Kontra. Beiträge des Kolloquiums in Leipzig am 21. April 2001. Hrsg. von Eva Müller, Horst Richter, Joachim Tesch. Leipzig 2001. 148 S.

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band III).

Achim Beinsen: Die bosnischen Muslime im Zerfallsprozeß Jugoslawiens. Dispositive »ethnischer« und »ethnonationaler« Differenzierung. Leipzig 2002. 315 S. (Reihe Hochschulschriften. Band 2).

Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1: Erinnerungen. Beiträge zu seinem Werk. Bibliographie. Leipzig 2003. 115 S.

Winfried Schröder: Vom Reifen der Alternativen. Ralf Schröders Lesarten der russischen und sowjetischen Literatur. Dokumente und Texte. Bd. 2. Leipzig 2003. 223 S.

Wege zur Weltanschauung. Ehrenkolloquium für Dieter Aner anlässlich seines 70. Geburtstages 2. September 2003 Leipzig. Leipzig 2004. 46 S.

Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges (Protokoll des Kolloquiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zum Thema »Kriege im 21. Jahrhundert« am 11. Oktober 2003 in Dresden). Globale Analysen. Bd. 2. Hrsg. von Ernst Voit, Wolfgang Scheler. Berlin 2004. 306 S.

Ralf Schröder – zu Leben und Werk. Briefe aus Bautzen II, Debatten über Bulgakow, Ehrenburg, Aitmatow, Trifonow, Tendrjakow. Bd. 3. Hrsg. von Willi Beitz und Winfried Schröder. Leipzig 2005. 322 S.

Leipzig und Russland. Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg. von Erhard Hexelschneider und Alita Liebrecht. Leipzig 2007. 268 S.

Willi Beitz: Scholochow und Stalin. Ein Beitrag zur Kontroverse um den Literaturnobelpreisträger. Leipzig 2007. 88 S.

Adelheid Latchinian: Mit Tschingis Aitmatow auf dem Jahrhundertweg. Drei neuere Arbeiten zu seinem Schaffen. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2009. 59 S. ISBN 978-3-89819-303-0.

Roland Opitz: Der russische Roman. Sechzehn Kapitel aus der 150-jährigen Geschichte zwischen Puschkin und Aitmatow. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2009. ISBN 978-3-89819-321-4. 355 S.

ROSA-LUXEMBURG-FORSCHUNGSBERICHTE

Heft 1: Leipziger Reden und Schriften Rosa Luxemburgs. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 2. korr. Auflage. 53 S. ISBN 978-3-89819-272-9. – *Heft 2:* Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 2. unveränd. Auflage. 126 S. ISBN 978-3-89819-273-6. – *Heft 3:* Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und die Künste. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 2. unveränderte Auflage. 230 S. ISBN 978-3-89819-170-8. – *Heft 4:* Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Leipzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 131 S. ISBN 978-3-89819-269-9. – *Heft 5:* Annelies Laschitzka: Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2007. 2. unveränderte Auflage. 109 S. ISBN 978-3-89819-274-3. – *Heft 6:* Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2008. 315 S. ISBN 978-3-89819-30-6. – *Heft 7:* Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare. Herausgegeben von Annelies Laschitzka und Klaus Gietinger. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010. 203 S. ISBN 978-3-89819-333-7.

Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

»Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

1. *Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93]. – 2. *Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975 ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/Gottfried Schramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981 ff.]. – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.]. – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.]. – 3. *Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus — Nationalitäten — Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.]. – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.]. – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.]. – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70].

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.
Wissenschaftliche Halbjahreshefte.
Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe

4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112]. – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen — Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija — »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830 bis 1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198 bis 203]. – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen — von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221]. – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178]. – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177]. – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176]. – *Heft 2. Berlin 1998. 244 S.* [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126 bis 145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194]. – *8. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1999. 195 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29–68. – Holger Politt: 1918 — Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191]. – *Heft 2. Berlin 1999. 218 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – *9. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millenium und zu einer Publikation. S. 9–44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45–55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus Knappheitssoziologischer Sicht – allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191]. – *Heft 2. Berlin 2000. 194 S.* [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43–56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180]. – *10. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2001. 225 S.* [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten — Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163 bis 176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177–194. – Besprechungen. S. 195–223]. – *Heft 2. Berlin 2001. 240 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97 bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationali-

tätenpolitik. Zu den Chancen nichtrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kulturosoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland — wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220]. – *11. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2002. 248 S.* [Enthält u. a. Christian E. Gracza: Das magyarische Christentum unter Großfürst Géza (Géza) und König Stephan (István) I. zwischen Byzanz und Rom. S. 27–108. – Friedbert Ficker: Bartholomäus Kopitar, Franz von Miklošić, Vuk Karadžić und die Berliner Akademie. S. 175–184]. – *12. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2003. 188 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Historische Streiflichter aus Montenegro, dem Land der Schwarzen Berge, serbischen Crna Gora, venezianischen Montagna Negro. S. 107–124. – Besprechungen. S. 172–186]. – *Heft 2. Berlin 2003. 1708 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Die Russische Orthodoxe Kirche und andere Konfessionen in der Rußländischen Föderation. S. 99–117]. – *13. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2004. 187 S.* [Enthält u. a. Roland Opitz: Dostoevskijs Wirkung im deutschen Sprachraum. S. 71–88. – Julia Schatte: Ein Höhepunkt der Deutsch-Russischen Kulturbegegnungen 2003/2004: Die Rußländische Föderation als Gastland der Frankfurter Buchmesse. S. 89–103. – Ernstgert Kalbe: Sowjetische Osteuropa-Politik 1944 – (1948) – 1953 in Dokumenten russischer Archive. S. 131–156. – Besprechungen. S. 157–174]. – *Heft 2. Berlin 2004. 204 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Pressefreiheit contra »Putinisierung«. Zum Wandel der politischen Kultur in der Rußländischen Föderation. S. 91–110. – Besprechungen. S. 174 bis 194]. – *14. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2005. 188 S.* [Enthält u. a. Sylvia Meierewert/Christian Erten/Robert Balazic: Der Einfluß von managementrelevanten Kulturstandards auf die internationale Projektarbeit am Beispiel von Slowenien und Österreich. S. 21–39. – Julia Schatte: Die Illusion von Freiheit – Rußlands Rückzug von der Demokratie. S. 105–124. – Besprechungen. S. 150–178]. – *Heft 2. Berlin 2005. 169 S.* [Enthält u. a. Christian C. Allesch: Der Einfluß von Lev S. Wygotski auf die neuere Kulturosoziologie. S. 11–21. – Steffi Nickel: Vsevolod Mejerchol'd und Vjačeslav Ivanov. Vom Zarenreich zum Stalinismus. S. 23–50. – Julia Schatte: Macht und Ohnmacht der Nichtregierungsorganisationen (NGO) im Transformationsprozeß der Rußländischen Föderation. S. 51–72. – Richard Albrecht: Armenozid. Aktuelle Hinweise zum historischen Armeniemord. S. 93–124. – Besprechungen. S. 143–166]. – *15. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2006. 167 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Cultural Clash and Corporate Identity in ostdeutschen Betrieben während der 1990er Jahre. S. 7–26. – Sylvia Meyerewert: The cultural standard research and its implications for managing multinational teams. Cooperation with Croatians and Slovenes – the Austrian Perspective. S. 27–48. – Julia Schatte: Vom Garanten für die Freiheit zum ungekrönten Monarchen – das Image Vladimir Putins. S. 49–62. – Vladimir Kmeljic: Ethik und Definitionsmacht. Zur Genesis und Prävention von Genozid in Hinsicht auf zwei wichtige Veröffentlichungen zum Völkermords an den Armeniern. S. 91–112]. – *Heft 2. Berlin 2006. 164 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Sephardim im südöstlichen Europa. Kulturhistoriographische Notizen. S. 7–36. – Richard Albrecht: Serbozid 1941–1945. Über den dritten europäischen Völkermord im 20. Jahrhundert. S. 37–56. – Willi Beitz: Michail Scholochow und Stalin – Aspekte einer Beziehung. S. 57–78. – Balint Balla: Für Europa – in der südöstlichsten Stadt Deutschlands. Notizen zu einer wissenschaftlichen Veranstaltung. S. 79–87. – Besprechungen. S. 135–163]. – *16. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2007. 227 S.* [Enthält u. a. Dersislava Lilova: Barbarians, Civilized People and Bulgarians: Definition of Identity in Textbooks and the Press (1830–1878). S. 43

bis 65. – Richard Albrecht: Genozig – Armenozid. Gruppen-, Kollektiv- und Völkermorde. Literaturbericht. S. 67 bis 94. – Julia Schatte: Armenien und Rußland – eine Partnerschaft mit Zukunft. S. 95 bis 102. – Erhard Crome: Sozialismus-Debatten. S. 115–130. – Besprechungen. S. 183 bis 213]. – *Heft 2: 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig. Berlin 2007. 235 S.* [Enthält u. a. Anne Rom: Die Rußlandberichterstattung in der Leipziger Zeitschrift Neue Europäische Fama (1735–1756). S. 31–89. – Nina C. Schub: Sibiu/Hermannstadt, 2007 Kulturhauptstadt Europas: Zentrum einer deutschen Minderheit im Herzen Siebenbürgens. S. 91–116. – Gerhard Katschnig: Fra Dolcino – Leben und Wirken eines Häresiarchen. S. 117–131. – Richard Albrecht: Tertiäre Ausbeutung: Zukunftsperspektive(n). Subjektwissenschaftliche Hinweise auf historisch-materialistische Reanalysen des 21. Jahrhunderts. S. 133–150. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zu Peter Scholl-Latour: Rußland im Zangengriff zwischen NATO, China und Islam. S. 181 bis 196. – Bemerkungen und Besprechungen. S. 197–232]. – *17. Jahrgang: Heft 1: 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig. Berlin 2008. 174 S.* [Erhard Hexelschneider: Johann Georg Kohl – Rußland – Brockhaus. S. 99–126. – Richard Albrecht: »Realizing Utopia« – Really Not. But Murder(ing) Jews – secondly, academically, coldly ... On the false world of a prominent tenure-historian. S. 127–143. – Bemerkungen und Besprechungen. S. 145–172]. – *Heft 2: 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig. Berlin 2008. 208 S.* [Enthält u. a. Hilmar Walter: Zur Bedeutung der junggrammatischen Schule, des Slavisten August Leskien und Wilhelm Wundts psychologischer Sprachinterpretation für die bulgarische Sprachwissenschaft. S. 7–24. – Ernstgert Kalbe: Zur Person und Rolle Gustav Weigands (1860–1930) als Balkanist an der Leipziger Universität. S. 25 bis 29. – Wolfgang Geier: Die Universität Leipzig als Epizentrum geisteswissenschaftlicher Entwicklungen von europäischer und weltweiter Bedeutung zwischen 1875 und 1915; namhafte ausländische Studierende zwischen 1845 und 1915. S. 77–94. – Ronald Ivancic, Mirjana Verena Mully: Medienrealitäten. Entwicklungen, Gefahren, Chancen. S. 95–138. – Bemerkungen und Besprechungen. S. 177–205]. – *18. Jahrgang: Heft 1: 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig. Berlin 2009. 209 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: »Deutsche, nationale Soziologie« an der Universität Leipzig 1933 bis 1945: Freyer, Gehlen, Schelsky und die Folgen. S. 9–23. Ernstgert Kalbe: Georg Stadtmüller – eine Zentralfigur deutscher Südosteuropaforschung an den Universitäten Leipzig (1938–1942/1943) und München (1959–1975). Ideologisches zwischen nationalsozialistischer Volksgeschichte und christlich-abendländischer Volkstumspflege. S. 49–57. – Willi Beitz: Wassili Grossman und sein Roman *Leben und Schicksal*. S. 155–167. – Bemerkungen und Besprechungen. S. 195–206]. – *Heft 2. Berlin 2009. 189 S.* [Enthält u. a. 1409 – 2009: 600 Jahre Universität Leipzig: SORABIA – SORABISTIK – MAĆICA SERBSKA. Leipzig – Görlitz – Bautzen: Zur Entstehung der Westslawen-/Sorbenkunde (Sorabistik) im 18. und 19. Jahrhundert. S. 7–36. – Georg Roman: NATIONES – studentische Landesmannschaften an europäischen Universitäten. Eine Nachbemerkung. S. 37–40. – Dieter Nehring: Gustav Weigand als Albanologe, Rationalist und Wegbereiter. S. 41–66. – Ronald Ivancic/Verena Mully: Die Marke Kärnten. Zwischen Marke und Stereotyp – Selbst- und Fremdbilder einer Region. S. 67–108. – Alexander Manevitz: A Carthographer's Dilemma: Borders, Boundaries, and Frontiers in Austrian and American History. S. 125–142. – Jutta Schatte: Das Konzept eines rußländischen Modells der Demokratie – eine Strategie für Dmitrij Medvedev. S. 143–160. – Bemerkungen und Besprechungen. S. 161–183].

Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen.* Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: *Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis.* Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: *Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten.* Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Wolfgang Geier: *Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten: Sigmund von Heyberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen.* Wiesbaden 2004. X, 208 S.

Wolfgang Geier: *Südosteuropa-Wahrnehmungen. Reiseberichte, Studien und biographische Skizzen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert.* Wiesbaden 2006. XVIII, 266 S.

Wolfgang Geier / Jürgen M. Wagner (Hrsg.): *Ami Boué: Die Europäische Türkei. Bände I und II. Neudruck der Ausgabe Wien 1889.* Wagener Edition Melle 2008. 675 und 579 S. ISBN 978-3-937283-13-5.

Wolfgang Geier: *Wahrnehmungen des Terrors. Berichte aus Sowjetrußland und der Sowjetunion 1918 – 1938.* Harrassowitz Verlag Wiesbaden 2009. XII und 168 S. ISBN 3-447-05736-3 (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund. Band 40).

Wolfgang Geier: *Europabilder. Begriffe, Ideen Projekte aus 2500 Jahren.* Promedia Verlag Wien 2009. 182 S. ISBN 978-3-85371-293-1.

Zu den Autoren dieses Bandes

Prof. Dr. sc. Sarkis Latchinian (geb. 1930); stammt aus der armenischen Diaspora im Libanon. Von 1954 bis 1959 studierte er Politische Ökonomie in Sofia. Er promovierte 1962 mit einer Dissertation zum arabischen Erdöl und habilitierte 1971 zum amerikanischen Kapital in Westeuropa, jeweils an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1962 zum Oberassistenten ernannt, wurde er 1972 zum Hochschuldozenten und 1975 zum Ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Alma mater lipsiensis berufen und leitete diesen Wissenschaftsbereich von 1978 bis zur Abwicklung des Lehrstuhls 1990. Zu seinem Lehr- und Forschungsgebiet gehörten u. a. neuere Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, der USA und Japans sowie der Entwicklungsländer. Als Gastprofessor wirkte er u. a. an den Universitäten Leningrad, Kiew, Sofia, Addis Abeba, Lyon und Konstanz. Als Mitglied des »Research Committee for European Unification« (London) seit 1982 nahm er an den Weltkongressen der Politologen in Paris (1985) und Washington (1988) teil. Latchinian ist Mitautor und -herausgeber zahlreicher Monographien, darunter »Karl Marx ›Das Kapital‹, Erbe und Verpflichtung« (Leipzig 1967), »Kapitalistische Ausbeutung heute« (Berlin 1977), »Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus« (Berlin 1974), »Mehrwert heute« (Berlin 1981, Tokio 1988), »70 Jahre Lenins Werk ›Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus‹« (Leipzig 1987), »Nouvelles technologies et enjeux sociaux« (Lyon 1986). Jüngste Arbeiten beschäftigen sich mit der westeuropäischen Integration (»Maastricht« – Hoffnung für Europa« und »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa«, Leipzig 1994 bzw. 1996) und der Konfliktforschung, die er auch auf Foren zur Diskussion stellte, u. a. zur Karabach-Problematik (Leipzig 1996), zur NATO-Osterweiterung (Leipzig 1999), zum »Dritten Weg« (Berlin 2000), zum Kaspischen Raum (Leipzig 2000), zum palästinensisch-israelischen Konflikt (Leipzig 2002) und zum Irak-Krieg (2003).

Dipl.-Staatswissenschaftler Manfred Schünemann (geb. 1941); Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., Berlin, studierte an der Universität Greifswald Geschichte und Germanistik, sowie Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg und an der Diplomaten-Akademie Moskau. 1969 bis 1990 Tätigkeit im diplomatischen Dienst der DDR, darunter im Generalkonsulat Kiew und in den Botschaften Belgrad und Moskau, 1991 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Verband für Internationale Politik und Völkerrecht sowie im Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit (BITS); Forschungsprojekte zur Ukraine, Rußland und GUS, zahlreiche Publikationen und Presseveröffentlichungen zu dieser Thematik, z. B. im Sonderheft der Zeitschrift »WeltTrends« (1995), in »Blätter für deutsche und internationale Politik (Bonn (1995)3. – (1996)9. – (2003)7) sowie im »Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik« (Hamburg 2004).

Dr. Wolfgang Grabowski (geb. 1937); studierte bis 1961 am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau. 1973–1977 war er Leiter der Abteilung Sowjetunion im Ministerium für Auswärtigen Angelegenheiten der DDR, 1977–1984 Gesandter der Botschaft der DDR in der UdSSR, 1985–1988 Botschafter der DDR in Syrien und Jordanien und 1988–1990 Botschafter der DDR in Indien. Seit Juli 1992 ist er Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und ab Januar 2003 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Russischen Föderation in Moskau.

Dipl. rer. pol. Jürgen van Zwoell (geb. 1939); studierte am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen; spezialisierte sich auf Polen. Van Zwoell arbeitete danach im Außenministerium der DDR und in der Internationalen Abteilung des ZK der SED. Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre war van Zwoell als Diplomat in der DDR-Botschaft in Warschau tätig; von April 1988 bis Anfang Oktober 1990 war er Botschafter der DDR in der Republik Polen. Nach 1990 arbeitete er als Geschäftsführer einer deutsch-polnischen Gesellschaft mit Sitz in Warschau, die Unternehmen mit deutscher und österreichischer Kapitalbeteiligung in Fragen des polnischen Steuer- und Bilanzrechts beriet. Van Zwoell ist im Vorstand des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V. Berlin tätig.

Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und der Volksrepublik Polen. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident. Außer zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei legte er 1998 das autobiographische Buch »Unzumutbar. Ein Leben in der DDR« vor.

Prof. Dr. Jörg Roesler (geb. 1940); Wirtschaftshistoriker aus Berlin; 1964–1974 Lehramt zur deutschen Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität, ab 1974 Leiter der Forschungsgruppe »Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder« an der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1978–1989 Vorlesungen zur Geschichte der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in sozialistischen Ländern an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Nach Abwicklung der Akademie-Institute arbeitete er ab 1992 zur DDR-Wirtschaftsgeschichte am Forschungsschwerpunkt »Zeithistorische Studien« in Potsdam. 1992 und 1994/1995 Gastprofessor an kanadischen Universitäten. An der Universität Toronto hielt er Vorlesungen zur deutschen Geschichte nach 1945 und zur Geschichte der ostmittel- und südosteuropäischen Länder seit 1944/1945. In zahlreichen Publikationen hat sich Roesler vor allem zur Wirtschaftsentwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges in der DDR und den anderen RGW-Ländern geäußert. Seine Buchpublikationen behandeln die Wirtschaftsgeschichte der DDR, u. a. »Zwischen

Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963–1970 in der DDR« (Berlin 1990). Er ist Mitglied der Association of Comparative Economic Studies (USA), der European Association of Comparative Economic Studies und der Leibniz-Sozietät zu Berlin.

Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe (geb. 1931); Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. 1951–1955 Studium der Geschichte und Bulgaristik an der Leipziger Universität, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa; 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum Ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Als Assistent, Oberassistent und beauftragter Dozent für südosteuropäische Geschichte am Institut für Geschichte der volksdemokratischen Länder Europas an der Philosophischen Fakultät tätig (1955–1968), danach Hochschullehrer am Franz-Mehring-Institut (1969–1974) der Karl-Marx-Universität Leipzig. Lehrstuhlinhaber und Wissenschaftsbereichsleiter für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Sektion Geschichte der Leipziger Universität (1974 bis zur Abwicklung 1990/1991). Mitherausgeber der »Jahrbücher für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas« (1959–1990). Mitglied des Nationalkomitees der DDR für Balkanistik (1965–1990), das der »Association Internationale d'Etudes Sud-Est-Europeen« angehörte. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die zugleich der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. angehört. Kalbe legte zahlreiche Monographien bzw. monographische Studien vor, u. a. »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (1993), »Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa« (in »Das lange 19. Jahrhundert. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät«, 1999), »Die Zerstörung Jugoslawiens. Vom Zerfall der südslawischen Föderation zum NATO-Krieg« (in »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät« 44(2001)1), »Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs« (in »Diskurs« (2001)8), »Sowjetische Osteuropa-Politik 1944–1953 in Dokumenten russischer Archive« (in »Kultursoziologie«, (2004)1). Kalbe ist Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente« (1995ff.) und verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (1994ff.).

Prof. Dr. habil. Anton Latzo (geb. 1938); studierte Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR in Potsdam-Babelsberg; Diplomstaatswissenschaftler. Forschungs- und Lehrtätigkeit am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, bis zu seiner Evaluierung Leiter des Lehrstuhls für die sozialistischen Staaten Europas; Publikationen zu Außenpolitik, Geschichte und aktuellen Fragen der Entwicklung dieser Staaten; jetzt Rentner.

Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier (geb. 1937); studierte Philosophie, Soziologie und Kulturgeschichte in Jena und Leipzig. Nach Promotion (1974) und Habilitation (1980) war er bis 1981 in der jugend- und kultursoziologischen Forschung tätig, danach bis Anfang 2001 Hochschullehrer am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seit Oktober 2000 ist Geier Gastprofessor an der Universität Klagenfurt (Österreich). Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, Geschichte der Kulturauffassungen und Kulturwissenschaften (Propädeutik) sowie Religionen, Konfessionen und Kirchen in der Kulturgeschichte des östlichen Europas. Geier ist Begründer und Präsident der »Gesellschaft für Kultursoziologie« e. V. Leipzig, verantwortlicher Herausgeber der wissenschaftlichen Hefte (seit 1992) und wissenschaftlichen Halbjahresbände (seit 1995) von »Kultursoziologie. Aspekte – Analysen – Argumente« und Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (seit 1994 Hefte, seit 1999 Jahrbücher). Im letzten Jahrzehnt veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (1994), »Geschichte und Kultur Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas« (in »Wieser-Enzyklopädie des Europäischen Ostens«, 1999); »Zeitbrüche im Osten« (1995), »Rußland und Europa« (1996), »Bulgarien zwischen Ost und West« (2001) und »Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten« (2004). Geier ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig.

Dozent Dr. phil. Dietmar Endler (geb. 1936); studierte von 1954 bis 1959 Bulgaristik/Slawistik an der Kliment-Ochridski-Universität in Sofia. 1966 promovierte er über das Erzählwerk des bulgarischen Schriftstellers Ivan Vazov. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Slawischen Institut bzw. an der Sektion Kulturwissenschaften und Germanistik, später Germanistik und Literaturwissenschaft, wo er von 1976 bis 1992 als Dozent wirkte, hielt er für Slawistik- und Sprachmittlerstudenten Vorlesungen und Seminare zur Geschichte der südslawischen Literaturen und Kulturen (Bulgarisch und Serbokroatisch). Er publizierte zur Geschichte der bulgarischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts sowie zu den deutsch-südslawischen Literatur- und Kulturbeziehungen. Gemeinsam mit Hilmar Walter gab er ein »Bulgarisch-Deutsches Wörterbuch« (Leipzig 1980, vier weitere Auflagen) heraus, das 1994 als Lizenzausgabe des Langenscheidt Verlages auch in Sofia erschien.

Dr. rer. pol. habil. Richard Albrecht (geb. 1945), Bad Münstereifel, ist Sozialwissenschaftler, Autor und Editor von rechtskultur.de, dem unabhängigen Online-Magazin für Menschen und Bürgerrechte in Deutschland (siehe <http://de.geocities.com/earchiv21/rechtskulturaktuell.htm>). Er veröffentlichte zuletzt die Bücher »StaatsRache. Texte gegen die Dummheit im deutschen Recht(ssystem)« (München 2005; das Vorwort siehe online in <http://www.wissen24.de/vorschau/36391.html>) und in der Reihe »Genozidpolitik im 20. Jahrhundert« die Bände eins (»Völkermord(en)«, Aachen 2006) und zwei (»Armenoizid«, Aachen 2006). Unter dem Titel »Murder(ing) People - Genocidal Policy Within 20th Century« publizierte Albrecht (s)eine zusammenfassende Darstellung zur Politik des Völkermord(ens) im 20. Jahrhundert (siehe <http://de.geocities.com/earchiv21/murdering.people.htm>).

Dr. phil. Holger Politt (geb. 1958); studierte von 1980 bis 1985 Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig; 1994 promovierte er an der Martin-Luther-Universität

Halle/Wittenberg über ein Thema der Philosophiegeschichte Polens. Von 1994 bis 1999 nahm er an selbiger Universität einen Lehrauftrag zur Kulturgeschichte Polens wahr. 2002 bis 2009 leitete er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Politt publiziert regelmäßig zu aktuellen und historischen Entwicklungen in Polen, u. a. anderem ist von ihm eine Monographie über den polnischen Denker Stanisław Brzozowski erschienen (Wiesbaden 1996), zuletzt »Alles im Zeichen von Geschichte? Aktuelle Geschichtspolitik in Polen« (in Jan Korte/Gerd Weigel (Hrsg.). Sichtbare Zeichen. Die neue deutsche Geschichtspolitik – von der Tätergeschichte zur Opfereinerung. Köln 2009). Von 1998 bis 2004 war er Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel«; seit vielen Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Redaktion von »Polen und wir«. Politt ist Vorstandsmitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft e. V. in der Bundesrepublik Deutschland

Krzysztof Pilawski (geb. 1958), studierte Philosophie in Kiew. Danach als Journalist in verschiedenen Tageszeitungen Polens tätig, zuletzt bis 2006 in der sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung »Trybuna«. Für diese Zeitung war er von 1992 bis 2002 als Korrespondent in Moskau tätig. Von 2005 bis 2006 leitete er dort die wöchentlichen Meinungsseiten »Impuls«. Im Sommer 2006 wurde er auf Drängen Leszek Millers, Ministerpräsident Polens von 2001 bis 2004 und langjähriger Vorsitzender der SLD (Demokratischen Linksallianz) aus der Redaktion gedrängt. Er ist einer der bekanntesten linksgerichteten polnischen Publizisten, der sich in den letzten Jahren insbesondere mit Fragen der Erinnerungs- und Geschichtspolitik in Polen und Nachbarländern sowie mit Entwicklungen bei den Linken in Polen auseinandersetzt. Letzte Buchveröffentlichungen u. a.: »Skąd się biorą komuniści« (2005; »Woher kommen die Kommunisten?«), »Rozbrat z idea« (2006; »Trennung von der Idee«), »Proletariat. Rodowód socjalisty« (2006; »Das Proletariat. Der Stammbaum des Sozialisten«), »Kalendarz Polski. Przewodnik po świętach« (2010; »Polens Kalender. Ein Handbuch durch die Feiertage«).

Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkriegs, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

